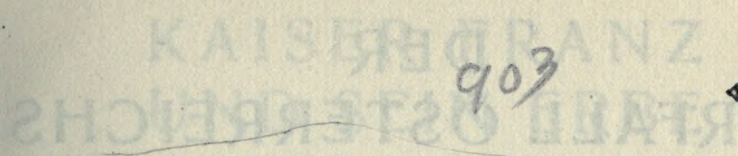



903


R
V

DER ZERFALL ÖSTERREICHS

VON

DR. VIKTOR BIBL
A. O. PROFESSOR FÜR GESCHICHTE AN DER UNIVERSITÄT, WIEN

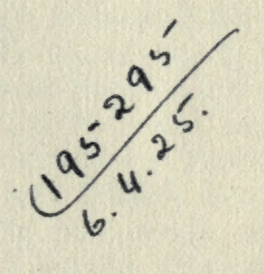
1922
RIKOLA VERLAG
WIEN BERLIN LEIPZIG MÜNCHEN

KAISER FRANZ UND SEIN ERBE

VON

DR. VIKTOR BIBL

A. O. PROFESSOR FÜR GESCHICHTE AN DER UNIVERSITÄT, WIEN



1922

RIKOLA VERLAG

WIEN BERLIN LEIPZIG MÜNCHEN

DRUCK DER GESELLSCHAFT FÜR GRAPHISCHE
INDUSTRIE, WIEN VI

MAX VANCSA
IN TREUER VEREHRUNG UND FREUNDSCHAFT

VORWORT

Das tragische Schicksal, das sich in den Novembertagen des Jahres 1918 an dem alten Habsburgerstaate erfüllte, reicht in seinen Wurzeln weit zurück. Schon lange führte er ein problematisches Dasein und die Schwierigkeiten, die Todeskämpfe begannen eigentlich mit der Geburt der österreichisch-ungarischen Monarchie im Jahre 1526. Welch bedeutsame Rolle in diesem langen Zersetzungsprozesse die Katastrophe von 1848 und die ersten Regierungsjahre Kaiser Franz Josephs I. spielten, das hat uns kürzlich Josef Redlich in seinem gehaltvollen, tiefgründenden Buche über das österreichische Staats- und Reichsproblem geschildert. Die Vorgeschichte des Sturmjahres selbst, dessen verhängnisvolle Wirkung immer deutlicher zu Tage tritt, zu behandeln, lag nicht im Rahmen seiner Aufgabe, doch hat er wiederholt und nachdrücklich die Wichtigkeit des Vormärz, insbesondere der franzisceischen Regierung, als der wahrhaft „schicksalbildenden" Zeit betont — mit Recht.

Wie früher in Frankreich Ludwig XVI. für die Sünden seiner zwei gleichnamigen Vorgänger hatte büßen müssen, so erntete auch der gutmütige Ferdinand nur die Früchte der bösen Saat, die der „gute" Kaiser Franz in seiner langen Regierung ausgestreut hatte. Das von ihm geschaffene „System" war es, gegen welches sich in den Märztagen die Erbitterung des Volkes kehrte und das, die Stürme der Revolution überdauernd, auch in der „neuen Ära" des kaiserlichen Neffen siegreich sich durchsetzte. Der dahingeschiedene Kaiser, der das Ungeheuer der Revolution zu bezwingen und dann, als es drohend wieder sein Haupt erhob, niederzuhalten imstande war, galt auch in den Augen seines Enkels Franz Joseph als der weise Patriarch — daher wieder das enge Bündnis mit Polizei, Kirche und Mili-

tär, der Standpunkt des „Zuschlagens", das Ausspielen der Völker gegeneinander usw.

So verlegte ich denn den Schwerpunkt des ganzen Problems in die Regierung Kaiser Franzens: es handelte sich mir darum, das vielgepriesene und vielgeschmähte System, dieses angebliche Allheilmittel gegen die Revolution und zugleich die Wurzel, den Nährboden derselben, aus den historischen Geschehnissen und der ureigensten Natur des Monarchen zu entwickeln, seine Methoden und Grundsätze an der Hand von Aufzeichnungen des Herrschers und seiner Ratgeber selbst darzulegen und auch die warnenden Stimmen, die sich aus seiner nächsten Umgebung schon damals erhoben, wie die ersten Regungen einer allgemeinen Gärung und Opposition zu verzeichnen. Dem traurigen Erbe, das Kaiser Franz hinterließ, ist der vorliegende erste Band gewidmet. Wie dasselbe seine Nachfolger in leidvollen Kämpfen zu liquidieren hatten, das wird den Inhalt des zweiten bilden.

Wenn es mir vergönnt war, in eines der dunkelsten und für den Historiker wie für den Politiker lehrreichsten Kapitel der Geschichte des verklungenen Kaiserstaates tiefer hineinzuleuchten, aus zum größten Teil noch unbekannten amtlichen Quellen zu schöpfen, verdanke ich dies dem Umstand, daß nach dem Umsturz die reichen Schätze des Haus-, Hof- und Staatsarchivs der uneingeschränkten Benützung freigegeben wurden, nicht zuletzt aber auch der sachkundigen und liebenswürdigen Unterstützung, die mir von Seite der Direktion und der Beamten dieses Institutes — ich gedenke da insbesondere der nimmermüden Hilfsbereitschaft der Herren Dr. Lothar Groß, Dr. Fritz Antonius und Dr. Paul Kletler — in ausgiebigster Weise zuteil wurde. Auch die wertvollen Bestände des Staatsarchivs des Inneren und der Justiz, deren Durchforschung das bewährte Entgegenkommen des Vorstandes Herrn Ministerialrat Universitätsprofessor Dr. Heinrich Kretschmayr mir ermöglichte, boten willkommene Ausbeute. Endlich habe ich Herrn Hofrat Dr. Eduard von Wertheimer für die mannigfaltige Förderung meiner Arbeiten verbindlichst zu danken.

Wien, im Oktober 1921. VIKTOR BIBL

KAISER FRANZ UND SEIN ERBE

INHALTSÜBERSICHT

I. BUCH.

Der Väter Erbe.

II. BUCH.

Lehrjahre und Krisen.

III. BUCH.

Auf der Höhe des Lebens und der Macht.

IV. BUCH.

Kräfteverfall und Ende.

I. BUCH

DER VÄTER ERBE

1. DER SCHWACHE PUNKT: MANGEL AN INNERER EINHEIT.

Das alte Habsburgerreich, das durch Jahrhunderte eine führende Rolle gespielt, gehört der Geschichte an. Sein Zusammenbruch hat alle die, welche an Österreich glaubten, welche es liebten, tief erschüttert, die anderen, welche seit langen Jahren auf ihn hinarbeiteten, mit hämischer Freude erfüllt, doch er kam — nicht unerwartet.

Denn der hochragende, stolze Bau stand von jeher auf sehr schwachen Füßen; die geringste Erschütterung konnte dieses „künstliche" Gebilde aus dem Gleichgewicht bringen — künstlich insoferne, als die Völker, die er umschloß, das unverkennbare Streben bezeigten, aus ihm herauszukommen, einander fremd, feindselig, im besten Falle gleichgültig sich gegenüberstanden und nur die gemeinsame Dynastie sie zusammenhielt. So kam es, daß der Kaiserstaat an der Donau im Laufe der letzten Jahrhunderte wiederholt vor dem Zerfalle stand. Daß er trotzdem alle die schweren Krisen, die auf ihn einstürmten, überwand, ja sogar aus ihnen oft verjüngt und gekräftigt, wie der Phönix aus der Asche, zu neuem Leben erblühte, das hat zu der boshaften Bemerkung vom „sprichwörtlichen Glück" [1]) Österreichs Anlaß gegeben.

Es war vor den Märztagen des Jahres 1848, als in Diplomatenkreisen des Wiener Hofes das von einer geistreichen Frau geprägte Witzwort vom „ausgebrannten Franziskanerl" von Mund zu Mund ging, lebhaften Anklang fand, und siehe da: nach den Stürmen der März- und Oktoberrevolution kam der „Neubau" unter Kaiser Franz Joseph I., ein beispielloser Aufschwung des geistigen und wirtschaftlichen Lebens setzte ein. Alle die, welche an Österreichs

„Existenznotwendigkeit", an seine geschichtliche Mission, glaubten, durften in dieser neuen Blüte den erfreulichen Beweis seiner unverwüstlichen Lebenskraft erblicken. Doch es gab auch viele, welche die historische Sendung des alten Kaiserstaates für beendet ansahen, die dem hoffnungsfreudigen Wahlspruch des neuen Monarchen „Viribus unitis" kein besonderes Vertrauen entgegenbrachten und ihm die bittere Bedeutung „Mit aller Gewalt", das unglückliche Übersetzungsprodukt eines jugendlichen Lateinkünstlers, unterlegten.

In erster Linie waren es die Dichter, die sich hier als wahre Seher erwiesen. „Das ‚Viribus' war länger schon im Zweifel — Nun geht auch das ‚unitis' zum Teufel", so hatte sich unser Grillparzer im Jahre 1851, nach der Aufhebung der Märzverfassung von 1849, gallig geäußert. „Österreich droht zu zerfallen", schrieb im Jahre 1860 Bauernfeld in sein Tagebuch. Nicht minder schwarz sah, fast ein Menschenalter später, Ludwig Anzengruber in die Zukunft. Es war seine düstere Überzeugung, daß der „Zersetzungsprozeß" aufgehalten, zeitweilig unterbrochen werden könne, doch „stetig" vor sich gehe. „Wenn nicht unsere Diplomaten," bemerkte er spitz, „so sind doch unsere Gelehrten darüber einig, daß nach dem kranken Mann die kranke Madam' Austria in Behandlung kommt."[2]

Setzen wir statt der Diplomaten die wirklich führenden Staatsmänner, die dazu bestimmt waren, aus nächster Nähe einen Einblick in das innerste Getriebe des komplizierten Staatsgebildes zu erhalten, so fällt uns ihre durchaus pessimistische Gedankenrichtung auf. Ernst Körber,[3] einer der letzten Lenker der Monarchie, dachte im Grunde nicht weniger trübselig als Metternich, der während seiner langjährigen Tätigkeit als leitender Minister beständig die Katastrophe vor Augen sah und seine ganze staatsmännische Kunst eigentlich darin erblickte, diesen als unvermeidlich angesehenen Zusammenbruch möglichst lange hinauszuschieben. Das von dem witzigen Taaffe geprägte Wort vom „Fortwursteln", so frivol es uns erscheinen mag, war doch nur der bezeichnende Ausdruck für die sorgenvollen Ge-

danken jener Männer, die aus ureigenster Erfahrung die unheilvolle Situation des ihrer Obhut anvertrauten Staates erkannt hatten und verzweifelten.

Was nun die „Gelehrten" anbelangt, so waren sie in der Beurteilung des österreichischen Problems gewiß nicht einig. Unsere Brüder aus dem Reiche und die dort lebenden österreichischen Historiker sahen da im allgemeinen weniger rosig. So hatte Gustav Freytag in einem „Die Verlegenheit Österreichs" überschriebenen Aufsatze — drei Jahre nach der Schaffung des „Dualismus" — die Lage der Donaumonarchie überaus ungünstig gekennzeichnet. „Nach zweiundzwanzig Jahren fruchtloser Versuche", so schreibt er da, „ist der Staat in ein Verfassungschaos versunken, hoffnungsärmer als im Jahre 1848. Das Bestreben der Teile, sich gegenüber dem großen Staatskörper in eigenem Leben abzusondern, ist dreister und gefährlicher geworden ... Der Einheitsstaat, der zweiteilige Staat haben sich als unerträgliche Staatsformen der großen Ländermasse erwiesen, den schwächlichen Versuchen, eine Föderativverfassung zu bilden, kann ein schnelles Ende prophezeit werden. Das scheinen traurige Aussichten für den Kaiserstaat, und es fehlt auch in Österreich nicht an Stimmen, welche den unerhörten Zustand für den Anfang eines Endes der habsburgischen Monarchie halten." Nur von einem aufgeklärten Despotismus könne noch Rettung kommen. Alles parlamentarische Leben des Gesamtstaates werde zur Karrikatur, solange die Grundlage dafür fehle: eine Bevölkerung, welche den „Segen des Staates" warm empfinde. Österreichs „ältestes Unglück", die Schlaffheit und Unsicherheit seiner Beamten müsse überwunden, „Zuversicht und Zutrauen zum Staat, der letzte Quell jeder Kraftentwicklung", geschaffen werden. Allein — dahin klingt die interessante Schrift wenig hoffnungsvoll aus —, „das Versäumte vieler Jahrzehnte" lasse sich nicht leicht wieder gut machen.[4]

Ganz auf den gleichen pessimistischen Grundton gestimmt ist, was volle fünfundzwanzig Jahre später der geistvolle Geschichtschreiber Ottokar Lorenz, ein gebürtiger Österreicher, dem es beschieden war, an der Stätte Friedrich Schillers zu wirken, über die österreichische Frage laut

werden ließ. Genau so wie unser Dichter, dessen politische Bekenntnisse dem Jenenser Historiker kaum bekannt sein konnten, spricht er von einem „zweiten kranken Mann Europas“ und steht nicht an, die Zeit Kaiser Franz Josephs I., die anderen so zukunftsreich erschienen, spitzig als die „sogenannte neue Ära“ zu bezeichnen. Seiner Ansicht nach waren die verschiedenen „Neugestaltungen“ nichts anderes als die englischen Versuche, den türkischen Staat zu reformieren und zu modernisieren — hoffnungslose, vergebliche Bemühungen, denn Österreich, „der alte mächtige Hausstaat“, der sich in hundertfältigen Kämpfen bewährte, sei im Sturmjahre zugrundegegangen, sei unwiderruflich tot und begraben.

Der Mangel an innerer Einheit, das war der wunde Punkt, auf den alle Heilkünstler, die — gerufen oder ungerufen — am Lager des kranken Österreich erschienen, nachdenklich und besorgt den Finger legten. „Österreich“, so schrieb im Jahre 1840 Freiherr von Andrian in seiner aufsehenerregenden Schrift „Österreich und dessen Zukunft“, mit dessen Lektüre nach Grillparzers Zeugenschaft selbst ein Wiener Fiaker sich beschäftigte, „Österreich ist ein rein imaginärer Name, welcher kein in sich abgeschlossenes Volk, kein Land, keine Nation bedeutet — eine konventionelle Benennung für einen Komplex von unter sich scharf abgesonderten Nationalitäten.“ Es gebe Italiener, Deutsche, Slawen, Ungarn, welche zusammen den österreichischen Kaiserstaat konstituieren, aber ein Österreich, Österreicher, eine österreichische Nationalität gebe es nicht, das Gefühl des Nationalstolzes kenne der Österreicher nicht, der keinen anderen Stolz habe als den, „Kammerherr oder Hofrat zu werden“. Bald werden sich, „wenn der jetzige Augenblick versäumt wird, in Österreich vier ausgewachsene, gerüstete Nationalitäten feindlich gegenüberstehen, und unter sich nur mehr e i n gemeinsames Band haben, das der Abneigung und des Widerstandes gegen die Regierung, im Falle diese das verweigern sollte, was eine jede von ihnen im Gefühle ihrer Kraft fordern wird — oder der immer steigenden, immer dringenderen Anforderungen an dieselbe, wenn sie ihren

ersten gutwillig nachgeben würde. Die endliche Krisis dieses krankhaften Zustandes kann dann weder entfernt noch zweifelhaft sei".

Es waren wahrhaft seherische Worte, mit welchen Andrian das österreichische Problem, die heikle Lage des Habsburgerstaates gekennzeichnet hat. Sie sollten nach Jahren, als in der „neuen Ära" die Völker Österreichs zu kraftvollem Leben sich entfalten konnten, eine geradezu katastrophale Bedeutung gewinnen.

2. SIEG ÜBER DIE STÄNDE UND TRIUMPH DES ABSOLUTISMUS. AUSBILDUNG DES STAATSWESENS DURCH MARIA THERESIA.

An Bemühungen, die Bande der verschiedenen eroberten und zusammengeheirateten Länder auf dem Boden der alten Ostmark fester zu knüpfen, aus dem bunten Nationalitätengemengsel einen innerlich geschlossenen Einheitsstaat zu schaffen, haben es die Habsburger gewiß nicht fehlen lassen. Doch es waltete über ihnen — es sei dies zur Beleuchtung des angeblichen „Glückes" betont — ein eigener Unstern: immer wenn sie nahe daran waren, vom Erfolge gekrönt zu werden, kam ein Moment dazwischen, das die ruhige Entwicklung störte und alle bisherigen Errungenschaften zunichte machte.

Der erste Habsburger, der in großzügigerer Weise als ein wahrhaft „moderner Fürst"[6] die Idee eines Gesamtstaates verfolgte, war der „letzte Ritter", Kaiser Maximilian I. Auf zwei Wegen suchte er sein Ziel einer engeren Verbindung der Erblande zu erreichen: durch die Errichtung von Zentralbehörden, welche für das ganze Herrschaftsgebiet die politischen Geschäfte, das Kriegs- und Finanzwesen leiteten, und durch die sogenannten „brüderlichen Vereinigungen der Länder", wobei Vertreter der einzelnen Landschaften zur Beratung gemeinsamer Angelegenheiten zusammentraten. Allein seine beständigen, um die Großmachtstellung des Hauses Österreich geführten Kriege und die dadurch verursachten ewigen „Geldnöte" brachten

den fehdelustigen Habsburger wieder um einen Großteil der Früchte seiner Gesamtstaatspolitik. Die den Provinzialgeist, die zentrifugalen Tendenzen vertretenden Stände, durch die „unerhörten Neuerungen“ des Kaisers schwer gereizt, andererseits durch dessen große Geldforderungen kühn und präpotent gemacht, organisieren sich ebenfalls und auf dem denkwürdigen, im Jahre 1518 zu Innsbruck abgehaltenen Ausschußlandtag führen sie eine sehr selbstbewußte Sprache.

In nicht mißzuverstehender Weise legten da die Ständevertreter dem Monarchen nahe, in Hinkunft mehr Schonung sich aufzuerlegen und von den anstrengenden Geschäften sich zurückzuziehen. Es war ein deutlicher Vorstoß gegen das „persönliche“ Regiment des Habsburgers, in dessen Wesen es lag, „alle Dinge selbst angeben, durchsehen und korrigieren“ zu wollen. Sie verlangten dringend nicht mehr und nicht weniger als ein „gutes Regiment“, und, wie es scheint, waren ihre Klagen über die „Lotterwirtschaft“ der neuen obersten Behörden, die wieder mit dem Geldmangel zusammenhing, gar nicht so unbegründet.

Neben den Klagen über das Pascha-Regiment des Kaisers und die Übergriffe der Bureaukratie, wie sie auf diesem ersten österreichischen Reichstag erschallen, tritt uns hier noch eine andere Erscheinung entgegen, die allen seinen Nachfolgern bis zum Zusammenbruch des Habsburgerstaates in nicht gerade rühmlicher, vorbildlicher Weise anhaftet: der Hader der Volksvertreter untereinander, der sich hier in Innsbruck noch durchwegs auf dem Boden des landschaftlichen Gegensatzes bewegt. Die innerösterreichischen Länder, nämlich Kärnten, Krain und Steiermark, weigern sich, das Land ob der Enns als eine selbständige Landschaft anzuerkennen. Darob große Erbitterung und Gereiztheit bei den Oberösterreichern. Sie verwahren sich sehr energisch gegen die „mutwillige“ Art, mit der man „ihr Vaterland“, das ist also das Land ob der Enns, „nicht nur zu verkleinern, sondern ganz auszulöschen“ versuche, und gegen die „grimmen, hitzigen Drohungen, die vor versammelten Ausschuß gefallen waren.“ [7])

Doch das Wichtigste war: es wurde über gemeinsame

Angelegenheiten beraten, es war der Weg gefunden, in persönlicher Aussprache alle Differenzen zu beseitigen, den Begriff des „Vaterlandes", über das eng begrenzte Gesichtsfeld des landschaftlichen Interesses hinaus, auf die Gesamtheit der Länder des „Hauses Österreich" auszudehnen. Maximilian war ein leutseliger, wahrhaft volkstümlicher Regent, der das Bedürfnis fühlte, mit allen Kreisen seiner Untertanen in regster persönlicher Berührung zu stehen, und somit wäre niemand geeigneter gewesen, die Verstimmung, die sich zwischen Herrscher und Nation aufgetürmt, geräuschlos zu beheben.

Noch konnte man wirklich von einer einzigen Nation — denn es gab nur ganz verschwindende Bruchteile nichtdeutscher Volksstämme — sprechen und der Fürst, der von sich zu sagen pflegte: „Mein Ehr ist deutsch und deutsch mein Ehr", legte Wert auf die enge Zugehörigkeit seiner ihrem innersten Wesen nach kerndeutschen Erblande zum deutschen Reiche. Die Länderausschüsse, die bei ihm wider das neue Institut des Hofrates, der für das ganze Reich mit Einschluß Österreichs eingesetzt worden war, Beschwerde führten und verlangten, es sollten die einschlägigen Angelegenheiten der Erblande bloß von österreichischen Hofräten entschieden werden, erhielten einen rund abschlägigen Bescheid; denn „Österreich", so wurden sie belehrt, „gehört doch auch zum Reich". Die gerade in der alten Babenberger Residenz unter der besonderen Obhut des geistvollen, die gesamte Bildung seiner Zeit umfassenden Habsburgers mächtig emporgeblühte Kultur des Humanismus, die bis in die entferntesten Täler des Donaulandes drang und um die Gebildeten aller Gaue des deutschen Vaterlandes ein kräftig einigendes Band schlang, war nur zu geeignet, den inneren Verschmelzungsprozeß der habsburgischen Erblande zu fördern.

Allein es kam anders. Noch war seit Schluß der Innsbrucker Tagung kein ganzes Jahr verstrichen, so sank der hochgesinnte Habsburger, der für die religiöse Reformbewegung stets ein so warmes Interesse bekundet hatte, in die Gruft. Sein Tod stürzte das Habsburgerreich in eine der verhängnisvollsten Krisen. Der Immerjugendliche, der so

ungern ans Sterben dachte, war nicht zu bewegen gewesen, die Erbschaftsangelegenheit zu ordnen. Wiederholt hatten ihn die Stände darum gebeten, um, wie sie sagten, „Irrungen nach seinem Tode zu vermeiden". Nun war alles ungeklärt. Die beiden Erben des verstorbenen Kaisers, Karl und Ferdinand, weilten in weiter Ferne, der eine in den Niederlanden, der andere in Spanien. Wer sollte bis zum Eintreffen der neuen Herrscher die Regentschaft führen? Nur eine höchst oberflächliche Betrachtung wird die Stände, welche die notwendig gewordene Zwischenherrschaft an sich rissen, als „Rebellen" ansehen. Nach geschichtlichem Recht und Herkommen hielten sich die Landstände, die sich immer als die „Landherren" fühlten, für berufen, einstweilen die Regierungsgeschäfte zu führen. Sie verweigern den kaiserlichen Statthaltern, mit denen sie schon lange in Fehde lebten, den Gehorsam; die Niederösterreicher, die in ihrem Widerstande am weitesten gingen, bemächtigen sich der Regierung und lassen sogar Münzen prägen. Der Habsburgerstaat drohte in eine Anzahl von Ständerepubliken zu zerfallen. Ferdinand I., dem sein Bruder die österreichischen Erblande überlassen hatte, mußte sich die Anerkennung von Seite der Ständeherren erst erzwingen. Ganz in den Vorstellungen der spanischen Autokratie eingesponnen, hielt er über die Häupter der Ständebewegung, die ihn nicht wenig erschreckt hatte, strenge Abrechnung.

Das Wiener-Neustädter Blutgericht vom Jahre 1522 bedeutet den Sieg des spanischen Geistes, des romanischen Absolutismus über den durch die Stände vertretenen Gedanken des Parlamentarismus, der altgermanischen Selbstverwaltung. Mit starker Hand schnitt der selbstherrliche Habsburger durch seine Behördenorganisation und seine neue Stadtordnung tief in die ständische und städtische Autonomie ein. Kein Wunder, wenn Adel und Bürgerschaft dem neuen Landesherrn mit unverhülltem Groll entgegentraten. Der politischen Opposition gesellt sich bald als verschärfendes Moment die religiöse hinzu. Die weltlichen Stände, vor allem die Adeligen, wenden sich, schon aus Trotz, nahezu geschlossen der neuen Lehre zu und so bilden auf lange Zeit hinaus landesherrlicher Abso-

lutismus, zentralistischer Einheitsstaat und katholischer Glaube auf der einen, Ständewesen, parlamentarische Freiheit und Protestantismus auf der anderen Seite, eine innige Schicksalsgemeinschaft.

Just in diese Zeit der leidenschaftlichen Gärung fällt das große Ereignis, das durch die weitausschauende Heiratspolitik des kaiserlichen Großvaters sorgsam vorbereitet worden war: die Geburt der österreichisch-ungarischen Monarchie. Die Mohácser Türkenschlacht von 1526, in welcher der mit Ferdinand zweifach verschwägerte Jagellonenkönig Ludwig nebst der Blüte des ungarischen Adels fiel, verschafft dem jugendlichen Habsburger den Besitz der heiligen Stephans- und der Wenzelskrone. Die Stände der beiden größtenteils nichtdeutschen Ländergruppen, die Ferdinand nur „gewählt" hatten und teilweise erst, wie wenige Jahre vorher die Niederösterreicher, mit Gewalt zur Huldigung gebracht werden mußten, steiften dem latenten Widerstand der altösterreichischen Landherren den Rücken.

Die Böhmen und Ungarn waren es denn auch, die in der schweren Krise des Donaureiches, wie sie durch den unglücklichen „Bruderzwist im Hause Habsburg" ausgelöst worden war, die Führung übernahmen. Der Prager Fenstersturz gab das Signal zur großen Ständerevolution, die von Kaiser Ferdinand II. in der schicksalsschweren Schlacht am Weißen Berge blutig niedergerungen wurde. Die Stände hatten es nicht verstanden, nach unten hin einen Anhang sich zu verschaffen. Und doch hatte es nicht an weiterblickenden Köpfen gefehlt, die ihre in den engherzigsten Klasseninteressen befangenen adeligen Standesgenossen zu einer volkstümlichen Politik zu bewegen, den Kampf gegen den landesfürstlichen Absolutismus auf eine breitere Basis zu stellen sich bemühten. Der Mahnruf des oberösterreichischen Landstandes Erasmus von Tschernembl, die Leibeigenschaft aufzuheben, war in den Wind gesprochen und so erfüllte sich am 8. November 1620 vor den Toren Prags ihr Geschick.

Die Schlacht am Weißen Berge hatte für die innere Ausgestaltung der Habsburger-Monarchie schwerwiegende Folgen. Mit den Fahnen und Standarten des fliehenden Stände-

heeres sank auch das stolze Palladium der Ständefreiheit in den Staub. Die „vernewerte Landesordnung" Kaiser Ferdinands II. vom Jahre 1627, die dem Prager Blutgericht vom Juni 1621 folgte, brachte die geänderte Sachlage, den Sieg des landesfürstlichen Absolutismus, schroff und deutlich zum Ausdruck: das Recht der Gesetzgebung wird der Krone allein vorbehalten; die gesamte politische Macht erscheint im Landesherrn verkörpert und Böhmen wird nunmehr von Wien aus regiert. Die mächtigen tschechischen Herrengeschlechter verloren ihren reichen Besitz oder wanderten ins Ausland und an ihre Stelle trat ein neuer, landfremder, dienstwilliger und gefügiger Adel: der vielversprechende Grundstock eines österreichischen Hofadels, der als Kitt für den Gesamtstaat zu dienen berufen war. Das deutsche Element als Stütze des zentralistischen Einheitsstaates wird kräftig gefördert; die sogenannte „Unterdrückung" des tschechischen Volkes,[8] an der aber die Deutschen selber höchst unschuldig sind, begann. Etwa ein Menschenalter später, um das Jahr 1660, erhebt der Chronist Pessina die für den Wandel bezeichnende Klage, daß die tschechische Sprache zu einer solchen des gemeinen Volkes geworden sei.

Die Allmacht des Obrigkeitsstaates, die Herrschaft der römischen Kirche und der Jesuiten geben nun für Jahrhunderte dem Habsburgerreich sein Gepräge. Der herrliche Geisterfrühling des Humanismus, die hoffnungsvollen Ansätze eines Verfassungslebens auf der Grundlage der historischen Entwicklung und der schöne Gedanke der religiösen Freiheit, den der gleichnamige Urenkel des volkstümlichen Kaisers Maximilian I. vertreten, waren zu Grabe getragen. Die protestantische Ära aber mit ihren Generallandtagen, welche die seinerzeit von Maximilian I. ausgegangene Idee der Ausschußlandtage — aber im ausgesprochenen Gegensatze zum Hause Habsburg — weiterspannen, blieb noch lange, bis weit ins neunzehnte Jahrhundert hinein, im Gedächtnisse der habsburgischen Regenten. Mit Argusaugen wurde jede Verbindung der einzelnen Erbländer untereinander verfolgt; die Angst der Regierungen spiegelt sich noch deutlich in jenem Paragraphen (41) der Landesordnung

vom Jahre 1861, der bestimmt: „Der Landtag darf mit keiner Landesvertretung eines anderen Kronlandes in Verkehr treten.“ [9]

Allein mit der Niederlage des Ständetums war der gefürchtete Sondergeist der einzelnen Erbländer keineswegs aus der Welt geschafft. Ihre Individualität bestand noch aufrecht und fand ihren Nährboden in den Landesverfassungen, die den Ständen, wenn sie auch nun stark an das staatliche Oberaufsichtsrecht gebunden waren, immerhin ganz beträchtliche Reste der alten Freiheit beließen. Auch das „Heldenzeitalter“ Kaiser Leopolds I. war nicht imstande, Österreich zu einem wirklichen Einheitsstaate zu machen. Was er erreichte, war nur, daß nun auch die Magyaren das Schicksal traf, das die Ferdinande den Böhmen bereitet hatten: Ungarn kam in größere Abhängigkeit von Wien und wurde ein Erbland.

Leopolds zweiter Sohn Karl VI. — der ältere Bruder Josef I. war, wie es scheint, zu Österreichs Unglück früh gestorben — ging um einen bedeutsamen Schritt weiter: durch die Pragmatische Sanktion wurden die Erbländer „untrennbar und unauflöslich“ miteinander verbunden; dieselben verzichteten auf freiwillige Trennung; nicht alle mit freudigem Herzen, wie dies die Klage der Tiroler Prälaten, daß sie nunmehr auf immer der Aussicht auf eine selbständige Dynastie beraubt wären, schlagend beweist. Doch auch mit der Pragmatischen Sanktion war eigentlich nur das äußere Band, das die verschiedenen Länder zusammenhielt, fester geknüpft worden, wenn auch nunmehr eine der wesentlichsten Vorbedingungen für den so wünschenswerten Prozeß der inneren Angleichung geschaffen war. Daß man die Notwendigkeit einer solchen Entwicklung am Kaiserhofe nicht aus den Augen verloren hatte, beweist das Votum, das nebst anderen Räten Prinz Eugen von Savoyen, dieser gute Genius der Habsburger-Monarchie, im Jahre 1726 abgab: „Es sei so viel als möglich ein Totum aus Euer Majestät weitläufiger und herrlicher Monarchie zu machen.“

Aber wie? Diese Frage hatte eine ganz merkwürdige Beantwortung gefunden durch jenen kaiserlichen Hofkammersekretär Christian Julius Schierl von Schierendorff, der sich

berufen fühlte, dem Kaiser Vorschläge zu unterbreiten, die eigentlich für den dahingeschiedenen Bruder Josef bestimmt waren. Dieser wackere Patriot bringt die „Convocation" von Deputierten aller Erbländer, auch jener der Krone Ungarns, in Anregung, um das bunte Gefüge der Provinzen und die Regierung „in verläßlich gute Harmoniam zu bringen", weil unleugbar die „widrige Distraktion", die Uneinigkeit der einzelnen Teile, an so vielem Übel und Blutvergießen der Vergangenheit „alleinige causa efficiens" gewesen sei. Gerade die tüchtigsten Regenten hätten immer ein solches „mittleres Maß von Freiheit" gewährt. Ihm schwebte eine gesamtstaatliche Verfassung vor Augen, wobei die Regierung durch einen Ausschuß der Stände kontrolliert, die Behörden auf die Verfassungsgesetze beeidigt werden sollten, weil den Ständen sonst, wie er meinte, der „Skrupel" nicht zu benehmen sei, daß man sich um ihre Privilegien und gesetzlichen Freiheiten nicht kümmern werde.[10]

Schierendorffs gutgemeinter Ratschlag mag Kaiser Karl VI. höchst unzeitgemäß, so gar nicht „barock", erschienen sein: zu tief waren bereits die Vorstellungen von der Staatsallmacht nach dem Muster König Ludwigs XIV. in die Gedankenwelt der europäischen Kabinette gedrungen; zu stark wirkten noch die Erinnerungen an die Gefährlichkeit der feudalen Gewalten — dort an die Kämpfe der Fronde, hier in Österreich an die Ständerevolution — nach. Das Mißtrauen gegen sie, um nicht zu sagen, die Furcht vor ihnen, deckte sich hinter die leicht faßbare Theorie von der Überlegenheit der staatlichen Autorität, die möglichst uneingeschränkt sein müsse, um die hohen Aufgaben der „Wohlfahrtspolizei" erfüllen zu können.

In der Tat zeigte der Habsburger gleich seinem Vater Leopold I. den besten Willen, durch eine kräftige Förderung des „Kommerz" die inneren Kräfte der Monarchie zu heben. Hörnigks Mahnruf: „Österreich über alles, wenn es nur will, das ist wohlmeinender Fürschlag, wie mittelst einer wohlbestellten Landesökonomie die kaiserlichen Erbland in kurzem über alle andere Staat von Europa zu heben", war auf fruchtbaren Boden gefallen. Man kann wirklich sagen: gegen den Willen der Bevölkerung, welche den „Schreiern

und Kommerzienpredigern“ das entschiedenste Mißtrauen entgegenbrachte, wurden die vielversprechendsten Grundlagen für eine blühende Industrie gelegt.[11] Karl VI. errichtete, um dem Handel mit dem Orient neue Absatzwege zu eröffnen, in Triest und Fiume Freihäfen, gründete eine orientalische Kompagnie und erwarb sogar eine Faktorei in Ostindien. Und neben der materiellen Kultur ließ sich der prachtliebende Habsburger auch die Pflege der Kunst aufs höchste angelegen sein, so daß die alte Kaiserresidenz, der Mittelpunkt eines glanzvollen Hoflebens, der Sitz so vieler staatlicher Zentralstellen, auch ein die Geister beherrschendes Kulturzentrum wurde.

Allein er hatte kein Glück. Gegen den Rat des Prinzen Eugen, lieber für eine gut gefüllte Kasse und ein starkes Heer zu sorgen, ließ sich Karl VI., um die völkerrechtliche Anerkennung der Pragmatischen Sanktion zu gewinnen, in eine Reihe verlustreicher Feldzüge ein. Der Belgrader Friede von 1738, der den für die kaiserlichen Waffen und vor allem für das militärische Ansehen so verlustreichen Türkenfeldzug beendete, gab die stolzen Errungenschaften des Passarowitzer Friedens von 1718, darunter das donaubeherrschende Belgrad, preis. Und dazu die katastrophalen Einbußen an finanzieller Kraft! Schon im Jahre 1703 hatte der große, zum Österreicher gewordene Franzose das Erbübel des Kaiserstaates, die chronische Finanznot, mit den erschütternden Worten gekennzeichnet: „Ja, wenn die ganze Monarchie auf der äußersten Spitze stehen und wirklich zugrunde gehen sollte, man aber nur mit fünfzigtausend Gulden oder noch weniger in der Eile aufhelfen könnte, so müßte man es eben geschehen lassen und vermöchte dem Übel nicht zu steuern“ — wie schlimm stand es erst zu Ausgang seiner Regierung!

Karl VI. war indes nicht nur das Opfer seiner entschiedenen Überschätzung der Macht von Verträgen — sie macht der rechtlichen Denkungsart dieses Habsburgers alle Ehre —, sondern auch der Sündenbock für die Großmachtpolitik seiner Vorfahren, die ihre weitausschauenden Ziele mit den der Monarchie zu Gebote stehenden Mitteln so gar nicht in Einklang zu bringen wußten, mit ihren inneren Kräf-

ten Jahrhunderte hindurch Raubbau trieben. Hätten die Habsburger wirklich nur — wie der ihnen nachgerühmte Wahlspruch besagt — „geheiratet und andere Krieg führen lassen“, so wäre gegen ihre wahrhaft genial betriebene Heiratspolitik nichts einzuwenden gewesen. Allein die kriegerischen Verwicklungen blieben ihnen nicht erspart und die Folgen der ehelichen Verbindung mit Spanien-Burgund äußerten sich in verhängnisvoller Weise gerade in dem Augenblick, da Kaiser Leopold I. seinen Siegeszug gegen die Türken unternommen hatte. Ein Jahr nach dem verheißungsvollen Karlowitzer Frieden von 1699 erlischt die spanische Linie der Habsburger; Österreich zersplittert im spanischen Erbfolgekrieg seine Kräfte: die Gestalt des Doppelaars, der mit dem einen Kopf nach Westen, mit dem anderen nach Osten blickt, bekommt seine eigenartige Bedeutung. Der Kaiserstaat erhält einige wertvolle, aber, wie es sich herausstellen sollte, unsichere Außenposten wie Belgien und die Lombardei; allein die zukunftsreiche Aufgabe der Befreiung der Balkanvölker, die eigentliche geschichtliche Mission der Donaumonarchie, bleibt stecken. Grillparzers berühmtes, einem Ahnen Karls VI. in den Mund gelegtes Wort von den „halben Taten“ und den „halben Wegen“ findet seine traurige Anwendung.

Als der Kaiser gebrochenen Herzens in der alten Favorita am 20. Oktober 1740 verschied, hinterließ er der Erbtochter die Monarchie, wie sie klagte, „ohne Geld, ohne Armee, ohne Ratgeber“ und — so hätte sie hinzufügen können — „ohne Liebe“. Denn das steife Wesen des im Innersten gutmütigen und wohlwollenden Monarchen, der die „spanische Grandezza“ geradezu verkörperte, entfremdete ihm im Vereine mit den schweren Mißerfolgen seiner äußeren Politik die Herzen seiner Untertanen. Selbst in der alten Kaiserresidenz war eine große Partei für den Anschluß an Bayern, dessen Kurfürst Erbansprüche an die habsburgische Monarchie geltend machte. Der venetianische Botschafter am Wiener Hofe gab beim Tode des Kaisers das düstere Stimmungsbild, das die schwere Krise in ihrer ganzen Größe beleuchtete: „Nur allzu deutlich sieht man die Auflösung dieser gewaltigen Monarchie voraus.“ [12]

Die jugendliche Königin Maria Theresia machte bei ihrem heroischen Kampf um das väterliche Erbe die schmerzlichsten Erfahrungen. Böhmen und Oberösterreich öffneten dem bayerischen Kurfürsten die Tore und huldigten ihm, ohne besondere Schwierigkeiten zu machen. Und die Schlesier waren über den „Raub" des kostbaren Erblandes gar nicht empört, zeigten sich vielmehr, in Erinnerung an die religiösen Verfolgungen, vielfach erfreut, so daß der Einmarsch der Preußen wirklich zu einem militärischen Spaziergang sich gestaltete. Daß die für das Schicksal Schlesiens so bedeutungsvolle Schlacht von Mollwitz, in der sich zum ersten Male die Kaiserlichen mit dem Preußenkönig maßen, für jene unglücklich abschloß, schrieb sie dem böhmischen Kanzler Grafen Kinsky zu, weil er in „seinem Patriotismus für Böhmen" die Truppenkonzentrationen der Österreicher, die diesem Lande Lasten auferlegt hätten, behindert hatte.[13] Wohl fehlte es nicht in einzelnen Teilen der Monarchie, wie in Niederösterreich und in Ungarn, an Opfermut; aber auch da vermag man schwer zu sagen, wie viel davon der „schönen Frau" galt, die so rührend zu fordern wußte. Gern denkt man da an jenen niederösterreichischen Prälaten, der auf die Vorwürfe seiner Standesgenossen, warum er die Forderungen der Monarchin bewilligt habe, auf das Gemach, das er eben verlassen, hinweisend erwiderte: „Geht nur hinein zu ihr und seht zu, ob Ihr ihr etwas abschlagen könnt.[14]"

Das heiße Ringen mit Friedrich dem Großen endete, wie man weiß, mit dem Verlust Schlesiens. Doch so schmerzlich die Einbuße dieser „Perle" der deutschen Erbländer den Kaiserstaat — die Kaiserin hat die Trauer darum niemals verwunden — betroffen hat, so war doch für ihn der Zusammenstoß mit der preußischen Monarchie von den heilsamsten Folgen. Die Kaiserin hatte in diesem schicksalsschweren Entscheidungskampf die Rückständigkeit der Donaumonarchie, die Schwerfälligkeit des staatlichen und ständischen Verwaltungsapparates in ihrem vollen Umfang kennen gelernt; sie hatte gesehen, was ein kleiner, aber innerlich geschlossener und gut verwalteter Staat wie Preußen zu leisten imstande war, und so gab der unglück-

liche Ausgang, da Maria Theresia zu lernen verstand, den Anstoß zu einer gründlichen Neugestaltung des Kaiserreiches im Sinne des modernen „Wohlfahrtsstaates". In allen Belangen des staatlichen Lebens hat sich die große Kaiserin als glänzende Organisatorin schöpferisch betätigt, im Ausbau der Behördenorganisation wie in der Bildung einer schlagkräftigen Armee. Unablässig und hingebungsvoll war sie bemüht, durch Pflege der geistigen und materiellen Kultur die inneren Kraftquellen der Monarchie zu heben.

So zäh und leidenschaftlich sie während ihrer ganzen langen Regierungszeit für die ungeschmälerte Erhaltung ihres Vätererbes — dazu fühlte sie sich durch die Pragmatische Sanktion ihren Völkern gegenüber verpflichtet — gestritten hat, der Gedanke einer Eroberung und territorialen Ausdehnung der Monarchie, der ihren Vorfahren auf dem Throne so im Blute lag, hat ihr immer ferne gelegen. Nur widerwillig, mit innerstem Widerstreben, hat sie sich der von Preußen und Rußland eingeleiteten Aktion zur Teilung Polens angeschlossen. „Gut, ich will es tun," so äußerte sie sich damals resigniert, „weil nach Eurem Vorgeben dadurch größeres Übel verhütet werden soll — aber denket an mich: Eroberungen dieser Art fruchten nie."[15] Immer wieder betonte sie, daß die Zerreißung Polens ein „Schandfleck" für ihre ganze Regierung sei, sprach sie von der „schweren Verantwortung", mit der sie sich deswegen vor Gott belastet habe. Sie werde, so prophezeite sie, die Quelle von Unglücksfällen sein, welche die Monarchie zu Grunde richten würden. Unverrückt blieb ihr Standpunkt: „Alle Partage ist unbillig in seinem Grund und uns schädlich." Auch von der Aufteilung der Türkei will sie nichts wissen. „Was würden wir", meinte sie, „gewinnen, wenn wir unsere Eroberungen selbst bis vor die Mauern Konstantinopels ausdehnen würden? Ungesunde, kulturlose, entvölkerte oder von unzuverlässigen Griechen bewohnte Provinzen, die die Kräfte der Monarchie nicht steigern, sondern erschöpfen würden."[16]

Der ihr aufgezwungene Verteidigungskampf, die Sorge für die Förderung der in früheren Epochen so arg vernachlässigten inneren Machtquellen des alten Kaiserstaates

nahmen sie völlig in Anspruch, und sie hatte die Genugtuung, daß ihr heldenhaftes Eintreten für die Erhaltung Österreichs, die ruhmvollen Taten der kaiserlichen Armee im Siebenjährigen Kriege wesentlich dazu beitrugen, bei ihren Untertanen das Gefühl der Zusammengehörigkeit zu beleben und zu stärken. Denn das war ja das hohe Ziel, das sie beständig im Auge hatte, und diesem großen Grundgedanken ihrer staatlichen Reformtätigkeit hatte auch die neue Volksschule, deren Begründerin Maria Theresia geworden ist, zu dienen: sie sollte eine „gleiche Denkungsart und wahren Nationalgeist“ erwecken.

Es läßt sich nicht leugnen, daß die auf den Gesamtstaat gerichteten Bemühungen der Kaiserin, die sich überall und immer als wahre Landesmutter betätigte, von reichem Erfolg gekrönt wurden. Wohl hütete sie sich an der von den Magyaren sorgsam betreuten avitischen Verfassung irgend etwas zu ändern, weil, wie sie sagte, „außer einem Landtag etwas solches zu tentieren, nicht ratsam wäre, nicht minder bei Hungarn besondere Umstände, so in Ansehung der Folgen sehr häklich sind, in Consideration fallen“.[17] Doch auch da gelang es ihr, in die Sonderstellung Bresche zu legen — mit sanfter, aber nachhaltiger Gewalt. Vor allem verstand es die bezaubernd anmutige Frau, die aristokratischen Tempelwächter der Konstitution an den Wiener Hof zu fesseln, die trotzige Gentry in einen lammsfrommen Hofadel zu verwandeln. Hätte die Kaiserin noch länger, als es ihr ohnehin beschieden war, gelebt, so wäre ihr wohl das große Kunststück des österreichischen Einheitsstaates geglückt. Aber unzweifelhaft hat sie in der Theresianischen Ritterakademie, in der die Söhne der Adelsgeschlechter aller Länder in gleichen staatsrechtlichen Anschauungen erzogen wurden, in dem Offizierskorps der gemeinsamen Armee, für dessen tüchtige Schulung sie sorgte, und nicht zuletzt in der Organisation der Zentralbehörden, die sich auch auf Ungarn erstreckten, die tragfähigen Grundmauern für den österreichischen Einheitsstaat geschaffen. Jetzt erst konnte man von einem „Staat“ überhaupt reden.[18]

Maria Theresia hat Großes erreicht — sie hat aber auch geradezu vorbildliche Herrschertugenden besessen: die

glücklichste Hand bei der Auswahl ihrer Ratgeber und Heerführer, das feine Verständnis für den Pulsschlag der Zeit und die Gabe, alle Härten ihrer Neuordnung zartfühlend abzuschwächen, Altes und Neues mit zielsicherem Blick harmonisch zu verbinden. Sie war eine ausgesprochene Gegnerin der Aufklärung und hat doch die in ihr schlummernden gesunden und großen Gedanken, wie die Bauernbefreiung, in ihr Reformwerk aufgenommen. Eine warme Freundin der Kirche, hat sie doch schließlich in die Aufhebung des Jesuitenordens gewilligt. So ließ sie sich in allem, was sie als der allgemeinen Wohlfahrt förderlich erkannte, von dem Zeitgeist führen, ohne sich von ihm völlig mitreißen zu lassen; umgekehrt aber verstand sie zu führen, mit kräftiger, oft sehr energischer Hand zu führen, ohne den Druck spüren zu lassen. Man tat, was sie heischte — freiwillig.

3. ÜBERSPANNUNG DER EINHEITSSTAATLICHEN IDEE DURCH KAISER JOSEPH II.

Was Maria Theresia im „Moderato“ begonnen, das setzte Joseph II. im „Prestissimo“ fort.[19] Die Kaiserin hatte seinen leidenschaftlichen Drang nach vorwärts, von dem sie die nachteiligsten Folgen befürchtete, nach Kräften zurückgehalten; um so elementarer, gleich einer Sturzflut, brach er jetzt nach dem Tode der Mutter los. Durch seinen Übereifer und die Hast, mit der er seine großen Gedanken ins Werk setzte, verdarb er, was Maria Theresia in langen Jahren, mühsam und vorsichtig, aufgebaut hatte. Joseph wollte „zu viel auf einmal“ und alles sollte mit einem Schlage geschehen — „Il faut faire les grandes choses tout d'un coup“, wie er sich in seinem Regierungsprogramm von 1765 bezeichnend äußerte.[20] Von dem, was er unternahm, wollte er „auch sogleich die Wirkung empfinden“, und er bediente sich dabei eines Vergleiches, der in seiner Art etwas Bezwingendes hatte. „Als ich den Prater und den Augarten“, meinte er, „herrichten ließ, nahm ich auch keine jungen Sprossen, die erst der Nachwelt einst gedient hätten; nein, ich ließ Bäume

pflanzen, unter deren Schatten ich selbst und meine Mitmenschen Vergnügen und Vorteil finden mögen.“ Zum Unterschied von seiner Mutter hat er bei seinen politischen und sozialen Reformen auf historisches Recht, auf Tradition und Herkommen nicht die geringste Rücksicht genommen. Für ihn galt das revolutionäre Kredo: „Denn alles, was besteht, ist wert, daß es zugrunde geht.“

Im Sturmschritt eilte er auf das Ziel des Einheitsstaates los: „Alle Provinzen der Monarchie sollen nur ein Ganzes ausmachen.“ Es sollte keine Tiroler, keine Böhmen, keine Ungarn mehr geben, sondern nur Österreicher, nur mehr einen österreichischen Kaiserstaat, und zu diesem Zwecke sollten alle Landesverfassungen, die Bollwerke des Ländergeistes, verschwinden. Maria Theresia hatte das Institut der Provinzialstände mit ihren Sonderrechten und Verfassungen fortvegetieren lassen, er aber hob diese völlig auf. So wanderte denn die Krone des heiligen Stephan in die Wiener Schatzkammer, wo sie mit der aus Prag herbeigeschafften Wenzelskrone und dem bisher in Klosterneuburg sorgsam verwahrten niederösterreichischen Herzogshute, gewissermaßen als Kuriositäten, hinterlegt wurden. Das deutsche Element, als der eigentliche Kitt des Einheitsstaates, wurde vom Kaiser auf alle mögliche Weise kräftigst gefördert. Allein er überspannte den Bogen und dieser zerbrach.

In dem Lande der Wenzelskrone hatte Josephs politisches Reformwerk, soviel man sieht, gar keine besondere Wirkung. Die Böhmen waren seit der Schlacht auf dem Weißen Berge merkwürdig zahm und regierungsfromm geworden. Dieser veränderte Geist hatte sich bei den von den Ständen der einzelnen Erbländer abgegebenen Erklärungen zur „Pragmatischen Sanktion“ in drastischer Weise geäußert, als die Böhmen, während andere Provinzen allerlei Einwendungen erhoben, einfach erklärten, daß ihnen der Kaiser seine Disposition „aus purem Überfluß“ habe eröffnen lassen. So erwiesen sie sich auch jetzt gefügig und die Begünstigung der Deutschen ging bei dem Mangel „an böhmischen Subjekten“ ohne Aufregung vor sich. Dagegen löste gerade „das großartige Germanisierungswerk im Osten“, von dem

das Hamburger politische Journal ganz begeistert die Wirkung sich versprach, daß das von der Natur herrlich bedachte Reich durch den Segen der Kultur „noch einmal aus sich selbst“ erzeugt, daß dort nunmehr fünf Millionen unglücklicher Menschen zu zehn Millionen glücklicher umgeschaffen würden,[21] in ganz Ungarn eine tiefgehende nationale Bewegung aus. Hatten sich die Gebildeten bisher förmlich geschämt, der magyarischen Sprache sich zu bedienen, so wollten sie jetzt nur mehr das eigene Idiom gelten lassen. Wild schäumte der Haß gegen alles Deutsche, gegen die herrschsüchtigen „Schwaben“ auf. Man behauptete, die ungarische Kultur sei viel älter als die der Deutschen, die erst vor kurzem ihren Klopstock hätten, während die Magyaren schon vor hundert Jahren Dichter hatten, denen die Deutschen nichts Ebenbürtiges zur Seite stellen könnten. Obwohl die Magyaren in Ungarn nur ein Drittel der Bevölkerung ausmachten, verlangten sie kategorisch: „Ungarn ist Ungarn; wer da lebt, soll ungarisch sprechen.“ Die deutsche Tracht wurde verhöhnt, da und dort an den Galgen genagelt, und überall das verschnürte Nationalgewand getragen. An manchen Orten verbrannte man das verhaßte Sprachedikt und andere Verordnungen Josephs II.[22]

Auch in den österreichischen Niederlanden rief die Aufhebung der Verfassung, von der Geistlichkeit des Landes kräftigst geschürt, eine mächtige Erregung hervor, die bald bedrohliche Formen annahm. Während die Revolution in Belgien offen, in Ungarn mehr verdeckt, ihr Haupt erhob, herrschte selbst in den „allezeit getreuen“ Kernlanden der Habsburger-Monarchie schwerste Unzufriedenheit und Verstimmung. Kaiser Josephs gegen die Kirche gerichtete Maßnahmen und sein Kampf gegen den „Aberglauben“ hatten nicht nur die Geistlichkeit, sondern auch weite Kreise des Volkes, das mit zäher Beharrlichkeit an seinen ihm liebgewordenen, durch ihr ehrwürdiges Alter geheiligten Gebräuchen hing, in Aufruhr gebracht. Man vergaß darüber alle die großartigen humanitären Schöpfungen, wie die Krankenanstalten, die Irrenhäuser und Waiseninstitute, die der edle Menschenfreund, der „Schätzer der Menschheit“, ins Leben gerufen.

Man kann sagen: alle Schichten der Bevölkerung waren in Gärung geraten. Daß die privilegierten Klassen, Adel und Klerus, mit denen der aufgeklärte Despot nicht allzu sanft umgegangen war, unzufrieden waren, das konnte nicht weiter wundernehmen. Aber auch die von Joseph II. bevorzugten Stände äußerten ihre Unzufriedenheit. Wie ein blutiger Hohn liest sich der Stimmungsbericht, den der Polizeiminister Graf Pergen dem schon todkranken Monarchen erstattete: „Der Bürgerstand", so heißt es in diesem offenherzigen Vortrag, „wird durch die Vervielfältigung desselben mittelst Erleichterung der Gesellen zum Bürger- und Meisterrechte in seinem Verdienste merklich geschmälert und ist durch die Entkräftung des Adels und der Geistlichkeit gleichsam ärmer geworden; er ist also überhaupt, dermalen aber um so mehr mißvergnügt, als die Art, mit welcher die Kriegssteuer, die ihm ohnehin sehr lästig ist, von demselben vorschriftsmäßig eingetrieben werden muß, die meisten, das ist die ärmeren, gänzlich daniederschlägt." Und der Bauer, dieser am meisten verhätschelte Stand, den der Kaiser zur „glücklichsten Klasse" aller Untertanen gemacht hat? „Der Bauer", so lautet die Antwort, „ist stolz auf diesen gnädigsten Vorzug, dennoch unzufrieden, weil er von allen Schuldigkeiten gegen seinen Herrn frei sein will und auch wirklich in dem Irrwahn ist, von allem entledigt zu sein." Der Monarch mußte sich noch von seinem Minister dahin belehren lassen, daß die „plötzliche" Umgestaltung aller Landesverfassungen „notwendig" eine allgemeine Gärung habe veranlassen müssen.[23]

Aber vielleicht wäre die Unzufriedenheit keine so allgemeine und so tiefgehende gewesen, hätte er in der äußeren Politik Glück gehabt. Zu allem Überfluß ließ er sich mitten in seiner grundstürzenden Reformarbeit im Innern der Monarchie noch in weitschauende auswärtige Unternehmungen ein, denen jedoch nur Mißerfolge beschieden waren. Da war einmal des Kaisers Lieblingsplan, die österreichischen Niederlande gegen Bayern einzutauschen — fürwahr ein großartiges Projekt, das Österreich für den Verlust des deutschen Schlesien reichlich entschädigt, den Habsburgerstaat zur füh-

renden Macht in Süddeutschland erhoben, der Kaisergewalt einen kräftigen Boden im Reiche und dem deutschen Element in dem vielsprachigen Österreich das so nötige Rückgrat verschafft hätte! Allein der deutsche Fürstenbund von 1785, der auf Betreiben des alten Fritz, unter Teilnahme von geistlichen Ständen, ins Leben trat, brachte den schönen Plan zu Fall.

Zwei Jahre später tat er, wie Ranke sagte, den „verhängnisvollsten Schritt", indem er sich entschloß, an der Seite der Zarin Katharina II. in den russisch-türkischen Krieg einzugreifen. Maria Theresia war, wie wir schon wissen, eine erklärte Gegnerin der Aufteilung des türkischen Reiches, in dem sie das Bollwerk gegen Rußland erblickte. Joseph II. dagegen, als echter Sohn der Aufklärung — der Wachtmeister Werner in Lessings „Minna von Barnhelm", der von einem großen Kreuzzug gegen die Türken schwärmt, darf als Ausdruck der Zeitstimmung gelten — wollte als „Rächer der Menschheit" die „Barbaren des Orients" aus Europa jagen. Aber den moralischen Gesichtspunkten gesellten sich auch sehr reale politische Ziele hinzu. Er dachte an die Erwerbung von Serbien, so wie Kaunitz die der Moldau und der Wallachei im Auge hatte. Die Stellung einer führenden Macht in Südosteuropa sollte auch der heimischen Industrie ein neues Absatzgebiet eröffnen. Und sicherlich hoffte er auch, durch Waffenerfolge der Schwierigkeiten im Innern leichter Herr werden zu können. Doch leider behielten die Schwarzseher recht, die ihn, wie sein Bruder Leopold, vor dem gefahrvollen Unternehmen gewarnt hatten. Die beiden Kaisermächte versagten militärisch. Verheerende Seuchen rieben die kaiserliche Armee auf, der Kaiser selbst, der alle Strapazen und Leiden des Feldzuges mit ihr teilte, erkrankte nicht unbedenklich und kehrte schwer leidend, mit dem Todeskeim in der Brust, seelisch gebrochen, in die Kaiserburg zurück. „Alle meine Pläne hab' ich scheitern sehen" — in diesen seinen erschütternden Worten drückt sich die ganze Tragik des Lebens Josephs aus. Und nun, da die erträumten äußeren Erfolge ausgeblieben und der Kaiser als ein Todkranker sein Ende herannahen sah, erging es ihm

wirklich wie dem sterbenden Löwen in der Fabel.[24] Die Empörung wagte sich jetzt auch in Ungarn offen und ungescheut hervor, von den feindlichen Mächten, Preußen voran, eifrigst angefacht. Angesichts der drohenden Nachrichten, die von dort eintrafen, sieht er sich genötigt, mit eigener Hand den größten Teil seiner für dieses Land erlassenen Gesetze und Verordnungen zurückzunehmen. Wie eine schneidende Ironie klingt es, wenn er in seinem Reskript vom 28. Januar 1790 auf seine wohlmeinenden Absichten sich beruft, um dann hinzuzufügen: „Da wir aber jetzt davon vergewissert sind, daß ihr die alten Verwaltungsformen lieber wollet und in ihnen euere Glückseligkeit suchet und findet, so wollen wir nicht zögern, darin eueren Wünschen zu entsprechen." In seiner schweren Verbitterung soll er sogar entschlossen gewesen sein, alle seine Reformen zu widerrufen, da das Volk nichts Besseres verdiene.[25]

Ein wahrer Begeisterungstaumel ging durch Ungarn, als die Stephanskrone wieder ins Land zurückgebracht wurde. Alt und jung tanzte auf den Straßen. „Selbst der Hinkende", berichtete ein Zeitgenosse, „sprang vor Freude und alle Welt rief: Es lebe die ungarische Freiheit!" Die Krone wurde in der Schloßkapelle Tag und Nacht ausgestellt, wie das Allerheiligste. Die Zurücknahme der verhaßten Neuerungen wurde als ein Sieg über das Wiener Kabinett gefeiert. Und selbst die Wiener freuten sich mit den Magyaren. Als die ungarischen Kroninsignien aus der Schatzkammer abgeholt wurden, drängte sich das Volk vor der Burg zusammen, und das Freudengejohle drang bis in das Gemach des sterbenden Kaisers. Die Bewohner der Kaiserstadt faßten die damals herrschende Hungersnot als Züchtigung Gottes wegen der Gefangennahme der Stephanskrone auf und glaubten nunmehr das Ende der Not gekommen.[26]

Man kann sich keinen tragischeren Ausklang eines Regentenlebens denken, als den des „Volkskaisers", der sich für das Wohl seiner Untertanen aufgerieben hatte. Indes Joseph irrte, wenn er meinte, das Volk wolle und verdiene nichts Besseres. Nicht die Tatsache, daß er reformierte, zog ihm die große Mißstimmung zu, sondern daß er zu rasch, zu

unvermittelt, zu gewaltsam umgestaltete. Schon seine Zeitgenossen haben die Fehler, an denen sein großes Lebenswerk scheiterte, richtig erkannt. „Nur das Zuviel war sein Verhängnis“, urteilte Herder;[27] „zu viel und alles auf einmal“, ergänzte Johannes Müller. „Die Zeit“, so heißt es in einem der vielen nach seinem Tode erschienenen Nekrologe, „war das einzige, was ihm zu seinen glorreichen Unternehmungen noch fehlte.“ Der Weg eigener Erfahrung würde ihn sicher zum hohen Ziel geführt haben. „Man denke sich ihn als einen sechzigjährigen Mann, mit kühlerem Blick, mit der Klugheit des Alters, mit den großen und teueren Erfahrungen seiner früheren Jahre: würde er nicht vielleicht der beglückendste und glücklichste Regent der Erde geworden sein?“ [28] Ein leidenschaftlicher Gegner aller „Vorurteile“ hat er, wie ihm ein englischer Diplomat vorwarf, zu wenig mit ihnen gerechnet; zu wenig bedacht, „mit welcher außerordentlichen Vorsicht allgemeine Neuerungen, selbst wenn sie weise sind, eingeführt werden müssen.“ Er fühlte nicht genug, „daß der geringste Schein einer Unterdrückung ein wahres Übel ist, weil die Menge ebenso sehr vor dem Scheine flieht, wie sie vor wirklicher Unterdrückung fliehen würde.“ [29]

Der Engländer hatte es mit richtigem Blick erkannt: mit Gewalt läßt sich ein Volk nicht einmal — glücklich machen. An dieser leidigen Tatsache krankte der ganze „aufgeklärte Despotismus“ mit seiner Losung: „Alles für das Volk, nichts durch das Volk.“ Aber nicht nur der Sohn des freien Albion, der mit dem Maßstabe der heimischen Verhältnisse die Regierung des Habsburgers beurteilte, fand so treffend die Erklärung für das Scheitern seiner edelsten Absichten, sondern auch einem jüngeren Bruder war der wunde Punkt der gewaltsamen Bevormundung zum Bewußtsein gekommen. „Es ist schwer“, meinte der Großherzog Leopold von Toskana, „dem Volke gegen seine Überzeugung Gutes zu erweisen, weil es schwer ist, daß eine Regierung oder selbst der aufgeklärteste Minister besser wisse, was für die Nation paßt und ihr nützlich ist, als d a s V o l k s e l b s t, seine Individuen und seine Vertreter.“[30] Aus dem Munde eines Für-

sten des achtzehnten Jahrhunderts ganz merkwürdige Worte, an die wir später uns noch öfter erinnern mögen!

Und doch, ungeachtet seiner großen Irrtümer, bedeutete für Österreich das Walten dieses ernsten Habsburgers, wie ein unbefangener ausgezeichneter Geschichtschreiber treffend sagte, „unschätzbaren Gewinn: in dem seit Jahrhunderten fast brachgelegenen Boden pflanzte er Keime, die teilweise erst ein Jahrhundert später aufsproßten und zu fruchtbringenden Ähren heranreiften.“ [31] Diese segensvolle Wirksamkeit Josephs für die Zukunft Österreichs hatte ein hervorragender Zeitgenosse richtig herausgefühlt, wenn er prophetisch meinte: „Aus der Fackel seines Genius ist ein Funke in Österreich gefallen, der nicht wieder erlischt.“ [32] Zunächst freilich wirkten die von dem „gekrönten Revolutionär“ überstürzt in die Welt gesetzten Neuerungen wie eine verheerende Brandfackel, die in den Staat Maria Theresias mit verwegener Hand hineingeschleudert wurde. Das war das große Unglück für die Donaumonarchie, daß mit dem ungeduldig, rastlos vorwärtsstürmenden Joseph die ruhige stetige Entwicklung zum Einheitsstaat, der beim Tode der kaiserlichen Mutter schon zum Greifen nahe erschien, unterbrochen wurde!

Aber schon sehr bald nach seinem Hinscheiden verklärte sich das Bild von dem Volkskaiser, und selbst Gegner wurden dem Wirken des „Großen Wollenden“, wie ihn Herder nannte, gerecht. Die geistvolle Karoline Pichler erinnerte sich gerne an die „schöne, lebensvolle, jugendkräftige Zeit“, die mit Joseph II. für Wien, für Österreich heraufgekommen war. Joseph II. wollte, so äußerte sich der Geistliche Sebastian Brunner, der den Josephinismus stets so leidenschaftlich bekämpfte, „dem wissenschaftlichen Leben und seinem Staate einen Sporn geben, die Geistesträgheit aufrütteln, die schlummernden Kräfte wecken, das Kapital der Nationalehre und geistigen Naturkraft durch Erschaffung einer Literatur vermehren, die neben dem neuerwachsenen Geistesleben des nördlichen und protestantischen Deutschland eine würdige Stellung einnehmen könnte.“ [33] Sein Name wurde das Symbol edlen Wollens, unermüdlichen Vorwärtsstrebens und strengster Pflichterfüllung.

Mag das Gute und Fruchtbringende seines Regentenlebens im verschönernden Lichte der Erinnerung auch überschätzt worden sein, so darf es doch auch wieder nicht zu niedrig beurteilt werden. Es ist richtig, daß der Monarch, dessen Sinn, wie überhaupt die ganze Aufklärungszeit, durchaus nüchtern, auf das Nützliche und das Staatsinteresse gerichtet war, für die schöne Literatur kein inneres Verhältnis aufbrachte und daß ihm wirklich, wie Herder spottete, der Buchhandel im Grunde nur „ein Käsehandel" war; auch das soll nicht bestritten werden, daß sie unter Joseph, der Männern wie Alxinger mehr Verständnis als Herder erzeigte, keinen Aufschwung genommen hat: aber unzweifelhaft läßt sich doch auf allen Gebieten des geistigen Lebens eine gesteigerte Regsamkeit verzeichnen. Durch die Zensurverordnung vom 11. Juni 1781 wurde nahezu volle Zensurfreiheit gewährt. Nur Schriften, welche dem Interesse des Staates gefährlich erschienen, waren verboten; dagegen durften alle literarischen Erzeugnisse, die sich auf die Person des „ersten Dieners" bezogen, anstandslos im Buchhandel verbreitet werden, wie das in Berlin gedruckte giftige Pamphlet „Der 42jährige Affe, ein ganz vermaledeites Märchen." Der Erfolg der Freiheit war — fürs nächste wenigstens — nur der, daß mit ihr starker Mißbrauch getrieben und der Monarch mit Erlaß vom 25. April 1784 die Veröffentlichung der Flugschriften von dem Erlag einer hohen Kaution abhängig machte, da durch dieses Jahr, wie er bitter bemerkt, „der Beweis klar vorhanden liegt, daß unendlich viel Broschüren nur geschmiert werden und schier keine einzige noch an das Tageslicht gekommen ist, die der hiesigen Gelehrsamkeit Ehre gemacht oder dem Publico einige Belehrung verschafft hätte." [84] Aber die Hauptsache war, daß die Schranken, welche seit den Tagen Ferdinands II. Österreich von dem Auslande getrennt hatten, fielen und der Strom der europäischen Kulturentwicklung über das — wenigstens nach der literarischen Seite hin — vernachlässigte Geistesleben ungehindert sich ergießen konnte. Hatte der befruchtende Gedankenaustausch mit dem Reiche, wie er in der Babenberger-Ära und in der Zeit der Renaissance bestand, schon unter der Kaiserin Maria Theresia, die sich nach lan-

gem wieder als eine deutsche Fürstin fühlte, eingesetzt, so förderte Joseph II. die innige Kulturverbindung mit dem deutschen Mutterlande, aus seinen großen politischen Gesichtspunkten heraus, bewußt auf das kräftigste, und dieses Eintreten für die „Nationalehre“ mag ihm für alle Zeiten unvergessen sein. Die Leselust nahm zusehends zu, und es darf wohl kein Zweifel darüber bestehen, daß die spätere Glanzperiode der österreichischen Literatur — man denke nur an Franz Grillparzer — mit ihren tieferen Wurzeln in jener vielgeschmähten josephinischen Zeit verankert ist.

Überall ein kräftig pulsierendes Leben! Wie Joseph am Kaiserhofe zum Entsetzen des im alten Zeremoniell ergrauten Fürsten Khevenhüller mit den letzten Überbleibseln des von den Vorgängern auf dem Kaiserthron liebevoll gepflegten spanischen Geistes, der steifen Etikette und der Manteltracht, kurzerhand aufräumt, so kommt auch in den vielfach noch überaus schwerfälligen Verwaltungsapparat ein frischerer Zug. Ein Regent, der selber rastlos für das Wohl der Gesamtheit arbeitete und sich dabei verzehrte, der noch in seinem letzten Atemzug an sein Volk und an sein „heißgeliebtes Vaterland“ dachte; ein solcher Herrscher konnte von seinen Beamten verlangen, daß sie wie er ganz in dem Dienst des Staates aufgehen, „keine Unterhaltung“ und „kein persönliches Geschäft“, das sie von ihrem „Hauptgeschäft“ abzuziehen imstande wäre, kennen sollten. Zunächst freilich hatte dieser anspornende Erlaß nur die Wirkung, daß sich der schlecht bezahlten Beamten Unzufriedenheit bemächtigte, daß sie rascher, aber um so schleuderhafter arbeiteten. Allein dem alten Erbübel der Monarchie, der Schlaffheit und der Geistesträgheit, war der Krieg erklärt, und alles hätte nun an dem gelegen, die mächtigen, schwungvollen Antriebe ausreifen zu lassen — da riß ihn ein unerbittliches Geschick vorzeitig aus der Bahn. Er hatte mit allen Fiebern seiner leidenschaftlichen Seele das Glück seiner Untertanen, die Größe und Blüte der habsburgischen Monarchie angestrebt, und das erschütternde Ergebnis war: allgemeine Gärung und Revolution. Die Erhebung der österreichischen Niederlande bildete das blutige Vorspiel zum gewaltigen Königsdrama in Frankreich.

4. RÜCKBILDUNG UNTER LEOPOLD II. AUSBRUCH DER FRANZÖSISCHEN REVOLUTION.

Es war ein trauriges Erbe, das Leopold II. nach dem Tode seines unglücklichen Bruders am 20. Februar 1790 übernahm. Das erste war, um den Kaiserstaat aus seiner verzweifelten Lage herauszuführen, daß er dem Türkenkrieg rasch ein Ende machte. Er verzichtete im Frieden von Sistowa auf alle Eroberungen, welche die Kaiserlichen im weiteren Verlaufe des verlustreichen Unternehmens durch die verzweifeltsten Kraftanstrengungen — darunter auch Belgrad — gemacht hatten. Es gelang ihm auch, durch die Konvention von Reichenbach eine Verständigung mit Preußen zu erzielen. Der „große Plan" des Ministers Hertzberg, der es darauf abgesehen hatte, den Hohenzollernstaat auf Kosten der polnischen Besitzungen Österreichs mit dem Weichselgebiete zu bereichern, ward vom König Friedrich Wilhelm II. zurückgestellt.

So hatte der neue Monarch die Hand frei bekommen, um den Sturm im Innern des habsburgischen Staates zu beschwören. Belgien, das nach der Verständigung mit Preußen seinen stärksten Rückhalt verloren, wird zurückgewonnen, und damit war der schwierigste Teil der Arbeit erledigt, obwohl auch die Wiederherstellung der Ruhe in den Erblanden keineswegs leicht fiel.

Die schwerste Aufgabe harrte da seiner in Ungarn, wo die durch die josephinischen Neuerungen aufgewühlten Leidenschaften noch gewaltig nachzitterten. Auch das Edikt vom 28. Januar 1790, durch das von dem sterbenden Kaiser die Verfassung und — mit wenigen Ausnahmen — die alte Ordnung wiederhergestellt worden war, hatte die im Siegestaumel schwelgenden Magyaren nicht befriedigt. Die den Ständen Belgiens gewährten Zugeständnisse hatten ihre Begehrlichkeit gesteigert. Aber nach dem Abschluß des Reichenberger Vertrages war Leopold in der Lage, den weitgehenden Forderungen der ungarischen Stände mit größerer Festigkeit entgegenzutreten. Die den König schwer verletzende Zumutung, die legitime Thronfolge in Ungarn

durch die Regierung des nichtgekrönten Joseph als unterbrochen anzusehen, wurde sehr energisch zurückgewiesen.

Es kam den Bemühungen der Regierung zugute, daß unter dem Eindruck der französischen Revolution der Bürgerstand gegen die selbstsüchtige Politik der privilegierten Klassen in mehr oder weniger kräftiger Weise Stellung nahm. Die Bauern machten Miene, von den grundherrlichen Lasten sich gewaltsam zu befreien. Auch regte sich die nationale Opposition der von den Magyaren stiefmütterlich behandelten Südslawen. Eine Adresse der „illyrischen Nation“ erbat sich ganz offen den Schutz des „angebeteten“ Monarchen gegen die „Barbaren, die sich erst vor kurzem aus den Höhlen Asiens ergossen hätten“.[35]

So war die adelige Opposition schon recht kleinlaut und zahm geworden. Als dann gar Leopold in der ungarischen Nationaltracht in Preßburg erschien, um sich mit der Stephanskrone schmücken zu lassen, da verstummte auch der letzte Rest der vorhin so laut geäußerten Mißstimmung. Niemand, der Zeuge des brausenden Jubels war, mit dem der neue König begrüßt wurde, konnte auf den Gedanken verfallen, daß kurz vorher ein großer Teil der Nation die Krone dem preußischen Souverän angetragen hatte. Immerhin enthielt das von Leopold ausgestellte Krönungsdiplom die feierliche Zusicherung des Fortbestandes aller adeligen Freiheiten. Ungarn mit seinen Nebenländern sollte als ein selbständiges Land, nach eigenen Gesetzen und Gewohnheiten, nicht aber nach Art der übrigen Erbländer regiert werden. Doch auch der Bürger- und Bauernstand hatte einige dem Zeitgeist entgegenkommende Zugeständnisse erlangt, ungleich mehr noch, wie die Regelung der Untertanenverhältnisse in Aussicht gestellt erhalten.[36] Für die Serben wurde eine besondere „illyrische Hofkanzlei“ geschaffen, die allerdings von nicht langer Dauer war.

In den sogenannten „deutschen“ Erblanden gelang es Leopold II. sehr rasch, die Aufregung zu beschwichtigen. Das erste war, daß er die landständischen Verfassungen in den Formen der theresianischen Zeit wiederherstellte, und der heiße Dank, der dem „glorreichen Restaurator“ der Landesverfassung gespendet wurde, erbrachte den Beweis, daß

man mit dieser Errungenschaft zufrieden war, daß also die oft weit darüber hinausgehenden Wünsche und Forderungen, welche die Stände nach Josephs Tode gestellt hatten, nicht allzu ernst gemeint und nicht übermäßig tief verankert waren. So war von den böhmischen Ständen, ganz im Sinne der neuen, von der französischen Revolution angeregten Zeitideen, eine förmliche Konstitution, d. h. „ein Vertrag mit dem Souverän und der Nation“, die Befugnis, den Landtag alljährlich, ohne besondere Bewilligung der Wiener Regierung, einzuberufen, Steuerbewilligungs- und Gesetzgebungsrecht mit dem Rechte der Initiative verlangt worden.[37] Wenn sie daneben die Einführung der alten Landesämter, Aufhebung der beschränkenden Klauseln der „vernewerten“ Landesordnung, Nichtzulassung der Bürgerlichen zu den höheren Gerichtsstellen, besondere adelige Gerichtsbarkeit, Abschaffung der den Bauern gewährten Begünstigungen, Ausschluß der Protestanten von der Landtagsfähigkeit, Wiederherstellung der kirchlichen Macht forderten, so zeigt dies deutlich, von welchem Geist diese Stände beseelt waren. In der unbedingten Verurteilung der volkswirtschaftlichen, auf die Bauernbefreiung zielenden wie der kirchlichen Neuerungen fanden sie sich mit den Ständen der übrigen Erblande einträchtig zusammen, und in diesem Punkte ist ihnen auch der neue Monarch ziemlich weit entgegengekommen.

Vor allem fiel Kaiser Josephs eigentliches Lieblingswerk, die Steuer- und Urbarialregulierung, die bei den privilegierten Ständen, weil sie tief in alte, „wohlerworbene“ Vermögensrechte eingriff, einen wahren Sturm der Entrüstung wachgerufen hatte und so recht der Kernpunkt der gegen den „Sozialisten auf dem Throne“ gerichteten Ständebewegung geworden war. Denn die Umwandlung all der verschiedenen Untertanenleistungen in eine, wie man sagte, „ganz willkürliche“, kleine Geldzinsung — 17'46$^{2}/_{3}$% vom Bruttoertrag des bäuerlichen Gutes — erschien geeignet, den altehrwürdigen, aus dem Mittelalter überkommenen Feudalbau in seinen Grundfesten zu erschüttern. Daß dem großen Regulierungswerk nebenbei schwere Fehler und Gebrechen, die üblichen Folgen der überstürzten Durchfüh-

rung, anhafteten, arbeitete den Bemühungen der Stände wirksam in die Hand, erleichterte auch dem Monarchen den Entschluß, in dieser lebenswichtigen Frage den Rückzug anzutreten. Aus formalen Gründen wurde denn auch die den Ständen so mißliebige Steuer- und Urbarialregulierung außer Kurs gesetzt; im übrigen suchte die Regierung an dem jener zugrunde liegenden Gedanken der Fron- und Zehentablösung festzuhalten.[38] Ebenso machte der Monarch, der persönlich kein besonders warmer Freund der römischen Kirche war, dem katholischen Klerus manche Zugeständnisse. Einige der von Joseph aufgehobenen Klöster wurden wiederhergestellt und die verhaßten staatlichen Generalseminare abgeschafft; doch an dem Geist der kirchlichen Politik änderte er nicht viel: die Übergabe des Religionsfonds an die Kirche wurde abgelehnt, die Geistlichen blieben „Beamte" des Staates.

Mit anerkennenswertem Geschick hatte der aufgeklärte Habsburger den Kaiserstaat aus seiner bedenklichen Krise herausgeführt, und man versteht das begeisterte Lob, das ihm ein Zeitgenosse spendete, wenn er sagte: „Es gehörte die Weisheit eines Salomo, der Mut eines Alexander, die Standhaftigkeit eines Karl XII. dazu, um alle diese Schwierigkeiten, gegen welche er zu kämpfen hatte, mit Ruhm zu besiegen." [39] Leopold II. hatte nur das Bestreben, möglichst rasch die innere Gärung aus der Welt zu schaffen; denn schon war auf dem politischen Horizont eine neue schwere Gewitterwolke aufgetaucht: der drohende Zusammenstoß mit dem revolutionären Frankreich.

Daß Kaiser Leopold II. als Bruder der französischen Königin Marie Antoinette und zum Schutze der legitimen, konservativen Interessen den Degen zog, daß er die Versöhnung mit Preußen nur in der Absicht ins Werk setzte, an den Jakobinern Rache zu nehmen, und er die Nationalversammlung in Versailles so lange reizte, bis diese an Österreich den Krieg erklärte: diese einmal sehr beliebte Darstellung des Ursprunges der Franzosenkriege darf heute in das Kapitel der Geschichtslügen verwiesen werden. In Wahrheit hat der friedliebende, ängstliche Monarch dem „Kreuzzug" sehr lebhaft widerstrebt und um seiner „Lauheit" willen von

seiner königlichen Schwester die heftigsten Vorwürfe einstecken müssen. Auch die maßgebenden Räte des Kaisers sprachen sich gegen das gefährliche Abenteuer einer Einmischung aus. Der alte Kaunitz machte aus seiner Überzeugung kein Hehl, daß es der „Gipfelpunkt der Torheit" wäre, in Frankreich eine Gegenrevolution durchführen zu wollen. Auch der geradezu trostlose Stand der Finanzen infolge der letzten Türkenkriege, der belgischen Unruhen und der Rüstungen gegen Preußen, ließ die größtmögliche Zurückhaltung rätlich erscheinen. Aber leider hatten die Dinge in Frankreich selber eine Wendung genommen, daß der Bestand einer monarchischen Gewalt an und für sich schon als eine Bedrohung aufgefaßt wurde, und Österreich, der Schicksalsgenosse des Bündnisses von Versailles, das dort als die Ursache des Niedergleitens von der stolzen Höhe der ersten Macht in Europa angesehen wurde, kam als der eigentliche Erzfeind besonders schlecht weg. Es ist bekannt, daß ein großer Teil des Hasses, welcher Marie Antoinette traf, der „Österreicherin" galt; denn der Haß gegen Österreich war nun einmal, wie uns ein gut unterrichteter Franzose bezeugt, „die herrschende Leidenschaft in Frankreich".[40]

Doch auf der andern Seite kann eines nicht bestritten werden: Kaiser Leopold II. hat nicht wenig dazu beigetragen, die habsburgische Monarchie in den Augen der ganzen Welt als Hort der Reaktion oder, wie der beliebte Ausdruck lautete, des „Obskurantentums" hinzustellen. Schon dadurch, daß er das josephinische Reformwerk zum Stillstand gebracht, teilweise sogar zurückgenommen und den Mächten des Mittelalters Konzessionen machte, hatte er sich mit dem gehässigen Vorwurf beladen, das Rad der geschichtlichen Entwicklung zurückgedreht zu haben. Der konstitutionell gesinnte Fürst, der, wie wir gehört haben, so schöne Worte über die Volksrechte gefunden, war, offenbar unter dem erschütternden Eindruck der französischen Revolution, in der Begünstigung der demokratischen und freiheitlichen Ideen zurückhaltender, vorsichtiger geworden. Schon bei Kaiser Joseph II. läßt sich deutlich eine gewisse Ernüchterung feststellen. Wir lernten auch bereits den Grund kennen: die Freiheit war mißbraucht worden. Gerade einen Monat vor seinem

Tode wird die Präventivzensur wieder eingeführt, da, wie es in der Verordnung heißt, die Erlaubnis, Handschriften auch vor erhaltener Zensur abzudrucken und dann erst einzureichen, „sehr gemißbraucht" wurde.[41]) Sein Bruder ging auf dieser abschüssigen Bahn rüstig weiter.

In der Zensurverordnung, die ein halbes Jahr nach seiner Thronbesteigung erschien, verfügt Leopold II., indem er an das höchste Gesetz des Landes, die „Aufrechterhaltung der allgemeinen Ruhe", erinnert, daß alles, was diese Ruhe zu stören geeignet sei, was Irrungen, Uneinigkeiten und Spaltungen hervorbringe oder hervorbringen könne, was den Gehorsam gegen den Landesfürsten vermindere, Lauigkeit in Beobachtung der bürgerlichen oder Religionspflichten, was endlich Zweifelsucht in geistlichen Sachen nach sich ziehen könne, für „bedenklich" anzusehen, folglich Schriften und Bücher dieses Inhaltes nach den Regeln der Klugheit, um nachteiligen Folgen auszuweichen, eher verboten als zugelassen werden sollen. Nach diesem Grundsatz seien künftig alle Schriften, welche öffentliche landesfürstliche Gesetze und Anordnungen „kritisieren und tadeln", ganz dem Verbote zu unterziehen, im übrigen die bisherigen Zensurvorschriften genau zu befolgen. „In Zukunft", so heißt es weiter, „sollen alle Artikel aus fremden Zeitungen und Schriften, welche auf Verbreitung ärgerlicher Erdichtungen und unverschämter Verdrehungen, auf Verwirrungen und Erhitzung der Gemüter durch unsinnige Ideen und phantastischen Schwindelgeist, kurz auf Störung der öffentlichen Ruhe durch Verbreitung gefährlicher Meinungen, es sei mit offenen Worten oder sonst unter irgendeiner Gestalt und Einkleidung, abzielen, von inländischen Zeitungs-, Tag- und Wochenblättern, unter was immer für einem Titel solche erscheinen, ausgeschlossen sein und weder nach dem ganzen Inhalte noch auszugsweise eingerückt werden."[42] Das schöne Wort Friedrichs des Großen: „Gazetten, wenn sie interessant sein sollen, dürfen nicht genieret werden", war in Österreich für lange Zeit ein frommer Wunsch geworden.

Leopold II. sorgte indes auch ausgiebig dafür, daß dieser Verordnung, in der sich schon jene, später so beliebten Aus-

drücke, wie „Erhaltung der Ruhe“, „Schwindelgeist“, „bedenkliche“ und „gefährliche Grundsätze“, vorfinden, das ausführende Organ nicht fehlte und neben dem gedruckten auch das gesprochene Wort eifrigst ausgeforscht werde. Dazu diente ihm die „Verbesserung der Polizeianstalten“[43], und im besonderen die Ausbildung der „Geheimpolizei“. Doch darf, wenn man auf dieses düstere Kapitel zu sprechen kommt, nicht übersehen werden, daß der sogenannte „Geheime Dienst“ eigentlich auf den Volkskaiser Joseph zurückgeht. Seine Regierung legte schon Wert darauf, durch geeignete Maßnahmen „die Hauptveränderungen der Gesinnungen“ der kaiserlichen Untertanen übersehen zu können. Die „Überwachung“ der Beamten und Militärpersonen war unter Joseph ebenso bekannt wie die Beobachtung fremder Diplomaten und der für die Reisenden bestehende Meldungszwang. Schon damals konnte es sich ereignen, daß die Papierkörbe der Gesandten einer heimlichen Besichtigung unterzogen und die der Post anvertrauten Briefschaften unmerklich beaugenscheinigt wurden.[44]

Allein Leopold II. war es vorbehalten, dem von seinem Bruder begründeten Institut des öffentlichen wie des geheimen Polizeiwesens eine solche Vervollkommnung zu geben, daß er häufig als der Schöpfer der österreichischen Geheimpolizei angeführt erscheint. Wenn wir der Meldung eines sonst sehr gut unterrichteten Zeitgenossen Glauben schenken dürfen,[45] so verfügte er bereits über ein ganzes Heer von geheimen Spionen in der ansehnlichen Stärke von etwa zweitausend Köpfen. Derselbe Graf Pergen, der von Joseph II. zum Leiter der Polizei bestellt worden war, wirkte auch unter Leopold und er hielt es für seine Pflicht, „alle für den Staat verdächtigen oder gefährlichen Personen auszuforschen“, ferner „alle beim Volk einschleichende Unzufriedenheit oder wohl gar aufkeimende Meuterei zu entdecken“, für neue Gesetze und Verordnungen Stimmung zu machen und die dem Ansehen des Herrschers abträgliche Literatur auszuforschen.[46]

Unausgesetzt ergehen an die Polizei strenge Weisungen, der Verbreitung der aus Frankreich einströmenden gefährlichen Freiheitsgrundsätze ein wachsames Auge zuzuwen-

den. So wird ihr durch ein Handbillet des Kaisers eingeschärft, mit Rücksicht auf die dermaligen „bedenklichen und kritischen“ Umstände auf alle Druckerzeugnisse, „so verderbliche, schädliche zu nichts dann die Phantasie nicht richtig beurteilender Köpfe erhitzende Prinzipien und Maximen enthalten und verteidigen, die dermaligen französischen Begebenheiten und Revolutionen auf eine anzügliche Art erzählen, empfehlen oder gar zur Nachahmung auffordern“, den ernsten Bedacht zu nehmen.[47] Dabei fällt es auf, daß hier namentlich der Kronprinz den Eifer der Behörden wachzuhalten bemüht ist. Bald macht er seinen Vater auf die Leute des französischen Botschafters aufmerksam, die sich „ungebührlich betragen und mit einer besonderen ihrer Landesdenkungsart angemessenen Freiheit in den Wirtshäusern raisonnieren“; bald befiehlt er dem Regierungspräsidenten Grafen Sauer, „auf die Vorstadttheater und die Sittlichkeit der daselbst aufgeführten Spektakeln mehr Obacht zu geben, deren viele die jetzigen schädlichen Freiheitsgrundsätze enthalten.“[48] Der Thronfolger war es auch, der, wie er dem Kaiser versicherte, „mit noch mehr Eifer als bisher“ den Ausbau der neuen Polizeieinrichtungen betrieb.[49]

Dieser neuen Polizei oblag auch die strenge Überwachung aller geheimen „Klubs“ und „Winkelgesellschaften“ und das war nun der Punkt, der wohl am meisten den gehässigen Ruf Kaiser Leopolds als eines Reaktionärs förderte. Man weiß, welch bedeutsame Rolle im Zeitalter der Aufklärung der Freimaurerorden spielte. Die große Kaiserin, so wenig sympathisch ihr die Ziele und Bestrebungen der Logenbrüder sein mochten, drückte hier beide Augen zu und das Freimaurertum, dem ihr Gemahl selber angehörte, konnte sich im Habsburgerstaate ungehindert entfalten. Es erschien als etwas ganz Selbstverständliches, daß die edelsten Vertreter von Kunst und Wissenschaft ebenso wie die Spitzen des Staates und der Kirche in den Logen vereinigt waren. Schon Kaiser Joseph II. hatte zu den Freimaurern ein sehr kühles Verhältnis. In dem oft erwähnten Patente, in welchem er das Logenwesen regelte, sprach er mit einer gewissen Geringschätzung von ihren „Gaukeleyen“, in die er ein-

zudringen niemals vorwitzig genug gewesen sei.[50] Der Ausbruch der französischen Revolution rückte die Frage in ein ganz anderes Licht. In Wort und Schrift bemühte man sich, die Gefährlichkeit der Geheimorden und insbesondere der Freimaurer nachzuweisen. Sie seien, so wurde gesagt, die eigentlichen Anstifter der Revolution; ihre Grundsätze unterschieden sich durch nichts von denen der französischen Jakobiner: es seien eben die der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. „Hüten Sie sich vor allen Freimaurerverbindungen", schrieb die Königin Marie Antoinette besorgt ihrem Bruder, „man wird Sie wohl schon davor gewarnt haben; auf diesem Wege glauben die Bösewichte in allen Ländern das gleiche Ziel zu erreichen; möge Gott mein Vaterland und Sie vor ähnlichem Unglück bewahren." [51]

Leopold II. brauchte in der Tat nicht erst von der französischen Königin besonders gewarnt zu werden — in seiner nächsten Umgebung wirkten die „schwarzen Verleumder", ehemalige Logenbrüder, die dem ängstlichen Monarchen die Hölle heiß machten und sich als Retter und Stützen des Thrones auszugeben wußten. Namentlich einer war es, der als Jakobinerriecher eine verhängnisvolle Rolle spielte: Professor Leopold Alois Hoffmann. Die von ihm herausgegebene „Wiener Zeitschrift" verfolgte den ausgesprochenen Zweck, „dem wilden Freiheitstaumel kosmopolitischer und philantropischer Horden einen Damm entgegenzusetzen." Mit leidenschaftlichem Hasse wiederholte er unermüdlich sein Glaubensbekenntnis: „Die Schriftsteller und Illuminaten haben die heutige Revolution bewirkt", und seine heftigen Angriffe auf die „deutschen Professoren" als die Bannerträger der Umsturzideen riefen eine ganze Flut von Gegenschriften hervor. Gegen die „Dunkelmänner" waren sie gerichtet, aber in erster Linie war damit Hoffmann, „der Heerführer der Obskuranten", gemeint.

Nicht alle waren so grob gestimmt, wie Knigges satirische Schrift „Des seligen Herrn Etatsrats Samuel Konrad von Schafskopf hinterlassene Papiere", welche die Mitglieder des „uralten Pinselordens" verspottete, jenes Ordens, dessen Mitglieder die Tendenz verfolgten, den Dummen und Unwissenden die Herrschaft der Welt zu sichern.

In würdevoller Weise ergriff im Namen der „Aufgeklärten“ der geistvolle Dalberg, Koadjutor des Mainzer Kurfürsten, das Wort, um den bei Staatsmännern und Fürsten immer mehr um sich greifenden „Wahn“ von den gefährlichen Anschlägen der in Klubs und Akademien vereinigten Philosophen und Schriftsteller Stellung zu nehmen. Eindringlich warnte er, das Kind mit dem Bade auszugießen: „Aus der nämlichen Blume saugt die Biene Honig, die Spinne Gift.“ Der Mann der Wissenschaft strebe im Interesse des allgemeinen Fortschritts die Beseitigung veralteter Einrichtungen und überlebter Gesetze an, habe indes nichts mit den leichtfertigen Rabulisten gemein, die auf den Umsturz aller gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung hinarbeiteten.[52] Viel Treffliches wußte zur Abwehr Mounier, ein gebürtiger Franzose, der nach Weimar geflüchtet war, zu sagen. Er wies auf die Entwicklung der englischen Verfassung als den Beweis hin, daß eine Teilnahme des Volkes an der Regierung noch nicht zum Untergang des Staates führen müsse. Es gebe noch andere Ursachen als die Philosophen und Geheimbündler. „Wenn auch kein einziger Freimaurer mehr auf der Welt existierte, so würden Revolutionen doch unvermeidlich sein, wenn die Regierenden ihre Finanzen zugrunde richten, ihre Armeen mißvergnügt machen, Unordnung in alle Teile der Verwaltung sich einschleichen lassen und dann eine große Anzahl Volksdeputierter zusammenberufen, um von ihnen Unterstützung zu verlangen.“ Auf die Vertreter des „Hoffmannismus“ war es gemünzt, wenn Mounier die Machthaber vor ihren „unklugen Freunden“ warnte, die ihnen ebenso schädlich wie die Feinde seien, „weil sie zu gefährlichen Maßregeln verleiten und es dahin bringen, daß die alten Mißbräuche geschätzt und heilig gehalten werden.“ Die Staatsmänner Europas möchten doch, „statt überall Hang zu Revolutionen zu wittern, von der Revolution in Frankreich lernen“.

Kaiser Leopold scheint übrigens selber nicht zu viel von Hoffmanns geistigen Fähigkeiten gehalten zu haben; denn es wird uns ein Ausspruch des Monarchen erzählt, der für den Wiener Professor keineswegs schmeichelhaft ist: „Der Kerl ist ein Esel, ich weiß es, aber er leistet mir als Spion

sehr gute Dienste." [53] Da sich aber Hoffmann öffentlich des kaiserlichen Schutzes rühmte, wie er denn erzählte, Leopold habe mit ihm schon im September 1790 zu Schönbrunn „in einem schlechten Kapotrock" die Gründung eines Journals zur Bekämpfung der falschen Aufklärung besprochen, so war es begreiflich, daß der Monarch bei den Freunden der französischen Revolution keiner besonderen Beliebtheit sich erfreute und sofort nach dem Hinscheiden des Kaisers, das nach ganz kurzer Krankheit und unter gewiß merkwürdigen Umständen erfolgte, das Gerücht auftauchte, er sei von den Freimaurern, nach anderen von den Jakobinern, vergiftet worden.[54] Auch der Verdacht wurde übrigens geäußert, der Monarch sei von den Emigranten seiner Friedfertigkeit wegen aus dem Wege geräumt worden.[55]

Die beiden Versionen über die Urheber des angeblichen Giftmordes sind für Leopolds politische Haltung bezeichnend: er suchte klug zwischen den großen Gegensätzen seiner Zeit zu vermitteln und machte es keiner der beiden Parteien recht. Man hat ihm den Vorwurf gemacht, er habe nicht umsonst solange in Florenz, der Vaterstadt Machiavellis, gelebt, und dem im „Prinzipe" gelehrten Regentenideal, der Kunst, den Mantel geschickt nach dem Winde zu drehen, nachgeeifert.[56] Die Gabe der Verstellung war ihm zweifellos in hervorragendem Maße eigen und ihr hat er auch seine Erfolge in der Entwirrungsaktion zu danken. Sie ist aber auch schuld, daß sich die Zeitgenossen über seine wahren Absichten nicht recht auskannten. Allein sie fühlten, soweit sie unbefangen waren, daß es dem gewandten, friedliebenden Habsburger, der keinen anderen Ruhm angestrebt zu haben schien, als den eines „geschickten Geschäftsmannes", vielleicht doch gelungen wäre, den Zusammenprall mit Frankreich in letzter Stunde zu verhüten, und insoferne konnte sein jähes Hinscheiden als ein Unglück für den Kaiserstaat wie für Deutschland beklagt werden.

Gewiß wäre Leopold II. wie kein Zweiter befähigt gewesen, die habsburgische Monarchie aus dem Chaos, in das sie durch die französische Revolution und die josephinischen Neuerungen gestürzt worden, in ruhige Bahnen zu lenken, den Notbau, den er im ersten Schrecken angesichts der

hochgehenden Ständebewegung errichtet, in ein solideres Werk umzuwandeln. Der preußische Gesandte am Wiener Hofe mag den schwer durchsichtigen, „verschlagenen“ Charakter des Monarchen doch richtig erkannt haben, als er knapp vor dessen Ableben über ihn das Urteil fällte: „Er hat, seit er auf den Thron seiner Ahnen gelangt ist, sich immer in zu heikler Lage befunden, als daß er gewagt hätte, seine wahre Gesinnung kundzutun. Seine Regierung in Toskana scheint indessen einen verläßlichen Maßstab für seine wirkliche Denkweise zu bieten; es wäre doch schwer zu glauben, daß er Grundsätze, die ihm dreißig Jahre lang mit glänzendem Erfolge zur Richtschnur gedient haben, auf größerem Schauplatz, wo sich zu ersprießlicher Verwertung günstigere Gelegenheit bietet, verleugnen sollte. Alle Personen, welche die Ehre haben, dem Kaiser näher zu stehen, bezeugen einmütig, daß die Grundzüge seines Charakters und seiner Grundsätze unverändert geblieben sind und bleiben werden. Verschlagen aus Gewohnheit und natürlicher Schwäche, in ungewöhnlichem Grade mißtrauisch, hie und da sogar unschlüssig, immer aber voll Angst, sich entscheiden zu müssen oder überrascht zu werden, sparsam und friedliebend aus Grundsatz und Neigung, von Natur volksfreundlich und leutselig, ohne es zeigen zu wollen, aus Furcht, dem Adel und der Geistlichkeit anstößig zu erscheinen, seinen Ruhm im Rufe eines Gesetzgebers erblickend, — dies sind und werden voraussichtlich immer sein die Grundzüge des Charakters des gegenwärtigen Oberhauptes des Hauses Österreich!“

Der Diplomat fügte die Versicherung bei, daß die Meinung, als begünstige Leopold das Wiederaufleben der alten Ansprüche des Adels und des Klerus, eine irrige sei, daß er vielmehr seine Pflichten darin erblicke, die Lasten der Untertanen möglichst gleichmäßig zu verteilen und die Ansprüche aller Stände auf die ihnen zukommenden politischen Rechte zu befriedigen. Der Monarch habe erkannt, daß es gegen Ausbreitung der revolutionären Ideen kein wirksameres Mittel gebe, als mit vollen Händen Wohltaten auszuteilen. Allein er zögere noch, mit der von ihm geplanten Reform hervorzutreten; er wolle dafür ruhigere Zeiten ab-

warten. „Sein großes Prinzip scheint darin zu bestehen: nichts zu überstürzen, immer hinauszuschieben und langsam, aber sicher zu seinem Ziele zu gelangen.[57]

Als der preußische Diplomat die Überzeugung aussprach, der Lenker des Kaiserstaates wisse, daß es gegen die revolutionäre Propaganda kein besseres Mittel gebe, als seine Untertanen glücklich zu machen, Leopold habe seine freiheitlich-volkstümlichen Grundsätze nur zurückgestellt, um sie bei besserer Gelegenheit zu verwirklichen, bemühten sich die besten Geister, die durch den Umsturz in Frankreich aufgerissene Kluft zu überbrücken, aus den grundstürzenden Ereignissen die nutzbringenden Folgerungen zu ziehen. Nicht in der Revolution, sondern in der Evolution, so mahnte Meister Goethe, beruhe die Hoffnung auf bessere Zeiten; die natürliche Entwicklung der Keime zu fördern, darin bestehe die Kunst, zu regieren. Und ähnlich äußerte sich Justus Möser, der „unvergleichliche Mann“, wie ihn der Weimarer Dichter nannte: „Der Geist der Reform soll sich mit dem Geist der Tradition verbinden; beide sollen sich durchtränken, gegenseitig ergänzen und läutern.“ In zahllosen Broschüren und Flugschriften werden die Fürsten ermahnt, aus der Revolution zu „lernen“, nicht länger dem „Zeitgeiste“ zu widerstreben und den „Volkskräften“ Rechnung zu tragen. Wo immer die Völker gegen ihre Fürsten sich erhoben, trug deren Mißregiment die Schuld. Auf stehende Heere können sich, wie dies das Beispiel der Prätorianer und Janitscharen lehrt, Despoten nicht verlassen. Auch eine noch so strenge Zensur kann nicht als wirksamer Kordon gegen revolutionäre Ideen gelten. Ein gewisses Maß von Freiheit darf keinem Menschen verkümmert werden. „Nur eine gerechte, gütige, väterliche Regierung kann auf die Dauer für Aufruhr sichern; Härte, Despotismus führt ihn früher oder später herbei!“ Die zuverlässigste Abwehr jeder Revolution ist vertragsmäßige Beschränkung der Fürstengewalt zu Gunsten der Völker.[58]

Es waren das goldene Worte, die bei dem „Doktor“, wie man den schmächtigen Habsburger, der so gern ein gutes Buch las, scherzhaft nannte, nicht ohne Eindruck bleiben

konnten. Auch sonst scheint am Wiener Hofe das Verständnis für sie nicht gefehlt zu haben. Soll doch der Staatskanzler Fürst Kaunitz, einer der noch lebenden Paladine der großen Kaiserin, zum Erstaunen der fremden Diplomaten die Äußerung getan haben: Es sei durchaus nicht alles schlecht, was die Revolution gebracht habe. In dem alten Fürsten scheint der Geist des barocken Schierendorff lebendig geworden zu sein; denn er trug sich, so heißt es, mit dem Gedanken, ein Parlament aus Vertretern aller habsburgischen Länder zu berufen und mit einer allgemeinen Staatsreform zu betrauen.[59] Wahrhaftig ein großartiger, in dem Geiste der Zeit ruhender, zukunftsreicher Gedanke! Was Kaiser Joseph II. auf gewaltsame Weise nicht geglückt war, das sollte auf friedlichem Wege herbeigeführt werden: der österreichische Einheitsstaat.

War der neue Herrscher, der am 1. März 1792, nach dem unerwartet raschen Tode Leopolds II. das väterliche Erbe antrat, gesonnen, dem Rufe der auserlesensten Geister seiner Zeit Folge zu geben? War er befähigt, die reichen Antriebe, die eine gewaltig gärende Zeit brachte, für den Kaiserstaat fruchtbringend zu verwerten? Die Geschichte hat die Antwort auf die schicksalsschwere Frage in einer jeden Zweifel ausschließenden Weise beantwortet. Die Regierung des „guten" Kaisers Franz, dem es beschieden war, fast ein halbes Jahrhundert lang die Geschicke seiner Völker zu leiten, ist für die habsburgische Monarchie von geradezu katastrophaler Bedeutung geworden. Man kann sagen, daß mit seiner Herrschaft der Verfall, die Entartung, die Auflösung des verheißungsvollen theresianisch-josephinischen Staatsgebäudes beginnt.[60] Erst heute sind wir so recht in der Lage, die verhängnisvolle Wirkung seiner Herrschaft zu übersehen. Man war früher nur zu sehr geneigt, die scharfen Urteile über Kaiser Franz und sein Regierungssystem, welche zeitgenössische Schriftsteller wie Sealsfield, Grillparzer und Hormayr, nachgeborene Geschichtsschreiber wie Anton Springer, Heinrich Treitschke und Riccarda Huch fällten, als „Pamphlete" zu bezeichnen. Sie alle haben — leider — nicht zu schwarz gemalt.

Eine andere Frage ist, wie sich das in seinen Folgen so verderbliche „System" des Kaisers Franz entwickelte. Man hat es gemeinhin das „Metternichsche" genannt. Allein nichts ist verfehlter als diese Meinung. Der schmiegsame Staatskanzler mag es weiter ausgebildet haben, aber in seinen Grundzügen fand er es schon vor, als er nach dem Wiener Frieden von 1809 den Ballplatz bezog. Der allgewaltige Polizeiminister Graf Sedlnitzky, der sich zu den Säulen des Metternichschen Systems zählen durfte, hatte ganz recht, wenn er den Historiker Schneller, der sich zur Rechtfertigung seiner Zensurdelikte darauf berief, daß er es vor seiner Zusammenkunft mit Gentz nicht genau gekannt habe, vorwurfsvoll und selbstgefällig belehrte: „Aber dies hätten Sie kennen sollen. Es ist keineswegs neu. Seine Majestät hatten es jederzeit. Nur waren Dieselben jetzt so glücklich, die Organe zu finden, welche es rein wiedergeben." [61]

In der Tat hatte Kaiser Franz das berühmte oder berüchtigte „System" vom Anbeginn seiner Regierung; denn dieses System der „Stabilität" war — er selber. Es entsprang, wie sich einer der intimsten Kenner desselben, der Staats- und Konferenzminister Graf Hartig, fein ausdrückte, „aus der Überzeugung, dem Herzen und dem Gewissen des Kaisers." [62] So wird das Problem des österreichischen Staates zu einer „Frage der Persönlichkeit", des „geistigen Habitus" des Monarchen.[63]

Wie dieser Charakter Kaiser Franzens beschaffen war, wie er sich im Wechsel der Zeiten, unter dem Einflusse der großen Weltgeschehnisse gestaltet und dann wieder auf die Geschicke des Kaiserstaates zurückwirkt, das soll uns auf den folgenden Blättern beschäftigen. Deutlich lassen sich dabei drei Abschnitte unterscheiden: eine Zeit der Lehrjahre des Kaisers und der Krisen der Monarchie, die mit dem Wiener Frieden von 1809 endet; eine Zeit der Reife und der Erfolge, der äußeren Machtentfaltung und der höchsten Ausbildung des Systems durch Metternich, die bis etwa 1826, der schweren Erkrankung Franzens, der Sprengung der heiligen Allianz und dem Ausbruch der orientalischen Wirren reicht, und eine Epoche des Alterns und des Niedergleitens der Monar-

chie von stolzer Höhe, die den durch die Auswirkungen der französischen Julirevolution getrübten Lebensabend umfaßt. Und doch — so scharf geschieden auch diese drei Epochen sein mögen, verbindet sie alle ein gemeinsamer Zug, der mit der Unbeweglichkeit des Monarchen zusammenhängt: die Zeit der Lehrjahre hat ebenso Merkmale der greisenhaften Erstarrung, wie die folgenden Perioden der Reife und des Verfalles solche der tastenden Unfertigkeit in sich bergen.



II. BUCH

LEHRJAHRE UND KRISEN

1. ERZIEHUNG ZUM HERRSCHER. CHARAKTERBILD.

Die Wiege des Herrschers, der in Sprache und seinem ganzen Gehaben den Eindruck eines Urwieners machte, stand, ferne von der alten Kaiserresidenz, in der schönen Mediceerstadt am Arnostrand, wo er als ältester Sohn Leopolds, damals noch Großherzog von Toskana, und seiner Gemahlin Maria Louise, einer spanischen Prinzessin, am 12. Februar 1768 das Licht der Welt erblickte. Also eigentlich ein Italiener und ganz konnte er ihn niemals verleugnen. Zeitlebens haftete ihm ein starker machiavellischer Zug an.

Als Franz sechs Jahre alt war, erhielt er in der Person des Reichsgrafen Franz de Paula von Colloredo einen Ajo, der es mit der Erziehung des seiner Obhut anvertrauten Prinzen überaus ernst nahm, genau darüber Buch führte, und diesem Umstand ist es zu danken, daß wir über die verschiedenen Phasen seiner Entwicklung gut unterrichtet sind. Bald nach seiner Berufung an den Hof von Toskana hören wir aus des Grafen Mund über Franz und seinen zweitältesten Bruder das Urteil: „Beide Herren sind schwer zu etwas Räsonablem zu bringen und grauset selben schon, wenn selbe von etwas Gescheidtem reden hören; es kostet jederzeit Mühe, selbe bei ihren Occupationes aufmerksam sitzen zu machen." An Franz fällt ihm überdies sein „Lugnen und Sichverstellen" auf.[64] Wir erwähnen diesen Stoßseufzer des Erziehers, dem mit Rücksicht auf das Kindesalter von sechs Jahren an und für sich nicht allzu große Bedeutung beizulegen wäre, nur deshalb, weil uns dieselben Klagen auch später, bei dem reiferen Knaben, begegnen.

In das zwölfte Lebensjahr des Prinzen fällt ein wichtiges Ereignis: sein Oheim Kaiser Joseph faßte den Gedanken, den künftigen Erben des Kaiserstaates, der auf dem besten Wege war, ein „verzogenes Mutterkindchen" zu werden,

nach Wien kommen zu lassen, um ihn persönlich für seinen ernsten Beruf vorzubereiten. Graf Colloredo wurde vom Monarchen angewiesen, an der Hand eines Fragebogens — ganz nach dem Muster der vom Kaiser eingeführten „Konduitlisten" — eine „vollkommen verläßliche Abschilderung" seiner guten und bösen Eigenschaften zu geben. Da erfahren wir nun aus dem Munde des Erziehers die hervorstechendsten Züge: „Viel Eigenliebe, Verstellung in seinem Tun und Handeln, Mißtrauen und Argwohn." Auf die Frage, wie es um des Erzherzogs „Witz" — das bedeutete nach dem damaligen Sprachgebrauch so viel wie Verstand — und „Beurteilungskraft" stehe, antwortet Colloredo: Franz sei noch etwas „einer mehr langsamen, beschwersamen als geschwinden Beurteilung." In der Fragerubrik „Herz" heißt es unter anderem: „Noch etwas hart, unempfindlich, verzeiht jedoch gern, ist mitleidig, wohltätig. Er ist mehr furchtsam als verwegen und herzhaft." Der „Humor" sei nicht übel. Zuweilen sei der Erzherzog, „wenn er sich selbst überlassen ist, für seine Jahre in seinen Unterhaltungen etwas kindisch, hält sich noch gerne mit Kleinigkeiten und nichts bedeutenden Sachen auf".[65]

Zu Beginn des Jahres 1784 hatte der Kaiser, der zum Besuche des Bruders nach Florenz gekommen war, endlich Gelegenheit, den Neffen — er zählte nunmehr sechzehn Jahre — mit eigenen Augen zu beobachten. Der erste Eindruck war nicht günstig. „Er scheint mir faul", so bemerkte er zu Colloredo. „Ja, Eure Majestät", bestätigte der Erzieher aus innerster Überzeugung, „sowohl an Körper als an Seele, er schont sich in allem, bei seinen Arbeiten hält er nicht an." Darauf Kaiser Joseph: „Freut ihn etwas besonders?" Antwort: „Er nimmt alles mit einer übertriebenen, gezwungenen Gleichgültigkeit." Nun wieder der Kaiser: „Wie ist er mit seinen Brüdern?" Antwort: „Meistens gut, jedoch will er den Vorzug haben, neckt sie." Und wieder der Monarch: „Gegen wen hat er Vertrauen?" Antwort: „Dieses ist schwer zu sagen, er hat Scheu." [66]

Bald darauf entwirft Joseph II. auf Grund seiner Beobachtungen vom Erzherzog eine Schilderung, die den gräflichen Erzieher ob ihrer Porträtähnlichkeit geradezu in Erstaunen

versetzte. „Er ist“, so heißt es da, „von Charakter eher langsam, heuchlerisch und gleichgültig, offenbart deshalb auch wenige entschiedene Leidenschaften. Dessenungeachtet scheint er Energie und System im Charakter zu haben... Allem Anschein nach hat er fleißig gearbeitet und sich viele Kenntnisse erworben. Er weiß für sein Alter theoretisch und praktisch sehr viel... Aber es ist alles Maschine, Diktandoschreiben, keine eigenen Gedanken, kein eigener Stil im Schreiben wie im Sprechen. Und doch ist das eine wichtige Sache.“ Und ähnlich äußert sich Joseph zum alten Kaunitz. „Ich habe ihn“, so schreibt er dem Minister, „nicht ohne Kenntnisse und manchmal auch nicht ohne Fleiß, außerdem aber von kaltem, langsamem, überdies aber ziemlich richtigem Urteile gefunden. Übrigens ist er von einer eigentümlichen Apathie gegen Alles erfüllt, was man Vergnügen und Unterhaltung nennt. Etwas trägen Geistes, ist er dagegen von guter Gesundheit, ja trotz seiner kleinen Gestalt sogar kräftig zu nennen. Obwohl dieser junge Mann, wie ich glaube, nie das besitzen wird, was man Annehmlichkeiten des Körpers und des Geistes nennt, so verzweifle ich doch nicht daran, daß er dereinst sich als ein für die Geschäfte sehr gut organisierter Kopf erweisen und Festigkeit des Charakters an den Tag legen wird... In diesem Lande und bei diesem Hauswesen ist es unmöglich, daß meines Bruders Söhne fähig werden, dem Staate in irgend einer Stellung zu dienen. Die Seele verschrumpft und der Leib wird durch Klima und Lebensweise geschwächt.“ [67]

Der Kaiser war, wie man sieht, von den Anlagen und Fähigkeiten seines Neffen nicht sonderlich entzückt. Aber er hielt es, obwohl er aus seiner Scheu, „ihn jetzt einer so interessanten Gesellschaft zu zeigen, wie die zu Wien ist“, kein Hehl machte, für geraten, sein Vorhaben auszuführen. So kam denn der siebzehnjährige Erzherzog im Sommer 1784 in die Wiener Hofburg, wo er im zweiten Stock des Schweizerhofes Wohnung nahm. Für Franzens konservativen Sinn ist es bezeichnend, daß er die ihm damals angewiesenen Räumlichkeiten auch als Kaiser beibehielt, er also ein halbes Jahrhundert darin verlebte. Die Schule, die er hier in Wien unter der persönlichen Leitung des ernsten

Kaisers genoß, war, der ganzen Natur desselben nach, streng — vielleicht zu streng. Die schonungslosen Ausstellungen Josephs scheinen in dem von Haus aus schüchternen, argwöhnischen Prinzen die Wirkung ausgelöst zu haben, daß er das tief in seinem Wesen verankerte Mißtrauen gegen seine Mitmenschen nun auch gegen sich selbst und seine Fähigkeiten kehrte.

Wenn sich der Kaiser mit der Hoffnung getragen haben mag, Franz werde, dem verweichlichenden Einflusse des toskanischen Hofes entrückt, rasch zu seinem Vorteile sich verändern, so sollte er arg enttäuscht werden. Die an dem Knaben schon wahrgenommenen Züge der Unbeweglichkeit, der Apathie und Geistesträgheit fielen auch in Wien unangenehm auf; sie scheinen den beweglichen, immer tätigen Monarchen zur Verzweiflung gebracht zu haben. Franz ist ihm zu „steif". Er will ihn etwas „lebhafter, lustiger" sehen: „er solle sich mehr lösen, schwätzen, lachen." Als Colloredo einmal dem Kaiser gegenüber die Erwartung aussprach, das Temperament, das dem Erzherzog jetzt noch fehle, werde später kommen, bezweifelte dies der Kaiser. „Das werden wir sehen," erwiderte er kurz, „davonlaufen und durchgehen wird er uns nicht." Ein anderes Mal, als der Erzieher klagte, sein Zögling müsse zu allem „so zu sagen geführt" werden, er liebe nicht „von selbst zu arbeiten, zu lesen, zu denken", stellte der Monarch die verfängliche Frage: „Was tut er, wenn er sich überlassen?" „Er ist", erwiderte Colloredo, „imstand, geht von einem Platz zum andern, beschäftigt sich bei einem Fenster, zu sehen, was die vorübergehenden Leute machen." Der Kaiser bemerkte darauf: „Dies finde ich auch, er ist gleichgültig, kalt über alles. Er ist im Physischen und Moralischen noch sehr zurück. Wir müssen alles anwenden, um ihn aktiv, tätig zu machen." [68] In einem vertraulichen Schreiben klagt der Kaiser, daß alle Erziehungskünste bisher keinen Erfolg gehabt hätten. „Bei der nächstbesten Gelegenheit", so heißt es da, „wird er wieder zu einem Klotz, der mitten ins Zimmer gepflanzt wurde, Arme und Beine mit zerstreuter Miene hängen lassend, und so würde er bis zum nächsten Morgen verharren, wenn man ihn nicht aufstehen hieße." [69]

Bald nach der Übersiedlung an den Kaiserhof — im August 1784 — hatte der Monarch dem Erzherzog eine schriftliche Standpredigt gehalten, in der seine „unermeßliche Eigenliebe", die „Trägheit im Handeln und Denken", die „Gleichgültigkeit und Unentschlossenheit in seinem Denken, Tun und Lassen" gehörig unterstrichen sind. Gleichzeitig waren die Erzieher eindringlichst ermahnt worden, mit der „vorher üblichen, nachteiligen schlafenden Art" der Ausbildung zu brechen und alles zu tun, was auf des Erzherzogs Seele und Körper aufmunternd einwirken könnte. Franz war sehr zerknirscht, als ihm das Tadelsvotum vorgelesen ward, klagte sich an, daß er zu wenig Aufmerksamkeit gehabt, sich habe von „Trägheit und Gleichgültigkeit" hinreißen lassen, und gelobte, alles zu tun, „was der Kaiser befehle und haben wolle".[70]

Allein der Erfolg scheint nicht groß gewesen zu sein. Ein halbes Jahr später — im Februar 1785 — sah sich der Kaiser abermals veranlaßt, dem Erzherzog gründlich die Leviten zu lesen. Wiederum wurde ihm ein Schriftstück überreicht, das Franzens Charakteranlagen unbarmherzig geißelt, seine übertriebene Eigenliebe, seinen wenig glücklichen Charakter, „der nur hartnäckig in seinen falschen Begriffen und schlapp in Ergreifung aller Mittel zu derselben Überwindung ist, ohne Vorwitz über das, was ihn belehren und ausbilden könnte, und nur Nebendinge sucht, die ihn unterhalten oder seinem kritischen Geist Stoff geben", und die absolute Bewegungslosigkeit, den Hang am Alten. Gerade dieser war es, der den Monarchen düster in die Zukunft blicken ließ. Joseph hatte mit seinem scharfen Auge erkannt, daß alle „Besserungen" seines Neffen nur scheinbar seien, daß „sein guter Wille, den er mit Wörtern und zu Zeiten mit einigen Taten zu beweisen sich bemüht, nicht jener ist, der eine Folge seiner anerkannten Fehler und seines werktätigen Verlangens zu derselben Besserung, sondern nur ein Ausfluchtsmittel ist, um ohne Unannehmlichkeiten und Verdrießlichkeiten denen Predigern auf eine Weile den Mund zu stopfen und, ohne sich Mühe zu geben, der Alte verbleiben zu können. Bringt man ihn endlich in die Presse oder hat er Furcht, so läßt er seinem Humor vollen

Lauf; und dadurch, daß er gesehen hat, wie durch sein Trotzen und Schweigen er jene, die ihn umgeben, dahin bringt, daß sie ihn wieder aufzumuntern und gefällig zu machen suchen, bedient er sich dieses Mittels, um seine Gemächlichkeiten nicht zu überwinden, weil er glaubt, daß man besorgt ist, wenn er pfnottet." Oft werden wir in der Folge an diese Worte des kaiserlichen Erziehers, an seine Klage über Franzens zähes Beharren in der Ruhelage denken müssen.

Joseph sah unter solchen Umständen „nur ein einziges Mittel, so bei ihm eingreift; es ist zwar das allerunangenehmste, weil es den plattesten, materiellsten und unempfindlichsten Charakter eines Menschen vorstellt, nämlich dieses ist: Furcht und Scheu vor Verdrießlichkeiten. Diese zwei Sachen und nicht die Ursachen derselben machen ihn klein, biegsam, von gutem Willen sprechen, Verheißungen geben, und bringen kurze Anstrengung bei ihm hervor, ohne jedoch seine falschen Sätze über den Haufen zu werfen, in welchen er durch einen übel verstandenen Stolz auf seine Geburt und nicht auf das, was er als Mensch ist, beharret ... Diese zwei Mittel, weil nicht Überzeugungs-, Nachahmungs- und Belehrungslust, ja nicht einmal Religionsgrundsätze, Bestreben für die Seligkeit, Liebe zur Tugend in philosophischem Anbetracht auch nur wegen der Vollkommenheit, nicht Ehrgeiz, nicht Ruhm, nicht Vaterlandsliebe, nicht Rechtschaffenheit und Redlichkeit in Erfüllung seiner Pflicht annoch bei ihm erweckt sind ..., auch nicht die mindeste Empfindung in ihm gemacht haben, müssen also unnachsichtlich und unerschrocken angewendet werden." [71]

Doch alles vergeblich: der Erzherzog blieb der gleiche. Neun Monate später — im November 1785 — ließ der Kaiser abermals die Erzieher rufen und beklagte sich in heftigen Tadelsworten über seinen Neffen, daß „gar keine Seele in dieser Maschine", daß er nicht wirken wolle, sich auf die Leitung bloß verlasse und gar nicht an seine künftige Bestimmung denken wolle. Darauf las Joseph eine Schrift vor, in der des Erzherzogs Mängel ausführlich geschildert wurden. Da hören wir wieder, wie Franz zu gar nichts Freude und Lust habe, in allem bloß „maschinenmäßig" handle,

„stets in den Schlummer und Schlaf hineingehe, in allem faul, träge“ sei. Er könne weder sprechen noch schreiben, gebe sich nicht Mühe, sich beliebt zu machen, wo es doch so nötig sei, populär, freundlich zu sein. Was er tue, geschähe bloß aus Furcht; nur „mit dem Stock in der Faust“ könne man ihn vorwärtsbringen. Es sei in ihm Geist und Vernunft genug zu finden, aber er wolle sie nicht anwenden. Unglücklich sei ein Mensch, der sich nicht zu beschäftigen wisse. Kurz er tauge mehr zu einem „Mölkerprälaten“. Der nunmehr fast achtzehnjährige Franz, von den neuerlichen Ermahnungen des kaiserlichen Mentors in Kenntnis gesetzt, „blieb Stein, war etwas aufgebracht, änderte Farb, hatte Tränen im Auge“.[72]

Ein schmeichelhaftes Bild war es wahrhaftig nicht, das der Kaiser von den inneren Anlagen seines Neffen entrollte. Besonders schwer wog der dem Erzherzog vorgehaltene Mangel aller „edlen, moralischen Motive“. Doch war es hoffnungslos? In vielen Zügen erkennen wir das Ebenbild des Vaters, der auch langsam und schwerfällig in seinen Entschlüssen — „Agamemnon cunctator“ nannte man ihn —, die rasche Tat nicht liebte, indes gerade durch diese Wesensart, die ihn vor dem großen Fehler seines Bruders, der Überstürzung, bewahrte, wie geschaffen erschien, in einer sturmbewegten Zeit, voll der schwerwiegendsten Gegensätze das Staatsschiff zu steuern. So hatte denn auch die dem Prinzen immer vorgeworfene „Passivität“ in dem Türkenfeldzug, den Franz an der Seite Kaiser Josephs mitmachte, sehr gut sich bewährt; der gestrenge Oheim selber mußte Franzens „Kaltblütigkeit“ lobend hervorheben. „Vor dem Feinde“, berichtete der Kaiser seinem Bruder Leopold, „war Dein Sohn gerade wie Du ihn im Zimmer siehst. Das Pfeifen der Kugeln ließ ihn auch keine Miene verändern.“[73]

Auch schien es, als ob das Schicksal selbst den Erben des Kaiserthrones durch harte Prüfungen hätte „stählen“ wollen.[74] Franz verlor rasch hintereinander seine Gemahlin, die „geliebte“ Elisabeth, welche die Geburt des ersten Kindes mit ihrem Leben bezahlen mußte, den kaiserlichen Oheim, in dem er seinen „zweiten Vater“ sah, dann auch das Kind und den Vater. Und zu diesen persönlichen Schicksalsschlä-

gen gesellten sich die ernsten politischen Ereignisse, die auf einen Fürstensohn einen tiefen, läuternden Eindruck zu machen geeignet waren: die große Revolution in Frankreich mit allen ihren auch in den Kaiserstaat sich erstreckenden Fernwirkungen. Er war Zeuge der tiefen Gärung, welche die staatliche und soziale Neuordnung Kaiser Josephs hervorrief, hörte die Wünsche und Flüche, welche die erbländischen Stände dem verstorbenen Kaiser in die Gruft nachsandten, sah die schweren inneren Gebrechen und Schäden des alten Kaiserstaates — aus nächster Nähe, mithandelnd; denn sein Vater hatte ihm die so überaus lehrreiche und bildende Stellung eines Mitregenten eingeräumt.

Aus dieser Zeit der Prinzregentschaft ist uns eine Reihe von Lebensäußerungen bekannt geworden, die auf den künftigen Herrschercharakter des Erzherzogs ein sehr bezeichnendes Licht werfen. Wie Franz auf die Vollendung der neuen Polizeieinrichtungen, auf die strengere Handhabung der Zensurvorschriften und auf die Verfolgung der „gefährlichen" Freiheitsideen drängte und einen geradezu bestimmenden Einfluß nahm, ist uns schon bekannt. Auch aus anderen Handlungen ist deutlich zu erkennen, wie er seinen milden Vater zu einer schärferen Tonart zu bewegen versucht. In einer Denkschrift, die in dem für Franz so charakteristischen polternden Ton und ungehobelten Deutsch den „traurigen" Zustand der österreichischen Staatsverwaltung schildert, geißelt er in schonungsloser Weise die Trägheit und den Eigennutz der Beamten sowie ihre Unfähigkeit. Das „erste aller Übel", sagt er da, sei die geringe Anzahl rechtschaffener und wackerer Männer, die mit einem wahren Eifer arbeiteten. „Die meisten, die öffentliche Ämter bekleiden, oder (soll heißen: entweder) sind sie dumm und schwach und arbeiten nicht mehr als man ihnen vorlegte, beharren stützig auf ihrer Meinung und wollen sich nicht überweisen lassen, oder sind sie geschickt und dann voll mit schmutzigen Ränken und Protektionen, unverträglich. Überhaupt ist der Eigennutz und übel verstandene Ehrsucht erschrecklich. Alle wollen Besoldungserhöhungen, machen Schulden a conto darauf oder wollen vorrücken; um einen jeden Schritt, den sie nebst ihrer gewöhnlichen Pflicht tun, wollen sie belohnt werden. Sie

denken auf nichts, als was ihnen vorgeschrieben ist, und gehen um keinen Schritt weiter, bedenken auch nicht, nützliche Vorschläge zu machen, einigen Übeln zuvorzukommen. Nein, sie lassen immer Alles darauf ankommen, und, entsteht ein Übel, so schlagen sie gerade in ein anderes Extrem ein, wodurch mit der Zeit noch ein weit ärgeres entstehen könnte. Die Trägheit im Arbeiten aber ist etwas Erschreckliches. Die Sachen liegen, ohne daß man ein Ende sieht; was beschwerlich ist, wird an eine andere Stelle und so von einer zu der andern geschickt, wo dann die Sache nach vielem Zeitverlust so verstümmelt zurückkommt, daß sie nicht mehr kennbar ist."

Franz klagt weiter über den Mangel an Verschwiegenheit und die „erschreckliche" Venalität, die große Bestechlichkeit der Beamten, die, „weil sie bei Bürgern oder Privaten verschuldet sind oder von ihnen spendirt werden, auch bei offenbaren Ungerechtigkeiten sich nichts wider sie einzuraten oder sie zu bestrafen getrauen", über den „groben" Ton, welchen die Stellen den armen Leuten gegenüber einzuschlagen pflegten. Dann geht es gegen die Präsidenten los, die meist gegeneinander „raufen", als ob sie nicht einem Herrn dienten, „oder pur Schatten sind, die unterschreiben, ohne zu wissen, was sie tun", und unter den ihnen unterstellten Beamten keine Ordnung halten können, sie „protegieren" oder „chikanieren". „Schrecklich" sei auch die bei den Stellen eingerissene Insubordination: „keiner gehorcht mit Freuden dem Obern, sondern die meisten suchen vielmehr ihre Spione und Tadler abzugeben"; dann herrsche eine solche Unempfindlichkeit, daß auch die schärfsten Befehle, „alles Greinen, wie man sagt, des Beherrschers ihnen gar keine Wirkung macht." Dieselben Übel beständen auch im Militär. Da sei keine Disziplin vorhanden, nur „die Rage zu avancieren und zugleich in Hauptstädten herum zu gehen, anstatt zu dienen", was alles zur Folge habe, daß sich gegen den Militärstand eine sehr bedauerliche Animosität herausentwickelte.

Nachdem so der Kronprinz die Beamtenschaft und das Militär weidlich heruntergekanzelt hat, richtet er an den kaiserlichen Vater den dringenden Appell, hier energisch

Wandel zu schaffen; aber nicht etwa durch eine Reform der Staatsverwaltung, sondern durch ein — wir werden diesem Worte noch öfter begegnen — „abschreckendes" Exempel: „Soweit ich, gnädigster Herr", erklärte er, „gewiß eine gelinde Regierung liebe und sie segne, so bitte ich doch nun um Schärfe. Setzen Sie eine Regel fest, nach welcher man bei den Stellen und Militär handeln solle, halten sie scharf darauf und leiden Sie in Dero und des Staates Diensten keinen, der eine Makel oder Verdacht hat und machen Sie hiedurch ihre Diener achten. Machen Sie nun einige abschreckende Beispiele, um nicht mehr in der Zukunft strafen zu müssen, und durch eine gleiche Behandlung aller Stände vereinigen Sie dieselben und durch eine mit Gerechtigkeit verbundene Güte benehmen Sie Jedermann die Gelegenheit, etwas wider die gut befundene Ordnung von Ihnen zu verlangen oder zu unternehmen. Sie werden dann geliebt werden wie Sie es verdienen, und von rechtschaffenen Leuten geschätzt, welche, wenn man ihnen die Furcht vor Nachstellungen der Schurken benehmen wird, Ihnen mit freier Brust und Mut dienen, an die Hand gehen werden, und Sie werden sich nicht wie jetzt müde arbeiten müssen. Es werden sich auch, ohngeachtet wenige sind, dennoch mehrere brave Leute zeigen, die sich jetzt verstecken."

Die strenge Verurteilung der Beamtenschaft verrät den Schüler Kaiser Josephs, josephinisch war auch der Haß gegen die aristokratischen Landstände, der aus dem folgenden Teil der Denkschrift spricht. Da fordert der Thronfolger „Abhilfe dem allgemeinen Übel, nämlich der Feindschaft der Stände unter sich im Staate, nämlich des Herren-, Bürger- und Bauernstandes, welches leider aus der Dummheit der Stände und Stolz derselben herkommt", um sodann in salbungsvoll doktrinärem Tone das sozialpolitische Kredo des aufgeklärten Despotismus anzustimmen. „Ihnen sind", erklärt er dem Vater, „alle Stände gleich wert und jene am meisten, die am vorzüglichsten zum Wohle des Staates beitragen; es mag dann der Eine oder der Andere sein, aber Einer soll den Anderen nicht unterdrücken, sondern Einer dem Andern aufhelfen, denn ihr gemeinsames Interesse erfordert es; welches gewiß jener nicht einsieht, der den

Andern unterdrückt. Unsere Stände sind besonders hier erstaunlich in Forderungen und haben sich wirklich schon im Ganzen den Haß des Bauern und Bürgers auf sich gezogen, welcher üble Folgen haben könnte.“ Die Bezeichnung der adeligen Stände als „Unterdrücker“ der anderen, die am vorzüglichsten zum Wohle des Gemeinwesens beitrügen, dies war ganz josephinisch und nimmt sich fast wie eine Verurteilung der Konzessionen aus, die Kaiser Leopold II. den Privilegierten erteilt hatte.

Mit der Klage, daß niemand „auf das Ganze“ denke, daß man kurzsichtig darauf sich beschränke, „einzelne Löcher zu stopfen“, daß man die Finanzen zugrunde gehen, ganze Länder durch Verbotsgesetze in Verfall geraten lasse, auch keine Polizei existiere, schließt die merkwürdige Denkschrift[75] — merkwürdig vor allem durch den selbstbewußten, überhebend lehrhaften Ton, den der dreiundzwanzigjährige Kronprinz seinem klugen Vater gegenüber anschlägt. Niemand hätte glauben mögen, daß dieser Prinz, der sich hier so dünkelhaft und selbstgefällig gab und so kraftvoll auftrat, im Verkehr mit den Menschen eine geradezu mädchenhafte Schüchternheit entwickelte, sich so leicht, wie man zu sagen pflegte, „embarassiert“ zeigte.[76] Eine hübsche Geschichte wußte von einem Schriftsteller zu erzählen, der dem Erzherzog im Auftrage des kaiserlichen Vaters einen Aufsatz über Wucher überreichte, damit er, wie Leopold bemerkte, im juridischen Fache einige Kenntnisse erhielte. Franz geriet in Verlegenheit; machte wohl dreißig Bücklinge, und sagte weiter nichts, als: „Das ist recht schön! Ich bin Ihnen verbunden. Ich werde meinen Vater davon unterrichten.“ [77] Das war eben ganz seine Art, die sich auch später, als er die Krone trug, nicht verlor: seine nach außen hin zur Schau getragene übergroße Bescheidenheit verhüllte nur ein überaus stark entwickeltes Despotentum; die Furcht und der Argwohn, die beiden Grundzüge seines Wesens, bargen sich hinter eine von Kraftausdrücken strotzende energische Sprache, für die in der Stille seines Kabinetts leicht die Worte — es sind übrigens immer dieselben — sich einstellten. Dazu gehörte die Statuierung eines „Exempels“, um die „Bösen“, die „Schurken“ gehörig „abzuschrecken“ und die

„Gutgesinnten", die „Braven" zu ermuntern. Machiavelli hatte dem „Fürsten" nahegelegt, das Volk für sich zu gewinnen durch Liebe oder durch Furcht, und hinzugesetzt, das letztere sei sicherer — das war auch der Standpunkt Franzens, der selbst nur dieses Motiv kannte.

Von großen Reformgedanken, in denen sich Kronprinzen häufig gefallen, von Plänen zu einer Umgestaltung der Staatsverwaltung, findet sich in der Denkschrift nicht eine Spur; er räsoniert nur über die Schlechtigkeit der Beamtenschaft, wobei schon deutlich die Folgerung herauszulesen ist, daß der Monarch, wenn er sich auf seine Organe nicht verlassen kann, alles selber machen muß, und verlangt nach einer festen „Regel", nach der dann gegen alle „bemakelten" mit „Schärfe" vorzugehen wäre. Worin diese Regel zu bestehen habe, das sagt er nicht, sowie er auch später als Beherrscher des Kaiserstaates zumeist auf den Befehl, den man etwa einem in ein aufständisches Land entsandten General mitgibt, sich beschränkte: „Ordnung zu machen". Kein Zufall, daß er in dieser Relation auch wieder den Ruf nach der Polizei erhebt.

Merkwürdig will uns auch erscheinen, wie er in der Denkschrift den Vater gegen die Landstände und die in ihnen vertretenen privilegierten Klassen einzunehmen sucht. Er zeigt sich hier als gelehriger Schüler des Staatsrates Eger, der in den das Untertanswesen und die Stände betreffenden Fragen das große Wort führte und nicht müde wurde, die Gefährlichkeit dieser „Adeligen- und Gutsherren-Kongregation" darzulegen. Nur die den „armen" Landmann „bedrückenden" Adeligen seien es, die das Volk mit ihren „Erpressungen" in Aufregung versetzen und so die Ruhe des Staates gefährden. Von dem engherzigen Streben, auf Kosten des Volkes ihre Macht zu erhöhen, geleitet, trachten sie auch, die Krongewalt zu „beschneiden". Das war die unerschütterliche Überzeugung des in der Schule Josephs ergrauten Staatsmannes, und sie machte sich auch der Thronfolger zu eigen. „Auch sollten die Stände", äußerte sich Franz bei einer anderen Gelegenheit, „erkennen, daß es auf dem Lande schon so weit gekommen, daß der Bauer die Rechte einsieht, welche er als Mensch fordern kann, und daß er verlangen

kann, als solcher behandelt zu werden. Ihn durch gänzliche Einführung der alten ständischen Rechte wiederum zum Lasttiere herabwürdigen wollen, würde von den übelsten Folgen für die Stände selbst sein. Auch ist sehr auffallend, daß die Stände sich bestreben, den Einfluß des Souveräns durch seine Stellen auf das Wohl der übrigen Untertanen so viel wie möglich zu beseitigen.“ [78]

Doch der Thronfolger, der in der geläufigen Phraseologie der revolutionären Aufklärung so schön über „Menschenrechte“, die das Volk in Anspruch nehmen dürfe, und über die Schädlichkeit der die alte Ordnung verteidigenden Privilegierten spricht, verfolgt bereits mit wachsender Sorge die Ereignisse im Westen, von wo die „schädlichen Freiheitsgrundsätze“, die „verderblichen, die Phantasie nicht richtig beurteilender Köpfe erhitzenden Prinzipien“, welche dem gleichen Boden entsprossen, in den Kaiserstaat und nach Deutschland einzuströmen drohten. Wir sehen ihn schwanken; doch noch ehe er in dem sich nun anhebenden Kampf zweier Weltanschauungen sich entschieden haben konnte, stand er selbst auf dem Throne seiner Väter. Der plötzliche Tod Leopolds II. hatte dem vierundzwanzigjährigen Kronprinzen in einem der kritischesten Augenblicke der Weltgeschichte den Weg dazu eröffnet.

2. THRONBESTEIGUNG. REGUNGEN DES VOLKSGEISTES.

Der neue Herrscher hatte die richtige Empfindung, als er auf die Nachricht vom Ableben seines Vaters die Äußerung fallen ließ: „Er wisse wohl, die Last, die ihm nun aufgelegt worden, sei eine zu schwere für ihn, da er noch zu jung sei und zu wenig Erfahrung habe.“ [79] Die Ereignisse in Frankreich nehmen eine von Tag zu Tag bedrohlichere Wendung. Einen Monat nach der Thronbesteigung wird dem Kaiserstaat der Krieg erklärt; im nächsten August stürmt der Pöbel die Bastille, das Königspaar gerät in die Gefangenschaft des französischen Volkes.

Der junge Monarch bekommt bald die Rückwirkung der

stürmischen Vorgänge zu spüren: die Gegensätze verschärfen sich und Franz sieht sich in den Strudel der Leidenschaften gezogen. Von rechts und von links strömen auf den unerfahrenen Habsburger Ermahnungen und Belehrungen ein, wie er sich zu verhalten habe, mit einem bald stärkeren, bald schwächeren Zusatz von Mißfallsbezeigungen. Was er da nun in mehr oder weniger schonender und ehrerbietiger Form zu hören bekam, verdient als Stimmungsbild, als Ausdruck der Volksmeinung, unser größtes Interesse, umsomehr, als diese Regungen des „Volksgeistes" auf den ängstlichen Kaiser unzweifelhaft einen starken Eindruck machten. Dafür spricht schon der äußere Umstand, daß die meist anonym an Franz gerichteten Briefschaften sorgsam in der Kabinettskanzlei aufbewahrt wurden.

Wir lassen zunächst einen Vertreter der Aufklärungspartei, einen anscheinend sehr demokratisch gesinnten Verehrer Kaiser Josephs II. zu Worte kommen. In dem Schreiben, das vom 24. September 1792 aus Wien datiert ist, bereitet schon die ungewöhnliche Anrede: „Wenig geliebter, wenig geehrter Landesfürst!" auf den wenig erfreulichen Inhalt vor. Nichts haben wir, so heißt es da, seit dem „allzufrühen" Hintritt Kaiser Josephs — der hier merkwürdigerweise Franzens „Vetter" genannt wird — mehr gewünscht, „als daß Euern erzdumm- und grundlüderlichen Vater der Teufel bald holen, Euch aber dafür Gott auf Josephs Thron desto hurtiger erheben wolle; nichts haben wir auch mehr erwartet, als daß Ihr Josephs Beispiele folgen, seine unausgeführten Regierungspläne, besonders den so langwierigen Mönchs-Aufhebungsplan löblich und eifrig vollenden, eben darum den grundlüderlichen und nur Habsucht halben mit Bischöfen und Prälaten schlau verstandenen Exzellenzbösewicht Kresel samt dem ganzen stinkfaulen und erzschmarotzerischen Kommissionspersonal unnachsichtlich absetzen, über den sehr verdächtigen Religionsfond wenigere, aber getreuere Aufseher bestellen, selbe mit gewissenhaften Mönchskontrolloren sorgfältigst unterstützen, endlich der ganzen ärgerlichen und gewiß noch viel Unheil nach sich ziehenden Mönchsverwirrung ein schleuniges, gut und vollständiges

Ende verschaffen werdet. Dieses und noch viel anderes haben wir von Euch ganz getrost und ungezweifelt erwartet und gehoffet."

Nach dieser für Franz recht schmeichelhaften Einleitung gibt der sackgrobe Briefschreiber dem Monarchen seine arge Enttäuschung über dessen Regierungsanfang zu erkennen. „Wie sehr", meint er, „sehen wir uns schon beim Antritt Eurer jungen und eiferlosen Regierung in unserer Hoffnung und Erwartung auf das schändlichste und schmerzlichste betrogen; wie viel ärgerlichere und schlimmere Dinge haben wir uns erst von Euch in die Zukunft zu versprechen! Euer ganzer Regierungsanfang zeiget, daß Ihr gleich anderen lüderlichen Landesfürsten (ohne Euch durch ihr dermaliges kläglich-schimpflich- und schmerzliches Schicksal zu einem Bessern aneifern zu lassen) alle Euere Regierungsgeschäfte bloß Euern Schurkenräthen überlassen, eben darum mehr Titel- als Werkregent, mehr Namens- als Thatsouverain seyn wollet. In allen josephinischen Pläneausführungen wollet Ihr nur einzig und allein den Willen, wo nicht gar die Befehle Eurer falsch- und despotisch herrschenden Räthe befolgen; die Mönche nach dem dumm- und eselhaften Projekte Eurer arglistigen Räthe nur bloß von einem Kloster in das andere ... wie die Katzen in die Hundeställe oder die Hunde in die Schweineställe sprengen, alles übrige aber beim alten Schlendrian und in der scheußlichen Wirrwarrslage belassen; kurz in allem wollet Ihr nicht in die Fußstapfen Eures eifrigen und arbeitsamen Vetters, sondern Eures erzdummen und grundlüderlichen Vaters treten." Nur durch das Hinscheiden des „zu Tode gefluchten" Vaters sei die Strafe Gottes in Gestalt von Pest, Hungersnot und Bürgerkrieg unterblieben. „Damit Ihr Euch aber wegen erst übernommener Regierung so leicht nicht entschuldigen könnet, so soll Euch und Euren stinkfaulen Räthen mit Fleiße noch ein ganzer halbjähriger Bedenk- und Arbeitstermin allergnädigst bewilligt werden."

Es war eine deutliche Drohung, wie das schon die Aufschrift auf der Rückseite der Eingabe, die der vornehme, an einen solchen Ton offenbar nicht gewöhnte Registrant der Kabinettskanzlei mit dem Vermerk: „Anonymus von 1792.

Schrift eines unklugen und höchst beleidigenden Inhalts" versah, besagte: „Letztes Warnungsschreiben an die dummen Lotharingischen Österreicherregenten." Und um der Warnung mehr Nachdruck zu geben, war die Schrift im Namen einer ganzen, auf ein bestimmtes Programm eingeschworenen Korporation gezeichnet: „Die Eidgenossen Klösterverflucher mit Ausschließung aller lüderlichen, bigottischen, hurerischen, ehebrecherischen, sauferischen, spielerischen, schmarotzerischen, schuldenmacherischen, ebendarum Pfarrerzucht-, Landleben-, Arbeit- und Seelsorgescheuenden Klosterliebhaber." [80]

Hatte hier ein sehr links stehender Anhänger der josephinischen Kirchenpolitik das Bedürfnis gefühlt, den neuen Herrscher vor seinen reaktionären Ratgebern zu warnen, so meldet sich um dieselbe Zeit eine Stimme aus dem anderen Lager, um Franz gegen seine durch und durch freimaurerischen Minister einzunehmen und ihm auch sonst Winke für seine Regententätigkeit zu geben. Er ist im Tone höflicher, aber der Sache nach womöglich noch verletzender, für den Geschichtschreiber jedenfalls weit interessanter, weil er an dem Charakter des Kaisers Ausstellungen macht, die eine verzweifelte Ähnlichkeit mit den uns schon bekannten Klagen der Erzieher über Franzens Gleichgültigkeit und Gefühlslosigkeit aufweisen.

In den einleitenden Worten bekennt er sich als einen „treuen und seinem Souverain ergebenen Unterthan", der dessen Person liebe und seine guten Eigenschaften ehre, aber eben deshalb sich verpflichtet fühle, das zu sagen, „was man den Regenten so selten sagt — Wahrheit." Denn von seinen Ministern sei das nicht zu erwarten und das sei eben die „Hauptquelle des allgemeinen Mißtrauens", daß Franz keine Menschen um seine Person habe, die das Vertrauen und die Liebe seines Volkes besäßen, die ihm, „was wahr, was groß und was gut sei", sagen könnten. „Wann der Jakobinerklub", so heißt es weiter, „Ihnen ein Ministerium recht nach seinen Absichten hätte aussuchen sollen, so hätte er keine verderblichere Subjecte unter allen Ihren sämtlichen Unterthanen aussuchen können als Hatzfeld, Kollowrat, Schloisnek (Schloißnigg) und Vogel. Wird die Nach-

welt es wohl glauben, daß Sie sich von diesen durch Unfähigkeit oder notorische Unredlichkeit so nahmhaften Männern in einem Zeitpunkte leiten ließen, in welchem alle Throne wanken!" Denn daß die Illuminaten in Deutschland eben dasselbe bedeuteten, die gleichen Ziele verfolgten wie jene „Bösewichter" in Frankreich, das sei dem Kaiser wohl kein Geheimnis — „schreckliche, unbegreifliche Verblendung, daß nur Sie nicht zu wissen scheinen, daß Ihr ganzes Ministerium mit wenigen Ausnahmen aus Jakobinern besteht". Die auswärtigen Angelegenheiten und damit die ganzen Geheimnisse des Kabinettes seien in den Händen dieser Rotte, der auch Cobenzl angehöre, ebenso das Finanzwesen. Kurz der Kaiser sei, ohne es zu wissen, „verraten und verkauft". Der Monarch wird gemahnt, dem gänzlichen Verderben der Finanzen vorzubauen. „Vergessen Sie nicht", so fügt er drohend hinzu, „daß Verwirrung der Finanzen der Hauptgrund zu Frankreichs Unglück war." Auch die Polizei sei „im höchsten Grade vernachlässigt; Prediger der Freiheit treiben ihr Wesen in allen Kaffee- und Bierhäusern, heimliche Klubs und Zusammenkünfte nehmen zu; steuern Sie diesem Unwesen und geben Sie dem Grafen Sauer, der ein ehrlicher und kluger Mann ist, die geschärftesten Instruktionen, daß er seine Wachsamkeit verdoppelt, daß er alles aufbiethet, um diesem Unheile zu steuern."

Nach diesen kritischen Bemerkungen über die Minister und die Mißwirtschaft in einigen der wichtigsten Zweige der Staatsverwaltung wendet sich der Anonymus den über den Kaiser selber laut gewordenen Klagen, den Ursachen der gegen ihn, besonders in der Armee, herrschenden Unzufriedenheit zu. „Man tadelt an Ihnen," so belehrt er Franz, „daß Sie die größte Unempfindlichkeit bei der Nachricht von der Verwundung und dem Tode Ihrer besten Offiziere zeigen. Was hätte Joseph der Zweite gethan, wenn er den Heldentod des prince de Ligne[81] erfahren hätte; würde er nicht den unglücklichen Vater gleich selbst in Person heimgesucht haben; hätte Joseph der Zweite nicht mit eigener Hand an Waldeg, der seinen Arm in Ihrem Dienst verlohr,[82] geschrieben? Erforderte nicht Pflicht, Dankbarkeit, ja selbst Politik, daß Sie bey jeder Auszeichnung, bey jeder schönen Hand-

lung der Offizieren oder Soldaten gleich auf der Stelle mit Belobung, Ehre oder Remuneration Ihre Dankbarkeit bethätigen? Wie leicht ist es doch den Königen, oft nur mit einem Federzuge, mit zwey Zeilen ihrer Hand, zu belohnen, zu trösten, aufzumuntern, zum höchsten Entusiasm anzufeuern, und wie wenige Könige verstehen diese so leichte und so nothwendige Kunst! Wie wichtig wäre gerade in dem gegenwärtigen Augenblicke — der schwere Kampf gegen Frankreich hatte bereits begonnen — die Liebe und das Zutrauen des Militairs!" „Und Sie waren", fügte er hinzu, „im Besitze dieses kostbaren Zutrauens, als Sie den Thron bestiegen. Der Soldat betrachtete Sie als seinen Kriegsgefährten; der gemeine Mann erwartete sich goldene Tage von Ihrer Regierung. Erinneren Sie [!] die Ausbrüche von stürmischer Freude in den Kasernen, als Ihr Vater todt war. O Gott! Auch diese glückliche Anlage haben Sie unbenutzt gelassen! Noch niemals hat man Sie in einer Kaserne oder im Militair-Spital gesehen, nie beim Exerzieren; auch nicht die kleinste Freude oder Ermunterung oder Attention haben Sie dem gemeinen Manne oder Soldatenstande überhaupt bewiesen. Nach und nach fängt diese Liebe zu Ihnen auch schon an in Gleichgültigkeit überzugehen... O! es ist noch Zeit, überwinden Sie sich, machen Sie ein Effort! Wäre es nicht möglich, auch nur einen halben Kreuzer den Garnisonsregimentern à Mann zuzulegen? Oder lassen Sie wenigstens einige tausend Gulden in den Kasernen austheilen, suchen Sie, es mag auch kosten, was es immer wolle, das Herz des Militairstandes wieder zu erobern."

Auch die religiöse Haltung des Kaisers und seiner neuen Gemahlin gibt dem wohlmeinenden Kritiker Anlaß zu wehmütigen Vergleichen mit der Vergangenheit. Der Monarch, meint er, lasse die so „notwendige Regentenpflicht", äußere Zeichen seiner Achtung gegen die Religion zu geben, außer Acht. „Es ist nicht genug, täglich seine stille Messe zu hören, Sie müssen die für Ihre Unterthanen so tröstliche, Ihnen Vertrauen erweckende und allgemeinen Segen und Beifall erwerbende Politik der großen Maria Theresia nachahmen, die allen ihren Unterthanen ein Beispiel der aufrichtigsten

Gottesverehrung war. Es würde nur sehr gute Impression machen, wenn Ihre Gemahlin zuweilen beym vierzigstündigen Gebet sich sehen ließe, wenn Sie selbst mit ihr zuweilen die Pfarrkirchen in der Stadt und den Vorstädten besuchten. Bey den gegenwärtigen gefährlichen Zeiten für Religion und Staat wäre eine Andacht in Maria-Hilf oder da, wo das Hochwürdigste zum vierzigstündigen Gebet ausgesetzt ist, den Zeiten und Umständen sehr angemeßen. Sie und Ihre Gemahlin werden dadurch alle Verehrer der Religion auf Ihre Seite bekommen — eine mächtige und vielvermögende Partey an Ihrem Staate!"

Nachdem unser Anonymus noch den „elenden, eines großen Regenten völlig unwürdigen Stül" der kaiserlichen Handbillette, die „voller Sprachfehler und Unschicklichkeiten", auf die Behörden eines Landes, wo man an die Energie des Stils Josephs II. und Leopolds II. gewöhnt sei, den ungünstigsten Eindruck machen müßten, bemängelt hat, schließt er mit dem vielsagenden Wunsche, Gott möge des Kaisers Wahl auf Männer leiten, die ihm in diesen gefährlichen Zeiten „große und gute Gedanken" eingeben möchten. Eger, der solche habe, sei alt und Franz werde voraussichtlich lange ohne ihn leben und regieren — „wie wird es dann ausschauen?" Franz möge doch seinen größten Wohltäter, den Bischof von Triest — es war Graf Hohenwart —, den er jetzt mit kaum 6000 Gulden „darben" lasse, zurückrufen und ihn als Schutzengel, Freund und Rat gebrauchen — „dann kann noch alles gut werden".[83]

Ein anderer Anonymus, der sich entschieden gegen den Anschein eines „ungenannten bösartigen Denunzianten" verwahrte und sich devot als „Euer Majestät bekannter treuer unterthänigster Knecht" unterfertigte, wußte dem Monarchen von „heimlichen, aber auch desto gefährlicheren" Anschlägen auf die Staatsverfassung, die herrschende Religion und die Treue der Untertanen zu erzählen und bot sich an, ihm in einer geheimen Audienz Näheres über diese „bedenkliche" Situation mitzuteilen.[84] Kurz vorher — im August 1792 — hatte ein wirklicher französischer Jakobiner, der sich in Wien aufhielt, den Kaiser verständigt, daß der Jakobinerklub in Paris seine Ermordung beschlossen habe.

Zugleich warnte er ihn vor den in Österreich sich herumtreibenden Franzosen, den verschiedenen Kammerdienern, Köchen und Haarkünstlern, auch jenen an seinem Hofe. Erst wenn diese verdächtigen Franzosen aus der Residenz entfernt wären, sollte der Monarch in der Öffentlichkeit sich zeigen.[85]

Wir haben hier nur eine Blütenlese der „Stimmen aus dem Publikum", mit denen der neue Herrscher begrüßt wurde, vorgelegt: sie wird genügen, um die Schwierigkeit und Unbehaglichkeit der Lage, in der sich Franz bei seiner Thronbesteigung befand, in ihrem ganzen Umfange zu beleuchten. Was er aus ihnen vernahm, war auch da, wo sie höflich gehalten waren, Unzufriedenheit, Enttäuschung, Ankündigung von Gefahren, die über seinem Haupte schwebten. Auch er mußte wie sein Vater erkennen, wie schwer es sei, die durch die französische Revolution und die josephinischen Reformen aufgewühlten Leidenschaften zu meistern, beiden Parteien die Sache recht zu machen. Angenehm war es auch gewiß nicht, wieder die alten Tadelsworte des kaiserlichen Erziehers über die Gleichgültigkeit und Trägheit — „machen Sie einen Effort!" — zu hören und sich als „unerfahrenen" Monarchen, den seine Minister und Räte — und zwar recht schlecht — leiteten, hingestellt zu sehen; zu hören, daß er auf dem besten Wege sei, ebenso unbeliebt, „verflucht" zu werden, wie sein verstorbener Vater.

Den papierenen Demonstrationen folgten wirkliche Kundgebungen der Mißstimmung. So war es im Herbst 1792 zu einem Auflauf von vierhundert brotlosen Webern gekommen, die, wie es hieß, „den von Schönbrunn nach Wien reisenden Monarchen auf eine unruhige Weise um Unterstützung bitten wollten". Ein Jahr vorher hatten ihm, wie er seinem damals noch lebenden Vater meldete, in der Burg bei 700 „Fratschlweiber" aufgelauert, die aber, als er bei einem anderen Eingang hineinkam, „ganz ruhig" nach Hause gingen.[86] Diesmal aber scheint die Ausschreitung ernsteren Charakters gewesen zu sein; die Weber wandten sich mit einem „Treuherzigen Sendschreiben" an die Öffentlichkeit.[87] Gefährlicher war jedenfalls die ganze Lage geworden. Bald darauf, am 21. Januar 1793, war in Frankreich Ludwig XVI. hingerichtet

worden. Der „Königsmord" und die wüsten Vorgänge, die sich dort abspielten, konnten nicht ohne tiefe Wirkung auf den Monarchen sein.

Unter dem frischen Eindruck dieser entsetzlichen Tat — der Augenblick war gut gewählt — überreichten die niederösterreichischen Stände durch den Landmarschall Grafen Khevenhüller und drei ansehnliche Mitglieder des Herrenstandes dem Monarchen eine Denkschrift, vom 26. Januar 1793, also dem fünften Tage nach der Hinrichtung datiert, worin sie gegen die „jakobinischen" Grundsätze der Regierung ebenso höflich wie bestimmt Verwahrung einlegten. Sie hatten sich eine Mustersammlung von amtlichen Aussprüchen zusammengestellt, die auf eine offenbare Herabwürdigung der privilegierten Stände hinausliefen und, wie sie meinten, eine erschreckende Ähnlichkeit zeigten mit jenen Ideen, die jetzt „die schwärzeste aller Gewalttaten" vollbracht hatten, „eine Tat, worüber zu geschweigen jeder getreue, seinem Fürsten ergebene Untertan in einem monarchischen Staate, jeder Menschenfreund bebt und eine Träne voll Unmuts und teilnehmenden Mitleids mit dem Wunsche vergießt, daß die Geschichte zur Ehre der Humanität diese Ereignung in ein undurchdringliches Dunkel einhülle".

Die Stände waren nach Kaiser Josephs II. Tode um die Wiedereinführung alter Privilegien, wie des Rechtes, vor Gericht statt des Zeugeneides ihr adeliges Ehrenwort schriftlich abzugeben und durch Ständemitglieder als Richter abgeurteilt zu werden, vorstellig geworden. Die oberste Justizstelle aber wies ihr Begehren ab mit der Begründung, daß die Gleichhaltung der Bürger aller Klassen unter die „Rechte der Menschheit" gehöre, „die, seitdem der Druck der Leibeigenschaft und des Mönchtums aufgehoben ist, von dem Volke in allen Staaten schon zu mächtig gefühlt werden, um sie unterdrücken zu können". Also man weiß in diesen gefährlichen Zeiten, belehrten die Stände ihren Landesfürsten, nichts besseres, als sich auf die Menschenrechte, diesen „Lieblingsausdruck aller Schwindelköpfe", dieses fürchterliche „Schlagwort der französischen Revolution", als Beweggrund der allerhöchsten Entschlüsse zu berufen? Werden das nicht die „Übelgesinnten" zum willkommenen Anlaß

nehmen, ihre gefährlichen Begriffe von diesen Rechten gleichsam zu autorisieren? Wohin dieses Prinzip der Gleichhaltung aller Bürger im Staate führt, das kann man an den traurigen Vorgängen in Frankreich ersehen. Wenn sich die Regierung nicht scheut, offen zu erklären, daß die Rechte der Menschheit vom Volke zu sehr gefühlt würden, um sie unterdrücken zu können, so heißt das so viel wie: der Staat sieht ein, daß er zu schwach sei, diese sogenannten Rechte der Menschheit verfassungsmäßig zu bestimmen. Das Volk aber wird durch dieses Bekenntnis der Schwäche förmlich angestachelt, die Gleichhaltung zu erzwingen. Die gehässige Anspielung auf den „Druck der Leibeigenschaft und des Mönchtums" aber muß Adel und Klerus in den Augen des Volkes herabsetzen. Untergräbt man die Religion, „die einzige echte Grundfeste" der Throne zu Gunsten der „dammlosen, mehr den Verstand verfinsternden als denselben beleuchtenden Aufklärungssucht, welche die Köpfe der Völker zerrüttet und billig als der Urquell jener für die Menschheit schauervollen Szenen in Frankreich angesehen werden kann", so wird auch das österreichische Vaterland bald in ein „anarchisches Chaos" verwandelt werden.

Mit aller Entschiedenheit verwahren sie sich weiter gegen die von der Regierung vertretene Auffassung, daß der Bürger- und Bauernstand als die „zahlreichste" Klasse allein dem Staate nützlich sei, die adeligen Gutsbesitzer aber eine „den Erdboden drückende, unnütze Last" bedeute, „bloß geschaffen, den — wie es hier nicht sehr appetitlich heißt — Schweiß der Untertanen in den Hauptstädten zu verzehren". Dem gegenüber wird betont, daß der Adel die gleiche Kontributionslast trage und infolge des ihm zu Gebote stehenden größeren Kapitals ungleich mehr für die Bodenkultur leiste. Mit Recht habe der große Montesquieu den Adel als die Stütze des Thrones bezeichnet. Dem Volke aber die Adeligen als seine Bedrücker und Aussauger hinzustellen, sei eine höchst bedenkliche und gefährliche Sache: die Folge werde nur der Umsturz des Thrones durch das Volk sein.

Nicht ihre Sache, betonen sie zum Schlusse, kommt hier zur Sprache, sondern die des Staates. Sie bitten um Genug-

tuung, Bestrafung der Urheber der aufgestellten Sätze, flehen „mit kindlicher Zudringlichkeit", solche gefahrvolle, den Umsturz des Staates und der Verfassung notwendig herbeiführende Prinzipien von den obersten Stellen zu verbannen, dagegen die von ihnen angeregten Grundsätze zur Ausführung zu bringen, „damit einst die Geschichte, die die Handlungen der Fürsten richtet, nebst dem süßen Namen Franz des Vielgeliebten auch jenen des Erhalters der Monarchie mit unparteiischer Hand aufzeichne".[88]

Der feierliche Protest der niederösterreichischen Stände mußte den Monarchen ganz eigentümlich, fast wie ein grimmiger Hohn, berühren. Denn die von diesen als verderblich gebrandmarkten Grundsätze wie von den „Menschenrechten", die das Volk zu fühlen beginne, und der so notwendigen „Gleichhaltung" aller Stände hatte er, wie wir uns zu erinnern wissen, selbst noch vor kurzer Zeit gepredigt. Daß die Landstände, über deren „Dummheit" und „Stolz" er sich damals so abfällig äußerte, nun, genau so wie er, entrüstet von den „Schwindelköpfen" und „Übelgesinnten" sprachen, sich als Stützen des Thrones darboten und, um ihren Worten größeren Nachdruck zu verleihen, eine namhafte Geldsumme zum Kampfe gegen das revolutionäre Frankreich zur Verfügung stellten, wäre gewiß geeignet gewesen, sie dem Monarchen näher zu rücken. Anderseits aber mußte ihm ihr Ansinnen, daß die Urheber der beanständeten Resolutionen zur Verantwortung gezogen werden sollten, als eine die Hoheit des Monarchen verletzende Zumutung erscheinen, wenn er nicht ihren ganzen Schritt als eine unnütze Zudringlichkeit betrachtete.

Die ständische Denkschrift wurde von Kaiser Franz — so weit wir sehen — gar keiner Antwort gewürdigt, sondern zu den Akten gelegt. Aber die Stände hatten die Genugtuung, den Monarchen von den demokratischen Anwandlungen seiner Kronprinzenzeit gründlich geheilt zu sehen. Das von dem Volkskaiser begonnene Werk der Bauernbefreiung, das auch unter Leopold II. eifrig fortgesetzt worden war, fand nun ein rasches Ende. Die Anregung des Staatsrates Eger, der unermüdlich für den Gedanken der Robot-

ablösung eintrat und zu diesem Zwecke die Herstellung eines „Staatsinventariums", das den Stand der Urbarialleistungen ersichtlich machte, betrieb, fiel, schon vom Kaiser genehmigt, gerade einen Monat nach der Thronbesteigung, unter den Tisch. Eger hatte die Auffassung vertreten, daß die Frondienste eine „schwere und kritische Krankheit" seien, für die der Landesfürst der Arzt sein müsse — das Urbarialproblem ruhte nun. Der josephinische Staatsmann hatte gelehrt, der Staat müsse das Volk „klagelos" stellen, dann werde es seine Rechte, die es bereits fühle, nicht gewaltsam in Anspruch nehmen; nicht gegen den Landesfürsten, in dem es seinen „Schutzgott" sehe, richte sich die Unzufriedenheit, sondern gegen die privilegierten Klassen — diesen Ehrgeiz, der Schutzgott der Bedrückten zu sein, besaß Franz nicht mehr: immer mehr wird er der Schirmherr der „wohlerworbenen, geheiligten Rechte" der Feudalherren, immer mehr sieht er im Adel und Klerus die Stütze des Thrones.

Kaiser Franz hatte in dem leidenschaftlichen Kampf der beiden Parteien zu Gunsten der „Obskuranten" entschieden. Die vorsichtige Mittelstellung, die sein kluger Vater eingenommen hatte, gab er auf, erklärte sich mit aller Entschiedenheit gegen die Grundsätze der Aufklärung, der Volksrechte und des Fortschrittes. Es war ein eigentümliches Verhängnis, daß der Monarch, durch die Ausschreitungen des Pöbels und den blutigen Verlauf der Revolution in Frankreich erschreckt, bedingungslos der Reaktion in die Arme sich warf, just in dem Moment, da gerade im Gefolge dieser unerfreulichen Wendung, ziemlich allgemein, ein Gefühl der Enttäuschung und der Ernüchterung Platz griff, da selbst der französische „Ehrenbürger" Klopstock, der mit solcher Begeisterung „Galliens Freiheit" bejubelt hatte, mit den bittersten Worten gegen den „Sklavenstaat", gegen die „Klubbergmunizipalguillotinoligokratirepublik" Stellung nahm.

Wir erinnern uns, wie sich die erlesensten Geister im Lande der Dichter und Denker, allen voran der Olympier von Weimar, bemühten, die großen Lehren aus der gewaltigen Umwälzung zu ziehen, den Geist des Alten und des

Neuen, Tradition und Reform, harmonisch zu verbinden; wie sie die Staatshäupter ermahnten, aus der Königskatastrophe zu lernen, dem Volksgeist Rechnung zu tragen, ihre Untertanen glücklich und zufrieden zu machen, die Schäden im Staatswesen zu beseitigen: nur so, nicht durch Polizei und stehende Heere, könne der revolutionären Propaganda wirksam die Spitze geboten werden. Bei Kaiser Franz, von so erbärmlichen Skribenten wie Hoffmann, Hofstätter und Haschka aufgehetzt, fanden solche Stimmen der weisen Mäßigung keinen Eingang.

Verbittert zog sich damals ein junger, hochbegabter Schriftsteller, der vergebens gegen dieses „dreifache H.", das Symbol der Reaktion, angekämpft, aus Österreich zurück, um in der Nähe der Geistesheroen, in Jena, ein neues Arbeitsfeld zu suchen: Joseph Schreyvogel. „Wenn die Pläne der Jakobiner und Propagandisten", schrieb er vor seinem Abgang aus Wien, „verabscheuungswürdig sind, so sind die Pläne der Verbindung Hofstätters nicht lobenswert." Wenn es wahr sei, daß der Geist der Revolution um sich greife, dann sei die von den Obskuranten eingeschlagene Methode nur geeignet, die Parteien aufzuwiegeln und die eingebildeten Übel zu wirklichen zu machen. Er schied mit dem Wunsche, der gute Geist, der über Deutschland wache, möchte die Fürsten und Großen auch ferner abhalten, Maßregeln zu ergreifen, die nur zum Verderben des Gemeinwesens ausschlagen könnten. Von Jena aus berichtete er — am 30. Oktober 1794 — seinem Bruder ganz entzückt, welche Freiheit im Weimarschen Lande sowohl im Reden wie im Schreiben herrsche: „Man hört hier Dinge von den Kanzeln, die man sich in Wien kaum unter vier Augen zu sagen getraut, den Frieden wünscht und erwartet alles ..." [89]

Schreyvogel hatte gut getan, dem Kaiserstaat den Rücken zu kehren, denn wer so dachte wie er und wer vom Frieden sprach, der galt in den Augen der aufklärungsfeindlichen „Erzpatrioten" als ein Jakobiner. Andere waren nicht so klug und gaben ihrer Enttäuschung über den neuen Kurs weit schärferen Ausdruck — und zwar an die Adresse des Kaisers selbst. Wir greifen hier einen Mann heraus, weil er sehr

bald zu einer traurigen Berühmtheit gelangte: Josef Ignaz Martinovics, ungarischer Abt und Professor, eine ganz merkwürdige Persönlichkeit, aus der man nicht so leicht klug wird, weit gereist, gelehrt, halb Höfling, halb Revolutionär. Ein entschiedener Gegner von Adel und Klerus, sagt er sich in einem offenen Brief von seinem König los. Durch seine reaktionäre Politik, so erklärt er ihm ins Gesicht, habe sich Franz bei dem Volk und dem kleinen Adel unbeliebt gemacht: diese beiden Stände vereint könnten seinen Thron umstürzen. Er unterzieht auch die äußere Politik des Wiener Kabinetts einer scharfen Kritik; tadelt das Bündnis mit Rußland, das den Besitz von Konstantinopel anstrebt und dem Bestande der Monarchie gefährlich werden kann, wenn es als Befreier jener Völker auftreten wird, die in den Magyaren ihre Bedrücker sehen; findet dagegen den Bruch mit Frankreich unbegreiflich, weil er nur Preußen und Rußland zugute kommt. Die Ungarn müßten diesen politischen Fehler mit vier Millionen und einer ganzen Armee bezahlen. Dafür würden sie wie eine Kolonie behandelt, Handel und Industrie sowie jeder geistige Aufschwung unterdrückt.[90] Das Merkwürdigste an dieser scharfen Kritik, welche die österreichische Regierung in der Folge öfters zu hören bekommen sollte, war wohl die Tatsache, daß der angebliche „Graf Goroni", wie sich der Verfasser nannte, in der Staatskanzlei im Dienste Franzens arbeitete.

Wir sehen aus all den hier angeführten kritischen Stimmen, wie sich gleich zu Beginn der Regierung Kaiser Franzens eine Opposition gegen seine reaktionäre Politik erhebt. Allein zu Österreichs Unglück war der neue Herrscher nicht gesonnen, auf jene klugen Männer zu hören, welche dem Fürsten den Rat erteilten, dem Volksgeiste Rechnung zu tragen, den Ursachen der Mißstimmung nachzugehen, statt diese selbst zu bekämpfen. Franz sah nur „Übelgesinnte" oder wie man ihm eingeredet hatte „Jakobiner", die im engen Bunde mit dem auswärtigen Feinde an dem Sturz der Monarchie arbeiteten. Wenn gegen den äußeren Feind, der das monarchische Prinzip in Frage stellte, die kaiserliche Armee ins Feld gerückt war, so sollte gleichzeitig auch der innere Gegner wirksam bekämpft werden.

3. JAKOBINERPROZESS. KAMPF GEGEN DIE GEHEIMBÜNDE.

Es war seit Franzens Thronbesteigung noch kein Jahr verstrichen, als der Kaiserstaat um eine Hofstelle bereichert wurde, die in dem öffentlichen Leben der nächsten Jahrzehnte eine ganz hervorragende Rolle zu spielen berufen war: die Polizeihofstelle.[91]

Zu Beginn des Jahres 1793 war, um schon nach außen hin die Wichtigkeit dieses Verwaltungszweiges darzutun, ein eigenes Ministerium geschaffen worden, das alsbald eine fieberhafte Tätigkeit entfalten sollte. An die Spitze des neuen Instituts trat der greise Graf Pergen, der schon unter Joseph II. das Polizeiwesen geleitet hatte, unter seinem Nachfolger aber altershalber in den Ruhestand versetzt worden war. In welchem Geiste der Minister sein Amt zu führen bestrebt war, das erhellt aus jenem merkwürdigen Polizeiberichte, in welchem Denken und Wissenschaft als die eigentlichen Feinde des nationalen Glückes und der bürgerlichen Ordnung, als die Quelle alles Revolutionsgeistes, als die Vernichter der monarchischen Gesinnung gekennzeichnet werden. Die „Gutdenkenden" sollten danach gefördert, die übrigen aber durch „für die gegenwärtige Epoche anpassende Zensurvorschriften" unterdrückt werden.[92] Man sieht: der später so berüchtigte Polizeiminister Graf Sedlnitzky hatte in der Person des Grafen Pergen einen würdigen Vorläufer gefunden.

Auch sonst regt die durch Sedlnitzky und Metternich repräsentierte Glanzzeit des Polizeiabsolutismus zu interessanten Vergleichen mit der Ära Pergen an. Wie in jener Epoche zur Bekämpfung des revolutionären Geistes die Hilfe des deutschen Bundes angerufen ward und die Karlsbader Beschlüsse unseligen Angedenkens das Signal zu einer eindrucksvollen Demagogenverfolgung im Kaiserstaate bildete, so wurde auch jetzt die deutsche Zentralgewalt gewissermaßen als oberstes Polizeiinstitut in Bewegung gesetzt, um den reaktionären Maßnahmen einen größeren Nachdruck zu geben. Auf Antrag Kurböhmens erging im Februar 1793 an alle Untertanen des heiligen römischen Reiches deutscher

Nation eine eindringliche Warnung, die törichten Freiheits- und Gleichheitsgrundsätze zu verbreiten. Und wie bei der Empfehlung der Karlsbader Beschlüsse einer der deutschen Fürsten, der Großherzog von Oldenburg, wenig bundesfreundlich Metternich antwortete: „Den Umtrieben revolutionärer Grundsätze kann meines Erachtens nicht kräftiger entgegengesteuert werden, als ihnen zufriedene Untertanen entgegenzustellen", so erhielt auch fünfundzwanzig Jahre früher die österreichische Regierung von einem der deutschen Vasallen eine gründliche Abfuhr. Ein väterlicher Freund seiner Untertanen, so belehrte der Fürstbischof von Würzburg und Bamberg das Wiener Kabinett, habe keine Empörung zu befürchten.[93] Der geistliche Herr hatte, wie man sieht, die goldenen Winke der Besten seiner Zeitgenossen verstanden. Allein seine Stimme drang nicht durch und der Beschluß des deutschen Reichstages gab der Wiener Regierung die willkommene Gelegenheit, in der kaiserlichen Bestätigung vom 30. April 1793, die gefährlichen, von gewissenlosen Philosophen nachgebeteten und verbreiteten Grundsätze der Revolution feierlich in Acht und Bann zu tun.[94]

Es kam der Wirksamkeit der neuen Hofstelle zugute, daß neben dem altersschwachen Pergen, gewissermaßen als dessen rechte Hand, eine jüngere Kraft saß, die rastlos nach Betätigung drängte: Franz Graf Saurau, eine der eigenartigsten und interessantesten Persönlichkeiten der ganzen franzisceischen Ära. Wer die ausdrucksvollen, feinen Gesichtszüge dieses Mannes, wie sie aus den uns überlieferten Bildnissen bekannt sind, betrachtet, wird ohne weiteres geneigt sein, dem Urteile Kübecks, welcher ihn als „geistreich und vernünftig" schildert,[95] beizupflichten. Ein aufgeklärter, ganz von josephinischem Geist erfüllter Beamter war er gewiß, aber zugleich von einem brennenden Ehrgeiz durchdrungen, und dieses Streben, auf der bürokratischen Stufenleiter möglichst rasch und hoch emporzusteigen, war wohl schuld, daß sein Name mit einer der schwärzesten Episoden der an dunkeln Kapiteln reichen Regierung des guten Kaisers Franz innigst verquickt ist und ihm den Ruf eines österreichischen Torquemada eingetragen hat. Woll-

ten wir der Behauptung eines sonst sehr verläßlichen Zeitgenossen Glauben schenken, so wäre die ganze „Jakobinerverschwörung“, die im Sommer 1794 von der Polizei aufgedeckt wurde und so viel Aufsehen machte, nur von ihm und Pergen in Szene gesetzt worden, um dem ängstlichen Monarchen die hohe Bedeutung des Polizeiministeriums wie die erfolgreiche Tätigkeit seiner Leiter recht deutlich zum Bewußtsein zu bringen.[96]

Vorausgeschickt muß werden, daß man schon lange vorher von Umtrieben und Anschlägen der Jakobiner zu erzählen wußte und die Furcht vor ihnen ganz wunderliche Blüten trieb. So hatte schon am 19. Juli 1791, also noch während der Regierung Leopold II., der „Heimliche Botschafter“ von einem Fabrikanten berichtet, der in einem Gasthause, vom Weine erhitzt, die Deutschen heftig gescholten habe, weil sie nicht den Mut aufbrächten, das Beispiel der Franzosen nachzuahmen. Eine rasch von der umsichtigen Polizei empfohlene „Wasserdiät und angemessene Beschäftigung im Polizeihause“ scheint den vom „Freiheitsschwindel“ angesteckten Hitzkopf bald wieder zur Besinnung gebracht zu haben. Etwas über ein Jahr später sprach man von der Verhaftung einiger Freiheitsapostel, die sich durch die Bestellung einer größeren Anzahl von Stilettfutteralen verdächtig gemacht hatten. Doch nicht lange darauf, im Oktober 1792 — also bald nach der uns schon bekannten dem Kaiser zugekommenen Warnung des französischen Jakobiners — gewann es den Anschein, als wäre die Behörde wirklich einem Komplott auf die Spur gekommen. Man erfuhr von der Verhaftung einer Anzahl Franzosen, darunter eines sicheren Monsieur Chanton. Doch Anfangs März 1793 wird dieser gefährliche Mann, von dem es kurz vorher geheißen hatte, er werde „schwerlich“ wieder die Freiheit erhalten, aus der Haft entlassen — er scheint also nicht so gefährlich gewesen zu sein. Das Jahr war noch nicht um, als die Polizei einen geheimen Jakobinerklub, dem auch, wie es hieß, „Maurer von Distinktion und, was am unverzeihlichsten ist, in k. k. Bedienstungen stehende Personen“ angehörten, entdeckte. Aber bald stellte sich die Unschuld der meisten Leute heraus und nur einige „bekamen das consilium abeundi“ — also

auch hier müssen die Belastungsmomente nicht allzu gravierend gewesen sein. Man kann sich ja leicht vorstellen, von welcher Gattung diese angeblichen Jakobiner waren: jugendliche Brauseköpfe, die gleich den auserlesensten Köpfen in Deutschland für die Ideen der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit schwärmten, politische Kannegießer, welche die Vorgänge im Westen besprachen, über den Krieg räsonierten usw.[98]

War nun die Jakobinerverschwörung, der man im Sommer 1794 auf die Spur kam, anderer Art? Noch sind wir nicht über alle Einzelheiten des Prozesses, der mit der größten Heimlichkeit geführt wurde, unterrichtet, aber soviel läßt sich heute schon mit Bestimmtheit sagen, daß die damals schon laut gewordene Behauptung, dieses ganze „Gaukelspiel" sei nur in Szene gesetzt worden, um ein Exempel zu statuieren, nicht so ganz aus der Luft gegriffen war. Auf keinen Fall stehen die brutalen Bluturteile und die harten Freiheitsstrafen bis zu sechzig oder gar hundert Jahren, auch nach dem damaligen Rechtsempfinden — sehen wir von den Justizgreueln im revolutionären Frankreich ab — in einem nur annähernden Verhältnisse zur Schuld. Man gewinnt wirklich den Eindruck, daß das ganze Verfahren darauf berechnet war, das in politischer Hinsicht vollkommen teilnahmslose friedliche Volk gegen die Franzosen und ihre angeblichen Verbündeten im Innern des Kaiserstaates, die Anhänger der Aufklärung und des Fortschrittes, aufzuhetzen. Merkwürdig als Stimmungssymptom wird man es wohl finden müssen, daß dreiviertel Jahre vor der Aufdeckung des Komplottes, anfangs November 1793, am Riesentor der Stephanskirche ein Anschlag zu sehen war, der zur Ermordung aller in der Stadt anwesenden Jakobiner aufforderte.

Bevor die Opfer der Polizeijustiz hinter Schloß und Riegel gesetzt wurden, gingen die wildesten Gerüchte in der Stadt herum: man wollte wissen, daß alles schon vorbereitet war, einen großen Brand in der Stadt zu erzeugen, die Donaubrücken mit Pulver in die Luft zu sprengen und in der dadurch hervorgerufenen allgemeinen Verwirrung die rote Fahne der Revolution aufzurollen, dem Kaiser das Schicksal

Ludwigs XVI. zu bereiten und anderes mehr. Nebenbei bemerkt, hatte man in Wien schon anderthalb Jahre vorher — im Dezember 1792 — davon geredet, wie an mehreren Punkten der Stadt Brennzeug gefunden wurde.[99] Die Sensation steigerte sich noch, als man dann die Namen der eingezogenen Verschwörer in Erfahrung brachte. Es waren größtenteils stadtbekannte Persönlichkeiten wie der Magistratsrat Josef Prandstätter, der Platzoberleutnant und Schriftsteller Franz von Hebenstreit, der Professor Andreas Freiherr von Riedel, ehemaliger Lehrer des Kaisers, der kaiserliche Rat Franz Gotthardy, der hochverdiente Direktor der tierärztlichen Hochschule in Wien, Johann Gottlieb Wolstein, der Kaufmann Joseph Hackel und auch ein Mitglied des Hochadels, der siebzehnjährige Graf Hohenwart, ein Verwandter des Wiener Erzbischofs. Und um die Aufregung noch zu steigern, wurden zu gleicher Zeit auch in anderen Provinzen Verhaftungen vorgenommen, vor allem im Lande der Stephanskrone. An der Spitze der ungarischen Jakobiner, deren Pläne mit Rücksicht auf die dort noch immer herrschende nationale Gärung schon etwas bedenklicher gewesen sein mögen, stand der uns bereits bekannte Abt Martinovics.[100]

Lange, sehr lange währte der Prozeß, über den ein dichter Schleier gebreitet worden war, bis endlich die Urteile verkündet und in einer pompösen Form, die nur zu sehr den Stempel der Stimmungsmache an sich trägt, zur Ausführung gebracht wurden. Die Delinquenten wurden vor der Hinrichtung drei Tage lang auf der Schandbühne am Hohen Markt dem Gespötte der Menge ausgesetzt und vor dem Pranger Hackels jubelte der Vorstadtpöbel derart, daß der Eipeldauer glaubte, die Häuser müßten einstürzen. Noch lange nachher, als schon niemand mehr an den historischen Anlaß dachte, hieß es im Volksmund: „O Spektakel, Herr Hackel! Das ist ein Wetter, Herr Prandstätter!" Derselbe Zeuge fand es auch empörend, daß der Leichnam des Hofkriegsratsbeamten Gillofski, der sich mit einigen anderen in der Haft entleibte und dann trotzdem an den Galgen gekommen war, von Männern und Weibern mit Kot und Steinen beworfen wurde. Dem Platzoberleutnant Hebenstreit, der

außer zum Tode durch den Strang zur Degradation und zum Verlust des Adels verurteilt worden war, wurde vor der Exekution, die unter großem Andrang der Bevölkerung vor dem Schottentor stattfand, vom Scharfrichter der Degen zerbrochen vor die Füße geworfen. An seiner Brust hing eine Tafel mit der Inschrift: „Franz Hebenstreit wegen Staats- und Landesverräterey."

Worin aber eigentlich dieser Landesverrat bestanden hatte, darüber wurde die Öffentlichkeit nur in sehr unvollständiger Weise aufgeklärt. Dem zu dreißig Jahren Gefängnis verurteilten Magistratsrat Prandstätter wurde zur Last gelegt, daß er „anstatt das Glück einer sanften Regierung zu erkennen", sich vielmehr zu „boshaften" Menschen gesellt habe, welche Pläne zum Umsturz der gegenwärtigen Staatsverfassung entwarfen. Das Hauptverbrechen, dessen die meisten Staatsverbrecher überwiesen wurden, bestand darin, daß sie in der Brühl ein Freiheitsbäumchen pflanzten und ein „ganz im höchsten Grade des Revolutions- und Freyheitsgeistes verfaßtes, zur Anzettelung staatsgefährlicher Aufwiegelung, besonders der mindesten Volksklasse eingerichtetes, sogenanntes Eipeldauerlied" sangen oder sich vorsingen ließen. Dieses in einem groben Volkston gehaltene Lied, das Geistesprodukt des Dichters Hebenstreit, war allerdings revolutionären Inhaltes. Es drückt die Genugtuung darüber aus, daß König Ludwig von Frankreich seine volksfeindliche Haltung mit dem Tode büßte, tadelt das „Kaiser-Kind", weil Franz mit dem Adel es halte und die Franzosen bekriege, die ihn „nichts angengen", um in der Schlußstrophe zur Vertilgung des Adels aufzurufen: „Drum schlagt's d'Hundsleut tot, nit langsam, wie die Franzosen; sonst machen's enk no tausend Noth, s'ist nimmer auf sie z'losen." [101]

Die Prozeßakten, die als spurlos verschollen galten, sind kürzlich gefunden worden. Kaiser Franz hatte sie sorgfältig in seinem Arbeitszimmer verwahrt gehalten — mit Recht. Denn sie bestätigen die unserem zeitgenössischen Gewährsmann von „glaubwürdigen" Männern berichtete Tatsache, daß bei dem Gerichtsverfahren mit höchst unlauteren Mitteln gearbeitet wurde, wie denn den Inquisiten die für sie belastenden Geständnisse förmlich erpreßt wurden. So

lesen wir in einem der amtlichen Verhörsprotokolle, wie einer der Delinquenten — Müllner — vor dem Untersuchungsrichter die Erklärung abgibt: „Hofrat Schilling habe ihm bei seinem Verhör vor der politischen Behörde gesagt, er möge nur recht viel angeben, wodurch er sich bei Seiner Majestät viele Verdienste holen und dann sicher hoffen könne, wohl vielleicht gar straflos auszugehen." „Er wollte mich", erklärte er, „bereden, daß ich zu Protokoll geben sollte, daß ich über Demokrazie sehr stark geschwärmt hätte, denn dadurch würde ich mir eben sehr viel helfen."

Wir erfahren daraus auch, daß selbst einem der Richter die über jenen Delinquenten verhängte Strafe von 35 Jahren schweren Gefängnis, dreitägigem Pranger und Vermögensverlust zu hart erschien. Denn wenn derselbe, meinte der wackere Beisitzer des Appellationsgerichtes, in der Brühl einen Eid abgelegt, die französische Konstitution vom Jahre 1793 verkauft und das Eipeldauerlied neben anderen verbotenen Werken verbreitete, so sei dies noch kein Landesverrat, höchstens „Proselytenmacherei", weshalb die Strafe auf 15 Jahre herabzusetzen, die Schandbühne und der Vermögensverlust aber zu erlassen sei.[102]

Im Staatsrate fand gelegentlich der Beratung über den Vortrag der Obersten Justizstelle der Minister Graf Zinzendorf den Mut, die verurteilten „Staatsverbrecher" als die unglücklichen Opfer der Geheimen Polizei hinzustellen. „Die Durchgehung dieser Akten", so äußerte er sich, „lehrt, daß die Hauptpersonen Leute sind, denen man unter der vorigen Regierung allzuviel Annäherung zum Thron gestattete, wodurch ihr Ehrgeiz angeflammt und bei nachheriger Veränderung der Umstände — so war Gotthardy, der unter Leopold II. vom Polizeidirektor in Pest zum Direktor des Wiener Nationaltheaters befördert worden war, von Franz pensioniert worden — durch Mißvergnügen zur pflicht- und ehrvergessenen Erbitterung gebracht worden. Sie lehrt aber auch, daß die geheime Polizey eine ebenso gefährliche Schule seyn muß, wie sie es ehedem in Frankreich war, bey welcher ein an sich schlechtes Herz nicht gebessert wird. Martinovics sagt ohne Zweifel absichtlich sonderbares Zeug aus."[103] Der Minister scheint also selbst von der hohen

Staatsgefährlichkeit dieses am schwersten kompromittierten und gefährlichsten Verschwörers nicht allzu viel gehalten zu haben.

Die mit so großem Aufsehen der Öffentlichkeit verkündeten Verbrechen des Landesverrates entpuppen sich uns bei näherer Betrachtung als nichts anderes denn als mehr oder weniger platonische Freiheitswünsche einiger unklarer, exzentrisch veranlagter Wichtigmacher, Phrasenhelden und Raunzern, die zu ihren unvorsichtigen Äußerungen vielfach durch Polizeispione veranlaßt wurden. Sie waren insoferne recht ungefährlich, als sie weder über Geldmittel noch über ein besonderes Ansehen verfügten. Baron Riedel, der die Bauern zur Verweigerung ihrer Untertansleistungen aufreizen wollte, glaubte wohl selbst nicht an einen Erfolg — dafür wurde er zu 60 Jahren schweren Kerkers verurteilt! Wenn man auch der österreichischen Regierung ohne weiteres darin recht geben wird, daß sie von ihrem Standpunkte aus, in einem kritischen Moment, da sie im Kampfe mit der französischen Republik stand, eine freiheitliche, franzosenfreundliche Propaganda nicht dulden konnte, so war es doch überflüssig, gegen eine Handvoll — wie man selbst sich ausdrückte — Wirrköpfe, Schwärmer und Unzufriedene mit einer derart drakonischen Härte vorzugehen und zu diesem Zwecke eigens die — Todesstrafe wieder einzuführen. Mit Recht ist auf das Ungeheuerliche eines Verfahrens, welches Angeklagte auf Grund eines neuen, schon nach Verübung der Tat erlassenen Gesetzes — das neue Hochverratsgesetz wurde erst am 2. Jänner 1795 bekanntgemacht — verurteilte, hingewiesen worden.[104] Schon dem damaligen Rechtsempfinden lief übrigens diese nachträgliche Strafbestimmung schnurstracks zuwider, und im Staatsrat sprachen sich Hofrat Eger und Minister Zinzendorf mit aller Entschiedenheit dagegen aus.[105] Dem Einspruche dieser beiden aufgeklärten Staatsmänner war es wohl auch zu danken, daß der vom Kaiser bereits genehmigte Plan, unter völliger Ausschaltung der gerichtsordnungsmäßigen Instanzen einen außerordentlichen Gerichtshof mit der Aburteilung zu betrauen, scheiterte.[106] Merkwürdig genug war es, daß bei der vom Magistrat abgeführten Untersuchung ein Rich-

ter den Vorsitz führte, der unter Leopold II. wegen Nachlässigkeit seines Amtes enthoben worden war.

Auch in anderen Staaten fanden um jene Zeit Jakobiner-Prozesse statt, doch hören wir nirgends von so schweren Freiheitsstrafen oder gar Hinrichtungen. Aber es ist schon so, wie gesagt wurde: man „wollte etwas finden"; man wollte ein Exempel statuieren, um Furcht und Schrecken zu erregen,[107] und diese Absicht entsprach ganz der Wesensart des Kaisers. Wir wissen uns zu erinnern, wie Franz als Kronprinz seinen Vater ermahnte, gegen die Beamten ein „abschreckendes" Beispiel zu statuieren. Drei Jahre nach dem Abschlusse des Jakobiner-Prozesses spricht er in einem vertraulichen Schreiben seinen Wunsch aus, die „schlechten Leute", die sich noch in der Monarchie fänden, „zu entdecken und exemplarisch zu straffen." [108] Nicht mit Unrecht ist Kaiser Franz ein „Geistesverwandter" Philipps II., der auch solche Exempel liebte, genannt worden.[109] Das Ziel, das dem Kaiser und seinen Ratgebern vorschwebte, durch das Blutgericht von Pest und Wien Furcht und Schrecken hervorzurufen, wurde erreicht.

Es war zu jener Zeit des Blutgerichtes, da überall im ganzen Bereiche der habsburgischen Länder unheimliche Gerüchte von dem verborgenen Walten der geheimen Polizei herumschwirrten; da man angsterfüllt und entsetzt von „nächtlichen Hinrichtungen" geheimnisvoller Staatsgefangener, die unter einem unbekannten Namen angelangt wären, sprach und die aufgeregte Phantasie bei jedem Geräusch die kaiserlichen Kürassiere, die angeblich den Henker auf seinen grausigen Wanderungen geleiteten, heransprengen sah.[110] Die Flucht vor der Politik begann; absolute Teilnahmslosigkeit gegenüber den Interessen des Staates, Abkehr von einer Beschäftigung, die nur Denunziationen und Unannehmlichkeiten zur Folge haben konnte, erschien dem gebildeten Teile des Volkes dringend geboten.

Graf Saurau, der zum Dank für die vermeintliche Rettung des Vaterlandes zum Geheimen Rat und Regierungspräsidenten von Niederösterreich befördert wurde, war klug bestrebt, aus der Jakobinerfurcht politisches Kapital zu schlagen. Kurze Zeit nach dem großen Verschwörerprozeß

entstand das hohe Lied des österreichischen Patriotismus, das von Joseph Haydn vertonte „Gott erhalte". Dieses Weihelied entsprang keineswegs, wie dies glauben gemacht und auch gern geglaubt wurde, den Tiefen der Volksseele, sondern war von der Regierung — bestellt worden. Es sollte, wie Saurau dem Musikgrafen Dietrichstein schrieb, den französischen Jakobinern die Aussichtslosigkeit ihrer Bemühungen zeigen, „unter den guten Wienern Anhänger und Teilnehmer ihrer verbrecherischen Unternehmungen zu finden."[111] In dem ursprünglichen Texte Haschkas hieß es: „Brich der Bosheit Macht; enthülle jeden Schelm- und Bubenstreich" — eine Anspielung auf die unmittelbar vorausgegangene Jakobinerverschwörung. „Boshaft" und „Bosheit" — das waren die Ausdrücke, mit denen man die Ziele der Aufklärungspartei am besten kennzeichnen und in Verruf bringen zu können glaubte. Die Grazer Zeitung vom 17. März 1797, welche das Ergebnis der gegen die steirischen Jakobiner geführten Untersuchung mitteilte, erzählte ihren Lesern entrüstet, daß es einige Menschen gegeben habe, die, „geblendet von Schwärmerei und geleitet durch einen verführerischen Neuerungsgeist und boshafte Absichten", die Staatsverfassung untergraben wollten und zu dem Ende „geheime, auf eine gewaltsame Umgestaltung der Verfassung abzweckende, durch einen Eid bestärkende Verbrüderungen" eingegangen seien.[112]

Geheime Verbrüderungen — dies Wort sollte für Jahrzehnte eine geradezu unheimliche Zauberkraft ausüben! Friedrich Gentz machte sich in späteren Jahren über den „Wahn" des Staatskanzlers Metternich lustig, der alle Revolutionen für das Werk geheimer Gesellschaften hielt.[113] Diese „Urlüge", wie Gentz es nannte, war schon lange vor Metternich da: sie war die allerhöchste Überzeugung des Monarchen und ging aus seinem innersten Wesen hervor. Von dem Tage seiner Thronbesteigung bis zu seinem letzten Atemzuge hat bei Franz die Furcht vor den geheimen Gesellschaften, unter denen in erster Linie die Freimaurer gemeint waren, eine ganz merkwürdige Rolle gespielt. Gleich nach dem Ableben seines Vaters hat er — es war das sozusagen seine erste Regierungshandlung — alle Tische und

Kästen durchwühlt und allerlei verfängliche Schriften, darunter solche, die sich auf das Freimaurerwesen bezogen, in großen Brieftaschen verschlossen, zu sich genommen.[114]

Die Jakobinerverschwörung, an deren Spitze Freimaurer standen, mußte deren Gefährlichkeit in ein helleres Licht rücken. So war es kein Zufall, daß die im Jahre 1795 im Auftrag der Regierung veröffentlichte „Geheime Geschichte des Verschwörungssystems der Jakobiner in den österreichischen Staaten" sogar Mozarts Zauberflöte in Acht und Bann tat, weil sie in ihr eine allegorische Verherrlichung der französischen Revolution, wobei Pamina die Freiheit, Papageno die Aristokratie, die Schlange das finanzielle Defizit und Sarastros Priester die Nationalversammlung bedeuteten, erkennen wollte. Das nächste Jahr brachte einen der wuchtigsten Angriffe auf die Grundsätze und Bestrebungen der Freimaurerei, denen vor kurzem noch die Fürsten des Geistes, die Spitzen des Staates und der Gesellschaft mit Eifer gehuldigt hatten — auch jener Graf Saurau, der jetzt als ihr gefährlichster Feind auftrat.

Die 1796 anonym erschienene Druckschrift „Die zwo Schwestern Pxxx (Paris) und Wxxx (Wien) oder neu entdecktes Freimaurer- und Revolutionssystem — ganz Deutschland, besonders aber Österreich aus Originalfreimaurerschriften vorgelegt", als deren Verfasser der uns schon bekannte Denunziant, Professor Hoffmann, ehemals selbst Maurer, gilt, verfolgte offensichtlich den Zweck, den Kaiser zu einem entschiedeneren Vorgehen gegen die Logenbrüder zu bestimmen. Da wird gleich eingangs mit dem Brustton der Überzeugung versichert, die Freimaurerei sei „der Grund aller Revolution", wird von dem bösen Zeitpunkt gesprochen, in welchem „man so vieles von teils wirklich verübten, teils versuchten Königsmorden höret." Die Freimaurer, so heißt es weiter, verbinden sich in der ganzen Welt untereinander und sind daher allen Staaten „furchtbarlich". Ihr Tempelbau besteht in lauter „vorgeblichen" Mysterien, läuft aber im Grunde auf nichts anderes hinaus, als auf den Untergang aller Religion — außer der natürlichen — und aller Großen, die sie als Despoten verketzern. Hätten sie nichts zu verbergen, so brauchten sie nicht ihren

geheimnisvollen, mystischen Formenkram. Ihre Wohltätigkeit, mit der sie sich vor der Welt brüsten, ist nur ein Schwindel, nur der Deckmantel, hinter dem sie ihre staatsgefährlichen Ziele verfolgen. Die maurischen Grundsätze, wie sie in dem für die Brüder der Wiener Loge „Zur wahren Eintracht“ bestimmten und im Jahre 1784 als Manuskript gedruckten „Journal für Freimaurer“ ganz authentisch niedergelegt sind, liefern den untrüglichen Beweis, daß Wien die „echte Schwester“ von Paris sei, daher auch hier der Umsturz der Staatsverfassung und der Königsmord zur Tat werden könnten. Schon scheint der Anfang dazu gemacht worden zu sein: der plötzliche Tod Kaiser Leopolds II., der — wie nicht undeutlich zu verstehen gegeben wird — „meuchelmörderisch“ aus dem Wege geräumt wurde.

In zahlreichen anderen Schriften ward der gleiche Grundgedanke von dem revolutionären Charakter der Freimaurerei breitgetreten. In dem im selben Jahre ebenfalls ohne Namen des Autors veröffentlichten Buche „Le tombeau de Jaques Molay“ erzählte Gassicourt in nicht weniger aufreizender Art, wie die Templer am Grabe ihres hingerichteten Großmeisters einen feierlichen Eid leisteten, alle Könige auszurotten, die Macht der Kirche zu untergraben, die Freiheit der Völker zu verkünden und eine „Weltrepublik“ zu errichten. Und diese gegen das Logenwesen Stimmung machenden Druckwerke scheinen tatsächlich das Interesse des Monarchen erweckt zu haben, denn sie finden sich in staunenswerter Reichhaltigkeit in der von ihm angelegten Büchersammlung, der heute rühmlichst bekannten Fideikommißbibliothek.

Noch waren indes die Logen, die aus Furcht vor der Reaktion ihre Tätigkeit freiwillig eingestellt hatten, formell nicht aufgehoben. Aber anfangs Mai des nächsten Jahres 1797, wenige Tage nach dem Frieden von Campo Formio, wurde dem Kaiser der Antrag auf ein ausdrückliches Verbot aller geheimen Gesellschaften und besondere Warnung für alle Beamten, derlei Vereinen beizutreten, unterbreitet. Diese Anregung fand jetzt seine Zustimmung, doch mit dem Beisatz, daß „in dieser Sache nicht zu strenge, sondern mit geziemender Mäßigung vorzugehen sei, weil sonst mehr

Übles als Gutes in der Sache erfolgen könnte". Obschon die geheimen Gesellschaften, heißt es da, durch keine höchste Entschließung aufgehoben wurden,[115] so sind selbe doch, so viel man weiß, keineswegs zu ihrer Fortsetzung autorisiert worden und „ihre allenfällige Existenz hat sich lediglich connivendo erhalten". Um also diesen Gegenstand mit gehöriger Mäßigung zu behandeln, sei gegenwärtig nichts anderes zu tun, als sämtliche Länderchefs von seiten der Polizeihofstelle dahin anzuweisen, daß sie auf die Glieder dieser geheimen Gesellschaften stets aufmerksam zu sein und im Falle, als sie Zusammenkünfte unter denselben bemerkten oder vielleicht dazu die Erlaubnis angesucht werden möchte, ungesäumt die Anzeige an die Polizei zu erstatten hätten.

In der Tat erhielten die Länderchefs den strikten Befehl, alle Zusammenkünfte von geheimen Verbindungen der Polizeihofstelle zu melden und alle neuen geheimen Vereine, unter welchem Namen oder Vorwand sie immer erscheinen möchten, „auf der Stelle, jedoch mit gehöriger Bescheidenheit und Mäßigung" zu trennen, weil, wie sie belehrt wurden, alle geheimen Zusammenkünfte gegen die ersten Grundsätze einer wohl eingerichteten Staatspolizei streiten und solche immer, wenn auch ihr Zweck ursprünglich gut und edel war, a u s a r t e n und staatsgefährlich werden können." [116] Die geheimen Gesellschaften waren also nicht eigentlich verboten und auch nicht erlaubt, ein ganz merkwürdiger Zustand, der aber für Franzens Regierung bezeichnend ist. Die sogenannte „Mäßigung", die der Kaiser empfahl, bezog sich indes nur auf die Art — sie sollte ohne „Aufsehen" geschehen — nicht aber auf die Aufhebung selber.

Vier Jahre später — es war bald nach dem Frieden von Lunéville — ging der Kaiser um einen Schritt weiter: allen öffentlichen Beamten wurde die Teilnahme an einer geheimen Gesellschaft strengstens untersagt. Bei jetzt hergestelltem Frieden von außen, so heißt es in dem kaiserlichen Erlaß vom 23. April 1801, sei sein sehnlichster Wunsch, seinen getreuen Untertanen auch die innere Ruhe und Sicherheit, so viel in seinen Kräften stehe, zu verschaffen und alles zu entfernen, was dieselben auch nur beunruhigen

könnte. Da nun die Erfahrung gelehrt habe, daß geheime Gesellschaften und Verbrüderungen eine der Hauptquellen waren, wodurch die verderblichsten Grundsätze verbreitet, die wahre Religion untergraben, die Moralität, wo nicht ganz verdorben, doch sehr verändert werde, und folglich auch die Ruhe und häusliche Glückseligkeit gestört worden sei, so habe es bei dem schon vorlängst gegebenen Befehle, keine der geheimen Gesellschaften in seinen Staaten zu dulden, sein Bewenden. Um aber das gegenseitige Vertrauen zwischen dem Landesfürsten und seinen Untertanen, deren beiderseitiges Wohl und Beste so enge untereinander verbunden seien, sowie die innerliche Ruhe durch seine Beamten nicht gestört zu sehen, sei es erforderlich, sie von allen derlei geheimen Verbindungen frei zu wissen, welche einen „sonst redlich denkenden Diener in strenger Ausübung seiner Amtspflichten entweder hindern oder wenigstens in Verlegenheit setzen". Daher sei von allen Beamten ohne Unterschied des Ranges „ein eidlicher Revers abzufordern, daß sie dermal mit keiner geheimen Gesellschaft oder Verbrüderung weder in dem In- noch Auslande verflochten sind oder, wenn sie es wären, alsogleich sich davon los machen, oder noch sich fürs künftige in dergleichen geheime Verbindungen unter was immer für einem Vorwande mehr einlassen werden". Bei Annahme neuer Beamter sei diese Klausel in den abzulegenden Eid einzurücken. Die Abforderung dieser eidlichen Reverse sei jährlich zu wiederholen, so wie auch jedem Beamten, der Anstand nähme, sich dieser Anordnung zu fügen, gestattet sein solle, um seine Dienstentlassung anzusuchen.[117] Dies hieß aus der Sprache der väterlichen Milde ins Gemeinverständliche übersetzt: wenn dieser Beamte nicht selber darum ansucht, so wird er entfernt.

Ehe das Jahr zur Neige ging, langte ein zweiter Erlaß herunter, der bestimmte, daß es von der alljährlichen Einforderung der Reverse abzukommen habe. Die eidliche Versicherung sollte nur einmal, und zwar vor Ablegung des Diensteides, abgegeben und diesem eine entsprechende Klausel eingerückt werden.[118] So war jene Bestimmung in die Welt gesetzt worden, die ein überaus zähes Leben be-

kunden sollte, denn sie ist noch deutlich in jenem Punkt des bis in unsere Gegenwart reichenden, von den öffentlichen Beamten abgeforderten Diensteides, der von den politischen Vereinen handelt, zu erkennen — ein urkundliches Zeugnis des Mißtrauens Franzens gegen seine Organe und der Furcht vor den geheimen Klubs. Es scheint übrigens, daß auch die Erzherzoge zur Abgabe dieses Reverses verhalten wurden: wenigstens ist uns ein solcher von seinem Bruder Joseph, dem Palatin, erhalten.[119] Unwillkürlich denken wir da an die Worte, die seinerzeit Franzens Erzieher auf die Frage, wie der — damals sechzehnjährige — Erzherzog mit seinen Brüdern sei, Kaiser Joseph II. zur Antwort gab: „Er neckt sie."

Wichtiger indes als alle noch so drakonischen papierenen Erlässe war es, daß die Regierung, und insbesondere die gefürchtete Polizeihofstelle, ungeachtet des Wechsels der Personen und der Zeiten, mit Argusaugen das gesellige Leben und Treiben beobachtete. Sie hatte es auch nach dieser Richtung hin zu einer unübertroffenen Virtuosität gebracht und der in anderen Zweigen der Staatsverwaltung so häufig wahrzunehmende Zug der Schlappheit und Schwerfälligkeit trifft hier nicht zu. Bemerkenswert ist dabei, daß die Furcht vor den heimlichen Jakobinern und Freimaurern den Monarchen und seine Organe auch dann noch beherrschte, als die Gefahr eines Zusammenarbeitens mit dem äußeren Feinde, die ja in den allerersten Jahren nach Ausbruch der französischen Revolution bestanden haben mag, vorübergezogen war. Die Franzosen selbst hatten durch die Ausschreitungen der Demokratie dafür gesorgt, daß die Ideen der großen Revolution, welche anfänglich bei den Gebildeten ein so gewaltiges Echo gefunden, in Mißkredit gekommen waren. Sobald sich die Befreier in Eroberer, welche die völkerbeglückenden Ideen auf den Spitzen ihrer Bajonette ins Land brachten, verwandelt hatten ,kühlte sich begreiflicherweise die Begeisterung für sie merklich ab.

Der Kaiser wußte das sehr wohl. In einem vertraulichen Schreiben an den vorhin erwähnten Erzherzog-Palatin aus dem Jahre 1798 gibt er selber zu, daß „in denen deutschen Ländern Gott sey dank alles ruhig und der Geist besser als

jemals durch die Handlungen der Franzosen, die sich, man kann sagen, entlarvt haben, geworden.[120] Aber nichtsdestoweniger hielt die Jakobinerfurcht, die Sorge vor den geheimen Verbrüderungen, unvermindert an und sie erstreckte sich nicht bloß auf die Länder der ungarischen Krone und die späteren italienischen Provinzen, in welchen den Freimaurerverbänden allerdings ein nicht ganz unbedenklicher Charakter zukam, sondern auch auf die deutschen Erblande, denen der Monarch jenes politische Wohlverhaltungszeugnis ausgestellt hatte. Namentlich eines derselben war es, welches unausgesetzt die Aufmerksamkeit auf sich lenkte und so recht als das Sorgenkind der Regierung bezeichnet werden kann: das Königreich Böhmen. Die unmittelbare Nachbarschaft von Dresden, einem Hauptsitz der Freimaurer, und von Leipzig, der großen Metropole des deutschen Buchhandels, ließ das Land der Wenzelskrone vom Standpunkt des Einströmens der aufgeklärten Ideen oder, wie man zu sagen pflegte, der „Ansteckung", als ganz besonders gefährdet erscheinen.

Wir greifen hier eine Episode heraus, die uns in mehrfacher Hinsicht von besonderem Interesse zu sein scheint — einmal wegen der dabei handelnd auftretenden Personen und dann wegen der eigentümlichen Methoden der österreichischen Geheimpolizei. Es war in den ersten Monaten des Jahres 1808, als die österreichische Regierung, die wiederum zu einem entscheidenden Schlage gegen das revolutionäre Kaisertum Napoleons ausholte, eine erhöhte Logentätigkeit wahrzunehmen glaubte. Allein der freiheitliche Wind, der die Ära des Grafen Stadion durchwehte, hinderte den Monarchen nicht, dem Oberstburggrafen von Böhmen den geheimen Auftrag zu geben, in aller Stille und — wie der Lieblingsausdruck lautete — „ohne alles Aufsehen" das Treiben der Maurerbrüder zu verfolgen.[121] Graf Wallis, der damals — bis zu seiner Berufung als Finanzminister — an der Spitze des böhmischen Guberniums stand, gab den Befehl an den Prager Stadthauptmann, dem auch die Leitung des Polizeiwesens oblag, weiter, um die erforderlichen Erhebungen zu pflegen. Da begegnet uns zum ersten Male der Name jenes Mannes, der später als Vertrauensmann und

Minister des Kaisers eine hervorragende Rolle zu spielen berufen war — Hofrat Graf Kolowrat.

Der noch jugendliche Stadthauptmann widmete sich dem ihm übertragenen Geschäfte mit einem wahren Feuereifer. Wohlvertraut mit den gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen seiner Heimat, gab er alle, die der Freimaurerei ehedem angehört hatten, darunter seinen eigenen Vater, der allerdings bereits, wie er hinzusetzte, „gedeckt", das heißt seine Verbindung mit der Loge aufgegeben hatte, seiner vorgesetzten Behörde an, vergaß auch nicht dienstbeflissen in den bündigsten Worten zu versichern, daß er persönlich niemals Maurer oder Mitglied einer anderen Geheimgesellschaft gewesen sei und es auch nie sein werde, da er, wie er mit sichtlichem Nachdruck hinzufügte, keine anderen Bande jemals anerkennen wollte, als jene, welche ihn an seinen Monarchen, den Staat und seine Familie bänden. Allein, um sich in der bewußten Angelegenheit besonders genaue und verläßliche Aufschlüsse verschaffen zu können, müsse er sich den Anschein geben, als sei er den Maurern gut gesinnt.

Als wohlgesinnter Freund der Freimaurer gelang es dem Grafen in der Tat, die Wiener Hofstelle mit den von ihr gewünschten Informationen, die geeignet erschienen, „folgereiche Entdeckungen" zu machen, reichlicher als dies sonst bei ihrer Vorsicht möglich gewesen wäre, zu versehen. Schon taucht in einer an den Grafen Wallis gerichteten Note des Polizeiministers Haager jenes Wort auf, das bei der späteren amtlichen Tätigkeit des Fürsten Metternich eine so überragende Bedeutung erlangen sollte: die „Ramifikazion", die Verzweigung und gegenseitige Verbindung der Geheimbünde mit dem Auslande, in deren Feststellung die Staatskanzlei und die Polizeihofstelle das Allheilmittel zur Bekämpfung der Revolution betrachteten. Dem Freiherrn von Haager war nämlich zu Ohren gekommen, wie die Freimaurerei in Italien und in Deutschland unter Frankreichs Einfluß in Schwung gekommen sei und wie die dort von ihr unterhaltenen Logen, die mit der Hauptloge zu Paris in Verbindung stünden, Emissäre nach Österreich und selbst nach Wien gesendet hätten. „Seine Majestät", setzt er fort,

„legen ein sehr großes Interesse darauf, die Ramifikazion dieser Logen, besonders in ihrer Ausdehnung in Ihr Kaisertum genau kennen zu lernen.“ [122]

Kolowrat gewann für seine Erkundungszwecke einen seiner Beamten, den Polizeikommissär Preißler, dessen „Verläßlichkeit“ ihm vollkommen verbürgt schien und der überdies durch seine Vermögensverhältnisse „eng an ihn gekettet“ war. Dieser Polizeibeamte hatte die Rolle des Verräters und Betrügers zu spielen. Preißler sollte sich nämlich in eine Loge aufnehmen lassen, was auch tatsächlich glückte, so daß Kolowrat auf diesem Wege manche wertvolle Nachricht zukam. Ganz scheint man indes dem als so „verläßlich“ geschilderten Beamten auch nicht getraut zu haben; denn er mußte einen förmlichen Eid ablegen, daß er wirklich alles, was er in der Loge in Erfahrung brachte, dem Grafen pünktlich melde und andrerseits dort von seinen Dienstgeheimnissen nichts verrate.[123] So wenig rühmlich indes die Preißler zugedachte Mission als Spion war, so scheint sie doch einen starken Anreiz auf ehrgeizige oder geldbedürftige Beamte ausgeübt zu haben; denn ein anderes Polizeiorgan, der Oberkommissär Johann Konrad, bot dem Grafen Wallis seine guten Dienste an. Doch wurde Konrad auf Antrag Kolowrats belehrt: Es gehe nicht an, daß ein Staatsbeamter, welcher eidlich zugesagt habe, in keine geheime Gesellschaft zu treten, ausdrücklich diesem Gelöbnisse zuwiderhandle. So wurde denn sein Anbot als „sonderbar, ebensowenig durchdacht als mit seinen Dienstverpflichtungen vereinbar“ höchst ungnädig zurückgewiesen, während sein glücklicherer Rivale, unbeschadet seines Eides, keiner geheimen Gesellschaft anzugehören, als Logenbruder den Grafen Kolowrat mit seinen Enthüllungen versorgte.[124]

Der diensteifrige Stadthauptmann war bald in der Lage, auf Grund seiner eingehendsten Erhebungen dem Oberstburggrafen eine ausführliche Darstellung der „Ramifikazion“ der Freimaurerei in Europa zu geben. Aus derselben ging so viel hervor, daß die französischen Maurer eine andere Tendenz als die deutschen verfolgten und die Beziehungen zu einander im ganzen bisher recht lose seien. Hinsichtlich des österreichischen Maurertums konnte Kolowrat die „be-

ruhigende" Mitteilung machen, daß dasselbe „ganz unschädlich" sei — „Zeichen, Zeremonien, Formen und endlich wohltätige Anstalten sind die vorzüglichsten und, mich deucht, einzigen Beschäftigungen der ehemaligen Maurer." Zum Beweise dafür legte er aufgefangene Briefe — sogenannte „Interzepte" — von Dresdener Logenbrüdern in hervorragender Stellung vor, aus denen das lebhafteste Bedauern spricht, daß die Freimaurerei in Österreich so gut wie begraben sei. Nur in Ungarn bestehe noch eine solche, mit der aber die deutschen Logen wenig im Einvernehmen stünden und die ausgesprochen ungarisch-nationale Zwecke verfolge, wie den Schutz der Landesprivilegien gegen etwaige Eingriffe des Königs. „Die Maurerei in Wien", so heißt es da nicht sehr schmeichelhaft, „war nie von großer Bedeutung und nie im Auslande sehr geachtet, denn der Österreicher und vorzüglich der Wiener taugt nicht für ernste Geschäfte." Aber in den Sudetenländern, vornehmlich in Prag, habe sie es zu einem hohen Grad von Blüte gebracht, die nun dahin sei — „denn erstens handelt der echte Maurer nie gegen die Staatsgesetze und dringt sich nicht auf, sondern will gesucht sein; zweitens ist die österreichische Polizei furchtbar und es würde unmöglich sein, die Maurerei durch längere Zeit unbemerkt zu betreiben".[125]

Diese Anerkennung der „Furchtbarkeit" mag dem Polizeiminister wie dem Monarchen angenehm in den Ohren geklungen haben. So weit es auf den Grafen Wallis, einen äußerst energischen Beamten — die richtige Polizeinatur — ankam, wurde nichts verabsäumt, was jenem „guten" Ruf der österreichischen Polizei hätte abträglich sein können. Es wurden in die böhmischen Badeorte, wo sich zahlreiche Fremde aufhielten, verläßliche Polizeiorgane geschickt, an die Postämter zweckentsprechende Weisungen ausgegeben, um alle verdächtigen Briefschaften einer genaueren Kontrolle zu unterziehen, und der Buchhandel unter verschärfte Aufsicht gestellt.

Waren dies so die üblichen Polizeimaßregeln, die nicht weiter auffallen können, so verdient eine andere vom Oberstburggrafen dem Monarchen vorgeschlagene Verfügung doch unsere spezielle Aufmerksamkeit, weil sie für den ganzen

Geist der franzisceischen Regierung überaus bezeichnend ist. Graf Wallis, der offenbar dem Grafen Kolowrat auch nicht ganz traute, stellte nämlich den Antrag, dem Stadthauptmann behufs Überwachung des Freimaurertums noch ein Individuum beizugeben, angeblich weil für Prag eine einzige Person nicht ausreiche und man ihm doch nicht gut die Beobachtung seines Vaters auftragen konnte! Wallis wußte auch für diese Hilfskraft eine sehr geeignete Persönlichkeit namhaft zu machen: den Präsidialsekretär Kübeck, der ebenso geschickt und rechtschaffen sei und Gelegenheit gehabt habe, sich mit dem „Geiste des geheimen und höheren Polizeidienstes vertraut zu machen".[126] So tritt uns in dem leidigen Zusammenhang mit der Freimaurerverfolgung auch noch der Name dieses später so einflußreichen Staatsmannes entgegen.

Kolowrat, der nach dem baldigen Abgang des zu Höherem ausersehenen Grafen Wallis dessen Nachfolger im Amte wurde, fuhr auch als Oberstburggraf fort, auf die geheimen Gesellschaften, und zwar über den engeren Bereich Böhmens hinaus, ein scharfes Auge zu richten, und sein „kluges Benehmen", das er bei der Aufspürung der verborgenen Beziehungen an den Tag legte, fand wiederholt des Kaisers besondere Anerkennung.[127] Inwieweit diese Art der Verdienste Kolowrats bei seiner späteren Berufung zum eigentlichen Minister des Innern mitwirkte, wird schwer aktenmäßig zu erweisen sein — geschadet aber haben sie ihm gewiß nicht, denn der Kaiser legte unwandelbar auf sie höchsten, allerhöchsten Wert. Schon äußerlich zeigt sich dieses Interesse in der reichhaltigen Sammlung von Freimaurerabzeichen wie Schurzfelle, Halsband-Medaillen, von Reden und Gedichten der Logenbrüder, die sich noch im Kabinettsarchiv vorfindet. Kolowrat hat zu ihr vieles beigesteuert, aber auch noch andere Personen, die sich bei Franz beliebt zu machen trachteten.

Neben den offiziellen bewährten Inquisitoren besaß nämlich der Kaiser noch eine ganze Reihe von geheimen Konfidenten und Zuträgern, deren Berichte wie ein kostbares Heiligtum aufbewahrt wurden. Unter ihnen nimmt ein gewisser Anton Feldhofer einen — wenn man so sagen darf —

Ehrenplatz ein. Feldhofer war ein pensionierter Gubernialsekretär, der ebensoviel freie Zeit wie wenig Geld besessen zu haben scheint. Er überschwemmte geradezu die Kabinettskanzlei mit seinen Anzeigen und Enthüllungen von angeblich hochgefährlichen Anschlägen der Freimaurer, um dann seinen Lohn in klingender Münze einzufordern. Von der Thronbesteigung des Kaisers angefangen, ja schon von noch früherer Zeit her weiß er durch volle zwanzig Jahre ein Schaudermärchen nach dem andern aufzutischen, die alle auf den gleichen Grundton gestimmt sind: die heimlichen Jakobiner haben es darauf abgesehen, den Monarchen nicht nur zu „dethronisieren", sondern ihm auch bei lebendigem Leibe die Haut herunterzuziehen.

Über die Beweise für seine schweren Anschuldigungen war Feldhofer niemals verlegen. Gestützt auf die bekannte Tatsache, daß die Logenbrüder ihre geheimen Zeichen und Symbole besaßen, und nicht ohne einige Vertrautheit mit der freimaurerischen Literatur, wußte er jede noch so harmlose Theaterankündigung als einen unwiderleglichen Beweis für verbrecherische Absichten zu deuten. Wenn im Josefstädter Theater: „Der Fabrikant oder das war ein fürstlicher Zeitvertreib" oder im Burgtheater „Die Radikalkur" aufgeführt wurde, flugs war schon Feldhofer da, um dem Monarchen mit unheilvoller Miene haarscharf zu erklären, daß nun der Tag, da er von den Verschwörern ergriffen und „geschunden" werden sollte, gekommen sei. Feldhofer ließ es sich auch nicht entgehen, auf die bösen Gerüchte, die nach dem plötzlichen Tode Kaiser Leopolds II. verbreitet waren, anzuspielen; aus „bester" Quelle hatte er erfahren, daß derselbe von den Maurern „ermordet" wurde, sowie auch noch eine ganze Reihe anderer Unglücksfälle in der kaiserlichen Familie auf die geheime Feme zurückzuführen war. Wies die kaiserliche Kabinettskanzlei seine Bewerbung um eine Audienz ab, so rächte er sich damit, daß er die nächste Umgebung des Monarchen wie den erzfrommen Kabinettsminister Colloredo und den Oberstkämmerer Grafen Wrbna der Freimaurerei verdächtigte.

Nachdem Feldhofer den Kaiser schon ein ganzes Jahrzehnt hindurch mit seinen dickleibigen Anzeigen und Unter-

stützungsgesuchen bedacht hatte, erhielt der niederösterreichische Oberstlandrichter von Haan vom Kaiser den Auftrag, über die Stichhältigkeit seiner Denunziationen sich gutächtlich zu äußern. Der Gerichtssachverständige kam nach einer gründlichen Untersuchung der Angaben Feldhofers zu dem „klaren“ Ergebnisse, daß von keiner Seite irgendein Anlaß vorhanden sei, diesen „Hirngespinsten“ und „abgeschmackten Phantasien“ eine Aufmerksamkeit zu schenken. „Sei es“, bemerkte er schroff, „ein Schwindel, in welchem dieser Mensch nichts als Freimaurerei sieht und riecht, oder gewinnützige Absicht, in welcher er durch schröckende Täuschung für sich einen Vorteil zu gewinnen und den Schein der Gesetze, die ihn zum Angeben aufforderten, vorzuwenden sucht, so erheischt doch immer die W ü r d e des T h r o n e s, so beschaffene Behelligungen hindanzuhalten.“ Seine Majestät, so schloß er, täte am besten, Feldhofers Schriften der Polizeibehörde mit dem Auftrage zu übergeben, den Verfasser von „fernerer Anmaßung so unbesonnener Angebungen, als darin vorkommen“, nachdrücklich abzumahnen.[127]

Der deutliche Appell des Justizbeamten an die Würde des Thrones hinderte indes den Kaiser nicht, Feldhofers Angebereien durch weitere zehn Jahre entgegenzunehmen. Feldhofer erhielt auch wiederholt persönlichen Zutritt zum Monarchen und die ganzen langen Jahre hindurch ziemlich regelmäßig nicht unbeträchtliche Unterstützungen, was in Anbetracht der bekannten — um nicht zu sagen berüchtigten — Sparsamkeit Kaiser Franzens nicht unwesentlich erscheint. Alle diese bösen Einflüsterungen fanden bei Franz williges Gehör, ebenso wie jeder auch noch so sonderbare Ratschlag über die Mittel, der großen von den Freimaurern kommenden Gefahr vorzubeugen. Unter diesen befand sich auch die Errichtung eines den Freimaurern nachgebildeten Gegenbundes. Schon im Jahre 1794 hatte ein Anonymus die Idee eines „Klubs von gutgesinnten Menschen“, die den Umtrieben der geheimen Gesellschaften entgegenarbeiten sollten, angeregt, die aber von der Polizeihofstelle verworfen wurde.[129] Achtzehn Jahre später legte der Kanzlist und Tax-Rechnungsführer in Laibach Lorenz Schlechter einen 678 Folioseiten starken Entwurf zur Gründung eines „aus lauter

rechtschaffenen, frommen, witzigen und gerechten Menschen" bestehenden Geheimbundes, dem der Kaiser oder ein Prinz als „Oberhaupt oder Diktator" vorstehen und wobei auch „die Frauenzimmer als Halbfreunde eine Rolle spielen" sollten, zur Genehmigung vor. Der Zweck dieses Ordens sollte die „Aufrechterhaltung der österreichischen erblichen Monarchie und die Handhabung der Religion, dann der häuslichen Ruhe und Glückseligkeit", die Umwandlung des „bösen Geistes" in einen „guten" und die Abschwörung jeder republikanischen Staatsverfassung sein. Der gutgemeinte Plan Schlechters kam sogar in den Staatsrat zur geschäftsmäßigen Behandlung. Dort aber fand er keinen Gefallen und der Referent Staatsrat Schwizen wollte ihm nicht einmal die Ehre, ad acta gelegt zu werden, gönnen. „Diese Geburt eines ganz verwirrten Kopfes", äußerte er sich sichtbar gereizt, „verdient meines Erachtens keinen Platz in dem Archiv eines Staatsrats einer großen Monarchie und ist daher nur zur vollständigen Vertilgung geeignet." Allein der Kaiser entschied anders. Er strich in dem Resolutionsantrag: „Dieses Aktenstück ist vollständig zu vertilgen", die vier letzten Worte durch und schrieb darunter: „habe ich zurückbehalten",[130] und so wanderte dieses sonderbare Dokument in das Kabinettsarchiv, wo es bis zum heutigen Tage verwahrt blieb.

Unter solchen Umständen klingt die Mahnung der kaiserlichen Beamten, die Würde der Monarchie zu wahren, wie ein Verdammungsurteil der in der Wesensart des Kaisers Franz so tief verankerten Gespensterfurcht. Überhaupt ist es eine merkwürdige Erscheinung, daß die beißendsten, vernichtendsten Kritiken über Franz und sein Regierungssystem aus dem Munde seiner Ratgeber und der dem Throne zunächst stehenden Brüder kamen. Jedenfalls aber sind sie die für den Geschichtsforscher wertvollsten, weil sie ebensowohl der intimsten Kenntnis der Verhältnisse wie der besten Absicht, den Kaiserstaat vor Schaden zu bewahren, entsprangen. Die Regungen des Volksgeistes waren gewaltsam unterdrückt worden, aber jetzt melden sich die kritischen Stimmen aus den obersten Kreisen.

4. KRITISCHE STIMMEN UND REFORMVORSCHLÄGE AUS DEN KREISEN DER REGIERUNG UND DES HOFES.

Die österreichische Polizei arbeitete gut und prompt — doch es scheint, als ob sich in der Bekämpfung des inneren Feindes, der revolutionären Ideen, alle Aktivität und lebendige Kraft der Regierung erschöpft und verbraucht hätte. Denn wir vernehmen über die anderen Zweige der inneren Staatsverwaltung und besonders über deren oberste Leitung die schwersten Klagen. Alle die wuchtigen Anwürfe, welche ein halbes Jahrhundert später die vormärzliche Regierung über die Mängel und Schäden der Staatsmaschine zu hören bekam, werden auch jetzt laut, aber sie kommen nicht aus der Feder böswilliger, namenloser Skribenten, sondern von hochoffizieller, dem Wiener Hofe nächststehender Seite.

In der vordersten Reihe der Kritiker steht wieder Graf Colloredo. Nur war er nicht mehr der Erzieher, sondern der Kabinettsminister des Kaisers. Franz hatte ihn nach dem Tode seines Vaters mit einem überaus schmeichelhaften Schreiben zu dieser höchsten Würde berufen, um dem alten Erzieher öffentlich einen Beweis der kaiserlichen „Freundschaft" zu geben. Der Ajo gab wohl zu bedenken, daß selten ein alter Diener bei einem jungen Herrn und Monarchen gute Dienste leisten könnte, da ein solcher im allgemeinen dazu neige, zu viel Freiheit sich zu nehmen und zu offenherzig zu sprechen, was dann wieder dem Souverän mißfalle. Colloredo verschwieg ihm auch nicht das gewiß nicht unberechtigte Bedenken, daß ihm die zu seinem neuen Amte erforderlichen politischen Erfahrungen und Kenntnisse mangelten. Doch der Monarch, der stets — es war dies eine seiner Eigenheiten — auf die Treue und Ergebenheit, nicht auf die Befähigkeit zu einem Amte sah, „befahl" dem Grafen, „zu gehorchen". Es scheint aber dem ehrlichen Grafen bald in seiner hohen Stellung gebangt zu haben, denn der angeblich allmächtige Minister wurde von der öffentlichen Meinung für alle Sünden der inneren und äußeren Politik verantwortlich gemacht. So war es denn nur natürlich, daß er dem Monarchen, seinem einstigen Zögling, gegenüber wieder als Prediger und Mahner auftrat und ihm — mit an-

erkennenswertem Freimute — nichts Geringeres vorwarf, als daß er es mit den Pflichten eines Monarchen nicht ernst nehme; daß er alles selber machen wolle, aber dazu nicht die gehörige Zeit finde, weil er diese — mit unnützen Dingen vertändle. Doch hören wir nun den alten Mentor selber.

Der Kabinettsminister versichert zunächst, daß er beileibe nicht aus „übler Laune“ — die kenne er nicht — spreche, sondern aus wahrer Anhänglichkeit an die Person des Monarchen, dessen Wohl er ebenso wünsche wie das Glück seiner Länder und Untertanen. „Sie sind“, so fährt er fort, „Monarch, Herrscher so großer Staaten, so vieler Millionen Menschen und Unterthanen. Was Zeit, was Arbeit, was Mühe solle und muß es Ihnen nicht kosten, diese Monarchie, diese ungeheure Maschine nach Ordnung zu führen, zu erhalten, so viele Millionen Menschen glücklich zu machen, ihre Pflichten, Schuldigkeiten, Obliegenheiten nach Gewissen zu erfüllen, einstens Gott die schuldige Rechenschaft zu leisten. Dieser große Gott hat Ihnen Talente, Einsicht, Gesundheit verliehen. Er wird Ihnen beistehen, Sie führen und leithen. Er forderet aber, daß Sie eben das Ihrige nach Ihren Kräften beitragen, sich diese Ihre Pflichten unausgesetzt angelegen sein lassen.“

Colloredo bezweifelt nicht, daß der Kaiser von dem besten Willen geleitet sei. Aber das sei noch bei weitem nicht genug. „Sie müssen“, meint er, „thätig zu Werke gehen. Sie müssen diesen so großen vielfältigen Geschäften, Arbeiten viele und mehrere Zeit als bis anheer geben und schenken. Ihre Pflichten, Ihr Gewißen forderen solches. Faßen Sie Muth, Entschloßenheit zur Arbeit, so wird Ihnen solche bald wenig beschwerlich, ja bald zur angenehmen Gewohnheit werden, durch Ihr Beispiel wird jeder Angestellte seinen Fleiß verdoplen, die Geschäfte werden in Ordnung gehen, Sie werden die Früchte Ihrer Bemühung samlen und Sie werden sich bald Millionen Seegenswünsche zurufen hören.“ Aber „mit so wenig Zeitverwendung, mit so wenig Nachdenken“ könne diese große, ungeheure Maschine nicht ordentlich versehen werden.

Der Minister berührt nun den wundesten Punkt des kaiserlichen Regierungssystems: den Mangel einer eigentlichen

Regierung, einer zweckentsprechenden Arbeitseinteilung und eines festen Willens. Der Kaiser könne, meint er, nicht alles allein machen, sondern müsse sich mit erprobten, wohldenkenden, ohne Rücksicht auf den Stand erfahrenen Männern umgeben, mit diesen zusammen arbeiten, sprechen, sich beratschlagen, „die mehr wichtigen Gegenstände wohl überlegen, dann über solche den Entschluß, Resoluzion fassen und von solcher nicht leicht mehr weichen“. Er beschwört ihn, „unverweilt“ zu diesem Mittel zu greifen: „Ihr eigenes Bestes, das Beste und die Erhaltung Ihrer Staaten fordern solches.“

Colloredo ermahnt hierauf den Monarchen, auf die innere und äußere Lage seiner Staaten, auf die Bedürfnisse der Armee und die Beschaffenheit der Finanzen stets ein wachsames Auge zu haben. Nur dann, wenn er seine Regentenpflicht gewissenhaft erfüllt habe, fürsorgliches Interesse für die Volksbedürfnisse zeige, könne er auf den reichen Lohn seiner Mühe, die Liebe und Zufriedenheit seiner Untertanen, rechnen. „Wie wird Ihr Herz“, stellt er ihm vor, „gerühret seyn zu sehen und zu wissen, daß Sie Ihre Pflicht erfüllet; bald sollen Sie die Zufriedenheit, den Jubel, Frohlocken Ihrer getreuen Unterthanen hören. Lassen Sie sich die Erhaltung der allein seeligmachenden Religion, ächter Moral, Tugend, reine Denkungsart angelegen seyn, sehen Sie auf die Erziehung, Bildung der Jugend, auf Sitten, tragen Sie Sorge, daß dem Volke, dem gemeinen Mann die benöthigten Lebensmittel stets in leidentlichem Preis verschaffet werden, zeigen Sie sich besorget und thättig um das Beste und Wohl Ihrer Unterthanen, zeigen Sie sich Ihrem guten, getreuen Volk, zeigen Sie selber, daß Sie es lieben, halten Sie eine anständige Gleichheit unter allen Klassen der Menschen, sprechen Sie jedem Gerechtigkeit und Billigkeit zu. Sie müßen überzeugt seyn, daß Sie ein gutes Volk, daß Sie von solchem geliebet, daß Ihnen solches ganz ergeben.“ Aber das Volk müsse auch sehen, „daß Sie sich mehr um selbes Bestes annehmen, daß Sie solches lieben und sich nicht allein als ihren Herrn und Monarchen, sondern auch als einen g u t e n V a t e r weisen werden“. Dieses Volk sei, wie gesagt, gut, „und finden sich auch einige unter selbem weniger gut-

gesinnet, so werden diese durch die überlegene Macht der Gutdenkenden im Zaume gehalten, ja zur Ordnung gebracht werden".

Nachdem der einstige Erzieher den Kaiser noch einmal eindringlich ermahnt hatte, den Regierungsgeschäften „mehr Zeit zu schenken" und sich mit seinen Ministern zu beraten, kommt der delikateste Punkt in der langen Strafpredigt an die Reihe. Des Kaisers Gesundheit, erklärt er mit schonungsloser Offenherzigkeit, erfordert wohl ein Ausspannen von der Arbeit, erfordert Zerstreuungen und Unterhaltung — „diese Unterhaltungen, Zeitvertreib müssen aber auf Ihre Jahre, Stand, Geburth angemessen seyn; versichern Sie sich, daß bey solchen alle Augen auf Sie gerichtet, daß von solchen auf Ihre übrigen Handlungen Urtheil gesprochen werde." Franz möge sich also alle „nichterlaubten" Vergnügungen versagen.

Der Kabinettsminister schließt seine Ermahnungen mit der Ankündigung seiner bestimmtesten Absicht, vom Posten des Kabinettsministers zurückzutreten. Denn er werde in der gehässigsten Weise beschuldigt, daß er es sei, der mit Absicht den Kaiser von den Geschäften fern halte und „in einer unverantwortlichen, schadhaften Untätigkeit" zu erhalten suche, um alles allein machen und sich „mehr Ansehen" geben zu können. Ihm persönlich wären solche falsche, böswillige Ausstreuungen gleichgültig, aber der Kaiser sei verpflichtet, diese Klagen nicht gänzlich zu verwerfen, sondern sie zu untersuchen. Habe Kaiser Franz nicht mehr das Vertrauen zu ihm, fielen ihm seine wiederholten Vorstellungen lästig und unangenehm und könne er sich nicht dazu entschließen, „mit mehr Tätigkeit und Entschlossenheit" seiner Regentenpflicht nachzukommen, dann möge er seinen Diener entlassen.[131]

Was uns da der alte Kabinettsminister enthüllt, ist wirklich interessant. Wir erkennen darin die alten Klagen des Erziehers über Franzens Arbeitsscheu, Tändelsucht und Gleichgültigkeit wieder. Aber der Kaiser war nunmehr ein Mann von bald zweiunddreißig Jahren geworden und zwischen den damaligen und den jetzigen Ermahnungen lag das

blutige Königsdrama der französischen Revolution, lagen die vielen schweren Schicksalsschläge, die der Monarch in der harten Schule des Lebens erfahren und die ihm, wie man meinen möchte, ein größeres Maß von Ernst hätten beibringen müssen. Erinnern wir uns an die harten, scharfen Worte, die Kaiser Franz als Kronprinz über die Eiferlosigkeit und Nachlässigkeit der öffentlichen Beamten und die Mängel der inneren Staatsverwaltung fallen ließ, so hätte man gerade den von Colloredo erhobenen Vorwurf der Pflichtvergessenheit nicht erwartet; denn, wie der Minister sehr richtig bemerkte, der Monarch mußte seinen Dienern mit gutem Beispiel vorangehen. Der grobe Demokrat, der sich bald nach Franzens Thronbesteigung berufen fühlte, den neuen Herrscher zu größerem „Eifer" anzuspornen, ebenso wie der höflichere Konservative, den es zur selben Zeit drängte, dem Monarchen mehr Interesse für das Volk anzuraten: sie beide werden von dem Minister übertrumpft, der dem Souverän noch überdies seine, den ernsten Zeitverhältnissen wenig angemessenen Tändeleien vorhält. Fast möchte man auf den Gedanken geraten, daß dem einstigen Erzieher das Nörgeln schon zur zweiten Natur geworden war; allein wir besitzen glücklicherweise — fast möchte man sagen leider — noch eine andere gute, authentische Quelle, die uns die herbe Kritik des Kabinettsministers vollauf bestätigt, ja sogar noch überbietet: der uns aus dem Jakobinerprozeß schon bekannte Graf Saurau.

Im Vertrauen auf die hohe Gunst des Monarchen und nicht zuletzt auf seine Stellung, die es ihm förmlich zur Pflicht machte, seinem kaiserlichen Herrn über die Volksstimmung die ungeschminkte Wahrheit zu sagen, konnte der neue Regierungspräsident eine so offene und freimütige Sprache führen, wie das in seinem Vortrag vom 20. Februar 1799 geschah. Er hielt es nämlich direkt für „Hochverrat", wenn er ihm all das Unangenehme, das er da vorzubringen hatte, in einem „so bedenklichen Augenblicke" verschwiegen hätte. Die Stimmung in der Bevölkerung der Residenzstadt muß also zwei Jahre nach der Geburt der Volkshymne recht beunruhigend gewesen sein, weil wir es uns sonst schwer

erklären könnten, wie der strebsame Beamte sich bemüßigt fühlen konnte, Franz eine solche Fülle von tödlichen Wahrheiten ins Gesicht zu sagen.

„Von jeher“, so hebt der Polizeigewaltige an, „hat das Wiener Publikum sich herausgenommen, das Benehmen des Hofes und des Ministeriums frei zu beurteilen und zu tadeln. In den letztern Jahren nahm die Fertigkeit des Publikums und die Ungebundenheit, mit der es sein Urteil fällte, in eben dem Verhältnisse zu, als der kraftvolle Ernst des Hofes abnahm, welcher in der irrigen Vermutung stand, daß die Erschlaffung von dem Volk als Beweis fürstlicher Milde würde aufgenommen werden. Seither war die Stimmung des Publikums nach Maß der politischen Ereignisse bald günstiger, bald vermessener; aber der Unterzeichnete, welcher doch in der Lage ist, von den Gesinnungen des Publikums genauer als irgend jemand unterrichtet zu sein, erinnert sich nicht, daß die öffentliche Meinung jemals mit solcher Allgemeinheit und mit solcher Virulenz sich geäußert hätte, als in dem gegenwärtigen Momente.“ Das Benehmen des Hofes sei der immerwährende Gegenstand aller Gespräche von der gemeinsten Bierschenke bis zu den Spielgesellschaften des höheren Adels, „und kaum findet man mehrere Personen in einem Gespräche versammelt, wo nicht der Hof, wo nicht einstimmige Klagen über die gänzliche Erschlaffung des Geschäftsganges das Thema der Konversation wäre.“

Und worüber klagt man? Saurau gibt uns die nämlichen Ursachen des Unwillens an wie Colloredo: die Absperrung des Hofes, die höchst unzeitgemäße Vergnügungssucht der kaiserlichen Familie und vor allem die unwürdige Art, in der sich jene betätigte. „Die Einsamkeit“, berichtet er, „in welcher sich der Hof zwischen den Mauern der Burg vor den Augen des Publikums verschließt — zu einer Zeit verschließt, wo bei so viel ahnungsvollen Ereignissen der Anblick des Monarchen die Gutgesinnten aufmuntern und die Bösen im Zaume halten könnte, entfernt alle Gemüter; besonders da man unter den Regierungen der glorwürdigen Fürsten Maria Theresia und Joseph seinen Landesherrn in allen Gelegenheiten zu sehen gewohnt war.“ Aber die

Mauern der Burg, fährt der Regierungspräsident fort, „sind nicht so dicht, daß nicht alles, was darin vorgeht, dem Publikum bekannt würde. Die geschwätzige Indiskretion des Hofgesindes verbreitet, vergrößert, verunstaltet vielleicht oft die kleinsten Umstände; denn es würde sonst kaum glaublich sein, wie genau man von dem unbedeutendsten Nebenumstande unterrichtet ist. Man erneuere bei dieser Gelegenheit veraltete Anekdoten von den Belustigungen und den Unglücksfällen in Laxenburg; dies verbittert die Wirbelköpfe nur noch mehr gegen neuere Ereignisse, welche die allgemeine Empfindung des Publikums empören."

Bei Erwähnung der Unglücksfälle in Laxenburg spielt Graf Saurau ohne Zweifel auf ein trauriges Ereignis an, das sich fünf Jahre vorher gelegentlich eines dieser Hofbelustigungen abgespielt hatte und wohl geeignet gewesen wäre, tiefer veranlagten Gemütern das Vergnügen daran für immer zu verleiden. Im Juli 1794 war in Laxenburg der Erzherzog-Palatin Alexander Leopold, ein Bruder des Kaisers, durch die Explosion eines Feuerkörpers in grauenhafter Weise ums Leben gekommen. Daß man nun gerade an dieser Unglücksstelle fortfuhr, sich mit Mummenschanz und Maskeraden die Zeit zu vertreiben, mag viel zur „Empörung" beigetragen haben, mit der die intimen Vorgänge im Schlosse Laxenburg im Publikum besprochen wurden. „Mit Indignazion", meldet Saurau, „spricht man von einem Pas-de-deux, welchen Ihre königliche Hoheit die Erzherzogin Louise — es ist Marie Louise, die spätere Gemahlin Napoleons — mit dem Sohne einer Köchin an dem Geburtsfeste Eurer Majestät getanzt haben soll." Über das letzte dort abgehaltene Terrassenfest wären Einzelheiten bekanntgeworden, die geeignet erschienen, die vorteilhafte Meinung über die Frömmigkeit des Hofes zu untergraben. Man erzählte sich nämlich von einem gemalten Altar und einem Aufzug von Einsiedlern, der damit endete, daß diese, bei einem Schmause fröhlich versammelt, „mit grotesken Gebärden dem Spotte der untersten Aufwärter sich preisgaben". Man wollte bemerkt haben, daß der Kaiser selbst bei dieser Szene seinen Widerwillen nicht verbergen konnte. Unzufriedenheit erregte es auch, als beide Majestäten „viel-

leicht zu früh nach dem Tode der allgemein betrauerten Erzherzogin Amalie im Theater gesehen wurden".

Am übelsten kommt wohl in der von Saurau rapportierten Volkesstimme die Kaiserin weg. „Nichts gleicht", berichtet Saurau, „der Entrüstung, mit der alle Welt Ihre Majestät in veränderten Masken auf jeder Redoute erblickte, und dieß zu eben dem Zeitpunkte, als ihr Herr Vater, der König von Neapel, von Thron und Reich flüchten mußte, ihr Bruder mitten im Sturm den Geist aufgab und auch Palermo noch ein wenig sicherer Zufluchtsort erschien. Ich schweige von den wenig ehrerbietigen Begegnungen, welche nach der allgemeinen Sage Ihrer Majestät der Kaiserin auf der Redoute sollen widerfahren sein, sowie von ihren unwahrscheinlichen Äußerungen bei dieser Gelegenheit, welche man allerorten sich erzählt und aus welchen man den Schluß zieht, daß selbst der Hof schon alles verloren gebe und den Augenblick nicht mehr entfernt glaube, in dem er aus dem „Glanze des Thrones in die Schatten des Privatstandes herabsteigen werde".

Leider erfahren wir nichts Näheres über jene Äußerungen der Kaiserin, die der Regierungspräsident als „unwahrscheinlich" bezeichnete. Doch berichtet er seinem Monarchen einige „bedeutende" Aussprüche des Kaisers selbst, die dieser, wie man sich öffentlich herumerzählte, „in Augenblicken des Unmutes" seinen Dienern gegenüber hätte fallen lassen. „Mir ist leid", soll er einmal bemerkt haben, „ich habe meine Schuldigkeit und alles mögliche zur Erhaltung meiner Staaten getan; wenn alles verloren ist, so geh' ich nach Amerika." Ein anderes Mal soll er erklärt haben: „Die Franzosen werden uns recht bald wieder angreifen; wir werden vermutlich wieder gepeitscht werden — dann müssen wir wieder anfangen zu negoziern."

Das wären in der Tat, wenn das Gerücht nicht log, höchst merkwürdige, in ihrer Art wirklich bedeutsame Aussprüche gewesen. Saurau ist höflich genug, von „trüben" Quellen, aus denen diese Zeitungen kämen, zu sprechen; aber er läßt nicht undeutlich durchblicken, daß er persönlich sie gar nicht für so unwahrscheinlich halte, denn er rät dem Monarchen ganz entschieden von einer Untersuchung über die „Echt-

heit“ dieser Nachrichten ab. Dies könnte, meint er, nicht ohne Publizität geschehen, nicht ohne die Würde der geheiligten Person des Kaisers dabei zu kompromittieren. „Aber genug“, so setzt er vielsagend hinzu, „und schon zu viel, daß es schon so weit gekommen ist, daß man diese abenteuerlichen Gerüchte für glaubwürdig hält.“ Übrigens hatte der Regierungspräsident schon unter der Hand, so weit es ohne Aufsehen möglich war, nach den Urhebern der bösartigen Ausstreuungen gefahndet, und das Ergebnis seiner Erhebungen war, daß sie „immer vom Hofe selbst, von den allersubalternsten Geschöpfen“, herkamen. Die Erzählungen aber, welche über das letzte Terrassenfest in Laxenburg verbreitet wurden, sollen durch die dabei verwendeten Hausknechte des Hofbauamtes in die Öffentlichkeit gebracht worden sein. Dieselben hatten angeblich für ihre Bemühungen „keinen Lohn, nicht einmal einen Trank“ erhalten — „ein Umstand, welcher ihre Beredsamkeit über das Fest sehr begreiflich macht“, der aber auch, wie Saurau durch die Blume zu verstehen gibt, die Freigebigkeit des Hofes in einem bedenklichen Licht erscheinen läßt.

Soviel über das Benehmen des Hofes. Zum Kapitel der „Erschlaffung“ der Regierungsgewalt übergehend, erwähnt Saurau die Äußerungen der Unzufriedenheit darüber, daß die Vorkehrungen gegen Unglücksfälle, wie es sich bei der letzten Überschwemmung der Donau gezeigt habe, „nicht mit jenem Eifer betrieben worden, den man unter der Regierung Kaiser Josephs bewunderte“. Dies habe schon zu „gehässigen Vergleichungen“ Anlaß gegeben und das Volk habe sich unterfangen, laut zu sagen: „Wenn nur ein Biegel vom Kaiser Joseph da wär‘, würde es anders aussehen.“ Graf Saurau bemerkt dazu in einer für Franz geradezu verletzenden Weise: „Wie viel des Ansehens Eure Majestät bei solchen Vergleichungen verliere, wird Allerhöchstdero Einsicht nicht entgehen!“ Schon war also, wie man sieht, der Schatten des Volkskaisers aufgetaucht, den übrigens schon der konservative Kritiker aus dem Jahre 1792, als er von der ganz anderen Teilnahme Josephs für das Militär und dem besseren Stil der Verordnungen sprach, heraufbeschworen hatte.

Graf Saurau schließt seinen Bericht an den Monarchen mit dem eindringlichen Appell, in diesen „bedenklichsten Zeiten“, in denen es sich darum handle, „alles zu gewinnen und alles zu verlieren“, die Volkesstimme nicht in den Wind zu schlagen, sondern, aus ihr lernend, mehr auf seine persönliche Würde und die ihm durch seine Stellung auferlegten Pflichten zu sehen. „Mehr als jemals“, erklärte er freimütig, „müssen in einer so gefährlichen Krisis alle Kräfte des Staates auf einen Punkt sich konzentrieren; mehr als sonst muß der Landesfürst bemüht sein, die öffentliche Meinung für sich zu gewinnen, denn mit dem Verlust der persönlichen Achtung verschwindet die Kraft auch der allerklügsten Maßregeln.“ König Ludwig XVI. und Marie Antoinette, „beide gütig und wohlwollend, mehr verleumdet als es manche Schwachheit verdient hätte“, würden ihre Krone nicht verloren haben, wären sie mehr besorgt gewesen, „sich in der Achtung des Publikums zu erhalten“, das eben durch die Abgeschiedenheit des Hofes in der tief in der Vergangenheit wurzelnden Verehrung wankend werde. Alle Bemühungen, die „politischen Kannegießer“ in die Schranken der schuldigen Ehrerbietung zurückzuweisen, müsse unwirksam bleiben, so lange nicht der allerhöchste Hof sich in eine solche Verfassung setze, „daß selbst sein Privatleben tadellos wird, daß er sich in mehreren Gelegenheiten dem Volke auf eine vorteilhafte Art zeige und auffallende Beweise von dem Anteil gebe, den er an dem Unglück und dem gesunkenen Wohlstande seines Volkes so wie einzelnen Personen nimmt“. Nur von dem Monarchen hänge es ab, die allgemeine Liebe sich zu erwerben.[132]

Die Ermahnungen des Kabinettsministers Colloredo wie die Vorstellungen des Regierungspräsidenten Saurau werfen ein eigentümliches Licht auf den Charakter des Kaisers Franz und die ganzen Zustände am Hofe. Sie zeigen vor allem, daß sich die Arbeitscheu, der Mangel an Ernst und Aktivität, die Gleichgültigkeit, auch gegen die Liebe des Volkes, und alle die anderen Fehler, welche die Erzieher an dem Knaben und Jüngling auszustellen fanden, auch dem Manne geblieben waren, Franz also im Grunde sich nicht verändert hatte. Während die Geschäfte stocken, während

draußen auf dem Felde der Ehre das brave Heer für Kaiser und Vaterland blutet, handelt der Monarch — wenige Jahre nach der Hinrichtung des französischen Königspaares — ganz nach dem berüchtigten Grundsatze „Le roi s'amuse".

Colloredo hatte nur ganz allgemein von Vergnügungen, die den Jahren und der Stellung Franzens als Kaiser nicht angemessen seien, gesprochen; Saurau war schon etwas näher auf sie eingegangen, insoferne er sich mit dem Widerhall, den diese unwürdige Art der kaiserlichen Belustigungen im Wiener Publikum gefunden, beschäftigte. Aus anderen Quellen sind wir über sie genauer unterrichtet, doch wäre man — ohne jenen amtlichen Kommentar — versucht, sie für verdächtig zu halten: so schwer fällt es uns, zu glauben, daß der Neffe des Kaisers, der schon zwölf Jahre vor Ausbruch der Volkswut, gelegentlich seines Aufenthaltes am französischen Königshofe, seiner vergnügungssüchtigen Schwester die Schrecknisse einer Revolution vorgehalten hatte;[133] daß der Monarch, der selbst beständig das unheimlich drohende Gespenst einer Volksbewegung vor Augen sah und in deren Bekämpfung seine Lebensaufgabe erblickte, so wenig aus den eindrucksvollen Ereignissen im Lande der Bourbonen gelernt haben sollte.

Die eigentliche Seele des Vergnügungstaumels war, wie man weiß, die Kaiserin, Franzens zweite Gemahlin, Marie Therese, eine Tochter jener Karoline von Neapel, von der einmal gesagt wurde, sie hätte den „eigentümlich lothringischen Leichtsinn, der seit Maria Stuart so viele Frauen dieses Hauses so interessant und so unglücklich gemacht".[134] Viel von dieser Wesensart scheint auch in der Kaiserin gesteckt zu haben, die mit ihrem heiter-sorglosen Naturell dem Wiener Hofe, der unter Joseph II. einen so ernsten Charakter angenommen hatte, bald einen recht fröhlichen Anstrich gab. Unermüdlich war sie in der Veranstaltung von chinesischen Schattenspielen, Feuerwerken, Burlesken, Lust- und Singspielen.

Anschaulich und launig schildert uns jener Zeitgenosse, der hier schon öfter zu Wort kam, das fröhlich-gesellige Treiben in Laxenburg, dem Lieblingsaufenthalt der beiden Majestäten. Da wird Hafners „Fürchterliche Hexe Megära"

aufgeführt, wobei die Kaiserin selbst die Hauptrolle „zur Zufriedenheit aller Zuschauer“ gespielt haben soll. „Da aber dieses“, wie unser Gewährsmann boshaft hinzufügt, „nur Unterhaltungen für den Abend sind; da der Tag auch angenehm und kurzweilig zugebracht sein will, so weiß das erfinderische Genie der Monarchin die langsam schleichenden Stunden desselben durch allerley Ergötzlichkeiten zu beflügeln. Man fängt mit der Angel Fische, fährt in Kähnen auf dem Teich herum, wobey Seine Majestät der Kaiser das Ruder sehr geschickt zu führen wissen; spielet wieder zur Abwechslung blinde Kuh oder Verstecken und verscherzet so in aller Unschuld den größten Theil des Tages. Zu den letztern Unterhaltungen, weil sich selbander doch nicht gut blinde Kuh und Verstecken spielen läßt, werden die Cammermädchen oder wie sie in der Wiener Hofsprache heißen: Cammermenscher und einige vertraute Günstlinge aus dem geheimen Cabinette und der Dienerschaft gezogen.“

Eine solche kaiserliche Unterhaltung soll, wie wir aus derselben Quelle erfahren, dem verdienstvollen Vorstand der Hofbibliothek van Swieten das allerhöchste Mißfallen zugezogen haben. Der Gelehrte, dessen Wohnung an das Gebäude der Hofburg anstieß, hatte gerade Gäste bei sich, als in dem zwischen der Hofbibliothek und der Burg befindlichen Graben der Kaiser den kleinen Thronfolger Ferdinand im Schiebkarren herumfuhr, und da soll einer derselben entrüstet zum Fenster herausgerufen haben: „Ein Kaiser könnte sich auch auf eine nützlichere und anständigere Art beschäftigen!“ Swieten wurde am anderen Tage zum Monarchen gerufen und trotz seiner Versicherung, von dem Vorfalle nichts zu wissen, mit allen Zeichen der kaiserlichen Ungnade entlassen und mußte seine Wohnung räumen. Unser Gewährsmann fügt seiner Erzählung die bedeutsame Bemerkung hinzu, daß man „in ganz Wien“ von diesem kaiserlichen Zeitvertreibe spreche und seine Glossen darüber mache, daß auch die Mitspielenden selbst sich der hohen Gnade, zu diesem Spiele gezogen zu werden, öffentlich rühmten. „Möchten doch die Großen“, ruft er aus, „einsehen lernen, daß sie keine gefährlichere Spione haben als ihre Diener und vor denen wenigstens das zu verbergen suchen,

was die Anständigkeit nicht gern bekannt werden läßt, wenn man anders nicht stumpf gegen allen Ruhm ist.“ [135]

Besonders böses Blut machte die Vorliebe der Kaiserin für die Wiener Faschingsredouten. Trotz den „groben Leuten“, die sie dort, wie sie klagte, „so heftig stoßen“, war sie eine sehr häufige und ausdauernde Besucherin derselben, und man wollte bemerkt haben, daß sie sich dabei „an Männer von zweifelhaftem Rufe herandrängte“ und in der leicht erkennbaren Verkleidung das Menuett „mit allerlei Leuten“ tanzte. Auch sonst gab sie dem bösen Gerede manchen Anhaltspunkt.[136] Die Wiener sprachen „mit nur wenig Zurückhaltung“ von dem „anstößigen“ Treiben der Monarchin, die oft am Arme des Hofsängers Simoni in den Alleen von Schönbrunn gesehen wurde.

Umgekehrt scheint auch Kaiser Franz für weibliche Reize nicht ganz unempfänglich gewesen zu sein. Der gewöhnlich sehr gut orientierte preußische Gesandte Jacobi weiß nach Berlin von „Eifersuchtszenen“, mit denen die Kaiserin ihren Gemahl plagte, zu berichten.[137] Die Gräfin Lulu Thürheim nennt uns eine ganz bestimmte Persönlichkeit, auf die sich Marie Theresens Unwille lenkte: die vielgefeierte Tänzerin Vigano, und erzählt uns in ihrer drolligen Art, wie die erzürnte Majestät von der Favoritin eine Statue anfertigen und im Laxenburger Park aufstellen ließ: „Kostüm und Gestalt waren in naturgetreuer Darstellung die der Tänzerin, nur an Stelle des Kopfes ließ sie den Schädel eines Ziegenbockes setzen.“ [138] Der Groll gegen die Tanzkünstlerin scheint sehr tief gesessen zu sein, denn auch nach vielen Jahren erfuhr der in Wien weilende Iffland vom Grafen Velsperg, dem Gouverneur von Steiermark, er habe gemessenen Befehl, Madame Vigano nicht weiter zu lassen, wenn sie je die steirische Grenze betreten sollte.[139]

Es war auch bekannt, daß die Kaiserin es war, die mit einer ganz bestimmten Absicht Franz von den Staatsgeschäften ablenkte, um auf diese einen größeren — oder besser gesagt — den beherrschenden Einfluß zu nehmen. Wenn Marie Therese bei den häuslichen Musikabenden die „große Baßgeige“ und der Kaiser die Holzfidel, das sogenannte „hölzerne Gelächter“, oder die Violine spielte, so

drückte dies in einer das Ansehen des Kaisers nicht sehr förderlichen Weise dessen Rolle im Verhältnisse zu seiner Gemahlin und im öffentlichen Leben überhaupt aus.[140] Die Kaiserin übte ihren in der Tat nicht unbedeutenden Einfluß leider oft in einer sehr nachteiligen Weise aus.

Niemand hatte unter der Günstlingswirtschaft und den Intrigen der Monarchin mehr zu leiden, als die damals volkstümlichste Persönlichkeit im Kaiserstaate, der Bruder des Kaisers, Erzherzog Karl.[141] Ihn bezeichnete die Volksstimme als den einzigen Mann, der imstande sei, die als unvermeidlich angesehene „Explosion" der allgemeinen Unzufriedenheit zu verhindern; als das einzige Band, welches die Monarchie noch zusammenhielt.[142] Daß die Popularität dieses Prinzen, der mit vollem Recht als der gute Genius der habsburgischen Monarchie angesehen wurde, viel dazu beitrug, ihm die „bitterste Verfolgung" der Kaiserin, die ihn für einen Franzosenfreund und Freimaurer ausgab, zuzuziehen, war bei ihrer eifersüchtigen Natur nur natürlich, doch keineswegs geeignet, sie und den von ihr geleiteten Monarchen beliebter zu machen. Die Stimmung in der Bevölkerung war keine gute und drei Jahre nach den Ermahnungen und Vorstellungen Colloredos und Sauraus — ein Jahr nach dem Friedensschlusse von Lunéville — sah sich der Erzherzog veranlaßt, seine warnende Stimme zu erheben, in einer längeren Denkschrift dem kaiserlichen Bruder die „große und nahe Gefahr", in welcher der Kaiserstaat sich befand, vor die Seele zu rücken und die Mittel zu ihrer Abwendung darzulegen.[143]

Für den Geschichtsforscher haben die vertraulichen Ausführungen des Erzherzogs dadurch ein ganz besonderes Interesse, daß uns hier, wie gesagt, alle die Beschwerden und Angriffe, die später, als Franz bereits in der Kapuzinergruft ruhte, aus weniger wohlwollendem und loyalem Munde gegen des Kaisers unglückliches „System" erhoben wurden, entgegentreten und daß wir von der maßgebendsten Stelle ein getreues Spiegelbild der öffentlichen Meinung — denn wie dieser verehrungswürdige Prinz dachten viele Tausende der Besten Österreichs — und einen tiefen Einblick in die Schäden der Staatsverwaltung und die Verkehrtheiten

der inneren und äußeren Politik, die hier einer scharfen, aber treffenden Kritik unterzogen wird, gewinnen. Um seinen Warnungen einen größeren Nachdruck zu geben, vergleicht er die Lage des Kaiserstaates mit jener Frankreichs unmittelbar vor Ausbruch der Revolution und der Vergleich ergibt „manche auffallende Ähnlichkeit."

„Österreich", so führt da der Erzherzog aus, „hat unter allen seinen Feinden ‚keinen gefährlicheren als seine eigene Regierung!' " Gänzlich verfehlt ist einmal seine ganze auswärtige Politik. Ohne untersuchen zu wollen, ob der Krieg mit Frankreich zu vermeiden gewesen wäre, und zugegeben, daß man sich durch die Versicherungen der royalistischen Emigranten und durch die Treulosigkeiten der Verbündeten hatte irreführen lassen, findet er es „unbegreiflich", wie ein Minister Seiner Majestät habe anraten können, den Kampf auch dann noch, wo keine Hoffnung auf einen guten Erfolg mehr vorhanden war, zum großen Ruin der Monarchie fortzusetzen. Was Österreich vor allem not tue, das sei, an — das Innere zu denken; denn Österreich, das so lange eine Macht ersten Ranges war, sei heute von seiner ehemaligen Größe herabgesunken, sei in geistiger und wirtschaftlicher Hinsicht gegen andere Staaten „um mehr als um ein Jahrhundert zurück".

Erzherzog Karl hebt da gleich den wundesten Punkt hervor: das „Chaos", die vollständige „Desorganisation" auf allen Gebieten der inneren Staatsverwaltung. Auf diesen Krebsschaden hatte schon fünf Jahre vorher vielleicht eine noch berufenere Person, der in ihrem Getriebe an einem der höchsten Posten wirkende Regierungspräsident Graf Saurau, hingewiesen. Auch er hatte da von der „Desorganisation" der Geschäftsführung und der fortschreitenden „Anarchie" des Staates gesprochen und dem Monarchen das Schreckgespenst der „inneren Auflösung", der „politischen Auszehrung" vor Augen geführt. Als die dringendste Aufgabe war von dem scharfsichtigen Grafen eine Reform der obersten Leitung bezeichnet worden. Der Staatsrat war, wie er treffend ausführte, dem ursprünglichen Zweck, welcher der großen Kaiserin, als sie ihn ins Leben rief, vor Augen schwebte, vollständig entrückt worden. Statt daß dort die

Fäden der ganzen Regierung zusammenliefen und nur die „wichtigsten" Gegenstände verhandelt wurden, beschäftigte er sich mit den geringfügigsten Dingen, wie über die Frage, „wer auf dem Mauthause in X Hausmeister werden oder ob der N eine Tagschreiberstelle erhalten solle", und darüber mußten — unglaublich, aber wahr — vier Minister und drei Staatsräte beraten. Saurau dachte sich die Lösung dieses Problems der obersten Leitung so: die einzelnen Ressortminister sollen sich in einer „Konferenz" unter dem persönlichen Vorsitze des Kaisers versammeln, um dort mündlich über alle Gegenstände von „höherem Belange" zu beraten. In besonderen Fällen, wo eine Meinungsdifferenz bestehe, wären auch die Chefs der Hofstellen mit den Referenten zu berufen. Auf diese Weise lerne der Kaiser jeden Gegenstand „von allen Gesichtspunkten aus" betrachten und könne dann um so beruhigter seine Entschließung fassen. Der Staatsminister werde sich sehr in acht nehmen, ohne gute Ursache zu widersprechen, weil er besorgen müsse, von einem Referenten der Hofstelle in des Kaisers Gegenwart beschämt zu werden. Der Staatsrat sollte ganz aufgelassen werden.

Saurau erinnerte den Monarchen an das böse, aber zutreffende Gleichnis des Fürsten Kaunitz, der einmal die Einrichtung der Stellen mit einer umgekehrten Pyramide verglich, die auf der Spitze stehe, weil die unteren Stellen nur eine sehr geringe Wirksamkeit hätten und alle Entscheidung aufwärts gezogen würde. Verringere man die Zahl der Votanten, schränke man den schriftlichen Meinungsaustausch ein und werde der Wirkungskreis der Behörden wie jener der Konferenz genauer bestimmt, so könne man dann auch die „schädliche, so übermäßig angewachsene" Zahl der Beamten vermindern und die übrigen besser besolden.[144] Alles in allem: durchaus vernünftige Vorschläge, die darauf abzielten, die obersten Behörden von allen Details der Staatsverwaltung zu entlasten und in einem aus den Fachministern gebildeten Ministerrat ein geeignetes Zentrum, von welchem aus die Staatsmaschine einheitlich geleitet werden konnte, zu bilden. Nicht zuletzt sollte dadurch auch die bisher eigentümliche Kabinettsregierung, wonach der Kaiser oft die wichtigsten Gegenstände über den Kopf seiner Minister allein

oder mit Zuziehung eines seiner vertrautesten Räte entschied und, wie ihm Colloredo vorhielt, alles selbst machen wollte, beseitigt werden.

Die eindringlichen Vorstellungen Sauraus wie Colloredos hatten auch die Wirkung, daß im August 1801, wenige Monate nach dem Friedensschlusse von Lunéville, der Staatsrat aufgehoben und ein „Staats- und Konferenzministerium“ geschaffen wurde. Dasselbe sollte, wie es in dem an die Hofkanzlei gerichteten Erlasse so schön und überzeugend heißt, „den Geschäftsgang in der ganzen Monarchie auf jenen Grad der natürlichen Ordnung zurückführen, wo alles auf seinem rechten Platz steht, wo durch ein auf gehörige Grundsätze gestütztes System der Responsabilität der Obern für die Untergebenen ... jene Gewißheit gewähret wird, daß Meine Befehle überall genau und auf das schleunigste zum Vollzuge kommen und daß Ich im Stande gesetzt werde, die Summe der sämtlichen Geschäfte mit einem Blicke übersehen zu können; wo die bisherigen häufigen Anfragen und Vorträge über die geringfügigsten Gegenstände und kurrenten Geschäfte durch allgemeine Bestimmungen, die als Regulative zu befolgen sind, von selbst aufhören; wo durch zweckmäßige erschöpfende Administrazionsberichte der Stand der Geschäfte der ganzen Monarchie in einer klaren Übersicht erhalten, wo mit einem Worte alles so eingerichtet wird, daß die ganze Staatsverwaltung von selbst als ein wohleingerichtetes Uhrwerk, wenn sie einmal in Gang gesetzt ist, fortläuft und ihrem Endzwecke entspricht.“ Als dieser Endzweck wurde bezeichnet: die Beförderung des allgemeinen Wohles, dem durch die Handhabung der Religion, der Sitten und der allgemeinen Ruhe, die Vollziehung der Gesetze und Anordnungen, die Aufnahme der Bevölkerung, der Erwerbszweige und des Handels, die Schätzung jeden Standes und jeden einzelnen Untertans, die richtige Einhebung aller Steuern und Abgaben, die genaueste Wirtschaft in allen Zweigen der Staatsökonomie und die beste Verwaltung der Staatsfonds gedient werden sollte.“ [145]

Es war ein großartiges, weitausschauendes Programm, das sich wie die Ankündigung einer neuen Ära ausnahm, aber leider schon in der Grundvoraussetzung versagte. Die „Kon-

ferenzen“ wurden immer seltener, um schließlich ganz einzuschlafen. Dem Kaiser mißfiel diese Art der geschäftlichen Behandlung, wo es galt, nach Anhörung der Minister und obersten Beamten sofort eine Entscheidung zu fällen und den unteren Behörden einen größeren Spielraum einzuräumen; ihm war — auch in diesem Punkte Philipp II. gleichend — der frühere Vorgang, da er in der Stille seines Arbeitszimmers die Akten höchstpersönlich erledigen konnte, bei weitem sympathischer. Colloredo, der Franz wiederholt die Unmöglichkeit, die Arbeit allein zu bewältigen, vorgehalten hatte, bekam die ständige Antwort, er könne sich auf den größten Teil seiner Beamten, welchen es an Kenntnissen und Grundsätzen mangle, nicht verlassen.[146] Die Geschäfte stockten; im Sommer 1802 harrten zweitausend Vorträge der kaiserlichen Entscheidung. Man hatte jetzt ein förmliches „Gewimmel von Räten“, aber die Staatsmaschine, die nach der vielverheißenden Ankündigung vom Vorjahre wie ein „wohleingerichtetes Uhrwerk“ hätte fortlaufen sollen, ging ihren alten schleppenden Gang. Es dauerte nicht lange, so war das Staats- und Konferenzministerium auch formell beseitigt und der frühere Staatsrat wiederum eingeführt.[147] Wir mögen da an die Beobachtung denken, die der kaiserliche Erzieher an dem jungen Franz machte, daß er aus Furcht vor Verdrießlichkeiten, um den Predigern auf eine Weile den Mund zu stopfen, seinen guten Willen zeige, — um dann ohne sich viel Mühe zu geben — beim alten zu bleiben.

So konnte denn Erzherzog Karl — um wieder auf seine „Ernsthaften Betrachtungen“ zurückzukommen — im Herbst 1802 die gleichen trostlosen Zustände in der Staatsverwaltung, wie sie fünf Jahre vorher Graf Saurau gerügt hatte, den Mangel einer eigentlichen Regierung, eines kräftigen Zentrums der Staatsgewalt, feststellen. „In Österreich“, meint er bedauernd, „herrscht kein festes System, es fehlt an Zusammenhang des Ganzen, an Konzentrierung der wichtigsten Geschäfte in einem Punkte, von welchem alle Anordnungen gleichsam als Radien aus einem Brennpunkte gleichförmig in die ganze Monarchie ausgehen“. Er konnte auch auf das klägliche Ergebnis der staatlichen Reformaktion hinweisen: „Alle jene Anstalten, welche im verflos-

senen Jahre von Seiner Majestät getroffen wurden, um in die Staatsverwaltung mehr Zusammenhang, Einheit und Wirksamkeit zu bringen, verfehlten ganz ihren Zweck — es wurden nur hier und dort einige unbedeutende Gegenstände in der Konferenz vorgetragen, alle wichtigen, auf das Ganze den größten Einfluß habende Geschäfte aber von den betreffenden Ministern einseitig im stillen behandelt, und ganz Europa staunt dermalen über den unter allen Begriff unglücklichen Erfolg."

Hatte Graf Saurau über die Indolenz und Selbstsucht der Beamten geklagt, so weiß der Erzherzog auch ihre Ignoranz, ihre Faulheit und Bestechlichkeit zu bemängeln. Doch zum Unterschied von seinem kaiserlichen Herrn, der seinerzeit, wie wir hörten, seinem Vater gegenüber auf diesen dunkeln Punkt der staatlichen Organisation mit der Bitte um Bestrafung der Schlechtgesinnten verwiesen, geht der Erzherzog auf die tieferen Ursachen des Übelstandes ein. Wie könne es auch anders sein, meint er, „nachdem die Erziehungsanstalten gänzlich verfallen sind — keine einzige Universität, die auch nur einiges Renommé behauptet!" Was könne man von den Beamten verlangen, wenn Männer zu Ministern ernannt wurden, „welche sich öffentlich rühmen, in dreißig Jahren weder ein Buch noch eine Zeitung gelesen zu haben"!

Der Erzherzog geht nun die einzelnen Zweige der staatlichen Wohlfahrtspflege durch, um ihre vollständige Rückständigkeit aufzudecken. Die Justiz, diese „Grundfeste der Staaten", befinde sich in einem gar kläglichen Zustande; keine Übersicht über die zahlreichen Verordnungen, „zu deren Studium ein Menschenalter gehört". An mehreren Orten gebe es noch gar keine Grundbücher und Landtafeln, diese „erste Schutzwehre des Privateigentums und Grundsäule des Privatkredits". Man habe keine Forstpolizei, keine Feuerlöschanstalten, keine Feuer-Assekuranzen, um den Verunglückten aufzuhelfen, keine Witwenkassen, keine Schulen für die Ökonomie und die Industrie, keine Allgemeine Staatsbank oder Kreditkassen, wie sie in anderen Staaten bestünden. Kein Wunder dann, wenn die Landeskultur, wenn Handel und Industrie daniederlägen und das

Gewerbe durch den Wucher jüdischer und christlicher Kapitalisten zugrundegerichtet würde. Dazu Verwahrlosung der Verkehrswege — kurz überall „gänzliche Desorganisation“. Verfehlt sei das ganze System der Steuerveranlagung. Nicht in der Höhe der Abgaben, sondern in der Ungleichheit der Verteilung liege das Übel. Wäre jeder Untertan verhalten, sein wahres Einkommen, sein wirkliches Grundeigentum zu versteuern, so würde der Staat viele Millionen gewinnen. Das „kostbare“ Werk der josephinischen Grundsteuer-Regulierung habe man beseitigt, anstatt dasselbe durch angemessene Modifikationen zu verbessern.

Eingehend behandelt Erzherzog Karl sodann das düstere Kapitel der Finanzen. Auf diesem Gebiete war er Fachmann, dessen Rat vom Kaiser in ausgiebiger Weise in Anspruch genommen wurde. Die Geldverhältnisse Österreichs findet der Erzherzog noch zerrütteter als die Frankreichs am Vorabende der Revolution. Das Defizit betrage schon beiläufig siebenundzwanzig Millionen Gulden und sei noch immer im Steigen. Schon spreche man vom Staatsbankerott und wirklich deute alles darauf hin. Die Agiotage, der Wucher mit Staatspapieren blühe: „jedermann spekuliert auf den Staat, weil es da am meisten zu gewinnen gibt, und dadurch werden dem Privatkredit und der Industrie die erforderlichen Kapitalien entzogen“. Wie tief der Staatskredit gesunken sei, beweise die leidige Tatsache, daß die Bankiers wie die vornehmsten Staatsbeamten ihre Kapitalien im Auslande anlegten. Das Fallen des auswärtigen Wechselkurses gehe in einer „fürchterlichen Progression“ immer fort und damit das Sinken des Wertes der Bankozettel. Man denke sich die Verwirrung, wenn diese derzeit beinahe einzig kursierende Münze ihren Wert verlöre, wenn unter fünfundzwanzig Millionen Menschen gewiß zweiundzwanzig auf einmal ohne Geld, ohne Mittel dastünden, sich ihre dringendsten Bedürfnisse anzuschaffen, wenn alles stockte und weder Beamte noch Militärs, welche die Ordnung erhalten sollten, bezahlt werden könnten. Teuerung und Getreidemangel, wie sie vielfach durch Kornwucherer und auswärtige Spekulanten hervorgerufen worden, treibe

wie seinerzeit in Frankreich das Volk zur Verzweiflung und alles spitze sich zu einer Krise zu.

Mit bitteren Worten geißelt sodann der Bruder die Schwäche, die Planlosigkeit und Unentschlossenheit, die sich in allen Handlungen der Regierung kundgäben. Sie hingen zusammen; denn „wer keinen soliden Plan, keinen bestimmten Zweck vor Augen hat, der muß notwendigerweise bei jedem neuen Vorfalle unschlüssig sein. Das beständige Hin- und Herschwanken habe zur Folge, daß sie jedes Ansehen verloren, und das sei das Schlimmste. Ungleich besser eine Regierung werde gehaßt als verachtet; „jene wird gefürchtet, diese weder geliebt noch gefürchtet". Der vollständige Mangel an Kraft habe sich im Verhalten gegen Ungarn gezeigt.

Damit hatte der Erzherzog jenen Punkt berührt, der neben dem Mangel einer eigentlichen Regierung und der Finanzmisere allen einsichtigen Patrioten als ganz besonders unheildrohend erschien. Die größte Schwäche Österreichs, erklärt er, besteht nach dem Urteile „jedes einsichtsvollen" Staatsmannes in der verschiedenen Verfassung der einzelnen Provinzen und vorzüglich in der gänzlichen Absonderung des mächtigen ungarischen Reiches, das noch eine „so geringe Stufe der Kultur" erreicht habe und zu den gemeinsamen Staatslasten einen „sehr unverhältnismäßigen" Beitrag leiste. Gelänge es der Regierung, hier nach und nach mehr Einheit in der Verfassung einzuführen, Ungarn kulturell zu heben und zu einer tätigeren Mitwirkung zu bringen, dann würde auch die Monarchie mehr als durch die Eroberung eines neuen Königreiches gewinnen. Leopold II. habe durch seine Nachgiebigkeit dem Ansehen des Königs eine tiefe Wunde geschlagen, aber auch Franz sei in der Rekrutenfrage, nachdem er zuerst seine Rechte kraftvoll vertreten hätte, vor den Ständen zurückgewichen, und das werde sich rächen — nach diesem Siege der ständischen Opposition werde sie nur noch mehr Appetit bekommen!

Dies sei, so schloß der Erzherzog seine brüderlichen Vorstellungen, die wahre Lage der Monarchie, deren Ernst dem Kaiser dank den Bemühungen „kurzsichtiger und elender

Schmeichler“ verhehlt werde. Doch möge er sich nicht täuschen: gleiche Ursachen lassen auch gleiche Wirkungen erwarten, gleiche Konstellationen deuten auf gleiche Katastrophen hin und es ist die „höchste Zeit“, denn „Österreich stehet auf der letzten Stufe des gänzlichen Verderbens“. Es handelt sich hier um die bedrohte Erhaltung des Monarchen und der Monarchie, um den Wohlstand oder das heillose Unglück von fünfundzwanzig Millionen Menschen, ja um die Ruhe von ganz Europa; „denn ein Koloß wie Österreich stürzt nicht zusammen, ohne durch seinen Fall ganz Europa zu erschüttern“. Österreich muß trachten, in seine Staatsverwaltung mehr Ordnung einzuführen, seine Finanzen auf eine solide Art herzustellen, welches „bei den unendlich vielen, bisher unbenützt gebliebenen Hilfsquellen“ gewiß nicht unmöglich ist, durch eine formidable Kriegsmacht und eine wohlgeleitete Diplomatie sich wieder Achtung zu verschaffen und die Staatslenker aus ihrer „betäubenden Gleichgültigkeit“ aufzurütteln. Von der Regierung hängt es jetzt ab, ob sie energische, zweckmäßige Maßregeln ergreifen wolle oder nicht. Verharrt sie in ihrem „alten Schlendrian“, dann ist Österreichs Schicksal besiegelt.

Gleichzeitig — an anderer Stelle[148] — fühlte sich der Erzherzog bemüßigt, seinen Bruder auf die böse Stimmung in jenen Teilen der Monarchie, die er bereist habe, aufmerksam zu machen. Überall herrsche Mißmut und Niedergeschlagenheit. Man habe zur Regierung nicht das geringste Vertrauen mehr und verzweifle ganz, daß es jemals besser werden könne. Schon sei es leider dahin gekommen, „daß man die Indolenz, mit der alles in seinem erbärmlichen Zustand belassen wird, ohne wirksame Gegenmittel anzuwenden, daß man die vielfältigen Verzögerungen, wodurch die wichtigsten Gegenstände jahrelang ohne Erledigung bleiben und die Allerhöchste Entschließung erst anlangt, wenn die Lage der Sache sich so geändert hat, daß solche keine Anwendung mehr findet, daß man endlich die Unentschlossenheit, das Schwankende, die Schwäche, welche aus so manchen inneren und äußeren Operationen hervorleuchtet, an-

fängt, größtenteils der Person Eurer Majestät selbst zuzuschreiben und daß Allerhöchstdieselbe, wenn nicht bald Besserungen folgen werden, noch immer mehr verlieren werden". Jedermann, auch die nächste Umgebung des Kaisers ist längst von dem schlechten Zustand der Dinge überzeugt. Alle jammern und nichts Wesentliches wird getan. Man begnügt sich mit „nichts wirkenden Palliativmitteln", mit „halben Maßregeln, die jederzeit verderblich sind". Noch einmal betont er wie in der Denkschrift die Notwendigkeit der Zusammenfassung der staatlichen Administration in einem Zentrum, dem Staats- und Konferenzministerium: „Das einzige und alleinige Rettungsmittel nach meiner innigsten Überzeugung ist, einen ordentlichen Zentralpunkt, welcher das Staats- und Konferenzministerium ist, zu bilden, die Departements zweckmäßig zu organisieren und einen vernünftigen Geschäftsgang zu regulieren, die geschicktesten und bestgesinnten Leute um sich herum zu versammeln, mit deren Rat ein solides und festes Regierungssystem zu ergreifen, dieses standhaft auszuführen, und es wird alles bald anders werden."

Die ernsten Vorstellungen des Erzherzogs bewegen sich auf einer Linie mit jenen des Kabinettsministers und des niederösterreichischen Regierungspräsidenten: sie enthalten ein vernichtendes Urteil über das ganze Regierungssystem des Kaisers, das eben gar kein System war und im Grunde auf Franzens persönliche Eigenart zurückging. Sein Mißtrauen hindert ihn, den Behörden einen größeren Spielraum einzuräumen; er will alles selber machen, kann indes diese Riesenarbeit nicht allein bewältigen, weil er sich auch gar nicht die Zeit dazu nimmt. Dabei hängt der Monarch von allen möglichen, nicht immer den besten Einflüssen seiner Umgebung ab. Man sprach im Volke verächtlich von Franz als einem „schwachen Rohr", von der „absoluten Herrschaft der Kaiserin", von einem Regiment der „Weiber", die auch den Krieg leiteten.[149] Der Kaiser kennt die Unzufriedenheit, die in den weitesten Kreisen der Bevölkerung herrschte, und glaubt sie durch die Polizei, durch ein System des Schreckens, bekämpfen zu können, anstatt ihren tieferen

Wurzeln nachzugehen, anstatt seinen Ehrgeiz darein zu setzen, dem Volke ein „guter Vater“ zu sein und selbst mit gutem Beispiel voranzugehen. Er bekundet wenig Fürsorge für das Volk wie für das Militär und zeigt sich selbst für das Schicksal des Kaiserstaates vollständig gleichgültig. Wenn alles schief gehen sollte, erklärte er, will er nach Amerika gehen. Er sieht voraus, daß die Österreicher wiederum würden „gepeitscht“ werden, entschließt sich aber dann doch wieder, anscheinend leicht, dazu, den Kampf gegen Frankreich als den Ursitz der revolutionären Ideen aufs neue aufzunehmen, und während draußen „gerauft“ wird, während Tausende für Ziele, die ihnen nicht ganz bekannt waren oder die ihnen unverständlich erschienen, ihr Leben lassen mußten, verkürzt sich der Monarch in der Residenz die Zeit mit Unterhaltungen und Tändeleien, die im Publikum Spott und Entrüstung hervorrufen.

War das, so darf man fragen, die richtige Art, ein Volk, das der überwiegenden Mehrheit nach vollkommen friedlich gesinnt und daseinsfroh, um nicht zu sagen genußsüchtig, war, für den Kampf zu begeistern und den Widerstand gegen die kriegerische Politik zu beseitigen? Die Bedenken gegen diese waren nicht so ganz unbegründet; denn den Standpunkt Erzherzog Karls, daß es der Monarchie heilsamer wäre, durch zeitgemäße Reformen deren innere Kraftquellen zu heben, teilten viele, sehr viele wahrhafte Patrioten, die dann von der Partei der reaktionären Kriegshetzer, den sogenannten „Erzpatrioten“, als Jakobiner und Freimaurer verschrien wurden.

Wir gelangen da zu einem der traurigsten Abschnitte der franzisceischen Regierung. Nirgends bekommt das berühmte Wort von dem „Halben“ der Taten, das, wie wir sahen, lange bevor Grillparzer es einem Bruder des „stillen Kaisers“ Rudolf II. in den Mund legte, ein leibhaftiger Erzherzog prägte, eine so katastrophale Bedeutung — nirgends findet das Schwankende, Passive und Unreife im Charakter Kaiser Franzens und seiner Politik einen so drastischen Ausdruck wie in dem schicksalschweren Kampf, den der alte habsburgische Hausstaat gegen die junge französische Republik zu bestehen hatte.

5. IM KAMPFE GEGEN DIE FRANZÖSISCHE REVOLUTION: DIE KOALITIONSKRIEGE.

Kaum zwei Monate nach der Thronbesteigung des Kaisers Franz hatte Frankreich an Österreich den Krieg erklärt. Der Einsatz, um welchen der junge Kaiser zu würfeln hatte, war hoch; denn es ging nicht bloß um die Rettung der französischen Königsfamilie, sondern um die Erhaltung des monarchischen Gedankens überhaupt. Die Aussichten für die Verbündeten standen nach der allgemeinen Anschauung sehr gut. Das innerlich zerrissene, in feindliche Parteien zerklüftete Frankreich wäre leicht niederzuwerfen gewesen, wenn die glorreiche „fridericianische" Armee und die kriegsgeübten Österreicher rasch und energisch eingegriffen hätten. So hatte es der alte Kaunitz gemeint, als er, der grundsätzliche Gegner einer Einmischung, erklärte, der Krieg müsse, wenn er doch geführt werden sollte, mit der ganzen Kraft in die Hand genommen werden. Man dürfe den Feind, meinte er zum preußischen Gesandten, gar nicht mehr zur Besinnung gelangen lassen; nicht zu mehreren Feldzügen solle es kommen, nein, mit einemmal, mit wuchtigen, entscheidenden Schlägen müsse der Feldzug sogleich zu Ende geführt werden.[150]

Gerade das Gegenteil sollte geschehen. Der Feldzug wurde schon einmal zu spät begonnen. Der Aufschub der Operationen um volle vier Wochen gewährte den Franzosen Zeit, sich staatlich zu konsolidieren und das anfänglich vollkommen verwahrloste Heerwesen umzuwandeln. So war es denn nur allzu berechtigt, wenn ein namhafter Franzose der „Zauderpolitik" des Wiener Hofes, die Frankreich im Jahre 1792 gerettet habe, dankbar gedachte.[151] Die „Erstarrung" des Kaiserhofes brachte auch die Anhänger des bourbonischen Königtums zur Verzweiflung. Als dann endlich die österreichische Armee sich in Bewegung setzte, löste die geradezu lächerlich geringe Anzahl ihrer Streitkräfte bei dem preußischen Verbündeten kein geringes Befremden aus. Zu allem kam dann noch die langsame „methodische" Kriegführung des Herzogs von Braunschweig, der

den Oberbefehl führte, um das Schicksal des für alle Zukunft so bedeutungsvollen ersten Feldzuges zu besiegeln.

Mit dem Rückzuge der Verbündeten, der nach dem unglücklichen Ausgange der „Kanonade" von Valmy unvermeidlich geworden war, hatte sich auch das Schicksal des französischen Königspaares entschieden. Im Januar des nächsten Jahres bestieg Ludwig XVI. das Blutgerüst. Am Wiener Hofe legte man Trauer an, aber von einem Aufschäumen des Zornes über diese Schreckenstat, das man wohl hätte erwarten sollen, war keine Rede. Der frühere österreichische Gesandte Graf Mercy-Argenteau, der nun wenigstens das Leben Marie Antoinettes retten möchte, ringt verzweifelt die Hände. „Es scheint", äußert er sich unwillig, „daß alles, was in der Atmosphäre Wiens atmet, sogleich gelähmt wird ... wir müssen halt warten, bis diese Schlafsucht aufhört." [152]

Allein die Schlafsucht hörte nicht auf, und überdies war die Befreiung des französischen Königspaares und der Sieg des monarchischen Prinzips durchaus nicht das einzige Kriegsziel, das dem Wiener Kabinett vor Augen schwebte. Es stellt sich die für den ersten Augenblick geradezu verblüffende Erscheinung heraus, daß man in Wien die Zurückführung und Stärkung der königlichen Macht gar nicht ernstlich wollte.[153] Denn einer neuen königlichen Regierung konnte eine Abtretung französischen Gebiets nicht gut zugemutet werden — und auf eine solche hatte man es abgesehen. Neben dem großen Zweck der Bekämpfung der revolutionären Seuche, für welchen man das Schwert gezogen, trat immer stärker, die ursprüngliche Absicht in den Hintergrund rückend, die alte territoriale Begehrlichkeit des Wiener Hofes hervor: man denkt an Eroberungen im Reich, in Frankreich, in Polen, in Italien und in der Türkei. Während um den Besitz der österreichischen Niederlande gerungen wird, wärmt das österreichische Kabinett das bayrische Tauschprojekt auf, liebäugelt es mit der Erwerbung von Elsaß und Lothringen und mit einer neuen Teilung Polens.

Schwer verstimmt zog sich der alte Staatskanzler, als der Kaiser hinter seinem Rücken die Verhandlungen in der

polnischen Angelegenheit hatte führen lassen, in den Ruhestand zurück. Kaunitz unterließ es aber nicht, dem neuen Herrscher einige kräftige Wahrheiten über die „Habsucht und die politischen Grundsätze, welche für zukünftige Zeiten so wenig Vertrauen einflößen können und dadurch wenig Gutes versprechen", zu sagen. „Eine dergleichen Moralität", setzte er bitter hinzu, „ist nicht nach meinen Grundsätzen und sollte daher von einer großen Macht, welche sich selbst zu schätzen weiß und den Wert ihres guten Namens anerkennt, nimmermehr angenommen werden."[154] Die Vergewaltigung Polens war auch vom Standpunkt des legitimen Prinzips ein verhängnisvoller Schritt und mit Recht spottete Fürst Arenberg über die merkwürdige Inkonsequenz, daß die Souveräne darauf ausgingen, „einen harmlosen König auszuplündern und sich in seine Staaten zu teilen, während sie einen anderen König in seine Rechte wieder einsetzen wollen".[155]

Österreich erreichte mit seinen polnischen Plänen zunächst nur das eine, daß Preußen, von schwerem Argwohn gegen seinen Bundesgenossen erfüllt, den Feldzug gegen Frankreich, der namentlich anfangs hauptsächlich auf seinen Schultern ruhte, ebenfalls nur mit halbem Herzen führte. Unter solchen Verhältnissen, da der Mangel eines aufrichtigen Einvernehmens alle Aktionen der Verbündeten lähmte, war an einen guten Ausgang des Kampfes nicht zu denken, und es beweist den Scharfblick des jungen Erzherzogs Karl, der bei der Armee weilte, daß er schon damals seinem kaiserlichen Bruder riet, einen Krieg abzubrechen, der von beständig hadernden Alliierten niemals zu einem rühmlichen Ausgange gebracht werden könne.[156] Als dann Österreich bei der Teilung Polens, die im Januar 1793 zwischen Preußen und Rußland vereinbart worden war, durchfiel und sich überlistet wähnte, brauste man in Wien auf. Spielmann und Cobenzl, welche die diplomatischen Verhandlungen geführt hatten, wurden entfernt und es trat nun — im März — jener Mann in die Staatskanzlei ein, der so recht der lebendige Ausdruck des Zornes gegen Preußen und einer ungezügelten Eroberungspolitik werden sollte: Franz Thugut.

Viel Schlimmes ist diesem Staatsmann, der mit seinem ursprünglichen Familiennamen Thunichtgut geheißen haben soll, nachgesagt worden; viel hat man über den unheilvollen Einfluß des „Großveziers" oder, wie ihn Napoleon später nannte, des „eigentlichen Souveräns" in Wien gesprochen — im Grunde war er doch nur der treue Diener seines Herrn, vertrat er jene Politik, die dem innersten Wesen des Kaisers zusagte. Von bürgerlicher Herkunft — er war der Sohn eines kaiserlichen Universal-Bancalitäts-Registraturs-Adjunkten — hatte er in der Schule des Fürsten Kaunitz rasch seinen Weg gemacht und verfolgte nun, da er die Leitung der auswärtigen Politik übernommen hatte, rücksichtslos und leidenschaftlich jenes Ziel, das ihn dem jungen Monarchen von vornherein als den richtigen Mann erscheinen lassen mußte: Erweiterung der habsburgischen Hausmacht und Stärkung der monarchischen Gewalt.

Allein die Wege, die er zur Erreichung dieses großen Zieles einschlug, waren nicht glücklich. Dem derb und brutal auftretenden Manne gebrach es an der nötigen Kraft und Initiative. Gleich einem seiner größeren Nachfolger hatte er die ausgesprochene Neigung zu „temporisieren", legte er das Schwergewicht auf die auswärtigen Angelegenheiten, obwohl er das richtige Gefühl für die Notwendigkeit, zuerst das Innere zu verbessern, besaß. Er war, nach Hormayrs Urteil, „ein unversöhnlicher Hasser alles freien Aufschwungs und alles höheren Wissens" und steuerte im Bunde mit Rußland die Donaumonarchie in ein durchaus absolutistisches, imperialistisches Fahrwasser. Doch so wenig er für die Gedanken, die den alten Kaunitz in seinen letzten Lebensjahren bewegten, daß man nämlich aus der Revolution auch etwas lernen könne, empfänglich war, in einem Punkte hatte er sich als einen sehr gelehrigen Schüler des theresianischen Paladins erwiesen: in dem Hasse gegen Preußen, die „infernale Rasse", wie er sich in seiner polternden Art ausdrückte.[157]

Es ist klar, daß ein Staatsmann von solcher Gesinnung, aus der er auch gar kein Hehl zu machen pflegte, keineswegs geeignet war, das Verhältnis zu dem preußischen Bundesgenossen zu bessern und dem Kriege eine vorteil-

hafte Wendung zu geben. Gerade zur Zeit, da Thugut die Staatskanzlei bezog, schien es, als wollte das Kriegsglück dauernd an die Fahnen der Verbündeten sich heften. Belgien war zurückerobert und der siegreiche Heerführer der Franzosen Dumouriez, der Held von Jemappes, zu den Kaiserlichen übergetreten, auch waren endlich die österreichischen Streitkräfte vermehrt worden — aber das Mißtrauen Preußens gegen seinen Verbündeten verstärkte sich und als im nächsten Jahre in Polen ein Aufstand losbrach und das Berliner Kabinett den Krieg noch mattherziger führte, trat die verhängnisvolle Wendung ein, die alle Erfolge zunichte machte.

Klarer sehende Männer, wie Erzherzog Karl, hatten sich bemüht, die Katastrophe, die ihnen bei diesem Stande der Dinge als unvermeidlich erschien, durch eine energischere Kriegführung abzuwenden. Als das beste Mittel, dem Kaiser über die wahre Lage die Augen zu öffnen, sahen sie dessen persönliche Anwesenheit auf dem Kriegsschauplatze an. Gesprochen wurde ja lange davon und in der Tat begreift man nicht recht, warum der Monarch sich nicht gleich anfangs zur Armee begab, um dem ganzen Feldzug schon durch dieses äußerliche Moment seiner Gegenwart ein größeres Gewicht zu geben. Als Erzherzog Karl zu Ende des Jahres 1792 einige Tage von ihr sich entfernte, um von den Kriegsstrapazen sich zu erholen, bekam er alsbald von seinem kaiserlichen Bruder die schöne Belehrung, „daß es die Truppen, die keine Ruhe und Winterquartiere haben, freuen würde, wenn er ihr Ungemach mit ihnen teilen und ihnen dadurch Mut machen würde“.[158] Um wie viel mehr würde es die Armee gefreut haben, wenn nach Josephs II. Vorbilde der Kaiser selber in ihrer Mitte geweilt hätte.

Als der Kaiser aber allen Mahnungen zum Trotz auch jetzt noch zögerte, seine Residenz zu verlassen, hielt es der Erzherzog für geraten, auf ihn persönlich einen Druck auszuüben. Ende März 1794 erschien er unerwartet in Wien, was natürlich das größte Aufsehen hervorrief. Am Kaiserhof scheint man über diesen Besuch nicht sehr erfreut gewesen zu sein. Der Monarch empfing den Bruder, so erzählte man sich, sehr ungnädig und verbat sich jede

„fernere Einmischung". Auch Thugut, der es für ganz selbstverständlich hielt, daß der Minister für die auswärtigen Angelegenheiten auch die militärischen Operationen beeinflußte und leitete, beklagte sich über die Einmischung der Generale in die Politik.[159] Übrigens war der Entschluß zur Reise ins Feld schon vor der Ankunft des Bruders gefaßt worden.

Kaiser Franz begab sich nun — zwei Jahre nach Beginn des Krieges — zu seiner Armee. Aber man kann nicht behaupten, daß der Zweck, der dem Erzherzog vorschwebte, durch die Anwesenheit des Kaisers erreicht wurde. Wir wollen hier nicht untersuchen, inwieweit die Meldung des französischen Agenten Rivalz[160] über die „jämmerliche Rolle" und die „einmütige Verurteilung der Unfähigkeit" des jungen Cäsars seitens der Soldaten begründet war oder nicht, aber Glück hat er ihnen nicht gebracht. Es war wirklich so, wie unser Gewährsmann, der sich meist ebenso gut unterrichtet wie boshaft zeigt, den Erfolg schilderte: „Venit, vidit, perdidit."[161] Zunächst fanden die üblichen längeren Beratungen statt, aus denen dann der vom Generalstabschef Mack ausgeheckte große „Vernichtungsplan" hervorging. In der Tat eine merkwürdige Idee, mit einer Armee von 70.000 Mann einen numerisch stärkeren und auch sonst in moralischer Hinsicht nicht zu mißachtenden Gegner von 90.000 Kombattanten „vernichten" zu wollen.[162]

Mit der Schlacht von Tourcoing fiel der schön ausgetüftelte Plan ins Wasser. Es mußte der Befehl zum Rückzug erteilt werden und in dem wenige Tage darauf ausgegebenen Armeebefehl des Kaisers vom 23. Mai drückte sich der Kleinmut der militärischen Oberleitung deutlich genug aus. Man sprach da von „schreckenerregenden" Lücken, die der Tod in das Heer gerissen, von der „besorgniserregenden" Schwächung der Streitkräfte usw. Der Monarch hielt seine weitere Anwesenheit bei der zurückweichenden Armee offenbar nicht mehr für nötig und so finden wir ihn am 19. Juni 1794 wieder in seinem Schönbrunn. Vor seiner Abreise vom Kriegsschauplatze hatte Franz dem Statthalter der Niederlande den gemessenen Befehl erteilt, „die souveräne Autorität im Lande wiederherzustellen", aber er

vergaß ihm zu sagen, wie er das zu machen habe. Die Schlacht von Fleurus entschied die endgültige Räumung Belgiens. Man war an einem bedeutungsvollen Wendepunkt angelangt. Gewichtige Stimmen wie der niederländische Kanzler Graf Trauttmansdorff und General Mack, der Urheber des famosen Vernichtungsplanes, sprachen sich unbedingt für den Frieden aus.[163]

Aus jener kritischen Zeit vom Sommer 1794 besitzen wir zwei Denkschriften, die dem Monarchen vorgelegt wurden und geeignet erschienen, auf ihn Eindruck zu machen. Das eine Schriftstück, das an Rollin, den Generaladjutanten des Kaisers, gerichtet war und von einem ungenannten Offizier der Feldarmee stammte, schildert die ungünstige, verzweifelte Stimmung im Heere und die Erbitterung über das Wiener Kabinett. „Der Geist der Armee", heißt es da, „ist so herabgefallen, daß von den Generalen an bis zum gemeinen Mann der Wunsch nach Frieden allgemein herrscht." Jeder Befehl zum Rückmarsche verursache heitere Gesichter. Vom General bis zum Fähnrich fluche alles laut über das Kabinett, das „durch die anderen Puissancen duppiret" worden. Nur die „Großen" hätten in ihrem eigenen Interesse dem Kaiser zu diesem Krieg geraten, der Frankreichs König und Königin auf das Schaffot und das Land um die so vortreffliche, weil gegen den Adel gerichtete Konstitution von 1791 gebracht. Die Denkschrift, die in beredten Worten die Leiden und Strapazen des langen Krieges, die Unmöglichkeit, nur einmal Atem zu schöpfen, hervorhebt, schließt mit dem Appell, aus der Revolution die politische Nutzanwendung zu ziehen. Jeder Staat in Europa müsse seine Politik, seine Gesetze „nach der dermaligen Denkensart proportionieren", weil sonst die Revolution „allgemein um sich greift, und sie tritt in jedem Lande früher oder später ein, je nachdem dessen Einwohner mehr oder weniger aufgeklärt sind und sich den Franzosen nähern".[164]

Die zweite Denkschrift hat für uns dadurch ein besonderes Interesse, weil sie aus der unmittelbaren Umgebung des Kaisers herrührt. Der Verfasser — es war der Staatsratskonzipist Stahl, anscheinend ein Liebling des Monarchen — erklärt offen, daß er niemals für den Krieg war, wenn er

auch zugeben müsse, daß er höchstwahrscheinlich auch ohne das Treiben der Emigranten und die Pillnitzer Erklärung ausgebrochen wäre, weil der Umsturz der Verfassung in einem Lande von der Größe Frankreichs naturgemäß seine Nachbarn in Mitleidenschaft ziehe. Aber die Art, wie man sich bei dem Ausbruch der Streitigkeiten benommen, sei es, die ihn „am meisten jammerte". Wiederum habe man sich „nach dem gewöhnlichen Schlendrian" in Koalitionen begeben, ohne sich an die unangenehmen Erfahrungen, die man bisher immer damit machte, zu erinnern.

Stahl wirft die schicksalsschwere Frage auf, gegen wen man denn eigentlich Krieg führe, und die Antwort enthält eine wahrhaft vernichtende Verurteilung des Krieges gegen Frankreich als eines — Prinzipienkrieges. Man führt ihn, bemerkt er spitz, „wider die Opinion einer mächtigen, aus lauter Feuerteilen zusammengesetzten und zu einer Revolution aus Verzweiflung gebrachten Nation, und vergaß, daß eine mit Bajonetten bekämpfte Opinion die Zahl deren Anhänger vermehre. Aber man sah diese Revolution für Rebellion an und glaubte ihr daher durch einen Kreuzzug in die Champagne spielend ein Ende zu machen". Der erste Feldzug des Herzogs von Braunschweig mit seinem „Mord und Brand verkündenden" Manifest entschied für alle übrigen. Hätten die Verbündeten ein Defensivsystem angenommen, dann öffentlich erklärt, sie wollten sich nicht in das Innere Frankreichs einmischen, und sich wechselseitig dahin verbunden, keinerlei Kriegsentschädigung zu verlangen, so wäre viel Unglück vermieden worden.

Der staatsrätliche Beamte hält nun dem Kaiser die ganze Unehrlichkeit und Widersinnigkeit der Kriegsziele, die nebst der Bekämpfung der Rebellion auf Eroberungen sich richteten, vor Augen. „Aber da wollte man einem König", bemerkt er sarkastisch, „eigener Vorteile wegen auf den Thron helfen, dort wieder stieß man einen anderen König — er meinte den von Polen — ebensolcher Vorteile wegen fast vom Throne herunter; hier sprach man in einem Manifest an Frankreich von Herstellung der Konstitution von 1789, dort wollte man wieder nach einem anderen die ganz alte Verfassung eingeführt wissen, und fast alle vergaßen den

Hauptzweck, um lediglich ihren versteckten Absichten nachzujagen." Diese Politik hat den Koalierten mehr geschadet als alle bisher verlorenen Schlachten und dem System der französischen „Tollköpfe" eine „Art Konsistenz" gegeben, deren Folgen schon alle gefühlt haben. Bei Ausbruch der Revolution und des Krieges war Frankreich in Parteien jeder Art zerrissen; aber wie ein „elektrischer Schlag" wirkte die Invasion der Alliierten: alles eilte zu den Grenzen, um das bedrohte Vaterland zu retten, und gerade die radikalen Elemente, die „rasendsten" Jakobiner erhielten die Oberhand. Die Zerstörung der „Opinion" war bloß durch Selbstüberlassung möglich, aber tatsächlich gossen die Verbündeten Öl ins Feuer, machten die „tolle" Partei siegen, die nun auf ganz Europa aufmunternd wirken werde.

Nach dieser tödlichen, aber nur zu berechtigten Kritik der dem revolutionären Frankreich gegenüber eingeschlagenen Politik geht Stahl auf die Frage ein, was nun zu tun sei, und die Antwort lautet kurz und bündig: Man müsse rasch Frieden schließen. Die Niederlande seien verloren und dieses „unsinnige" Volk möge seinem Schicksal überlassen sein. Österreich hätte seine gesamte Streitmacht hinter den Rhein zurückzuziehen, jeder Entschädigung zu entsagen und eine Erklärung abzugeben, daß man sich nicht in die inneren Angelegenheiten Frankreichs einmengen werde. Auch wäre auf alle Eroberungen zu verzichten; „das Licht von Rechtschaffenheit und Gerechtigkeitsliebe ist mehr wert als ein paar lumpichte Palatinats gezwungener Unterthanen". Stahl erinnert an das uns schon bekannte[165] schöne Wort der Kaiserin Maria Theresia, die in der Teilung Polens ein großes Unglück sah. Er gibt auch zu bedenken, was dem Kaiserstaate die Subsidien der Engländer helfen sollten, wenn er selber entvölkert werde. Er opfere sich für die Interessen Albions und Hollands auf, wo doch alles an der Erhaltung des deutschen Reiches wie seiner Verfassung und allenfalls an jener Polens und der Türkei gelegen sei.[166]

Der Wunsch nach Frieden muß damals in den höchsten Kreisen der Regierung geteilt worden sein und auch Aussichten auf Verwirklichung desselben gehabt haben. Der

Staatsrat Eger sprach sich bei der Beratung über das neue, gelegentlich des Jakobinerprozesses erlassene Hochverratsgesetz für eine mildere Fassung des die Sympathien mit den französischen Freiheits- und Gleichheitsideen verurteilenden Patentes aus: „Da es erlaubt ist", äußerte er sich, „das, was man wünscht, nämlich baldigen Frieden, zu hoffen, so wäre es gar zu sonderbar, mit einem gegen die französische Nation aufbrausenden und beleidigenden Patent vielleicht eben in einem Zeitpunkte aufzutreten, wo man mit derselben in Friedensunterhandlung stünde oder solchen wohl gar schon geschlossen hätte." [167]

Kaiser Franz mag vielleicht geschwankt haben, aber er entschied sich schließlich für die Fortsetzung des Krieges. War es die „weltverheerende unsinnige Hartnäckigkeit" [168] des „Kriegshetzers" Thugut, die den „friedliebenden" Kaiser Franz mitriß — oder glaubte der Staatsmann, als er sich gegen den Frieden aussprach, im Sinne seines kaiserlichen Herrn zu handeln? Der boshafte Hormayr hat dem berühmtesten Nachfolger Thuguts den zum „System" gehörigen Grundsatz in den Mund gelegt: „Die Menschheit bedarf von Zeit zu Zeit starker Aderlässe, sonst wird ihr Zustand entzündlich und es bricht sogleich der liberale Wahnsinn aus." [169] Diese angebliche Maxime Metternichs ist keineswegs aus der Luft gegriffen. In einem drei Jahre vor der Märzkatastrophe verfaßten Vortrag an den Kaiser, worin er mit sichtbarer Genugtuung die „festen Grundlagen" für die Erhaltung der Ruhe bespricht, erwähnt er als eines der bewährtesten Mittel neben den „gediegenen Grundsätzen" und der „geregelten Administration" auch den zwanzigjährigen Kriegszustand mit Frankreich, indem er erklärend hinzufügt: „weil die Völker nicht gerne sich dem, was der erwiesene Feind will, hingeben." Also durch den Kampf mit den Franzosen und der dadurch ganz von selbst sich herausentwickelten Erregung sollen auch die von ihnen vertretenen revolutionären Grundsätze verhaßt gemacht werden. Metternich spricht bei dieser Gelegenheit offen von „Gefahren der Ruhe", und was er damit meint, ergibt sich ganz klar der unmittelbar daran sich anschließenden Feststellung der Tatsache, daß „der Geist und die Kapitalien in einer fieber-

haften Aufregung stehen“ und „Kräfte neuer Art“ sich allenthalben Luft zu machen suchen.[170] Diese fieberhafte Aufregung war aber nichts anderes als der „liberale Wahnsinn“.

Der Standpunkt, den der spätere Leiter der Staatskanzlei uns enthüllte, ist indes der Kaiser Franzens. Auch er ließ sich gelegentlich dazu verleiten aus der Schule zu schwatzen, so wenn er in einem vertraulichen, hier schon erwähnten Schreiben an den Palatin aus dem Jahre 1798 die erfreuliche Tatsache verzeichnet, daß in den deutschen Erblanden — sie hatten mittlerweile die Unbilden des Krieges kennen gelernt — der Geist besser als jemals sei, und zwar „durch die Handlungen der Franzosen, die sich, man kann sagen, entlarvt haben.“ [171] Ja, die Befreier hatten sich als Eroberer entpuppt, und die Ausschreitungen, die sie sich in Feindesland hatten zuschulden kommen lassen, waren geeignet, auch die von den Franzosen vertretenen „völkerbeglückenden“ revolutionären Ideen in Verruf zu bringen. Daß der Kaiser, wie sich der staatsrätliche Beamte so treffend ausdrückte, in den Franzosen die „Opinion“, das heißt die „Rebellion“ bekämpfte, das hat er ja selbst nach dem Sturze Napoleons bekannt, als er zu Talleyrand die ofterwähnte Äußerung tat: „Ich habe durch fünfundzwanzig Jahre die Grundsätze bekämpft, welche die Welt verwüsten.“ Immer das Schreckgespenst der Revolution vor Augen sehend, war der Monarch jedem auf Bekämpfung Frankreichs als ihres Ursprungslandes abzielenden Rate günstig gesinnt — es ging dann wieder das „Raufen“ an.

So gelang es Thugut leicht, seinen Monarchen zu überzeugen, daß er an die Verträge mit den Alliierten gebunden sei. Preußen, welches das Wiener Kabinett zu einem gemeinsamen Frieden hatte bewegen wollen, schloß jetzt mit Frankreich einen Separatfrieden. In Wien brauste man über diesen „Verrat“ auf, aber unleugbar machte gerade die österreichische Politik nicht nur in Berlin, sondern auch anderwärts den Eindruck eines „falschen Spieles“. [172] Nach dem Baseler Frieden von 1795, der Deutschland in zwei Teile zerriß, hätte der habsburgische Staat die beste Gelegenheit gehabt, den Kampf, der nun ganz auf seinen Schultern ruhte, als einen deutschen Krieg zu führen,

als Befreier von dem französischen Joche aufzutreten und so seine Stellung als Vormacht Deutschlands Preußen gegenüber zu festigen. Der Krieg hätte aber jetzt mit ganzer Kraft geführt werden müssen. Schon tauchte da und dort in Süddeutschland, selbst in Regierungskreisen, der Gedanke einer Volkserhebung auf: der levée en masse der Franzosen sollte dadurch ein wirksames Gegengewicht geschaffen werden.

Diese einzig richtige Idee, den Kampf gegen Frankreich als Volkskrieg zu führen, fand früh schon auch in den Köpfen einzelner Heerführer Gehör, um dann, namentlich in der Umgebung Erzherzog Karls, greifbarere Formen anzunehmen.[173] Nicht ohne Interesse ist es, daß zwei Jahrzehnte, bevor Erzherzog Johann den Plan zu seinem „Alpenbund" faßte, ein kaiserlich-königlicher Geheimrat dem Kaiser Franz den Gedanken mundgerecht zu machen suchte, die Schweizer Eidgenossenschaft zum Kampf gegen die Franzosen aufzurufen; vierzigtausend „tapfere" Schweizer glaubte er ihm in sichere Aussicht stellen zu können.[174] Allein das Wiener Kabinett wies solche Anregungen weit von sich. Der Krieg wurde mit den alten, unzureichenden Mitteln weiter geführt und überdies die tüchtigste Kraft der kaiserlichen Armee, Erzherzog Karl, dazu gedrängt, sich ins Privatleben zurückzuziehen. Schwarz und düster sah er in die Zukunft. Er war so in Ungnade gefallen, daß man vor ihm die militärischen Beratungen geheim hielt, obwohl ihm Franz deren Mitteilung versprochen hatte.[175]

Doch als sein Nachfolger Clerfayt, eine Kreatur Thuguts, gründlich versagt hatte, holte man den Erzherzog, dem allein die Armee vertraute, wieder hervor, um als „Reichsgeneralfeldmarschall" Deutschland von den Franzosen zu befreien. Im Grunde war es ja dem Kaiser ganz gleichgültig, wer die Truppen befehligte. In seinen Augen war der „Feldzugsplan", der in Wien gemacht wurde, das allerwichtigste, das entscheidende. War dieser Plan gut, dann handelte es sich nur mehr um die pünktliche, gewissenhafte Durchführung. Nicht von dem Talent und der strategischen Begabung, sondern von dem Eifer und dem Gehorsam seines Bruders erwartete er sich den Erfolg. In der „Instruktion", die Karl

vor seiner Abreise ins Feld, am 4. April 1796, eingehändigt erhielt, wurde ihm, nachdem in richtiger Erkenntnis der Sachlage auf die Mangelhaftigkeit der Hilfsmittel hingewiesen worden war, der gemessene Befehl zuteil, die feindlichen Armeen, eine nach der anderen womöglich zu schlagen und dann Landau zu belagern.[176]

Die Unzulänglichkeit der Mittel hinderte in der Tat den Erzherzog längere Zeit hindurch an jeder ausgreifenden Aktion. Erst als er auf seine unausgesetzten dringenden Mahnrufe, alle Kräfte zu einem entscheidenden Schlage zusammenzufassen, über eine ansehnlichere Truppenmacht verfügte, konnte der Reichsgeneralfeldmarschall in einem raschen Siegeszug die Franzosen über den Rhein werfen, als „Retter Germaniens" überall jubelnd und stürmisch begrüßt. Allein der Taumel der Begeisterung währte nicht lange. Von einer anderen Seite, von der man es sich nicht erwartet hatte, bekam der Krieg eine verhängnisvolle Wendung.

In Italien, das bisher als Nebenkriegsschauplatz galt, war einer der hoffnungsvollsten und begabtesten Generale der französischen Republik mit einer ansehnlichen Streitmacht aufgetreten und von Erfolg zu Erfolg geeilt: Napoleon Bonaparte. Daß ein „junger Mensch von siebenundzwanzig Jahren, ohne jede Erfahrung, an der Spitze einer Armee von Freiwilligen und Briganten" die altbewährten österreichischen Heerführer über den Haufen rennen könne, mit dieser Möglichkeit scheint Thugut nicht gerechnet zu haben.[177] Nun wurde der siegreiche Erzherzog aus Deutschland abberufen, um dem schlachtengewaltigen Bonaparte entgegenzutreten. Allgemein war die Überzeugung, daß „die eben erst errungenen Lorbeeren des angebeteten Prinzen rasch verwelken" würden und der Abgott der Wiener für ein „verfehltes, aussichtsloses" Unternehmen aufgeopfert werde. Nach dem Falle Mantuas war auch tatsächlich die Stellung Österreichs in Italien unhaltbar geworden. Doch Thugut ließ sich durch das Grollen der „canaille", wie er das Volk nannte, nicht abhalten. „Wenn alle Welt", erklärte er, „mir heute entgegenruft, um keinen Preis dürfe der Ruhm Seiner königlichen Hoheit aufs Spiel gesetzt werden;

soll dies auch gelten, wenn es sich um die Rettung des Staates handelt?“ [178]

Erzherzog Karl fand in Italien die trostlosesten Verhältnisse vor. Kein Wunder, daß er recht froh war, als im kaiserlichen Hauptquartier ein Unterhändler Napoleons erschien, um ihm ein nach der ganzen Lage nicht ungünstiges Friedensangebot zu machen. Mitte Februar 1797 begab sich Karl nach Wien, um persönlich dessen Annahme beim Monarchen zu befürworten. Der Prinz wurde von seinem kaiserlichen Bruder wieder höchst ungnädig behandelt. Denn Thugut wollte von einem Frieden nichts hören. Um so herzlicher war der Empfang, den die Wiener dem als „Retter des Staates“ erschienenen Erzherzog bereiteten: die ganze Stadt wurde glänzend beleuchtet; ihm zu Ehren eine von Kapellmeister Weigl komponierte Kantate gesungen. Franz, durch die lauten Huldigungen, die dem jüngeren Bruder dargebracht wurden, unangenehm berührt, stimmte nach einigem Schwanken seinem Minister bei.[179] Seine Verabschiedung erfolgte so rasch, daß er berechtigt war, seinem Generalstabschef, der sich über dessen frühes Eintreffen wunderte, zu sagen: „Man hat mich von Wien weggejagt.“ [180]

Anfangs März stand Erzherzog Karl wieder Bonaparte gegenüber, der in einem zündenden Armeebefehl seine „aus 14 Schlachten und 70 Gefechten siegreich hervorgegangene“ Armee zur kräftigsten Fortsetzung des ihnen aufgedrungenen Kampfes anspornte. Mit seinen entmutigten Truppen mußte der Erzherzog langsam in das Innere der Monarchie zurückweichen, während er von Wien aus beständig zu einem energischen Handeln aufgefordert wurde. In der kaiserlichen Residenzstadt schäumte die Volkswut über den „Verräter“ Thugut auf. Vor seinem Hause ertönten Rufe: „Den Spitzbuben hängen wir noch auf, den Kerl schlagen wir noch tot.“ [181] Der Minister aber scheute sich nicht, für den Rückzug den Erzherzog verantwortlich zu machen. Unwillig schrieb der Monarch seinem Bruder: „Ohne Dich über vergangene Sachen zu kritisieren, so glaube ich, alles dieses wäre nicht geschehen, wenn Du bei Deiner Armee geblieben wärest, anstatt nach Wien zu kommen.“ Der Erz-

herzog konnte ihm zurückschreiben: Es schmerze ihn, daß seine Reise wider des Kaisers Intentionen gewesen sei, doch habe ihm dieser zweimal geschrieben, nach Wien zu kommen. Im übrigen glaube er nicht, daß sie einen so wesentlichen Einfluß auf die Kriegsereignisse hatte, da er mit den ihm zur Verfügung gestandenen Truppen den an Zahl überlegenen Gegner unmöglich hätte angreifen können. Die Katastrophe wäre nur um 8 bis 10 Tage früher erfolgt.[182]

Unter weit ungünstigeren Verhältnissen, da der Feind schon vor den Toren der kaiserlichen Residenz stand, mußte das Wiener Kabinett sich entschließen, in Friedensverhandlungen einzutreten. Während diese im Gange waren, spielte sich dort in der Hauptstadt eine merkwürdige Episode ab. Der niederösterreichische Regierungspräsident Graf Saurau erließ am 4. April an die Wiener einen Aufruf, mit Ausdrücken und Wendungen, wie sie „die österreichische Regierung bisher noch nie in den Mund genommen hat". Der Monarch, so wurde erklärt, werde die rasche Durchführung des Friedens gewissenhaft verfolgen, aber er erwarte auch von seinen Untertanen, daß sie, wenn es nötig sei, alle Kräfte aufbieten würden, um einen ehrenvollen Frieden mit den Waffen zu erkämpfen. Ein Appell an das Volk — das war in der Tat etwas Unerhörtes. Aber er wirkte. Die Wiener waren gar nicht wieder zu erkennen; das Volk, das stets den Frieden begehrte, strömte, in erster Linie die studierende Jugend, zu den Waffen, und die Freiwilligenscharen wurden vom Kaiserpaar durch Ausdrücke der gnädigen Anerkennung ausgezeichnet. War aber der Aufruf an das Volk wirklich ernst gemeint und war die kriegerische Begeisterung kein bloßes Strohfeuer? Der preußische Geschäftsträger am Wiener Hofe behauptete, der patriotische Eifer wäre erst durch die Ankündigung der Eröffnung von Friedensverhandlungen entfacht worden. Ihm wurde versichert, daß die lärmenden Kundgebungen nur dazu dienen sollten, die Ansprüche der Franzosen etwas herabzumindern.[183] Das ganze wäre also mehr ein Spiel gewesen. Der Waffenlärm in der als Phäakenstadt verschrienen Residenz dauerte jedenfalls nicht lange; denn schon am 18. April wurde in Leoben ein Präliminarfriede geschlossen, der

dann in Campo Formio seine endgültige Gestalt bekam.

Der Friede von Campo Formio lieferte der Welt den Beweis, daß Österreich sehr wenig Grund hatte, Preußen seinen „Verrat“ an der deutschen Sache vorzuwerfen; denn es gab in einer geheimen Bestimmung das linke Rheinufer, ja sogar Mainz, den „Schlüssel des deutschen Reiches“, preis, um die Dogenstadt zu gewinnen, einen zweiten „Raub“ zu begehen. Obwohl dies nur ein sehr geringer Ersatz für den Verlust der Niederlande und den Verzicht auf Mailand und Mantua bedeutete, war der Jubel der Wiener Bevölkerung groß. Sie konnten jetzt ungestört, wie sich Thugut gallig ausdrückte, „auf die Redouten laufen und ruhig ihre Backhändel verzehren“.[184] Im Burgtheater sang das Publikum begeistert die Kaiserhymne.[185]

Thugut betrachtete indes den Frieden nur als einen Waffenstillstand und der Übermut der Sieger gab der unermüdlich am Wiener Hofe tätigen Kriegspartei den geeigneten Vorwand, um sich fieberhaft für den neuen Krieg vorzubereiten. Der Minister hatte eine große Koalition zustande gebracht: Österreich, Rußland, England, die Türkei und die Reste von Neapel und Sardinien. Auf sie war seine stolze Hoffnung gerichtet — und doch war diese recht schlecht begründet. Wie unser Staatsratskonzipist Stahl, der den Kaiser auf den fragwürdigen Wert solcher Bündnisse aufmerksam gemacht hatte, dachte auch Bonaparte. „Wie viele seid ihr denn, ihr Alliierte“, fragte er einmal einen österreichischen Staatsmann, „fünfzehn, zwanzig? je mehr, desto besser für mich!“ [186] Am 28. Februar 1799 begann von neuem das Ringen, das noch größere Opfer als der erste Koalitionskrieg fordern sollte.

Bevor die Kaiserlichen ins Feld rückten, war es zu einer Auseinandersetzung des Kaisers mit Erzherzog Karl gekommen, die für den Verlauf des Krieges nicht ohne böse Vorbedeutung war. Erzherzog Karl bat seinen Bruder um die Enthebung von seiner Stelle als Generalissimus. Dieser Schritt war die Folge einer langen Reihe von Kränkungen und Reizungen, die er von Wien aus erfahren. Nach dem Rückzug aus Italien war er an den Rhein kommandiert worden, um dann später nach Prag versetzt zu werden. Von

den wichtigsten militärischen und politischen Angelegenheiten wurde er nicht einmal verständigt und seine Meldungen und Anfragen blieben wochenlang ohne Erledigung. Den Ausschlag gab aber dann, daß sein Feldzugsplan, der auf eine energische Offensive abzielte, von den Strategen des kaiserlichen Kabinetts und der Staatskanzlei durchgreifende Änderungen erfuhr, für die der Erzherzog nicht die Verantwortung übernehmen wollte und konnte. Der Monarch, über die Bitte seines Bruders äußerst ungehalten, sprach von Subordinationsverletzung, von „unanständiger Aufbrausung der Empfindlichkeit" und drohte zuletzt mit den unangenehmen Folgen, die dem Erzherzog „aus hartnäckiger Beharrung auf Deinem Rappel von dem Generalkommando" entstehen müßten.[187] Der Erzherzog blieb auf seinem Posten, aber mit welchen Gefühlen mag er ausgezogen sein!

Wiederum wurde der Krieg von Seite Österreichs nicht mit ganzer Kraft geführt, und der russische Feldherr Suwarow, der die Verbündeten befehligte, fand bald Ursache, über verräterische Absichten des Wiener Hofes, mit Frankreich einen Sonderfrieden zu schließen, zu klagen. Wie früher Preußen, so zog sich jetzt Rußland grollend zurück. Deutschland selbst war wieder gespalten und sah mit Mißtrauen auf den von Thugut geleiteten Habsburgerstaat, in der Furcht, von ihm „verschluckt" zu werden. Erzherzog Karl, durch die Weisungen des Wiener Hofkriegsrates gelähmt, bat neuerdings um seinen Abschied, der ihm diesmal gewährt wurde. Nach dem Siege des aus Ägypten zurückgekehrten Bonaparte bei Marengo war es, da der Konsul wieder die Hand zum Frieden bot; doch die Verhandlungen scheiterten an der Unnachgiebigkeit Thuguts. Um den gesunkenen Mut der Kaiserlichen zu beleben, begab sich Kaiser Franz in das Hauptquartier nach Ötting am Inn. Aber nach sechs Tagen kam er wieder verstimmt, des „Raufens" müde, nach Wien zurück. Als die Wiener, die ihm bei der Abreise lebhaft zujubelten, noch erfuhren, daß Franz „zur Bezeigung seiner Ehrlichkeit" und „als Pfand friedlicher Gesinnung" drei bisher von den Kaiserlichen besetzte Festungen herausgegeben habe, war rasch alle Begeisterung verflogen.[188]

Thugut schied wütend von seinem Amte, um freilich hinter den Kulissen seine unselige Tätigkeit fortzusetzen. Der Krieg ging weiter und führte zur Katastrophe von Hohenlinden am 3. Dezember 1800. Das Oberkommando hatte der achtzehnjährige Erzherzog Johann über, der nach seinem eigenen Geständnis nicht so viel militärische Kenntnisse besaß, um ein Pferd zu besteigen. Die Österreicher waren nach dieser Niederlage vollständig demoralisiert. Nur ein Mittel gab es noch, den Truppen einen Halt zu gebieten: ein populärer, geachteter Führer. „Die ganze Armee seufzt und ruft nach dem Erzherzog Karl", so meldete der bayerische Oberst Wrede seinem Kurfürsten.

Kaiser Franz trug dieser Stimmung Rechnung und wandte sich an seinen Bruder, um ihn zur Wiederübernahme des Oberbefehles zu bestimmen. „Von Deiner Liebe gegen mich", schrieb er Karl in beweglichen Worten, „erwarte ich alles und rechne, Du wirst mich nicht sitzen lassen, wo es auf das fernere Heil des Staates ankommt." Der Erzherzog gehorchte. Aber bald gewann er die bittere Überzeugung, daß der Zustand der ihm anvertrauten Armee ein verzweifelter war. „Die Truppe", schrieb er am 19. Dezember dem Kaiser, „bleibt vor dem Feinde gar nicht mehr stehen und könnte zum Halten keineswegs mehr gebracht werden, der dermalige Zustand der Armee ist über alle Begriffe und alle Vorstellungen schlecht und elend und grenzt an völlige Auflösung und Verzweiflung." [189]

Der Erzherzog hatte nicht übertrieben. Auch sonst war die Stimmung keine gute. Der Aufruf zur Verteidigung von Wien fand keinerlei Widerhall in der Bevölkerung; die Mutlosigkeit verstärkte sich, als bekannt wurde, daß der Hof die Residenz verlassen wolle. Die ungarischen Truppen konnten nur durch die äußersten Gewaltmittel zum Ausmarsch gebracht werden, um freilich dann scharenweise zu desertieren. Kaiser Franz erkannte jetzt selbst die völlige Aussichtslosigkeit eines weiteren Widerstandes, aber noch war Thugut eifrigst tätig, den Frieden zu verhindern. Flugzettel forderten zur Fortsetzung des Kampfes auf. Bei der wankelmütigen Natur des Monarchen war es nicht ausgeschlossen, daß er sich wieder eines anderen besinnen werde.

Da erschien am 27. Dezember der Erzherzog selbst in Schönbrunn, von einer großen Menschenmenge stürmisch umjubelt, die ihn mit dem Zuruf „Unser Retter! Unser Vater!“ begrüßte.[190]

Thugut wurde jetzt vom Kaiser fallen gelassen. Am 16. Januar 1801 wurde ihm in höchst ungnädigem Tone bedeutet, daß er unverzüglich seinen Abschied nehmen möge. „Seine Majestät“, wurde ihm gesagt, „verlangen dieses Opfer von Ihnen, weil alle Volkskreise einstimmig der Ansicht sind, daß Ew. Exzellenz den Friedenschluß aufhalten und immer aufhalten werden.“ Thugut habe schon vor mehreren Monaten seine Entlassung erhalten und trotzdem die Geschäfte weiter geführt, weshalb man jetzt darauf dringen müsse, daß er sich künftighin jedweder amtlichen Handlung enthalte, „damit es nicht den Anschein hat, als ob Sie noch irgendwelchen Einfluß auf die auswärtigen Angelegenheiten hätten oder wieder mit diesem Amte betraut würden“. Nicht den geringsten Aufschub wollte der Kaiser dulden. Thugut bat um einen kurzen Aufenthalt in Wien zur Ordnung seiner Privatgeschäfte — auch diese Bitte wurde dem Minister abgeschlagen. „Ich habe gehofft“, schrieb Kaiser Franz persönlich an Thugut, „daß mit Ihrer Entfernung aus der Staatskanzlei die Vorwürfe gegen Sie und Ihre Amtsführung ein Ende nehmen würden.“ Das Geschrei habe indes eher noch zugenommen. „Ich bitte also dringend um der Wohlfahrt des Staates und um Ihres eigenen Wohles willen: Begeben Sie sich ohne Aufschub auf den Posten, den ich Ihnen anvertrauen will!“[191]

Die Form, in der sich die Verabschiedung des früher so allmächtigen Ministers vollzog, war nicht schön; es zeigte sich dabei wirklich, wie treffend gesagt wurde, „schnöder Undank.“[192] Thugut hatte nach seinen besten Kräften die Größe des Kaiserstaates gewollt, und seine Politik, so verfehlt sie auch gewesen sein mag, war vom Monarchen gebilligt worden. Der Staatsmann büßte schließlich nur die Sünden der Mißwirtschaft, wie sie auf allen Gebieten der Militär- und Zivilverwaltung herrschte, und in seinen vertraulichen Briefen spielen die Klagen über die „Konfusion“ im Kabinett eine nicht unerhebliche Rolle. Schwer gekränkt

wies er jede Wiederverwendung im Staatsdienste zurück. So gewaltig aber saß im Volke der Schrecken vor dem „Kriegsbaron“, daß man seinen Geist auch unter seinen Nachfolgern zu spüren wähnte.[193]

Unmittelbar nach der Entlassung Thuguts schloß sein Amtsnachfolger Cobenzl den „abscheulichen“ Friedensvertrag ab. Der Friede von Lunéville vom 9. Februar 1801 war schon, wie Erzherzog Karl in der von uns vorhin erwähnten Denkschrift, worin das ganze Sündenregister der äußeren und inneren Politik des Kaisers schonungslos aufgedeckt wird, hervorhebt, viel ungünstiger als der von Campo Formio. Aber trotz den eindringlichen Warnungen des Bruders ließ sich der Kaiser „Hals über Kopf“ in den dritten Koalitionskrieg hineinziehen. Der Standpunkt des Zaren Alexander: „Je eher, je besser“, hatte im Wiener Kabinett, in dem jetzt nicht mehr der Kriegshetzer Thugut saß, Beifall gefunden.[194]

Napoleon hatte — es war im Jahre 1800 — Kaiser Franz beschworen, dem Jammer Europas ein Ende zu machen. Nicht Frankreich störe das Gleichgewicht, sondern England, das sich des Welthandels und der Seeherrschaft bemächtigt habe. Nicht die revolutionären Grundsätze, sondern die Folgen des Krieges brächten Europa in Empörung. Es waren das Argumente, die der großen Mehrheit des deutschen Volkes und der österreichischen Untertanen aus der Seele gesprochen waren. Wie gereizt um die Jahrhundertwende die Stimmung gegen Albion war, gegen die „übermütigen Insulaner“, die mit den „Polypenarmen“ ihrer Handelsflotten das „Reich der freien Amphitrite“ schließen wollten, das ist ja bekannt. Auch die Mahnungen des Staatskonzipisten Stahl waren auf diesen Ton gestimmt. In der Tat waren die Beziehungen zwischen Wien und Paris eine Zeitlang so gut, daß man von einem geheimen Bündnisse sprach.[195]

Der Feldzug des Jahres 1805 zeigt die führenden Männer der Habsburger-Monarchie in ihrer ganzen Kopflosigkeit und Unfähigkeit. Auf die schmähliche Kapitulation des Generals Mack in Ulm folgt die Besetzung der Residenz und die unglückliche Dreikaiserschlacht von Austerlitz. Wie erbittert damals die Stimmung des Volkes über die Regierung war,

das bezeigt das Spottgedicht des vierzehnjährigen Grillparzer „Das Rechte und das Schlechte“,[196] das mit den zornigen Worten schließt:

Wenn man nun reformierte und alles weiser führte,
Dann wär's schon recht,
Doch bleibt es noch beim Alten und läßt die Schurken walten,
Ei dann ist's schlecht.

Der Friede von Preßburg war hart. Österreich, das darin Tirol, die vorderösterreichischen Besitzungen und Venetien verlor, war aus Italien und Deutschland gedrängt worden. Die Gründung des Rheinbundes unter dem Protektorat des Franzosenkaisers veranlaßte Franz, der sich nach der Krönung Napoleons den erblichen Titel eines Kaisers von Österreich beigelegt hatte, die Krone Karls des Großen niederzulegen. Wenn ihm später dieser Verzicht auf die deutsche Kaiserwürde als ein Zeichen seiner undeutschen Gesinnung verübelt wurde,[197] so muß, ohne ihn als Heros des deutschnationalen Gedankens hinstellen zu wollen, der Wahrheit zur Ehre hervorgehoben werden, daß dem Kaiser, der ohnehin lange — nach der Ansicht Stadions zu lange — gezögert hatte, keine andere Wahl gelassen wurde, weil sonst Napoleon ihn einfach dazu gezwungen hätte. Hatte Erzherzog Karl in seinen „Ernstlichen Betrachtungen“ vom Jahre 1801 darauf hingewiesen, daß Österreich als Großmacht ausgespielt habe, so war dieser bittere Vorwurf nach dem Preßburger Frieden von 1805, der zu allen politischen Einbußen auch das moralische Ansehen der Donaumonarchie schwer erschütterte, noch berechtigter. Durch die Abtretung Dalmatiens an Frankreich, das nun der unmittelbare Grenznachbar der Türkei geworden, war Österreich, das in Italien und in Deutschland ausgespielt hatte, auch in der letzten ihm noch verbliebenen Interessensphäre, im Orient, bedroht.

Napoleon hatte es sichtbar darauf angelegt, die Herzen der Österreicher zu gewinnen, und tatsächlich war die Stimmung der Wiener Bevölkerung den Franzosen nicht ungünstig; bei der zuletzt abgehaltenen Truppenschau befand sich die ganze Stadt auf den Beinen. Vor seiner Abreise aus Schönbrunn richtete der Imperator einen Aufruf

an die Wiener, worin er sie versicherte, daß er wohl wisse, wie sie alle Gegner des Krieges, den die an England verkauften Minister entfachten, gewesen seien. Einer Abordnung gegenüber sprach er auch sein Bedauern darüber aus, daß er ihnen notgedrungen so schwere Lasten auferlegte. Doch dem reichen Kaiser, fügte er ironisch hinzu, werde es ja ein leichtes sein, seinen Untertanen mit siebzig Millionen zu Hilfe zu kommen![198]

Dies war ein böser Hieb gegen das Wiener Kabinett, den Kaiser Franz alsbald abzuwehren bestrebt war. Empört darüber, daß man ihn, wie er sich ausdrückte, „leichtfertig" in den Krieg getrieben hatte,[199] ließ er seiner ganzen Art nach den kaiserlichen Unmut an den Ministern aus, die sich beim Volke mißliebig gemacht hatten. In derselben brüsken Form, in der vier Jahre vorher Thugut aus der Staatskanzlei gewiesen worden war, wurde nun Ludwig Graf Cobenzl verabschiedet. Er wurde wie ein „Pestkranker" behandelt, so daß sich die Kaiserin veranlaßt fühlte, ihren Gemahl an die „guten Dienste", die er doch geleistet, zu erinnern, ihn förmlich zu beschwören, dem Grafen in seinem Unglück nicht auch noch durch Verachtung wehe zu tun.[200]

Das zweite Opfer des kaiserlichen Zornes war der alte Kabinettsminister Graf Colloredo, der ehemalige Erzieher des Monarchen. Der Graf wurde ganz plötzlich entlassen, und es ist begreiflich, daß der Sturz dieses Staatsmannes, der dreiunddreißig Jahre dem Kaiser gedient und als besonderer Vertrauter und Freund gegolten hatte, das größte Aufsehen erregte. Noch ist über die Ursachen dieser Entlassung nichts Näheres bekannt. Die gewöhnliche Darstellung, daß Napoleon seine Entfernung verlangt habe, hat bisher keine Bestätigung gefunden.[201] Wenn der französische Imperator wirklich von Kaiser Franz dieses Opfer verlangte, warum hat es der Kaiser dem Minister nicht gesagt? Statt dessen erklärte er ihm brüsk, ohne besondere Einleitung: „Wir können nicht mehr beisammen bleiben, das Publikum schmollet, redet, klagt über Sie, verlangt Ihre Entfernung, ich muß selber das Opfer bringen, verlangen Sie Ihre Retraite, welche Ihnen hier erteilt wird."

Mit diesen „harten" Worten wurde dem alten Erzieher,

der nahezu siebzig Jahre zählte und ein Menschenalter im Hof- und Staatsdienste verbracht hatte, der Stuhl vor die Tür gesetzt, sein Verlangen aber, über die im Publikum ausgestreuten bösen Gerüchte sich rechtfertigen zu dürfen, glatt abgelehnt. Daß Colloredos Gemahlin — es scheint dies der Hauptgrund der Verdächtigung gewesen zu sein — eine gebürtige Französin war, das mußte dem Monarchen, wie der schwer verletzte Minister nicht mit Unrecht bemerkte, schon seit zehn Jahren bekannt sein. Wenn der alte Mann, der bald darauf starb, die Art, wie man seine langen Dienste belohnte, „beispiellos“ fand, so dachten hochgestellte Personen wie der Erzbischof von Wien, die hier nicht als parteilich gelten konnten, nicht anders.[202] Colloredo machte sich Vorwürfe, daß er öfter zu frei die Wahrheit gesagt und den Monarchen mehrmals auf schädliche Dinge aufmerksam gemacht habe[203] — mag sein. Zweifellos aber brauchte der Kaiser für das verhaßte, von ihm selber vertretene „System“, das sich in dem Feldzuge von 1805 in so üblem Lichte gezeigt hatte, einen — Sündenbock. So hatte er es mit Thugut gemacht und machte es jetzt mit Cobenzl und Colloredo. Der autokratische Franz gefiel sich in der Rolle des irregeführten Monarchen.

6. ÄRA STADION. NEUERLICHE VORSCHLÄGE ZUR WIEDERBELEBUNG DER MONARCHIE UND VORBEREITUNG ZUM KRIEG.

Wirklich sah es jetzt so aus, als ob mit dem Sturz des alten Ministers ein ganz anderer Geist in die verrostete, matt dahinschleichende Staatsmaschine gefahren sei. In schwungvollen Kundmachungen sprach die Regierung von den großen Aufgaben, die ihr bevorstünden und für die sie die „Mitwirkung aller Volksklassen“ benötige, von der Notwendigkeit, die „inneren Kräfte“ des Staates durch „Verbreitung der wahren Geisteskultur, durch Belebung der National-Industrie in allen ihren Zweigen, durch Wiederherstellung des öffentlichen Kredits zu erhöhen.“ [204] Sie versprach nicht mehr und nicht weniger als die „Lösung der

Geistesfesseln und allseitige Förderung jedes rühmlichen und gemeinnützigen Strebens.“ [205]

Mehr noch aber als alle diese hochtrabenden, vielversprechenden Ankündigungen eines Systemwechsels, den so warme, einsichtige Patrioten wie der Erzherzog Karl schon längst gepredigt hatten, wog wohl, daß nach dem Preßburger Frieden, nach dem Sturze Cobenzls und Colloredos, ein neuer Mann die Staatskanzlei bezog, von dem wirklich ein gründlicher Wandel in der ganzen Politik Österreichs zu erwarten stand — Graf Philipp Stadion. Der Graf, der aus einem reichsritterlichen Geschlecht stammte, war im wahrsten Sinne ein deutscher Mann, der erste wirklich deutsche Minister des Äußern, den Österreich in den letzten Jahren hatte,[206] dabei von gründlicher Bildung und ein durchaus lauterer Charakter. Auch er war ein Franzosenhasser, aber hinter ihm standen die schöpferischen Kräfte der deutschen Romantik, jener herrlichen Geistesbewegung, die auf die Menschheit wie ein Jungbrunnen wirkte, und zum Unterschiede von seinen Vorgängern vertrat er fest und entschlossen den Standpunkt, daß die innere Politik, bisher das Stiefkind des Wiener Kabinettes, mit der auswärtigen Hand in Hand gehen müsse.

Die Frage war nur, ob sich der stolze, freiheitlich gesinnte Mann, der noch dazu als Reichsdeutscher in den Augen des Kaisers ein „Ausländer“ war, bei Franz durchzusetzen vermochte. Zunächst zeigte der Monarch den besten Willen, den teuer erkauften Frieden gehörig auszunützen. Mit einem wahren Feuereifer widmete er sich dem so dringend gewordenen Gegenstand der Verjüngung und Erneuerung des Kaiserstaates; die bewährtesten Männer des Staates werden von ihm aufgefordert, „mit Freimütigkeit“ die Gebrechen der Staatsmaschine aufzudecken. Was wir da aus ihrem Munde mit wirklich staunenswerter Offenheit vorgetragen hören, ist uns teilweise, wenigstens in den Grundzügen, schon bekannt; aber gerade diese Gleichförmigkeit der Klagen, die der Kaiser immer wieder aufgetischt bekommt und die auch nach seinem Tode bis zur Märzkatastrophe laut werden, will uns interessant erscheinen. Die öffentliche Meinung war ja durch eine strenge Zensur unterbunden,

aber in diesen offiziellen Denkschriften spiegelt sie sich; aus ihnen erfahren wir, wo etwas faul im Staate Österreich war.

Da war es wieder der aufgeklärte Regierungspräsident Graf Saurau, der, von dem Leitgedanken ausgehend: „Nicht minder furchtbar als Napoleon und verheerender selbst als der Krieg ist Österreichs innerer Zustand", eine erbarmungslose Kritik an den einzelnen Zweigen der Staatsverwaltung wie an dem ganzen Regierungssystem ausübte.

Das Heerwesen findet er durchaus schlecht. Alle Achtung vor der Tapferkeit der Soldaten, aber die Führung ist miserabel. Es fehlt — den einzigen Erzherzog Karl ausgenommen — an tüchtigen Generalen; verfehlt ist auch das ganze Rekrutierungssystem. Auch im Militärwesen macht sich der „Geist der Weitläufigkeit und der Schreiblust" breit. Nicht minder liegt die ganze materielle Kultur des Landes im Argen. Handel, Gewerbe und Ackerbau sind von dem hohen Stand, dessen sie sich unter der Regierung Maria Theresias und Josephs II. erfreuten, herabgesunken, und die Schuld liegt an dem „zögernden Geschäftsgang, der alles lähmt".

Auch das Unterrichtswesen ist nicht so, wie es sein sollte. „Es würde besser gehen," meint Saurau, „wenn die Sucht, alles zu reformieren, nicht alle älteren sehr brauchbaren Schulbücher verdrängt hätte und nicht die oberste Stelle auch hier zu sehr mit den kleinsten Details die Zeit zersplitterte, alle Anstalten verzögerte, und wenn nicht aus unbegreiflichen Gründen alle Gymnasiallehrer und in der Zukunft selbst die Lehrer der Philosophie aus dem geistlichen Stande genommen werden wollten." Er sehe nicht ein, „warum ein Priester zur Lehre der Grammatik, Philosophie und Geschichte tauglicher sein soll als ein Laie." Wiederum übten, wie einst die Jesuiten, die Geistlichen im Lehrfache das „Monopol" aus. Die Volksschulen auf dem Lande seien lange nicht so gut, wie der Kaiser wohl glaube. An vielen Orten seien noch gar keine errichtet und an anderen würden die Lehrer so schlecht bezahlt, daß man keine tauglichen Kräfte gewinnen könne oder sie, um nicht zu hungern, einen Nebenverdienst sich suchen müßten. Daß auch die Zahl der

„würdigen“ Priester täglich sich vermindere, das habe man schon wiederholt vorgestellt, ohne daß bisher eine Abhilfe wäre geschaffen worden. Die Verpflegung der Armen und Siechen sei noch lange nicht auf dem Grade der Vollkommenheit, wie es nach den Pflichten des Christentums und der Menschlichkeit sein sollte. Fehlerhaft sei auch das beliebte System, die Auslagen durch Darlehen zu decken. Aber das alles wird gleichsam nur im Fluge gestreift, um den eigentlichen Krebsschaden, das, „worüber jedermann klagt“ und was ebenso verderblich sei wie Krieg und erschöpfte Finanzen, „was ungezweifelt den Untergang der Monarchie herbeiführen muß“, rügend hervorzuheben: die verkehrte und zwecklose Geschäftsführung bei allen Stellen.

In der Tat, das war es, worüber jeder klagte, aber niemand hat dieses unheilvolle System schärfer bloßgelegt, als der geistvolle Staatsmann, der es aus eigener Anschauung so gut kannte. Zunächst wies er wieder auf eine der Hauptwurzeln des Übels hin: auf die Flut von Verordnungen und Gegenverordnungen, von Erläuterungen und Abänderungen von Gesetzen und Verordnungen, die unter der Regierung Kaiser Franzens bereits vierundzwanzig Bände ausfüllten, so daß auch das „glücklichste Gedächtnis“ außerstande sei, sie alle in Evidenz zu halten und sich in ihnen auszukennen. Dies habe wieder Zurechtweisungen, Rechtfertigungen und das „ganze Heer zeitversplitternder Schreibereien“ im Gefolge.

Dann geht es auf die unzweckmäßige Einrichtung der Behörden, vor allem auf die Unselbständigkeit der unteren Instanzen und die „Kollegialbehandlung“ mit ihren bösen Folgen los. Dem Amtsvorsteher, führt er aus, ist über die Untergebenen nur ein unbedeutender Grad von Autorität eingeräumt. Straft er einen derselben, so muß er damit rechnen, daß er von den vorgesetzten Behörden gegen seinen Subalternbeamten kompromittiert werde. Dieser weiß recht gut, daß seine Beförderung nicht von dem Urteil des Vorgesetzten, sondern von der Mehrheit der Stimmen im Gremium abhänge. Bei den Gerichtshöfen mag diese Art, durch Stimmenmehrheit zu entscheiden, am Platze sein, aber im politischen Dienste kann die Majorität der Stimmen von Bei-

sitzern, die nicht alle gleiche Erfahrung besitzen, der Staatsverwaltung keine Beruhigung gewähren, und nur eine größere Macht der Vorstände, verbunden mit „strenger Responsabilität" kann den Geschäften eine rasche und zweckmäßige Erledigung verbürgen. Die mit der unglücklichen Organisation im Zusammenhang stehende „Ängstlichkeit" vieler Beamter, die aus irrigen Begriffen von Recht oder Pünktlichkeit, auch selbst bei klarster Überzeugung, zu keiner Entscheidung sich entschließen können, ohne vorher „alle nur erdenklichen" Behörden vernommen zu haben, muß verschwinden; denn dadurch werden nicht nur die Geschäfte in eine „erbärmliche" Länge gezogen, sondern „es wachsen auch die Akten zu einem solchen Volumen an, daß zuletzt Ekel, Unschlüssigkeit und Verwirrung daraus entsteht." Und nun die übergroße Zahl von Beamten, durch die auch die Menge der Amtssachen wächst. Man denke: bei den Hofstellen — den Hofkriegsrat nicht mitgerechnet — befinden sich 100 Hofräte, 95 Hofsekretäre und 105 Hofkonzipisten in Verwendung!

Die Krönung aller dieser Übelstände findet Saurau — wie in seinem Vortrag vom Jahre 1797 — in der fehlerhaften Organisation der obersten Leitung und da kommt er wieder auf den Staatsrat zu sprechen, der sich aus einem geheimen Privatrate des Landesfürsten zu einer förmlichen Hofstelle entwickelt und, anstatt dem Monarchen die Arbeit zu erleichtern, sie nur vervielfältigt habe. Alles das hatte der Regierungspräsident schon vor zehn Jahren gesagt, freilich mit dem Erfolge, daß der Staatsrat, der vom Kaiser im Jahre 1801 beseitigt worden war, seine — allerdings nicht glorreiche — Wiederauferstehung feierte.

Saurau beschränkt sich aber diesmal nicht darauf, seine früheren Klagen zu wiederholen und weiter auszuführen, sondern er läßt nicht undeutlich durchblicken, daß hinter all diesen Gebrechen der K a i s e r s e l b e r stehe. Er weist auf jene eigentümliche Art des Monarchen hin, die dieser einmal in einer Art von Selbstverspottung sehr gut kennzeichnete, als er sich für einen guten „Hofrat" ausgab. „Euer Majestät selbst", bemerkt er fein, „haben aus dem Beweggrund, der Ihrem Herzen Ehre macht, nicht selten zu Ver-

zögerung der Geschäfte beigetragen. Aus edler Besorgnis, daß irgend jemanden ein Unrecht widerfahren könnte, und dem Gefühl, daß nicht alle Beamte mit besonders gewissenhafter Sorgfalt die Beweggründe und Rücksichten eines Gegenstandes abwägen, haben Euer Majestät oft die Geschäfte unterer Behörden auf sich genommen und sich einen Schwall von Arbeiten aufgebürdet, der mit menschlichen Kräften nicht im Verhältnisse steht, der die Geschäfte selbst verzögern und Eurer Majestät getreue Diener für Ihre Gesundheit und selbst für Ihr Leben besorgt macht."

Aber diese übertriebene Gewissenhaftigkeit, so setzt er hinzu, habe ihre schädlichen Folgen. Die Vollkommenheit sei nicht die Eigenschaft menschlicher Dinge und die wenigste Unvollkommenheit sei das höchste Ziel der Arbeit. „Ungezweifelt ist es ein weit kleineres Übel, wenn irgend ein minder bedeutender Gegenstand nicht ganz zweckmäßig behandelt wird, als wenn zu weit getriebene Ängstlichkeit bei dem größeren Teil der Geschäfte den schicklichsten Zeitpunkt versäumt und manche Partei in bedeutenden Schaden versetzt." Besser ein Mißgriff, als diese Langsamkeit und Unschlüssigkeit! Besonders die Finanzen bedürften dringend einer Ordnung; aber „nicht durch viele Beratschlagungen noch durch Einvernehmungen vieler Personen" werde der Monarch zum Ziele gelangen, sondern wenn er zwei oder drei Männern Vertrauen schenken und ihnen zwei tüchtige Bankiers beiordnen wolle. Aber keine nützliche Maßregel dürfe aufgeschoben werden. Saurau läßt uns nicht im unklaren, daß hinter der Überängstlichkeit des Kaisers sein Mißtrauen stecke; denn er fügt die Bemerkung hinzu: „Aus dem nämlichen Grunde haben Euer Majestät ein unverdientes Mißtrauen auch auf Männer ausgedehnt, die Ihres Zutrauens am würdigsten waren und über den entstandenen, ihnen unbekannten Verdacht zu rechtfertigen nicht die Veranlassung erhielten."

Vor allem sei es notwendig, die ungarische Verfassung der deutschen zu assimilieren, denn ohne diese Angleichung könnten weder die Streitkräfte vermehrt noch die Finanzen auf einen besseren Fuß gebracht werden. Von dem Kaiser hänge es ab, so schließt die interessante Denkschrift Sau-

raus, „ob der fünfhundertjährige österreichische Koloß noch ferner bestehen oder mit schnellen Schritten seiner Auflösung entgegenrolle."[207]

Auf die Vereinfachung und größere Schnelligkeit des Geschäftsganges zielen auch die Vorschläge Erzherzog Karls, der dem Monarchen einen regelrechten Plan zur besseren Organisierung der inneren Staatsverwaltung vorlegte. Er beschäftigt sich wiederum mit der Idee einer „obersten Zentralübersicht und Zentralleitung" der Staatsmaschine, die, nachdem die „Konferenz" augenscheinlich nicht des Kaisers Beifall gefunden hatte, durch die Schaffung einer „Ministerialkonferenz", die im Wesen allerdings auf das gleiche hinauslief, erreicht werden sollte.[208]

Den Ausführungen des Erzherzogs sekundierte eifrigst der neue Minister des Auswärtigen. Auch Graf Stadion erblickte in einer „zweckmäßig geleiteten, systematisch wirkenden, kraftvoll konzentrierten" Staatsverwaltung das einzige Mittel, um den Staatskörper noch zusammenzuhalten. Auch er machte kein Hehl daraus, daß die von Franz beliebte Art, „alles selbst zu sehen, überall selbst wirken zu wollen", notwendig zu einer Lähmung des ganzen Staatsbetriebes führen müsse. Denn daraus ergebe sich das „hauptsächlichste Übel": ein gänzlicher Mangel an Verantwortlichkeitsgefühl, die „Schlaffheit" und der „Mechanismus ohne Geist" in der Geschäftsführung, und schließlich käme es dahin, daß Seine Majestät sozusagen keinen der Staatsbeamten für straffällig erkennen, sondern jeden Fehler in der Administration auf ihre eigene Person nehmen müsse."[209]

Karls jüngerer Bruder, Erzherzog Johann, gab in einer Denkschrift als die Hauptgebrechen an: das Schwankende der Regierung, den Mangel eines festen Systems und an Einheit in der Verfassung, die Erschöpfung der öffentlichen Geldmittel und den ewigen Wechsel der leitenden Personen, wodurch alles Vertrauen zur Regierung geschwunden und der Keim einer nur allzu gefährlichen Gleichgültigkeit, die Symptome des nahen moralischen Todes eines Staates", gelegt sei. Auch er tritt für die Abschaffung des Staatsrates ein, den er als „die Grube, in der alles stecken bleibt", bezeichnet; auch er tadelt die jedem bekannte „langsame

schleppende“ Art, womit das Administrative der Monarchie geführt werde, die vielfache Kontrolle, die nur Zeit raube, ohne ihren Zweck zu erreichen, die zahllose Menge von Beamten und die geringe Verläßlichkeit ihrer Arbeiten. Johann beantragt als letzte, oberste Stelle einen — neuen — Staatsrat, woselbst der Monarch mit seinen Ministern, Brüdern und Vettern sich beraten und die wichtigsten Geschäfte erledige. Die Vorteile, die Franz dadurch gewinne, seien groß: „in einigen Stunden des Tages hätte er seine Geschäfte abgetan; ihm bliebe die übrige Zeit zum Nachdenken, Lesen nützlicher Bücher, um mit dem Zeitgeiste im Laufenden zu bleiben, zum Umgange mit den Beamten, um sie kennen zu lernen, zum Nachsehen und endlich zu seiner eigenen Erholung.“

Johann warnt auch seinen Bruder vor dessen „untüchtiger Umgebung“, vor jenen unverantwortlichen Ratgebern, die ihn nur „einzuschläfern“ suchen und ihm — wieder finden wir, wie bei Erzherzog Karl, das ominöse Wort — „halbe Maßregeln“ vorschlagen, die, statt das Übel zu beheben, es noch verschlimmern.[210]

Ganz auf den gleichen Ton gestimmt waren die Vorschläge des jüngsten Bruders, Erzherzogs Rainer. Die vorzüglichsten Übel, führt er da aus, welche das Publikum der gegenwärtigen Regierungsmethode zur Last lege, seien Systemlosigkeit, Kleinfügigkeit, Verzögerung, Mißtrauen von allen Seiten, Unschlüssigkeit, Kraftlosigkeit, Mangel an Belohnung und Strafe, daher große Immoralität der Beamten und nicht zuletzt das ungestörte Walten von Intrigen und Kabalen, die von „gewinnsüchtigen Staatsbeamten, kriechenden Heuchlern, zudringlichen Unverschämten und der ganzen übrigen Zahl verächtlicher Egoisten, Planmacher, Denunzianten, Vielschreiber“ ausgeübt würden. Die Quelle aller dieser Schäden liege in des Kaisers Gepflogenheit, mit einem oder dem anderen der Staatsräte eine „Privatkonferenz“ abzuhalten. Dieses System des Referierens schade in den Augen der Untertanen dem Ansehen des Monarchen. Man höre sie zuweilen sagen: „Der Kaiser hat sich schon wieder durch diesen oder jenen Staatsrat irreführen lassen.“ Es müsse daher ein permanentes staatsrätliches Gremium

geschaffen werden, ein Kollegium von Männern unter des Kaisers Vorsitz, die, ausgezeichnet durch Kenntnisse, Fähigkeiten, strengste Rechtlichkeit und im Besitze des allgemeinen Vertrauens, sich nicht scheuten, die Wahrheit, sei sie auch bitter, offen zu sagen und die „Heuchler und kriechenden Schmeichler" frei zu entlarven. Selbstverständlich hätten diesen Rat nur die wichtigeren Staatsangelegenheiten zu beschäftigen.

Erzherzog Rainer mahnt seinen kaiserlichen Bruder, die so notwendige Vereinfachung und zweckmäßige Ordnung der Staatsverwaltung mit Ernst zu verfolgen. Es genüge nicht, Instruktionen zu erlassen, deren Schicksal es von vornherein sei, niemals befolgt zu werden. Durch diese Neuordnung sollte auch der Herrscher in die Lage versetzt werden, die Staatsgeschäfte in der kürzesten Zeit zu bewältigen. Die kurrenten Angelegenheiten dürften nicht mehr des Kaisers ganze Zeit in Anspruch nehmen. Die freien Stunden, die er sich gönnen müsse, sollten ihm, äußert er sich genau so wie Erzherzog Johann, Muße zur Lektüre, zum Nachdenken und Umgang mit gebildeten Leuten gewähren.[211]

Was in diesen brüderlichen Vorstellungen der Monarch zu hören bekam, klang stellenweise — so wenn ihm nahegelegt wurde, mehr Zeit dem Nachdenken, der Lektüre und dem Verkehr mit gebildeten Menschen zu widmen, weniger von Denunzianten sich beeinflussen zu lassen und „mit Ernst" die Reformarbeit in die Hand zu nehmen — nicht sehr schmeichelhaft. Allein Kaiser Franz nahm sie anscheinend mit dankbarer Gesinnung auf. Den Erzherzog Rainer forderte er auf, seine Arbeiten fortzusetzen, „um sodann an diesen wichtigen Gegenstand ohne weiteren Zeitverlust werktätige Hand anzulegen."[212] Der Kaiser konnte niemals Gutachten genug haben. Aber mit Ausnahme der Versetzung des alten Ministers Kolowrat, der für den Ruhestand schon längst reif war, geschah nichts.

Seine Brüder kannten den Kaiser gut. Nach dem Sturze des Kabinettsministers Colloredos, der vielen als der Beginn einer neuen Ära erschien, hatte Erzherzog Johann die düstere Ahnung ausgesprochen: „Es wird nicht nur nicht

besser, sondern viel schlechter gehen als ehe." [213] Schloißnigg, Franzens ehemaliger Lehrer im Rechtsstudium, der sich, wie es hieß, dadurch beim Kaiser besonders beliebt machte, daß er ihn in der Kunst, Vogelbauer zu verfertigen und Möbel mit Lack zu übertünchen, unterwies,[214] und der auch wirklich einen großen Einfluß besessen zu haben scheint, war entlassen worden; die lebenslustige und zugleich in der Kunst der politischen Intrige sehr bewanderte Kaiserin war im April 1807 einer rapid verlaufenden Lungenentzündung zum Opfer gefallen — aber dafür gewannen wieder andere Personen auf Franz einen — man kann wirklich sagen — dämonischen Einfluß: Baldacci und des Kaisers Generaladjutant Oberst Kutschera. Beide arbeiteten mit aller Macht dem erzherzoglichen Einflusse entgegen, was ihnen bei dem Mißtrauen, das der Monarch gerade gegen seine befähigteren Brüder hegte, nicht schwer fiel. Zu dem Kreise der engeren Günstlinge und unverantwortlichen Berater, deren Entfernung — nach dem Zeugnisse Erzherzog Johanns — die allgemeine Stimme forderte, gehörten auch der Burgpfarrer Langenau und der Leibarzt Stifft.[215]

Erzherzog Karl versuchte noch ein letztes. In einem herzbewegenden Schreiben bat er seinen Bruder, doch zu bedenken, was geschehen solle, wenn er jetzt das Zeitliche segnete, und er seinen Sohn Ferdinand zurücklassen müßte. „Dein erstgebohrner", so mahnt er unter Anspielung auf dessen bedenklichen Geisteszustand, „ist jetzt im fünfzehnten Jahre, folglich nach den Hausgesetzen majoren. Wenn Dich ein unvorhergesehenes Unglück uns entrisse, so wäre der Kronprinz Souverän von 25 Millionen Menschen. Wenn nun dieser Prinz ohne Stütze, ohne ein in die Übersicht des Ganzen eingeweihtes Gremium das große Werk der Regierung beginnen sollte, wer würde ihn leiten? Und selbst wenn es dann zustande käme, so wäre doch jeder an seinem Posten ein Neuling. Lebe lang für Deine Völker, aber sorge für sie auch auf den Fall, wenn ein jähes Unglück sie in die Hände eines am Geist noch Unmündigen gäbe." [216]

Auch dieser warme Appell des um das Wohl der Monarchie besorgten Bruders war nicht imstande, den Monarchen,

der wie alle Despoten nicht gern ans Sterben, an das Ende seiner irdischen Machtvollkommenheit, dachte, zu einer Verfügung zu bewegen. Der Erzherzog hatte in diesem heiklen Punkte so wenig Glück wie später der Staatskanzler Fürst Metternich, der seinen Monarchen wiederholt und eindringlichst an diese Verpflichtung, für die Zukunft zu sorgen, erinnerte. Der Monarch scheint sich in der Rolle des einzigen Mittelpunktes der großen Staatsmaschine zu sehr gefallen zu haben, um hier eine Änderung eintreten zu lassen. So blieb denn alles beim alten.

Mittlerweile war auch jener Punkt, der neben der Ordnung der Zentralregierung wie der Staatsverwaltung allgemein als der wichtigste und dringendste bezeichnet worden war, in Angriff genommen worden: das Finanzwesen. Hatte Erzherzog Karl schon in seiner großen Denkschrift aus dem Jahre 1802 auf den trostlosen Zustand der Finanzen hinweisen können, so war dieser jetzt nach dem Ausgange des unglücklichen Feldzuges von 1805 nicht besser geworden. Die Schuldenwirtschaft und die damit Hand in Hand gehende Entwertung des Geldes hatte unheimlich schnelle Fortschritte gemacht, so daß der Erzherzog zwei Jahre später füglich sagen durfte: „Wollen Euer Majestät sich und Ihren Nachkommen den Thron sichern, so muß den Finanzen schnell geholfen werden.“ [217]

Kaiser Franz hatte nach dem Preßburger Frieden dem schwierigen Finanzproblem in der Tat sein ganz besonderes Augenmerk zugewandt. Mit allen Anzeichen größter Dringlichkeit ordnete er umfassende Beratungen an. „Ich mache es ihnen zur strengsten Pflicht“, schrieb er im Mai 1806 an Kolowrat, „dafür zu sorgen, daß ohne allen Zeitverlust an Verbesserung des gegenwärtigen Zustandes der Finanzen, sowie an Festsetzung eines so viel als möglich stabilen Systems bei selbem Hand angelegt und gearbeitet werde, sowie daß das Elaborat hierüber ehestens zu meiner Schlußfassung gelange.“ [218] Am 6. Juli begannen die Konferenzen, deren große Bedeuung der alte Minister, unter dessen Vorsitz sie stattfanden, richtig kennzeichnete, wenn er meinte, die Augen aller Untertanen des Kaisers, ja die von ganz Europa, wären auf sie gerichtet. Allein diese Erkenntnis der

Wichtigkeit war auch das einzige, worin sämtliche Konferenzteilnehmer und Ratgeber übereinstimmten. Alsbald zeigten sich zwei Parteien, deren Ansichten sich schroff und unversöhnlich gegenüberstanden: die eine drang auf eine radikale Lösung, auf eine Devalvierung des Papiergeldes, und die andere, zu der auch der Finanzminister Graf Zichy gehörte, suchte sanftere Wege und Mittel wie Eröffnung neuer Hilfsquellen, Einschränkung der Militärausgaben usw. Je länger beraten wurde, desto mehr versteifte sich dieser Gegensatz.

So verstrich kostbare, kostbarste Zeit, während welcher das Defizit sich mehrte. Als der Kaiser, der in diesem Punkte, so weit er überhaupt eine feste Meinung haben konnte, gegen die „Palliative" gestimmt war, endlich den unfähigen Grafen Zichy, der das Haupthindernis einer energischen Maßregel war, entfernt und durch den Grafen O'Donnell ersetzt hatte, war bereits der günstigste Moment versäumt worden: die zwei Jahre nach dem Abschlusse des Preßburger Friedens wurden mit leeren, erfolglosen Beratungen vertändelt.[219]

Das Schicksal des Finanzplanes ist für die Art, wie die wichtigsten Lebensfragen vom Kaiser Franz behandelt wurden, vorbildlich, typisch. Immer bilden sich im Schoße seiner Ratgeber und seiner Behörden verschiedene Meinungen — der Monarch gefällt sich in der Rolle des Züngleins an der Wage, das den Ausschlag gibt; er liebt es auch, eine Gruppe durch die andere in Schach zu halten, um keinen Minister — wir werden uns später daran erinnern — übermächtig werden zu lassen. Aber wie er nun selbst die Entscheidung fällen soll, versagt er; da stellt sich jene „Überängstlichkeit", von der Graf Saurau gesprochen hatte, ein, das „Mißtrauen" gegen seine Berater und gegen — sich selber. Der Kaiser pflegte dann zu sagen: „Darüber muß man schlafen", und die Resolution kam entweder gar nicht oder — was in der Wirkung meist auf dasselbe hinauskam — zu spät. Oder er faßte einen Entschluß, um bald darauf eine gerade entgegengesetzte Entscheidung zu fällen.

Ein hübsches Beispiel des unschlüssigen Hin- und Herschwankens bietet die Behandlung der allerdringlichsten volkswirtschaftlichen Angelegenheit: die Versorgung der

Bevölkerung mit billigen Lebensmitteln.[220] Über die Frage, wie dieser Zweck am besten erreicht werde, entspann sich bald eine lebhafte Meinungsdifferenz. Die einen wollten sie durch das beliebte System der amtlichen Preisbestimmungen gelöst sehen; die anderen wieder vertraten die Anschauung, freie Konkurrenz allein sei geeignet, billigere Preise zu erzielen. Bald gewinnt die Partei der Freiheit, bald die der Zwangswirtschaft die Oberhand. Ein ganz merkwürdiges Durcheinander ergibt sich; so wird für Brot und Fleisch die amtliche Preissatzung beibehalten, für Käse dagegen aufgehoben, wobei es sich dann bald herausstellt, daß er billiger wurde.[221]

Diese Frage war indes nur das Vorspiel für die Behandlung des noch wichtigeren Problems: die Hebung von Handel und Industrie. Soll man sie überhaupt fördern? Die Frage klingt paradox, aber sie wurde sehr ernsthaft behandelt. Staatsrat Ratschky verneinte sie ganz entschieden, und seine Einwände sind nicht ohne Interesse. Dem Handelsgeist, meint er, folgen Reichtum, Üppigkeit und Sittenverderbnis; der Nationalcharakter wird, wie dies das Beispiel der Holländer zeigt und das der Engländer zeigen wird, dadurch verdorben, weil nämlich „das bloß auf gewinnsüchtige Spekulation erpichte, durch weichliche Lebensart und sitzende Arbeiten entnervte Volk zuletzt zum — Wehrstand gänzlich untüchtig wird.“ [222]

Ihm erwiderte Graf Chorinsky, der Stimmführer der freiheitlichen Richtung, boshaft, aber treffend: „Will man auf eine höhere Stufe der Kultur und zugleich auf eine höhere moralische Ausbildung, die nur an der Hand der Künste und Wissenschaften und in Begleitung der Verfeinerung unserer Genüsse gedacht, Verzicht leisten, will man uns auf Kosten der Kultur zu einem bloß kriegerischen Volke umbilden, was man jedoch aus vielen Ursachen nie erreichen wird, so hätte man auch nicht so weit fortschreiten sollen, als wir schon gekommen sind, so hätten schon unsere Voreltern den Fabriken den Eingang versperren sollen, so müßten wir aber auch drakonische und lykurgische Gesetze einführen.“ [223].

Chorinsky, der die moralische Ausbildung von der Pflege von Kunst und Wissenschaft erwartete, war nicht der Mann

nach dem Herzen des Kaisers Franz — wohl aber Ratschky, der so hübsch über die Gefahren der höheren Kultur zu reden wußte. Zu den unzerstörbaren Leitsätzen des Absolutismus, wie wir sie bei Machiavelli, in der Utopia, im Testamente Richelieus vorgetragen finden, gehörte die Forderung: durch Not muß das Volk zur Betriebsamkeit angeregt werden; eine gewisse Armut ist nötig, damit dasselbe nicht zu übermütig werde; Wohlstand macht präpotent, die Dürftigkeit erhält es brav, gefügig. Wenn der giftsprühende Sealsfield später der österreichischen Regierung den frivolen Glaubenssatz in den Mund legte, sie wolle nicht die Tatkraft ihrer Untertanen wecken, weil dadurch der Gehorsam leiden könnte; sie gestatte ihnen nicht, mehr Wohlstand zu erreichen als nötig sei, um zu essen, zu trinken, die Steuern zu bezahlen und für den Kriegsfall einen Notgroschen zurückzulegen, weil sie einen größeren Wohlstand für gefährlich halte,[224] so war dieser bissige Vorwurf keineswegs aus der Luft gegriffen. Friedrich Gentz, der das System des Kaisers Franz in- und auswendig kannte, schwatzte gut aus der Schule, als er dem englischen Philantropen Owen, der ihn für die Bekämpfung des Arbeiterelends gewinnen wollte, zur Antwort gab: „Wir wünschen gar nicht, daß die große Masse wohlhabend und unabhängig werde — wie könnten wir sie sonst beherrschen?“ [225]

Man könnte auch diese so frivol klingende Bemerkung für eine bösartige Übertreibung oder Erfindung halten, böten nicht die amtlichen Protokolle und Akten der franzisceischen Zeit hinlängliche Belege dafür, wie tief diese Regierungsmaximen in den Köpfen der Ratgeber Kaiser Franzens saßen. So hören wir bei der im Jahre 1796 angestellten Beratung über das Robotproblem Hofrat Geisslern seine warnende Stimme gegen die geplante Abschaffung der Fronarbeit erheben. Die Staatsverwaltung, bemerkte er scharf, müsse darauf sehen, „die Untertanen in steter Tätigkeit und Betriebsamkeit zu erhalten, ohne welche dieselben als eine müßige oder nicht hinlänglich beschäftigte Menschenklasse die innere Ruhe des Staates nicht selten in Gefahr bringen dürften“ — und sein Wort fand oben Beifall: die Robot als

eine „gute Schule des Gehorsams und der Demut“ wurde beibehalten.[226]

Nein, niemals konnte Kaiser Franz die Besorgnis vor der Industrie als dem Herde der liberalen Ideen, wenn er sie gelegentlich auch zu fördern bestrebt war oder sich entwickeln ließ, los werden. Vergegenwärtigen wir uns dazu, was über die sogenannte Friedensliebe des Kaisers, über die „Gefahren der Ruhe“ und die Notwendigkeit von „Aderlässen“, um den „liberalen Wahnsinn“ zu heilen, gesagt wurde,[227] dann werden wir den Eindruck, den die Ausführungen des Staatsrates Ratschky auf Kaiser Franz machen mußten, nachfühlen können. So unkriegerisch, unsoldatisch — es war dies einer der Gründe, weshalb er beim Militär nicht besonders beliebt gewesen zu sein scheint[228] — der Kaiser auch war, den Wehrstand wollte er doch nicht gefährdet und untergraben wissen. Aber auch nicht die — Moral. Mit dem Gespenst der „Sittenverderbnis“ als Folge einer höheren Kultur und blühenden Volkswirtschaft, das Ratschky aufmarschieren ließ, hatte dieser einen Punkt berührt, der dem Kaiser äußerst nahe ging.

Kaiser Franz hielt bekanntlich sehr viel auf ein tadellos sittliches Leben. Man wollte wissen, daß die Abneigung des Monarchen gegen Friedrich Gentz zum großen Teil in dessen lockerem Leben seinen Grund hatte. Wenn dies richtig ist, dann begreift man freilich schwer, wie er in seiner nächsten Nähe den Obersten Kutschera, der einen geradezu skandalösen Lebenswandel — seine Adamitenbälle bildeten das Stadtgespräch — führte,[229] dulden konnte. Doch das gehörte zu den vielen Halbheiten des Monarchen und wir können annehmen, daß es ihm lieber gewesen wäre, wenn sein Adjutant, der ein guter Geiger war und bei den Kammermusikabenden des Hofes als gute Kraft sich erwies, mehr an die wiederholt und eindringlich erlassenen Weisungen, die Sittlichkeit zu pflegen, sich gehalten hätte.

Moral und Religiosität waren nämlich in Franzens Augen die bewährtesten Stützen des legitimen Prinzips, die wirksamsten Gegenmittel gegen die revolutionäre Seuche. Wie er schon als Kronprinz eifrig die Polizei anwies, bei den „Spektakeln“ strenge darauf zu sehen, daß die Sittlichkeit

nicht gefährdet werde,[230] so fuhr er auch als Kaiser fort, seinen Eifer nach dieser Richtung hin zu betätigen. Mit seiner Sorge für Moral und Religion hing ja auch des Kaisers Interesse für das Schulwesen zusammen. Es war in seinem Munde wirklich keine leere Redensart, wenn er versicherte, daß ihm das Studienwesen „sehr am Herzen liege".[231] Unausgesetzt, von dem Augenblick seiner Thronbesteigung an, drängt er auf die Ausarbeitung eines neuen Studienplanes, und als die Arbeit nicht so flott von statten ging, wie er dies in seinem Eifer erwartete, rügte er — im Oktober 1794 — „diese Fahrlässigkeit in einem der wichtigsten Geschäfte der Monarchie", für das zu sorgen er sich besonders verpflichtet fühle.[232] Im nächsten Jahre ward eine eigene Behörde, die Studien-Revisionshofkommission, aufgestellt, um freilich nach einigen Jahren wieder zu verschwinden und einer neuen Kommission Platz zu machen.

Es fällt uns hier im Gegensatze zu der Unbeweglichkeit auf anderen Gebieten der Staatsverwaltung eine gewisse Unruhe und Vielgeschäftigkeit auf, ein Überreformeifer, der vielfach bedenklich gefunden und bespöttelt wurde. Schon lange bevor der Regierungspräsident Graf Saurau in seiner Denkschrift von 1808 über die „Sucht, alles zu reformieren" losgezogen war,[233] hatte — es war im Jahre 1794 — der mit ihm geistesverwandte Staats- und Konferenzminister Graf Zinzendorf, dem wir so viele treffliche Beobachtungen über diese Zeit verdanken, die böse Bemerkung gemacht: „Daß in den österreichischen Erblanden nach so viel Studienplänen abermals ein neuer gemacht werden soll, dies scheint doch in der Tat nicht notwendig zu sein."[234] Die tieferen Absichten, die sich hinter diesem Reformeifer verbargen, werden uns übrigens vom Kaiser selbst enthüllt. „Was mir", so äußerte er sich im Jahre 1796 „besonders am Herzen liegt, ist die baldige Zustandebringung einer Schulpolizei, welche nicht nur auf die Aufsicht über das sittliche und ordentliche Benehmen der studierenden Jugend an höheren und niederen Schulen, sondern auch vorzüglich über die Lehrer sich zu erstrecken hat".[235]

Also um die Aufsicht über das Wohlverhalten der Jugend

und der Lehrer — behalten wir das für die spätere Zeit wohl im Auge! — war es Kaiser Franz in erster Linie zu tun, und deshalb spielte auch bei ihm die Religion, zu der er persönlich gleich den meisten seines Geschlechtes in einem ziemlich kühlen Verhältnisse gestanden zu sein scheint — eine solche Rolle. Deshalb auch erhielt die Geistlichkeit in dem Betriebe des Studienwesens eine so hervorragende Bedeutung, indem sie nämlich nicht bloß ein weitgehendes Aufsichtsrecht eingeräumt bekam, sondern — wir erinnern uns da an Sauraus bezeichnende Klage — mit steigender Tendenz an den Gymnasien den Unterricht in den weltlichen Gegenständen ausübten. Selbst an den Universitäten wurden mit Vorliebe Geistliche zu Studienrektoren ernannt.[236] Trotz gelegentlicher Betonung des Wertes der Bildung siegte doch der Grundsatz, daß die „leitende Menschenklasse nicht mit Kenntnissen luxurieren solle".[237] Dafür sorgte schon von selbst die durchschnittliche Minderwertigkeit des schlecht bezahlten Lehrpersonals. Nicht ohne Interesse ist, daß der Kaiser, angesichts der Tatsache, daß die in Österreich wirkenden geistlichen Orden in sittlicher und wissenschaftlicher Hinsicht viel zu wünschen übrig ließen, im Jahre 1799 daran dachte, die Jesuiten wieder einzuführen.

Die große Regsamkeit auf dem Gebiete des Studienwesens, die anerkannt werden muß, hat, wie wir sehen, den gleichen Grund wie die tüchtige Ausbildung des Polizeidienstes: auch die Schule hatte den Interessen der Polizei zu dienen: sie sollte für den guten Geist der herankommenden Generation sorgen und über ihm wachen; sie sollte die „schiefe Aufklärung" mit Stumpf und Stiel ausrotten. Daß in den Schulreformen dieser Zeit wie in der „Politischen Schulverfassung" vom Jahre 1806 gediegene aufgeklärte Gedanken vorkamen,[238] erklärt sich aus dem Fortwirken des theresianisch-josephinischen Geistes, der in der Beamtenschaft fest und tief verankert war, so wie er ja in der anderen Aktivpost der franzisceischen Regierung deutlich zu erkennen ist: in dem bürgerlichen Gesetzbuch, mit dem die Regierung einige Jahre später hervortreten sollte.

Doch auch auf dem bisher schwer vernachlässigten Gebiete des Heerwesens regte sich nach dem Preßburger Frie-

den, in der Ära Stadion, ein frischerer, freiheitlicher Zug. Der unrühmliche Krieg von 1805 hatte den Geist und das Selbstgefühl der kaiserlichen Armee vollends erschüttert. Hier galt es, Wandel zu schaffen, und Erzherzog Karl, der unmittelbar nach dem Abschluß des Friedens zum Leiter des gesamten Heerwesens bestellt worden war, hat in dieser neuen Stellung mit bewundernswerter Schaffenskraft wirklich Hervorragendes, Vorbildliches geleistet.[239] Er schuf ein neues Dienstreglement, an dessen stilistischer Bearbeitung niemand geringerer als unser Dichter Friedrich von Schiller mitwirkte; er verfasste ein Buch über die höhere Kriegskunst, in welchem die Erfahrungen der letzten Kriege verwertet erscheinen und einer größeren Beweglichkeit der Truppen das Wort geredet wird.

Karls zweite Hauptsorge war der Vermehrung der Streitkräfte zugewendet. Um sie wirksam durchzuführen, hätte bereits die Finanzreform, an der seit Jahren gearbeitet worden war, ihre segensvollen Früchte tragen sollen. Da dies aber, wie wir hörten, nicht der Fall war, verfiel der Erzherzog auf einen ganz eigentümlichen Ausweg. Bald nach dem Frieden von Preßburg war in Bürgerkreisen der Gedanke der Landesverteidigung durch Milizen und Nationalgarden ernstlich erörtert worden. Diese Idee eines Volksaufgebotes hatte ja, wie wir uns zu erinnern wissen, knapp vor dem Abschlusse des Leobener Waffenstillstandes von 1797 bereits eine greifbare Gestalt angenommen und der Monarch schien selber von der allerdings nur wenige Tage währenden Begeisterungswoge erfaßt worden zu sein. Drei Jahre später war dann vom Erzherzog Karl in Böhmen die nach ihm benannte „Legion“ — ebenfalls mit gutem Erfolge — zum Kampfe aufgerufen worden.

Wenn der erzherzogliche Generalissimus jetzt bei der Neuordnung der Armee diesen Gedanken aufgriff, so waren dafür weniger militärische Erwägungen, als vielmehr finanzielle Gesichtspunkte ausschlaggebend, und die Rücksicht auf die leeren Kassen auch geeignet, die grundsätzlichen Bedenken des Kaisers, der immer ein großer Sparmeister war, zu überwinden. Aber mehr noch wohl die Furcht. Kurz bevor der Monarch die Patente zur Errichtung der Ersatz-

reserve und der Landwehr — sie tragen das denkwürdige Datum vom 12. Mai 1808 und 9. Juni 1808 — anfertigen ließ, war die gewaltsame Entthronung des legitimen Königs in Spanien durch Napoleon — anfangs Mai — erfolgt. Das Schicksal, das heute dem spanischen Bourbonen widerfuhr, das konnte morgen auch ihn ereilen. Ohne Zweifel hat das Königsdrama von Bayonne, unter dessen Eindruck er stand, als die folgenschweren Anträge des Erzherzogs auf seinem Arbeitstische lagen, dem Kaiser die Feder zum Unterzeichnen in die Hand gedrückt. Die Landwehr sollte, einhundertundfünfzig Bataillone stark, größtenteils aus zeitlich Befreiten bestehen, die jeden Sonn- und Feiertag in den Waffen einzuüben waren; pensionierte oder ausgetretene Offiziere und ehemalige Unteroffiziere hatten den Grundstock der Kommandostellen zu bilden.

Enge mit den Vorschlägen zur Hebung des zerrütteten Finanzsystems und zur Vermehrung der Streitkräfte hing eine andere Frage zusammen, eines der schwierigsten, aber dringendsten Probleme: das Verhältnis zu Ungarn. In den von uns erwähnten Denkschriften, die sich mit der Erneuerung der Monarchie beschäftigten, war auf dasselbe nachdrücklichst hingewiesen worden. Der Minister Kolowrat schlug im Jahre 1801 vor, von dem Lande der Stephanskrone das, wie man zu finden wähnte, das einzige Land war, welches durch den Krieg eher an Wohlstand zugenommen hatte, einen erhöhten Beitrag von zwei Millionen zu fordern.[240]

Auch Erzherzog Karl machte seinem kaiserlichen Bruder in demselben Jahre einen auf den gleichen Zweck einer Vergrößerung der Beiträge dieses Landes zu den allgemeinen Staatslasten zielenden Vorschlag. Karl war einsichtig genug, dem Monarchen auch die Kehrseite zu zeigen: die Verpflichtung der Wiener Regierung, die Vermehrung des inneren Wohlstandes Ungarns ernstlich in die Hand zu nehmen. Dieses Land, meint er, das „von der Natur mit allen ihren Gaben so reichlich ausgestattet ist, wie es vielleicht kein anderes Land dieses Erdkreises ist“, zeigt sich gegenwärtig in einem durch und durch verwahrlosten Zustande. „Der ungarische Landmann verlebt seine einförmigen Tage zum Teil in Hütten, deren sich ein Lappländer schämen würde, und nagt Kuku-

ruz, währenddem der fleißige Ackersmann in anderen minder gesegneten Erdstrichen wohleingerichtete Häuser bewohnt und seine gute Kost genießt."

Geht man den tieferen Ursachen nach, so fuhr der Erzherzog fort, warum Ungarn auf einer so niedrigen Stufe des Wohlstandes und der Kultur steht und daher zur Bedeckung der allgemeinen Staatsbedürfnisse gar nicht mehr aufzubringen vermag, so trägt daran der erbärmliche Zustand der Justizpflege und vorzüglich die Einschränkung der Handelsfreiheit die Schuld. All diesen Nachteilen kann nur durch die Aufhebung der beiderseitigen Hindernisse und durch eine „auf wechselseitiges Interesse gegründete engere Vereinigung Ungarns mit Österreich" abgeholfen werden. „Nach den wahren Prinzipien einer über kleinliche, unmündige Maximen erhabenen Staatsökonomie ist eine solche auf wechselseitiges Bedürfnis gestiftete Vereinigung das wirksamste Mittel, die Wohlfahrt beider Teile auf eine solide Art zu begründen. Ungarn würde dadurch mehr an innerem Wohlstande und die ganze Monarchie mehr an gemeinsamen Staatskräften gewinnen, als durch die Erwerbung eines neuen Königreiches." Männer, die in den Kommerzialverhältnissen wohl erfahren und der beiden Länder kundig sind, müßten hierüber die nötigen Modalitäten festsetzen. „Die Hauptanstände sind indessen von der ungarischen Nation zu besorgen, deren Einwilligung nach der Konstitution zu einer Erhöhung der Abgaben und Einführung einer gleichförmigen Aushebung der Rekruten erforderlich ist. Der Ungar liebt seine Freiheit schwärmerisch, ist stolz auf seine Vorrechte und verteidigt beide hartnäckig. Eben deswegen ist es um so notwendiger, die Stimmung der Gemüter vorzubereiten, der Nation das Vorurteil zu benehmen, daß sie etwas Wesentliches an ihrer Freiheit, an ihren Vorrechten vergebe, und sie zu überzeugen, daß dadurch für ihren eigenen Wohlstand die wohltätigsten Quellen eröffnet werden."

Der Kaiser würde, dahin faßte der Erzherzog seine Argumente für eine bessere Angleichung der beiden Ländergruppen zusammen, durch diese tätigere Mitwirkung Ungarns in den Stand gesetzt, stärkere Armeen und einen größeren

Staatsaufwand ohne höhere Belastung seiner Untertanen zu unterhalten und der innere Wohlstand der Monarchie würde sich zusehend vermehren. „Es fehlte derselben bisher an nichts als an Industrie und an Einheit der Regierung; gelingt es den landesväterlichen Bemühungen Eurer Majestät, den inneren Wohlstand durch gehörige Benützung der außerordentlichen Menge natürlicher Hilfsmittel zu befördern und die stärksten Hindernisse, welche die Verschiedenheit der Regierungsverfassung der Wirksamkeit der Staatsverwaltung in den Weg legt, zu beseitigen, so wird sie den ersten Rang unter den europäischen Mächten behaupten. Sie wird nicht nur eine sichere, von Zufällen minder abhängige Dauer, sondern auch eine vollkommene Unabhängigkeit von allen übrigen Staaten genießen, und an und für sich allein stärker und kraftvoller dastehen, als mit der schwankenden Stütze stets wandelbarer Allianzen." Daß die Einheit der Verfassung, wie man vielleicht einwenden könnte, eine Revolution begünstige, daran sei gar nicht zu denken. Übrigens handle es sich dermalen noch gar nicht um die Frage einer Zusammenschmelzung der verschiedenen Völker in eine Nation, sondern nur um die zwischen denselben herzustellende Gleichheit der Staatsabgaben und der Handelsfreiheit.

„Die Verschiedenartigkeit der Nationen", so schloß der Erzherzog seine Denkschrift, indem er wohl auf die Mentalität seines Bruders anspielt, „würde demungeachtet bestehen und die deutschen Regimenter noch immer mit dem nämlichen Erfolg zur Dämpfung einer Empörung in Ungarn, als die ungarischen gegen die Böhmen oder Österreicher verwendet werden können." [241] Also: Ungarn soll nicht mit den deutschen Erblanden verschmolzen, Österreich kein Einheitsstaat werden, damit man im Falle einer Revolution deutsche Truppen gegen Ungarn und ungarisches Militär gegen die Böhmen oder Österreicher verwenden könne — dieser Gedankengang entspricht ganz dem Mißtrauen Kaiser Franzens.

Es waren goldene Worte, die der Erzherzog in diesem an den Bruder gerichteten Gutachten über die ungarische Frage

gesprochen. Wie eine grausame Ironie nehmen sie sich aus, wenn wir an die Stellung denken, die der Monarch dem Lande der Stephanskrone gegenüber einnehmen sollte. Den Gedanken an eine innere Gesundung Ungarns hat er wohl nie ernstlich gefaßt, aber die Geldmittel und Rekruten in erhöhtem Ausmaße — allenfalls mit Verletzung der Konstitution — sollten hereingebracht werden. Wenn der Erzherzog im Jahre 1801 eine engere Verbindung der deutschen mit den ungarischen Ländern befürwortete, so hätte diese Idee nach der Schaffung des Kaisertums Österreichs noch mehr innere Berechtigung gehabt. Als dann der Feldzug des Jahres 1805 vorüber und der unglückliche Friede von Preßburg geschlossen war, tauchte zunächst, von französischer Seite angeregt, das Projekt eines großen, bis zum Schwarzen Meere sich erstreckenden Donaureiches — mit Ungarn als Mittelpunkt — auf.[242] Selbst Friedrich von Gentz scheint sich mit ihm eine Zeitlang ernstlich beschäftigt zu haben.[243]

Im Wiener Kabinett hatte man indes ganz andere Sorgen. Hier hätte man die Angleichung Ungarns an die übrigen Länder am liebsten in der Weise durchgeführt, daß man die dort als heilig angesehene Konstitution aufhob. Zunächst aber handelte es sich darum, das Land der Stephanskrone zu einer größeren Beihilfe zu verhalten, um die Wunden des Preßburger Friedens zu heilen, die leeren Staatskassen zu füllen und die Wehrkraft zu verstärken. Der Erzherzog-Palatin Joseph wurde aufgefordert, darüber seine Vorschläge zu erstatten.

Der Palatin, wohlvertraut mit der Stimmung des Landes, aber auch mit der Gesinnung des Kaisers, gab darauf seinem Bruder den Rat, den Ständen, um sie zu gewinnen, noch vor Eröffnung des Reichstages aus freiem Willen einige der wichtigsten Wünsche und Beschwerden zu erfüllen. Er tadelte das bisher vom Wiener Kabinett beobachtete Vorgehen, immer erst auf die Vorlage der unvermeidlichen Gravamina zu warten. Ihm schwebte als großes Ziel vor Augen: ein einträchtiges Zusammenwirken von Krone und Reichstag, wodurch alles, was Verdacht und Zwietracht zu verursachen vermochte, aus dem Wege geräumt würde. „Könnte dieser Zweck“, meinte er, „nun erreicht werden, so würde ich Euer

Majestät selbst überzeugen, wie glücklich Hungarn unter Ihrer milden Regierung werden könnte, wie leicht und ehrenvoll Ihre väterlichen Absichten erzielet würden."[244] Der Palatin versprach sich sehr viel von einer offenen Auseinanderlegung des Finanzübels und er erwartete sich von dieser aufrichtigen Sprache um so viel mehr, als man diese „bisher nicht gewohnt" sei. Durch eine vernünftige Publizität, welche die Gebrechen rückhaltlos aufdecke, zugleich aber auch die Wege zur Heilung zeige, könne der Kredit des Staates nur gewinnen.[245]

Der warme Appell des Erzherzogs, der seinem mißtrauischen, in den Ungarn lauter Rebellen witternden Bruder Offenheit und Vertrauen predigte, verhallte im Winde. Daher kam es denn auch so, wie Joseph es vorausgesehen: die Stände knüpften an die Bewilligung der von der Regierung geforderten namhaften Geldhilfe allerlei Bedingungen, verlangten die gänzliche Aufhebung der zwischen Ungarn und den übrigen Kronländern bestehenden Mauten u. dgl. mehr. Wie man aber nun am Wiener Hofe von Bedingungen hörte, wurde man sehr nervös. Auch wenn das von den Ungarn angebotene Subsidium, bemerkte Finanzminister Zichy, viermal größer sein sollte, als dies wirklich der Fall sei, dürfe es nicht angenommen werden; denn die Absicht, die königliche Gewalt zu schmälern, liege zu offen am Tage.[246]

Kaiser Franz forderte nun den Palatin auf, mit Hilfe des „besser denkenden Teiles der Stände, vorzüglich des Cleri und der Magnaten", dahin zu wirken, daß das Angebot stattlicher ausfalle und die daran geknüpften Bedingungen gestrichen würden, damit er, wie er drohend hinzufügte, „nicht bemüßigt werde, das Anerbieten der Stände auf eine für selbe unangenehme Weise zu beantworten."[247]

In einem zweiten vertraulichen Schreiben, das dem Bruder seine Entrüstung über den „schlechten" Gang des Reichstages deutlich zu verstehen gab, ermahnte er ihn eindringlich, alles zu tun, „daß das von den Ständen angetragen werdende Oblatum wirklich ausgiebig ausfalle und auf eine Art mir dargebracht werde, daß ich nicht wegen der dabey befindlichen Klauseln oder anderer Unzukömmlichkeiten es zurückweisen müßte. Wegen der Rekruten ist das Offert der

Stände, wenn es nicht anderst ausfällt, ein wahres Skandal. Der König sagt, ich brauche so viel, die Stände sagen, wir geben nur so viel, und das unter was für Umständen. Wenn Dir etwas an der Ehre, am Wohle der Monarchie und auch an Meinem und Deinem liegt, so thue Dein Mögliches, um diese Sachen in das gehörige Gleiß zu bringen." Zum Schluß spielte der Monarch noch ein persönliches Moment aus, um den Bruder zu den äußersten Anstrengungen anzuspornen. Kaiser Franz war nämlich am Tage vorher in Baden zum gewöhnlichen Kurgebrauche eingetroffen. „Mache, daß es Mir um so besser anschlage durch gute Nachricht, die Du mir schickest" — so schrieb er gemütlich dem Bruder, dessen Ratschläge er nicht befolgt und der nun, da die von ihm befürchteten Verwicklungen eingetreten waren, das Bad auszugießen hatte.[248]

Erzherzog Joseph nahm darauf die Vermittlung in die Hand und setzte es dank seiner Beliebtheit und Geschicklichkeit auch glücklich durch, daß die Stände die zwei wichtigsten Punkte der königlichen Proposition günstig erledigten. Sie bewilligten einmal zwölftausend Rekruten, nahmen indes die vom Erzherzog Karl gewünschte Kapitulation, wie sie in den deutschen Erbländern eingeführt war, nicht an, sondern hielten an ihrem alten Werbesystem fest. Ferner gewährten sie ein Sechstel des Reinertrages vom Grundbesitz und vom beweglichen Vermögen ein Prozent des Schätzungswertes. Die Stände hätten sich wohl, wie der Palatin dem König berichtete, etwas mehr anstrengen können, aber dafür fehlte, was vom Standpunkte des Kabinetts gewiß wichtig erschien, jede den königlichen Rechten abträgliche Klausel. Trotzdem befriedigte in Wien diese Lösung sehr wenig. Man erblickte in der von den Ständen bewilligten Insurrektion nur ein von den ungarischen Gewalthabern ersonnenes Mittel zu einer „wirklichen Organisation eines Aufruhrs-Instruments."[249] Der Kaiser war entschlossen, nicht nachzugeben.

In diese gewitterschwüle Atmosphäre fiel ein neues Erregungsmoment, das die vom Palatin so gut eingeleitete Vermittlungsaktion jäh unterbrach. Bei einer von den Magnaten eingeleiteten Beratung über die Frage, ob man nicht

durch freiwillige Beiträge die dem Hofe bewilligte gesetzliche Hilfe ergänzen solle, soll einem der angesehensten Mitglieder des Reichstages, General Vay, die Äußerung entschlüpft sein, er besorge, daß der König alsdann die ersten Würden des Landes unter dem Titel der Subsidien um bares Geld verkaufen könnte. Diese gewiß nicht sehr loyale Bemerkung kam auf dem üblichen Wege der Denunziation zu Ohren des Monarchen, der sofort — in solchen Fällen konnte Franz sehr rasch handeln — mit der Streichung des Generals aus den Listen der Armee vorging. Vays Maßregelung aber rief in ganz Ungarn die größte Aufregung hervor; man betrachtete sie als Verletzung eines der heiligsten Verfassungsrechte, der Redefreiheit.

Der Palatin drang auf Zurücknahme der Absetzung, denn er besorgte nicht ohne Grund, daß es nun zum Abbruch der Reichstagsverhandlungen kommen und die Regierung ganz ohne Subsidien und Rekruten dastehen werde. Die peinliche Angelegenheit erhielt übrigens dadurch eine versöhnliche Lösung, daß Baron Vay dem König sein lebhaftes Bedauern aussprechen ließ und Franz gesonnen war, den General wieder in Gnaden aufzunehmen. Somit hätte sich die ganze Sache in Wohlgefallen auflösen können, wenn man nicht in Wien dahin benachrichtigt worden wäre, daß die schwer gereizten Stände dem König eine Vorstellung zu machen beabsichtigten. Diese Vorstellung aber mußte verhindert werden, weil man in Wien auch nur den leisesten Anschein, als hätte man einem Drucke nachgegeben, vermieden wissen wollte.

Der Erzherzog-Palatin wurde daher vom König in der energischesten Weise aufgefordert, alles Mögliche zu tun, um die Beschwerde des ungarischen Reichstages zu verhindern. Niemals werde er, gab Franz seinem Bruder zu verstehen, dies dulden und auf diesem Entschlusse „beharre er fest", weil er es als eine Pflicht gegen seinen Nachfolger ansehe. Er sprach die bestimmte Erwartung aus, der Erzherzog werde mit Hilfe der „gutgesinnten" Landtagsmitglieder auch dieses Geschäft zum besten leiten und nicht zugeben, „daß durch einige irregeführte Sprudelköpfe solche Schritte veranlaßt werden, welche Meinen Unwillen erre-

gen und dann viel weitaussehendere Folgen haben könnten, als man jetzo vorherzusehen imstande ist". Er wiederholte seine schon einmal gegebene Erklärung, daß er über diesen Gegenstand „keine Art Repräsentation der Stände, sei sie auch in die Form einer Danksagung eingekleidet", anzunehmen gewillt sei, und sprach den Wunsch aus, daß dies sein letzter Brief in „dieser odiosen Materie" sei.[250]

Der Klugheit des Erzherzogs gelang es, auch über diese Schwierigkeit hinwegzukommen. Aber nun drohte ein anderes, viel größeres Zerwürfnis. Kaiser Franz, den an der ganzen Reichstagsverhandlung doch nur die Bewilligung der Subsidien und Rekruten interessierte, wollte, nachdem dieser Punkt erledigt war, den Reichstag schließen. Alle Gravamina, die noch zur Verhandlung standen, sollten, so wurde verfügt, der Regierung eingesendet werden. Gegen diese verfassungswidrige Lösung verwahrten sich die Stände mit aller Entschiedenheit. Sie verlangten die Fortsetzung des Reichstages, und zwar in Pest, und um dies zu ermöglichen, waren sie zu einem ganz außergewöhnlichen Entgegenkommen bereit. Nach der Konstitution erhielten die von den Ständen gemachten Bewilligungen erst am Schlusse des Reichstages Gesetzeskraft, und von dieser verfassungsmäßigen Bestimmung wollten sie für diesmal abgehen. Die Rekruten und Subsidien sollten sofort zur Verfügung des Königs gestellt werden.[251]

Der Erzherzog sah in diesem Beschluß der Stände eine für die Zukunft sehr vorteilhafte Neuerung. Allein sein kaiserlicher Bruder bestand auf sofortiger Schließung des Reichstages. Er besorgte nämlich, daß die Stände bei einer weiteren Hinausziehung des Reichstages, dessen Verhandlungen bereits einiges Aufsehen zu erregen begannen, Gelegenheit fänden, „Sachen vorzunehmen, deren Vornahme nicht conveniret". Nachdem Franz dem Palatin nochmals nachdrücklichst versichert hatte, daß er nichts dulden werde, was seinen königlichen Rechten abträglich sein könnte, machte er ihm zur Pflicht, dafür zu sorgen, daß der Reichstag baldigst aufgelöst und bei der unteren Tafel „alle unanständigen Reden" verhindert werden.[252]

Im Interesse des Staatskredits sollte alles unliebsame, „bedenkliche Aufsehen“ im Auslande vermieden werden.[253] Der Reichstag wurde tatsächlich am 15. Dezember aufgelöst. Mit Mühe und Not gelang es dem Palatin, den Sturm der Entrüstung, der sich im Lande darüber erhob, niederzuschlagen, „alle unehrerbietigen“ Ausdrücke hintanzuhalten. Schwer verstimmt schieden König und Nation aus diesem Reichstag vom Jahre 1807, bei dem wir absichtlich etwas länger verweilten, um die von Franz dem Lande gegenüber eingeschlagenen Methoden und die ganz besonderen Schwierigkeiten, mit denen der Erzherzog-Palatin, um dieser eigentümlichen Taktik gerecht zu werden, zu kämpfen hatte, besser kennen zu lernen.

Wie berechtigt Josephs Mahnung war, den Ungarn mit Vertrauen entgegenzukommen, das sollte der König schon auf dem nächsten Reichstage erkennen.[254] Durch Vermittlung des Erzherzogs, der auf diesen guten Gedanken kam, hatten die Ungarn den Wunsch ausgedrückt, die dritte Gemahlin Maria Ludovica, die Franz sehr rasch nach Marie Theresens Tode — am 6. Januar 1808 — zum Traualtar geführt hatte, zu ihrer Königin zu krönen. Die durch die Krönung der anmutigen, geistvollen Frau hervorgerufene gute Stimmung wollte der Palatin zur Reform der Wehrkraft benützen. Anders als auf nationaler Grundlage indes, glaubte er, sein Ziel nicht erreichen zu können. Es erschien ihm schon ein großer Gewinn, wenn die Insurrektion, die für gewöhnlich nur von Zeit zu Zeit, im Augenblick der Gefahr, einberufen wurde, zu einer dauernden Einrichtung erhoben würde.

Der König erhielt auch wirklich auf diesem „schönen Reichstag“, der ganz im Zeichen des herzlichen Vertrauens und der neuen Kriegsgefahr stand, die Vermehrung des stehenden Heeres als ein „freies Geschenk“ der Nation. Sie war dank der Bemühungen des Palatins, der unausgesetzt, fieberhaft dafür tätig war, ganz beträchtlich; denn außer der Insurrektion gestanden die Stände noch zur Verstärkung des stehenden ungarischen Heeres 20.000 Rekruten zu. Sie hatten mehr gegeben, als sich der Erzherzog im günstigsten Falle erhofft hatte. In der Tat, auf dem Reichstage des Vor-

jahres, in der dumpfen Atmosphäre des Mißtrauens, wären diese weitgehenden Zugeständnisse unmöglich gewesen — sie hätten dem Wiener Hofe für die Zukunft eine eindrucksvolle Lehre sein müssen.

7. DER FELDZUG VON 1809 UND SEINE FOLGEN.

Der ungarische Krönungslandtag sowie die Errichtung der österreichischen Landwehr fallen bereits in eine Zeit voll kriegerischer Begeisterung und vaterländischen Schwunges. Es ist die Vorbereitung für das bedeutungsvolle Jahr 1809, „das schönste der österreichischen Geschichte", wie es Treitschke nennt.[285]

Wieder einmal schien es, als sollte die alte habsburgische Monarchie wie einst zur Zeit des Humanismus der geistige und politische Mittelpunkt des deutschen Reiches werden. Der Staat Friedrichs des Großen war auf dem Schlachtfeld von Jena und Auerstädt schmählich zusammengebrochen. Die Hoffnungen der deutschen Patrioten richteten sich jetzt auf den Kaiserstaat an der Donau. „Auf, gewaltiges Österreich!", ruft Uhland; „Auf denn Freunde", mahnt Ernst Moriz Arndt, der Dichter von „Österreich an Ehren und an Siegen reich", „frisch auf zum Rhein, und Mainz und Wesel und Landau rasch berannt und genommen; dann gerufen: Freiheit und Österreich! Dann gerufen: Franz unser Kaiser, nicht Bonaparte ... Österreich ist der Vereinigungspunkt, das Haus Habsburg soll herrschen; denn wir wollen einen deutschen Herrn."

Gerade im Norden Deutschlands fand der Appell stürmischen Widerhall. Der protestantische Preuße Max von Schenkendorf jubelt Kaiser Franz zu: „Deutscher Kaiser, deutscher Kaiser, komm zu rächen, komm zu retten!", und der Brandenburger Heinrich von Kleist lenkt in der „Hermannschlacht" hoffnungsvoll seine Blicke nach der alten Kaiserburg in Wien. „O Herr", so begrüßt er Franz, „Du trittst der Welt als Retter dem Mordgeist in die Bahn."

Das war ein ganz anderer Geist, als er zu Beginn der Franzosenkriege geherrscht hatte, auch noch als das Reich

Karls des Großen ruhmlos sich aufgelöst hatte. Die Verherrlichung des katholischen Erzhauses war eine der eigentümlichsten Früchte der Romantik, jenes Geistesfrühlings, der unter dem eisernen Druck der napoleonischen Zwingherrschaft machtvoll sich entfaltet hatte. Eine ganze Reihe der hervorragendsten Vertreter der Literatur eilt aus allen Gauen des deutschen Vaterlandes in das Donauland, um in Diensten des Kaisers für die große Sache der Befreiung zu wirken, und Männer wie die Gebrüder Schlegel, Friedrich von Gentz und Adam Müller finden hier ein reiches Arbeitsfeld. Aus ihrer Feder stammen die feurigen Kriegsmanifeste, die der Welt verkündeten, daß Österreich fest entschlossen sei, „der Freiheit Europas", die sich unter seine Fahnen geflüchtet, den Weg zu bahnen, den „deutschen Brüdern" die erhoffte Erlösung zu bringen, und daß die Sache Österreichs die Sache Deutschlands sei. Vergessen war, daß Kaiser Franz in dem Frieden von Lunéville um einiger territorialer Vorteile wegen, um, wie böse Zungen sagten, die „sechs oder acht Erzherzöge, die ihm zur Last fallen, in Italien unterzubringen",[256] die deutsche Sache verraten hatte.

Doch auch im Innern des Habsburgerreiches regte es sich mächtig. Die Wehrmannslieder des österreichischen Dichters Heinrich von Collin, von Weigl vertont, lösen Jubel und Begeisterung aus und bei den Fahnenweihen und Ausmärschen der Landwehrbataillone kommt es zu patriotischen Kundgebungen. Auf diesem kräftigen Nährboden konnten dann junge Poeten aus dem Reich wie Eichendorff und Theodor Körner fruchtbringende Anregungen empfangen. Ohne Zweifel war auch die Stimmung der österreichischen Völker jetzt eine ganz andere geworden als sie war, da zum ersten Male das Weihelied der Volkshymne ertönte. Daß ihr diesmal auch, wie hämisch bemerkt wurde, „nachgeholfen" wurde, das wird niemand in Abrede stellen können — so geschah es auch in anderen Ländern wie in Frankreich, wo man die große politische Bedeutung des gedruckten, des gesprochenen und gesungenen Wortes frühzeitig erkannt hatte — nein, darüber ist gar nicht weiter zu reden. Das Interessante aber, man könnte sagen, das

Wunderbare ist, daß die österreichische Regierung auf einmal — denn der kurze vaterländische Rummel in den Apriltagen des Jahres 1797 war kaum ernst zu nehmen — den großen Wert dieser inneren Anteilnahme des Volkes an den politischen Ereignissen erkannte, daß sie nun selbst die literarische Werbetätigkeit in die Hand nahm, daß sie ihr Herz für die schöne Literatur und die Wissenschaft und nicht minder für die Presse entdeckt hatte.

So konnte denn in Österreich unter der offenen Patronanz der Regierung die Romantik die in ihr ruhenden Kräfte entfalten. Die Kehrseite des Weltbürgertums, für das die Aufklärung des achtzehnten Jahrhunderts schwärmte, die Liebe zum eigenen Volke, der nationale Gedanke, findet jetzt eifrige Pflege. Die „Vaterländischen Blätter für den österreichischen Kaiserstaat", im Jahre 1808 zum ersten Male erschienen, werden zum offiziellen Organ und ihr ausgesprochener Zweck war: „die Bewohner der k. k. Erbstaaten mit sich selbst näher bekannt zu machen und Vaterlandsliebe durch Vaterlandskunde zu befördern." Der Historiker Joseph Hormayr konnte nun eine ganz andere Wirksamkeit entfalten als bloß, wie dies wenige Jahre vorher als die Aufgabe des Geschichtslehrers amtlich bezeichnet wurde, „den Schwärmereyen des Zeitalters entgegen zu arbeiten, die durch Afterphilosophie verschobenen Begriffe der jungen Leute zu berichtigen und mit sich und der Regierung zufriedene, folglich ruhige, brauchbare Staatsbürger zu bilden".[257] Seine hingebungsvollen, rastlosen Bemühungen, die österreichischen Völker durch die Kenntnis ihrer Vergangenheit zur nationalen Begeisterung zu entflammen, fanden jetzt höchsten Orts gnädigste Anerkennung. Etwas ganz unerhörtes geschah: ein Mann der Wissenschaft wurde vom Kaiser mit dem neu begründeten Leopoldorden, einer der höchsten Auszeichnungen, geschmückt und bald zum wirklichen Hofrat befördert. Mit dem Historiker wetteiferte erfolgreich der Dichter. In Scharen strömte alles, berufene und unberufene Poeten, herbei, um an dem Aufschwung Österreichs mitzuwirken. Daß diese Tätigkeit nunmehr von der Regierung gerne gesehen wurde, beweist schon die Tatsache, daß der strebsame Bäuerle ebenfalls

zur Leier griff, um zu ihr vaterländische Lieder ertönen zu lassen.

Endlich hatte die österreichische Regierung den Weg gefunden, der allein Aussicht auf eine erfolgreiche Kriegführung eröffnete. Das Schicksal des preußischen Staates, der auf den Lorbeeren Friedrichs des Großen eingeschlummert war, der katastrophale Zusammenbruch seiner altberühmten Armee auf der einen Seite, die überraschenden Erfolge der spanischen Volksheere auf der anderen Seite bildeten eindrucksvolle Lehren. Die Zeit der Kabinettskriege war vorüber: wollte man die Franzosen niederringen, so mußten sie mit ihren eigenen Waffen geschlagen, mußten aus passiven, gleichgültigen „Untertanen" aktive, selbsttätige „Staatsbürger" herangezogen werden. Der wackere, geniale Freiherr vom Stein hatte auf Grund dieser Erkenntnis nach der unglücklichen Schlacht von Jena und Auerstädt in Preußen seine großzügige staatliche Reformtätigkeit begonnen, die Bauernbefreiung und die städtische Selbstverwaltung in die Wege geleitet. In Österreich dagegen war von einer solchen staatlichen Erneuerung nichts zu bemerken. Im Gegenteil, gerade im Jahre 1808, erfolgte ein starker Eingriff in die Autonomie der Residenzstadt Wien, indem ihr das Recht zur Wahl der Vizebürgermeister und Magistratsräte entzogen wurde, so daß sie jetzt wie die Bürgermeister eigentlich Beamte der Regierung waren.[258] Sie bekamen auch bald nach Art der k. k. Beamtenuniformen ein dunkelkastanienbraunes Amtskleid, so wie um dieselbe Zeit auch die Landstände eine Uniform erhielten: reich mit Silber verzierte, scharlachrote Fräcke und weiße Pantalons und außerdem noch — des Kaisers Gnade war groß — eine blaue Kampagneuniform mit roten Aufschlägen. Dieses Ehrenkleid sollte sie daran erinnern, daß sie sich in erster Linie als Hof- und Staatsbeamte und nicht als Volksvertreter zu fühlen hätten. So sah es in Österreich mit der politischen Reformarbeit aus, die mit dem geistigen Aufschwung Hand in Hand hätte gehen sollen!

Stadion hatte sicher die besten Absichten, das Beispiel Steins zu befolgen, aber er vermochte sich nicht durchzusetzen. Obwohl er und Saurau sowie die Brüder des

Kaisers einmütig für eine Reform der obersten Regierung in Gestalt eines Ministerrates eingetreten waren, feierte gerade jetzt, in den Tagen des patriotischen Aufschwunges, wie zum Hohn der heftig angefeindete Staatsrat seine Auferstehung. Es wäre übrigens auch für eine tiefgreifende Umwandlung des Staatsgebäudes gar keine Zeit gewesen, denn kaum, daß man hatte Atem schöpfen können, hatte Kaiser Franz wieder das Schwert gezogen.

Merkwürdig, wie der sonst so bedächtige, schwerfällige Monarch so rasch nach der demonstrativen Entfernung der angeblichen Kriegshetzer den Mut fand, wiederum den Waffengang mit Frankreich anzutreten. Das Erstaunen des seinerzeit als „Kriegsbaron" gefürchteten, nun als Privatmann in Wien lebenden Freiherrn von Thugut war gar nicht so unberechtigt. „Ich verstehe nicht", meinte er, „was man eigentlich will. Als ich den Krieg wollte, da hatte ich Verbündete und die Hoffnung, neue zu gewinnen. Jetzt zieht man auf den Kampfplatz ohne Verbündete, ohne Hoffnung, welche zu erwerben, und nach einem so unglücklichen Krieg, wie es der letzte war. Meiner Treu, dazu gehört ein Mut, dessen ich nicht fähig wäre. Diese Verantwortung würde mich zittern machen, obwohl ich gewiß halsstarrig genug bin." [259]

Mit den Verbündeten sah es in der Tat schlimm aus. Von Preußen kam eine Absage. Die ganzen Hoffnungen Stadions waren darauf gebaut, daß ein Erfolg Österreichs einige deutsche Länder mitreißen würde. Wie stand es nun mit den Aussichten auf einen Erfolg; wie stand es um die eigene Kraft, auf die Österreich angewiesen war? Niemand war berufener, auf die Frage Antwort zu geben als der Erzherzog-Generalissimus Karl, der Reorganisator der Armee — und er beurteilte die Lage wenig hoffnungsvoll. Es rächte sich jetzt, daß die an und für sich so kurze Zeit, die seit dem Preßburger Frieden verstrichen, durch eine Politik „d'une resistance d'inertie", wie sich der französische Gesandte am Wiener Hofe fein ausdrückte, vertrödelt worden war. Wenn der Kaiser nach dem überraschend schnellen Fall Preußens, der die schönen Berechnungen Stadions grausam zerstörte, ein — schriftliches Gutachten darüber

abverlangte, auf welche Weise der Gefahr begegnet werden könnte, so war das für die Art, wie der Kaiser den Krieg vorbereitete, überaus kennzeichnend. Stadion muß den Monarchen belehren, daß hier nur Kraft und Schnelligkeit in der Ausführung der notwendigen Maßregeln helfen könne.[260] Allein gerade das war vom Monarchen nicht zu erreichen. „Unsere Feinde handeln und wir deliberieren", bemerkt bitter der Erzherzog, „man schwätzt, man klatscht — aber man macht nichts. Jede Woche wird eine Konferenz gehalten, aber die Angelegenheiten, die dabei verhandelt werden, sind wirklich nicht wichtig."[261]

Ihm als Generalissimus der Armee oblag die schwere, verantwortungsvolle Aufgabe, sie schlagfertig zu gestalten. Die von ihm aufgestellten taktischen Grundsätze, welche größere Selbständigkeit der Unterführer voraussetzten, deckten erst die Sünden der früheren Zeit in ihrer vollen Größe auf. Er hätte die größte Unterstützung benötigt. Statt dessen tat der Kaiser alles, um ihm das Kommando zu verleiden. Er hielt es gerade jetzt, da der Krieg schon vor der Tür stand, für geraten, den Hofkriegsrat, wie zu Beginn des traurigen Feldzuges von 1805, selbständig zu machen. Der Erzherzog merkt sofort, worauf die Sache hinauslief, und braust auf. „Jetzt in dem Augenblick", schreibt er, „in welchem Du selbst dem Ausbruch eines Krieges entgegensiehst, der über die Fortdauer Deiner Dynastie entscheiden muß, willst Du mir zum drittenmal alle Wirkung, Kraft und Ansehen benehmen und dann soll ich die Armee anführen, von der Du Deine Rettung und der Staat sein Heil erwartet!" Und diesmal setzt er sich energisch zur Wehre. „Mein Selbstgefühl", erklärt er mit Entschiedenheit, „zu verleugnen, um Dir zu dienen, bist Du zu fordern berechtigt, aber es zu verleugnen, um Dir und der Monarchie den Untergang vorzubereiten, dazu, lieber Bruder, kann keine Gewalt auf Erden mich nötigen."[262]

Der Kaiser gab nach, aber zu Österreichs Unglück folgte er seinem Bruder nicht auch in jenem Punkt, der die wichtigste Voraussetzung für ein erfolgreiches Auftreten des Generalissimus war. Der Erzherzog brauchte Zeit, um die Reorganisation der Armee durchzuführen. Die größere Be-

weglichkeit der Truppenverbände, die wieder die Erziehung der Unterbefehlshaber zu selbständigem, raschem Handeln erforderte, war nicht im Handumdrehen zu erreichen. Wie die Dinge bei Ausbruch des neuen Krieges lagen, war der allerschlimmste Zustand eingetreten: die alte, festeingewurzelte Ordnung der Lineartaktik war durchbrochen, gelockert, und die neuen Grundsätze waren noch nicht in Fleisch und Blut gedrungen — eine verhängnisvolle Halbheit war die Folge, die dem Erzherzog nur zu bewußt war. Auch die moralische Verfassung der Armee war nicht die beste. Die Kriegsbegeisterung, die sich in einzelnen Städten und Ländern, wie in Wien, in Niederösterreich und Böhmen in so rauschender Weise äußerte, wurde in Ungarn und in Galizien nicht im mindesten geteilt; die galizischen Polen machten aus ihren Sympathien für Napoleon, von welchem sie sich die Wiederherstellung des polnischen Königreiches erhofften, gar kein Hehl, und die Ungarn, deren Begeisterung sich wieder abgekühlt hatte, zeigten sich einer Verwendung außerhalb ihres engeren Vaterlandes nicht geneigt.

Begreiflich also, wenn der Erzherzog, der für seine Person eine Bekämpfung Rußlands an der Seite Napoleons lieber gesehen hätte, den kaiserlichen Bruder unausgesetzt vor den unglücklichen Folgen eines vorzeitigen Losschlagens warnte. Aber seine Kassandrarufe waren in den Wind geschrien — zu mächtig war am Wiener Hofe die Kriegspartei. Die Seele derselben war, wie man weiß, die junge Kaiserin und ihre Brüder aus dem Hause Este. Maria Ludovica war eine glühende Franzosenhasserin und dem Einfluß ihrer Persönlichkeit, deren Zauber Männer wie Goethe und Gentz unterlagen, gelang es, alle Bedenken zu überwinden. Als Kaiser Franz, der, wie wir bereits wissen, rasch wieder, gar unter dem Eindruck der spanischen Königskatastrophe, für den Krieg gewonnen war, durch die beständigen Warnungen seines Bruders weich geworden, zu schwanken anfing, soll die Kaiserin den Schwager mit Tränen im Auge und einem Kniefall beschworen haben, einem Kampfe, durch welchen die Monarchie ihr altes Ansehen wieder gewinnen könnte, nicht sich zu widersetzen.[268]

Mag sein, daß es sich hier um eine schöne Fabel handelt,

um die phantasievolle Ausschmückung der Tatsache, daß der Erzherzog entschieden gegen den Krieg war, die Kaiserin aber ihn wollte — allein diese Tatsache, daß der Generalissimus den bevorstehenden Krieg als ein gefährliches und nutzloses Unternehmen ansah, daß er ihn zum mindesten als verfrüht betrachtete und der Monarch doch zum Losschlagen drängte, ist für die autokratische Haltung des Kaisers wie für die Stellung seiner verantwortlichen Minister und Ratgeber bezeichnend. Dieser tiefe Pessimismus des obersten Heerführers war gewiß keine günstige Vorbedeutung. Auch sonst fehlte es nicht an bösen Vorzeichen und Schicksalstücken. Der Generalstabschef Generalmajor Mayer, der alle Pläne für den Feldzug ausgearbeitet hatte, wurde im letzten Moment entlassen, weil er angeblich in der Weinlaune den ganzen Operationsplan verraten hatte, in Wirklichkeit wohl, weil er mit seinem Tadel an der Armeeleitung nicht zurückhalten konnte. Der Aufmarschplan wurde geändert und mit ermüdenden Märschen aus Böhmen, von wo aus ursprünglich der Hauptstoß hätte geführt werden sollen, an die Donau begann der Feldzug, der literarisch entschieden besser vorbereitet war. Wenn er schon — nicht nur nach dem Urteil des Erzherzogs, sondern auch anderer [204] — entschieden zu früh begonnen worden war, so hätte in dem Augenblicke, da der Abbruch der Beziehungen erfolgte, der Einmarsch in Süddeutschland so schleunig als möglich durchgeführt werden sollen.

Dies geschah aber nicht, das Moment der Überraschung des Feindes blieb aus und Napoleon fand Zeit, nach dem Kriegsschauplatz zu eilen und an die Spitze der dem Erzherzog gegenüberstehenden Armee sich zu stellen. Die Anfangserfolge, welche die deutschen Fürsten und Völker hätten mitreißen sollen, fielen dem Franzosenkaiser zu, dem es gelang — trotz den schweren Fehlern seiner Generale — den Erzherzog zu überrumpeln und zurückzudrängen. Napoleon hat später die Schlachttage bei Regensburg als seine schönsten Waffentaten, als sein „Meisterstück" gefeiert. Sie waren jedenfalls für den Ausgang des Krieges entscheidend. Napoleon, der nach diesem Siege frohbewegt ausrief:

„In einem Monat sind wir in Wien", irrte sich nur in dem Zeitpunkte — er war früher dort.

Noch einmal, bei Aspern, erstrahlte die altbewährte Tapferkeit der österreichischen Armee und das Führergeschick Erzherzog Karls in hehrem Glanze; noch einmal flammte die Begeisterung für die gemeinsame deutsche Sache bei den Brüdern in Deutschland mächtig auf. Der Dichter der Hermannschlacht überreichte in einem poetischen Gruß dem „Überwinder des Unüberwindlichen" den unverwelklichen Lorbeerkranz. Stägermann aber jubelte: „Und sie flohn, die Siegeslaub sonst bedeckte, die den Raub von dem Nil zum Memel trugen; flohn und unsere Donner schlugen ihre Feldherrn in den Staub." Der Glaube an die Unüberwindlichkeit des Korsen war in der Tat erschüttert, und darin lag die große Bedeutung der Maitage von 1809. Allein das Schicksal Österreichs erfuhr dadurch keine Änderung. Die darauffolgenden Schlachten von Raab und Wagram fielen gegen den Kaiserstaat aus. Über die Ursachen des unglücklichen Ausgangs der Schlacht von Wagram, die am Abend des 5. Juli für die Österreicher nicht ungünstig stand, ist verschiedenes erzählt worden. Tatsache scheint zu sein, daß Erzherzog Karl in der folgenden Nacht von einem seiner Nervenanfälle heimgesucht wurde und sein Generalstabschef Freiherr von Wimpffen eigenmächtig die weiteren Dispositionen traf, die, wie der Erfolg zeigte, nicht glücklich waren.[265] Der tiefere Grund, auch für das oft besprochene zu späte Eintreffen des Erzherzogs Johann, war die vollständige Zerfahrenheit und Desorganisation, die auch im Heere herrschte, und gegen die ein einzelner wie Erzherzog Karl nicht aufzukommen vermochte.

Nichts kennzeichnet besser die vollständige Passivität des Kaisers, die ja die Wurzel aller desolaten Zustände in Österreich bildete, als die Erzählungen, die darüber umliefen und nach den Aussprüchen, die uns aus dem Stimmungsberichte Sauraus vom Jahre 1799 bekannt wurden,[266] nur zu glaubhaft sind, jedenfalls damals Glauben fanden. Bei dem Beginn der Schlacht, welcher Franz vom Bisamberge aus zusah, erkundigte er sich, wer auf dem linken Flügel das Kommando führe. Als ihm der Name des Generals —

es war Fürst Rosenberg — genannt wurde, hellten sich die Züge des Monarchen auf und mit einem vielsagenden „Der Rosenberg!" sagte er gleich die Niederlage auf diesem Teile des Schlachtfeldes voraus. Und als dann wirklich die Katastrophe eintrat, verließ er den Schauplatz mit den kalten Worten: „Nun wollen wir nach Hause gehen."[267] Diese Gleichgültigkeit war es, die schon seine Erzieher zur Verzweiflung brachte und die nach unten hin fortfraß und alles lähmte.

Merkwürdig war das Verhalten des Kaisers, als nach der Niederlage von Wagram die Friedensfrage an ihn herantrat. Franz hatte während des Feldzuges zwischen wilder Kriegsentschlossenheit, stiller Resignation und vollständiger Mutlosigkeit hin und her geschwankt. Bald hörte man ihn sagen: „Ich werde sechs Schlachten verlieren, aber ich werde die siebente bei Temesvár gewinnen, die mich für alles bezahlt machen wird", oder „Wenn's halt nach mir geht, so knallts wieder."[268] Dann aber war er ganz gebrochen und erklärte, froh zu sein, wenn ihm Napoleon wenigstens Laxenburg beließe, so daß ihn sein Bruder Karl an seine Pflichten als Monarch erinnern mußte.[269] Als nun Karl, der nach der siegreichen Schlacht von Aspern im Vereine mit Erzherzog Rainer zum Frieden geraten hatte, unter dem Eindruck der Wagramer Niederlage rasch, auf eigene Faust, um die Armee zu retten, mit Napoleon den Znaimer Waffenstillstand geschlossen hatte, da wies Franz den Friedensgedanken weit von sich, um dann freilich im nächsten Moment wieder unsicher zu werden, was er tun solle. „Der Kaiser". schrieb damals der Palatin Joseph, „welcher auf eitle Hoffnungen, auf Landungen, Empörungen usw. noch immer baut, wünscht im Geheimen den Krieg, traut sich aber nicht, es laut werden zu lassen, weil so viele dagegen sind." Zur Fortsetzung des Krieges drängten nur wenige, wie die Kaiserin, Kutschera und Baldacci.[270]

Und doch gab es keinen anderen Ausweg mehr als rasch Frieden zu schließen, denn die Stimmung in der Armee war ebenso verzweifelt wie die in der Bevölkerung. Die Kriegsbegeisterung der Wiener hatte beim Herannahen der französischen Truppen rasch ins Gegenteil umgeschlagen. „In

dem Stadtgraben der Hauptmauth", so erzählt uns ein aufmerksamer Augenzeuge, „ist etwas Wasser; da hinein warf man alle spanischen Geschichten, Correspondenz des Papstes, Collins Lieder und sonstige Gelegenheitsschriften, welche ohne so vielem Aufsehen weit besser hätten verbrannt werden sollen; der ganze Stadtgraben war überfüllt, ballenweise wurden sie zugeführt." Wie selig waren sie, als die Nachricht vom Abschluß des Friedens kam. „Das Gewühle auf den Straßen", so berichtet derselbe Gewährsmann, „die Freude! Das Entzücken! Man umarmte, man küßte sich, man drückte sich, alles gab die deutlichsten Beweise, wie sehnsuchtsvoll man des Tages der Erlösung harrte." [271]

Ein solcher Jubel über den Wiener Schmachfrieden vom 14. Oktober 1809 — wahrhaftig Kaiser Franz hatte richtig gewählt, als er sich zur Absendung seiner Friedensabgesandten entschloß und als er sich dann zu den schwersten Opfern bereit erklärte. Österreich verlor Salzburg mit Berchtesgaden, das Innviertel und einen Teil des Hausruckviertels, Westgalizien mit Krakau, das westliche Kärnten, die Grafschaft Görz, die Stadt Triest, Istrien, Krain und einen großen Teil Kroatiens, mit mehr als drei Millionen Einwohnern. Doch nicht diese territorialen Einbußen waren es, um derentwillen die Verhandlungen zu scheitern drohten, nein, um die Kriegsentschädigung wurde der erbittertste Kampf geführt, weil in diesem Punkte Kaiser Franz ganz merkwürdig fest blieb. Mehr als fünfzig Millionen wollte er nicht zahlen, und als dann die Unterhändler mit Napoleon über eine Kontribution von fünfundachtzig Millionen sich einigten, bekamen sie die kaiserliche Ungnade zu fühlen. Der „ungehorsame" General Bubna wurde zum Gestütswesen versetzt.[272] Gentz hatte recht, wenn er vom Kaiser sagte: er rege sich nur auf, wenn er zahlen soll.[273]

Mit dem Wiener Frieden war auch das Schicksal der Tiroler besiegelt, die sich in heldenhaftem Ringen gegen die Fremdherrschaft erhoben und die Bayern und Franzosen aus dem Lande gejagt hatten. Der Aufstand war von Wien aus eingeleitet und geschürt worden. Wenn auch die eigentliche Seele des Freiheitskampfes Erzherzog Johann,

von dem Tiroler Hormayr beraten, gewesen ist, so hatte der Kaiser doch darum gewußt und sogar, als alles schief gegangen war, auf das mutige Bauernvolk seine letzte Hoffnung gesetzt. Daß er nun bei den Friedensverhandlungen keine Hand für seine wackeren Helfershelfer rührte, wirft auf Franzens Charakter kein gutes Licht.[274] Wohl hat er nachträglich, wie um sein Gewissen zu beruhigen, einen diplomatischen Schritt zugunsten Hofers getan, der aber viel zu spät und zu mattherzig erfolgte, um das Blutgericht von Mantua aufzuhalten.[275] Wir werden die Behauptung wagen dürfen, daß dem Monarchen die ganze Volksbewegung des Jahres 1809, namentlich aber die Auflehnung der Tiroler gegen die legitime Herrschaft, von allem Anfang an etwas Widerwärtiges war, gegen das er aber, so lange sie Erfolg versprach, keinen Einspruch wagte.

Nachdem dieser Erfolg aber ausgeblieben war, kehrte sich sein ganzer Haß gegen den Volksgeist und gegen die, welche ihn begünstigt hatten. Der Kaiser sagte sich nicht, daß die Zeit des volkstümlichen, freiheitlichen Aufschwungs zu kurz war und zu wenig in die Tiefe ging, um ein durchschlagendes Ergebnis zu erzielen: er zog nur die Lehre, die er ziehen wollte, daß man beim — alten stehen bleiben müsse und jede Volksbewegung gefährlich sei. Franz zeigte wieder ostentativ, daß er irregeführt wurde. Der Minister Stadion wurde entlassen, sein Bruder Karl aber mit allen Zeichen der allerhöchsten Ungnade seiner Stelle als Generalissimus enthoben. Franz stand nicht an, ihm zu sagen, daß sich in dem letzten Feldzug seine Unfähigkeit, eine große Armee zu kommandieren, endgültig herausgestellt habe.[276]

Auch die patriotischen Sänger bekamen alsbald den Gesinnungswandel des Monarchen zu verspüren. Dem Dichter Castelli, der gleichfalls vaterländische, von Haß gegen Frankreich sprühende Gesänge verfasst hatte und nach der Eroberung Wiens durch Napoleon im kaiserlichen Hoflager Schutz suchte, wurde vom Kaiser höchst unfreundlich die Frage entgegengehalten, wer ihm denn solche Lieder zu schreiben befohlen habe.[277] Man erinnert sich dabei an die Klage des kaiserlichen Erziehers, der bei seinem Neffen den

Mangel aller höheren Gefühle wie Vaterlandsliebe bedauernd feststellte.

Kein Zweifel: Kaiser Franz war durch die Schicksalsschläge des Kriegsjahres 1809 ein anderer geworden. Es war ihm kein Geheimnis geblieben, daß der französische Imperator sich während des Feldzuges mit dem Gedanken trug, die österreichische Kaiserkrone ihm wegzunehmen und Erzherzog Karl aufs Haupt zu setzen. Das Mißtrauen, das er von jeher gegen seine Brüder gehegt hatte, verstärkte sich jetzt. Franz sah in den Mißerfolgen auf den Schlachtfeldern nur Intrigen und Ränke seiner Brüder und Schwäger, in der Absicht gesponnen, sich selber eine Krone zu erhaschen. Als er bei seiner Rückkehr nach Wien von der Bevölkerung jubelnd begrüßt wurde, faßte er das nicht als den Ausdruck ihrer Hoffnung auf schönere, ruhigere Zeiten auf, sondern als eine seiner Person geltende Huldigung, gewissermaßen als eine Billigung seines jedem geistigen Aufschwung, allen staatlichen Neuerungen abholden Standpunktes. Das Autokratische seines Wesens trat jetzt stärker hervor. Die Lehrjahre waren vorüber; fortan wollte er selber das Heft fest in der Hand behalten.

Grabesstille herrschte nun in Österreich. Der schöne Traum von dessen deutscher Sendung war verflogen. Die Kluft zwischen dem Habsburgerstaat und den Deutschen „draußen im Reiche“ tat sich wieder auf. Die hoffnungsvolle Geistesbewegung der Romantik verkümmerte. Der Kaiser pflückte sich aus dem reichen Füllhorn ihrer Ideen und Kräfte nur das heraus, was er brauchte. Das Gottesgnadentum der legitimen Gewalt sollte dem Josephinismus, an dem Franz, soweit er die unbedingte Machtvollkommenheit des Staates betonte, zähe festhielt, einen Glorienschein geben. Die Abneigung gegen die Aufklärung, welche der Romantik im Blute saß, nahm er gerne an: vom aufgeklärten Despotismus wurde das Beiwort endgültig gestrichen. Von der religiösen Erneuerung berührte ihn nur das erhöhte Ansehen des Klerus sympatisch, weil er im Kampf gegen die Revolution seiner Unterstützung bedurfte. Von der durch die Romantik geforderten Erweckung freier Volkskräfte, von dem begeisterten Erfassen sittlicher Ideen aber wollte

er nichts mehr wissen — er sah darin nur „Schwärmerei“ und „Aufruhr“. Zu dieser Schwärmerei gehörte auch, teilweise wenigstens, die Rückkehr der mittelalterlichen Zustände, von der die Romantiker träumten: die Errungenschaften des neuzeitlichen Absolutismus, etwa durch ein Wiederaufleben der Feudalherren und der Stände, durften nicht in Frage gestellt werden. In dem angeblich illoyalen Vorgehen seiner Brüder konnte der ängstliche Kaiser bereits das Auswirken der gefährlichen Ideen der Romantik erblicken.

Doch darf man die Wandlung, die sich durch die Ereignisse des Jahres 1809 in der Haltung des Kaisers Franz vollzog, nicht überschätzen. Auch in der sogenannten Ära Stadion hat der rückschrittliche Polizeigeist niemals geruht. Wir erinnern uns an die eifrigen Nachforschungen, welche die Regierung im Jahre 1808 über das Treiben der Freimaurer in Böhmen pflog. Zwei Jahre vorher — im Juli 1806 — wurde die Gesellschaft der Wildensteiner Ritter auf blauer Erde, die auf dem romantisch im Pittentale gelegenen Schlosse Seebenstein ihre feuchtfröhlichen Tagungen abhielten, polizeilich aufgehoben, wobei dem Kreishauptmann, der mit der Durchführung des Befehles betraut worden war, die interessante Belehrung zuteil wurde, daß Seine Majestät selbst die Ritterschauspiele auf der Bühne und die Romane dieser Art „wegen der dem Geiste seiner Untertanen dadurch zugehenden schiefen[278] Richtung“ hintangehalten wissen wolle. Kaiser Franz hatte selbst dem romantischen Zeitgeschmack — allerdings nur in der Baukunst — gehuldigt, indem er im Jahre 1798 die nach ihm benannte Franzensburg in Laxenburg zu errichten begann — nun wurde diese ganze Richtung als gefährlich erkannt!

Zwei Jahre vor Abschluß des ominösen Wiener Friedens hatte ein junger Beamter, der bei der Freimaurerjagd in Prag als besonders eifrig empfohlen worden war, der spätere Hofkammerpräsident Kübeck, in seinem Tagebuch die Symptome „fortschreitender Reaktion“ festgestellt. Eine anscheinend kleine Veränderung im Staatsschematismus des Jahres 1807 hatte ihn zu dieser geschichtlichen Betrachtung angeregt. Da war nämlich an erster Stelle „Der aller-

höchste Hof" und dann erst als zweiter Teil „Der Staat" verzeichnet. „Wir gehen guten Wegs zur ritterlichen Feudalzeit zurück" bemerkte er dazu, „und das ist auch ein Extrem, daher ein Unsinn." [279] Er sieht voraus, daß diese verfehlte Richtung „Konvulsionen fürchterlicher Art" herbeiführen werde. Das andere Extrem, das diesen „Unsinn" heraufbeschworen, war in seinen Augen das Reformwerk Kaiser Josephs. Er tadelte an ihm, daß er gleich den Revolutionsmännern das Gute „mit Gewalt" durchzusetzen bestrebt war. Joseph II. hätte, so meint Kübeck, die Stände durch Vertreter des Bürger- und Bauernstandes verstärken und die Emanzipation der nicht privilegierten Klassen vollziehen sollen. Dadurch „hätte die Monarchie ihre alten Institutionen nach dem Bedürfnisse der Zeit verbessert und verjüngt und der Keim des langsameren, aber beharrlichen und nachhaltigen Fortschreitens wäre befruchtet und gesichert worden. Statt dessen haben die Reformen des Kaisers neue Reaktionen zur Folge, welche Gehässiges und Veraltetes wieder hervorrufen, Erbitterung und Entzweiung nähren, jedes zeitgemäße Fortschreiten, ja nur den Rat dazu, schon von vornherein verketzern und verschreien." [280]

Diese feinen, gehaltvollen Worte sprach Kübeck im Oktober 1808, in der Blütezeit des vaterländischen Aufschwungs. Man sieht daraus, wie wenig der begabte Beamte mit einem zeitgemäßen Fortschritt rechnete, aber auch wie er sich in seinem Kopfe das Ideal der politischen Entwicklung ausmalte. Was Kaiser Joseph übersah, das hätte Kaiser Franz nicht versäumen dürfen: eine Erneuerung des Ständewesens auf einer gesünderen Grundlage, mit stärkerer Heranziehung des Bürger- und Bauernstandes. Kaiser Franz hat die Ständebewegung, die sich nach Kaiser Josephs II. Tode in den Kronländern regte, niedergeschlagen, und der Schrecken, den das über die Jakobiner in Wien und Pest verhängte Blutgericht verursachte, kam ihm dabei zugute. Statt mit solchen Mitteln die aristokratischen Elemente einzuschüchtern, hätte er besser getan, sie durch einen ihm dankbar gesinnten dritten Stand in Schach zu halten. Wäre das von seinem Oheim begonnene große Werk der Grundentlastung fortgesetzt worden, dann hätte

er sich eine große Bauernpartei bilden können, die als Kitt der Monarchie ganz unberechenbare Dienste hätte leisten können. Solche große Gedanken aber lagen dem Kaiser fern. Die Bauernbefreiung war zum Stillstand gekommen, die Stände aber und die Organe der Stadtverwaltung hatten als Belohnung für die opferwillige Haltung in den Franzosenkriegen und als Entschädigung für die Eingriffe in ihre Autonomie ein Ehren- und Amtskleid erhalten.

Entfesselung der Volkskräfte, Mitwirkung aller Volksklassen, Lösung der Geistesfesseln hatte die österreichische Regierung nach dem Preßburger Frieden von 1805 den Völkern des Kaiserstaates versprochen: eine innere Wiedergeburt des Kaiserstaates erwartete man in weiten Kreisen auch jetzt, nach dem wenig glücklichen Ausgang des Krieges von 1809. „Österreich", heißt es in einer unmittelbar nach dem Wiener Frieden, noch im Jahre 1809 erschienenen Schrift, „Österreich kann sich nur retten, wenn es sein Regierungssystem ändert. Durch die Gründung einer rechtlich organisierten Verfassung, durch die Befreiung des Landvolkes von Fesseln, welche ebenso entehrend als unheilbringend sind, würde Österreich seine Kräfte in einem Grade vermehren, daß es den Kampf weder mit Frankreich noch mit Rußland zu scheuen hätte. Durch Erweckung und Belebung moralischer Kräfte vermöchte es den Verlust vollständig zu ersetzen, welchen es durch den Wiener Frieden erlitten hat." [281]

Graf Stadion, der für dieses Programm der Erweckung der inneren Kräfte Österreichs Verständnis hatte, aber sich nicht durchzusetzen vermochte, war verbittert zurückgetreten, um einem neuen Manne Platz zu machen.

III. BUCH

AUF DER HÖHE DES LEBENS UND DER MACHT

1. METTERNICH UND DER NEUE KURS. STAATSBANKEROTT UND GEWALTSTREICH IN UNGARN.

Kaiser Franz hat sich in einer stürmisch bewegten Zeit von nahezu zwanzig Jahren Mißerfolg über Mißerfolg geholt; sein Staat hatte sich im Kampfe gegen die Revolution buchstäblich verblutet — mit dem verlustreichen Wiener Frieden von 1809 aber beginnt eine Phase der äußeren Triumphe.

Erzherzog Karl, der den Kaiser wiederholt, doch vergebens gemahnt hatte, sein Pulver im Trockenen zu halten und mit Frankreich sein Auskommen zu finden, war mit größter Ungnade entlassen worden, aber nach den schmerzlichen Enttäuschungen des letzten Feldzuges befolgt Franz des Bruders Rat. Ja, er tut sogar mehr. Eingedenk der alten Haustradition: „Bella gerant alii, tu felix Austria nube", gibt der Habsburger seinem Todfeinde, dem revolutionären Emporkömmling, die älteste Tochter Marie Louise zur Frau. „Derselbe Erzbischof von Wien, der vor kurzem die Fahnen der Landwehr geweiht, segnete jetzt die nach katholischen Begriffen unzweifelhaft ehebrecherische Verbindung der beiden Kaiserhäuser." [282] Die Bedenken des überraschten Kirchenfürsten waren von Seite der Regierung durch die Vorlage von amtlichen Belegen, welche die Ungiltigkeit der Ehe mit Josephine darlegten, zum Schweigen gebracht worden.[283]

Auch der Öffentlichkeit suchte man diesen auffallenden Schritt mundgerecht zu machen. „Österreich", ließ die Regierung erklären, „kehrt zu seinem alten System zurück und sichert durch Vermählungen, was es durch schlecht geführte Kriege zu verlieren Gefahr lief." [284] Der Monarch „opferte", wie es später in dem Kriegsmanifest von 1813 hieß, sein Theuerstes dem heiligsten Interesse der Mensch-

heit.[285] Die breiten Schichten der Bevölkerung regten sich über die Heiratsverbindung nicht weiter auf, ja mögen sogar dieses Opfer zur Rettung des Vaterlandes und zur Erhaltung der Ruhe freudig begrüßt haben; andere aber, vor allem die aristokratischen Kreise, erblickten in ihr eine Schmach, eine Demütigung sondergleichen.

An der Wiege dieser neuen Friedens- und Heiratspolitik stand jener Staatsmann, der den Grafen Stadion abgelöst hatte, um nun durch mehr als ein Menschenalter die Geschicke des Kaiserstaates zu lenken: Graf Clemens Lothar Metternich — eine ganz eigenartige Persönlichkeit, viel geschmäht und verhaßt, aber ebensoviel bewundert und vergöttert.[286] Dem nachprüfenden Geschichtsschreiber fällt es so nicht leicht, zwischen der ihm sicherlich zuteil gewordenen Über- und entsprechenden Unterschätzung das richtige Maß zu finden.

Außer Zweifel hat der schöne, hochgewachsene, schlanke Mann mit dem feinen, ausdrucksvollen Kopfe — wir denken da an das bekannte Bild von Lawrence — ganz außerordentliche Gaben besessen, die ihn zu einer Rolle befähigten, die nur mit jener Bismarcks in der zweiten Hälfte seines Jahrhunderts verglichen werden kann. Einmal war er ein gewandter Diplomat, geistreich, gebildet, wenn auch die Bildung — hier ein würdiges Kind des Zeitalters der Aufklärung, in dem er herangewachsen — nicht in die Tiefe ging, genußfroh, ein unermüdlicher Verehrer der Frauen und auch von ihnen geliebt, doch niemals in dem frohen Taumel des Gesellschaftslebens ganz aufgehend, mit der glücklichen Gabe ausgestattet, leicht und rasch zu arbeiten. Leicht floß ihm auch das Wort von den Lippen, um später mit zunehmendem Alter in eine ausgesprochene Geschwätzigkeit überzugehen — wozu gleich bemerkt wird, daß er offenbar infolge seines bewegten Lebens — geistig wenigstens — vorzeitig alterte. In seinen schriftlichen Äußerungen wechselt kristallene Klarheit im Ausdruck der Gedanken, die oft so verständlich sind, daß sie an Plattheit grenzen, nicht immer wohltuend mit einer mystischen Verschwommenheit ab. Unleugbar verfügte er auch über eine gute Menschenkenntnis, und sein scharfer Blick für die Eigenheiten der

Menschen, die ihm in den Weg traten, setzte ihn in den Stand, sie zu lenken.

Ob Metternich, der die diplomatischen Künste und Kniffe so meisterhaft handzuhaben verstand, auch ein großer Staatsmann mit schöpferischen Gedanken war, darüber kann füglich gestritten werden. Wenn die Virtuosität in dem Verbergen der Gedanken den Staatsmann ausmachen würde, dann wäre er wohl einer der größten gewesen; denn die Kunst der Lüge war ihm in hervorragendem Maße zuteil. Von diesem Standpunkte aus war Napoleon berechtigt, ihm eine gute Zukunft vorauszusagen. „Herr von Metternich", so äußerte er sich, „ist nahe daran, ein Staatsmann zu werden, er lügt sehr gut." Das schmückende Beiwort eines Lügners ist ihm auch im Wandel der Zeiten treu geblieben und hat in der bekannten Grabschrift Grillparzers auf den „Don Quixotte der Legitimität, der falsch und wahr nach seinem Sinne bog, zuerst die andern, dann sich selbst belog", seinen Eingang in die klassische Literatur gefunden.

Ein hübsches, wenn auch gewiß nicht beabsichtigtes Denkmal nach dieser Seite hin haben ihm seine Erben gesetzt, indem sie Metternichs in höheren Jahren verfaßte „Denkwürdigkeiten" zugleich mit seinen Denkschriften und amtlichen Aktenstücken veröffentlichten. Eine kritische Vergleichung derselben ergibt ganz merkwürdige Widersprüche, die nicht nur auf Rechnung des durch das Alter geschwächten Erinnerungsvermögens gesetzt werden können.[287] Gerade die Vorgeschichte der Heirat Napoleons mit Franzens Tochter bietet ein passendes Beispiel für seine Wahrheitsliebe. Solange er es als Verdienst ansehen konnte, dieses Friedenspfand zustande gebracht zu haben, war er es natürlich, der die erste Anregung dazu gab. Später aber, nach des Korsen Sturz, da dessen Name verfemt und verflucht war, tischte Metternich die artige Erzählung auf, wie es der französische Imperator selber war, der auf dem Ball des österreichischen Botschafters, im Maskenkleide, der schönen Gemahlin des Hausherrn seinen Wunsch, die Kaisertochter heimzuführen, ins Ohr flüsterte.[288]

Metternichs unbestreitbares Talent, sich einzuschmeicheln, bewährte sich nicht nur bei Napoleon, der ihn direkt

als Botschafter in Paris wünschte, um freilich dann später über den „diplomatischen Gaukler“ loszuziehen, sondern ganz besonders bei Kaiser Franz, der mit ihm gelegentlich der letzten Friedensverhandlungen in nähere Berührung gekommen war und an dem geschmeidigen Diplomaten Gefallen gefunden hatte. Obwohl das Geistreiche und Frivolvergnügungssüchtige im Wesen des Grafen für den Monarchen wenig Ansprechendes hatte, verstand es Metternich doch bald, das Vertrauen seines kaiserlichen Herrn zu gewinnen, ja sich völlig unentbehrlich zu machen. Das Geheimnis der überragenden Stellung, die der Staatskanzler bis zu Franzens Tode innehatte, bestand darin, daß er seine Politik völlig der Wesensart des Monarchen anpaßte. Metternichs Losungswort: „Zeit gewonnen, ist alles gewonnen“, seine stets und überall angewandte leidenschaftslose Taktik des „Temporisierens“ war ganz nach dem Herzen des passiven, schwunglosen Kaisers. Niemand wußte so schön wie Metternich von der Gefährlichkeit der revolutionären Ideen zu reden, niemand konnte überzeugender als er die Notwendigkeit dartun, beim Alten zu verharren, und Österreichs Bestimmung klarlegen, in der Sturmflut des Freiheitsschwindels den festen, unerschütterlichen Damm zu bilden.

Man hat sich oft — mit Recht — gewundert, wie der im Innersten aufgeklärte, begabte Staatsmann eine Politik vertreten konnte, die in der Überspannung eines an und für sich gesunden Gedankens notwendig zur Katastrophe, die er auch beständig vor Augen hatte, führen mußte. Sein langjähriger, als Fachmann hochangesehener Hausarzt, Doktor Jäger, gibt uns dafür eine Erklärung, die nicht uninteressant ist. Er versichert uns, Metternich wäre, „so unglaublich das klinge“, im Grunde seines Wesens ein Mann des Fortschrittes gewesen, er hätte sehr wohl gewußt, daß man sich dem Zeitstrom nicht entgegenstemmen könne, aber er wäre auch im Staatsleben wie in seiner Familie ein Egoist gewesen — einen „so logischen“ habe er, fügte er hinzu, „in seinem Leben nicht wieder kennen gelernt“. Kaiser Franz habe es nicht ohne Absicht geschehen lassen, daß seine eigenen Gedanken, als von Metternich ausgehend, auch

von ihm ausgeführt wurden — „der Kaiser schützte so seine Popularität."[250]

Also eine innige Schicksalsgemeinschaft auf wechselseitigem Interesse beruhend: Der Kaiser brauchte für sein System — wir kennen ihn schon von dieser Seite — einen Prügelknaben, und Metternich benötigte die Gunst seines Monarchen, um sich in seiner hervorragenden Stellung zu erhalten. An dieser hing er zähe, teils aus Eitelkeit, welche Eigenschaft in seinem Charakter eine erste Rolle spielte, teils aber auch aus pekuniären Gründen — natürlich weniger um der mit seinem Amte verbundenen systemmäßigen Bezüge, als um der dem Kanzler von auswärts zufließenden reichlichen Geschenke willen. Dieses Moment darf bei der Beurteilung des Staatsmannes nicht übersehen werden. Ein Schwachkopf, als den ihn Gervinus und andere hinstellten, war er gewiß nicht, sondern im Gegenteil: ein geistreicher, scharfsichtiger Kopf, aber durch und durch frivol — ein echtes Kind der höheren Gesellschaftsschichte des ancien régime.

So sah also der Mann aus, welcher nach Stadions Scheiden den Ballplatz bezog und gleich eine glänzende Probe des unschlüssigen Abwartens, für das der Kaiser so empfänglich war, lieferte. Man darf sich nicht durch die spätere Darstellung Metternichs über seinen Eintritt in die Befreiungskriege irreführen lassen. Wenn es auf den Staatskanzler ankommt, so war sein ganzes Leben, sozusagen vom ersten Schrei in der Wiege angefangen, der Bekämpfung der Revolution, der Vernichtung des gewaltigen Eroberers Bonaparte gewidmet. Von allem Anbeginn hätte er auf seinen Sturz hingearbeitet, um schließlich, als die große Stunde gekommen, den gemeinsamen Widerstand zu organisieren. In Wirklichkeit aber war die nach dem Jahre 1809 eingeschlagene Politik durchaus nicht so weitblickend, wie er, der sich in der Rolle gefiel, alles vorausgesehen zu haben, uns glauben machen will. Er war von Haus aus gar kein besonderer Napoleonhasser und noch im Jahre 1811 scheint er mit dem Siege Napoleons und mit dem Untergange Rußlands und Preußens gerechnet zu haben. Ruhig ließ er sich von Napoleon die Abtretung Schlesiens garantieren, während er

den preußischen Diplomaten einredete, er sei auf ihrer Seite. Großzügig war diese Politik, zwei Eisen im Feuer zu halten, gewiß nicht, aber sie war die ungefährlichste und führte tatsächlich zu dem Erfolge, daß der Kaiserstaat die beneidenswerte Rolle des Züngleins an der Wage spielen konnte. Vor allem aber gab der Friede mit Napoleon Kaiser Franz Gelegenheit, den inneren Fragen, die dringend eine Lösung erheischten, seine Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Da war einmal das wichtige Finanzproblem, das ja den Kaiser, wie wir wissen, seit Jahren angelegentlichst beschäftigt hatte, aber jetzt nach dem Wiener Frieden, der dem Staate eine Reihe neuer Verpflichtungen auferlegte, dringlicher denn je eine Sanierung erforderte. In der großen Öffentlichkeit herrschte angesichts der chaotischen Zustände im Geldwesen eine solche Besorgnis, daß sich der Kaiser entschloß, zur Beruhigung der Gemüter eine Proklamation zu erlassen, die eine mattherzige Umschreibung des alten Hörnigkschen Weckrufes „Österreich über Alles, wenn es nur will" beinhaltete. Die Seele des Staatskredits, heißt es da, sei das Zutrauen der Völker in die inneren Kräfte des Staates; es gründe sich in Österreich auf die Menge der noch von allen Belastungen freien Staatshypotheken, auf die Fruchtbarkeit des Bodens, den Reichtum der Naturprodukte, auf die Blüte der trotz so vieler Kriegsjahre außerordentlich gestiegenen Industrie, auf den Gemeinsinn der Völker. Es handle sich um eine weise Wahl der Mittel zur Belebung des Staatskredits, dies erfordere jedoch — Zeit. Den Völkern Österreichs sei bekannt, daß gewaltsame Mittel, die zerstörend auf das Privateigentum wirken, ihm ferne lägen. Das allgemeine Wohl mit jenem des Einzelnen zu verbinden, sei seine angelegentlichste Fürsorge. Nur die unumgänglichsten Anstrengungen werde er von seinen Völkern verlangen und er fordere sie auf, „den Zeitpunkt einer Verbesserung der Kurse und einer neuen und sicheren Begründung der Finanzen mit Standhaftigkeit zu erwarten".[290]

Als die Regierung mit dieser beschwichtigenden Kundmachung an die Bevölkerung sich wandte, herrschte über die Wahl der einzuschlagenden Mittel noch die größte Unklarheit. Nur über einen Punkt war man sich einig, daß die

Masse des im Umlauf befindlichen Papiergeldes die eigentliche Quelle des Übels sei und daß hier der Hebel angesetzt werden müsse. Aber wie dieses zu erreichen wäre, darüber gingen in der zu diesem Zwecke eingesetzten Kommission die Ansichten weit auseinander. Der Kaiser aber, ungeduldig geworden, drängte auf Herstellung des „Finanzplanes", um dann rasch die Ordnung im Haushalt herstellen zu können, sowie er bei den Operationen im Felde, nachdem der „Kriegsplan" entworfen war, zum „Schlagen" aneiferte. So entschloß sich denn der Hofkammerpräsident Graf O'Donnell — am 6. Januar 1810 — dem Kaiser seine Vorschläge zu erstatten.

O'Donnell hielt eine Regenerierung in dem gegenwärtigen Zeitpunkt überhaupt nicht für möglich. Aber wenigstens eine teilweise Verbesserung strebte er an und so beantragte er, die Bankozettel nach und nach zu vermindern, um dadurch ihren Kurs zu heben. Ein neues Papiergeld, die sogenannten Einlösscheine, die Konventionsmünze vorstellten, sollte ausgegeben, zur Überwachung der Emission eine aus Mitgliedern der Stände und des Handelsstandes gebildete Amortisationskammer gebildet werden. Halbjährige Mitteilungen in der Wiener Zeitung sollten über den Stand der Umlaufsummen unterrichten, denn, wie er richtig kalkulierte, „die Publizität muß das öffentliche Zutrauen unterhalten". Die eigentliche Basis der Finanzoperationen sollte eine große auf die staatlich-geistlichen Güter aufzunehmende Hypothek darstellen.

Die Vorschläge des Hofkammerpräsidenten wurden vom Kaiser wieder einer eigenen Kommission zugewiesen, die ihnen zustimmte, worauf sie dann in einer großen Konferenz, der auch Nichtfachmänner angehörten, zur Sprache kamen. An den hier geführten Debatten beteiligte sich auch der neue Minister des Auswärtigen recht lebhaft. Er hatte schon vorher in einem eigenen Vortrag[201] zum Finanzplan Stellung genommen und dabei einen ganz charakteristischen Standpunkt vertreten, den er dann später bis zum Zusammenbruch unverrückt festhielt. Er hatte etwas verblüffend einfaches an sich: dem Interesse des Auswärtigen müssen alle anderen Rücksichten untergeordnet werden; die Hofkammer

muß in erster Linie auf die Bedürfnisse der Armee sehen. Bei der Konferenz sprach er sich gegen die Einziehung der Kirchengüter aus; die österreichische Regierung habe bisher immer als die Erhalterin der ehrwürdigen Ordnung der Dinge ihr Ansehen in Europa behauptet. So sehen wir bereits hier den freigeistischen Staatsmann für die Kirche als das Bollwerk der Ordnung und Ruhe eine Lanze brechen.

Am 26. Februar 1810 wurde zur „Beruhigung" des Publikums das neue Finanzpatent erlassen, das zunächst nur die Umrisse des Planes brachte. Nach und nach, in langsamem Tempo, kamen auch einige Durchführungsmaßnahmen, die indes nichts weniger als geeignet waren, dem großen Publikum den neuen Finanzplan beliebt zu machen. So wurde anfangs Mai mit der Begründung, daß „der Einfuhrertrag eine solche Summe ausmacht, daß ihre Ersparung dem inneren Verkehre bedeutende Geldkräfte zurückhält", der Handel mit Kaffee verboten und die Wiener mußten statt des von ihnen so hochgeschätzten Mokkatrankes mit Surrogatkaffee sich begnügen.

Aus dem ganzen schön ausgeheckten Projekt wurde schließlich nichts, weil die ihm zugrunde liegenden Voraussetzungen nicht erfüllt wurden. Es stellte sich heraus, daß man nicht einmal die Höhe der in Zirkulation gesetzten Bankozettel kannte. Und gerade die bedeutsamste Maßregel, auf welcher der ganze Plan aufgebaut war, die Einziehung der geistlichen Güter, stieß in der nächsten Umgebung des Kaisers auf starke Hindernisse. Die Hofkammer bemühte sich, der Hofkanzlei, dessen Kanzler die Seele des Widerstandes bildete, begreiflich zu machen, daß jetzt der Bankerott unausweichlich sei, aber die Hofkanzlei blieb in dem Kampfe die Siegerin. Der Kaiser, auch jetzt wieder als Freund des „Halben" sich betätigend, gestattete bloß die Belastung des geistlichen Besitzes durch Hypotheken, ohne ihn, wie geplant war, der Finanzverwaltung völlig zu überlassen. Während die Heeresleitung zum Entsetzen der Hofkammer allmonatlich mit neuen und namhaften Forderungen hervortrat, sanken die Kurse der Bankozettel in bedenklicher Weise und schließlich mußte man, um die laufenden

Ausgaben bestreiten zu können, wieder zur Notenpresse greifen.

Graf O'Donnell erlebte nicht mehr die Durchführung seines Finanzplanes. Nach seinem Tode trat — im Juli 1810 — jener Mann an die Spitze der Finanzverwaltung, mit dessen Namen eines der unglücklichsten Ereignisse in der Geschichte des österreichischen Kaiserstaates verbunden ist: Joseph Graf Wallis.[292] Er war bisher — als solchen haben wir ihn bereits kennen gelernt — Oberstburggraf in Böhmen. Daß er direkt aus dem politischen Dienst an die Spitze der Finanzverwaltung gestellt wurde, mag befremdlich erscheinen. Der Graf soll auch den Monarchen darauf aufmerksam gemacht haben, daß er vom Finanzwesen schlechterdings nichts verstehe, worauf er aber zur Antwort erhielt: „Das macht nichts, solche Leute brauche ich gerade... Sie waren in Prag ein treuer Oberstburggraf, so werden Sie auch ein treuer Hofkammerpräsident sein!“[293] Das war Franzens Standpunkt, der von Fachkenntnissen nicht viel hielt und Treue, Gehorsam sowie Fleiß als die beste Gewähr für tüchtige Leistungen ansah. „Mit den sogenannten Genies und Gelehrten“, äußerte er sich einmal, „kommt nichts heraus; sie wollen immer alles besser wissen und halten die Geschäfte auf, oder die Alltagsgeschäfte wollen ihnen nicht gefallen. Gesunder Menschenverstand und brav Sitzfleisch, dies ist das beste.“[294] Ob Graf Wallis über diese beiden zuletzt erwähnten, vom Monarchen so hoch eingeschätzten Vorzüge in höherem Maße verfügte, wissen wir nicht, wohl aber, daß er als ein rücksichtslos zufahrender und gefühlloser Bureaukrat verschrien war.[295] Offenbar erschien er dem Kaiser gerade um dieser Eigenschaften willen als der richtige Mann, um in dem vollständig zerrütteten Finanzwesen, wie er sich gern ausdrückte, „Ordnung zu machen“.

Mit dem von dem Vorgänger des Grafen Wallis empfohlenen Weg der langsamen Besserung hatte man Schiffbruch erlitten, nun wählte man das schon wiederholt angedeutete rasch wirkende Mittel des Staatsbankerotts. In aller Stille wurde der finanzielle „Staatsstreich“ vorbereitet. Wie schade, daß wir über die Verhandlungen — die Beratungsprotokolle sind verschwunden — nicht näher unterrichtet

sind! Versiegelt schickte man das schicksalsschwere Patent — es trägt das Datum des 20. Februar 1811 — an die Provinzialbehörden mit der Weisung, es genau zu ein und derselben Zeit, am 15. März um 5 Uhr morgens, zu eröffnen und eine Stunde später öffentlich bekannt zu machen.

Da erfuhr nun die staunende Menge, daß der Monarch, um „die Menschen vor Verarmung zu retten und den Nationalwohlstand neu zu beleben", sich entschlossen habe, die Bankozettel auf den fünften Teil des Nennwertes herabzusetzen. Sie sollten bis zum letzten Januar des nächsten Jahres in „Einlösungsscheine", die dann die einzige Währung zu bilden hätten, umgetauscht werden. Vom 15. März, dem Tage der Kundmachung, angefangen waren alle Steuern und Abgaben im fünffachen Betrag in Bankozetteln oder einfach in Einlösungscheinen zu entrichten.

Das peinliche Aufsehen, die Bestürzung, die über das Finanzpatent des Grafen Wallis herrschte, war groß — und berechtigt. Denn selbst wenn man das jenem zugrunde liegende Prinzip des radikalen Eingriffes — es entsprach der damals in England und in Deutschland stark Schule machenden Devalvationstheorie — als richtig anzusehen geneigt sein konnte, so barg es doch infolge der wenig durchdachten, „schleuderhaften" Bearbeitung solche „Härten und Ungerechtigkeiten", daß der allgemein erhobene scharfe Tadel über das „elende" Machwerk nicht unberechtigt erscheint.[296] Vor allem war es die große Ungleichmäßigkeit in der Belastung, was in der Bevölkerung so böses Blut machte. Dieser schwere Fehler hing eben auch mit der überstürzten Art, mit der die so tief in alle Lebenssphären des Volkes einschneidende Maßnahme ins Werk gesetzt wurde, zusammen, und diese Hast mit ihren mißlichen Folgen ist für die Regierung des Kaisers Franz so überaus bezeichnend: nach jahrelangen umständlichen Beratungen erscheint ein Erlaß, der den Stempel der vollkommenen Unüberlegtheit und Kopflosigkeit an sich trägt. Bezeichnend war aber auch die geheimnisvolle Weise, mit der die ganze Aktion in Szene gesetzt wurde und die den Unwillen der Bevölkerung nur steigern mußte.

Schlimm genug, daß sofort Stimmen laut wurden, die be-

haupteten, einigen wenigen Auserkorenen sei der Inhalt des so sorgsam behüteten Geheimnisses doch schon vor dem ominösen 15. März, da die Schleier fielen, mitgeteilt worden, so daß sie in der Lage waren, noch rasch einige vorteilhafte Transaktionen zu bewerkstelligen. Noch schlimmer, daß man auch den Kaiser verdächtigte, bei Zeiten einen großen Goldschatz gesammelt zu haben. Der Monarch sah sich genötigt, dieses „falsche und boshafte" Gerücht in aller Form zu widerlegen. Er verstehe nicht, so wurde dem Vizepräsidenten der Polizeihofstelle in einem geradezu klassischen Deutsch bedeutet, wie dasselbe entstehen konnte, da „Meine Unterthanen Mich doch besser kennen und hienach wissen sollten, daß, wenn ich einen Privatschatz gehabt, Ich solchen mit Vergnügen vorlängst zum Besten Meiner Staaten verwendet hätte und daß wenn Ich dermal einen Schatz (!) besäße, Ich solchen mit Vergnügen zur Erleichterung Meiner Unterthanen und zum Allgemeinen Wohl bestimmen würde." [297] Das hieß womöglich noch die Heuchelei überbieten, mit der das berüchtigte Finanzpatent eingeleitet erscheint: „Unausgesetzt mit der Wohlfahrt Unserer Unterthanen beschäftigt, haben Wir auf das Papiergeld vorlängst Unsere Aufmerksamkeit gelenkt" — das alles klang wie böser Spott zum Schaden, der gerade die ärmeren Schichten der Bevölkerung schwer traf.

Aber nicht einmal der große Zweck, um dessentwillen man bereitwillig Opfer — in einzelnen Fällen kam der finanzielle Aderlaß einer 80%igen Vermögenssteuer gleich! — gebracht hätte, wurde erreicht: die neue Währung hatte keine Festigkeit, der Kurs der Staatspapiere fiel und der Kredit des Staates war so gut wie vernichtet. Die Teuerung nahm zu und mit dem Elend der Festbesoldeten kontrastrierte der Wohlstand der Gewerbsleute und der Bauern auf dem flachen Lande. Graf Wallis, der schon vorher von einem guten Kenner der Verhältnisse als „heller Narr" bezeichnet worden war,[298] geriet in wachsende Bedrängnis, und so sah man sich bereits zwei Jahre nach dem Inslebentreten des Patents, das den Völkern feierlich versprochen hatte, kein neues Papiergeld mehr auszugeben, genötigt, sogenannte „Antizipationsscheine"in den Verkehr zu setzen. Wallis er-

hielt im April des Befreiungsjahres 1813 seinen Abschied, von den Flüchen des Volkes begleitet, das seine Amtstätigkeit nicht vergessen sollte. Die amtliche Wiener Zeitung wagte es nicht, ihm, als er starb, einen Nekrolog zu widmen: er wurde nur in der „Liste der Verstorbenen" angeführt. Eine passende Grabschrift war ihm schon vom Wiener Volke in dem Plakat, das auf dem Haupttore der Stephanskirche angeschlagen erschien, gesetzt worden: „Wie wohl war Wien wie Wallis Worte Wiener Währung waren; wie weh ward Wien wie Wallis Worte Wiener Währung wurden." Unter vielem Bösen war ihm auch nachgesagt worden, daß er vor der Verkündigung des famosen Patents rasch seine Schulden gezahlt und dadurch sehr gut abgeschnitten hätte.[209]

Noch trauriger als die finanziellen Schäden waren die sittlichen. Grobe Genußsucht und Verschwendung bürgerten sich in jenen Kreisen ein, die aus dem Unglück der anderen Nutzen zogen. Die Leichtigkeit, mit der man über Nacht Riesensummen gewinnen, aber auch wieder verlieren konnte, reizte zur Liederlichkeit — „Geld hat so keinen Wert", pflegte man zu sagen. So wurde der Boden für den vielberühmten Wiener Geist geschaffen, der allerdings von früher her schon recht gut gedüngt worden war. Der erhebenden, geistig und sittlich läuternden Zeit des idealen Aufschwungs, der vaterländischen Begeisterung und Hoffnungsfreudigkeit folgte die den rohesten Materialismus fördernde Ära der „Scheine" mit Not und Elend auf der einen, Luxus und Verschwendung auf der anderen Seite. Das war nicht das Geschlecht, das imstande gewesen wäre, sich für die Befreiung zu begeistern — aber das wollte die Regierung auch gar nicht, die im Gegenteil alles tat, um die aus dem Kriegsjahre 1809 noch fortwirkende Glut zu dämpfen.

Mit dem Finanzproblem, das durch das Patent des Grafen Wallis von 1811 eine so wenig glückliche Lösung erfahren hatte, hing wieder, wie bei ihrer Vorbereitung, die ungarische Frage innig zusammen. Wie nach dem Preßburger Frieden von 1805 fühlte Kaiser Franz auch nach dem Wiener Frieden das lebhafteste Bedürfnis, das Land der heiligen Stephanskrone zur Wiederbelebung der arg zerrütteten Finan-

zen ausgiebiger heranzuziehen. Er war, wie er seinem Bruder Joseph, dem Palatin, schrieb, „überzeugt", daß „jeder gutgesinnte Hungar" zu helfen bereit sei.[300] Allein so einfach nahm der Erzherzog, den wir bereits als einen geschickten Anwalt der königlichen Wünsche kennen gelernt haben, die Sache nicht. Auch er vertrat, so wie seinerzeit Erzherzog Karl,[301] den einzig richtigen Standpunkt, daß man den Ungarn für ihre Leistungen auch einen entsprechenden Gegenwert schaffen, ihnen das Geben erleichtern müsse. Auch ihm schwebte eine großzügige Neugestaltung der Monarchie auf Grundlage einer innigeren Vereinigung der beiden Ländergruppen vor Augen. Nicht wie ein erobertes Land, dem nur drückende Lasten aufgebürdet würden, sollte das Land der heiligen Stephanskrone an Österreich geschmiedet, sondern auf einer verfassungsmäßigen, Rechte und Pflichten, Vorteile und Lasten gerechter verteilenden Basis mit ihm verbunden sein, so daß es ein Interesse an dieser engeren Zugehörigkeit gewinne.

In einer ausführlichen Denkschrift legte er dem Bruder freimütig seine Gedanken über die so notwendige Wiedergeburt Österreichs nieder — Gedanken, die so lehrreich und interessant sind, daß es sich wohl der Mühe lohnt, länger bei ihnen zu verweilen.[302] Das Königreich Ungarn ist, so führt hier der Palatin aus, seit dem letztgeschlossenen Frieden, schon seiner Ausdehnung, Volksmenge und Fruchtbarkeit wegen, ungezweifelt der wichtigste Teil des österreichischen Staates. Alle Aufgeklärten und Hellerdenkenden sehen die Mißbräuche, die sich in die an sich gute Konstitution eingeschlichen. Es handelt sich also darum, mit einer neuen, auf den Geist der Nation und die Verhältnisse des Landes berechneten Verfassung hervorzutreten. Diese muß aber nicht bloß Ungarn, sondern die ganze Monarchie umfassen. Das kann auf verschiedenen, vorzüglich aber auf zwei Wegen geschehen: durch die Ausdehnung der konstitutionellen Vorzüge Ungarns auf die deutsch-österreichischen Provinzen im Sinne eines zentralistischen Einheitsstaates oder durch die Gewährung voller Selbständigkeit Ungarns mit eigenen Ministerien und einem gemeinsamen Zentrum.

Der erstere Weg, die Bildung eines großen und mächtigen Einheitsstaates „mit einer einzigen Reichsversammlung" und mit Gleichheit in Verwaltung und Steuersystem, hat, so fährt der Palatin fort, den Vorteil, daß die einen, die Ungarn, nichts verlieren, die anderen aber, die deutschen Länder, durch Erteilung neuer Rechte für ihre Treue und Opfer belohnt werden. Durch eine solche Art der Lösung „hörten alle einzelnen, das Ganze hemmenden Rücksichten, alle Nationalgehässigkeiten, alle Privatinteressen auf, die österreichische Monarchie würde durch Einförmigkeit in der Verfassung und in der Verwaltung, durch Zunahme der inneren Kräfte neu aufblühen und sich schnell das vorige Ansehen wieder erwerben. Selbst die öffentliche Meinung Europas über diesen Staat würde durch diese dem „Geiste des Zeitalters mehr angemessene Umgestaltung wesentlich gewinnen".

Der Palatin, der seinen Bruder zu gut kannte, um nicht dessen schwere Bedenken gegen die von ihm angeregte Neugestaltung des Kaiserstaates vorauszusehen, gibt sich nun Mühe, ihm zu zeigen, daß seine Vorschläge nicht auf eine Staatsumwälzung hinzielten, sondern, daß er im Gegenteil dadurch eine solche vermeiden wolle. Österreich sei kein „ruhiger" Staat, wie der Kaiser vielleicht meine, sondern er nähere sich der Zerrüttung, dem Verfalle, dadurch aber einer Umwälzung und Teilung der Monarchie. Der trostlose Zustand der Finanzen, das stetige Sinken des Kredites, wie die Verminderung des Einkommens, hat durch die damit verbundene Angst und Sorge ganz außerordentliche Verhältnisse gezeitigt, die auch zu außergewöhnlichen Maßnahmen berechtigen. Eine jede Veränderung, durch welche die Aussicht auf eine Gesundung des Staates, auf die Begründung von Glück und Ruhe winkt, muß in dieser Lage willkommen sein.

Erzherzog Joseph kannte aber auch sehr wohl jenes Zaubermittel, durch welches der Kaiser seine Absichten auf Erzielung größerer Beiträge von Ungarn zu erreichen gedachte — darum sieht er sich gedrungen, ihn eindringlich vor einem „Staatsstreich" zu warnen. Die gegenwärtige Zeit, meint er, ist für solche Experimente, die

nur Verbitterung der Gemüter erzeugt, nicht günstig; sie würden einem noch stärkeren Widerspruch begegnen, als das unter Kaiser Joseph II. der Fall war. „Gewalt und militärisches Ansehen würde, wenn kein fremder Einfluß eintrete, jeder Widersetzlichkeit im Lande ein Ende machen; allein dies würde schwerlich ohne Blutvergießen vor sich gehen, und dann würde der Hungar, obgleich anscheinend ruhig und unterworfen, dennoch im Herzen eben so sehr und vielleicht noch mehr als der Pole der Regierung abgeneigt sein und wie selber die erste Gelegenheit benützen, um das ihm auferlegte Joch abzuschütteln." Joseph II. hätte übrigens seine Pläne durchführen können, wenn dafür ein längerer Zeitraum wäre in Aussicht genommen worden.

Der zweite Weg wäre, wie schon gesagt, Ungarn seine volle Selbständigkeit zu geben, ohne jedoch ganz die Verbindung mit den deutschen Erbländern zu zerreißen. Ungarn hat kein eigenes Ministerium, keine Gesandten an den fremden Höfen, keine eigene Armee, keine eigene Finanzverwaltung. Nahezu kein Reichstag verstreicht, ohne daß die Stände die Bewilligung eines dieser Attribute der Autonomie verlangten. Gewährt der Kaiser einen Teil derselben oder alle, selbstverständlich mit Rücksicht auf das Band, das die anderen Lande mit Ungarn verknüpft, so wird dies der Regierung nur zustatten kommen. Die Stände würden freudig überrascht für ihre Maßnahmen gewonnen werden und Franz könnte auf einem Reichstag getrost zu ihnen sagen: „Ich habe durch Gewährung eurer Wünsche die Selbständigkeit des Landes bekräftigt, nun fordere ich dafür von euch die Mittel, um den Glanz des Thrones zu behaupten." Verweigern sie auch dann die Unterstützung, dann kann die Regierung, getragen von der öffentlichen Meinung, die für das allgemeine Wohl notwendigen Maßnahmen zur Ausführung bringen. Es sei das wahre Staatsinteresse, aus dem Lande alle möglichen Einnahmsquellen zu ziehen, ohne aber dessen Verfassung umzustoßen. Die Gefahr, daß Ungarn durch eine größere Selbständigkeit von der Monarchie losgetrennt werde, besteht nicht; es bleibt noch immer in der Person des gemeinschaftlichen Landesfürsten ein starkes,

einziges Zentrum, von dem aus alles zu einem Zwecke geleitet werden kann.

Kaiser Franz dachte sich indes, wie schon erwähnt, die Umänderung der Verfassung des österreichischen Kaiserstaates gerade umgekehrt: die Länder der ungarischen Krone sollten auf den Fuß der deutschen Provinzen gebracht werden. „Ich finde", antwortete er dem Palatin, „am zweckmäßigsten, durch Verbesserung der ungarischen Verfassung auf dem gesetzmäßigen Weg, sowie auch durch Veränderung eines Teiles derselben auf eben diesem Weg dieses Königreich gehörig für die Monarchie zu benutzen und mehr, und zwar soviel möglich der Verfassung der übrigen Provinzen zu nähern." Das war deutlich: da die Stände in den deutschen Ländern so gut wie nichts mehr zu reden hatten, so sollte auch die dem Kaiser so verhaßte Konstitution des Königreiches Ungarn unwirksam gemacht werden, um dann das Land, wie er sich ausdrückte, „gehörig" zu benützen. Der Palatin, dem er für seinen Eifer dankte, wird schließlich aufgefordert, die Zügel der Regierung in jeder Hinsicht mehr anzuziehen.[303]

Schon der nächste Reichstag sollte über Kaiser Franzens innerste Absichten Ungarn gegenüber vollste Klarheit geben.[304] Das Finanzpatent des Grafen Wallis hatte sich auch auf Ungarn zu erstrecken; nur über die näheren Umstände der Ausführung sollte, so wurde verkündet, mit den Ständen des Königreiches eine Einigung erzielt werden. Sofort erhob sich im Lande ein gewaltiger Sturm gegen diese Verfügung, die als ein ausgesprochener Verfassungsbruch angesehen wurde; denn nicht nur die Modalitäten der Durchführung, sondern der ganze Finanzplan wurde als eine Sache, die nur der Reichstag gesetzlich regeln konnte, angesehen. Die Auffassung des Wiener Kabinetts, das Finanzpatent sei als Ausfluß der Hoheitsrechte des Königs anzusehen, begegnete allerwärts dem schärfsten Widerspruch. Die Ungarn bekundeten nicht die geringste Lust, sich mit dem neuen Papiergeld überschwemmen zu lassen, und steiften sich dabei auf ihre Konstitution.

So war es denn kein Wunder, daß der Reichstag, der vom

König in eigener Person am letzten August 1811 eröffnet wurde, nicht den in Wien gewünschten Verlauf nahm. Es kann hier nicht unsere Aufgabe sein, die Verhandlungen dieser ebenso denkwürdigen wie langwierigen Ständeversammlung eingehend zu behandeln; nur einige bemerkenswerte Episoden, welche die Politik des Wiener Hofes in ihrer ganzen Verblendung und Skrupellosigkeit beleuchten, mögen hier Aufnahme finden.

Es war schon kein gutes Vorspiel, daß von Wien aus in eigenen Broschüren gegen die Rückständigkeit der von den Ungarn als heilig angesehenen Konstitution geeifert wurde. Vor allem machte dort ein Werk des Professors Gustermann[305] böses Blut, der mit wissenschaftlichen Argumenten den an und für sich gewiß richtigen Grundsatz aussprach, daß noch kein menschlicher Verstand eine Verfassung erfunden, die für alle Zeiten und Verhältnisse gut gewesen wäre. Selbstverständlich meinte er damit in erster Linie die ungarische Konstitution, die auch schuld sei, daß das Land der Stephanskrone, während Österreich, mit dem Geist der Zeit fortschreitend, den Wohlstand seiner Völker und Provinzen vermehre, keinen Aufschwung nehme, sondern stehen bleibe. Der Erzherzog-Palatin, der sich für den gedeihlichen Fortgang und Abschluß der Verhandlungen verantwortlich fühlte, hatte nicht so unrecht, wenn er seinen Bruder auf den Widersinn dieser Hetzereien in einem Moment, da man vom ungarischen Reichstag so große Geldopfer verlangte, aufmerksam machte.[306] In Wien hatte man es indes nicht wie Gustermann und die helleren Köpfe in Ungarn selbst auf eine „Verbesserung" der Konstitution abgesehen, sondern auf ihre gänzliche Vernichtung.

Die ungarischen Stände hatten in ihrer ersten Vorstellung vom 12. September dem Monarchen ihren staatsrechtlichen Standpunkt ziemlich scharf zu erkennen gegeben. Sie hätten es wohl, führten sie da aus, um den König verdient, daß ihr Rat und ihre Hilfe rechtzeitig erbeten, und der Reichstag nicht erst nach vollendeten Tatsachen einberufen würde; als einen Ausfluß des Hoheitsrechtes können die Stände das Finanzpatent keineswegs anerkennen, und wenn sie auch die Durchführung des letzteren zu verhindern außerstande

sind, so verwahren sie sich doch, daß den Reichstagsbeschlüssen dadurch irgend ein Zwang auferlegt werde. Also an Stelle einer Zustimmung eine Verwahrung, die indes in Wien wenig Eindruck machte. Schroff wurde den Ständen als Antwort darauf des Königs Wille kundgegeben, statt der unfruchtbaren Deklamationen und Klagen mit dem König über die zur Steuerung des finanziellen Übels erforderlichen Mittel sich zu vereinigen. Als die Stände darauf fein zu verstehen gaben, daß sie über eine wahre Finanzreform, also eine Rückkehr zur Metallwährung, zu verhandeln nicht abgeneigt wären, und auch einen entsprechenden Vorschlag machten, wurde ihnen in sehr kategorischer Weise befohlen, das Finanzpatent im Sinne der königlichen Propositionen anzunehmen.

Dieser Befehl erfolgte mit der Resolution vom 26. September. Tags vorher erließ der Kaiser die geheime Weisung an den Minister des Auswärtigen Grafen Metternich, gemeinsam mit dem Finanzminister Wallis jene Vorkehrungen ins Auge zu fassen, die für den Fall, daß er „zum Besten des Allgemeinen die Hungarische Konstitution aufzulösen gezwungen sein sollte", erforderlich wären, um das, was sich in Güte nicht herbeiführen lasse, auf anderem Wege zu bewerkstelligen.[307] Alles sollte also auf einen Staatsstreich vorbereitet sein.

Indes die beiden Minister zögerten, sie äußerten ihre Bedenken. Nicht, daß sie die ungarische Konstitution als einen Segen für die Monarchie empfunden hätten! Im Gegenteil, sie wird von ihnen ausdrücklich als der „Stein des Anstoßes" erklärt, „weil sie die Regierung bei jeder Gelegenheit lähmt, die Monarchie in zwei ganz heterogene Teile schneidet, bei jedem Landtage die königlichen Rechte verengt, ein großes zusammenhängendes System für die ganze Monarchie unmöglich macht, die Gesamtmonarchie in politischer und finanzieller Hinsicht oft in das Gedränge bringt und dem Geiste des Zeitalters nicht angemessen ist, weil dermalen, wo die Lage der Dinge in Europa sich plötzlich und in sehr kurzen Zeitfristen ändert, schnelle Beschlüsse, schnelle Anstrengungen, schnelle Hilfsquellen erfordert werden, welches in Ungarn, wo alles durch den Landtag geschehen muß und

wo jeder Landtag ein Gewebe von Zögerungen, Beeinträchtigungen der königlichen Rechte ist, und die Landtagspolitik dahin gehet, sich zu keinen Opfern zu bequemen, nichts zu zahlen und den König in Verlegenheit zu bringen, sich schlechterdings nicht bewerkstelligen läßt". Auch das sei mit der Gerechtigkeit durchaus nicht verträglich, daß der Adel und die Geistlichkeit von Grund und Boden nichts zahlen, so wie es auch mit den finanziellen Bedürfnissen unvereinbar sei, daß der König ohne Landtag weder eine neue Steuer ausschreiben noch die alten erhöhen könne. „Allein so richtig und ungezweifelt auch diese Betrachtungen sind, so bleibt es doch ein Riesenwerk, die ungarische Konstitution aufzulösen, und es muß hiebei aus dem Gesichtspunkte unausgesetzt ausgegangen werden, daß jeder Schein eines gegründeten Vorwurfs, als habe die Staatsverwaltung diese Auflösung selbst herbeigeführt, entfalle und, wenn die diesfällige Notwendigkeit wirklich eintreten sollte, mit Ruhe, Überlegung und Vorsicht zu Werk gegangen werde."

Die beiden Minister beschäftigten sich noch mit der Frage, in welcher Weise die Verfassung Ungarns, falls es notwendig sein sollte, eine Abänderung zu erfahren hätte, und die Antwort darauf fiel ganz im Sinne einer Angleichung an die deutschen Provinzen aus. „Der Zweck des Staates", erklären sie, „bringt es mit sich, daß die Verfassung von Ungarn mit jener der deutschen übereinstimme und ihr, insofern die sonstigen Verhältnisse und Eigenheiten es gestatten, gleichgestellt werde." Nur wäre die sofortige Ausführung nicht rätlich, weil es den Anschein gewinnen könnte, als ob der Monarch mit dieser Absicht schon zum Landtag gekommen sei.[308] Es waren also eigentlich keine grundsätzlichen Bedenken, die sie gegen den Staatsstreich geltend machten, sondern nur solche — und wir werden hier die führende Hand Metternichs erkennen dürfen — über das dabei einzuschlagende Tempo, das nicht überstürzt werden sollte.

Allein der Gedanke des Staatsstreiches sollte nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden. Schon wenige Wochen später sucht man am Wiener Hofe die Unterstützung

des kaiserlichen Schwiegersohnes zu gewinnen. Der Botschafter in Paris wird von Metternich beauftragt, Napoleon zu sondieren, wie er über einen gewaltsamen Umsturz der ungarischen Verfassung denke. Um dem französischen Machthaber diesen Plan mundgerecht zu machen, wird ihm anvertraut, daß die ungarischen Stände in Wien vorstellig wurden, Franz möge die im letzten Kriege verlorenen Teile Kroatiens für den Fall, als sie wieder an Österreich kommen sollten, mit Ungarn vereinigen. Auch sollte ihm, um ihm jedes Mißtrauen zu benehmen, die Vernichtung der ungarischen Konstitution als eine ausschließlich im französischen Interesse stehende Sache dargestellt werden, insoferne Österreich dadurch innerlich gestärkt, Frankreich in einem neuen Feldzug gegen Rußland mit größeren Kräften zur Seite stehen könnte.[309] Auch war man entschlossen, Erzherzog Joseph als Palatin abzusetzen und ein anderes Mitglied des Kaiserhauses mit der Durchführung des Staatsstreiches zu betrauen — schon lag dem Kaiser ein Handbillet zur Unterschrift vor.

Die schwarzen Pläne des Wiener Kabinetts waren indes bald im Publikum bekannt. Der Palatin hielt seinem Bruder Johann gegenüber mit der Mißbilligung des beabsichtigten Gewaltaktes, der unberechenbare Gefahren in sich barg, nicht zurück. „Ich wünsche es nicht“, schrieb er ihm, „denn jetzt ist nicht der Zeitpunkt dazu; ein bevorstehender Krieg zwischen den Hauptmächten; wir zu nichts gerüstet, die Russen vielleicht schon in Belgrad! Was soll daraus entstehen? Unzufriedenheit, Exekutionsarmee im Lande, was hat man für Truppen? Alle ungarischen Regimenter in Polen, Desertion zu jenen, die es besser haben oder nach Hause, Anhang der Altgläubigen zu Rußland, Unruhen vielleicht im Innern; was wird die bewaffnete Insurrektion tun? Ist das nicht Brennstoff genug; es bedarf nur einiger unternehmender Hitzköpfe. Und endlich, was will der Kaiser? Geld! Wird er es auf diese Weise bekommen? Stößt er die Verfassung um, so gehen die meisten Beamten weg; eine neue Amtierung muß eingeführt und ein neues Beamtennetz über das Land geworfen werden, um auszuführen. Das bedarf Jahre; wir sahen es unter Kaiser Joseph. Auf die

Art haben wir die alten Werkzeuge nicht und keine neuen."[310]

Es waren berechtigte Bedenken, die dem Palatin aufgestiegen waren. Napoleon scheint über die Anregung des Wiener Hofes ähnlich gedacht zu haben, denn er winkte ab. Die vom Kaiser gewollte Aufhebung der Verfassung unterblieb; nicht aber verschwand das Mißtrauen zwischen König und Nation, die von dem gegen die Verfassung gerichteten Anschlag Kenntnis erhalten hatte. Der Monarch hatte in einer durch den Vizepräsidenten der Polizeihofstelle Baron Haager veröffentlichten „Allerhöchsten Willensmeinung" vom 5. November 1811 rundweg erklärt, daß er nicht nachzugeben entschlossen sei. „Was Ich zum Wohle meiner Monarchie", heißt es da strenge, „zu beschließen finde, davon werde Ich in keiner Weise abgehen und in Ungarn ebensowenig als sonstwo Trotz, Verengung von Rechten und Widersetzlichkeit dulden, noch zugeben, daß die ungarischen Stände Meine auf die Wohlfahrt Meiner Gesamtstaaten gerichteten väterlichen Absichten vereiteln und dadurch ihr Glück untergraben."[311] Nicht weniger schroff war die Repräsentation, welche die Stände acht Tage später dem König überreichten: sie erklärten darin, die verlangte Garantie für die Einlösungsscheine nicht zu übernehmen, für den Tilgungsfonds keinen Beitrag zu leisten.

Längere Zeit verstrich, bis Franz den ungarischen Ständen auf ihre, wie er sich ausdrückte, „dummdreiste" Vorstellung vom 11. November eine Antwort erteilte. Sie erfolgte erst am 5. Januar 1812 und war, insoferne sie dem Reichstag kategorisch eine Frist von vier Wochen stellte, um sich über die Annahme der königlichen Propositionen zu einigen, ungnädig genug. Sie war merkwürdigerweise nicht von der ungarischen Hofkanzlei verfaßt, sondern von — Metternich. Der Minister des Auswärtigen, der gebürtige Rheinländer, der sich in der kurzen Zeit seiner Amtstätigkeit am Ballplatz schwerlich in das verwickelte Verfassungsproblem eingearbeitet haben konnte, führt jetzt sowie späterhin in den Ungarn betreffenden Fragen das große, entscheidende Wort. Es bedurfte auch keiner weiteren staatsrechtlichen Kenntnisse, um in wohlgesetzten Worten die Lehre

vom beschränkten Untertanenverstand zu entwickeln. Der König allein — das war der Grundgedanke der Resolution — ist in der Lage, sich ein richtiges Urteil über die zum Wohle der Monarchie erforderlichen Maßnahmen zu bilden.

Der König, so läßt Metternich Kaiser Franz sagen, bezweifle nicht, daß die von den Ständen in ihrer letzten Repräsentation weitläufig vorgebrachten Betrachtungen „zum gemeinen Nutzen des Staates" angestellt worden seien. „Da jedoch letzterer", heißt es weiter, „in seinem ganzen Umfange nur durch Seine k. k. Majestät nach dem Erfordernis der Ihnen (dem König) allein bekannten Umstände uneingeschränkt erwogen werden kann, und sonst Niemand alle Verhältnisse, auf welche ein das Wohl der ganzen Monarchie bezweckendes System gebaut werden muß, vollkommen kennen, um so weniger mit gehörigen Wagschalen abwägen kann, so war es unvermeidlich, daß mehrere der von den Ständen über diesen wichtigen Gegenstand angeführten Betrachtungen teils im Widerspruche mit der Möglichkeit der Ausführung, teils endlich unter sich selbst nicht übereinstimmen und sich wechselseitig aufheben mußten." Mit dieser väterlich wohlwollenden Erklärung glaubte Metternich offenbar denselben Zweck zu erreichen wie Kaiser Franz mit seinem Gewaltstreich, der Aufhebung der Konstitution; denn es ist einleuchtend, daß die ganzen Verhandlungen des ungarischen Reichstages wenig Sinn mehr hatten, wenn die Stände kraft ihres beschränkten Untertanenverstandes nicht in der Lage waren, über die wichtigsten Lebensfragen des Landes ein richtiges Urteil sich zu bilden. Aber das wollte Metternich eben erreichen, daß sie, bei formeller Aufrechterhaltung der Verfassung, ein ebensolches Scheinleben wie die Stände der deutschen Provinzen führen sollten.

Kaiser Franz war übrigens nach dem deutlichen Abwinken Napoleons gezwungen, etwas Wasser in den Wein zu gießen. Aus diesem Grunde hat er wohl auch aus dem Entwurfe Metternichs eine Stelle gestrichen, worin den ungarischen Ständen für den Fall einer weiteren Hinausschiebung ihrer Bewilligungen nicht undeutlich mit dem Verlust der Konstitution gedroht wird. Inwiefern sich hier auch der

mäßigende Einfluß des Palatins, der nach Wien berufen worden war, geltend machte, läßt sich nicht beurteilen. Aber sicherlich war der Ton doch ein anderer als derjenige, auf welchen die offizielle Erklärung vom 5. November gestimmt erschien. In einem Punkte zeigt sich auch eine Nachgiebigkeit, indem der König sich bereit zeigte, von der sofortigen Übernahme der Garantie für hundert Millionen Einlösungsscheine abzugehen.

Am 6. Januar reiste Erzherzog Joseph mit der königlichen Resolution ab. Der Palatin hatte jetzt keinen leichten Standpunkt; denn die Erbitterung der Stände über dieselbe war groß. „Nun gut!" äußerten sich nach ihrer Verlesung einige Magnaten, „so geben wir gar nichts." Wenn Mitglieder des Oberhauses so sprachen, was war dann erst von der Ständetafel zu erwarten! Flugschriften erörterten in gereiztem Tone die heikle Frage nach den dem König zustehenden Rechten und beantworteten sie im Sinne der Stände; man eiferte erregt über die „falschen Ratgeber" der Krone. Dem klugen Verhalten des Erzherzogs, der in einer Privatkonferenz den Ständen ordentlich ins Gewissen redete, war es wieder zu danken, daß sich die Gemüter etwas beruhigten. Die Meinung des Abgeordneten Vay, daß es ein „Skandal" vor ganz Europa wäre, wenn die Stände ihrem König nicht helfen wollten, fand vielfach Beifall. Man will helfen, aber aus freien Stücken: statt des geforderten Subsidiums soll ein freiwilliger Beitrag geleistet werden. In der Reichstagsitzung vom 18. Januar siegte diese Auffassung. Aber statt des von der Wiener Regierung so dringend benötigten Geldes boten die Stände ihr das Subsidium in — Hafer und Korn, wobei sie überdies noch ein ganz gutes Geschäft machten. Der Erzherzog brauste auf, aber seine unmutsvollen Bemerkungen hatten doch nur die Wirkung, daß der Einlösungspreis beim Hafer und Korn erhöht wurde. Auch willigten sie in eine Erhöhung des Salzpreises.

In Wien war man über das Angebot der ungarischen Stände entrüstet, aber bald sollte man erkennen, daß deren Beschluß unabänderlich sei. Am 20. Mai 1812 verfügte Kaiser Franz die Auflösung des Reichstages. Die Stände wußten, was ihrer jetzt harrte. Sie kannten aber auch die Vorwürfe,

die in der Presse, von wegen der Resultatlosigkeit des Reichstages, der dem Lande Millionen gekostet, erhoben worden waren. Es war stark zum Fenster hinaus gesprochen, wenn sie in einer der letzten Sitzungen dagegen Verwahrung einlegten und ihren Standpunkt rechtfertigten. „Wohl wird es in ganz Europa“, erklärten sie da, „großes Befremden hervorrufen, daß neun Monate lang beraten und doch nichts entschieden, nichts erreicht wurde. Wir überlassen aber getrost das Urteil, wer die Schuld daran trägt, der öffentlichen Meinung, wir überlassen ihr ruhig die Prüfung, wer den Gang der Verhandlungen gehemmt, aus welchen Gründen wir den Räten der Krone widerstrebt. Nie haben wir, was gesetzlich war und der König von uns forderte, ihm verweigert, wie oft haben wir große und schwere Opfer demselben gebracht, und sind in Tagen der Gefahr mit unsern Leibern und unserer Habe ein schützender Schirm gewesen. Aber freilich, das haben wir niemals errungen, daß die Gesetze uns Schutz gewähren und unserem Lande die ihm gebührende Achtung erwiesen werde. Will der König unbekümmert um die Stimme des Landes, den verfassungsmäßigen Weg verschmähend, seinen Befehl uns aufdringen, wohlan, er hat die Macht dazu und wir nicht die Mittel, ihn daran zu hindern. Niemals werden wir aber eine Gewalttat als Gesetz achten, niemals Richtersprüche, welche sich auf das Finanzpatent stützen, als bindend anerkennen.“

Der Gewaltstreich geschah: das heiß umstrittene Finanzpatent des Grafen Wallis vom 20. Februar 1811 wurde auch im Lande der Stephanskrone als Provisorium eingeführt. Allerdings hatte das Provisorium nur bis zum nächsten Reichstage zu gelten — aber dieser nächste Reichstag sollte erst nach vierzehn Jahren, im Jahre 1825, einberufen werden! Mit Wut und Ingrimm fügte man sich dem Diktat. Auf den Schöpfer der verunglückten Finanzreform regnete es Flüche, die auch in boshaften Gedichten über den Grafen, „das Tal der Tränen“ (vallis lachrymarum), ihren Niederschlag fanden.[312]

Außerhalb der Grenzen Ungarns empfand man über Kaiser Franzens Staatsstreich so etwas wie Freude und Genugtuung. In den deutsch-österreichischen Provinzen regte sich

die Schadenfreude, daß „die vielbeneideten stolzen Ungarn" gleichfalls die Fuchtel des Kaisers zu fühlen bekamen; in den freiheitlich fühlenden Kreisen Deutschlands aber, wo man auf Österreichs Eingreifen in den Kampf gegen den Welteroberer rechnete, erblickte man in dem Widerstand des ungarischen Reichstages eitel Gleichgültigkeit für die große Sache der Befreiung. Man machte sich, wie der Freiherr vom Stein, über die Freiheitsliebe einer Nation lustig, welche es duldete, daß acht Zehntel davon in Knechtschaft und Sklaverei lebten, und forderte eine Reform der altersgrauen Verfassung.[313] Allein eine solche Auffrischung des konstitutionellen Lebens lag keineswegs in der Absicht des Kaisers Franz, und so sahen sich die Magyaren auf diese Bahn gedrängt, um wenigstens für die Zukunft ihre Rechte zu wahren. Aber auf der anderen Seite war es auch zu verstehen, daß man sich in Deutsch-Österreich über die Weigerung der ungarischen Stände, die Leiden des Finanzpatentes mit ihnen zu teilen und dadurch die Not zu lindern, als egoistisch und engherzig empfand. Zu solchen Widersinnigkeiten hatte eben die kurzsichtige Gewaltpolitik des Kaisers Franz geführt.

2. KAMPF GEGEN DIE ERZHERZOGE. EINTRITT IN DEN BEFREIUNGSKAMPF. STURZ NAPOLEONS UND NEUORDNUNG EUROPAS.

Im Frühling 1812, zur selben Zeit, als der ungarische Reichstag ungnädig nach Hause geschickt wurde, zog Kaiser Franz wieder das Schwert. Der Vertrag, den er am 14. März dieses Jahres mit seinem Schwiegersohne geschlossen und der ihm Kriegsentschädigungen und Gebietsvergrößerungen als ein schönes „Denkmal der engen und dauerhaften Verbindung" in verlockende Aussicht gestellt hatte, verpflichtete den Monarchen, mit einem Hilfskorps gegen Rußland zu ziehen. Da der Sieger von Aspern den Oberbefehl über dasselbe, entgegen dem ausgesprochenen Wunsche Napoleons, abgelehnt hatte, wurde er dem Fürsten Schwarzenberg übertragen. Niemals hat sich die matt-

herzige Art der Kriegführung, die der Kaiser auch in den entscheidendsten Phasen seines schicksalsschweren Kampfes gegen das revolutionäre Frankreich an den Tag legte, besser und glänzender bewährt als in jenem Feldzug von 1812, da es eigentlich keinen rechten Feind gab.

Um so angelegentlicher konnte sich Kaiser Franz mit dem inneren Feind befassen. Dazu gehörten alle, die mit ihren Sympathien auf Seite der Gegner Napoleons standen und ihrem Unmut über die, wie sie sagten, charakterlose Politik des Monarchen Ausdruck gaben; gehörten aber auch alle, die sich eine innere Neuordnung Österreichs erhofften und an dem von Kaiser Franz gehandhabten System Kritik übten — kurz, es galt mit dem Geiste von 1809 aufzuräumen. Verschiedene Beweggründe, nicht immer der lautersten Art, wirkten zusammen, um den Monarchen zu einer Maßregelung seiner nächsten Umgebung in Form einer Kaltstellung und Überwachung zu bestimmen: die Furcht vor Napoleon, die Angst, die so schön eingeleitete Politik des Abwartens gestört zu sehen, das alte, durch die Ereignisse des letzten Krieges besonders stark ausgebildete Mißtrauen gegen seine Brüder, das autokratische Bewußtsein des Kaisers, das sich gegen jede Einmischung in die Regierung auflehnte, und der Ehrgeiz des neuen Ministers, ganz allein mit dem Monarchen die Zügel zu führen.

Wir kennen bereits die Rolle, die Graf Clemens Lothar Metternich bei der Neuordnung der Monarchie, bei der Regelung des Finanzwesens und der ungarischen Frage spielte. Hatte er dort durch seinen entschiedenen Einspruch gegen den Finanzplan des Grafen O'Donnell dem Staatsstreich des Grafen Wallis in die Hand gearbeitet, so war er auch hier als eifriger Anwalt der kaiserlichen Gewaltpolitik und als ganz besonderer Vertrauensmann des Monarchen aufgetreten. Nun werden wir ihn von einer neuen, nicht sehr rühmlichen Seite kennen lernen: auch im Kampf gegen die Erzherzoge übernimmt er die Führung. Die Methoden, die er dabei anwendet, waren keineswegs neu, aber niemand, so darf man getrost sagen, hat sie mit einer solchen Virtuosität und Skrupellosigkeit ausgebildet, verfeinert, wie Graf Metternich.

Erzherzog Karl, der sich bei der Armee wie beim Volke einer so ungeheuren Beliebtheit erfreute, war bereits unmittelbar nach der unglücklichen Schlacht von Wagram abgetan. Er lebte als Privatmann in Wien oder auf der Weilburg in Baden, wurde aber sorgsam auf Schritt und Tritt beobachtet. Wir kennen einen Vortrag Metternichs, worin er dem Kaiser über einen Theaterbesuch des Erzherzogs Bericht erstattet. Der kaiserliche Prinz, so meldet er, war, sobald er in der Loge erschienen, sofort Gegenstand der schmeichelhaftesten Aufmerksamkeit von seiten des Publikums, doch Karl zog sich bescheiden in den Hintergrund zurück.[314] Dem durch und durch loyalen Erzherzog war vom polizeilichen Standpunkt schwer beizukommen.

Nach Karl kam der Palatin Joseph an die Reihe. Die Sympathien, die der — wie man ihn nannte — „neue Rakoczy“ [315] in Ungarn genoß, ließen ihn dem Wiener Hof von vornherein höchst verdächtig erscheinen. Man argwöhnte, er strebe mit Hilfe des Zaren — Joseph war mit einer Schwester desselben vermählt — die ungarische Krone an.[316] Der liebenswürdige, gebildete, kluge Erzherzog scheint sich aber auch der Freundschaft seiner schönen Schwägerin, der Kaiserin Maria Ludovica, erfreut zu haben. Die Polizeihofstelle beschlagnahmte einige Briefe des Erzherzogs mit der Kaiserin, die offenbar nicht unmittelbar zur behördlichen Kenntnisnahme und für die Ohren des Kaisers bestimmt waren. Sie waren darum auch nicht mit der Post, auf welchem Wege bekanntlich, wie sich Gentz fein ausdrückte, nur das zu schreiben ratsam war, „was jedermann lesen kann und soll,“[317] sondern durch vertraute Personen übermittelt worden. Im übrigen enthalten sie — man kann sie drehen und wenden wie man will — gar nichts, was irgendwie auf intimere Beziehungen schließen ließe; sie sind nur dem so naheliegenden Bedürfnisse entsprungen, der Freundin oder der Schwägerin gegenüber dem bedrängten Herzen Luft zu machen. Daß es da eben niemals an Stoff fehlte, dafür sorgte die Art des Kaisers und seine Regierungsweise.

In einem Schreiben vom 15. Juli 1812 teilte der Erzherzog-Palatin seiner „teuersten Freundin“, die in Teplitz weilte, die Tatsache mit, daß ihm am Vortage ein kaiserliches Reskript zu-

gekommen sei, das ihm die Stellung von 13.000 Rekruten und andere Leistungen anbefahl. Bei der üblen Stimmung, wie sie im Lande nach dem bösen Abschluß des letzten Reichstages herrschte, war die dem Erzherzog dadurch erwachsene Sorge nicht gering, und man begriff, daß er seinem Ärger über diesen „neuen Mißgriff" wie überhaupt über die ganze Gewaltpolitik des Kaisers seiner Schwägerin gegenüber freien Lauf ließ. Die von seinem Bruder verfügte Anordnung, erklärt er ihr, sei völlig ungesetzlich und werde naturgemäß wieder Beschwerden herbeiführen, was um so mehr zu bedauern sei, als man „mit Schonung der gesetzlichen Formen und Beobachtung des gewöhnlichen Weges das nämliche Ziel, und zwar weit sicherer erreicht haben würde". Er wurde darüber, so fügte er hinzu, nicht befragt, und habe sich daher nichts vorzuwerfen, nur besorge er, daß, wenn Anstände sich ergeben werden, man dann an ihn sich wenden und durch ihn die Sache werde in Ausübung setzen wollen. Indes, er werde in Geduld auf seinem Platze bleiben und sein möglichstes tun, um die üblen Folgen zu verhüten. Ob das etwas fruchten werde, könne er augenblicklich nicht bestimmen, denn leider hätten sich seit seiner langen Abwesenheit alle Verhältnisse im Lande sehr verschlimmert und es würde nicht viel brauchen, um einen Ausbruch zu verursachen. Dieses zu verhindern, dahin gehe sein ganzes Trachten.

Der Brief des Erzherzogs an die Kaiserin enthält, wie man sieht, keine Liebesschwüre, auch keinerlei hochverräterische Gedanken, aber unzweifelhaft läßt er auf eine starke Erbitterung und Verärgerung schließen, die allerdings nur zu berechtigt war. Man denke nur: seit Jahren bemühte sich der Palatin, seinen Bruder zu einer Politik des Vertrauens und der Gesetzlichkeit zu vermögen, ihm die Notwendigkeit einer gründlichen Neugestaltung darzulegen — aber in Wien schreitet man über seine wohlgemeinten, aus einer intimen Kenntnis der ungarischen Verhältnisse erwachsenen Ratschläge, ohne sie einer Antwort zu würdigen, zur Tagesordnung und zwingt ihn dann, mit Gefährdung seiner Popularität im Lande, die Folgen der vollständig

verkehrten Politik des Wiener Kabinetts zu tragen, für sie die Verantwortung zu übernehmen.

In einem vorausgegangenen Briefe, der nicht politischen Inhaltes ist, hatte er der Schwägerin, der „liebsten Freundin", versichert, wie sehr ihm ihre Freundschaft wert sei, welch wesentlichen Anteil selbe an seiner Zufriedenheit habe. „Ich wäre auch äußerst undankbar", schreibt er, „wenn ich nicht lebhaft das Glück fühlte, was mir dadurch zuteil geworden, daß Sie mich Ihrer Freundschaft würdig erachtet, ich werde auch in Hinkunft nie unterlassen, alles aufzubieten, um Ihnen zu beweisen, daß ich sie zu verdienen trachten will." Nach diesen gewiß nicht verfänglichen Versicherungen aufrichtiger Freundschaft berichtet er ihr über eine schwere Halsentzündung, die ihn auf der Reise befallen hatte. Das ist alles.

Die Briefe der Kaiserin an den Schwager sind uns nicht bekannt — aber andere, aus denen hervorgeht, daß sie sich an der Seite ihres hohen Gemahls gründlich langweilte. In einem ebenfalls „interzipierten" vertraulichen Schreiben an ihren ältesten Stiefsohn, den Kronprinzen Ferdinand, beklagt sie sich, daß der Kaiser und seine Tochter — es ist die Kaiserin Maria Louise, die damals in Böhmen weilte, gemeint — in der ärgsten Hitze, zur Verzweiflung ihrer Begleitpersonen, Spaziergänge machen oder auf den ausgesucht schlechtesten Straßen Wagenfahrten unternehmen. Die Kaiserin knüpft daran die belehrende Betrachtung, daß es ein Unglück sei, wenn die Großen derart „absonderliche Launen" (des gouts bizarres) hätten, weil, um solche „Dummheiten" (bêtise) ruhig zu ertragen, eine doppelte Portion von Verstand erforderlich sei usw. Daß sie die Empfindungen des Gefolges von Vater und Tochter, den Unwillen über deren naiven „Egoismus" (l'amour d'eux mêmes), ihrerseits teilte, geht aus dem Brief der Kaiserin, den sie um dieselbe Zeit an eine ihrer Freundinnen, die Gräfin Esterházy, richtete, deutlich hervor.

Die vertraulichen Enthüllungen der Kaiserin Maria Ludovica werden uns nicht weiter überraschen. Es ist ja bekannt, daß in den Beziehungen der kaiserlichen Gatten von verschiedenen Seiten eine Entfremdung beobachtet wurde.

Mag diese, wie behauptet wurde, in der starken Abmagerung der Monarchin, die lungenleidend war, ihren Grund gehabt haben oder in der im Jahre 1809 gespielten Rolle als kriegsbegeisterte Napoleonhasserin: gewiß wird dazu viel, wie sich Erzherzog Johann fein ausdrückte, die Verschiedenheit im Charakter beigetragen haben.[318] Friedrich Gentz sagte es nur derber, wenn er meinte, daß die Kaiserin in die Atmosphäre einer „stupiden Routine" nicht hineinpasse.[319] Die von Goethe so warm verehrte Frau mit ihrem hohen Gedankenfluge scheint sich wirklich — es wurde bestritten — als Gattin des Kaisers Franz nicht besonders glücklich gefühlt zu haben — und die von der Polizei aufgespürten Briefe lieferten dafür den sozusagen aktenmäßigen Beweis.

Graf Metternich schmiedete nun aus diesen „bemerkenswerten" Interzepten seine Waffe, um die Kaiserin und den Erzherzog Joseph, den sie, wie er wissen wollte, „als einen Helden der Konstitution" feierte und „zum Widerstande gegen die königlichen Absichten aneiferte", mundtot zu machen. Man hatte überdies in Erfahrung gebracht, daß die beiden seinerzeit in Preßburg häufige Zusammenkünfte hatten. Auch sprach man angeblich dort wie in Wien ganz allgemein „von einem bevorstehenden Liebesverständnis zwischen Ihrer Majestät der Kaiserin und dem Erzherzog-Palatin". Also Beweise genug, um dem Kaiser die Augen zu öffnen und „dem Unwesen" ein Ende zu machen. Er will, so sagt Metternich, der auf dem Gebiet der Eheirrungen wirklich als Fachmann auftreten konnte, in seinem Vortrag, den Monarchen „von gefährlichen Abwegen zurückführen, sich und der Kaiserin Majestät eine fröhlichere Zukunft schaffen, welche in jeder engen Verbindung, also besonders in der Ehe nur in wechselseitigem Vertrauen und die[!] größten Sicherheit möglich ist. Dieses Ziel dürfte erreicht werden, wenn Allerhöchstdieselben mit väterlichem Ernst und Milde handeln: das Verflossene nur als Beispiel — die Zukunft voll Hoffnung — aufstellen; wenn Allerhöchstdieselben aus der Fülle der Erfahrung zu der unerfahrenen Jugend sprechen; wenn Allerhöchstsie die Überzeugung erwecken, daß alles, was dem Manne entgehen könnte, dem Monarchen nicht entgeht!" An der Hand des Schreibens an Erzherzog Ferdi-

nand wäre die Kaiserin zu fragen „ob es durch irgendeinen Erziehungsgrundsatz zu rechtfertigen ist, daß dem Sohne der Vater und die Schwester als warnendes Beispiel aufgestellt werden"; an der Hand jenes an die Gräfin Esterházy, „ob die Monarchin so von den heiligsten Verhältnissen mit einer Privaten sprechen sollte". Auf diese Weise wäre der Kaiserin ihr ganzes Sündenregister vorzuhalten, um hierauf, wie Metternich empfiehlt, die Interzepte mit der Versicherung der Verzeihung zu vernichten und der Kaiserin die gänzliche Einstellung der Korrespondenz mit dem Palatin anzubefehlen. Über das, was dem Erzherzog gesagt werden solle, werde er dem Kaiser mündlich seinen Vortrag erstatten.[220]

Man sieht: Metternich hatte es in der kurzen Zeit seiner ministeriellen Wirksamkeit trefflich verstanden, bei seinem Monarchen die Rolle des Gewissensrates und Vertrauten zu spielen. Besonders widerlich aber berührt bei der ganzen Angelegenheit, daß der Minister, um seinen Eifer in der Aufdeckung dieses Anschlages auf die Gattenehre des Kaisers und die Ruhe der Monarchie recht herauszustreichen, den Leiter der Polizeihofstelle, den uns schon bekannten Baron Haager, als dienstunfähig, nicht auf seinen verantwortungsvollen Posten taugend, hinzustellen bemüht ist. Der Polizeipräsident scheint nämlich mit einiger — ihn nur ehrenden — Überwindung an die ihm vom Grafen zugedachte Aufgabe der Überwachung seiner Monarchin gegangen zu sein. Dies veranlaßte Metternich, den Kaiser auf diese „Schüchternheit" im Charakter des Barons Haager, auf die Furcht, gegen die Kaiserin „persönlich komprommittiert zu werden", aufmerksam zu machen und sich ein Handschreiben an Haager zu erbitten, das geeignet war, die Bedenken des „auf das äußerste erschreckten" und „charakterschwachen" Beamten zu überwinden.[221]

Der dritte der gemaßregelten Brüder des Kaisers war Erzherzog Johann, die Seele des Tiroler Aufstandes von 1809. Dieser Prinz, der die Geschicke Österreichs stets im Zusammenhang mit der deutschen Sache betrachtete, äußerte wohl am lautesten seine Mißbilligung der von Metternich eingeschlagenen Taktik des „Ausweichens", des „Tem-

porisierens". Als die Katastrophe der napoleonischen Armee in Rußland eingetreten war und im Auftrage des preußischen Königs Wilhelm von Humboldt und General Knesebeck in Wien erschienen, um den habsburgischen Kaiserstaat zum Eintritt in den Befreiungskampf zu bewegen, da hielt der Erzherzog die Stunde für gekommen, mit seinem alten, sorgsam vorbereiteten Lieblingsgedanken hervorzutreten.[322] Die Gebirgsvölker, von den Gestaden der Adria, bis zu den letzten Ausläufern der Alpen, Illyrien, Kärnten, Steiermark, Salzburg, Tirol, Vorarlberg und auch die Schweiz, zu einem großen Bunde vereinigt, sollten zum Vernichtungskrieg gegen den korsischen Eroberer aufgerufen werden. Die Tiroler sollten zum Ansporn eine Konstitution erhalten. Englische Schiffe, die in den Gewässern von Fiume kreuzten, hatten, so war weiter geplant, Artillerie und Mannschaft zu landen. Ebenso war an die Bildung einer deutschen Legion, die von Norden her das große Unternehmen zu unterstützen hatte, gedacht.

Der schöne Plan dieses „Alpenbundes" wurde indes der österreichischen Regierung verraten, und Metternich war es wieder, der mit fieberhafter Geschäftigkeit alle Schritte leitete, welche mit größter Heimlichkeit und Vorsicht unternommen wurden, um die Verschwörung unschädlich zu machen. Was den Kaiser Franz am meisten bei der ganzen Angelegenheit beunruhigt haben mag, war die angeblich vorhandene Absicht des Erzherzogs, sich als „König von Rhätien" anerkennen zu lassen. Er wollte sich, so hieß es weiter, durch Vermählung mit Katharina Paulowna, der verwitweten Herzogin von Oldenburg, den Rückhalt an Rußland sichern. Das Eigentümliche und Abstoßende in der Handlungsweise des Außenministers lag nun darin, daß er nicht, wie das wohl nahe gelegen wäre, dem Kaiser riet, den Erzherzog rufen zu lassen und ihm unter vier Augen etwa zu sagen: Mein lieber Bruder, was Du da vor hast — ich weiß alles — bereitet mir mit Rücksicht auf meinen noch zu Recht bestehenden Bündnisvertrag Ungelegenheiten, ich bitte Dich daher, lasse das — sondern daß er die „Verschwörer" ruhig, natürlich unter gehöriger steter Überwachung aller ihrer Machenschaften, weiter arbeiten und sich immer mehr in

ihre Netze verstricken ließ, um, nachdem so die „Ramifikation“ — das Wort kommt uns bereits bekannt vor — der Verbindungen in allen ihren Einzelheiten aufgedeckt erschien, knapp vor dem angeblichen Termin des Losschlagens mit der Entlarvung der Missetäter einzugreifen.

In der Nacht vom 7. März 1813 wurden die Verschwörer, der Direktor des Haus-Hof- und Staatsarchivs Freiherr von Hormayr, Dr. Anton Schneider und der Kreishauptmann Roschmann, der die Rolle des schwarzen Verräters gespielt hatte, in der Wohnung Hormayrs verhaftet, Roschmann eine Zeitlang im Wagen spazieren geführt, um ihn dann unvermerkt frei zu lassen, die anderen aber als Staatsgefangene unter falschen Namen, der eine nach Munkacs, der andere auf den Brünner Spielberg verschickt. Die Berufung Hormayrs auf seine Stellung als Hofrat nützte ihm so wenig, daß man ihm nicht einmal Zeit ließ, sich umzuziehen. Der Arme mußte — es herrschte gerade die grimmigste Kälte — im einfachen Frack die weite, beschwerliche Reise nach der ungarischen Festung antreten,[328] wo er wie der gemeinste Verbrecher in eine dunkle Zelle in Eisen verwahrt wurde. Erst nach einer Weile erhielt Hormayr auf seine dringenden Bitten von Wien aus die Bewilligung zum Lesen und Schreiben und wieder nach einiger Zeit auch die Erlaubnis zur Bewegung in freier Luft. Hormayr war boshaft genug, auf einer gerichtlichen Untersuchung zu bestehen und Baron Haager, der uns durch seine „Charakterschwäche“ bereits bekannte Vizepräsident der Polizeihofstelle, befürwortete dieses Begehren. Hormayr und Schneider konnten beide geltend machen, sie hätten in der Überzeugung gelebt, daß das von ihnen betriebene Unternehmen sich der Zustimmung des Kaisers erfreute.

Allein der Monarch, der die Worte Recht und Gesetz so gern im Munde führte, schwieg. Mit den Beweisen über die Schuld Hormayrs, des Hauptbeteiligten, scheint es nicht gut ausgesehen zu haben, und der Ärger des Kaisers über diese leidige Tatsache entlud sich auf das Haupt des Freiherrn von Haager, der wieder in seiner „Schwäche“ durch die „Üblichkeiten und Krämpfe“ der Frauen sich hatte verleiten lassen, erst am Morgen die Visitation der Papiere Hormayrs

vorzunehmen, und da — dies geht klar aus dem Vortrag Haagers hervor — nichts mehr „von Belang" gefunden wurde. Für die innerste Gesinnung des Kaisers ist es bezeichnend, daß er der Resolution über den Vortrag Haagers eigenhändig die Worte beisetzte: „und finde ihnen — das ist Haager — nur noch zu bedeuten, daß die Unterlassung der alsogleichen Nachforschung in Hormayrs und Schneiders Wohnung ein g r o b e s Versehen gewesen seye, worüber Ich mit einer s t r e n g e n Ahndung fürzugehen nur in der Zuversicht unterlasse, daß sich die Polizey in Hinkunft nicht mehr etwas solches zuschulden kommen lassen wird".[324]

Erst nach monatelangem Warten wurde den Staatsgefangenen, die mittlerweile auf dem Brünner Spielberge vereinigt waren, vom Kaiser bedeutet, daß man sie aus „Schonung" keiner gerichtlichen Untersuchung unterzogen habe.[325] Hormayr blieb noch lange in Brünn interniert, bis er endlich, nach dem Sturze des Korsen, nach Gelobung eines „ruhigen und stillen Betragens" der Freiheit, aber nicht mehr seinem früheren Beruf als Direktor des Staatsarchivs zurückgegeben wurde. Haager hatte gut in die Zukunft gesehen, als er schon 1815 bemerkte, daß von Hormayrs Talenten und seinen Rachegefühlen viel Unheil zu besorgen sein werde, wofern er einmal für immer im Auslande seinen Aufenthalt nehmen werde.[326] In der Tat, Hormayr sollte dem Kaiserstaate die schwersten Verlegenheiten bereiten; aber niemand wird bestreiten können, daß die österreichische Regierung unter Metternichs Führung durch die in ihrer Art wirklich einzig dastehende brutale Behandlung eines um sein Vaterland — bei allen seinen Schwächen — hochverdienten Mannes dieses „Gift", als das er dann bezeichnet zu werden pflegte, gezüchtet habe.

Kehren wir nun wieder zu Erzherzog Johann zurück. Derselbe wurde am Morgen nach der Verhaftung seiner Mitarbeiter, am 8. Januar, vom Kaiser in Privataudienz empfangen. Was ihm dort alles von seinem Bruder gesagt wurde, wissen wir nicht, aber es wird nicht freundlich, wird darauf berechnet gewesen sein, ihm die Lust an der „Helvetisierung" Tirols und der Krönung zum „Alpenkönig" ein für allemal zu benehmen. Der Erzherzog, der als der „Ver-

führte“ galt, mußte sich ehrenwörtlich verpflichten, für längere Zeit die Residenz nicht zu verlassen; sein geliebtes Tiroler Land aber durfte er erst nach vollen zwanzig Jahren wieder betreten. Selbstverständlich wurde er — wir werden noch davon hören — unter strengste Polizeiaufsicht gestellt. Auch er war gleich seinem Bruder Karl politisch vollkommen abgetan.

Das gleiche Los traf die Brüder der Kaiserin, die sich in dem Kampfe gegen Napoleon besonders hervorgetan hatten. Sie wurden sehr energisch zur „Ruhe“ vermahnt. Daß auch hier wieder Metternich es war, der ihnen die Leviten las, ersehen wir aus einem Vortrag des Grafen, wo er über seine Unterredung mit Erzherzog Ferdinand d'Este, der sich in „einer fast verzweifelten“ Stimmung befand, berichtete.[327] Die Behauptung Hormayrs, daß Metternich es war, der planmäßig auf den Sturz der Erzherzoge als die angeblichen Urheber alles Unglückes im Jahre 1809 hinarbeitete,[328] erscheint nach allem, was wir über seine Haltung in dieser Abrechnung mit den Erzherzogen wissen, nicht ganz aus der Luft gegriffen, jedenfalls hat er es meisterhaft verstanden, das von früher her bestandene und durch die Ereignisse des letzten Feldzuges verstärkte Mißtrauen des Monarchen kräftigst zu schüren und als Mitwisser der intimsten Familienangelegenheiten seine von der heimischen Aristokratie, besonders von der Partei Stadions, stark angefeindete Stellung zu stärken.

Während so die vaterländischen „Schwärmer“ unter der Verfolgung der Polizei litten, schwelgten Kaiser Franz und Metternich in dem Hochgefühl, daß der Welteroberer Napoleon wie die Verbündeten, der alte preußische Rivale und der gefährliche Zar, um die Gunst des Habsburgerstaates wetteifernd buhlten. Als der Kaiser dann endlich, nach dem Frühjahrsfeldzuge des Jahres 1813, auf die Seite der Alliierten sich stellte, geschah dies nur mit halbem Herzen. Wie anders klangen doch die Kriegsmanifeste, in denen absichtlich „alle leidenschaftlichen Ausdrücke“ vermieden waren,[329] als die vom Jahre 1809! Von Begeisterung im östereichischen Heere war nichts zu bemerken, und diese kühle Gleichgültigkeit entsprach nur der Stimmung, wie sie in den weitesten

Kreisen des Volkes herrschte. Die Wiener konnten es nicht begreifen, daß Theodor Körner aus den Armen seiner Braut, der Burgschauspielerin Toni Adamberger, sich losriß, um am Befreiungskampfe teilzunehmen — sie erklärten ihn feierlich für einen „Narren".[330] General Schwarzenberg, der zum Oberbefehlshaber der Verbündeten auserkoren war, empfing vom Wiener Kabinett die Weisung, „klug, das heißt langsam" vorzugehen, und an sie hat er sich prompt und pünktlich gehalten — zum Ärger und Ingrimm der preußischen Generale, die von dem Geiste des „Marschall Vorwärts" beseelt waren. Aber man kam auch auf diese langsame, bedächtige Art schließlich zum Ziele und Kaiser Franz konnte mit einiger Selbstbespiegelung zu Gagern, einem der Hauptvertreter der „ungeduldigen Wünsche der Völker" bemerken: „Schaun's, bin ich nicht viel gescheidter gewesen als Sie; hab ich nicht in Ordnung gethan, was Sie in Unordnung tun wollten?"[331]

Nach der großen Völkerschlacht bei Leipzig war das Schicksal des französischen Imperators besiegelt. Aber auch jetzt, da sich die Verbündeten zum Einmarsch in Frankreich entschlossen hatten und in sehr gemäßigtem Tempo Paris zustrebten, war es österreichischerseits nicht auf den Sturz Napoleons abgesehen; man wollte ihn nur, wie Kaiser Franz sich ausdrückte, zur Vernunft weisen, das heißt Frankreich auf seinen natürlichen Umfang bringen — als der gefährlichere Feind galt vielmehr der Zar Alexander, dessen „revolutionäre" Ideen man kannte und fürchtete. Aber der Beherrscher des Zarenreiches, der es auf die Vernichtung Napoleons abgesehen hatte, erwies sich als der stärkere, und so gab Kaiser Franz seinen Schwiegersohn preis. Der Sturz des Welteroberers, als dessen eigentlichen geistigen Vater später Metternich sich stolz bezeichnete, war also nicht ganz nach seinem Wunsche erfolgt. Aber immerhin, Österreichs Triumphe waren groß. Diese bedeutsame Stellung, die Österreich als Zünglein an der Wage in dem Befreiungskampfe einnahm, hatte sich nach außen hin schon in der einen Tatsache gezeigt, daß ein österreichischer General zum Führer der verbündeten Armee gewählt wurde, und zeigte sich wieder, als die Alliierten in Paris beschlossen,

den Friedenskongreß, der die durch Napoleon aus den Fugen geratene Welt neu zusammensetzen sollte, in der Hauptstadt der habsburgischen Donaumonarchie abzuhalten.

Wien — der Mittelpunkt der Welt! Man begreift das Hochgefühl, den Stolz der Wiener, die mit freudiger Spannung dem Einzug der hohen Gäste aus aller Herren Länder entgegensahen. Man weiß heute, daß der Rausch von Festesfreude und Sinnenlust, der monatelang über der als Phäakenstadt verschrienen Residenz waltete, nicht bloß ein Wiederaufleben der durch den langen Krieg schwer gestörten Daseinsfreude des ancien régime war oder etwa ein Mittel, die illustren Kongreßteilnehmer in gute Stimmung zu setzen, um sie leichter den politischen Wünschen des Wiener Kabinetts zugänglich zu machen — sondern auch ein Ausdruck der Verlegenheit, um über die Schwierigkeiten infolge der Interessengegensätze hinwegzukommen. Die waren nämlich nicht gering und noch gar nicht bereinigt, als man sich zum Beratungstische setzte — ein Zeichen der Oberflächlichkeit, mit welcher das große Kongreßwerk vorbereitet worden war. Man weiß auch, daß es um ein Haar zum Wiederausbruch der Feindseligkeiten — aber diesmal zum Kampfe unter den Alliierten selbst — gekommen wäre, und nur das Ausreißen des gefangenen Löwen aus Elba in die Verhandlungen ein rascheres, dann aber ein sehr rasches Tempo brachte. Mit einigen Wochen hatte man als Dauer des Kongresses gerechnet und — neun Monate waren daraus geworden, so daß die Wiener, die bald über eine enorme Teuerung zu klagen hatten, die Wahrheit des Goetheschen Wortes „Nichts ist schwerer zu ertragen, als eine Reihe von schönen Tagen“ an ihrem eigenen Leibe zu verspüren bekamen.

Für Metternich, der nach der Leipziger Schlacht in den Fürstenstand erhoben worden war, bildete der Kongreß eine reiche Quelle der schönsten Erfolge und Triumphe, persönlicher wie politischer — es war der Höhepunkt seines Lebens. Denn nicht nur daß er sich geradezu königlich unterhielt, mehr jedenfalls als der kaiserliche Gastgeber, der zu diesem lockeren Treiben, das sich um ihn herum abspielte und vom Standpunkte der von der Regierung stets empfohlenen Sitt-

lichkeit absolut verwerflich war, ein süßsaures Gesicht machte; er hatte auch im Wesentlichen alles das erreicht, was er haben wollte. Der Kaiserstaat bekam einmal die in den Franzosenkriegen verloren gegangenen deutschen Erblande wieder zurück und noch obendrein ein großes Stück von Italien, das reiche lombardisch-venezianische Königreich, über dessen Erwerbung schon vorher mit den Verbündeten ein Abkommen getroffen und das auch schon von österreichischen Truppen besetzt worden war — ein Zeugnis dafür, welch großen Wert man auf diesen Besitz legte. Er hatte wieder seine Sekundogenituren in Parma, Modena und Toskana und damit die eigentliche Vorherrschaft über Italien, wohin die alten, von Napoleon vertriebenen Dynastien zurückkehrten, gewonnen. Dagegen hatten Preußen und Rußland, die Metternich als seine eigentlichen Gegner ansah, nicht alle ihre Wünsche durchzusetzen vermocht. Der Zar hatte das ganze Herzogtum Warschau, das von Napoleon aus den verschiedenen polnischen Gebieten gebildet worden war, als Königreich Polen seinem Reiche einverleiben wollen; nun mußte er sich dazu bequemen, einen Teil der ehemals österreichischen und preußischen Besitzungen herauszugeben, und Polen erlebte so seine vierte Teilung. Preußen wieder erhielt nicht, wie es wollte, das ganze Königreich Sachsen, sondern nur einen Teil davon und bot, in zwei unzusammenhängende Stücke zerrissen, nach außen hin ein geradezu klägliches Bild staatlicher Schwäche und Hilflosigkeit.

Auch die deutsche Frage war zu Metternichs größter Zufriedenheit gelöst worden. Deutschland blieb in eine Anzahl von souveränen, auf ihre staatliche Selbständigkeit pochenden Staaten und Zwergstaaten zersplittert; der Gedanke, ihm eine bundesstaatliche Verfassung mit einer kräftigen Zentralgewalt zu geben, war nicht durchgedrungen. Die durch diese Zerrissenheit bedingte Schwäche des Staatenbundes war aber das einzige Mittel, um in Deutschland auch ohne die Kaisergewalt, die nicht erneuert wurde, wie in Italien die Vorherrschaft ausüben zu können. Metternich durfte damit rechnen, daß die souveränen Kleinkönige gegen

Preußen und den „hochgefährlichen" Gedanken der deutschen Einheit bei Österreich Schutz suchen würden.

Kurz, Metternich war mit der Wiener Kongreßakte, die er gern als sein Werk bezeichnete, über alle Maßen zufrieden. Doch es gab auch Unzufriedene, Nörgler, die mit der „gottgewollten" Ordnung Europas, wie sie der Kongreß bezeichnet hatte,[332] sehr unsanft zu Gericht gingen, die der dort angewandten Methode der „Seelenzählung" nicht das nötige Verständnis entgegenbrachten. Der Buchhändler Cotta fand, daß man niemals derart „leichtsinnig mit dem Wohl und Wehe von Tausenden gespielt" habe.[333] Der gelehrte Görres nannte die Schöpfung des Wiener Kongresses ein „elendes Machwerk von Teilen und Vereinigen", der Amerikaner Jefferson sprach verächtlich von einem „Schacher" gleich dem mit „Vieh", und ein Mitglied des englischen Unterhauses stand nicht an, den Ministern offen vorzuwerfen, sie hätten mitgeholfen, „künstliche, tote Maschinen, unter dem Namen Nationen zu bilden", statt die wirklichen Nationen, „lebendige Körper, von der Natur geschaffen", zu erhalten.[334]

Der Tadel war nicht unberechtigt. Was die Weisen vom grünen Tisch einmal ganz übersehen hatten, das war der Gedanke der völkischen Selbstbestimmung, der sich in der französischen Revolution und dann in den Befreiungskriegen siegreich durchgerungen und zu einer unzerstörbaren Weltmacht geworden war. Die Vorstellung von diesem „höheren Gut, das allein dem menschlichen Leben Wert gibt", das man daher, wie es in der von Luden herausgegebenen Zeitschrift „Nemesis"[335] so schön gesagt wurde, auch dem besiegten Volk nicht rauben dürfe, war der neuen Generation bereits in Fleisch und Blut gedrungen. Mit diesem Bedürfnisse, für das viele Tausende in den Kampf gezogen waren, hätten die Diplomaten rechnen müssen. Daß sie das nicht getan haben, daß sie sich an dem Geist der Zeit, der dieses nationale Selbstbestimmungsrecht gebieterisch forderte, so schwer versündigt haben, wird sie für alle Zeiten vor der Geschichte bloßstellen und ihr Elaborat als ein erbärmliches Flickwerk erscheinen lassen. Der geistvolle Gentz, der Protokollführer des Wiener Kongresses,

kennzeichnete am besten die Verlogenheit des Friedenswerkes, wenn er in einer vertraulichen Denkschrift sagte: „Die hochtönenden Redensarten von Wiederaufrichtung der gesellschaftlichen Ordnung, von Neugestaltung des politischen Systems Europas, von dauerhaftem, auf eine gerechte Verteilung der Kräfte begründeten Frieden, wurden zum besten gegeben, um die Völker zu beruhigen und dieser feierlichen Versammlung ein würdevolles und großartiges Ansehen zu verleihen; der wahre Zweck des Kongresses bestand jedoch in der Verteilung der dem Besiegten abgenommenen Beute unter die Sieger."[336]

Treitschkes Urteil über die „Ausgeburt eines ideenlosen Kopfes, der von den treibenden Kräften der Geschichte nicht das mindeste ahnte", erscheint nicht zu hart. Angst vor dem revolutionären Frankreich, Furcht vor Rußland und Scheelsucht gegenüber Preußen, das waren die bestimmenden Ideen des Wiener Kabinetts — natürlich auch die schon erwähnte dynastische Selbstsucht. Und gerade da glaubte der Fürst, die Interessen des alten Kaiserstaates glänzend gewahrt zu haben.

War dies aber wirklich der Fall? Sehen wir näher zu, so hatte sich Metternich keineswegs als ein Staatsmann mit weitem Blick bewährt. Die äußere Machtstellung, die der Habsburgerstaat ganz nach der traditionellen Schablone sich geschaffen hatte, war im höchsten Grade problematisch. Zum mindesten kann das von der italienischen Position, auf die das Wiener Kabinett gerade ein so großes Gewicht legte, behauptet werden. Metternichs Auffassung, daß Italien nichts anderes als ein „geographischer Begriff" sei, wurde schon damals nicht allgemein geteilt. „Auf eine oder die andere Weise", so äußerte sich Ende 1814 der preußische Gesandte Niebuhr, „wird doch dies Land im Laufe eines oder einiger Menschenalter zu einem Reiche verbunden."[337] Die Italiener, die während der napoleonischen Ära den alten Traum der „Italia unita" bereits verwirklicht sahen und im vollen Gefühle der jungen Selbständigkeit und Freiheit schwelgten, sahen in den Österreichern nur die verhaßten Fremden und Tyrannen. Kolonisatorisch

war in dem neu erworbenen lombardisch-venezianischen Königreich mit der alten hochstehenden, vielfach überlegenen Kultur seiner intelligenten Bewohner nichts zu holen. Übrigens hatte der bunt zusammengewürfelte Kaiserstaat seine alten Nationen noch nicht gehörig verdaut: viel wäre da nachzuholen gewesen — wir erinnern uns an die Ermahnungen der Erzherzoge Karl und Joseph, lieber an die kulturelle Förderung in Ungarn als an die Eroberung neuer Provinzen zu denken! Dem Kaiserstaat erwuchs damit ein neues Problem, dem er innerlich nicht gewachsen war, dem er schließlich nur mit Polizei- und Militärgewalt beikommen konnte, wodurch er sich wieder vor ganz Europa bloßstellte.

Metternich winkten viel lohnendere Ziele. Man wird es ihm vom österreichischen Standpunkt immer zum schwersten Vorwurfe machen müssen, daß er über dem Phantom seiner italienischen Vormachtstellung so wenig daran dachte, seine deutsche Position zu festigen. Vergebens hatte der Dichter Rückert an Österreich die Mahnung ergehen lassen:

„Nicht die fremde Pomeranze ist's, die Dir gehört zunächst."
„Der Reichsapfel, der im Glanze hier an deutschen Eichen wächst."

Der Fürst hatte vollkommen freie Hand, Österreichs Macht in Süddeutschland zu vergrößern. Warum hat er die deutschen Vorlande — uraltes Hausgut — nicht zurückverlangt? Von preußischer Seite wurde noch in Paris dem Hause Österreich der Breisgau und außerdem Mannheim angeboten.[338] Der Minister Hardenberg wünschte für den habsburgischen Staat ebenso eine feste Stellung am Oberrhein, wie für Preußen am Mittel- und Niederrhein, wodurch Österreich eine Schutzmacht Oberdeutschlands gegen Frankreich geworden wäre. Daß er das nicht wollte, ist wirklich für seine späteren Geschicke „entscheidend"[339] geworden. Man sprach sogar davon, das Elsaß, welches nach einem amtlichen Bericht des dortigen Polizeichefs lieber deutsch sein wollte, und Lothringen dem Erzherzog Karl als selbständigen Besitz zu überlassen.[340]

Vom Standpunkt der Vorherrschaft in Deutschland war es auch verfehlt, daß Kaiser Franz die Krone Karls des Großen, die ihm während des Kongresses von fünfundzwanzig deutschen Fürsten angeboten worden war, von der Hand wies.

Die überwiegende Mehrheit in Deutschland wollte die Wiederaufrichtung des Kaisertums. Selbst preußische Patrioten wie Stein und Ernst Moriz Arndt wiesen auf das altgewohnte Erzhaus Österreich — man lebte ja im Zeitalter der Romantik — als den berufenen Führer hin. Die Sympathien wären noch größer gewesen, wenn Österreich während der Befreiungskriege aktiver eingegriffen und nicht Preußen den Vorrang gelassen hätte — insoferne war die Abkehr von dem heldenmütigen Ringen des Kriegsjahres 1809 zu der von Metternich eingeschlagenen doppelzüngigen Politik des Abwartens, des Hin- und Herlavierens und der darauffolgenden „klugen" Kriegführung im großen Völkerringen doch nicht so glücklich, wie er sich das einbildete. Auf dem Wiener Kongreß fehlte es auch nicht an Ausfällen gegen Österreich. Der preußische Minister Hardenberg sprach die Besorgnis aus, auf Österreich, dessen Hauptmacht in Italien, Ungarn und Polen liege und das schon früher seine Pflichten gegen das Reich um seiner selbstsüchtigen dynastischen Zwecke willen vernachläßigt habe, werde in Hinkunft noch weniger zu rechnen sein. Der Minister Stein aber sprach daselbst von einer „Entfremdung" zwischen den Österreichern und den Deutschen.

Metternich glaubte in der ganzen Frage der deutschen Vormachtstellung, die für das Deutschtum in Österreich, den traditionellen Kitt der Donaumonarchie, so lebenswichtig war, genug getan zu haben, daß auch der preußische Nebenbuhler leer ausging. Er mag es als einen meisterhaften Triumph angesehen haben, daß der Hohenzollernstaat eine Gestalt bekam, die das Reich „mit den langen Grenzen" — Radetzky nannte es den „unförmigsten Staat, den es je gegeben" — dem Gespötte der Welt aussetzte. Doch gerade dieses Unfertige seiner äußeren Gestaltung machte den Ehrgeiz „zur Lebensluft" Preußens;[341] war, wie die Zukunft lehren sollte, für dasselbe der mächtigste Antrieb, seine Sache mit der Gesamtdeutschlands, in das seine Teile eingebettet waren, zu verhindern. Also eine sehr kurzsichtige Politik, die sich später rächen sollte.

Wollte sich aber der Kaiserstaat durchaus kolonisatorisch betätigen, dann hätte sich dazu im Osten eine aussichts-

reichere Gelegenheit geboten als in Norditalien. Über die orientalische Frage ist der Wiener Areopag mit Stillschweigen hinweggegangen, und doch war sie bereits aufgerollt worden. Der Aufstand der Serben vom Jahre 1812 hatte gezeigt, daß der Gedanke der nationalen Selbstbestimmung auch schon die Balkanvölker ergriffen hatte. Ihn für die Erweiterung der Machtsphäre Österreichs auszunützen, das große Ziel, das dem Prinzen Eugen vor Augen schwebte, wieder aufzunehmen, dazu hatte jetzt die Stunde geschlagen. In einer von einem ungenannten Zeitgenossen nach dem Wiener Frieden von 1809 verfaßten „politisch-militärischen Studie" wurde die Aufgabe des Kaiserstaates an der Donau kurz und bündig dahin gekennzeichnet: „Die ganze Tendenz unserer Politik liegt in dem Namen Österreich, das ist das Reich gegen Osten." Die militärischen Kreise wie Radetzky traten auch entschieden für ein Eingreifen Österreichs zugunsten der von dem österreichfreundlichen Karageorgevič geführten Serben ein. Auch Metternich sprach von der Notwendigkeit, diese „wichtige Provinz für alle Fälle als unser zu betrachten". Allein im entscheidenden Moment machten sich wieder entgegengesetzte Einflüsse geltend. Das unter der Regierung des Kaisers Franz übliche Schwanken, das sich übrigens schon früher — wir erinnern an die ausgesprochen türkenfreundliche Haltung der Kaiserin Maria Theresia — bemerkbar machte, setzte ein. Kaiser Franzens Widerwille gegen Rebellen wie Angst gegen Rußland waren wohl der Grund, daß diese so bedeutsame Frage unerledigt blieb: im Zeichen der „Legitimität" konnte man sich nicht für Aufständische erwärmen und so wurde Metternich zum „Schutzheiligen der Türkei",[342] die er als seinen „besten und sichersten Bundesgenossen" [343] betrachtete.

So sehen wir, wie das vielgepriesene Lebenswerk Metternichs merklich die Züge des Kaisers Franz an sich trägt: das zähe Beharren beim Alten, sein ausgesprochenes Bedürfnis nach Ruhe und seine festgewurzelte Gewohnheit, alle Angelegenheiten von entscheidender Bedeutung — liegen zu lassen. Die brennenden Fragen verwickelterer Natur, wie die deutsche und die orientalische, wurden vertagt, um wenigstens für einige Jahre Ruhe zu haben. Das und nicht

mehr wollte Metternich mit dem Frieden erreichen: für eine längere Dauer oder gar für die Ewigkeit war er nicht berechnet — aber auch dieses im Grunde so bescheidene Ziel wurde nicht erreicht: zu sehr bestimmte sein „grasser Egoismus“ [344] die Geschicke der Völker, zu sehr haftete dem Kongreßwerk das Merkmal der Leichtfertigkeit an, die berauschende Atmosphäre der Sinnesfreude und des Geigenjubels, in der es geschaffen wurde.

3. BEWEGUNGEN IN DEUTSCHLAND UND ITALIEN. KARLSBADER BESCHLÜSSE UND HOCHVERRATSPROZESS IN MAILAND.

Die Enttäuschung ließ nicht lange auf sich warten. Die Völker, die in den Befreiungskämpfen mündig geworden waren, fühlten, daß man sie betrogen hatte. In den beiden großen Ländern, die im Norden und im Süden den Kaiserstaat begrenzten und in seiner Einflußsphäre lagen, gärte es ganz gewaltig — auch das unpolitische Volk der Dichter und Denker war nun in Aufruhr gekommen. Hatten Metternich und die anderen Machthaber des Wiener Kongresses mit der durch die lange Kriegszeit bedingten Erschöpfung und Schlummersucht gerechnet, so erlebten auch sie eine arge Enttäuschung. Bei dem Manne aus dem Volke verflüchtigten sich wohl bald die hohen Ideale von Freiheit und Einheit, aber in den Herzen der gebildeten Stände brannte das in den welterschütternden Ereignissen der letzten fünfundzwanzig Jahre entzündete Feuer weiter — sie wurden auch die eigentlichen Träger der Bewegung.

Wie ganz anders hatte sich das deutsche Volk, als es dem Aufruf zu den Waffen Folge leistete, seine Zukunft gedacht! Vielleicht hatte es sich diese in seiner politischen Ungeschultheit allzu glänzend vorgestellt, um so kläglicher nahm sich dann, an dem Idealbilde gemessen, das Werk aus, das die Deutsche Bundesakte vom Juni 1815 geschaffen. Die Träume von einem mächtigen Kaiserreich, wie sie in der Kyffhäusersage ihren so ergreifenden Ausdruck gefunden, waren in nichts zerronnen. Kein Kaiser und keine Zentral-

gewalt — denn die in Frankfurt tagende Diplomatenkonferenz, in der drei fremde Potentaten, die Könige von England, von Dänemark und der Niederlande, Sitz und Stimme hatten, konnte unmöglich auch nur den notdürftigsten Ersatz einer starken Regierung bilden. Durch eine ganze Reihe merkwürdiger Bestimmungen war diese illustre Versammlung von vornherein zur Ohnmacht verurteilt — mit Recht wurde das Haus in Frankfurt, worin sie tagte, das „rote Inkompetenzgebäude“ genannt. Von volksmäßigen, freiheitlichen Einrichtungen keine Spur! In dem vielberufenen § 13 der Bundesakte hieß es dunkel und orakelhaft: „In allen Bundesstaaten wird eine landständische Verfassung stattfinden.“ Wann und wie — das war nicht gesagt.

War es da ein Wunder, wenn das nationale Leben außerhalb der ehrwürdigen Bundesversammlung nach Befriedigung drängte? Vor allem war es die begeisterungsfähige Jugend an den Universitäten und ihre Lehrer, die für ein einheitliches und freiheitliches Vaterland schwärmten. Aus diesen Kreisen ist auch die Deutsche Burschenschaft hervorgegangen. Ihre Farben schwarz-rot-gold wurden das stolze Sinnbild des gemeinsamen Vaterlands, der deutschen Einheitsidee. Das Wort des Freiheitssängers Arndt: „Das ganze Deutschland soll es sein, soweit die deutsche Zunge klingt“, gab gewissermaßen den Grundton für ihre idealen Bestrebungen an. Auch die Turner verfolgten das hehre Ziel eines Einheitsstaates.

Metternich hielt anfangs nicht viel von dem Ernst der deutschen Bewegung. „Die deutschen Konspirationen“, erklärte er 1816, „machen ihre Krisis gewöhnlich mit der Feder durch.“ Allein nach dem Wartburgfeste vom Oktober 1817 war er über den „Universitätsunfug“ schon nachdenklicher geworden. Als dann der schwärmerisch veranlagte Theologe Ludwig Sand, Mitglied der Burschenschaft, den Lustspieldichter Kotzebue, der als russischer Spion und Reaktionär verschrien war, ermordet hatte, stand sein Entschluß fest, die „deutsche Revolution“ niederzuringen. Den panischen Schrecken, den diese Bluttat, der rasch ein zweites politisches Attentat folgte, bei den deutschen Kabinetten hervorrief, nützte Metternich aus. Da er dem Bundestag

mißtraute, verständigte er sich mit einigen gesinnungsverwandten Höfen, allen voran dem preußischen König Friedrich Wilhelm III., der sofort nach dem traurigen Mannheimer Ereignisse einige als Freiheitsmänner und Einheitsschwärmer bemakelte Männer wie Professor Arndt und Turnvater Jahn gemaßregelt hatte, und so versammelten sich im Sommer 1819 in dem altberühmten Heilbade Böhmens, unter dem Vorwande einer Brunnenkur, eine Anzahl von Staatsmännern zu dem Zwecke, dem gefährlichen Treiben der deutschen Umsturzmänner einen Kappzaum anzulegen. Schon lange hatte man es höchst mißfällig bemerkt, daß einige süddeutsche Fürsten, wie der Großherzog Karl August von Weimar, der hochsinnige Freund und Gönner Meister Goethes, ihren Ländern Verfassungen und Preßfreiheit gegeben hatten.

So entstanden die berüchtigten Karlsbader Beschlüsse, durch welche die Universitäten unter Polizeiaufsicht gestellt, die Zensur und das Vereinswesen geknebelt wurden. Friedrich Gentz, der bei den Verhandlungen wieder das Protokoll geführt hatte, versprach sich davon eine „große Epoche in der Geschichte“. Triumphierend äußerte er sich: „Es ist die größte retrograde Bewegung, die seit dreißig Jahren in Europa stattgefunden hat.“ Die Burschenschaft löste sich noch im Herbst desselben traurigen Jahres 1819 in einem Wäldchen bei Jena auf, unter den schwermütigen Klängen des Liedes: „Wir hatten gebauet ein stattliches Haus“, wozu man die Verse Binzers sang: „Das Band ist zerschnitten, war schwarz-rot und gold, und Gott hat es gelitten, wer weiß, was er gewollt.“ Das war gewiß nicht die Sprache von Revolutionären, aber die nun einsetzenden polizeilichen Verfolgungen und Kriminalprozesse, die Leiden der Kerkerhaft und des Flüchtlingsdaseins — sie waren allerdings nur zu geeignet, die unglücklichen Opfer einer unsinnigen Revolutionsfurcht und Reaktion zu wirklichen Revolutionären heranzubilden, und so war es keine unzutreffende Kritik, wenn der ehemalige preußische Minister Stein auf die Kunde von den Maßnahmen seiner Regierung von „viehischer Dummheit“ und „teuflischer Bosheit“ sprach. Auch Wilhelm von Humboldt geißelte die Karlsbader Beschlüsse als „schändlich, antinational, ein denkendes Volk beleidigend“.

So war denn der Stolz Metternichs auf seinen Sieg über die deutschen „Jakobiner" sehr übel angebracht, denn gerade er hat die Revolution so recht geboren, und in Deutschland vergaß man des Fürsten Rolle als Drahtzieher der Demagogenverfolgungen, als geistiger Vater der Mainzer Zentraluntersuchungskommission unseligen Angedenkens, niemals — eine Tatsache, die Österreich, als die deutsche Frage aufgerollt wurde, sehr unangenehm empfinden sollte.

Während Metternich eifrig tätig war, in den Wiener Konferenzen von 1820 dem Staatsstreich der Karlsbader Beschlüsse die Krone aufzusetzen und den Partikularismus, die Zerrissenheit Deutschlands staatsrechtlich festzulegen, trat just an den österreichischen Staatslenker ein Ansinnen heran, das bestimmt gewesen wäre, dem Habsburgerstaat im Rahmen des deutschen Bundes eine wahrhaft führende Rolle in die Hand zu geben. Kurz vorher hatte sich zu Frankfurt aus Kaufleuten und Industriellen ein „Deutscher Handels- und Gewerbeverein" gebildet, der es sich zur Aufgabe setzte, alle den freien Verkehr lähmenden Zölle und Mauten, jene „Prämien für den Schleichhandel" und „Fesseln der Industrie", fallen zu machen und aus Deutschland einen gegen das Ausland abgeschlossenen, selbständigen Wirtschaftskörper zu bilden. Die Seele dieser zukunftsreichen Bestrebungen war der Konsulent des Vereines Professor Friedrich List.

Es scheint, daß Metternich diesem großartigen Projekt, das die Einigung und Erstarkung der deutschen Industrie zum Ziele hatte, nicht unsympathisch gegenüberstand. Aber wie er die Vorlage den österreichischen Behörden zur Begutachtung übermittelte, stellten sich alsbald die unvermeidlichen „Bedenken" ein. Das Bedenklichste war schon die Quelle der Anregung, die Herkunft von einem privaten Verein, in welchem man gewohnheitsmäßig nichts anderes als eine Gesellschaft von neuerungssüchtigen „Schwindelköpfen" erblickte. Obwohl List persönlich nach Wien kam und in einigen umfassenden Denkschriften[345] den Kaiser Franz als den „Retter des deutschen Vaterlandes" für seine Ideen einzunehmen sich bemühte, hatte der schöne schicksalsschwere Gedanke nur das eine Ergebnis, daß die Ange-

legenheit, die bei der Kommerzhofkommission anhängig gemacht worden war, die Wiener Polizeihofstelle beschäftigte. Der Präsident der kommerziellen Fachbehörde Philipp Stahl — sein Name ist uns schon bekannt — fand, daß das Projekt des verrufenen Vereines nur dazu angetan sei, im Innern von Deutschland Hoffnungen zu erregen und durch die ihnen notwendig folgende Enttäuschung den Samen der Unzufriedenheit auszustreuen, im Auslande dagegen eine Handelseifersucht anzufachen, die für die österreichische Industrie, „welche ganz im Stillen und ohne Aufsehen einen nicht unbedeutenden Platz in der Konkurrenz zu gewinnen anfange, gefährlich werden könnte". Dem Präsidenten der Polizeihofstelle wurde nahegelegt, über das Benehmen des Professors List, das „nicht ganz lauter" zu sein scheine, die „gehörige Aufmerksamkeit" zu pflegen. List stand seitdem im schwarzen Buch der Polizei vorgemerkt und bekam das sehr unangenehm zu fühlen, als er nach zwanzig Jahren wieder die kaiserliche Residenz betreten sollte.

Schon war, ohne Zweifel, von Metternich inspiriert, in einem „Eingesendet" der „Augsburger Allgemeinen Zeitung" das große Ereignis verkündet, daß Österreich sich mit allen seinen Ländern, Ungarn und Dalmatien ausgenommen, den deutschen Staaten anschließen werde, allein Kaiser Franz wollte von dieser Neuerung nichts wissen.[346] Als man sich nach Jahren im Wiener Kabinett wiederum mit ihr ernstlich beschäftigte, hatte dem Habsburgerstaat bereits sein preußischer Rivale den Wind aus den Segeln genommen.

Das soeben geschilderte wirtschaftspolitische Intermezzo der Wiener Konferenzen ist lehrreich. Fürst Metternich, dem es keineswegs an Schärfe des Blickes in allen großen politischen Fragen fehlte, hatte die Tragweite der von dem Frankfurter Handels- und Gewerbeverein ausgegangenen Anregung richtig erkannt und war geneigt, sie bei seinem Monarchen zu vertreten — doch vor dem Willen seines kaiserlichen Herrn, dem die ganze Sache zu großartig, zu umstürzlerisch vorkam, knickte er zusammen. Ein Staatsmann, der mit seinen Ansichten nicht durchdringt, ist indes ein schlechter Staatsmann, und hätte er einen Charakter gehabt, wäre er damals und unzähligemale später aus sei-

nem Amte geschieden. Er blieb und vertrat die Auffassung des Kaisers Franz, der in dem deutschen Bund nichts anderes erblickte als eine „oberste Polizeibehörde“,[347] deren traurige Bestimmung es war, alle wackeren Patrioten, die für Deutschlands Größe und Ehre schwärmten, zu verfolgen. Auf den Schlachtfeldern von 1866 hat sich diese unselige Politik gerächt.

Dem Siege über die „deutsche Revolution“ folgte die gewaltsame Unterdrückung der freiheitlichen und nationalen Bewegungen in Italien. Österreichische Truppen dringen bis nach Neapel und Sizilien vor, um die dort unter dem Drucke einer Volksbewegung zustande gekommene Verfassung niederzukämpfen, und das gleiche geschah in Piemont. Auf dem Kongreß von Laibach, auf dem sich die Mitglieder der heiligen Allianz vollzählig eingefunden hatten, fand Fürst Metternich wieder Gelegenheit, den Völkern die Lehre vom beschränkten Untertanenverstand und vom Gottesgnadentum der Fürsten zu verkünden. „Die heilsamen oder notwendigen Veränderungen der Gesetzgebung und Verwaltung der Staaten“, ließ er feierlich erklären, „dürfen nur von der freien Willensbestimmung, von dem aufgeklärten, überlegten Entschlusse derer, welchen Gott die Verantwortung für den Gebrauch der ihnen anvertrauten Macht auferlegt hat, ausgehen.“ [348] Wenn aber nur diese Werkzeuge Gottes würdigere Exemplare gewesen wären, als jener Bourbonenkönig Ferdinand von Neapel, der in Laibach die von ihm beschworene Verfassung widerrief! Metternich selbst muß sich seiner geschämt haben, denn auf ihn war seine Sentenz gemünzt: „Viele Könige glauben, daß der Thron nur ein Fauteuil ist, auf dem man bequem einschlafen kann. Im Jahre 1821 ist jedoch ein solcher Schlafsessel recht unbequem und schlecht ausgepolstert.“ [349]

Der Kongreß von Laibach bildet den Höhepunkt der Erfolge Metternichs. Kaiser Franz verlieh ihm zum Zeichen seiner Anerkennung für das Geleistete den ehrenvollen Titel eines Haus-, Hof- und Staatskanzlers, den zuletzt Fürst Kaunitz getragen hatte.

Hand in Hand mit der Niederwerfung der Revolutionen in Neapel und Piemont ging ein strenges Strafgericht über

alle italienischen Patrioten und Liberalen in den österreichischen Provinzen Italiens nieder. Auch hier gab es Mißvergnügte und Unzufriedene, die mit der Verfassungsbewegung in Neapel und namentlich in Piemont geliebäugelt hatten. Diese Sympathien sollten durch ein eindrucksvolles Exempel ein für allemal aus der Welt geschafft werden — wir kommen zu einem der traurigsten Kapitel der franziszeischen Regierung, die sich hier mit folgenschweren Sünden beladen sollte.[850]

Die österreichische Regierung hatte in der kurzen Zeit ihrer Herrschaft über das lombardo-venezianische Königreich arge Mißgriffe gemacht.[851] Die Österreicher waren anfänglich förmlich als Befreier von dem Druck des napoleonischen Regiments begrüßt worden. Man erinnerte sich dabei dankbar der vielen Verdienste, die sich die Habsburger im achtzehnten Jahrhundert in der Lombardei wie in Toskana erworben hatten. Aber gleich die Besetzung durch österreichische Truppen, mit der sich Kaiser Franz auffallend beeilte, wohl um auf dem Wiener Kongreß vor einer vollendeten Tatsache zu stehen und selbstgefällig behaupten zu können, daß es ihm um keine Neuerwerbungen zu tun sei, brachte einen merklichen Gesinnungswandel. Wenn die österreichischen Truppen auch nicht gleich „Hunnen“, wie die Einwohner von Verona Ende 1814 zu klagen fanden, in den besetzten Gebieten hausten, so gab es insofern eine Enttäuschung, daß die Wiener Regierung das wallenstein-napoleonische Rezept, die Soldaten durch das okkupierte Land zu erhalten, getreu befolgte und mit dem Militär auch das österreichische Papiergeld seinen Einzug hielt.

Die Hauptursache der Verstimmung aber war, daß Kaiser Franz in keiner Weise gesonnen war, den nationalen Wünschen der Lombarden und Venezianer auch nur im Geringsten entgegenzukommen, und gerade hier hatte während der napoleonischen Herrschaft der Gedanke der völkischen Selbstbestimmung tiefe Wurzeln gefaßt. Den Abgesandten der provisorischen Regierung, die er im Mai 1814 zu Paris empfing, erwiderte er trocken: „Die Herren werden wohl einsehen, daß, nachdem ihr Land von meiner Wehrmacht

erobert worden ist, weder von einem Königreich Italien noch von einer Konstitution, noch von einer Deputation genannten Königreiches die Rede sein kann.“ Nachträglich suchte er die unangenehme Wirkung, die diese Worte der Begrüßung hervorgerufen hatte, durch allerlei verbindliche Worte bei Gelegenheit von Privatempfängen abzuschwächen, aber mit der Begeisterung für die österreichische Herrschaft war es vorbei — das Mißtrauen über die Absichten des Kaisers war einmal in die Gemüter eingezogen und es erwies sich sehr bald als durchaus berechtigt.

Vergebens hatte von Mailand aus der Befehlshaber der österreichischen Truppen Feldmarschall Graf Bellegarde einer die nationale Eigenliebe wahrenden Versöhnungspolitik das Wort gesprochen. Kaiser Franz wies ihn an: „Gut österreichisch solle er die Provinzen machen.“ Die Verwaltung wie die Gesetzgebung sollte in jeder Hinsicht auf österreichischen Fuß gestellt werden. Das hieß so viel wie, daß hier auch die Künste der österreichischen Geheimpolizei, für die in dem eroberten Land ein reiches Feld vorhanden war, zur Anwendung kamen. Der Verfolgung der Jakobiner und Freimaurer galt auch Franzens erster Befehl. Graf Bellegarde, der mit dieser unsinnigen Politik nicht einverstanden war, wurde als „Marschall Zuckerwasser“ verhöhnt und schließlich selber polizeilich überwacht. Daß die Österreicher in ihrem eigenen finanziellen Jammer nicht in der Lage waren, die durch die Kriegszeit entstandene Notlage zu lindern, und daher zu dem Mittel hoher Steuern griffen, machte ihre Herrschaft nicht beliebter.

Graf Bellegarde richtete eine Warnung nach der anderen an die Wiener Regierung. Die Gefahr eines Gesamtaufstandes in Italien, die dem Kaiser Franz bereits drohend vor Augen stand, schätzte er nicht so hoch ein. Alle die dazu gemachten Anstrengungen, meinte er, werden nichts ausrichten, wenn Österreich es verstehen werde, durch seine Staatskunst und Verwaltung für sich die öffentliche Meinung zu gewinnen. Gefährlich aber werde die Sache nur dann werden, wenn die nationalen Regungen der Volksseele nicht „mit Schonung“ behandelt, dagegen Gesetze und Einrich-

tungen Eingang finden würden, die dem Lande und seinen Bewohnern nicht entsprächen. Dem Feldmarschall schwebte der großartige Gedanke vor Augen, in dem neuen Königreich einen Musterstaat mit einer gewissen nationalen Selbständigkeit zu machen. „Indem wir die Liebe der eigenen Untertanen gewinnen werden“, fügte er hinzu, „werden wir uns die anderen Italiener befreunden.“ Noch vor seinem Scheiden aus Italien richtete er einen dringenden Mahnruf an den Kaiser, worin er sich gegen jede unnatürliche Annäherung der Regierungsweise an die der deutschen Provinzen aussprach. Mit kleinen Konzessionen sei das geistvolle italienische Volk nicht zu kaufen.[352]

Die dringenden Vorstellungen des wackeren Generals scheinen in Wien nicht ohne Wirkung geblieben zu sein. Bald darauf sieht sich Fürst Metternich veranlaßt, dem Kaiser Vorschläge zu unterbreiten, die auf den gleichen Ton gestimmt sind. Wir wollen sie hier besonders anzeichnen, weil daraus zu ersehen ist, daß Metternich für das Wahnwitzige der italienischen Politik seines Kaisers das richtige Auge hatte. Daß er gerade diese dann, als er mit seinen Mahnungen nicht durchdrang, rücksichtslos vertrat, ist bezeichnend.

Metternich, dem die in Italien gegen Österreich herrschende Mißstimmung nicht entgangen war, sprach hier den so vernünftigen und naheliegenden Gedanken — der ihm später direkt hochverräterisch erscheinen mußte — aus, man müsse den eigentlichen Ursachen dieses „allgemeinen Mißvergnügens“ nachgehen. Sein Gewährsmann, der Italiener Tito Manzi, hatte dem Fürsten auf Grund einer mehrjährigen Erfahrung die beruhigende Versicherung gegeben, daß das über ganz Italien ausgebreitete revolutionäre Sektenwesen in Ermanglung eines gehörigen Vereinigungspunktes durchaus nicht so gefährlich sei. „In Meinungen und Grundsätzen unter sich getrennt“, so hatte er berichtet, „geben sich diese Sektierer täglich selbst wechselseitig an und wären morgen bereit, sich gegeneinander zu bewaffnen.“ Dieser Zustand der Gärung wäre daher, erklärt Metternich, zu benützen, „um die österreichische Regierung in Italien populär zu machen und die Meinung, vielleicht sogar die

Anhänglichkeit der benachbarten Völker, deren keine mit seiner gegenwärtigen Regierung zufrieden ist, für uns zu gewinnen." Aber es müßte in dem österreichisch gewordenen Teil Italiens alles geschehen, um die hier herrschende Unzufriedenheit zu beheben. Einmal sollte — man höre! — „das Vergangene mit dem Schleier der Vergessenheit bedeckt werden", das heißt: es sollte niemand weder öffentlicher noch heimlicher Verfolgung ausgesetzt sein. Dann müßte dem langsamen Geschäftsgange — das war allerdings eine der beständigsten Klagen — ein Ende gemacht werden. Nicht zuletzt aber wäre die Absicht, welche man dem Kaiser zumute, nämlich „den italienischen Provinzen gänzlich deutschen Zuschnitt geben zu wollen", aufzugeben.

Metternich betont nun — völlig in Übereinstimmung mit den Ideen des Feldmarschalls Bellegarde — die Wichtigkeit, aus politischen Gründen „in diesem so interessanten Teile der Monarchie" die Gebrechen und Mängel der Administration zu beheben, dem Geschäftsgang mehr Tätigkeit zu verschaffen, „dem Nationalgeiste und der Eigenliebe der Nation dadurch entgegenzukommen, daß man diesen Provinzen eine Verwaltungsreform gebe, welche den Italienern beweise, man wolle sie nicht mit den deutschen Provinzen der Monarchie ganz gleich behandeln und sozusagen verschmelzen, daß man daselbst und besonders bei den Gerichtsbehörden vorzugsweise taugliche Subjekte aus dem Lande anstelle, und daß man vor allem darauf bedacht sei, die Geistlichkeit und die Klasse der Schriftsteller, die den meisten Einfluß auf die öffentliche Meinung habe, sich näher zu verbinden". Er zweifle nicht, daß es möglich sei, diesen so wichtigen Zweck zu erreichen, ohne in den Fall zu kommen, von den für die übrigen Teile der Monarchie geltenden Grundsätzen abzuweichen. Gelinge es Österreich aber, die öffentliche Meinung Italiens zu gewinnen und mit den Ursachen die Unzufriedenheit verschwinden zu machen, so daß die Italiener Österreich als die einzige Regierung ansähen, welche ihnen eine sichere Stütze der öffentlichen Ruhe darbieten könne, dann sei auch der Tag gekommen, wo man die fremden Einflüsse nicht mehr zu fürchten brauche.[353]

Weit schärfer sprach sich der neue Gouverneur von Mailand Graf Strassoldo, der die Bedürfnisse seiner Landsleute noch besser kannte, für die Gewährung nationaler Konzessionen aus. Die Italiener, erklärte er drei Jahre später, „verabscheuen das System der Gleichförmigkeit, wonach man sie auf demselben Fuße mit den Deutschen, Böhmen und Galiziern behandelt ... Wie können sie mit kaltem Blute auf den Universitäten einen Lehrstuhl der deutschen Sprache und Literatur erblicken, während man den der italienischen abgeschafft hat?" Nur die Wiener Hofstellen seien schuld, daß es an einer österreichischen Partei im lombardisch-venezianischen Königreiche fehle.[354]

Wir sehen wieder: an Warnern, und zwar von berufenster Seite, fehlte es Kaiser Franz nicht — aber wie immer fand auch diesmal ihre Stimme kein Gehör. So konnte es nicht ausbleiben, daß die Mißstimmung gegen die österreichische Herrschaft von Tag zu Tag wuchs. Allein, statt ihren Ursachen, wie Metternich geraten, nachzugehen, verschärfte die Regierung ihre polizeilichen Maßregeln. Es entbehrt nicht des Humors, wenn wir hören, daß selbst Torresani, der Polizeidirektor in Mailand, polizeilich überwacht wurde. Die Bewältigung der Aufstandsbewegung in dem benachbarten Piemont gab dem Kaiser endlich Gelegenheit, die Unzufriedenheit in dem österreichischen Italien durch ein Strafexempel niederzuschlagen. Es wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen, um sodann nach langer, qualvoller Untersuchung durch einen vorsichtig zusammengestellten Gerichtshof — unter den Beisitzern befand sich kein einziger Italiener[355] — die als schuldig erkannten „Verschwörer" abzuurteilen.

Über den aufsehenerregenden Gerichtsprozeß wie über die Leiden der zu schwerem Gefängnisse verurteilten italienischen Patrioten ist in den letzten Jahren von italienischer Seite vieles veröffentlicht worden. Die Enthüllungen, die dabei gemacht wurden, sind so widerlicher Art, daß man versucht war, sie für parteiisch gefärbt, für übertrieben zu halten. Das ist aber leider, wenn wir sie mit den bisher der Forschung verschlossenen offiziellen Aktenstücken vergleichen, gar nicht der Fall, und man kann die große, lange

nachzitternde und später geflissentlich aufgewärmte Erbitterung über Kaiser Franz und die österreichische Herrschaft lebhaft nachfühlen.

Wiederum waren es die in erster Linie dazu berufenen höchsten Staatsfunktionäre, die dem Monarchen ebenso deutlich wie nachdrücklich rieten, den Bogen nicht zu überspannen, weil man sich dabei mehr schade als nütze. General Graf Bubna, der Nachfolger Bellegardes im militärischen Kommando, wandte sich gegen die Ausdehnung der Untersuchung auf alle möglichen Leute, die irgendwie der Mitschuld verdächtigt worden waren. Schon habe er, berichtete er nach Wien, einen Teil der Militärgefängnisse der Polizei, weil die anderen Arreste schon alle überfüllt seien, übergeben müssen. „Übrigens", fügte er spitz hinzu, „wie es auch um den wirklichen Sachbestand dieser Konspiration stehen mag, so ist die Anzahl der Verhafteten bereits groß genug, um im Falle der Strafbarkeit ein warnendes Beispiel zu geben, und ich glaube, es liege in unserem Interesse, den Umfang dieser Konspiration der äußeren Welt so gering als möglich zu zeigen, um die Idee, daß die Italiener die österreichische Herrschaft nicht ertragen können, nicht noch mehr zu akkreditieren, als sie es bereits ist, und dadurch eine Basis zu künftigen Kombinationen für andere Kabinette festzustellen." [356]

Die Vorstellungen des Militärgouverneurs, der für die Aufrechterhaltung der Ruhe verantwortlich war, waren nicht nur an Metternich, sondern auch gegen ihn gerichtet. Denn der neue Staatskanzler war es vor allem, der die alten, uns aus den polizeilichen Verfolgungen der Jakobiner und Freimaurer bereits bekannten Methoden, den innersten Intentionen seines Monarchen sich anpassend, auf die Mailänder „Konspiration" sinngemäß anwandte. Vergessen war, was er fünf Jahre vorher über die Notwendigkeit, über das Vergangene den Mantel der christlichen Nächstenliebe zu breiten, und über die Ungefährlichkeit des freimaurerischen Sektenwesens gesagt hatte. Hatte ihm damals das schöne Bild eines für ganz Italien bestehenden „Musterstaates" vorgeschwebt, so faßte er diesen vorbildlichen Charakter der österreichischen Herrschaft jetzt dergestalt auf, daß alle

italienischen Höfe eine einheitlich und planmäßig durchgeführte Verfolgung der Sektierer unter Österreichs Führung einzuleiten hätten. Seinem Kopfe entsprang wohl die lockende Idee, nach dem Muster der für Deutschland aufgestellten Mainzer Zentraluntersuchungskommission auch in Italien eine Zentralbehörde zu errichten. Es mußte genau die „Ramifikation" der gefährlichen Verbindungen, die seiner Überzeugung nach wieder in Paris ihren Ursprung hatten, festgestellt werden, und zu diesem Zwecke reiste in geheimer Mission ein höherer Gerichtsbeamter aus Wien, Hofrat Sardagna, nach Modena, um den Herzog von Ferrara für seinen Plan zu gewinnen. Er hatte sich überdies über den Stand des von der Mailänder Spezialkommission geführten Prozesses zu unterrichten.

Da ist es nun wieder sehr interessant zu vernehmen, wie dieser hohe Gerichtsfunktionär auf Grund seiner Beobachtungen an Ort und Stelle dem Kaiser den dringenden Rat gibt, den ganzen langwierigen Prozeß durch ein allgemein kundzumachendes Amnestiegesetz niederzuschlagen. Er machte Metternich gegenüber kein Hehl aus seiner Überzeugung, daß die von dem Vorsitzenden des Gerichtes Anton Salvotti angewandte Methode, die Untersuchung auf möglichst viele Personen auszudehnen, um durch Zusammenstellung und Verfolgung ihrer einzelnen Aussagen immer mehr Licht zu erhalten und dadurch die tieferen Quellen des Verschwörungssystems und der Häupter desselben aufzudecken, zu keinem Ziele führen werde. Dieser Weg, meinte Hofrat Sardagna offen, erscheine ihm „nicht sicher, zu gehässig, und am Ende die Regierung in Verlegenheit bringend". Der Hofrat kommt zu demselben Ergebnisse wie der Militärkommandant, daß es ein Wahnwitz sei, auf einem Wege, der „nach aller Wahrscheinlichkeit Hunderte der ersten und angesehensten Personen und Familien des Königreiches als mehr oder weniger strafbar erscheinen lassen" würde, weiter fortzufahren und das Land in eine derartige fieberhafte Aufregung zu bringen.[357]

Die vertraulichen Berichte des Justizbeamten bedürfen

wohl keines besonderen Kommentars. Wohl meint er schonend, daß bei der Verstocktheit der meisten Häftlinge aus ihnen nicht viel herauszubringen sein werde, aber in Wirklichkeit gab er damit dem Wiener Kabinett zu verstehen, daß die Gefährlichkeit der Konspiration und das Verschulden der Angeklagten in keinem Verhältnis zu der auf die Untersuchung verwandten Mühe stehe. Das war auch die Auffassung des Generals Bubna, der sich wohl gegen jeden Verdacht verwahrt, als wollte er dem Arm der Justiz, soweit es sich um wirklich Schuldige handle, in den Arm fallen, aber allem Anschein nach an das Vorhandensein solcher Schuldiger nicht glaubt; denn er stand gerade mit dem Grafen Confalonieri, der allgemein als der Haupträdelsführer galt, in freundschaftlichen Beziehungen. Graf Bubna gab auch ganz offiziell zu verstehen, daß er mit dem „leidenschaftlichen, die Fugen gesetzlicher Geleise überschreitenden Eifer“ des Inquisitionsrichters — es ist Salvotti — keineswegs einverstanden sei. Das hieß so viel wie: auch die mageren Ergebnisse der Untersuchung sind der ihm nachgerühmten Kunst, Geständnisse zu erpressen, zu verdanken.

Allein Fürst Metternich erklärte sich mit aller Entschiedenheit gegen die Anträge Sardagnas und Bubnas, Gnade vor Recht ergehen zu lassen. Er sprach die Überzeugung aus, daß bei dem Prozeß doch etwas herauskommen werde, und gab dem Monarchen zu bedenken, welchen „nachteiligen“ Einfluß gerade in der letzten Zeit im Kirchenstaate wie in Frankreich bei Verschwörern solcher Tendenz „halbe Untersuchungen und unzeitige Nachsicht“ auf diese Sekte hervorgebracht habe. Bevor nicht das Maß der Schuld festgestellt sei, solange die Gerichte über den ganzen Zusammenhang selbst noch „im Dunkeln“ seien, könne man nicht an Gnade denken. Wohl beantragte er, daß über die Amtsführung des Untersuchungsrichters Erhebungen zu pflegen wären, aber die Art und Weise, wie der Referent im Staatsrat den Antrag erledigte, beweist schon, daß man damit in Wien sehr zufrieden war. Hofrat Münch Freiherr von Bellinghausen — sein Name wird uns in dieser traurigen Affaire öfter begegnen — sprach die Möglichkeit aus, daß

Salvotti aus dem Grunde für leidenschaftlich gelte, weil er — „kraftvoll" sei.[358]

Das Untersuchungsverfahren geht also weiter und wird vom Wiener Kabinett in Anbetracht seiner „Wichtigkeit" eifrigst betrieben. Der Mailänder Polizeidirektor Torresani und der Gubernialpräsident Graf Strassoldo, denen einmal in einem eigenen Handschreiben des Kaisers angedroht wurde, daß „ihr Saumsal oder ihre Lauigkeit mit aller Strenge, ja sogar mit ihrer Dienstesentlassung — diese letzten Worte hatte Kaiser Franz eigenhändig hinzugefügt — geahndet" werde, taten im Verein mit dem Untersuchungsrichter ihr möglichstes, um den Prozeß zu einem befriedigenden Ende zu führen.[359] Das „laue Benehmen" der Nachbarstaaten in „dieser ihre eigene Ruhe untergrabenden Angelegenheit" hatte das Bedürfnis nach „desto strengeren" Maßregeln gezeitigt.[360]

Das Resultat ist bekannt. Einige der „Hochverräter", wie Graf Confalonieri und der Dichter Silvio Pellico, wurden zum Tode verurteilt, dann aber, der eine zu lebenslänglichem, der andere zu fünfzehn Jahren schweren Kerkers begnadigt; sie hatten ihre Haft auf dem berüchtigten Brünner Spielberg zu verbringen. Die Wiener Regierung bemühte sich zwar, in einem offiziösen Artikel der „Augsburger Allgemeinen Zeitung" die von beiden begangenen Verbrechen in das schwärzeste Licht zu rücken,[361] aber sieht man genauer zu, so beschränken sich dieselben doch im wesentlichen darauf, daß sie einer geheimen Gesellschaft angehörten und mit der österreichischen Herrschaft unzufrieden waren. Namentlich Silvio Pellico wurde, wie sich später immer deutlicher herausstellte, eigentlich nur deshalb gestraft, weil er der Sekretär des kompromittierten Grafen Lambertenghi, dessen man nicht habhaft hatte werden können, und weil er ein — Schriftsteller war. Ein Schriftsteller aber war „in der Regel immer doppelt gefährlich!" — so erklärte Hofrat Münch von Bellinghausen, der Vater des späteren Dichters Friedrich Halm.[362]

Die Begnadigung des Grafen Confalonieri scheint übrigens weniger „aus besonderer landesfürstlicher Milde", als vielmehr „in gnädigster Berücksichtigung der Anhänglich-

keit und Verdienste mehrerer der Bittsteller" erfolgt zu sein. Kaiser Franz hatte kurz vorher dem Vater Confalonieris, der zur österreichischen Partei gehörte, durch den Präsidenten der Polizeihofstelle eröffnen lassen, daß eine Gnade nicht zu erhoffen sei. Dann aber setzte ein starker Druck auf den Monarchen ein, indem der Erzbischof von Mailand Graf Gaisruck und mehrere andere hochgestellte Persönlichkeiten sich zum Fürsprecher machten, der Vizekönig Erzherzog Rainer das Gesuch, von Manzoni verfaßt, einbegleitete und nicht zuletzt die Kaiserin Karoline Augusta für Confalonieri sich verwandte.[363] Aber leicht mag dem Kaiser dieser Entschluß nicht gefallen sein; denn er vergaß es Confalonieri sicherlich nicht, daß er Mitglied jener Deputation war, welche in Paris bei ihm vorgesprochen hatte, um für die Lombardei nationale Selbständigkeit zu erwirken.

Bevor Confalonieri nach seinem Bestimmungsorte, dem Spielberger Gefängnis, gebracht wurde, versuchte Fürst Metternich den stolzen Grafen, dessen „hartnäckige Standhaftigkeit" in der Verweigerung der Aussagen dem Untersuchungsrichter schwer zu schaffen gemacht hatte,[364] durch einen geradezu theaterhaft anmutenden Kniff zu einem umfassenden Geständnis zu bewegen. Der Gefangene, der fast zwei Jahre die Leiden der Untersuchungshaft ausgestanden und hierauf in Ketten, sorgsam bewacht, die beschwerliche Reise durch Österreich zurückgelegt hatte, dazu von einem schweren Herzleiden geplagt, wurde in den vornehmen Empfangssalon des ehemaligen Polizei-Oberdirektionsgebäudes gebracht, woselbst der Staatskanzler zwei Stunden lang seine Verführungskünste spielen ließ. Nicht von der richterlichen Sache, erklärte er dem Staatsgefangenen, wolle er — die sei abgetan — sprechen, sondern von der politischen, der „europäischen Sache". Er wünsche nicht Eröffnungen über die Ramifikationen im Inlande, aber Aufschlüsse über die revolutionären Einwirkungen des Auslandes. Allein das Ergebnis der langen Unterredung, die Confalonieri Gelegenheit gab, zu erfahren, daß ein gemäßigter Liberaler ein viel gefährlicherer Feind als der Radikale sei, weil dieser sich „im offenen Kampf" der Regierung entgegenstelle, war Metternichs Erkenntnis, daß vielleicht die per-

sönliche Bekanntschaft mit dem Spielberg oder — was ihm noch wahrscheinlicher dünkte — erst die Erklärung einer Amnestie Confalonieri die Zunge lösen werde.

Aus dem Gutachten des Hofrats Münch über den Vortrag, den Metternich über seine Aussprache mit Confalonieri dem Kaiser erstattete, ist zu entnehmen, daß diese geheimnisvolle Konferenz von letzterem selber anbefohlen worden war. Münch verhehlte seinem Monarchen nicht, daß er ihm nie diesen Schritt würde angeraten haben. Gegen die von dem Staatskanzler angedeutete Erklärung einer Amnestie aber sprach er sich sehr energisch aus — „immer" werde er dagegen sein. Er für seine Person erwarte sich von Confalonieri, dessen „moralische Verderbtheit und höchste Abneigung gegen die österreichische Regierung" bei der Untersuchung zutage getreten sei, nicht das mindeste, man würde sich nur vor einem Hochverräter herabwürdigen und der Gefahr sich aussetzen, daß Confalonieri die ihm gestellten Fragen seinen Gefährten mitteilen und die Regierung an der Nase herumführen werde.

Kaiser Franz überließ es dem Ermessen des Staatskanzlers, mit Anwendung der äußersten Vorsicht und Verschwiegenheit die Fäden mit Confalonieri weiterzuspinnen, um von ihm die gewünschten Enthüllungen der „im Auslande mit Italien und wegen Italien bestehenden geheimen Verbindungen" zu erhalten.[365] Der Wunsch dazu mag sich in ihm insofern bestärkt haben, als bald darauf der Vizekönig Erzherzog Rainer seinem kaiserlichen Bruder meldete, daß Confalonieri, wie er dem Mailänder Polizeidirektor Torresani mitgeteilt habe, die Mitglieder der Föderationen wohl kenne, sie aber nicht nennen werde. Der Erzherzog schlug vor, Confalonieri die Straflosigkeit der von ihm entdeckten Teilnehmer zuzusichern.[366] Dazu konnte sich der Monarch allerdings nicht entschließen. Aber die Hoffnung, Confalonieri durch die Leiden des Gefängnisses mürbe zu machen, wurde nicht aufgegeben. Er wurde anfangs mit einer ausgesuchten Aufmerksamkeit behandelt. Der Kaiser bewilligte ihm ein „Kaffeefrühstück" und der Gouverneur des Gefängnisses erhielt von Metternich die Weisung, unter den für die Italiener bestimmten Lokalitäten für Confalonieri diejenige aus-

zuwählen, „welche am wenigsten Abschreckung und Ungemach darbietet"; er sollte ein Gemach allein beziehen und ihm ein vertrauter Aufseher, der in einem anstoßenden Zimmer seinen Aufenthalt zu nehmen habe, zur Pflege und Beobachtung beigegeben werden.[367] Als dann aber diese Mittel nicht verfingen, wurden ihm diese Begünstigungen entzogen.

Die italienischen Gefangenen wurden in einem von „allen anderen Verbrechern" ganz abgesonderten Gange des ersten Stockes in kleinen, nur zwei Personen fassenden gewölbten und „gegen jeden Ausbruch gesicherten" Zimmern, in welchen einst die verurteilten Offiziere verwahrt waren, untergebracht. Die mit starken Gittern versehenen Fenster waren bis zum dritten Teil vermauert, wodurch, wie der Gouverneur meldete, das Hinaussehen verhindert, aber immer noch Licht genug gelassen wurde, um lesen und schreiben zu können.[368] Die Kost, die aus Brot, Wassersuppe und Hülsenfrüchten abwechselnd mit Kraut und Erdäpfeln bestand, verursachte den Italienern, die meist aus vornehmen Familien stammten und die derben, schlecht zubereiteten Speisen schwer vertrugen, großen Ekel; aber es gab noch eine sogenannte Spitalskost mit grünen Gemüsen und Mehlspeisen, die den vom Arzt als leidend Befundenen — und das waren die meisten — verabreicht werden durfte. Sie hatten auch, um Luft zu schöpfen, einen Spazierplatz, der aber nur achtzehn Schritte lang war und den besonderen Nachteil hatte, daß sich auf ihn der den benachbarten Kaminen entströmende Rauch legte.

Also alles in allem gewiß kein idealer Aufenthaltsort, alles eher als das, was man ein „fideles" Gefängnis zu nennen pflegt, aber die Behandlung war, wie sie selbst in ihren später veröffentlichten Memoiren dankbar zugaben, eine durchaus menschliche. Was der wackere Gefängniswärter Schiller — in den offiziellen Akten erscheint er als Schüller aufgeführt — für seine „Kinder" tat, wie er ihnen alles mögliche heimlich zusteckte, ist aus Silvio Pellicos berühmtem Buche bekannt. Der Gouverneur von Mähren und Schlesien Graf Mittrowsky war ein wohlwollender, vornehm denkender Beamter, der nach Kräften das harte Los der ihm zur

Aufsicht anvertrauten Sträflinge zu erleichtern bestrebt war. Er erlaubte ihnen, wie dies auch aus dem früher erwähnten Bericht an Kaiser Franz hervorgeht, das Lesen und Schreiben. Auch der eigentliche Vorsteher des Spielberggefängnisses mit dem für die Italiener unaussprechlichen Namen Smrczek war kein Bösewicht und ließ bei Erfüllung seines traurigen Amtes, von dem er sich lebhaft hinwegsehnte, die möglichste Schonung walten.

Allein von Wien aus geschah alles, um den Gefangenen die mit der Haft notwendig verbundenen Qualen noch zu verschärfen. Kaiser Franz und sein Berater Hofrat Münch konnten sich dabei auf die für den Spielberg geltenden strengen Bestimmungen berufen. Der Gedanke aber, daß die italienischen Häftlinge nicht wie die anderen gemeine, meist des Lesens und Schreibens unkundige Verbrecher, sondern gebildete Leute waren und man, wenn man sie schon sonst streng isoliert von den anderen hielt, hier eine Ausnahme machen konnte, lag beiden fern. Der Gouverneur erhielt den gemessenen Auftrag, den Italienern keinerlei Bücher zu geben.[369] Vergebens verwies der humane Graf auf die „wehmütigste" Stimmung, die sich der Gefangenen bemächtigte, als er ihnen in Befolgung der Weisung die Bücher wegnehmen ließ, auf die inständigen Bitten um Belassung ihres einzigen Trostes. Aber Münch blieb fest; nicht einmal das Lesen von heiligen Büchern wollte er ihnen gestatten, weil die Hochverräter, wie er meinte, Gelegenheit und Zeit hätten, dem Gebete sich zu widmen, wodurch dem Eingekerkerten „am meisten Erleuchtung und Besserung" zugehe. Wohl aber sah er die Notwendigkeit einer Beschäftigung ein, damit die Ideen der Staatsgefangenen „von der allgemeinen Politik abgewendet und dem Kindlich-Einfachen zugewendet" würden.[370] Bevor man sich indes über die Art dieser Beschäftigung schlüssig werden konnte, hatte der Monarch bereits eine Verfügung getroffen, die ihm geeignet schien, den italienischen Gefangenen die Zeit zu verkürzen.

Es handelte sich darum, den Spielberg-Sträflingen durch einen Geistlichen, der ihrer Sprache mächtig war, religiöse Belehrung und Erbauung zukommen zu lassen. Mit dieser Aufgabe wurde der Hofkaplan Stephan Paulovich, ein ge-

bürtiger Dalmatiner, betraut. Die näheren Einzelheiten seiner Seelsorge-Mission waren in einer ausführlichen Instruktion, die nach Einvernahme des kaiserlichen Beichtvaters, des Hofburgpfarrers Frint, zustandegekommen war, enthalten. Paulovich hatte danach die Sträflinge „zur Erkenntnis der Abscheulichkeit, Sträflichkeit und Schwere ihres Verbrechens“ zu bringen, ihnen „die Grundsätze der Religion und Sittlichkeit, auf welchen auch die Pflichten guter Untertanen beruhen, und die Erkenntnis dieser Pflichten selbst anzuregen, wo sie irrig sind, zu berichtigen, zu nähren und zu befestigen“; er hatte sie weiter „zur Reue über ihre verbrecherische und sonst sündhafte Denk-, Sinnes- und Lebensweise“ und zur Ertragung der ihnen zuerkannten Strafe zu bewegen — aber über diese Seelsorgefunktion hinaus erhielt er noch eine ganz bestimmte, sehr heikle Aufgabe, für die er offenbar besonders geeignet erschien.

Paulovich hatte, da „es eine Hauptpflicht wahrer Besserung und eine Bedingung zur Sündenvergebung ist, daß der Büßer den angerichteten Schaden, so viel er kann, wieder gut mache“, den Häftlingen „Entdeckungen, durch welche diese Gutmachung, Beseitigung von Verbrechen, Gefahren und Nachteil erwirket würden“, zur Pflicht zu machen, so zum Beispiel, wie belehrend hinzugefügt wird, „über der Obrigkeit bisher verheimlichte Quellen und Urheber, über Verbreiter des Verbrechens und Mittel, welcher sie sich zu diesem Zwecke bedienen und dergleichen“. Paulovich wird ferner genau instruiert, in welcher Form er die ihm gemachten Enthüllungen zur Kenntnis der Behörden zu bringen habe. Alles, was sich auf die Ruhe und Sicherheit des Staates beziehe, sei dem Gouverneur mitzuteilen; handle es sich aber um Privatgewissensangelegenheiten, die ihm von den Häftlingen unter dem Siegel des Beichtgeheimnisses anvertraut würden, so habe er sie zu Papier zu bringen und versiegelt — Seiner Majestät vorzulegen. Also mit anderen Worten: was Metternich in seiner Unterredung mit Confalonieri nicht geglückt war, sollte jetzt durch den Priester entlockt werden. Zur Ehre des Abtes Frint sei gesagt, daß er gegen diese in der Tat sonderbare Amtsinstruktion, die das Beichtgeheimnis sehr wenig zu respektieren schien,

außer man nahm an, daß Kaiser Franz Gott selber sei, Bedenken erhob und ihm vor allem gerade Paulovich nicht als der richtige Mann erschien, der einer derart schwierigen Aufgabe, ohne Anstände zu erregen, gewachsen wäre.[371]

Paulovich wurde für die unglücklichen Spielberggefangenen zum Verhängnisse. Er denunzierte den Obervorsteher Smrczek als „geistesverwirrt", den Arzt Dr. Bayer, weil er den italienischen Häftlingen ohne Grund Krankenkost verschreibe, und den Gefängniswärter Schiller nebst einigen anderen; wußte von Gefahren einer Entweichung der Häftlinge, infolge der Sympathien, die sie sich angeblich bei der Frau und der Schwägerin des Obervorstehers erfreuten, und von geheimen Korrespondenzen haarklein zu berichten[372] und bewirkte dadurch eine verschärfte Überwachung, natürlich auch die Entfernung des Obervorstehers, des Gefängnisarztes und der bemakelten Wärter. Eine weitere Folge seiner Angebereien war die Aufführung jener Mauer, die den Spielberggefangenen, weil sie ihnen den Ausblick auf die Stadt und Umgebung von Brünn benahm, so großen Kummer bereitete[373] — sie sollte angeblich den Rauch abhalten, in Wirklichkeit aber die Flucht verhüten. Paulovich erreichte übrigens bei Confalonieri gar nichts. Der Gefangene weigerte sich sogar, die Sakramente aus seiner Hand zu empfangen. Erst der Nachfolger des Hofkaplans, Georg Wrba, ein Priester, der das von Silvio dem österreichischen Klerus gespendete Lob vollauf rechtfertigte, fand bei Confalonieri, der als „irregeliös" angegeben worden war, Vertrauen.

Das Schicksal der italienischen Hochverräter gestaltete sich nun um so trauriger. Hofrat Münch erfand immer neue Torturen. Endlich hatte man den Bitten der Häftlinge und den Vorstellungen des Gouverneurs Rechnung getragen und die Einwilligung zu einer angemessenen Beschäftigung gegeben. Aber worin sollte diese bestehen? Nicht in Landarbeit, wie Confalonieri vorgeschlagen hatte — denn eine öffentliche Arbeit, so fand Münch, war nach den bestehenden Vorschriften als eine Erschwerung der Strafe anzusehen — sondern in dem ekelerregenden — weil oft schmutzige Leinwand verwendet wurde — Scharpiezupfen, und zwar in einem

bestimmten täglichen Ausmaße hatte sie zu geschehen, so daß, als die gnädige Gewährung der Bitte den Spielbergern verkündet wurde, die Enttäuschung groß war. Auch geistliche Erbauungsbücher wurden ihnen nach einiger Zeit bewilligt. Alle die wiederholten Bitten der Verwandten um Nachsicht der Strafe wurden von Hofrat Münch dem Monarchen mit dem Antrag auf Ablehnung vorgelegt. Zu Beginn des Jahres 1826 hatte der Oberste Justiz-Senat des lombardo-venezianischen Königreiches selbst für Silvio Pellico ein gutes Wort eingelegt, indem er geltend machte, daß dieser junge Mann von „ausgezeichneten Talenten" die kaiserliche Gnade durch sein musterhaftes Verhalten im höchsten Grade verdiene; daß sein Verbrechen „in den Grenzen einer Vorbereitung oder eines entfernten Versuches" geblieben sei usw. Damals waren, erklärt der Senat — und diese Feststellung ist nicht uninteressant — insofern andere Verhältnisse, als „die Notwendigkeit eines strengen öffentlichen Beispieles die Verhängung einer langen und empfindsamen Strafe rätlich machte". Aber seitdem habe man milder gestraft. Allein der staatsrätliche Referent Münch fand, daß gerade „bei dem hohen Grade von literarischer Ausbildung, welchen Pellico besitzt", eine Begnadigung gefährlich sei. „Solche Menschen", fügte er salbungsvoll hinzu, „werden selten gebessert, und sind wegen ihrer Intelligenz gefährlicher als rohe, heftige Leute." [374] Zwei Jahre später, als wieder der Begnadigungsantrag gestellt wurde, sprach er sich in gleichem Sinne dagegen aus, denn er sei ein „liberaler Gelehrter, der mit seiner Feder schon viel geschadet hat und, wenn er heute der Freiheit wiedergegeben würde, schaden würde".[375] Daß Silvio Pellico dennoch vor der Zeit, knapp vor dem Ausbruch der Julirevolution von 1830 — wenige Tage später, und er hätte sie auch nicht bekommen — seine Freiheit erhielt, hatte er nur dem Umstande zu verdanken, daß ihm vor dem Abtransport auf den Spielberg von einem Polizeibeamten gesagt worden war, die dort verbrachte Strafzeit zähle doppelt.[376]

Confalonieri sollte seine Freiheit erst nach dem Tode des Kaisers Franz erhalten — das ist bezeichnend. So lange er

lebte, hätte keiner seiner Räte es gewagt, den Antrag auf Begnadigung, die von seiner Gemahlin Teresa — sie sollte dieselbe nicht mehr erleben — und von seinem greisen Vater so oft erbeten wurde, zu unterstützen. Was die bedauernswerten Opfer der kaiserlichen Revolutionsfurcht in den Zellen des Brünner Spielberges zu erdulden hatten, das hat Silvio Pellico der Nachwelt überliefert. Das Erscheinen seines vielgelesenen Buches „Le mie prigioni", fiel gerade in eine gärungsvolle Zeit, so wie das Auftreten Confalonieris, als er über den Umweg von Amerika in sein Vaterland zurückkehrte. Sie wurden als Märtyrer des italienischen Vaterlandes, als Opfer einer grausamen Kabinettsjustiz gefeiert und verstärkten die gegen Österreich herrschende Mißstimmung ins Ungemessene.

In der Tat, glücklich war die von Kaiser Franz und seinem Staatskanzler in Italien eingeschlagene Politik nicht: er hätte wahrhaftig besser getan, die Ratschläge Bellegardes, Bubnas und Sardagnas zu befolgen. Man kann auch hier sagen, daß sich die Rolle Österreichs als Polizeibüttel von ganz Europa bitter gerächt hat. Was im Verhältnisse zu Deutschland das Jahr 1866 war, das bedeutete für seine Beziehungen zu Italien das Jahr 1859. Für den österreichischen Gesamtstaat aber war es, wie nicht mit Unrecht gesagt wurde, „verhängnisvoll", daß eines seiner Glieder unablässig das spähende Mißtrauen der Wiener Regierung herausforderte.[377] Die polizeilichen Künste, die sich in den italienischen Provinzen bis zur höchsten Meisterschaft ausbildeten, scheinen auch auf die Behandlung der übrigen Reichsteile verschärfend zurückgewirkt zu haben.

4. DEMAGOGENVERFOLGUNG.

Gleichzeitig mit den Verfolgungen der Patrioten in Deutschland und in den italienischen Provinzen setzt auch in den Kernlanden der habsburgischen Monarchie eine Demagogenverfolgung in großem Stile ein. Der freiheitlichere Wind, der in der Ära Stadion durch den Kaiserstaat strich, hatte die Geister mächtiger aufgerüttelt, als der Regierung lieb war: was in jahrelanger, systematischer Arbeit der

Polizei notdürftig zurückgedrängt worden war, das war im Kriegsjahr 1809 wieder an die Oberfläche gekommen — gerade in Österreich hatte die Romantik tiefe Wurzeln geschlagen. Die gefährlichen „Schwärmereien“ in nationaler, politischer und religiöser Hinsicht, wie sie sich in den Köpfen der Gebildeten festgesetzt hatten, mit Stumpf und Stiel auszurotten, darin sah die österreichische Regierung, nachdem mit Napoleons Sturz der Frieden hergestellt war, ihre Hauptsorge.

Die Methoden, die man bei dieser Neuauflage des Jakobinerprozesses zur Anwendung brachte, lassen uns den späteren Haß gegen die vormärzliche Regierung erklärlich erscheinen. Was sich hier an Erbitterung angesammelt hatte, das hat dann in den Märztagen seine Entladung gefunden. Der Polizeipräsident Graf Sedlnitzky, der den Professor Schneller belehrte, daß das „System“ des Kaisers schon lange bestehe, daß er nur „das Glück“ habe, jetzt die Männer zu besitzen, die es „rein“ zum Ausdruck brächten, hatte damit nicht zu viel gesagt. Einen derselben, haben wir bereits kennen gelernt: den Staatskanzler Metternich. Aber gleich nach ihm kam er selber. Graf Sedlnitzky steht im Mittelpunkt dieser Demagogenverfolgung, der Anwendung der Karlsbader Beschlüsse auf die Universitäten, das Vereinswesen und das literarische Schaffen in Österreich.[378] Es scheint, daß Sedlnitzky, dieser gefürchtete Mann, der nach Haagers Tode im Jahre 1817 die Leitung der Polizeihofstelle übernahm, mehr Tyrann wider Willen, wirklich „mehr beschränkt als böse“[379] war. Äußerlich machte der freundliche Mann mit seinem hübschen Lockenkopf eher den Eindruck der Milde.[380] Nach seinem Sturze erwies er sich als ein Wohltäter der Armen. Aber im Dienste verstand der strebsame Beamte, der förmlich berufsmäßig jeden Menschen „für schlecht hielt,“[381] keine Rücksicht. Die Zensur und das Überwachungssystem ist niemals strenger gehandhabt worden als unter seinem Regiment. Oft könnte man meinen, daß selbst dem Monarchen die drakonische Amtsführung seines Ministers gelegentlich unangenehm auffiel. „Heute muß ich ins Theater“, bemerkte er eines Tags, „die Zensur könnt' nachträglich ein Haar in der Milch finden und

das Stück verbieten und ich bekomm's nicht zu sehen." Ein anderes Mal meinte er lachend: „Unsere Zensur ist wirklich blöd." [382] Auch Metternich äußerte wiederholt seinen Unwillen über die Sedlnitzkysche Schreckensherrschaft. Als Hofrat Gentz im Arbeitszimmer des Fürsten, indem er mit der Faust auf den Tisch schlug, wütend ausrief: „Es ist die österreichische Zensur zu niederträchtig!", erwiderte er achselzucken: „Leider!" [383] Aber zum mindesten bei Kaiser Franz wird der Ärger nicht allzutief gesessen sein; denn der Graf vertrat ja nur mit rigoroser Gewissenhaftigkeit die Gedanken und Wünsche seines kaiserlichen Herrn, der im Innersten befriedigt gewesen sein mag, wenn nach der geistlosesten Schablone strenge „nach den bestehenden Vorschriften" vorgegangen, Wissenschaft und Kunst — die harmlose Posse und das Ballett ausgenommen — schwer drangsaliert wurde. Und dann — wir haben es schon einmal erwähnt — konnte es dem Kaiser ganz recht sein, daß er einen Sündenbock hatte, auf den sich die ganze Gehässigkeit seines Systems entlud.[384] Das Gleiche war auch bei Metternich der Fall, der nach dieser Richtung hin in Sedlnitzky einen Blitzableiter gefunden hatte.

Graf Sedlnitzky muß als Vollstrecker der kaiserlichen Grundsätze jedenfalls unentbehrlich gewesen sein; denn sonst wäre es schwer zu fassen, wie der Graf, der dem Monarchen wiederholt zu Rügen über Saumseligkeit im Dienste Anlaß gab, auf seinem Posten zu halten sich vermochte. Den Eindruck der Faulheit gewinnt nun allerdings derjenige nicht, der die Polizeiakten aus seiner Zeit durchgeht und die Berge von Akten, die seine Federzüge oder seine Unterschrift tragen, wahrzunehmen Gelegenheit hat. Aber es scheint, daß an ihm das ganze System zu Schanden wurde, indem er nämlich beim besten Willen außerstande war, all den an ihn gestellten Anforderungen pünktlich nachzukommen — denn, wie Hormayr richtig bemerkte: „Zuletzt regierte Franz nur in der Polizei und durch die Polizei." [385] Also eigentlich auch ein Opfer des Systems, und es klingt wie ein Stoßseufzer, wie ein Aufschrei gegen die ihm aufgedrungene Wirksamkeit, wenn er auf eine von Metternichs Leibarzt Dr. Jäger energisch vorgebrachte Zensurbe-

schwerde erleichtert ausrief: „Gott sei Dank, daß einmal einer protestiert!“ [386]

Neben dem Polizeiminister Sedlnitzky, der, man könnte sagen, verdrossen seine verdammte Pflicht und Schuldigkeit tat, sehen wir bei diesem neuen Inquisitionsverfahren zwei Männer mit sichtbarem Eifer, mit Leib und Seele am Werke: den Leibarzt und den Seelenarzt des Kaisers, Staatsrat Freiherr von Stifft und Burgpfarrer Jakob Frint. Beide führen mit nachdrucksvollstem Ernst den Kampf gegen die „moralische Infektion“ der Aufklärung, gegen den verderblichen „Zeitgeist“, im Namen der Religion und der Moral. Was Hofrat Münch-Bellinghausen in der traurigen Angelegenheit der italienischen Hochverräter war, das bedeuteten Stifft und Frint bei dem Kreuzzug gegen die österreichischen Demagogen: die verständnisvollen, liebedienerischen Werkzeuge des Monarchen. Auch in Österreich bekamen wie in Deutschland zunächst die akademischen Kreise, Studenten und Professoren, die Zuchtrute der Reaktion zu verspüren.

Die Staatskanzlei und die Polizeihofstelle hatten dem Treiben der deutschen Burschenschaft im Hinblick auf die mögliche Rückwirkung auf den Kaiserstaat von allem Anfang an — wie man sich gerne ausdrückte — die „gespannteste“ Aufmerksamkeit zugewendet. Unmittelbar nach den aufsehenerregenden Vorgängen des Wartburgfestes war der Polizeioberkommissär Sicard nach Jena und Eisenach entsendet worden, um an Ort und Stelle über die näheren Umstände, den Geist der akademischen Jugend und nicht zuletzt das Betragen der dort studierenden österreichischen Untertanen „verläßliche“ — auch das war ein Lieblingswort der österreichischen Polizei — Erkundigungen einzuholen.

Was da nun der Polizeibeamte erfuhr, klang besorgniserregend genug. Die deutsche Burschenschaft — er hatte sich ein Exemplar der Statuten der „Teutonia“ zu verschaffen gewußt — strebte danach unter dem Wahlspruch „Tugend, Wissenschaft, Vaterland“ eine „wissenschaftlich-bürgerliche Umwälzung“, die Herstellung „eines Reiches und eines Hauptes“ an. Nur von der allgemeinen freien Burschenschaft, „in der die edelste Jugend innig verbunden lebt“, erwarte man sich Deutschlands Heil. Als die Urfeinde des deutschen

Volkstums zählten die Römer, Möncherei und Soldaterei. Der Referent im Staatsrat legte indes diesem Produkt von „besonderer Geistesverschrobenheit“ keinerlei Bedeutung bei,[387] und so ruhte die Sache, bis die Ermordung Kotzebues durch den Burschenschafter Sand der Regierung den Beweis lieferte, daß die Bewegung doch nicht gar so harmlos sei. Staatsrat Stifft sprach seine Überzeugung aus, daß sie auf den „Sturz aller Regierungen“ und die Umgestaltung Deutschlands zu einer Republik gerichtet sei.[388] Graf Sedlnitzky verfügte alsbald, daß „alle aus dem Auslande erscheinenden Studenten hinsichtlich ihrer sich so bedenklich äußernden Grundsätze und der gefallenen Ausbrüche ihres Fanatismus, Teutschtums und Burschenwesens einer besonderen strengen Fremdenbehandlung zu unterziehen“ seien.[389]

Es war daher für die Polizei eine höchst peinliche Überraschung, als sie in Wien und Prag, in Innsbruck und Graz Studentenverbindungen auf die Spur kam, bei welchen deutsche Burschenschafter Pate gestanden hatten. Die Studenten, berichtete sie der Regierung, versammeln sich in Privatwohnungen oder in Gasthäusern, tragen altdeutsche Tracht und Stöcke, sogenannte „Ziegenhainer“, singen aus sogenannten „Kommersbüchern“ Freiheitslieder, rauchen aus langen Tabakpfeifen, üben sich mit Stöcken und Rapieren im Fechten und unternehmen Fußwanderungen oder „Turnfahrten“, in die Umgebung. Die Polizei griff rasch und energisch zu, verhaftete die Geheimbündler und leitete eine strenge Untersuchung ein, die sehr lange dauerte, aber keine besonders gefährlichen Anschläge enthüllt zu haben scheint; denn sie kamen nur wegen Übertretung der disziplinären Vorschriften mit verhältnismäßig gelinden Freiheitsstrafen davon. Ein solches, die Schuldigsten treffendes „abschreckendes Beispiel“, wie sich Stifft ausdrückte,[390] fand man doch für nötig, damit, wie Sedlnitzky zu ergänzen wußte, „das Unwesen nicht bloß für jetzt erstickt werde, sondern für immer unterdrückt bleibe und weder daselbst noch anderwärts in Euer Majestät Staat Wurzel fasse“.[391]

Bei der Untersuchung gegen die studentischen „Geheimbündler“ lenkte sich von allem Anfang an die Aufmerksamkeit der Behörde auf die Lehrer der akademischen Jugend.

Die Meinung des Grafen Sedlnitzky, „es würde nie so weit gekommen sein“, wären es nicht sie gewesen, welche „den Absichten der Staatsverwaltung zuwiderlaufende Sätze durchschlüpfen ließen, burschikose Vereine und Kommerse guthießen“, fand einmütige Zustimmung. So war es denn kein Zufall, daß just um dieselbe Zeit auch ein systematisches Kesseltreiben gegen alle Lehrer, die irgendwie im Geruche des Freisinns standen und mit der Jugend nähere Fühlung unterhielten, einsetzte. Aus der Fülle der Drangsalierungen, die damals eine ganze Reihe der tüchtigsten Jugendbildner traf, mögen hier nur einige, die am meisten Aufsehen erregten und das Walten der Feme in Kaiser Franzens Umgebung am grellsten beleuchten, Aufnahme finden. Behördliche Gesinnungsschnüffelei und kollegiale Mißgunst verbanden sich da zu einem widerlichen Akkord.

Das bekannteste Opfer der neuen Demagogenhetze war Bernard Bolzano, Professor der philosophischen Religionslehre an der Prager Universität.[392] Diese Lehrkanzel war im Jahre 1805, im Zeichen des zwischen Thron und Altar geschlossenen Bundes, in erster Linie zu dem Zwecke geschaffen worden, um den „Irrlehren“ der Philosophie zu steuern und die akademische Jugend mit den Lehren der wahren christlichen Religion vertraut zu machen. Bolzano, ein geistvoller Mann und hervorragender Denker, glaubte seiner Aufgabe, die insofern sehr schwierig war, als die Hörerschaft größtenteils noch ganz in der Gedankenwelt der Aufklärung befangen war, dadurch am besten gerecht zu werden, daß er das Christentum weniger auf die Offenbarung als auf die Vernunft stützte. Er bemühte sich, die Jugend vor allem für den tiefinnerlichen ethischen Gehalt der christlichen Lehren zu begeistern — und das gelang ihm auch. Bolzano gehörte bald zu den gefeiertsten Lehrern, aber damit war auch schon sein Schicksal besiegelt. Es war ein Leichtes, in der von ihm eingeschlagenen Methode der vernunftgemäßen Begründung vom orthodoxen Standpunkt aus ein Haar zu finden. Gleich im ersten Jahr seiner akademischen Wirksamkeit setzten die Intrigen gegen ihn ein; es hieß, er habe auf dem Katheder Wahnsinnsanfälle. Schon damals drohte ihm die Absetzung, denn er galt als Kantianer,

was in den Augen der Regierung einen schweren Fehler bedeutete, und außerdem hatte er dadurch, daß er sich nicht an das vorgeschriebene Lehrbuch des Burgpfarrers Frint hielt, gegen die Disziplinarvorschriften verstoßen — auch der akademische Lehrer war an eine feststehende Amtsinstruktion gebunden. Der Fürsprache einflußreicher Gönner gelang es indes, die Maßregelung abzuwenden. Bolzano erhielt überdies von seinem Studiendirektor die Erlaubnis, nach seinen eigenen Vorleseheften vorzutragen, und so blieb er über ein Jahrzehnt unbehelligt.

Erst im Jahre des Wartburgfestes setzten wieder die Quertreibereien gegen Bolzano ein, die dieser auf die Mißgunst des neuen Studiendirektors, des Malteserordensritters Franz Wilhelm, zurückführte. Den unmittelbaren Anstoß dazu gab die Tatsache, daß eine größere Anzahl von Bolzanos Hörern aus der Religionslehre die „zweite" Klasse erhielt. Die Ursache dieser unerfreulichen Erscheinung schien höheren Ortes ganz klar: Bolzano hatte nach seinen eigenen Heften anstatt nach dem Lehrbuche Frints vorgetragen. Der Professor erhielt vom Gubernium eine scharfe Zurechtweisung und wurde aufgefordert, eine beglaubigte Abschrift seiner Vorlesehefte einzusenden. Bolzano rechtfertigte sich in einer Weise, die ihm nur schaden konnte. Daß er den hohen Anschaffungspreis des Frintschen Lehrbuches von 36 Gulden erwähnte, konnte noch hingehen; er warf ihm aber auch Weitläufigkeit und Verworrenheit vor — und dies war in Anbetracht der hohen Stellung des Verfassers höchst unvorsichtig. Bolzano fühlte sich überdies noch bemüssigt, öffentlich, in einer Sonntagsexhorte, von der gegen ihn erhobenen Anschuldigung sich reinzuwaschen. Der Oberstburggraf Graf Kolowrat brachte diese Exhorte der Wiener Regierung mit einigen abfälligen Begleitworten über das „unzeitige" Vorgehen des Religionslehrers zur Kenntnis, und in der Tat machte es dort den ungünstigsten Eindruck.

Mittlerweile waren Ereignisse eingetreten, die den Knoten in einer für Bolzano verhängnisvollen Weise schürzten. Eines ist uns schon bekannt: die Entdeckung der studentischen Geheimbünde, welche die Regierung nicht wenig

beunruhigte und wofür sie die Lehrer verantwortlich machte. Dazu kam noch, daß man damals mit dem religiösen Geist, wie er gerade in Böhmen herrschte, durchaus nicht zufrieden war. Ohne Zweifel steckte dahinter der päpstliche Nuntius Severoli, der zum großen Ärger der josephinisch angehauchten Kreise des Wiener Hofes mit Eifer die Geschäfte Roms besorgte. Burgpfarrer Frint erwirkte von seinem Monarchen einen Befehl an den Prager Erzbischof Chlumczansky von Prestawlk und Chlumczan, gegen das Eindringen des „deistischen Giftes“ aus Deutschland alle geeigneten Vorkehrungen zu treffen.[393] Bei dieser Gelegenheit wurde die Aufmerksamkeit des Kirchenfürsten auf den Konsistorialrat Professor Fesl gelenkt, der an der Priesterschule in Leitmeritz als Lehrer der Kirchengeschichte und Seminarvorstand wirkte und sich der besonderen Gunst des dortigen Bischofs Hurdalek erfreute. Fesl soll, so vertraute Frint dem Kaiser an, vom Deismus angesteckt, den bezeichnenden Ausspruch getan haben, die großen Welterlöser seien Sokrates, Plato, Aristoteles und Jesus gewesen.

Der Prager Erzbischof, der, wie es heißt, auf Fesl schlecht zu sprechen war, weil er seinem Ruf in die Erzdiözese nicht Folge geleistet hatte, kam den Aufträgen des Kaisers bereitwilligst entgegen. Er gab zu, daß die gebildeten Klassen leider sehr stark von dem deistischen Geist beherrscht seien. Namentlich die neuen Lese-Bibliotheken förderten ihn und bei dem gegenwärtigen Modegeist, bei der „Sucht, alles lesen zu wollen“, würden diese giftigen Pflanzen — dazu rechnete er auch die Werke Schillers, Kants und Schellings — mit Heißhunger verschlungen, wanderten wie Leckerbissen von einer Hand zur anderen.[394] Er bezeichnete den Leitmeritzer Professor als einen Priester mit „exzentrischen“ Meinungen und führte als Beweis dafür eine „höchst rügenswerte“ Erntepredigt an, die dieser im Oktober 1817 gehalten hatte.

Fesl eiferte in dieser Predigt, angesichts der damals herrschenden Not und Teuerung, gegen die gewissenlosen Wucherer, die das mit großen Abgaben bedeckte Volk völlig zugrunde richteten. Die „Gefühllosigkeit“ der Reichen wird in den schärfsten Worten gegeißelt; aber auch die Regierung

bekommt ihr gutes Teil zu hören, weil sie diese brotverteuernden „Hochverräter" durch ihre Gesetze beschütze und sie noch öffentlich ehre. Aber, so tröstete Fesl seine Zuhörer, es wird eine Zeit kommen, „wo die Reichen es für ihre heiligste Pflicht erkennen werden, für die Armen zu sorgen, wo alle Reichen, vielleicht durch Gesetze bestimmt, den Überfluß ihrer Einkünfte alljährlich zur Unterhaltung der Unbemittelten abgeben werden". Wenn Fesl in dieser Predigt noch die Anregung gab, man sollte diesen „lieblosen" Menschen das Handwerk dadurch legen, daß man öffentliche Vorratshäuser anlege, aus welchen den Armen das Brot wohlfeiler oder umsonst abgegeben werde, so klang dies wie ein Vorwurf über die Vernachlässigung der pflichtgemäßen Fürsorge.[395]

Vom rein kirchlich-religiösen Standpunkt war gegen die Rede des christlichen Sozialisten nichts einzuwenden. Aus politischen Gründen aber konnte die Regierung, die großen Wert darauf legte, ihre landesväterliche Obsorge dankbar anerkannt zu sehen, jeden Anlaß zu „Aufregung" vermieden wissen wollte, über die Ausfälle des Priesters keine Freude haben, und so faßte es auch Staatsrat Stifft auf, der in ihnen einen „revolutionären" Geist erblickte. „Die armen Zuhörer", erklärte er giftig, „statt getröstet zu werden, werden zur Mutlosigkeit geführt; statt sie zu belehren und zu trösten, zeichnet er der Staatsverwaltung vor, was sie zu tun hat, um der Not ein Ende zu machen." Die Regierung werde „getadelt, herabgewürdigt, verächtlich gemacht" und gegen sie und alle Reichen Unwille und Haß erregt.

Vergebens hob der geistliche Referent im Staatsrat Hofrat Lorenz die merkwürdige Tatsache hervor, daß Erzbischof Chlumczansky, der noch vor kurzem so sehr bemüht war, Fesl für Prag zu gewinnen, ihn nun für einen Schädling erkläre; vergebens sprach er den Verdacht aus, daß alles, was über Fesl gesagt werde, auf ein „allemal betrügliches Hörensagen" zurückgehe — Abt Frint setzte durch, daß der Leitmeritzer Bischof Hurdalek vom Kaiser verhalten wurde, Professor Fesl einer ausgiebigen „Korrektur" zu unterziehen, ihn strenge zu überwachen und nicht früher die Kanzel besteigen zu lassen, bevor er nicht die volle Überzeugung ge-

wonnen, daß dessen Denkungsart die „erforderliche Richtung“ genommen habe.[396]

Der als Deist, als „exzentrisch“ verdächtigte und überführte Professor Fesl war ein Lieblingsschüler Bolzanos. Dies allein schon war geeignet, auch den Lehrer bloßzustellen. Ein Mann mit „überspannten Ideen“, für den ihn der Kaiser hielt,[397] taugte nicht zum akademischen Lehrer. Aber man mußte für seine Entfernung eine rechtliche Handhabe besitzen — und dafür sorgten der in seiner wissenschaftlichen Ehre angegriffene Burgpfarrer Frint und der kaiserliche Leibarzt Stifft. Eine einzige Stelle aus den, für die akademische Jugend gehaltenen Erbauungsreden, die Bolzano im Freiheitsjahre 1813 im Druck veröffentlicht hatte, genügte, um die staatsgefährliche Gesinnung des Prager Professors einwandfrei darzutun. Da hatte Bolzano der bestimmten Erwartung Ausdruck gegeben, es werde eine Zeit erscheinen, „wo man den Krieg, dies widersinnige Bestreben, sein Recht durch das Schwert zu beweisen, ebenso allgemein verabscheuen werde, wie man den Zweikampf jetzt schon verabscheuet“.[398] Kaiser Franz, der sich niemals für Kants Idee vom ewigen Frieden hätte begeistern können und die Grundlagen seiner Wehrmacht bedroht sah, säumte nicht, der Anregung Folge zu geben; er verfügte, daß über die Erbauungsreden vom Professorenkollegium der theologischen Fakultät an der Wiener Universität eine gutächtliche Äußerung eingeholt werde.[399]

Alle Professoren — es hatte sich jeder einzeln zu äußern — vereinigten sich in dem Urteil: Bolzano habe nicht gegen die echte katholische Glaubens- und Sittenlehre verstoßen. Im Gegenteil, sie erklärten die von ihm vorgetragenen Grundsätze als „echt christ-katholisch“, und von einer Seite wurde sogar bemerkt, daß der Verfasser „Lob“ verdiene. Allerdings wurde dabei bemängelt, daß manche Stellen in politischer Hinsicht eine „Mißdeutung“ erfahren könnten; aber diesem Einwand wurde wieder dadurch begegnet, daß man bei einem Schriftsteller, der religiös erbauen sollte, einzelne Inkorrektheiten im Ausdrucke entschuldigen müsse. Diesem Fakultätsgutachten schloß sich die nächstvorgesetzte Behörde, die Studienhofkommission, vollkommen an, um freilich

— schon etwas gefügiger — zu dem praktischen Ergebnis zu gelangen, daß Bolzano mit seinen „an sich oft guten, aber doch schwärmerischen" Grundsätzen nicht im Lehramt belassen werden könne. Mit Rücksicht auf seine tüchtigen mathematischen und astronomischen Kenntnisse wäre er als Adjunkt an die Sternwarte nach Wien zu versetzen.

Das Gutachten mit dem Vorschlag der Studienhofkommission wanderte nun zur Hofkanzlei, wo der uns aus dem Jakobinerprozeß schon bekannte Ketzerrichter Graf Saurau, der mittlerweile Oberster Kanzler geworden war, Gelegenheit fand, über Bolzano den Stab zu brechen. Saurau erklärte sich unbedingt für die Notwendigkeit, den Prager Professor „für die Zukunft unschädlich zu machen". Er bezweifelte auch, ob seine Lehre wirklich durchgehend so echt katholisch sei. Schon in der bloßen Tatsache, daß Bolzano sich „dünkelhaft" angemaßt habe, mit seinen eigenen Ideen an die an sich leicht entzündliche Jugend sich zu wenden, mit neuen Lehrsätzen und Meinungen zu „glänzen", lag seiner Überzeugung nach das Sträfliche. „Der Staat", so ließ sich Graf Saurau mit starkem Nachdruck vernehmen, „besoldet die öffentlichen Lehrer, damit sie diejenigen Sätze lehren, welche von der Kirche und von der Staatsverwaltung gut geheißen sind, und es ist ein gefährlicher Irrtum, wenn ein Professor glaubt, er dürfe die ihm anvertraute Jugend nach der Tendenz seiner individuellen Überzeugung oder nach seinen eigentümlichen Ansichten unterrichten." Es sei gar nicht abzusehen, was für eine „Verwirrung" durch einen solchen Mißbrauch des Lehramtes in den „brausenden Köpfen" der Jugend erzeugt werde.[400]

Hatte der oberste Chef der politischen Verwaltung den Religionsprofessor, der es gewagt hatte, von dem vom Staat und der Kirche vorgeschriebenen Lehrsystem abweichend, eigene Ideen vorzutragen, vom disziplinären Standpunkt gerichtet, so bemühte sich im Staatsrat, der sich nun mit dieser Angelegenheit zu befassen hatte, Baron Stifft, die besondere Gefährlichkeit der Bolzanoschen Lehren darzulegen. Daß die Wiener theologische Fakultät den Prager Kollegen für keinen Irrlehrer erklärte, darin sah er nur den Ausdruck der Furcht, „vor den Weisen der Welt als Tore zu erscheinen",

und überdies eine, wenn auch ganz übel angebrachte, „Schonung“. Bolzano glaube alles verstandesmäßig erklären zu müssen — ein solcher Standpunkt führe geradenwegs zu Gleichgültigkeit und religiösem Unglauben. Offenbar von Frint gut beraten, konnte er eine ganze Blütenlese von Anklängen an Spinozas und Schellings Pantheismus und an Calvins Lehrbegriff beibringen.

Doch auch vom politischen Standpunkt boten Bolzanos Erbauungsreden und Vorlesungen manches Bedenkliche, und das war der Punkt, der bei Kaiser Franz auf das größte Verständnis stieß. Wie der akademische Lehrer von einer Zukunft träumte, da die „widersinnigen“ Kriege aufgehört hätten, ist schon erwähnt. Die von ihm ersehnte goldene Zeit sollte aber auch alle die „tausendfältigen Rangordnungen und Scheidewände, die so viel Böses anrichten“, in ihre gehörigen Schranken zurückweisen, worauf dann jeder mit dem Nächsten wie mit seinem Bruder umgehen würde. „Es wird eine Zeit erscheinen“, setzte er fort, „wo man Verfassungen einführen wird, welche dem Mißbrauche nicht mehr so schrecklich ausgesetzt sein werden, als unsere gegenwärtigen; eine Zeit, wo man den Menschen auf naturgemäße Art erziehen, und keinen Ruhm mehr darein setzen wird, von der Natur sich weit entfernt zu haben, wo niemand glauben wird, Achtung und Ehre zu verdienen, weil er, ein Einziger, so viel an sich gerissen hat, als zur Befriedigung für die Bedürfnisse Tausender hinreichend wäre!“ Aus seinen Vorleseheften hatte die Feme eine Stelle beanständet, wo von einer „heilsamen“ Erinnerung an die Fürsten gesprochen wird, „daß sie nicht bloß da wären, um Steuern vom Volke zu beziehen, sondern auch für die Aufklärung und für das ewige Heil desselben Sorge zu tragen“. Es war Stifft ein Leichtes, an der Hand solcher Anschauungen, die stark an die Ideen der Freimaurer und Rousseaus erinnern, dem Kaiser die geistige Verwandtschaft Bolzanos mit den französischen Jakobinern und den deutschen Demagogen zu erweisen. An dem Beispiele eines Sand könne man sehen, wohin man mit derlei „schiefen“ religiös-politischen Prinzipien komme. Bolzano sei, so schloß er, zum Lehramt „ganz ungeeignet“, sofort zu entfernen und auch zur Seelsorge nicht

zu verwenden. Den Vorschlag, ihm eine Stelle an der Wiener Sternwarte zu verschaffen, lehnte er brüsk ab — denn das würde wie eine Belohnung aussehen und doch handle es sich darum, durch ein „bestimmtes, kraftvolles“ Auftreten das „Keimen des üblen Samens, da, wo er gestreuet wurde“, durch Aufstellung eines „eingreifenden Beispieles“ zu hemmen.[401]

Die Alarmrufe des Obersten Kanzlers und des Leibarztes wirkten. Der Kaiser war, wie wir wissen, seit jeher sehr für die „Exempel“ eingenommen; die Notwendigkeit eines „kraftvollen“ — dieses Wort hatte auch Münch-Bellinghausen gegen die italienischen Hochverräter ins Treffen geführt — Auftretens politischen Verbrechern gegenüber leuchtete ihm immer ein. Bolzano wurde daher sogleich seines Amtes enthoben und erhielt noch überdies seinen „eingreifenden“ Verweis, weil er die Pflichten eines Priesters, eines Religions- und Jugendlehrers wie eines guten Staatsbürgers „gröblich“ verletzte. Nur „aus besonderer Gnade“ wurde Bolzano eine „strengere Ahndung, die er wohl verdient“, erlassen.[402] Kaiser Franz liebte — nebenbei bemerkt — diese Art von Gnadenbezeigungen, um den Völkern seine „väterliche Milde“ zu zeigen; auch Confalonieri und Silvio Pellico, dessen Schuld, wie wir wissen, so geringfügig war, daß der Gerichtshof zwei Jahre nach seiner Verurteilung die Begnadigung beantragte, waren „aus besonderer landesfürstlicher Milde“ die „wohlverdiente“ Todesstrafe erlassen worden. Bolzano verdankte es offenbar seinen vielen einflußreichen Fürsprechern, daß er wenigstens eine Pension von 300 Gulden — die Studienhofkommission hatte eine solche von 800 beantragt — erhielt. Die Entfernung des beliebten Lehrers rief bei seinen Hörern großen Unmut hervor, der sich in stürmischen Kundgebungen äußerte und ein polizeiliches Nachspiel hatte. Weniger formvollendet als tief empfunden war es, was Bolzano in seinen vorzeitigen und unfreiwilligen Ruhestand nachgerufen wurde:

Hat gleich der Staat mit schwachem Sinn
Des Böhmerlandes großen Patrioten unterdrücket:
Ein Bolzano ist und bleibt doch groß,
Obgleich gekränkt durch unverdientes Los!

Der Prozeß gegen Bolzano ging indes weiter. Gleichzeitig mit seiner Maßregelung als akademischer Lehrer wurde der Prager Erzbischof Chlumczansky aufgefordert, Bolzanos gedruckte Reden und Vorlesehefte genau zu prüfen und gegen den Verfasser seines oberhirtlichen Amtes zu walten, ihn auch — wie bei Fesl — so lange keine Kanzel besteigen zu lassen, bis er nicht die Überzeugung gewonnen, daß er seine religiösen Gesinnungen und Begriffe nach der Lehre der christ-katholischen Kirche geordnet habe. Der Erzbischof vermochte aber vom dogmatischen Standpunkt aus so wenig, wie seinerzeit die theologische Fakultät der Wiener Universität, etwas Ketzerisches zu entdecken. Sein Bericht[403] über die von ihm vorgenommene Untersuchung wäre geeignet gewesen, den Beichtvater Frint und Staatsrat Stifft in Verlegenheit zu setzen, aber mittlerweile hatte der Hofburgpfarrer nicht gefeiert: es war ihm gelungen, neues Anklagematerial zu sammeln, um Bolzano auch bei seinem kirchlichen Ordinarius unmöglich zu machen. Wiederum spielt die Angelegenheit seines Schülers Fesl herein.

Der Leitmeritzer Bischof Hurdalek war von Rom aus aufgefordert worden, seinen Konsistorialrat und Seminarvorstand abzusetzen. Die Polizeihofstelle erhielt von diesem päpstlichen Exhortationsschreiben, das durch die Hände des Wiener Nuntius ging, auf dem üblichen Wege der geheimen Überwachung der fremden Diplomaten Kenntnis und erfuhr auch bald, was der Kirchenfürst darauf verfügte. Obwohl der Ordinarius und das Konsistorium Fesl für unschuldig hielten, leisteten sie doch „aus Gehorsam“ dem päpstlichen Wink Folge: Fesl wurde seines Amtes enthoben.

Diese Maßregelung des Professors erregte nun das größte Interesse der Wiener Regierung. Nicht die Entfernung Fesls vom Lehramte war es, welche sie so befremdete, sondern daß sie, ohne ihr Vorwissen, von Rom aus veranlaßt worden war. Die Denunziation Fesls in Rom war, wie der böhmische Oberstburggraf Kolowrat in Erfahrung brachte, von der Prager Diözese ausgegangen. Graf Saurau, der Chef der Hofkanzlei, erstattete, sichtlich empört, von dem Vorfall die Anzeige an den Kaiser.[404] Da für das päpstliche Breve nicht das Plazet der Regierung eingeholt worden war, lag ent-

schieden eine „Unregelmäßigkeit“ vor, an der sie nicht achtlos vorübergehen konnte. Die Bedenken des Obersten Kanzlers wurden von dem geistlichen Referenten im Staatsrat Hofrat Lorenz rückhaltlos gebilligt. Lorenz, ein Priester von durchaus josephinischer Färbung, erblickte in dem ganzen Handel einen höchst gefährlichen Vorstoß Roms; er sah die ganze „herrliche“ Kirchenverfassung, wie sie Maria Theresia und Joseph II. geschaffen, ins Wanken geraten, die Unabhängigkeit des Staates ernstlich bedroht. Er beantragte daher, daß dieser eminenten Gefahr auf dem kürzesten Wege „gesetzlich und kraftvoll“ vorgebeugt und der Bischof aufgefordert werde, Fesl in seine Ämter sogleich wiederum einzusetzen. Der Papst sollte ersucht werden, seine Beweise für Fesls Irrlehren im vorschriftsmäßigen Wege der Staatskanzlei bekanntzugeben.[405] Den Versicherungen Bischof Hudaleks, erklärte Saurau, sei mehr Glauben als den römischen Anschuldigungen beizumessen.[406]

Allein diese Warnungsrufe fanden beim Monarchen, der sonst so streng die Aufrechterhaltung der staatlichen Autorität beobachtete, kein Gehör. Frint und Stifft waren die stärkeren. Sie hatten, durch Vermittlung des Prager Erzbischofs, von fünf ehemaligen Zöglingen des Leitmeritzer Priesterseminars, die nun im Prager Alumnat sich befanden, ein für Fesl schwer belastendes Tatsachenmaterial in die Hand bekommen. Fesl hatte, so erfuhr man da, unter seinen Schülern einen Christenbund gestiftet, der allerlei sittliche, humanitäre und wissenschaftliche Zwecke verfolgte,[407] aber durch die Festsetzung von Statuten und Regeln eine starke Ähnlichkeit mit dem von der österreichischen Regierung seinerzeit höchst gefürchteten Tugendbund, mit den Freimaurervereinigungen und der Burschenschaft hatte, jedenfalls aber ein Geheimbund war. Nach den von Frint und Stifft eingezogenen Informationen war die Tendenz dieses Bundes auf den Umsturz des Staates und der christlichen Religion gerichtet, wie er denn angeblich den Königsmord verteidigte.[408] Es handelte sich also darum, gegen einen „eidbrüchigen Verführer der Jugend“ und „Kriminalverbrecher“ schleunigst einzuschreiten. Ein Polizeibeamter verfügte sich alsbald mit dem nötigen Personal nach Leitmeritz und

brachte Fesl nach Wien, wo er im Servitenkloster interniert wurde.[409]

Der Hofburgpfarrer Abt Frint aber begab sich in eigener Person nach Leitmeritz, um an Ort und Stelle die Untersuchung gegen Fesl zu führen. Er kam mit reicher Beute, Vorleseheften und Tagebüchern, zurück und sie lieferten ihm den gewünschten Beweis für die von den Denunzianten behauptete Staatsgefährlichkeit des geistlichen Lehrers. Stifft unterzog sich der Mühe, dem Kaiser eine lange Liste der politisch anrüchigen Stellen vorzulegen. Da bekennt er sich als einen Gegner des „Despotensystems", das heute in allen Staaten herrsche und die Quelle alles Übels sei; als einen Anhänger der Freiheit als eines „unveräußerlichen" Menschenrechtes und als entschiedenen Gegner des Militarismus. Den Krieg nennt er eine „Geburt der Hölle", da es eine Todsünde sei, gegen die Geschöpfe Gottes zu wüten, weshalb es nicht zu verdammen sei, wenn die Armee die Waffen strecke. Aber man schickt das Volk, bemerkt er dazu, absichtlich gegen auswärtige Feinde, damit es seine „eigentlichen Todfeinde" vergesse. Man wolle, so behaupte man, den Krieg anfangen, „um einer inneren Empörung im eigenen Lande vorzubeugen".

Auch sonst erfahren wir manches Interessante über den Monarchen und sein System. Man sei mit Kaiser Franz, vertraut Fesl seinem Tagebuch an, „sehr unzufrieden", weil er — „vereiset" sei. Bei der letzten zu Ehren seines Geburtstages vom Bischof veranstalteten Feier sei keine Stimmung gewesen, weil es allen „an aufrichtiger Liebe fehlte". Fesl klagt über die Ohnmacht der Bischöfe, die ohne Erlaubnis des Kaisers nichts machen dürfen, ferner über die „mönchische" Tendenz des von Frint begründeten Priester-Erziehungsinstituts, über das Schwinden der Aufklärung und Überhandnehmen des römischen Geistes. Er führt auch den Grund für diese romfreundliche Haltung an: „Die Regierung wird begreflicherweise dazu mitwirken; denn sie glaubt auf solche Weise den wankenden Thron zu stützen und von ihm das Schicksal der französischen Könige zu entfernen." Aber das alles, wie ihm ein wackerer Mann aus Prag geschrieben, seien die letzten fruchtlosen Maßregeln

eines „dahinsinkenden“ Staates. Man wolle jetzt den Zustand der Völker, wie er vor zwanzig bis dreißig Jahren war, wiederherstellen, allein das sei unmöglich. Zu dem Kapitel der Reaktion strömt Fesl manche Klage in die Feder. „Denken und Reden verbieten nur schuldbewußte Bösewichter oder Dümmlinge.“ In sein Tagebuch vom Juli 1817 notiert er die Tatsache, daß ein Berliner Arzt, der sich in Karlsbad die Bemerkung erlaubte, daß die österreichische Regierung der Not der Gebirgsbewohner keine Rechnung trage, den Befehl erhielt, binnen 24 Stunden den Ort zu verlassen, um daran die bittere Bemerkung zu knüpfen: „Ein schändlicher Befehl eines Tyrannen, der sich schuldig weiß und den Zeugen der Wahrheit verstummen machen möchte.“ Allein auch diese Mittel werden nichts helfen: „Die Dynastie geht unter und ein neues Leben wird in Österreich erstehen, denn es zählt der Braven viele, und wir noch werden diese besseren Tage sehen und die Wahrheit wird siegen.“ [410]

In den Ohren des Kaisers Franz mögen diese dem Tagebuch anvertrauten Gedanken gewiß nicht angenehm geklungen haben. Für die Geistesverfassung der damals in Österreich lebenden Gebildeten, für die innersten Gefühle eines aufgeklärten Priesters in der Ära Franz — es gab deren im Kaiserstaate genug — sind sie bezeichnend: so wie Fesl dachten unzählige, nur waren die meisten nicht so unvorsichtig, ihre geheimen Wünsche und Klagen zu Papier zu bringen, oder sie hatten — man denke an die Tagebuchaufzeichnungen Kübecks, der dann so hoch steigen sollte — das Glück, daß die Polizei nicht hinter das in der Lade sorgsam gehütete Geheimnis kam. Wie aber nun dank des kraftvollen Einschreitens der geheimen Ketzerrichter die Dinge lagen, war es für Kaiser Franz eine ausgemachte Sache, daß Fesl ein gefährlicher Revolutionär war. An eine Belassung des Professors im Amte, die Lorenz beantragt hatte, war nun nicht mehr zu denken. Der Bischof von Leitmeritz erhielt einen tüchtigen Verweis, weil er, obwohl vom Nuntius gewarnt, sein oberhirtliches Amt so nachlässig geführt hatte: es wurde ihm überdies ein Generalvikar an die Seite gegeben, um mit dessen Hilfe die durch Fesl in die Diözese eingedrungenen Irrlehren zu bekämpfen.[411]

Während der kaiserliche Beichtvater ganz im geheimen die Beweise für Fesls Schuld sammelte, war auch die Polizeihofstelle eifrig bemüht, das zur Einleitung eines Strafverfahrens nötige Anklagematerial herbeizuschleppen. Allein die Untersuchung, die zwei volle Jahre in Anspruch nahm, führte zu keinem rechten Ergebnis. Vor allem das Gravierendste, die von Fesl gegründete Geheimgesellschaft, verfolgte, wie Graf Sedlnitzky bekennen mußte, gar keine politische Tendenz. Der „Christenbund", wie die Vereinigung sich nannte, hatte nach seiner offiziellen Darstellung lediglich die sittliche und wissenschaftliche Ausbildung seiner Mitglieder zum Zweck. Die moralische Vervollkommnung sollte dadurch erreicht werden, daß bei der Bundesversammlung Sittengerichte abgehalten wurden, wo die Bündner wechselseitig ihre Fehler rügten; um sich im wissenschaftlichen Beruf zu üben, wurden monatlich schriftliche Aufsätze gemacht und dergleichen. Übrigens hatte sich der Bund schon zwei Jahre vor Fesls Verhaftung freiwillig aufgelöst. Mit dem Geheimbund, der nach der Versicherung des Polizeigewaltigen „nichts Schädliches" an sich trug, war also nichts zu machen.

Dagegen fand Graf Sedlnitzky glücklich heraus, daß Professor Fesl die nach Bolzanos Absetzung erschienenen Schmähverse auf die Regierung abgeschrieben und seinen Zöglingen beim Essen zum Lesen mitgeteilt habe. Damit wäre wohl, meinte er, der Tatbestand des Verbrechens des Truges und der Störung der innerlichen Ruhe des Staates gegeben; aber — besser wäre es, auch davon abzusehen. Um das Ärgernis zu vermeiden, das aus einem öffentlichen Kriminalprozeß „noch immer" entstehen könnte, erscheine es ihm angezeigt, Fesl in eine geistliche Korrektionsanstalt abzugeben.[412] Auch Stifft, der sonst immer „eingreifenden" Exempeln das Wort redete, war, nachdem selbst der gefürchtete Spürsinn Sedlnitzkys so gründlich versagt hatte, nachdenklich geworden und erklärte sich gegen die Einleitung einer Kriminaluntersuchung, die sich, wie er besorgte, Jahre hinausziehen würde, „ohne vielleicht zu einem bestimmten Resultat zu führen". Da Fesls Vergehungen — damit meinte er wohl seine treffenden Tagebuchnotizen über Kaiser Franz und sein System — nicht allgemein bekannt gemacht werden könnten, wür-

den seine Anhänger ihn als Märtyrer der Wahrheit ausposaunen.[413] Im Staatsrat, wo man über diese heikle Sache lange hin und her beriet, waren die Ansichten geteilt: einerseits fürchtete man das Aufsehen, das ein regelrechter Prozeß in der Öffentlichkeit, noch dazu wo man so gar keinen rechtlichen Beweis in Händen hatte, hervorrufen mußte, andererseits wollte man Fesl nicht so ganz straflos ausgehen lassen. Kaiser Franz half sich über diese schwierige Frage dadurch hinweg, daß er den polizeilichen Untersuchungsakt — zwei Jahre! — liegen ließ.[414]

Mittlerweile saß Fesl als Arrestant im Servitenkloster, und er wäre vielleicht noch länger dort gesessen, wenn nicht Hurdaleks Nachfolger, Bischof Milde, der beim Kaiser in großer Gunst stand, des unglücklichen Priesters sich angenommen und um seine Enthaftung gebeten hätte. Durch die vierjährige Einschließung, meinte der edel gesinnte Kirchenfürst, der seinem Namen Ehre machte, sei Fesl, der seine Irrlehren widerrufen habe und das Unrecht seiner politischen Vergehungen bereue, genügend gestraft worden.[415] Kaiser Franz willfahrte der Fürbitte, und so wurde Fesl der Freiheit wiedergegeben — allerdings nicht der vollen. Denn er kam nach Graz in ein Franziskanerkloster, wo er unter „genaueste Obhut“ der Salzburger Erzdiözese gestellt wurde. Die Polizei, die Landesstelle und der Erzbischof mußten in bestimmten Zeiträumen über das Verhalten des geistlichen Korrigenden berichten. Staatsrat Stifft, auch jetzt noch nicht zufrieden, fühlte sich verpflichtet, seinem Monarchen die „unveränderte Gefährlichkeit“ des Korrigenden vorzustellen.[416] Er war es insoferne gewiß, als der noch junge Priester, der so rasch emporgestiegen war, nach den fürchterlichen Erlebnissen der langjährigen Haft im Servitenkloster, nunmehr zur Beschaulichkeit eines geistlichen Sträflings verurteilt, die Unerträglichkeit des „Despotismus“ Kaiser Franzens und die schöne Bedeutung der Freiheit als eines „unveräußerlichen Menschenrechtes“ nicht weniger empfand als seinerzeit, da er in Leitmeritz als Lehrer und besonderer Vertrauensmann seines Bischofs wirkte.

Kehren wir nun wieder zu Bolzano zurück. Bei der gegen Fesl in Leitmeritz vorgenommenen Untersuchung waren dem

Hofburgpfarrer Frint ganze Stöße von Exhorten und Vorleseheften in die Hände geraten, die ihm dadurch besonders wertvoll erschienen, als sie auch den Prager Professor, Fesls Lehrer, belasteten — und auf Bolzano als die „eigentliche Quelle" hatte man es abgesehen. Das Ergebnis war ein 78 Bogen starker Bericht an den Kaiser, worin alle seine „schauderlichen" und „gräulichen" Irrlehren aufgezählt waren. Damit kam die vom Prager Erzbischof Chlumczansky gegen Bolzano geführte Untersuchung in ein neues Stadium.

Der Prager Erzbischof, der bisher immer die kirchliche Makellosigkeit Bolzanos behauptet hatte und nun vom Wiener Kabinett das lange Sündenregister zugestellt erhielt, war nicht wenig über die darin enthaltene Fülle von Ketzerei betroffen[417] — aber nicht minder Bolzano selber, der in den von seinen Hörern nachgeschriebenen Vorlesungen oft nur schwer seine eigenen Gedanken und Worte wiedergefunden haben mag. Daß „in der Eile" des Nachschreibens die Studenten „ganze Mittelsätze fallen lassen" und so allerlei „Irrtümer" sich einschlichen, mit dieser jedem Schulmann geläufigen Feststellung hatte vor einigen Jahren die Studienhofkommission die Notwendigkeit eines philosophischen Lehrbuches begründet.[418] Bei den von Frint beschlagnahmten Papieren scheint vieles überhaupt erst später aus dem Gedächtnis niedergeschrieben worden zu sein. Bolzano konnte indes seine Behauptung, der Verfasser jenes Vortrages an den Kaiser, der die Zusammenstellung seiner Auszüge enthielt, sei dabei „nicht ganz redlich" vorgegangen, nicht begründen, weil er seine Konzepte — sie waren ihm weggenommen worden — nicht zur Hand hatte.[419] In der nächsten Umgebung des Kaisers scheint man auch tatsächlich kein ganz reines Gewissen gehabt zu haben. In dem kaiserlichen Handschreiben, in welchem dem Erzbischof mitgeteilt wurde, daß man ihm nur die Auszüge der Exhorten, nicht diese selbst, schicke, sind die ursprünglichen Worte, welche die Begründung enthielten, „mit voller Treue" gestrichen und in ein „dergestalt" umgewandelt worden.[420]

Dem Erzbischof zuliebe gab Bolzano, um dem langwierigen Handel ein Ende zu machen, unter vier Augen eine Erklärung ab, die als ein Widerruf seiner Irrtümer aufgefaßt

werden konnte. Damit aber war Abt Frint nicht zufrieden; er verlangte, daß Bolzano, um das von ihm begangene Ärgernis „wieder gut zu machen“, einen feierlichen, im Druck erschienenen Widerruf leiste.[420] Zu einem solchen Schritt war Bolzano nicht zu bringen, wie denn der Erzbischof selber entschieden davon abriet, und die Ketzerrichter hatten alle Ursache, den Bogen nicht zu überspannen. Der Prager Philosoph hatte zu viel warme und begeisterte Anhänger, als daß ein Kriminalprozeß — darauf hatte es Stifft noch im Juni 1821 abgesehen[421] — nicht das peinlichste Aufsehen in der ganzen gebildeten Welt, auch außerhalb der Grenzen des Kaiserstaates, hervorgerufen hätte. Gerade im kritischesten Augenblicke, als man damit umging, Bolzano das Schicksal Fesls zu bereiten, erklärte der Bischof von Bautzen Bolzano als „Catholicissimum“. Vom Lehr- und Predigtamt aber blieb er ausgeschlossen. Er konnte darin eine Fügung Gottes erblicken: die Fülle an „freier Zeit“ gestattete ihm nun, wie er humorvoll bemerkte, durch Entdeckung neuer Wahrheiten der Menschheit sich nützlich zu machen. Übrigens erlebte er die Genugtuung, daß bald nachher sein geistlicher Widersacher am Wiener Hof beim Kaiser in Ungnade fiel und als Bischof nach St. Pölten versetzt wurde, und daß das Lehrbuch Frints, weil auch er noch zu sehr von der Gedankenwelt des früheren Jahrhunderts angekränkelt erschien, in Rom auf den Index kam.[422]

Ziemlich gleichzeitig mit Bolzano wurde auch der Vertreter der Religionswissenschaft an der philosophischen Fakultät der Wiener Universität, Vincenz Weintritt, von seiner Lehrkanzel, die er seit 1808 innehatte, entfernt. Weintritt war gleich dem Prager Professor ein begeisternder Lehrer, der durch sein Wissen und seinen glänzenden Vortrag wie durch seine weltmännischen Manieren zu fesseln und einen Kreis von Jüngern heranzubilden verstand. Zu ihnen gehörte der Dichter Bauernfeld, der Maler Schwind und der spätere Kardinal Rauscher. Er machte mit ihnen Ausflüge in die Umgebung — es war ja die Zeit der Romantik, da diese ästhetischen und wissenschaftlichen Wanderungen in Mode kamen — und wußte sie auf die mannigfaltigste Weise anzuregen.[423]

Allein gerade dieser Verkehr mit der Jugend sollte Wein-

tritt zum Verhänignis werden. In einem Vortrag, den der Polizeiminister Graf Sedlnitzky dem Kaiser über die Nachahmung des deutschen Burschenwesens an den österreichischen Universitäten erstattete, erscheint der Philosophieprofessor als „überführter Jugendverderber" angenagelt. Einer der verhafteten Studenten hatte nämlich in seinem von der Polizei beschlagnahmten Tagebuch bemerkt, er würde nicht kommersiert haben, wenn Professor Weintritt es nicht gebilligt hätte.[424] Doch von diesem seinen Verbrechen erfuhr Weintritt offiziell nichts. Wohl aber wurde ihm gröbliche Vernachlässigung seiner Amtspflichten zur Last gelegt. Nicht daß er sich im Unterricht ein Versäumnis hätte zuschulden kommen lassen, aber mit den ihm übertragenen Gutachten über Konkurselaborate und Lehrbücher — unter anderem hätte er auch über Bolzanos Vorlesehefte sich äußern sollen — war er trotz wiederholter Mahnung im Rückstande geblieben und von einem ihm aufsässigen Mitglied der Studienhofkommission, dem Regierungsrat Michael Gruber, angezeigt worden. Darüber zur Rechenschaft gezogen, redete er sich auf seine angegriffene Gesundheit und auf „ängstigende Zweifel" über die Richtigkeit der von ihm vorgetragenen philosophischen Lehre aus.

Es war umsonst, daß der Oberste Kanzler Graf Saurau den ungünstigen Gesundheitszustand Weintritts aus eigener Beobachtung bestätigte und für diesen „ausgezeichneten Lehrer" eine Lanze einlegte — Staatsrat Stifft drang beim Kaiser durch mit seiner Anschauung, daß ein den Verordnungen der Obrigkeit so wenig Folge leistender Mann als Religionslehrer keine guten Früchte bringen könne und speziell ein Professor, der „mit sich selbst noch nicht einig ist, was er glauben und lehren solle", der von Gewissensängsten umhergetrieben werde, durchaus nicht geeignet sei, den Studierenden die Wahrheit beizubringen. Die hypochondrischen Anfälle, über die er klage, seien „eitel Schwindel", auf den Rat guter Freunde vorgeschützt. Dagegen sei es stadtkundig, daß er bei Unterhaltungen und Gesellschaften „stets" sich einfinde. Ein Mann, der, statt Berichte zu machen, in Gesellschaften sich herumtrieb, war bei Kaiser Franz gerichtet. Weintritt wurde sofort seines Amtes enthoben.[425] Nicht

einmal die von der Studienhofkommission mit Rücksicht auf seine Verdienste als Lehrer beantragte höhere Pension wollte Stifft ihm zuerkannt wissen, weil Weintritt, wie er in seinem staatsrätlichen Votum meinte, nicht nur keine Verdienste, sondern nur „Demerita" aufzuweisen habe.[426] Der feingebildete Mann, der als akademischer Lehrer eine so fruchtbare Wirksamkeit entfaltete, mußte seine Tage als einfacher Landgeistlicher in Retz beschließen.

Bald nach Weintritts Entfernung erreichte einen anderen beliebten akademischen Lehrer der Wiener Universität das Los der Denunziation: den Juristen Leopold Rembold, Professor der philosophischen Rechtslehre. Der Vizedirektor der juridischen Fakultät, Rösler, brachte zur Kenntnis der Regierung, daß Rembold in seinen Vorlesungen über das Vernunftrecht die „revolutionärsten" Sätze vortrage. Der Oberste Kanzler Graf Saurau erhielt darauf vom Monarchen den Auftrag, sein Gutachten darüber vorzulegen, was im allgemeinen zu verfügen sei, damit bei den öffentlichen Vorlesungen „kein Unfug der Art" stattfinde und der Professor „unschädlich gemacht werden" könne.[427] Die Untersuchung, die mehrere Jahre währte, brachte wie bei Fesl und Bolzano eine ganze Reihe anstößiger Lehrsätze zu Tage. So erwies er sich als ein Verteidiger der Auflösbarkeit der Ehe und als ein Gegner des Zölibats. In politischer Hinsicht vertrat er die Pflicht des Regenten, seinen Untertanen eine Konstitution zu geben, und stellte auch die „gräßliche" Lehre auf, daß ein Untertan, wenn er von der Verkehrtheit einer Regierungsmaxime überzeugt sei, als ein „Werkzeug der Vorsehung" strafend eingreifen könne.[428]

Rembold verteidigte sich ganz so wie Bolzano dahin, daß die beanständeten Sätze, die in den Kollegienheften gefunden wurden, von den Hörern mangelhaft aufgefaßt oder aus dem Zusammenhang gerissen worden seien. Allein diese Rechtfertigung bewirkte nur, daß Rembold in den Augen der Studienhofkommission, seiner vorgesetzten Behörde, als ein ganz besonders „bösartiger" Mensch erschien. Es war vergebliche Mühe, wenn dort der Schottenabt geltend machte, daß aus den Lehrsätzen der böse Sinn nicht so klar hervortrete, sondern „erst durch weitere Konsequenz aus ihnen ge-

folgert werden müsse", die jedoch nur wissenschaftlich gebildete und im Nachdenken geübte Männer, nicht aber junge Leute, zu ziehen befähigt wären — Staatsrat Stifft setzte sich wieder mit Feuereifer dafür ein, daß ein „warnendes Exempel" aufgestellt und Rembold ohne Pension „entlassen" werde.[429] Kaiser Franz verfügte darauf die Beiziehung von zwei Hofräten der Obersten Justizstelle.[430] Diese kamen zu dem Ergebnis, daß Rembold „für alle Zeit" entfernt werden müsse, doch normalmäßig zu pensionieren sei. Die Sache kam dann noch in die Ratssitzung, wo über die Kernfrage, ob Rembold „gut" gedient habe, heftig debattiert wurde. Der Appellationsrat von Adlerburg fand als Vertreter der schärferen Richtung die bezeichnenden Worte: „Die erste Pflicht eines österreichischen Professors ist jene, die ihm als Staatsbeamten obliegt; als solcher muß er dahin wirken, daß die Studierenden nach dem Willen der Vorschrift und zum Zwecke des Monarchen und der Regierung gebildet und erzogen werden. Leistet er das nicht oder will er diesen Hauptzweck seinen vielleicht nicht übel gemeinten gelehrten Ansichten unterordnen, so entspricht er nicht als Beamter, begründet selbst seine Entfernung und die damit verbundene Folge." Doch siegte mit knapper Stimmenmehrheit (7:6) die mildere Auffassung, und so erhielt Rembold die normalmäßige Pension.[431]

Leopold Rembold konnte die ihm aufgezwungene Ruhe nicht ertragen. Nachdem sein Bittgesuch um eine erledigte Bibliothekarstelle abgewiesen worden war, fing er im Alter von fünfundvierzig Jahren an, Medizin zu studieren, starb aber, bevor er sich noch eine neue Lebensstellung begründen konnte.[432]

Eine andere Leidensgeschichte widerfuhr dem Professor der Geschichte am Grazer Lyzeum, Julius Schneller. Dieser geistvolle, freiheitlich gesinnte Gelehrte, der im Kriegsjahre 1809 neben Hormayr eifrig für die vaterländische Sache wirkte, mußte seinen Ehrgeiz, als Historiker schriftstellerisch sich zu betätigen, bitter büßen. Schneller hatte eine großangelegte Geschichte Österreichs geschrieben, von der die ersten vier Bände glücklich die Zensur passiert hatten. Allein der fünfte und letzte Band, der den Zeitraum von 1711 bis

1815 umfaßte, stieß, als er Ende Oktober 1818 sein Manuskript vorschriftsgemäß bei der Polizeihofstelle vorlegte, auf nicht unbedeutende Schwierigkeiten. Es wurde ihm eine ganze Reihe von Änderungen und Auslassungen anbefohlen und überdies erhielt er noch seiner „kühnen Schreibart" wegen eine amtliche Verwarnung.

Professor Schneller nahm die verlangte Umarbeitung vor und glaubte nun mit dem Druck des sein Werk abschließenden Bandes beginnen zu können — aber er täuschte sich. Die Staatskanzlei — man war mittlerweile in das ominöse Jahr 1819 geraten — verbot unbedingt die Veröffentlichung des Schlußbandes, indem sie bemerkte, daß bloße Änderungen keineswegs genügen könnten. Schneller war dadurch sehr unangenehm betroffen. Er stellte der Zensurbehörde vor, daß sein Verleger, wenn die Arbeit unvollendet bliebe, materiell schwer geschädigt und er selber um die Früchte einer Jahresarbeit gebracht werde, und erklärte sich zu allen noch gewünschten Veränderungen bereit. Um seinem Gesuch größeren Nachdruck zu geben, verwandte sich gleichzeitig seine Gönnerin, die schöne Gräfin Saurau, beim Staatskanzler, um durch dessen Intervention die Freigabe des fünften Bandes zu erwirken.

Julius Schneller erreichte damit so viel, daß sein Manuskript neuerlich begutachtet wurde, aber dieses Gutachten, das der Publizist der Staatskanzlei Hofrat Friedrich von Gentz erstattete, fiel für ihn geradezu vernichtend aus. Der Hofrat erklärte, das Bild, das der Verfasser vom österreichischen Kaiserstaat gebe, für eine einzige „scheußliche Karrikatur". Es ist, bemerkte er mit grimmigem Hohn, „ein plump zusammengeflicktes Mosaik von Fragmenten und Anekdoten der verdächtigsten und oft der gefährlichsten Gattung". Alles, was während der letzten fünfzig Jahre als bittere Beschwerden über die Regierung auf längst vergessenen Landtagen gesagt, in längst vergessenen Libellen geschrieben worden, sei hier zusammengerafft mit dem immer unverkennbaren Zweck, „Unwillen und Verachtung gegen die obersten Staatsbehörden, ja selbst gegen die geheiligte Person des Souverains zu erregen." Die Tendenz des der Zensur eingereichten Manuskriptes sei „von Anfang bis zu

Ende antikatholisch und antimonarchisch". Auch der entschiedenste Deist, wenn er nicht jedem Gefühl von Scham und Anstand entsagt hätte, würde sich eine solche Schreibweise nicht erlaubt haben. Die Stände werden als „Unterdrücker" hingestellt und Joseph II. nur insofern als der größte Regent gepriesen, als er alle ständischen Rechte beseitigen, alle Klassenunterschiede nivellieren wollte. Von der anderen Seite wird er als ein egoistischer Despot, der nur seinen Willen geltend machte, hingestellt. Wenn die Worte „Volksrepräsentation, Abschaffung der Kirche und Revolution" nicht auf jeder Seite der Arbeit ausgesprochen sind, so hat ihn nur ein „Überrest von Menschenfurcht" davon abgehalten, seinem Werke die Krone aufzusetzen.

Was nun die wissenschaftliche Seite anbelangt, so setzt der kritische Fachmann fort, ist das Werk nicht minder verwerflich. Die Geschichte Österreichs lernt man aus dem „gemeinsten" Lehrbuch sicherer und vollständiger kennen. Fast alle Tatsachen sind falsch und entstellt und die philosophischen Betrachtungen „wie aus dem Narrenhause" geschrieben. Die Publikation eines solchen Buches wäre ein „wahrer Skandal", und würde höchstens einigen der „giftigsten Jakobiner" eine hämische Freude bereiten. Nach Pflicht und Gewissen, so schließt Gentz seine tödliche Kritik, kann er kein anderes Urteil sprechen, als daß von diesem Manuskript „keine Zeile" gedruckt werden dürfe, und seine durch hundert Stellen desselben vollkommen zu rechtfertigende Meinung ist, daß der Verfasser „alle Ursache habe, sich Glück zu wünschen, wenn ihm nicht außerdem für die von seiten eines öffentlichen Lehrers gewiß sträfliche Verwegenheit, ein solches Produkt zur Zensur einzureichen, Zurechtweisung oder Züchtigung zuteil werde". Wenn die Abnehmer der vier vorausgegangenen Bände diesen fünften Band nicht erhalten, so ist ihnen damit nur ein Dienst erwiesen. Das Interesse des Buchhändlers aber darf nicht der Grund sein, ein „anerkannt schlechtes und von mancher Seite wirklich strafbares Buch unter die Sanktion der Regierung zu stellen." [438]

Die satanische Art, Schnellers Geschichtswerk als staats- und kirchengefährlich, als jakobinisch und deistisch gefärbt hinzustellen, blieb bei der Regierung nicht ohne Wir-

kung. Graf Sedlnitzky als berufsmäßiger Hüter der öffentlichen Ruhe hielt sich für verpflichtet, den Obersten Kanzler auf die „sehr bedenkliche“ Erscheinung aufmerksam zu machen, daß ein an einer staatlichen Lehranstalt angestellter Professor solche Gesinnungen an den Tag legte, welche der Besorgnis Raum gäben, daß er sie auch in seinen öffentlichen Vorlesungen zum Nachteil der ihm vom Staate anvertrauten Jugend äußere.[434] Die nächste Folge war, daß der Präsident der Studienhofkommission, Graf Lazanzky, den steirischen Gouverneur beauftragte, „mit Vermeidung allen Aufsehens, jedoch mit Genauigkeit und Gründlichkeit“ die geeigneten Erhebungen zu pflegen.[435]

Unter solchen Umständen waren alle Eingaben und persönlichen Bemühungen Professor Schnellers ganz vergebens. Er mußte froh sein, daß er sein Manuskript zurückgestellt erhielt und mit einer Rüge davonkam. An eine weitere fruchtbare Tätigkeit als Geschichtsschreiber wie als Lehrer war nicht mehr zu denken. Zufällig bot sich damals eine Gelegenheit dar, das heikle Fach der Geschichte mit einem anderen, weniger riskanten zu vertauschen. An der Universität in Wien war die Lehrkanzel für Ästhetik frei geworden und Schneller, rasch entschlossen, bewarb sich um sie. Der Oberstkanzler Graf Saurau und der Präsident der Studienhofkommission Graf Lazansky versprachen, sich für ihn einzusetzen. Es galt nun noch, die anderen Stellen, die bei einem solchen Konkurs mitzureden und zu entscheiden hatten, zu gewinnen. Schneller lief sich wochenlang, von Pontius zu Pilatus eilend, die Füße wund, bis er endlich, von einflußreichen Fürsprechern kräftigst unterstützt, so weit war, daß er dem Monarchen persönlich seine Bitte vortragen konnte.

Was er da nun aus dem Munde des Kaisers Franz über seine Aussichten auf die Erlangung der erstrebten Lehrkanzel erfuhr, klang gerade nicht allzu hoffnungsvoll, aber auch nicht ganz entmutigend. „Die Sache“, so meinte der Monarch, „muß zu mir kommen. Ich werde hören, wer den Konkurs am besten gemacht hat. Dann kommt es auch auf die Grundsätze an. Da Sie schon lange Professor sind, so muß man Ihre Grundsätze kennen. Ich werde mich gewiß erkundigen um alles, um alles. Sie wissen, daß es bei mehreren Professoren

der Geschichte einen Haken hat. Denn in der Geschichte kommen gar kuriose Quästiones vor, zum Beispiel die Frage von der Verfassung verschiedener Staaten.“ Als Schneller den Kaiser dahin aufklärte, daß er eben deshalb von dem Fach der Geschichte weg zu jenem der Ästhetik strebe, schloß Franz sichtlich erleichtert die Audienz mit den Worten: „Das ist gut, das ist gut.“[436]

Alles hing nun von dem Polizeibericht ab. Ihm sah Schneller mit der größten Besorgnis entgegen. Denn das, was ihm der polizeigewaltige Graf Sedlnitzky bei seiner Aufwartung gesagt hatte, war nicht gerade vielversprechend. Zuerst mußte er einen längeren Vortrag über das „System“ des Kaisers Franz, dem wir im Vorausgehenden bereits eine Stelle entnommen haben, dann über das Schädliche des Josephinismus, der die Untergrabung der Monarchie und Religion begonnen, über sich ergehen lassen. Auch als ihm Professor Schneller seinen Entschluß, zur Ästhetik umzusatteln, mitgeteilt hatte, machte das auf den Grafen nicht die erhoffte befreiende Wirkung. „Man könne die Geschichte“, meinte er ernst, jedes Wort ein Dolchstich, „leicht zum Dienst des Vaterlandes erwärmend und begeisternd für den Staatszweck vortragen; doch lasse sich auch in der Ästhetik Böses einmischen.“ [437] Schlimm für Professor Schneller war auch, daß die Erhebungen der Grazer Behörden mehrere belastende Daten ans Tageslicht gefördert hatten — so war in den Befreiungsjahren 1813 und 1814 gegen ihn eine Anzeige wegen „Freigeisterei“ eingelaufen. Der die Leumundnote enthaltende Bericht der Grazer Polizei schloß mit den wenig empfehlenden Worten, daß Schneller ein „tätiger, gebildeter, aber reizbarer Mann“, nach dem Urteil unbefangener Männer „wegen seines exzentrischen, junge Gemüter ansteckenden Benehmens, wegen seiner nicht selten romantischen Ideen jeden anderen, seinen Kenntnissen zusagenden Posten unbedenklicher bekleiden dürfte, als ein öffentliches Lehramt“ — das klang wie die Einleitung zu dem Bolzano, Fesl und Weintritt bereiteten Schicksal. Für einen Professor mit solchen „Grundsätzen“ war auch in Wien kein Platz.

So lautete denn der Bericht der Polizeihofstelle nicht sehr günstig. Der Präsident der Studienhofkommission tat sein

möglichstes, um Professor Schneller, der im Ternavorschlag an erster Stelle genannt wurde, über den ihm anklebenden polizeilichen Makel hinwegzuhelfen. Mit sichtbarer Wärme wies er auf Schnellers vorzügliche Eignung zum Lehrer hin und am Schlusse seines Vortrages führte er ein Argument ins Treffen, das auf den Monarchen den größten Eindruck zu machen geeignet war. Er meinte nämlich, daß die „Aufsicht und Kontrolle eines Lehrers in Wien bei weitem leichter und verläßlicher als in einer Provinzialstadt zu bewirken sei.“ [438]

Graf Lazanzky hatte gehalten, was er Schneller versprochen — nicht so der staatsrätliche Referent Baron Stifft. Der Staatsrat hatte Schneller, als ihn dieser persönlich um seine Fürsprache bat, seiner besonderen Neigung versichert und beim Abschied, indem er ihm herzlich die Hand schüttelte, die beruhigenden Worte gesagt: „Gehen Sie nur zu Frau und Kind“, so daß der Professor „mit jubelvollem Herzen“ sich hinsetzte, um seiner Frau das glückverheißende Gespräch mit dem einflußreichen Leibarzte zu berichten.[439] Sein Votum war aber alles eher als günstig. Vor allem reihte er Schneller, der, wie wir gehört haben, an erster Stelle vorgeschlagen war, an dritte Stelle, spielte dann auf die üble Denkart des Professors, die sich in seinen Schriften geäußert habe, an und schloß wenig empfehlend: „Eine Übersetzung des Schneller dürfte daher wohl nur in dem Falle stattfinden, wenn es Euer Majestät allergnädigst zuträglich fänden, ihn einer genaueren Aufsicht zu Wien zu unterziehen.“ [440]

Kaiser Franz scheint dem Besetzungsvorschlag für die Lehrkanzel der Ästhetik entweder keine oder eine ganz besondere Bedeutung beigemessen zu haben; denn er ließ ihn liegen. Als ein volles Jahr seit seinen qualvollen Rundgängen verstrichen war, ohne daß eine Erledigung seines Gesuches gekommen wäre, ging Schneller wieder nach Wien, um seine Bemühungen zu erneuern. Wiederum sprach er beim Kaiser vor, der ihm abermals bedeutete, daß es bei Professoren „so sehr auf die Gesinnung ankomme“, weshalb er den ganzen Akt an die Polizeihofstelle geleitet habe.[441] Schneller mußte noch mehr als ein volles Jahr in der peinigenden Ungewißheit verbringen, bis endlich Kaiser Franz nach dem Antrage Stiffts entschied. Danach erhielt die Professur der in den

weitesten Kreisen unbekannte Philologe aus Olmütz Franz Fischer, der von der Studienhofkommission an dritter Stelle vorgeschlagen worden war. Gleichzeitig wurde Graf Lazanzky beauftragt, über Professor Schneller die „genaueste Überwachung" einzuleiten.[442]

Kaiser Franz muß indes schon eine Ahnung gehabt haben, daß Schneller auf dem besten Wege war, seine österreichische Heimat zu verlassen, denn er fügte der von Stifft beantragten Weisung, den Professor in Graz genauestens zu überwachen, die Bemerkung bei: „Falls er sich noch daselbst befindet." Schneller übersiedelte nach Freiburg im Breisgau, wohin er berufen worden war. Die Erinnerung an den unfreiwilligen „wochenlangen Müßiggang", zu dem er sich gelegentlich seiner Bemühungen um Freigabe des fünften Bandes seiner Geschichte Österreichs und seiner Bewerbung um die ästhetische Lehrkanzel verurteilt sah, wird ihm zeitlebens haften geblieben sein. Er rächte sich, indem er den Band im Auslande erscheinen ließ — mitsamt den giftigen Zensurbemerkungen des Hofrats Gentz.

Zu den gemaßregelten Professoren gehörte auch der berühmte Gynäkologe Lukas Boër, der mit berechtigtem Stolze von sich sagen konnte: „Ich habe da begonnen, wo es noch keine Geburtshilfe gab" und nach einer drei Jahrzehnte umfassenden segensreichen Tätigkeit im Jahre 1822 aus dem Lehramte schied — auch ihm war zum Vorwurf gemacht worden, daß er sich bei den Vorlesungen nicht an das Lehrbuch hielt. Sein Nachfolger Johann Klein erlangte dadurch eine traurige Berühmtheit, daß seine geburtshilfliche Klinik die größte Sterblichkeit aufwies. Die große Wiener medizinische Schule war dank den kleinlichen Intrigen des kaiserlichen Leibarztes Stifft nahe daran, sich aufzulösen: so hervorragende Lehrer wie Peter Frank und Johann Nepomuk Rust wanderten ins Ausland.[443]

Die Erbitterung, die in den gelehrten Kreisen über Stifft — den „Nagel ohne Kopf" — herrschte, war daher groß. In einer anonymen Anzeige, die durch Sedlnitzky zur Kenntnis des Kaisers gelangte, wurde darüber Klage geführt, daß seit einigen Jahren „sehr mittelmäßige Köpfe" die wichtigsten Lehrkanzeln erhielten, so daß bald aller literarischer Ruf der

österreichischen Universitäten verloren gehen werde; daß vorzüglich im medizinischen Fache „gar enorme Mißgriffe" geschähen und unter dem Vorwande verdächtiger Grundsätze in bezug auf Religiosität und Moralität die gelehrtesten Männer entfernt würden. Stifft, dem diese Anzeige zur Begutachtung zugestellt wurde, suchte dem Kaiser begreiflich zu machen, daß sich diese Hetze nicht gegen ihn, Stifft, richte, sondern gegen den Monarchen selber, weil alle Welt wisse, daß die Ernennung von Professoren durch Seine Majestät vollzogen werde. Er erreichte damit, daß der Polizeiminister beauftragt wurde, den „würdigen Gelehrten", der diese Äußerung getan haben sollte, ausfindig zu machen.[444]

Im übrigen wird sich Kaiser Franz über den Verlust von einigen Gelehrten wenig Sorgen gemacht haben. Wie er darüber dachte, das sagte er in seiner berühmten Ansprache an die Laibacher Professoren: „Ich brauche keine Gelehrten, sondern brave Bürger. Die Jugend zu solchen zu bilden, liegt Ihnen ob. Wer Mir dient, muß lehren, was Ich befehle. Wer das nicht kann, oder Mir mit neuen Ideen kommt, der kann gehen oder Ich werde ihn entfernen." [445] Wie viele aber, Lehrer und Studenten, traf das Los der Maßregelung in den nächsten Jahren. Denn der Kaiser hatte — über Antrag Stiffts — seinen Behörden die Überwachung derselben zur strengsten Pflicht gemacht. „Sie werden", so heißt es in der kaiserlichen Entschließung vom 30. März 1820, „das Erforderliche veranlassen, daß an allen Lehranstalten Meiner Staaten, vorzüglich aber an den Lyzeen und Universitäten, über das Benehmen und den Vortrag der Professoren und Lehrer gewacht und das Ordnungswidrige, was in einer oder der anderen Hinsicht beobachtet wird, sogleich angezeigt werde, was dann mir ungesäumt zu unterlegen ist." [446] Daß diesem kaiserlichen Befehl pünktlichst nachgekommen wurde, dafür liefern die halbjährigen Berichte der politischen Behörden mit ihren Wahrnehmungen und Beobachtungen ein erschrekkend reichliches Material. Wie viele wurden wegen ihrer „bösen" Grundsätze aus ihrer Bahn geschleudert und „unschädlich gemacht", wie zum Beispiel der Innsbrucker Student Eichner, welcher der Irreligiosität bezichtigt worden war. Stifft beantragte, ihn zum Militär abgeben zu lassen,

indem er — nicht sehr schmeichelhaft für den Soldatenstand — bemerkte, „im Militare da könne er gute Dienste leisten".[447]

Den Studenten wurde der Besuch auswärtiger Universitäten verboten,[448] damit sie, wie Sedlnitzky sich ausdrückte, „vor dem philosophischen Materialismus, dem religiösen Rationalismus oder Mystizismus, dem sogenannten Liberalismus, dem Revolutionsprinzip und dem Korporationsgeiste bewahrt" blieben.[449] Das Verbot hatte die Gründung der evangelisch-theologischen Fakultät in Wien zur Folge; durch sie war auch den Protestanten die Möglichkeit geboten, im Inlande zu studieren. Auch die wissenschaftliche Arbeit der Professoren war streng kontrolliert: die Bibliothekare wurden angewiesen, jährlich die Werke anzuzeigen, welche jene entlehnten.[450] Ein kaiserliches Dekret bestimmte, daß bei Konkursen für öffentliche Lehrkanzeln die eingereichten Arbeiten auf die politischen und kirchlichen Grundsätze hin zu beurteilen seien. Öffentliche Lehrer konnten erst nach dreijähriger Probezeit definitiv angestellt werden.[451]

Wie viele Lehrer entgingen nur deshalb der Bestrafung, weil sie sich rechtzeitig, wie man sich in der amtlichen Sprache der Polizei auszudrücken pflegte, „besserten". Zu diesen gehörte der Geschichtsprofessor am Olmützer Lyzeum Johann Knoll, der neben Weintritt in den Verdacht gekommen war, das burschenschaftliche Treiben der Studenten unterstützt und „Turnfahrten" veranstaltet zu haben. Der „höchst exzentrische" Mann wurde unter Polizeiaufsicht gestellt und prangte auf der schwarzen Liste der „verdächtigen Personen".[452] Acht Jahre nach seiner polizeilichen Untersuchung — im Jahre 1828 — war Knoll für die Lehrkanzel der Geschichte an der Wiener Universität vorgeschlagen worden. Allein Graf Sedlnitzky „getraute sich nicht", für diese Berufung zu stimmen, weil „er zu der Zeit, wo in Preußen und Deutschland die Turnübungen und das Deutschtum in Schwang kam, sich von der Sucht, diese Unfüge nachzuahmen und selbst bei seinen Schülern die Neigung dazu zu erregen, hinreißen ließ" — er wagte es nicht, obwohl er die Überzeugung hegte, daß die gegen ihn 1820 eingeleitete Untersuchung Knoll „zur Ordnung" geführt habe. Erst als

Knoll — wieder einige Jahre später — für die Prager Universität vorgeschlagen wurde, meinte Graf Sedlnitzky, die Verantwortung übernehmen zu können, da seine „Besserung“, die „Rückkehr zur Ordnung und Pflicht“, wirklich dauernd sei. Er glaubte dies um so unbedenklicher tun zu können, als selbst in dem „kaum denkbaren Fall eines Rückfalles“ Knoll in Prag „durch die mehrern Kontrollmittel“ viel leichter im Zaume gehalten werden könnte. Man werde gewiß nicht versäumen, seinen Lehrvortrag und seinen Verkehr mit der Jugend auch dort, wie es bisher in Olmütz geschehen, „unmerklich“ im Auge behalten.[453]

Man sieht: die österreichische Regierung hatte ein gutes Gedächtnis — aber auch alle diejenigen, die in jener Zeit der Demagogenverfolgungen mit der Polizei in nähere Berührung gekommen waren und den Schimpf des Polizeiarrestes auszukosten hatten. Sealsfield sagte später, den Haß, den sie damals erregte, werde man niemals verwinden[454] — er mag schon recht haben. Einen der damals polizeilich eingezogenen Studenten finden wir als Führer der vormärzlichen Ständebewegung in Niederösterreich: Anton Freiherrn von Doblhoff!

Den Argwohn der österreichischen Regierung gegen alle geschlossenen Zirkel bekamen auch einige Schweizer Studenten zu fühlen, die in aristokratischen Häusern als Erzieher wirkten und einen Klub gegründet hatten, in welchem wissenschaftliche und literarische Fragen besprochen wurden. Graf Sedlnitzky witterte hier einen von „exaltierten Köpfen“ zu dem Zwecke geschlossenen Geheimbund, um darin die „demokratisch-republikanischen“ Grundsätze zu begründen, sie dann in das Erziehungswesen ihres Vaterlandes zu übertragen und auf diese Weise allmählich auf eine Reform der schweizerischen Verfassung hinzuwirken. Aus aufgefangenen Briefen wollte er die Überzeugung gewonnen haben, daß diese „Societé Suisse à Vienne“, wie sich die Gesellschaft nannte, auf den Umsturz der Monarchien, der katholischen Religion und der Moral hinarbeite. Sedlnitzky war sich nur noch nicht darüber im klaren, ob er gegen sie das Kriminalverfahren einzuleiten oder sie bloß als „schwere Polizeiübertreter“ zu behandeln habe.

Allein der Kriminalsenat des Wiener Magistrates fand, daß zu einem gerichtlichen Vorgehen keine genügende Grundlage vorhanden sei, da weder aus den in dem Klub gehaltenen Reden noch aus den Schriften seiner Mitglieder mit Bestimmtheit entnommen werden könne, daß dieselben irgend etwas wirklich getan hätten, was zur Verübung eines Hochverrates gegen den Kaiser oder die Monarchie oder zur Störung der öffentlichen Ruhe oder der Religion abgezielt hätte. Ihr böser Zweck wäre auch nicht auf Österreich, sondern einzig und allein auf die Revolutionierung ihres engeren Vaterlandes, des Kantons Freiburg gerichtet. Wenn einer der verhafteten Mitglieder in seinen Briefen demokratische, antimonarchische Grundsätze äußerte, so seien das Ausbrüche seiner „irregeleiteten Phantasie", für seine Freunde, nicht für die Publizität bestimmt, und man könne daraus keineswegs entnehmen, daß „er wirklich etwas Gefährliches gegen Österreich ins Werk zu setzen oder auch nur zu beabsichtigen Mut und Willen gehabt habe". Es gehe auch nicht an, diese „Societé Suisse" für eine „geheime" Gesellschaft zu erklären, weil sie in einem offenen Gasthause — im „Burgundischen Kreuz" in der Breunerstraße — ihre Versammlungen abhielt, und auch bezüglich dieser Polizeiübertretung sei bereits die Verjährung eingetreten.

Sehr zum Ärger des Staatsrats Stifft, der diese Schweizer Erzieher alle miteinander als ausgesprochene „Jakobiner" erklärte, mußte von der kriminellen Verfolgung abgesehen werden. Sie wurden aber, nachdem sie fast ein Jahr lang im Arrest des Polizeihauses gesessen hatten und wohl noch länger gesessen hätten, wenn nicht einer der Väter der verhafteten Schweizer, der Oberappellationsgerichtspräsident von Müller, auf diplomatischem Wege energische Schritte unternommen hätte, über die Grenze geschafft und sorgsam „im Auge behalten", damit sie nicht wieder nach Österreich kämen. Der Monarch sprach dem Grafen Sedlnitzky gegenüber die Erwartung aus, daß die polizeiliche Untersuchung künftighin schneller, als dies hier geschehen, zu betreiben sei und über die Frage der Einleitung des Kriminalverfahrens nicht mehr der Wiener magistratische Kriminalsenat, sondern die Oberste Justizstelle zu vernehmen sei. Das Verbot der Auf-

nahme französischer Kindererzieher, das seit dem Regierungsantritte des Kaisers bestand, wurde nun auch auf die Schweizer ausgedehnt[455] — sehr zum Leidwesen der vornehmen Kreise, die schon aus dem Grunde mit Vorliebe die französische Sprache pflegten, um besser vor den polizeilichen Horchern geschützt zu sein.

Auch die Wildensteiner Ritter auf blauer Erde, die der romantisch veranlagte Verwalter der Wiener-Neustädter Akademie, Anton Steiger, auf dem von ihm restaurierten Schlosse Seebenstein ins Leben gerufen hatte, sollte jetzt ihr Schicksal ereilen. Sie waren schon im Jahre 1806, wie wir bereits hörten, von der Polizei aufgelöst worden, weil der Regierung das Ritterspiel bedenklich erschien. Zwar hatte sie anerkannt, daß die trinkfrohe Gesellschaft, die aus lauter ehrenwerten Männern, höheren Offizieren und Geistlichen — befand sich doch der Bruder des Fürsten Metternich, der Erzbischof Summerau und der Feldmarschalleutnant Faber darunter — bestand, nichts staatsgefährliches an sich habe, aber sie vertrat nun einmal den Grundsatz, daß jede Vereinigung von Menschen, wenn sie auch in der besten Absicht gegründet worden sei, — „ausarten" konnte. Unleugbar hatten die Förmlichkeiten, die beim Einlaß in die Burg, bei der Aufnahme der Knappen und Ritter und bei den Trinkgelagen beobachtet wurden, wie sie denn regelrechte Ordensstatuten besaßen, etwas Verdächtiges, und aus diesem Grunde waren ihre Ordensversammlungen in der altdeutschen Tracht verboten worden.

Aber an einem Maientag des Jahres 1808 — man stand im Zeichen der vaterländischen Erhebung, auf dem Höhepunkt der Romantik — waren einige Brüder des Kaisers, die Erzherzoge Joseph, Johann, Anton und Ludwig, nach dem schönen Seebenstein gekommen und sprachen den Wunsch aus, die Gesellschaft der Wildensteiner einmal in ihrer Rittertracht zu sehen.[456] Der Wunsch ward zum Befehl: im Augenblicke waren die verbotenen Gewänder und Barette aus den Truhen geholt und die Seebensteiner nahmen, nachdem das Eis gebrochen war, wieder ihre altgewohnten Versammlungen auf — sehr zum Ärger der Polizei, die sich indes angesichts der augenscheinlichen Gunst des Hofes darauf be-

schränken mußte, das Benehmen der Rittergesellschaft sorgsam zu überwachen. Kaiser Franz selbst besuchte einmal — es war im Jahre 1811 — die Burg und gab beim Abschied, auf die Klage des „Oberritters" Steiger über die fortwährenden Behelligungen seitens der Polizei, die beruhigende Versicherung: „Es wird Euch Niemand mehr etwas im Wege legen." [457]

Es dauerte nicht lange, so erfuhren die Wildensteiner Ritter auf blauer Erde eine neue Auszeichnung. Ein Bruder des Kaisers, Erzherzog Johann, übernahm die Würde eines Großmeisters des Ordens, und dies war kein leerer Ehrentitel: „Hans von Österreich der Thernberger", der in dem nahen, an der steirischen Grenze gelegenen Thernberg seinen Wohnsitz aufgeschlagen hatte, kam gern und häufig nach Seebenstein. Aber es scheint, daß gerade diese Verbindung mit dem hochherzigen Förderer aller wissenschaftlichen und humanitären Bestrebungen den Wildensteinern sehr geschadet hat. Der Erzherzog hatte sich, wie wir wissen, durch sein Verhalten im Befreiungskriege die allerhöchste Ungnade zugezogen. Der „König von Rhätien", der „Alpenkönig", stand unter strengster Aufsicht der Polizei, die ihm beständig auf den Fersen war und seinen Briefwechsel kontrollierte, immer und überall Böses witternd. Das bekannte Bild des Malers Peter Krafft, das den Erzherzog hoch oben auf seinen geliebten Bergen in der Tracht eines steirischen Jägers darstellte, beschäftigte sofort die Polizei und Meister Krafft erhielt — im Juli 1818 — eine kräftige Rüge, weil er sich unterstand, für die Verbreitung des anstößigen Kupferstiches zu sorgen[458] — offenbar sah man es als eine Propaganda für das Alpenkönigtum an. Allein das war noch nicht alles.

Die Polizei hatte durch ihre Vertrauten in Erfahrung gebracht, daß der Erzherzog in England, wohin er nach Schluß des Wiener Kongresses im Auftrag des Kaisers gereist war, für die Mysterien der Freimaurerei gewonnen und nun ein schwärmerischer Anhänger der königlichen Kunst geworden sei. Ihr wurden auch, aus derselben dunklen Quelle, allerlei geheimnisvolle Zusammenkünfte des liberalen Prinzen mit einigen Seebensteinern an der steirischen Grenze, die den Zweck verfolgten, einen neuen Maurertempel in Österreich

zu errichten, verraten.[459] Was an alledem Wahres war, wissen wir nicht; es klingt sogar recht unwahrscheinlich — aber das Mißtrauen gegen den Erzherzog war einmal da und so wurde alles, was er tat, übel ausgelegt. Selbst hinter der vom Erzherzog für die Steiermark ins Leben gerufenen Landwirtschaftsgesellschaft, die im Lande eine so segensreiche Wirksamkeit entfaltete, sah die Polizeihofstelle einen höchst gefährlichen „Ordensmystizismus und Konstitutionalismus".[460] Die Gründung des Grazer Johanneums mit einem „Lesekabinett", in welchem auch verbotene Bücher und Zeitschriften sich befanden, war ihr auch nicht recht.[461] So fand denn der alte Argwohn gegen die Wildensteiner Ritter neue Nahrung. Es gefiel der Polizei einmal nicht die himmelblaue Farbe ihrer Rittertracht, denn blau war die Farbe der freimaurerischen Johannisloge. Auch das erschien ihr sehr bedenklich, daß auf der Medaille, welche die Wildensteiner an einem blauen Bande um den Hals trugen, der Dreiwinkel mit dem Auge Gottes — ein Freimaurerabzeichen — abgebildet war. Zum Unglück bekam die Polizei auch noch ein Bild in die Hände, das den Oberritter Steiger, mit seinem Ritternamen „Heinz am Stein der Wilde" genannt, mit einem Hammer — ein ausgesprochenes Maurersymbol — darstellte. Daß dann noch eine Anzahl deutscher Fürsten, wie der „Altbursche" Karl August von Weimar, Wilhelm von Preußen und Leopold von Sachsen dem Orden als Ehrenritter angehörten, und der ganze altdeutsche Charakter der Wildensteiner, der an das nationale Burschenschaftswesen wie an die Logen erinnerte: das alles zusammen ließ den Ritterorden in den Augen der Polizeihofstelle als eine höchst unbequeme, bedenkliche Geheimgesellschaft erscheinen.

Die Atmosphäre war schon aufs äußerste gespannt — da ereignete sich noch ein unliebsamer Zwischenfall, der den Becher zum Überschäumen brachte. Am 4. April 1820 fand eine feierliche Versammlung der Wildensteiner auf Schloß Seebenstein statt, zu der auch Erzherzog Johann erwartet wurde. Dieser sagte ab, aber dafür kam ein ungebetener Gast in Person eines Vertrauten der Polizei, der sich in die Rittergesellschaft einzuschmuggeln verstand und seine Beobachtun-

gen pflichtschuldigst zu Papier brachte — darunter auch eine Episode aus vorgerückter Stunde, die nicht geeignet erschien, die patriotische Gesinnung der Wildensteiner im besten Lichte erscheinen zu lassen. Nach der Absingung des „Gott erhalte Franz den Kaiser", weigerte sich der Pfarrer von Seebenstein, der schon zuviel dem Weine zugesprochen zu haben scheint, auf das Wohl seines Landesherrn zu trinken. Darob zur Rede gestellt, erklärte er ganz dreist, er habe vor diesem keinen Respekt, weil er die Geistlichen so schlecht zahle und überhaupt vom Regieren nichts verstehe.[462] Der geistliche Raisonneur wurde wohl sofort vor die Burg gesetzt, aber sicherlich machte die Szene — im Weine liegt nach dem bekannten Sprichwort die Wahrheit — hohenorts keinen günstigen Eindruck, zum mindesten bot sie den willkommenen Anlaß, um zum letzten Schlag auszuholen. Der Beweis für die Richtigkeit der von der Polizei stets verfochtenen These, daß eine in der besten Absicht gegründete Gesellschaft „ausarten" könne, war damit erbracht.

Wenige Tage später erneuerte die Polizeihofstelle den Antrag auf endgültige Auflösung der Wildensteiner Ritter. Graf Sedlnitzky betonte in seinem Vortrag die gebieterische Notwendigkeit, unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen gegen alle wie immer gearteten geheimen Gesellschaften auf der Hut zu sein, weil auch — das Argument ist uns schon bekannt — die ursprünglich unschuldigsten Vereine in der Folge nur zu leicht „ausarten" könnten. Die „Aufsichtigkeit" des Staates müsse aber noch weit reger sein, wenn eine Gesellschaft wie die Wildensteiner bei geschlossenen Türen zeremoniöse Akte vornehme, die in vielem an die Freimaurerei erinnerten. Der Bestand einer solchen Verbrüderung sei insoferne für den Staat eine Gefahr, als jene „exaltierten" Köpfe, in denen der Hang zu geheimen Gesellschaften nicht ausgestorben ist, von neuem angeregt werden, sich diesem Hange zu ergeben.

Staatsrat Stifft schloß sich dem Antrage Sedlnitzkys aus vollster Seele an. Er wußte die Sache vom Gebiet des Staatsgefährlichen auf das Moralische überzuleiten und ins Lächerliche zu ziehen. Die Gesellschaft der Wildensteiner, so führte er aus, hat keinen bestimmten Zweck und ist bloßes „Spiel-

werk", einzig und allein dazu bestimmt, den Verbrüderten ein paarmal im Jahr einige frohe Stunden bei Schmaus und Gesang zu verschaffen. Darin aber liegt die Quelle von manchem Bösen. Denn diese Gelage und Schmausereien, abgesehen davon, daß sie Zeit und Geld kosten, geben nur zu leicht Gelegenheit zu „Berauschungen", wie denn selbst der Pfarrer von Seebenstein sich betrank und dabei Gesinnungen des Herzens verriet, welche von dem Geist der Ritterschaft kein günstiges Zeugnis ablegen. Hat man sich einmal die Außenseiten der verbotenen Freimaurerei angeeignet, dann wird man für die echte lüstern gemacht.

Kaiser Franz, der den Seebensteinern seinen Schutz zugesichert hatte, gab zu ihrer Auflösung seine Zustimmung, und sie wurden „auf schonende Weise", aber „für immer" aufgelöst.[463] Noch nach Jahren, so erzählt ein Zeitgenosse, füllte sich das Auge der einstigen Wildensteiner mit Tränen, wenn sie an die fröhlichen Tage „auf blauer Erde" zurückdachten.[464] Auch für einen Verein, der getreu seinem Wahlspruch: Gott, Kaiser, Österreich und Freundschaft" patriotische Ziele verfolgte, war in dem Österreich des Kaisers Franz kein Platz. Die Aufhebung der Seebensteiner Ritter war das würdige Vorspiel zu der oft geschilderten Verfolgung der Mitglieder der „Ludlamshöhle", wo die politische Gespensterseherei ins unverhüllt Läppische geht.

Die österreichische Regierung war übrigens in der Verfolgung der geheimen Gesellschaften und alles Romantisch-Schwärmerischen durchaus konsequent. Dies erfuhr auch jener Mann, von dem die Erneuerung des kirchlichen Lebens in Österreich ausging, der sogenannte „Apostel von Wien" Clemens Maria Hofbauer.[465] Dieser Priester, der wie ein Heiliger verehrt wurde und dessen Verdienste um die katholische Kirche durch die Seligsprechung gewürdigt worden sind, war in den Augen der gestrengen Polizeihofstelle ein „äußerst gefährlicher Mensch",[466] der von dem Augenblick an, da er zu bleibendem Aufenthalt österreichischen Boden betrat, unausgesetzt und intensiv die Behörden beschäftigte — denn auch er war ein Geheimbündler.

Als Hofbauer in dem schicksalsschweren Jahre 1808, da der Kaiserstaat als das gelobte Land der Romantiker er-

schien, von Warschau über die russische Grenze flüchtete, fielen der wachsamen österreichischen Polizei bei der Revision seines Reisegepäckes eine „beträchtliche Menge von Kirchensachen" in die Hände, die sie veranlaßte, ihn in Wien einem scharfen und gründlichen Verhör zu unterziehen. Da stellte sich nun heraus, daß Hofbauer Rektor der Liguorianer-Kongregation, also eines Ordens, der in Österreich nicht anerkannt war, sei. Man legte ihm daher nahe, entweder die Verbindung mit seinen im Ausland weilenden Ordensbrüdern vollständig aufzugeben oder wieder seiner Wege zu ziehen. Hofbauer entschied sich — trotz des unfreundlichen Empfanges, den ihm die österreichischen Behörden bereiteten — für den Verbleib in Wien und so wurde ihm der Aufenthalt in der Residenz „gestattet"; er wurde aber fortan einer „zweckmäßigen Polizeiaufsicht" unterzogen.[467]

Clemens Maria Hofbauer fand bald als Beichtvater bei den Ursulinerinnen wie als Prediger lebhaften Anklang, weil er es verstand, die Herzen seiner Zuhörer aufs tiefste zu ergreifen — aber gerade diese zündende Wirkung erregte das Mißfallen der Polizei, welche jede „Art von Aufregung" als bedenklich ansah.[468] Sie stieß sich an seinen „überspannten" Ideen und nahm mit wachsendem Befremden wahr, wie Hofbauer, dieser Eiferer für das Papsttum und verkappte Jesuit, zum geistigen Mittelpunkt eines zur „Frömmelei" und „Religionsschwärmerei" neigenden Kreises von Verehrern und Verehrerinnen wurde. Bei seinen Predigten fand sie auszusetzen, daß er in seiner Sucht, auf das Volk zu wirken, der „gemeinsten und niedrigsten Sprache" sich befleißige und durch seine „unartigen Gebärden" Ärgernis errege.[469] Da indes Hofbauer so mächtige und einflußreiche Gönner wie den Erzherzog Maximilian und den Wiener Erzbischof Grafen Hohenwart besaß, mußte sie sich wohl oder übel Zurückhaltung auferlegen, lauerte aber um so begieriger auf eine Gelegenheit, den unbequemen Priester loszubekommen.

Endlich fand sich eine solche. Durch die Unvorsichtigkeit eines ins Ausland reisenden Ordensbruders kam die Polizei Hofbauer darauf, daß er doch noch insgeheim den Liguorianern als Oberer angehöre. Er wurde einer strengen Untersuchung unterzogen, die das für die Regierung hochbefriedi-

gende Ergebnis zeitigte, daß Hofbauer — am 12. November 1818 — erklärte, um den Emigrationskonsens anzusuchen. Das Gesuch wurde von dem Oberstkanzler beim Kaiser auf das wärmste befürwortet. Hofbauer scheint, so äußerte sich Graf Saurau, zur Klasse jener Männer zu gehören, welche dem Übel unserer Zeit: „Irreligiosität durch falsche Aufklärung" durch ein anderes Übel: „Exaltierung religiöser Gefühle auf Kosten des Verstandes" begegnen wollen. Wenn man bloß Krankheiten „substituiert", wird der Körper nicht gesund. Die österreichische Kirche und der Staat leiden wohl keinen Schaden, wenn Hofbauer das Land verläßt.[470]

Der geistliche Referent im Staatsrat, Hofrat Lorenz, stimmte dem Antrag des Obersten Kanzlers begeistert zu und der Kaiser gestattete Hofbauer die von ihm angesuchte Auswanderung. Das war nun der Moment, wo die hohen Beschützer Hofbauers, allen voran Burgpfarrer Frint und der Erzbischof Hohenwart, der seinen „besten" Priester nicht verlieren wollte, mit einer wirksamen Gegenmine einsetzten. Sie deckten dem Monarchen den wahren Sachverhalt auf, zeigten ihm, daß Hofbauer durchaus nicht „freiwillig" den österreichischen Staat zu verlassen gedenke und die vom Kaiser darauf hin angeordnete Untersuchung ergab die völlige Wahrheit ihrer Anzeige.[471]

Hofbauer durfte bleiben, jedoch wurde er seiner „schiefen" Grundsätze wie seiner bedenklichen „Umtriebe" und „Proselitenmacherei" wegen von der Polizei bis zu seinem letzten Atemzuge „strenge und eindringlich" überwacht. Die österreichische Regierung hat wahrhaftig alles getan, um dem „Heiligen" und seiner Jüngerschar das Leben in Österreich so schwer als möglich zu machen und der religiösen Erneuerung, die von ihm ausging, tunlichst Hindernisse in den Weg zu legen. Von einer Regierung, die stets die Wichtigkeit der Religion betonte, hätte man sich wohl eine andere Behandlung dieses frommen Mannes erwarten dürfen — indes für den tieferen Kenner ihrer religiös-politischen Grundsätze ist sie nicht nur nicht verwunderlich, sondern im Gegenteil sehr begreiflich. Auch hier drückt sich wieder die persönliche Eigenart des Monarchen aus, dem jede über

die gewöhnliche „Pastoralklugheit“ hinausgehende, aus den Tiefen des Herzens strömende Frömmigkeit — wie treffend hatte ihn doch auch nach dieser Richtung hin sein kaiserlicher Oheim gekennzeichnet! — und überhaupt jede innere Erhebung einfach unverständlich, ja bedenklich erschien. Eine für diese Eigenart des Monarchen höchst lehrreiche Geschichte hat uns Kardinal Rauscher, der zu den begeistertsten Schülern Hofbauers zählte und auch seinen Geist getreulich pflegen sollte, erzählt. Die Mutter des jungen Otmar, der nach den Absichten der Eltern die juridische Laufbahn hätte einschlagen sollen, klagte dem Kaiser den religiösen Eifer ihres Sohnes, worauf Franz tröstend die Worte sprach: „Liebe Frau, wenn es Ihnen recht ist, so werde ich es durch die Polizei untersuchen lassen.“[472] Die Polizei hatte das Maß der Frömmigkeit zu bestimmen, jedes Übermaß aber, das in die Region des „Überspannten“ fiel, das „Aufregung“ hervorzurufen geeignet erschien, zurückzustauen — so wollte es der Kaiser, der sich in diesem Punkte im Einklang mit der josephinisch geschulten Mehrheit seiner Räte befand.

War es da ein Wunder, wenn auch die Geistlichkeit unter dem Druck des kaiserlichen Absolutismus litt und über die Behandlung der Kirche als Polizeiinstitut zu klagen fand? Was der Leitmeritzer Professor Fesl seinem Tagebuch anvertraute und der Seebensteiner Pfarrer in seinem Rausche äußerte, war doch nur der Ausdruck der Verbitterung über diese von ihnen als unwürdig empfundene Stellung der Kirche gegenüber dem Staate.

Wenn akademische Lehrer und Studenten, schweizerische Erzieher und Priester von der Regierung strenge überwacht wurden, so sollten es die Dichter und Literaten nicht besser haben: das gedruckte Wort war nicht minder gefährlich als das gesprochene. „Kein Lichtstrahl, er komme, woher er wolle“, so hatte es in der Zensurvorschrift des Jahres 1810 geheißen, „soll in Hinkunft unbeachtet und unerkannt in der Monarchie bleiben oder seiner möglichen Wirksamkeit entzogen werden.“ Diese verheißungsvoll klingenden Worte, die sich wie ein Widerhall der Freiheitskriege ausnehmen, sind später oft der vormärzlichen Regierung mit Hohn ent-

gegengehalten worden. Man beachtete jedoch zumeist nicht den der schwungvollen Ankündigung — sie hätte ein Milton schreiben können — angehängten ominösen Nachsatz, der da lautet: „aber mit vorsichtiger Hand sollen auch Herz und Kopf des Unmündigen vor den verderblichen Ausgeburten einer scheußlichen Phantasie, vor dem giftigen Hauche selbstsüchtiger Verführer und vor den gefährlichen Hirngespinsten verschrobener Köpfe gesichert werden."[473] Wie Friedrich Gentz, aus dessen glänzender Feder diese Verordnung stammte, den unangenehmen Nachsatz handhabte, das hat er in dem uns schon bekannten Falle des Professors Schneller in nicht mißzuverstehender Weise bekundet.

Viel, sehr viel ist über dieses traurige Kapitel der österreichischen Zensur, über die unglückliche Art, jeden Geistesschwung zu hemmen, alles höhere Streben zu verkümmern und die Untertanen brav in Unmündigkeit zu erhalten, geklagt und geschrieben worden.[474] Die „Zensuranekdoten", die ein stattliches Buch ausfüllen könnten, sind einmal als eine „unversiegliche Quelle der Heiterkeit" bezeichnet worden — das sind sie heute gewiß, aber den von den kleinlichen Plackereien der Bücherpolizei unmittelbar betroffenen Zeitgenossen verging für gewöhnlich gründlich das Lachen. Niemand litt seelisch mehr unter dem Druck der Geistesfesseln als Österreichs größter Dichter. Auch für Franz Grillparzer ist das Jahr der Karlsbader Beschlüsse von geradezu katastrophaler Bedeutung geworden, so daß er seitdem zu den in der erwähnten Zensurverordnung als Popanze gebrandmarkten „Verführer" und „verschrobenen Köpfen" zählte. Ihm konnte zwar nicht wie bei Clemens Maria Hofbauer ein Übermaß von religiösen Gefühlen „auf Kosten des Verstandes" vorgeworfen werden, wohl aber das andere von Saurau gerügte Übel: „Irreligiosität durch falsche Aufklärung."

Der Dichter hatte sich nach dem Tode seiner Mutter, die unter so „greßlichen" Umständen aus dem Leben ging, Urlaub genommen und war, einem inneren Drange folgend, nach Italien gereist.[475] Der Anblick „der heiligen Trümmer" des Campo Vaccino in Rom, wo er im Frühjahr 1819 weilte, begeisterte ihn zu einem Gedicht, worin er den Verfall des

alten Rom beklagt: „Hauch ihn aus, den letzten Odem, riesige Vergangenheit! Flach dahin auf flachem Boden, geh' dahin die neue flache Zeit.“ Er bemitleidet das herrliche Kolosseum, diesen „Riesenschatten von der Vorwelt Machtkoloß“, daß es jetzt verurteilt sei, das heilige Kreuzeszeichen zu tragen: „Und damit verhöhnt, zerschlagen, du den Martertod erwarbst, mußtest du das Kreuz noch tragen, an dem, Herrlicher, du starbst.“

Dieses Ruinengedicht wurde noch im selben Jahre in der von Schreyvogel herausgegebenen Zeitschrift „Aglaja“ abgedruckt, sofort auch der Polizeihofstelle denunziert, worauf Graf Sedlnitzky es herausnehmen ließ und sich obendrein verpflichtet fühlte, den Kaiser auf das „gegen Heiligtümer der christlichen und besonders der katholischen Religion grell und offenbar verstoßende“ Geistesprodukt eines seiner Beamten — Grillparzer diente als Konzipist in der Hofkammer — aufmerksam zu machen. Der Dichter erhielt über Auftrag des Monarchen vom Grafen einen strengen Verweis. Er wurde belehrt, daß sein Benehmen eine „schiefe Bildung des Verstandes, wenn nicht gar ein verdorbenes Gemüt“ verrate, und ihm bei einem „abermaligen Rückfall“ die Entlassung aus dem kaiserlichen Dienst angedroht.

Franz Grillparzer erlebte jetzt böse Stunden. Seine Vorgesetzten und Gönner, die sein Urlaubsgesuch beim Kaiser unterstützt hatten, fühlten sich bloßgestellt. Der Anblick der erhabenen Denkmäler der Alten, so hatte Graf Chorinsky in seiner Eingabe gesagt, wird ohne Zweifel die „gelungensten Folgen für des Dichters späteres Schaffen“ zeitigen — und nun war dieses Poem herausgekommen, das als eine Verhöhnung der katholischen Kirche und des Papsttums aufgefaßt wurde. Grund genug für den Dichter, sein anstößiges Benehmen hohenorts in einem milderen Lichte erscheinen zu lassen. In einem längeren Schreiben an Sedlnitzky, das eigentlich an des Kaisers Adresse gerichtet war, suchte Grillparzer sich zu rechtfertigen. Der Schein, so führte er darin aus, spreche wohl gegen ihn, doch möge man ihn, wenn schon nicht für gutgesinnt, nicht für „wahnsinnig“ halten, und das müßte er sein, wenn er seine ganze Gegenwart und Zukunft auf eine so lächerliche Art aufs Spiel setze. Man

habe ihn völlig mißverstanden — es handle sich hier um ein Gedicht und nicht um ein Glaubensbekenntnis. Nicht er, sondern die Ruinen, die hier personifiziert und als sterbende Helden aufgefaßt erscheinen, seien unwillig über das Neue, das ihnen den Untergang bereitete — „Ich lieh ihnen mein Organ, sie mir ihre Gesinnung." Schließlich erklärt er, daß ihn die Veröffentlichung des Gedichtes „wahrhaft und innig reue" und er „nie mehr" in denselben Fehler zu verfallen gedenke.[476] Der Dichter mag, als er dieses gewundene Entschuldigungsschreiben an den Polizeiminister verfaßte, innerlich gelächelt oder — was seiner ganzen schwerblütigen Natur nach wahrscheinlicher ist — vor sich selber errötet sein: zu solchen widerlichen Akten der Selbsterniedrigung führte das System des Kaisers Franz!

Doch so sehr er sich in seiner schriftlichen Rechtfertigung demütigte, den Makel des antikatholischen Ruinengedichtes brachte er nicht mehr weg — er klebte ihm die ganze Zeit seines Lebens wie ein Kainszeichen auf der Stirne an, und so konnte der Dichter füglich seine italienische Reise, die einem glücklicheren Musensohne zum Quell der schönsten Erinnerungen geworden, als seine „Pandorabüchse" bezeichnen. Als Grillparzer zwei Jahre später um eine Stelle in der Privatbibliothek des Kaisers sich bewarb, meinte Franz: „Ja, er taugte schon dazu, wenn er nur diese Geschichte mit dem Papste nicht gehabt hätte" — und er erhielt sie nicht. Die bösen Worte, die der Kaiser über den „leichtfertigen" Dichter, der Verse mache, statt Berichte zu verfassen,[477] fallen gelassen haben soll, erscheinen nur zu glaubhaft. Kaiser Franz haßte alle „Büchelmacher" aus vollster Seele[478] — und dazu gehört auch Grillparzer, der Verfasser des „treuen Diener seines Herrn."

Die beständigen Schwierigkeiten, mit denen er zu kämpfen hatte, erfüllten den Dichter, der wie kein zweiter an seiner österreichischen Heimat hing, mit wachsendem Groll, den er aber in seinem Herzen und in seinen Tagebüchern — noch kennen wir sie nicht zur Gänze — sorgsam verschloß. Er wußte, was er sagte, wenn er zornvoll ausrief: „Der Despotismus hat mein literarisches Leben zerstört" oder

wenn er mit Anspielung auf Gentz und Stifft die Klage über sein Vaterland erhebt:

Dort tönt kein Wort durch spähenwache Lüfte,
Scheu kriecht das Denken in sich selbst zurück.
Die Brust vernieten krummgebogene Stiffte
Und Gentzlich stumpf gilt dort für höchstes Glück.

5. KAISER FRANZ UND KAROLINE AUGUSTE. SORGE FÜR DAS INNERE.

Groll und Unzufriedenheit in Ungarn, in den italienischen Provinzen und bei den Gebildeten, in erster Linie den Literaten aller Länder Österreichs ohne Ausnahme, tiefe Verstimmung in der nächsten Umgebung des Kaisers selbst, bei den kaltgestellten Erzherzogen — das war die sozusagen unvermeidliche Folge des „väterlichen" Systems der Polizeiherrschaft. Aber noch wagte sich die Opposition nicht offen hervor. Im allgemeinen hatte Kaiser Franz durch seine beharrlich verfolgte Taktik des „abschreckenden Exempelstatuierens" das erreicht, was er wollte: Ruhe.

Noch konnten seine dienstbeflissenen Organe mit vollster Berechtigung sagen, daß die große Masse der Bevölkerung zufrieden und glücklich sei. Die geringe Einschätzung der geistigen Kultur, um nicht zu sagen die Verachtung, die der Kaiser allen Bildungswerten zuteil werden ließ, brachte den Mann aus dem Volke nicht in Wallung. Er regte sich nicht darüber auf, wenn die Dramen Schillers im Burgtheater nur mit starken Zensurstrichen oder überhaupt nicht aufgeführt werden durften. Die Hauptsache war, daß er in Ruhe und Behagen seinen materiellen Gelüsten nachgehen konnte, und in dieser Hinsicht bot der auf dem Wiener Kongreß geschaffene Friede, für dessen Aufrechterhaltung und Schutz ein gewaltiger Fürstenbund, die heilige Allianz, eifrig und geräuschvoll sorgte, die beste Gewähr. Daß dieser heiß ersehnte Friede überdies für Österreich so ehrenvoll abgeschlossen hatte, daß der Staatskanzler sich als „Kutscher Europas" bezeichnen durfte, konnte auf das Volksempfinden — bei aller sonst zu Tage tretenden Gleichgültigkeit für die Geschicke der Monarchie — nicht ohne Eindruck bleiben

— und das Verdienst, den Kaiserstaat aus all den Fährlichkeiten eines langen opfervollen Krieges heraus zu Macht und Ansehen gebracht zu haben, fiel dem Monarchen zu, dem auf dem Kongresse selbst die Fürsten als Patriarchen gehuldigt hatten.

Kein Zweifel: Kaiser Franz erfreute sich in diesen Tagen des äußeren Glanzes — wie dies selbst so ausgesprochene Widersacher wie Sealsfield anerkennen mußten — einer starken Popularität, und hätte jetzt jemand von ihm die Behauptung gewagt, er habe sich durch die Finanzaktion des Jahres 1811 in selbstsüchtiger Weise bereichert, der wäre unfehlbar verprügelt worden. Die Abgeschlossenheit des Hofes, die man einst an ihm zu tadeln fand, hatte einem herzlich-vertraulichen Verhältnis, wie es selten zwischen Fürst und Volk geherrscht haben mag, Platz gemacht. Kaiser Franz war unermüdlich im Audienzerteilen und hatte für jeden, auch den geringsten, ein paar freundliche, leutselige Worte, ein gnädiges „Wir werden's schon machen", das den Bittsteller aufzurichten imstande war, wenn auch dann vielleicht nichts gemacht wurde. Wenn der Kaiser in seinem einfachen abgetragenen Bürgerkleid an der Seite seiner Gemahlin Karoline Auguste mitten unter den Spaziergängern auf der Bastei sich zeigte und freundlich nach allen Seiten grüßte oder in seiner altmodischen grünen Kalesche, mit seinem Oberstkämmerer Wrbna plaudernd, herumfuhr, so jubelte man ihm zu. Daß er, der geborene Florentiner, der groben Sprache des Vorstadtvolkes sich bediente und ein derbes Witzwort nicht scheute, das schmeichelte den Neigungen der Menge, die gern solche Proben seines allerhöchsten Humors weitertrug. Wenn der Kaiser wirklich, wie erzählt wird, beim ersten Zusammentreffen mit Karoline Auguste, die nach dem Tode der Kaiserin Maria Ludovica deren Nachfolgerin werden sollte, zu seinem Adjutanten bemerkte: „Das ist eine, die einen Puff aushalten wird, wenigstens hab' ich nicht wieder in vierzehn Tagen eine Leich'," [470] so mag diese für feinere Ohren gewiß abstoßende Äußerung dem Geschmack eines urwienerischen Kleinbürgers ganz wohl zugesagt haben.

Karoline Auguste, die der Monarch — wieder nach einem

auffallend kurzen Witwerstand — als vierte Gemahlin im Herbst 1816 heimführte, brachte aus ihrer bayerischen Heimat — sie war die zweite Tochter Maximilian Josephs — außer ihrer blühenden Gesundheit noch eine Eigenschaft mit, die, wie es scheint, auf die Geschicke des Kaiserstaates nicht ohne tiefgehende Wirkung war. Bisher hatten, sehen wir ab von der ersten Frau des Kaisers, die sehr früh starb, alle Kaiserinnen auf den Selbstherrscher Franz einen nicht unbedeutenden Einfluß ausgeübt. Die lebenslustige Marie Therese hatte es verstanden, den Monarchen derart von seinen Regierungsgeschäften abzuziehen, daß er von seinen Ministern an die ihm obliegenden Regentenpflichten gemahnt werden mußte, ihn außerdem auch politisch, im kriegerischen Sinne, beherrscht. Die dritte Gemahlin Maria Ludovica darf als die Seele des Krieges von 1809 betrachtet werden und ihrem durchgeistigten Wesen ist es wohl auch zuzuschreiben, daß damals das literarische Leben eine Zeitlang des kaiserlichen Schutzes sich erfreuen durfte. Karoline Auguste aber wirkte durch ihre Frömmigkeit.

Die neue Kaiserin, „wegen der Strenge ihrer religiösen Überzeugung bekannt,“ [480] eine Schülerin des Jesuiten Sambuga,[481] brachte aus München ihren Beichtvater Job mit, der bald die Seele der sogenannten „frommen Partei“ [482] am Wiener Hofe — zu der noch der Hofkaplan Darnaut und der uns bereits bekannte Burgpfarrer Frint gehörten — werden sollte. Der auffallende Stimmungsumschwung im Verhalten des Kaisers gegenüber dem Priester Clemens Maria Hofbauer und die Bloßstellung des Obersten Kanzlers Saurau, der den unbequemen Priester zur „freiwilligen“ Auswanderung hatte nötigen wollen, gehen wohl in erster Linie auf diese Hofpartei zurück. Darnaut war es auch, der den Kaiser, so viel man sieht, dazu brachte, dem Redemptoristen- oder Liguorianerorden, welchem Pater Hofbauer angehörte, ein Asyl in Wien zu verschaffen[483] — zum Befremden der aufgeklärten, josephinisch denkenden Kreise, die in den Liguorianern nichts anderes als verkappte Jesuiten sahen. Dieses Unbehagen steigerte sich, als bald darauf der Jesuitenorden selbst wieder seinen Einzug in die österreichischen Staaten hielt. Gegen den entschiedensten Einspruch des geistlichen Re-

ferenten Hofrat Lorenz, der von der Rückkehr dieser „römischen Mietlinge“ für den Kaiserstaat „namenloses Unheil“ besorgte, hatte der Kaiser seine Einwilligung gegeben.[484]

Die fromme Partei war es wohl auch, die bei der geheimnisvollen Romreise des Kaiserpaares im Frühjahre 1819[485] Pate stand. Angeblich handelte es sich um einen bloßen Höflichkeitsakt, um eine verspätete Hochzeitsreise, aber in Wirklichkeit bedeutete sie eine starke Annäherung an den ultramontanen Interessenkreis. Der arme Grillparzer, der gleichzeitig mit dem Monarchen in der ewigen Stadt weilte, aber sich weniger um den heiligen Vater, als um die Überreste des alten Rom kümmerte, bekam den Gesinnungswandel unangenehm zu fühlen. Immer stärker werden diese streng kirchlichen, ausgesprochen römischen Einflüsse, die auf des Kaisers Seele einstürmen und seinem von Joseph II. übernommenen kirchlichen Absolutismus entgegenarbeiten, um ein merkwürdiges Schwanken hervorzurufen — doch davon später.

Die Kaiserin Karoline Auguste stand allen diesen Bestrebungen nicht fern. Mit unsichtbarer Hand spinnt sie die Fäden, die den Monarchen, je älter er wurde, desto stärker an die römische Kirche banden. Franzens Abneigung gegen die Aufklärung, fand in ihr eine verständnisvolle Stütze. Die Förderung der Kleinkinderschulen, die ein unter ihrem Protektorat stehender Verein übernommen hatte, erschien ihr bedenklich, weil dadurch „zu viele Aufklärung“ unter den niedrigen Volksklassen verbreitet werden könnte. Lieber wollte sie, wie sie etwas derb sich ausdrückte, „sich aufhängen“, als den Vorwurf sich zuziehen, „etwas zu der unglücklichen Richtung unserer bewegten Zeit beigetragen zu haben.“ [486] Im übrigen hat das schlichte, einfache, hausmütterliche Wesen der Kaiserin, welche die Wohltätigkeit liebte, nicht wenig zu der Popularität des Wiener Hofes beigetragen.

Man konnte jetzt dem Kaiser wahrhaftig nicht mehr vorwerfen, daß er allzu sehr Vergnügungen nachjage und seine Regentenpflichten vernachlässige. Er verbrachte einen guten Teil des Tages mit der Erledigung der Akten und versah sie mit seinen eigenhändigen Bemerkungen, die meist durch-

aus nichtssagender Natur waren. Wenn Hormayr über diese redaktionellen Änderungen die spöttische Äußerung tat, Kaiser Franz korrigiere „als wahre Herrscherseele auf seinem Herrscherplatz jeden Styl- oder orthographischen Fehler, selbe gar oft durch noch schlimmere ersetzend",[487] so wird dies der unvoreingenommene Historiker, der sich mit seinen allerhöchsten Resolutionen eingehend befaßt hat, gar nicht so übertrieben finden. Sie zeigen jedenfalls den kleinlichen Geist des Kaisers — so wenn er auf einen Vortrag des Regierungspräsidenten Talazko über die Choleraanstalten dem von Kolowrat verfaßten Erledigungsentwurfe: „Dient mir zur Nachricht und werden Sie dafür sorgen, daß die in der Herrichtung begriffenen Choleraspitäler bald ihrer Vollendung zugeführt werden," noch die Worte: „und diese zustand gebracht werde," hinzufügte,[488] oder wenn er in dem Entwurf eines Kabinettschreibens an Metternich, worin es hieß: „Sie haben mir anzuzeigen, was in dieser Angelegenheit — es handelte sich um die Abschließung von Verträgen mit den italienischen Regierungen zur Auslieferung der Carbonari — geschehen ist," vor „was" noch ein „ob und" einflickte.[489] Aber wenn auch böse Zungen in des Kaisers Betriebsamkeit und Vielgeschäftigkeit nur eine veränderte Form der von seinen Erziehern gerügten Tändelsucht erblicken wollten, fleißig war er in dieser Zeit — dies konnte so wenig bestritten werden, wie sein musterhaftes Familienleben, das er an der Seite seiner vierten Gemahlin führte.

Doch in einem Punkte hatte sich nichts geändert: bei aller Plage und Mühe kam nichts Rechtes heraus. Das Chaos in der Regierung, das sich während der langen Kriegszeit so unheilvoll fühlbar machte, bestand weiter. Wiederum sehen wir des Kaisers Ratgeber eifrig am Werke, dem als Hauptübel erkannten Mangel eines Mittelpunktes der Regierung abzuhelfen. Zu den früheren Mahnern gesellte sich jetzt der Staatskanzler Fürst Metternich, dessen klugem Auge die schweren Schäden des Staates, der, wie er sehr treffend bemerkte, „nicht regiert, sondern verwaltet" wurde, nicht entgangen waren.

Gemeinschaftlich mit dem Obersten Kanzler Grafen Saurau legte er im Dezember 1817 dem Monarchen einen neuen

Plan vor, der auf dem gesunden Gedanken aufgebaut ist, an Stelle der allzustraffen Zentralisation, des josephinischen „Fusionssystems“, die Monarchie mehr im „föderativen“ Sinne, so wie es ihrer ganzen Natur entspreche, umzugestalten. Zu den schon bestehenden Ministerien des Auswärtigen und der Finanzen sollten noch solche für das Innere und für die Justiz geschaffen werden. Das Ministerium des Innern hätte aus vier Abteilungen mit eigenen Kanzlern zu bestehen, deren Wirkungskreis durch die Nationalität der Provinzen bestimmt wäre; also einer für die böhmisch-mährisch-galizischen Lande, ein zweiter für die österreichischen Provinzen (Ober- und Niederösterreich, Steiermark, Salzburg und Tirol), ein illyrischer für das Königreich Illyrien-Dalmatien und ein italienischer für das lombardo-venezianische Königreich. Die einzelnen Kanzler sollten gegenüber dem Minister des Innern als Wächter und Repräsentanten der Einheit die provinziellen Interessen vertreten. Dadurch wollten sie bewirken, daß die Stellung der ungarischen und siebenbürgischen Hofkanzlei von ihrer gegenwärtigen „hohen Stufe“ herabgedrückt und den deutsch-slawischen Ländern eine größere Selbständigkeit gewahrt werde.

Ungarn, so erklärten sie, genieße Vorrechte, die bis zur Lähmung der großen Staatsmaschine führten, wohingegen „die übrigen, in ihren Lokalverhältnissen und selbst in ihrer direkten Administration verschiedenen und durch Normen und Verfassungen unter sich getrennten Provinzen sich nach dem heutigen Verwaltungssystem im Zentro mehr als zu viel vermischen.“ Aus diesem Abstande ergebe sich für Ungarn ein „Vorrecht, welches ihn beinahe bis zum Begriffe seiner Selbständigkeit steigert, während die rücksichtswerte Nationalität der anderen österreichischen Staaten zum Nachteile der Gesamtheit sich in Reibung zwischen der Regierung und den Provinzen auflöset.“ [490]

Wirklich erfolgte die Errichtung eines eigenen Ministeriums des Innern sowie die Einsetzung dreier Hofkanzler für Böhmen-Galizien, für Österreich und für die italienischen Länder. Allein bald geriet das von Saurau und Metternich so dringend empfohlene Werk der Dezentralisation ins

Stocken und die in der Vereinigten Hofkanzlei zentralisierte Verwaltung wurde wieder eingeführt. Ähnlich war es mit der Reform des Staatsrates, die der Kaiser im Jahre 1814 verfügt hatte. Wiederum war neben dem Staatsrat, an dem er zähe festhielt, eine „Konferenz" ins Leben gerufen worden, die aber mehr auf dem Papier stand — sie freute ihn nicht.

Kaiser Franz wollte, wie wir ihn bereits von dieser Seite kennen gelernt haben, alle Fäden der Staatsverwaltung in seiner eigenen Person zusammenhalten und höchstens fallweise — aber immer nach seinem Gutdünken — die Hilfe des einen oder des anderen Rates in Anspruch nehmen. Der mündliche Verkehr des Monarchen mit den Chefs der Hofstellen wurde immer seltener; sie hatten ihm alles schriftlich vorzulegen. Die Hofstellen sanken so — nach dem Zeugnisse eines seiner vertrautesten Minister — immer mehr von Teilnehmern an der Staatsregierung zu bloßen Verwaltungsbehörden herab; „eine jede bewegte sich in ihrem Kreise, ohne Rücksicht auf die Bewegung der anderen, ein solidarisches Zusammenwirken für den allgemeinen Staatszweck unterblieb." Der Staatsrat, welcher den „Brennpunkt zur Konzentrierung der Regierungsstrahlen" hätte bilden sollen, entsprach dieser Bestimmung nicht, denn die Massen von Detailgegenständen, die ihm zur Beratung zugewiesen wurden, hatten zur Folge, daß er alle Übersicht verlor und selbst zu einer Verwaltungsbehörde herabgedrückt wurde. Dazu kam noch, daß der Staatsrat nicht einmal von allem, was in die Hand des Kaisers kam, Kenntnis erhielt, weil es dieser oft vorzog, diesen oder jenen Gegenstand im geheimen, auf dem sogenannten Kabinettswege, durch ein von ihm bezeichnetes Mitglied des Staatsrates oder auch oft eine außerhalb desselben stehende Persönlichkeit, begutachten zu lassen. Niemals erfuhren die Hofstellen die Gründe für einen Beschluß des Kaisers, weil es mit der absoluten Herrschergewalt nicht für verträglich erachtet wurde, Rechenschaft über die Motive zu geben. „Mißverständnisse, Gleichgültigkeit gegen die Folgen der Ausführung des Befehles, Kränkung des Selbstgefühles, ja manchmal sogar Schadenfreude über den nicht günstigen Erfolg eines gegen ihren Antrag

an sie gelangten unmotivierten Beschlusses blieben nicht aus, so daß oft die Sekretariate des Kaisers (die Hofstellen) in moralischer Opposition mit ihrem Herrn standen.“ [491]

Nicht besser erging es mit jenem höchst bedeutsamen Plan, den der Staatskanzler seinem Monarchen auch um diese Zeit unterbreitete. Danach wollte Metternich aus den ständischen Vertretungen der einzelnen Länder einen „Reichsrat“ berufen, dessen Beisitzer, vom Kaiser ernannt, die Aufgabe gehabt hätten, das Budget und alle das Gesamtreich betreffenden Gesetze zu prüfen. Hätte diese Anregung ihre Verwirklichung gefunden, so wäre damit ein wichtiger Schritt auf der Bahn einer gedeihlichen Fortentwicklung des Kaiserstaates gemacht worden; auf diesem historisch gut vorbereiteten Wege hätte die so dringend nötige Annäherung der verschiedenen Völker der Monarchie herbeigeführt werden können.[492] Dieser Gedanke, der an die hübsche Idee des alten Schierendorff anknüpfte, lag ja in der Luft. Schon während des Wiener Kongresses schrieb man Metternich das geheime Projekt zu, den Kaiser auf den Entwurf einer Konstitution nach und nach zu lenken.[493]

Doch der Monarch legte Metternichs Denkschrift in die Lade, in der, wie der Staatskanzler fein bemerkte, „viel Gutes neben vielem Übeln latent liegen geblieben ist.“ Gegen eine Mitwirkung der Stände auch nur in der bescheidensten Form sträubte sich der Autokrat in ihm. In den Verfassungen, welche nach Napoleons Sturz die Stände der wieder erworbenen Provinzen „aus Gnade“ erhielten, erscheinen deren Rechte vielfach sogar verkürzt. Als die mit der Reorganisation der ständischen Verfassung Tirols betraute Kommission den Antrag stellte, den vormaligen Ausschuß bei Beratungen einer landesfürstlichen Behörde zu hören, bezeichnete dies der Monarch als „auffallend und geradezu zweckwidrig“.[494] Über das den Ständen der deutsch-slawischen Erbländer vom Kaiser Leopold II. gewährleistete Recht des „Beirates“, die Befugnis, bei allen wichtigen Veränderungen der Gesetze gehört zu werden,[495] setzte sich Kaiser Franz stillschweigend hinweg. Seit etwa 1824 läßt sich sogar ein stärkeres Anziehen des landesfürstlichen Überwachungsrechtes feststellen. Wenn die Provinzialstände

gegen solche Eingriffe in der Regel keinen nachhaltigen Widerspruch erhoben, so mag dabei das Gefühl der vollkommenen Aussichtslosigkeit eines Widerstandes maßgebend gewesen sein. Auch hier hatte sich wieder anscheinend die vom Kaiser Franz beliebte Taktik der Einschüchterung, des „abschreckenden Exempels" glänzend bewährt. Die Stände Kärntens hatten in ihrer Landtagserklärung vom November 1816 sich erlaubt, gegen die von Seite der landesfürstlichen Behörden begangenen „Mißgriffe aller Art", die durch den Namen des Amtes „geheiligt" würden, zu remonstrieren und eine Beschränkung des höchst kostspieligen Verwaltungsapparates zu befürworten. Der Staatsrat beschloß, gegen diesen „anmaßenden" Schritt der ungehobelten Kärntner energisch einzuschreiten, damit nicht die Stände der anderen Provinzen einen Anreiz zu ähnlichen Ausschreitungen bekämen. Die ehrfurchtverletzende Landtagsschrift wurde den Ständen einfach zurückgeschickt, eine förmliche Untersuchung gegen die Missetäter eingeleitet und so der trotzige Geist der Kritik gebrochen.[496]

Ohne ständische Mitwirkung war die Staatsverwaltung an die Lösung jenes Problems geschritten, das neben dem Mangel einer eigentlichen Regierung die ganzen langen Jahre her als der wundeste Punkt bezeichnet worden war: die Regelung des Finanzwesens. Mit den besten Vorsätzen hatte im Jahre 1814 an Stelle des zu trauriger Berühmtheit gelangten Grafen Wallis der einstige Minister des Äußern Philipp Stadion die Leitung der Finanzen übernommen.[497] Was er wollte, war die Beseitigung der Schuldenwirtschaft, die langsame Anbahnung eines gesunden, auf metallischer Währung beruhenden Geldwesens und fürs erste die Herstellung des Gleichgewichtes im Haushalte, um einen etwaigen Überschuß „zur Verbesserung der Zirkulation" verwenden zu können. In dem Finanzpatent, das nach umsichtiger Vorbereitung am 1. Juni 1816 ins Leben trat, prangte die schöne Versicherung, daß nie mehr neues Papiergeld zum Zwangskurs ausgegeben werden sollte. Das vorhandene wollte man allmählich mit Hilfe der in diesem Jahre geschaffenen Nationalbank aus der Welt schaffen.

Aber Stadion hatte kein Glück: das Publikum gewann zu

den neu ausgegebenen Geldnoten kein Vertrauen und bestand auf der Umwechslung gegen Münze. Jedes Jahr schloß mit einem Defizit ab. Die übrigen Verwaltungsbehörden betrachteten, wie uns einer der begabtesten Mitarbeiter des Grafen Stadion, Baron Kübeck, erzählt, die Finanzen als einen „unerschöpflichen Schatz“ und den Finanzminister „als einen feindseligen Wächter, der aus bloßem Eigensinn verweigert und den man daher entweder offen bekriegen oder überlisten muß“. Diesen bedenklichen Standpunkt vertraten in erster Linie die Staatskanzlei und die Heeresverwaltung. Wir kennen bereits die Auffassung Metternichs: die Hauptsache sei ein kraftvolles Auftreten nach außen. Aber auch die Polizeihofstelle benötigte zur Bewältigung ihrer gewaltigen Aufgabe, den inneren Feind durch ein Heer von Agenten und Vertrauten zu bekämpfen, nicht geringe Geldmittel. Als dann im Jahre 1821 österreichische Truppen in Italien einmarschierten, um die revolutionäre Bewegung niederzuringen, da erreichten schon im ersten Halbjahr die Militärauslagen eine solche Höhe, daß der mühsam geordnete Staatshaushalt wieder ganz in Unordnung geriet. Stadion blieb schließlich nichts anderes übrig, als seine Zuflucht — nach unberühmten Mustern — zu dem unheilvollen Mittel der Anleihen zu nehmen.

Auch die bestgemeinten Versuche, die Steuerkraft zu heben und dadurch eine Gesundung der Volkswirtschaft, eine Vermehrung der Einnahmen herbeizuführen, hatten kein glückliches Ergebnis. Es war bald nach dem Frieden, da sich der Kaiser entschloß, eine neue Grundsteuer-Regulierung vorzunehmen.[498] Aus allen Teilen der Monarchie waren Klagen über den Steuerdruck eingelaufen. Der Hauptübelstand aber lag, wie dies seinerzeit schon Erzherzog Karl hervorgehoben hatte, nicht so sehr in der Höhe der Steuern, als vielmehr in der ungleichen Verteilung. Hier galt es also Wandel zu schaffen und einen gerechten Schlüssel für die Steuerveranlagung zu finden. Konnte es nun eine billigere Grundlage geben als den Reinertrag, den ein Grundbesitz oder ein Gebäude abwarf? Im Reinertrag fand — darüber konnte kein Zweifel bestehen — die Steuerkraft ihren reinsten Ausdruck.

Auf dieser einzig richtigen Basis sollte denn auch die neue Regulierung, die durch das kaiserliche Patent vom 23. Dezember 1817 angekündigt wurde, aufgebaut sein. Die Erhebung des reinen Grund- und Hausertrages hatte im Wege der ökonomischen Vermessung und Mappierung, dann der Schätzung zu erfolgen. Bei der Schätzung der Grundstücke und Gebäude sollten die persönlichen Verpflichtungen der Eigentümer oder Besitzer gegen Dritte, auch alle Gelddienste, Robot-, Natural- und Zehentverbindlichkeiten, unberücksichtigt bleiben. Mit dieser Bestimmung fing nun das anscheinend so gerechte Prinzip an, ins Ungerechte zu gehen. Denn der Kontribuent, der an seine Grundobrigkeit Geld- oder Naturaldienste oder an seine Pfarre den Zehent zu entrichten hatte, bezog in Wirklichkeit nur einen Teil des vom Feldmesser und Schätzungskommissär ausgemittelten Reinertrages.

Man darf indes nicht glauben, daß der Regierung dieser schwache Punkt der neuen Grundsteuer-Regulierung entgangen wäre; denn niemand besaß für das heikle Problem der Urbarialgiebigkeiten, wie man diese Dienste zu nennen pflegte, ein schärferes Auge als sie. Sie war auch entschlossen, der zweifellosen Ungerechtigkeit Rechnung zu tragen. Da die Herstellung des Grundsteuerkatasters aller menschlichen Voraussicht nach längere Zeit — sie sollte dann noch viel länger sein, als man anfangs dachte — in Anspruch nahm, so griff man, kaum anderthalb Jahre nach der Ankündigung des Regulierungswerkes, zu dem in Österreich seit jeher nicht unbeliebten Mittel einer provisorischen Regelung — und bei diesem sogenannten Grundsteuerprovisorium sollten nebst den eigentlichen Grunderträgnissen, wie das ausdrücklich erklärt wurde, auch die Urbarial- und Zehentgenüsse als Grundlage dienen. Die Grunderträgnisse sollten im Wege eigener Vermessungs- und Schätzungsoperate, für welche der in der Registratur schlummernde josephinische Steuerkataster als Basis hervorgeholt wurde, die Urbarialgiebigkeiten aber durch eigene Bekenntnisse der dazu Berechtigten ermittelt werden. Auch dazu brauchte man wieder Zeit. Im besten Falle, so berechnete man, konnten die Fassionen erst in drei Jahren beisammen sein.

Wie man nun aber an die Ausführung des Urbarial- und Zehentkatasters schreiten wollte, stellten sich bei der Hofkanzlei allerlei Bedenken schwerwiegendster Art ein. Die Urbarial- und Zehentbesitzer zahlten nämlich für ihre Nutzungen, wie sie im theresianischen Kataster von 1748 aufgezeichnet standen, eine eigene, nicht unbeträchtliche Steuer, und sie entrichteten sie in Metallmünze, während sie von den Untertanen die Gelddienste in Papiergeld ausgezahlt erhielten — was einen ganz gehörigen Unterschied (40 : 100) ausmachte. Wollte der Staat nicht auf seine Einnahme verzichten, so konnten die Urbarial- und Zehentberechtigten füglich über die Ungerechtigkeit einer doppelten Besteuerung klagen; es bestand auch die Gefahr, daß durch eine solche übermäßige Besteuerung viele Dominien „außer kontributionsfähigen Stand gesetzt" würden. Zu diesem rein wirtschaftlichen Moment gesellte sich nun auch ein politisches Bedenken. Die Erhebung der verschiedenen Nutzungen erschien geeignet, bei den Bauern den Eindruck einer „Liquidation der obrigkeitlichen Rechte" zu erwecken und auf diese Weise eine „Beunruhigung der Gemüter" herbeizuführen. Dieses Argument wirkte: mit allerhöchster Entschließung vom 17. April 1820 wurde die Einstellung der Fassionen, die im Vorjahre angeordnet waren, verfügt — freilich nur, um nach zwei Jahren wieder zu ihr zurückzukehren.

Wir sehen an diesem Beispiel ein bedenkliches Schwanken der Regierung, ein groteskes Hin- und Herpendeln zwischen den gegensätzlichsten Grundsätzen und Methoden. In ihrer Hilflosigkeit erinnert sie sich daran, daß es Stände gab, die ein in der Verfassung wohlbegründetes Recht besaßen, in einer so wichtigen Frage, wie es die Besteuerung des Grundbesitzes war, vor der Ausführung der landesfürstlichen Maßnahmen gehört zu werden. Den niederösterreichischen Ständen, die jetzt, etwas verspätet, ob dieser Verletzung eines ihrer vom Monarchen beschworenen Privilegien Beschwerde führten, wurde zur Beschwichtigung bedeutet, daß die Unterlassung ihrer Einvernahme nur einem Mißverständnisse, einer „Irrung", zuzuschreiben sei — merkwürdig, wie oft ihr solche Irrungen zustießen!

Das verhängnisvollste aber war, daß sich die Regierung nicht über die Folgen der Grundsteuer-Regulierung im klaren war. Sie hatte das Urbarialproblem, das sie selbst vor Jahren als „häklig“ und als ein Noli me tangere erklärte, auf die Bahn gebracht; sie hatte die Geister gerufen, ohne sie nun beschwören zu können. Es hätte einen Weg gegeben, der mit einem Schlage alle Schwierigkeiten beseitigt hätte: die Ablösung der Urbarialdienste, aber gerade dazu wollte sie sich nicht entschließen. Die Aufhebung der Robot, dieser „Schule des Gehorsams und der Demut“, erschien ihr bedenklich, und überdies hielt sie sich gar nicht für berechtigt, selbstherrlich, wie es Kaiser Joseph II. getan hatte, „in wohlerworbene Eigentumsrechte“ einzugreifen. Schon lange hatte sie, wie wir uns zu erinnern wissen, die Abkehr von der volkstümlichen Tradition der josephinischen Untertanspolitik vollzogen, um immer entschiedener und überzeugter das Interesse des Herrschaftsbesitzes zu vertreten. Nur noch in den unteren politischen Behörden lebte der dominienfeindliche Geist ungebrochen fort. Zur selben Zeit, da die Regierung feierlich den Grundsatz verkündete, die herrschaftlichen Obrigkeiten müßten in ihren Eigentumsrechten, zu welchen auch die Robotschuldigkeit gehöre, „geschützt“ werden, stand in dem offiziellen Handbuch über die Untertansangelegenheiten schwarz auf weiß zu lesen: es sei der „hohe und schöne“ Beruf der Kreisämter, „Schutzwehre wider die Anmaßungen der Obrigkeiten“ zu sein.[499]

Wie oft in den folgenden Jahren und Jahrzehnten mag es die österreichische Regierung tief bereut haben, in dieses Labyrinth der Grundsteuer-Regulierung sich begeben zu haben! Die praktischen Vorteile des mit „unerhörter Langsamkeit“ vor sich gehenden Werkes standen in keinem besonders günstigen Verhältnisse zu den großen Kosten desselben; aber die „Beunruhigung der Gemüter“, die man hatte vermeiden wollen — die sollte sich wirklich einstellen.

Mit der Hebung der Volkswirtschaft durch Beseitigung der bäuerlichen Lasten hatte es also seine guten Wege, aber auch für die Förderung des Handels und der Industrie geschah nicht viel. Der nur sehr langsam sich vollziehenden Entwicklung des Gewerbslebens entsprach ein unzweifelhafter Rück-

gang in einzelnen Zweigen. Auch auf diesem Gebiete der staatlichen Fürsorge können wir ein merkwürdiges Schwanken der leitenden Regierungskreise beobachten. Auf der einen Seite fehlte es ihr nicht an dem richtigen Verständnis für die Vorteile, welche dem Staate aus einem Aufblühen von Handel und Gewerbe erwuchsen; auf der anderen Seite aber graute ihr wieder vor den politischen Folgen des Aufschwunges der materiellen Kultur, bangte ihr vor einem regeren Verkehr mit dem „unruhigen“ Auslande, einem Anwachsen des bewegungslustigen „Gesindels“ in den Fabrikstädten.[500] Der Unternehmungsgeist der heimischen Industrie fand im ganzen und großen eine geringe Unterstützung, außer durch die hohen Schutzzölle und Verbote, die einer geruhsameren Tätigkeit die Tore öffneten. Aber immerhin, besonders da, wo die Industriellen selbst die Initiative ergriffen, geschah von Seite der Regierung, sobald die große Wirtschaftskrise, die dem Friedensschlusse folgte, so um das Jahr 1825, überwunden war,[501] doch so viel, daß von einem Aufschwung des Nationalreichtums gesprochen werden konnte.

Ein Übelstand aber machte sich im Zusammenhang mit den allgemeinen Geldverhältnissen immer fühlbarer: der Mangel an Kapitalien. Es war noch immer so, wie es Erzherzog Karl in seiner Denkschrift aus dem Jahre 1802 gesagt hatte: die Geldmächte fanden in dem Börsenspiel, in dem Wucher mit den Staatspapieren, eine viel lohnendere Anlage, so daß dem Privatkredit und der Industrie die nötigen Kapitalien entzogen blieben.

Die rauschenden Erfolge und Triumphe, die der Staatskanzler in der Ära der Kongresse feierte, die glanzvolle Stellung, die der Kaiserstaat seit dem Frieden nach außen hin einnahm, hinderten nicht, daß die Regierung sich außerstande sah, die Mittel für die kostspielige Staatsverwaltung aus den regelmäßigen Einnahmen aufzubringen. Sie mußte 1825 ernsthaft an die Einführung einer neuen Steuer denken — das war ein klägliches Einbekenntnis der inneren Schwäche der Monarchie und zugleich eine schwere Belastungsprobe für die Popularität des Monarchen.

Kaiser Franz soll dem Polizeiminister Grafen Sedlnitzky, der ihn auf die Klagen der Bevölkerung über den zunehmen-

den Steuerdruck aufmerksam gemacht hatte, die Antwort gegeben haben: „Ja wissen's, mein Lieber, zahlen tut niemand gern. Aber schließlich zahlen die Leut' doch, weil's sein muß, wenn's auch schimpfen. Dös macht nichts." [502] Der Monarch mag bei diesen Worten zu sehr mit der Zahlungsfähigkeit seiner Untertanen gerechnet haben — und zu wenig mit der Möglichkeit, daß ihnen dieses „muß" nicht recht einleuchten wolle. Sicherlich aber war mit der Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der breiten Masse jener geheimnisvolle Untergrund gelegt, auf dem politische Schlagworte leichter verfangen. Noch winkte übrigens die Hoffnung, daß bei längerer Andauer des Friedens, die durch die führende Rolle des Fürsten Metternich im europäischen Konzert gesichert schien, der volkswirtschaftliche Aufstieg weitere Fortschritte machen werde. Indes sie erwies sich als eitel: in der Person des Monarchen wie in der Monarchie zeigen sich bedenkliche Alters- und Verfallserscheinungen.

IV. BUCH

KRÄFTEVERFALL UND ENDE

KRANKHEIT DES KAISERS. ORIENTALISCHE KRISE. METTERNICH UND KOLOWRAT.

Im Frühjahr 1826 war Kaiser Franz von einer schweren Krankheit heimgesucht worden. Grillparzer hat uns die Szene geschildert, wie der Todesengel über der Hofburg schwebt, aber angesichts der Volksmenge, welche die Burg bewegt umlagerte, mit den Worten sich zurückzieht: „Ich kam hieher, e i n Herz zu brechen— so viele Herzen brech' ich nicht.“ Der Monarch genas — weniger, wie man zu wissen glaubte, durch die Kunst des Leibarztes Stifft als durch die des Doktor Staudenheimer, unterstützt von der zähen Natur des Kranken. Am 6. April dieses Jahres unternahm er unter dem Jubel der Bevölkerung seine erste Ausfahrt. Aber die Krankheit hatte in dem Kaiser, wie dies aufmerksamen Beobachtern auffiel, tiefgehende Spuren hinterlassen: er war in das Greisenalter eingetreten — dies zeigte sich in dem Verfall seiner äußeren Erscheinung wie in einer Steigerung seines Hanges zur Ruhe und Unbeweglichkeit.

In jenen Tagen, da Franz mit dem Tode rang, drängte sich allerwärts mehr denn je die Sorge um die Zukunft auf. Es war — schon seit langem — ein offenes Geheimnis, daß sein ältester Sohn Ferdinand keineswegs jene Verstandes- und Charaktereigenschaften besaß, die in einem absolut regierten Staate zur Erfüllung der notwendigsten Regentenpflichten erforderlich waren. Die vertraulichen Berichte des kronprinzlichen Erziehers Baron Erberg an die Kaiserin Maria Ludovica wie die Vorträge des Leibarztes Stifft lassen keinen Zweifel übrig, daß der Thronfolger vollkommen idiotisch veranlagt war und niemand von der Hoffnungslosigkeit seines Zustandes besser unterrichtet war als der kaiserliche Vater. Inwiefern die Behauptung Baron Erbergs, daß in des Erzherzogs geistiger Ausbildung von seinen Vorgängern im

Erzieheramte — Baron Stefaneo mit seinem „stupiden Ausdruck“ [503] scheint nicht die beste Kraft gewesen zu sein — viel versäumt wurde,[504] stichhältig sei, wollen wir hier nicht näher untersuchen, sondern nur die Tatsache hervorheben, daß auch im Publikum davon gesprochen wurde, Ferdinand sei „ganz und gar vernachlässigt“ [505] — ein trauriges Symbol des von Franz regierten Kaiserstaates.

Daß Kaiser Franz trotzdem den von der Natur so stiefmütterlich behandelten, körperlich und geistig mißratenen Sohn, der nicht einmal zur Ausübung der einfachsten Repräsentationspflichten befähigt erschien, zu seinem Nachfolger bestimmte, das wird niemand, der des Monarchen legitime Neigungen kannte, wundernehmen: eine Änderung der Thronfolgeordnung zugunsten des zweitältesten Sohnes Franz Karl, der namentlich als Knabe einen weitaus aufgeweckteren Geist bekundete, wäre ihm als ein revolutionärer Schritt erschienen. Um so notwendiger wäre es gewesen, dafür zu sorgen, daß die Regierung des großen Habsburgerreiches nicht auf zwei Augen gestellt blieb, und nach dieser Richtung hin waren ja auch, besonders eindringlich von seinem Bruder Karl und zuletzt vom Fürsten Metternich, Vorstellungen erfolgt, die aber keinen Erfolg hatten.

Während seiner schweren Krankheit aber scheint dem Kaiser dieser Mangel an Fürsorge doch einigermaßen auf der Seele gelastet zu haben. Er ließ den Staatskanzler rufen und versprach ihm, „das Versäumte“ nachholen und „ohne Zeitverlust“ an die Prüfung seiner Denkschrift schreiten zu wollen. Metternich dankte, wie er uns erzählt, dem Monarchen und verwies nochmals nachdrücklichst auf die Notwendigkeit einer solchen Vorsorge: „Es genügt in der heutigen Weltlage nicht,“ so erklärte er, „daß Eure Majestät regieren. Sie müssen die Mittel zum Regieren Ihrem Nachfolger sichern; hiezu kenne ich nur einen Weg und es ist der, daß Eure Majestät unter dem Schirm Ihrer Regierungserfahrung die Regierungsmaschine aufstellen, mit deren Beihilfe Ihr Nachfolger auf dem Throne zu wirken berufen sein wird.“ [506] Doch dazu ist es nie gekommen.

Die bange Frage, was nach Kaiser Franzens Tode kommen werde, der Wunsch nach einer kraftvolleren Führung, war

um so berechtigter, als sich gerade damals die äußere Lage der Monarchie zu einer schweren Krise zuspitzte. Zwei Tage vor der Genesungsausfahrt des Kaisers, am 4. April 1826, war jenes Petersburger Protokoll zustandegekommen, das aller Welt die Tatsache offenbarte, daß die „Heilige Allianz“ nicht mehr bestand: das Zarenreich war von dem alten traditionellen Bündnis der Ostmächte abgeschwenkt; es hatte sich, von dem „Demagogen“ Canning verführt, auf Englands Seite gestellt. Mit diesem Schritt aber war die Stellung des „Kutschers von Europa“ auf das schwerste erschüttert. Das für Metternich und den von ihm geleiteten Kaiserstaat so überaus schmerzliche Ereignis reicht in seinen Wurzeln auf die Glanzzeit seiner staatsmännischen Erfolge zurück.

Zur selben Zeit, als der Staatskanzler in Italien die revolutionäre Bewegung niederschlug und österreichische Truppen leicht verdiente, aber nicht gerade billige Lorbeeren pflückten, flammte im Osten Europas der griechische Freiheitskampf auf, der ungleich größere Wellen ziehen sollte als die Erhebung der Serben, die fünfzehn Jahre vorher die orientalische Frage ins Rollen gebracht hatten. Gerade als Metternich mit den Häuptern der heiligen Allianz in Laibach tagte, ereilte ihn die Kunde von dem Ausbruch der östlichen Freiheitsbewegung.

Der Kaiserstaat war dadurch vor eine der folgenschwersten Entscheidungen gestellt: das katholische Prinzip, das eine der Hauptgrundlagen des „Systems“ bildete, hätte verlangt, daß sich Österreich entschlossen auf die Seite der Griechen stellte, und dasselbe wäre auch vom Standpunkt seiner wirtschaftlichen und politischen Lebensinteressen geboten gewesen. Metternich hielt es indes schon aus Furcht, mit Rußland in Konflikt zu kommen, für geraten, den Grundsatz der Legitimität auszuspielen, und so behandelte er sie denn, gleich den italienischen und spanischen Revolutionären, als Rebellen, die sich „frevelhaft“ gegen ihre angestammte Herrschaft, die Türken, erhoben hatten.

Solange es nun dem Staatskanzler gelang, den Zaren Alexander bei dem gleichen Standpunkt, in den Griechen nur von Geheimbünden aufgehetzte Revolutionäre, „Hohepriе-

ster der Anarchie" zu sehen, festzuhalten, ging die Sache gut; es war mit Sicherheit anzunehmen, daß die Türken mit den Aufständischen bald würden fertig werden, gar als sie die Hilfe des ägyptischen Vizekönigs erhalten hatten — die griechische Frage wäre so auf eine höchst einfache Weise aus der Welt geschafft worden. Voraussetzung aber war, daß Rußland sich nicht einmischte, und dahin zielten Metternichs intensive Bemühungen. Der Fürst kannte die Wankelmütigkeit des Zaren, er kannte sehr wohl die liberale Ader Alexanders, die ihn gelegentlich für Seitensprünge empfänglich machte, und die Gefahr war diesmal insoferne nicht zu unterschätzen, als die Erhebung der Griechen die öffentliche Meinung von ganz Europa in gewaltige Aufregung versetzte. Man sah in ihnen die Nachkommen des alten Hellas, und dies genügte, vornehmlich bei den Gebildeten, die Begeisterung für die Sache der Hellenen mächtig anzufachen. Wie tief der Philhellenismus in England Boden gefaßt hatte, das zeigte das Beispiel Lord Byrons, der für die Unabhängigkeit der Griechen seinen Degen zog und in Missolunghi seine Seele aushauchte. In Frankreich gingen die Wogen der Griechenschwärmerei nicht minder hoch, aber auch Deutschland wurde von ihr erfaßt. Es gehörte zu den vielen Selbstbelügungen Metternichs, wenn er den Ausspruch tat: „In Deutschland hat die Sache der Griechen jeden Reiz fürs große Publikum verloren." Mit König Ludwig von Bayern, dem Bruder der Kaiserin, hatte ein ausgesprochener Philhellene, welcher mit seinem leicht entzündlichen Herzen der „edler'n Menschheit treuen Wiege" den Sieg versprach, den Thron bestiegen. Wirklich gab es damals wieder eine „gesamteuropäische Meinung", die auf die Kabinette nicht ohne Einfluß bleiben konnte. „Die bejahende Antwort auf die Freiheitsfrage Griechenlands war — nach Grillparzer — zu einem Völkeraufschrei geworden." [507]

Auch in Wien war man nachdenklich geworden — nur so ist es zu erklären, daß man sich entschloß, im Lande der heiligen Stephanskrone, das dem Aufruhrsherde so nahe lag, mildere Saiten aufzuziehen. Nachdem man im Jahre 1812 den widerspenstigen Reichstag kurzerhand nach Hause geschickt und Ungarn durch mehr als ein Jahrzehnt durch

königliche Ordonnanzen und schließlich mit offener Gewalt regiert hatte, wurde für das Jahr 1825 wieder eine Ständeversammlung ausgeschrieben.[508] Der Kaiser selbst hatte sich im ungarischen Nationalkostüm im September nach Preßburg begeben, um den Reichstag mit einer rührseligen Ansprache zu eröffnen. In dieser merkwürdigen Kundgebung — sie war von Metternich verfaßt — war viel von der Notwendigkeit die Rede, die von den Franzosenkriegen geschlagenen Wunden zu heilen und durch „weise" Gesetze „mit vereinten Kräften" für die „Beförderung der dauerhaften Wohlfahrt" des Königreiches zu sorgen. Sie enthielt auch neben der Erklärung, warum man sich gerade jetzt zur Einberufung des Reichstages entschlossen habe, ein offenes Bekenntnis zur Konstitution. „Die sichere Dauer des Friedens", heißt es da, „bestimmt den gegenwärtigen Augenblick als den gelegensten zur Beratung und Begründung des heilsamen Werkes. Eine andere Betrachtung gesellt sich aber noch zu den vielen Rücksichten, die in der Natur der Dinge liegen; Mein Alter rückt vor, und die Jahre liegen in der Hand der Vorsehung. Ich möchte Mich gerne des Trostes versichern, durch manche heilsame Vorkehrungen euer Glück befördert zu sehen und somit eure durch weise Gesetze immer mehr und mehr gestärkte Verfassung sowohl Meinen Nachfolgern in der Krone Ungarns als Meinen vielgeliebten Söhnen, den Ungarn selbst und ihrer späteren Nachkommenschaft, als ein teures Pfand hinterlassen zu haben." [509]

Das klang wie die Einleitung einer Politik des Vertrauens und einer großzügigen Reformaktion, die der Erzherzog-Palatin seinem Bruder immer so dringend ans Herz gelegt hatte, ohne freilich mit diesem guten Rate — wenn man von dem aus der Not des Augenblickes geborenen Verhalten am Krönungslandtag von 1808 absieht — in Wien durchzudringen. Jetzt, nachdem man auf dem Reichstag von 1811 so stark die Peitsche geschwungen, kam das Zuckerbrot zu spät. Allzu stark hatte sich in der reichstagslosen Zeit das Mißtrauen der Ungarn gegen das Wiener Kabinett befestigt. Unvergessen blieb, daß sich dasselbe damals mit dem Gedanken trug, die Konstitution aufzuheben: bei jeder Gelegenheit regte

sich dieser Argwohn, daß Franz sein Vorhaben ausführen werde. Als der Kaiser im Frühling 1819 den Papst besuchte, flugs hieß es, er sei nach Rom gefahren, um sich vom Heiligen Vater seines Eides auf die ungarische Verfassung entbinden zu lassen.[510] Mit blutigem Hohn wurde Franz das Beispiel Kaiser Josephs II. vor Augen gerückt, der wenigstens so ehrlich war, die Verfassung aufzuheben, statt sie erst zu beschwören.

Wenn die ungarischen Stände nun auf dem neuen Reichstag vom König als „cordi meo charissimi Hungarici" begrüßt wurden, so wußten sie recht gut, daß er von ihnen Geld und Rekruten haben wolle und sie nur deshalb einberufen habe, weil die Versuche, auf gewaltsamem Wege seine Wünsche durchzuführen, an dem entschlossenen Widerstand der Komitate gescheitert waren. An den ehrlichen Willen, die Wunden des Landes zu heilen, glaubten sie wohl nicht. Der Abgeordnete Dessewffy sprach es offen aus: Wenn man uns durch fünfzehn Jahre immer sticht und dann sagt, ich heile dir die Wunde, so ist damit nichts geschehen.[511] Zwei Jahre dauerte der Reichstag, der für die Wiener Regierung insofern einen Erfolg brachte, als sie eine erhöhte Kontribution erhielt, aber auf der anderen Seite führte er zu einer schärferen Formulierung der ständischen Rechte. Die Stände traten sehr kühn auf, forderten die allgemeine Geltung der magyarischen Sprache, um den „Nationalgeist" zu beleben. Und sie hatten die Genugtuung, die Grundlagen ihrer ererbten Konstitution in bindender Form anerkannt zu sehen, aber das ganze lange Programm von wirtschaftlichen und sozialen Fragen war wieder unerledigt geblieben. In tiefem Unmut schieden König und Nation voneinander. Allgemein herrschte die Meinung vor, daß die Regierung eine schwere Schlappe erhalten hatte.

Das war kein gutes Vorzeichen für die Abwicklung der orientalischen Frage, die sich immer bedenklicher zu einer europäischen Krise zuspitzte. Wenige Monate vor Eröffnung des ungarischen Reichstages, im Frühjahr 1825, weilte Fürst Metternich in Paris, und die Sprache, die er von dort aus führte, klingt noch recht zuversichtlich. „Im Augenblick spielt hier", bemerkte er selbstbewußt, „niemand außer mir

eine politische Rolle. Die Menschen stehen mir hier gegenüber wie Schwämme, welche Ideen einzusaugen begierig sind." König Georg IV. lud ihn ein, nach England zu kommen, um die „moralische Erziehung" seines Außenministers beenden zu können, aber bald sollte der liberale Canning, diese „Weltgeißel", wie ihn Metternich bitter nennt, ihm den Rang ablaufen.

Ganz unerwartet war Zar Alexander I. — am 1. Dezember 1825 — aus dem Leben geschieden, und an seine Stelle trat Nikolaus I., der wohl ebenso wie sein Vater die Revolution haßte, aber, von kriegerischem Tatendrang erfüllt, den ganzen Orienthandel in ein für Österreich höchst unbequemes Fahrwasser brachte. Zwar wußte Graf Clam-Martinitz, in dessen Begleitung Erzherzog Ferdinand zur Begrüßung des Zaren nach Petersburg geschickt worden war, über die „vortrefflichen Dispositionen" des neuen Zaren zu melden, und Metternich glaubte schon den Erfolg in seiner Hand zu halten, als ihn die Nachricht von dem Abschluß des Petersburger Protokolls unsanft aus allen Himmeln stieß.

Es war wirklich eine Niederlage, wie sie nicht vollständiger gedacht werden kann,[512] und man begreift die Wut, mit welcher der Staatskanzler über das „elende" Machwerk des englischen Abkommens mit Rußland sich äußerte. Noch sprach er sich gewaltsam Trost zu, indem er Cannings Werk als ein „totgeborenes Kind" bezeichnete, aber der Julivertrag, den Frankreich mit den anderen Mächten abschloß, belehrte ihn, daß er sich gründlich getäuscht hatte. Der Ausbruch des Krieges gegen die Türkei war jetzt nur noch eine Frage der Zeit. Österreich, gänzlich isoliert, sucht ihn zu verhindern und nimmt die Vermittlung in die Hand; doch erweckt es den Anschein, als ob es dabei lediglich die Absicht verfolge, die Verhandlungen in die Länge zu ziehen und der Türkei heimlich den Rücken zu steifen. Die Seeschlacht von Navarino, durch welche die türkisch-ägyptische Flotte von den Flotten der drei Verbündeten — am 20. Oktober 1827 — vernichtet wurde, bedeutete einen unliebsamen Strich durch die Rechnung Metternichs. Verzweifelte Anstrengungen wurden jetzt von ihm gemacht, den Krieg, welchen nach seiner und Kaiser Franzens Überzeugung die „liberale"

Partei „zur Förderung ihrer Zwecke“ betrieb,[513] im letzten Moment noch zu verhüten — doch es war vergeblich: anfangs April 1828 erklärte Rußland der Pforte den Krieg.

Der Friede von Adrianopel, der am 14. September 1829 den russisch-türkischen Krieg beendete und Griechenland die volle, Serbien und den Donaufürstentümern eine beschränkte Unabhängigkeit brachte, war für die habsburgische Donaumonarchie eine schwere Demütigung. Es hatte als Schutzmacht der Balkanvölker ausgespielt. Noch größer war aber der moralische Schaden, den sie dadurch erlitt. Österreich hatte sich vollkommen unfähig gezeigt, in einer dasselbe so nahe berührenden Streitfrage wirklich, wie seine Staatsmänner so gern sagten, „kraftvoll“ einzugreifen. Wenn Fürst Metternich damals, um England, dessen Regierung nach Cannings Tode stark ins konservative Feld zurückschwenkte, für seine Aktion zu gewinnen, verkündete, daß Österreich „lebensvoll und stark“ sei, daß es im Inneren keine Verlegenheiten habe und seine Völker nicht angefeuert zu werden brauchten, „ihre gerechte Entrüstung vielmehr der Zügelung durch die Weisheit der Regierung“ bedürfe, um daran die stolze Versicherung zu knüpfen: „Unser Heer ist, was es immer war, und wenn die ernstesten Erwägungen uns gezwungen haben, die Segel einzuziehen, so werden wir nie durch materielle Schwierigkeiten verhindert sein, die nötige Kraft für die Sicherung und für die Unterstützung anderer zu entfalten,“ [514] so enthielt da jedes Wort eine dickaufgetragene Lüge — alle diese ruhmredigen tönenden Phrasen sollten nur den wahren Sachverhalt verschleiern.

Der Kaiserstaat war einfach nicht imstande, gegen Rußland, den „gefährlichsten Nachbar“, wie sich damals Radetzky ausdrückte, zu marschieren. Aus seiner im Januar 1828 verfaßten Denkschrift wissen wir, daß man in Militärkreisen wohl die Notwendigkeit eines Eingreifens erkannte, um die „große Pulsader“ der Monarchie, die Donau, nicht in Rußlands Hände geraten zu lassen, aber daß die „ewige Bedrängnis der Finanzen“ und der Verfall der Landwehr die Aktion lähmten.[515] Der tüchtige Offizier hat uns damit das Geheimnis der ohnmächtigen Neutralität, die Österreich in

diesem schicksalschweren Augenblicke beobachtete, verraten.

Wir wissen heute Näheres darüber. Am Wiener Hofe wurden um dieselbe Zeit, da Radetzky seine Denkschrift schrieb, eingehende Beratungen über die Aufstellung einer größeren Armee gepflogen, aber das Ergebnis war ein erschütterndes. Nicht nur, daß Graf Nadasdy, der Nachfolger Stadions, kein Geld hatte und die auf 48 Millionen veranschlagten Erfordernisse um den sechsten Teil zu hoch fand, so befand sich auch die Armee in einer wahrhaft trostlosen Verfassung. „Der Stand der Armee", heißt es in einer für die Konferenz bestimmten geheimen Militärnotiz, „reicht nicht mehr hin, die Forderungen der Zivilbehörden zu erfüllen. Der gemeine Mann hat die vorgeschriebenen Nächte nicht frei, wird viel zu viel hergenommen und früher invalid. Die Komposition der Mannschaft bei der deutschen Infanterie besteht aus Konskriptionsflüchtlingen, attrapierten Deserteurs und Halbinvaliden (!); Landwehr und Reserven werden nicht mehr exerziert; die so notwendigen jährlichen Lager können nicht mehr abgehalten werden; die jährlichen Kontraktionen ebenso, und auch diese Zeit, wo sie stattfinden, ist auf drei Wochen verkürzt. Mit einem Wort: der Zustand ist b e d a u e r u n g s w ü r d i g." Ohne besondere Zuschüsse der Finanzen, heißt es weiter, könnten die Bedürfnisse nicht herbeigeschafft werden. Die Reservemannschaft sei „größtenteils unbrauchbar". Die ungarische Infanterie werde bald durch Entlassungen unter ihrem Stand sein. Der geringe Stand der Kavallerie sei ohne Depot.[516] Auch die moralische Verfassung des Heeres muß recht kläglich gewesen sein, weil man sich mit der Frage befaßte, wie der besonders bei manchen Regimentern und Korps „sehr eingeschlafene Militärgeist" mit Erfolg „aufgefrischt" werden könnte.[517]

Wir ersehen aus diesem kläglichen Bilde, das die berufenen Ratgeber entrollten, wie wenig zutreffend Metternichs Versicherung war, er könnte in einem Monat 400.000 Mann auf die Beine bringen. Österreich war tatsächlich nicht in der Lage, energisch für seinen türkischen Freund einzutreten und seine eigenen Lebensinteressen zu wahren. Allein die Klage

eines der kaiserlichen Minister, daß Österreich den langen Frieden nicht besser benützte, um sich für künftige Ereignisse vorzubereiten[518] — sie war nur allzu berechtigt. Der Verlauf des Krieges hatte gezeigt, daß die Türkei stärker und Rußland schwächer war, als man glaubte.

Der traurige Gewinn des russisch-türkischen Krieges für Österreich war eine tüchtige Verstimmung Rußlands. Wie groß die „Bitterkeit" des Zarenhofes gegen seinen österreichischen Alliierten von ehemals war, erfuhr Kaiser Franz aus dem Munde der russischen Gesandten, die ihm — es war während des Krieges — deutlich zu verstehen gaben, daß die Türken schon längst Frieden würden geschlossen haben, wenn sie nicht die Hoffnung hätten, die anderen Mächte von Rußland zu trennen, und daß der Feldzug „anderst gehen oder anderst gegangen sein würde", wenn Österreich „mitgehalten" hätte. Als dann der Kaiser seine Haltung dahin rechtfertigte, er glaube dem Zaren nützlicher sein zu können, wenn er freie Hände habe, bemerkte der eine der Gesandten gröblich: Der Kaiser Nikolaus brauche seine Hilfe nicht.[519] Schmerzlich muß es auch für Metternich gewesen sein, aus dem Munde des Prinzen Wilhelm von Preußen — des späteren Königs — zu hören, daß die österreichische Politik insoferne nicht glücklich war, als der Julivertrag, den der Staatskanzler so heftig bekämpfte, gerade den Zaren gebunden hätte, während er jetzt, nachdem der Krieg ausgebrochen sei, auf eine entsprechende Schadloshaltung drängen werde. Wie eine Ironie klang es, wenn der Prinz, der in Wien einem Manöver beiwohnte, die Äußerung tat: „Hier sieht es so kriegerisch aus, als ob die Armee in vier Wochen marschieren sollte"[520] — zu einem Friedensmanöver reichten gerade noch die österreichischen Truppen aus. In Wirklichkeit war der Kaiserstaat so kriegerisch gesinnt, daß er die Verstärkung seiner Garnisonen an der Grenze der Donaufürstentümer mit der Gefahr einer Einschleppung der Pest begründete. Um so eifriger aber war er diplomatisch tätig, um gegen Rußland einen Mächtebund ins Leben zu rufen. Der Zar, dem diese Umtriebe seines Nachbarn nicht unbekannt waren, erwog dafür den Plan, in Galizien einzumarschieren, was wieder der österreichische

Rivale erfuhr.— so war er auch seinerseits verstimmt und erbittert.

Aber aller Welt war gelegentlich dieser Orientkrise klar zum Bewußtsein gekommen: die Schwäche Österreichs. Ein tiefer Pessimismus macht sich in Österreich bemerkbar. Friedrich Gentz, Metternichs Mitarbeiter, sah die Zukunft „so finster wie kaum das Grab".[521] Charles Sealsfield, der berühmte Deutsch-Amerikaner, malte in seiner 1828 erschienenen Schrift „Austria, as it is" das düstere Bild des zerfallenden Österreich. Was wird geschehen, so fragt er, wenn die mit dem großen Zarenreich durch Glaubensgemeinschaft verbundenen Länder wie die Donaufürstentümer, Bosnien, Bulgarien, Kroatien und Dalmatien, wo überall schon russische Konsuln regieren, wirklich russisch geworden und eine bis zum Mittelmeer reichende einzige Front den Kaiserstaat umschließt? „Mehr als vier Millionen der Bewohner Ungarns gehören der griechischen Kirche an. Heute schon sind sie dem Haus Österreich ganz entfremdet und würden sich leicht für Rußland gewinnen lassen— dadurch könnte das Schicksal Ungarns und natürlich auch Österreichs nicht mehr länger zweifelhaft sein." Ähnliche Besorgnisse waren schon früher geäußert worden;[522] aber jetzt, unter dem Eindruck der diplomatischen Niederlage, die sich die Donaumonarchie in der Orientkrise holte, mußten sie sich versteifen.

Sealsfields Buch ist für uns auch nach einer anderen Richtung hin interessant: es ist wohl der wuchtigste Hieb, der jemals — öffentlich — gegen das franzisceische System geführt worden ist, und daß er gerade jetzt erfolgte, darf als bedenkliches Symptom gelten — die Fabel von dem kranken Löwen drängt sich auf. Das unangenehmste aber bei dem Angriff auf das Österreich des Kaisers Franz war, daß der Verfasser die dortigen Zustände ausgezeichnet kannte, denn der Amerikaner war, wie es sich bei seinem Tode herausstellte, ein gebürtiger Österreicher aus Poppitz in Mähren, der mit seinem wirklichen Namen Karl Postl hieß. Er hatte in dem nahen Znaim das Jesuitengymnasium besucht, war dann in das Kloster der Prager Kreuzherren eingetreten, scheint sich aber — etwas unstet veranlagt — in diesem

Beruf nicht wohl gefühlt zu haben; er verkehrt viel in der vornehmen Gesellschaft und eines Tages finden wir ihn in Wien in Audienz beim Grafen Saurau, um ihn, wie es heißt, um eine Anstellung im Staatsdienste zu bitten. Was ihm da der Minister gesagt hat, wissen wir nicht, aber von dem Moment an war Postl verschollen; er hatte sich auf irgendeine noch nicht aufgeklärte Weise einen Paß zu verschaffen gewußt und dem Vaterland den Rücken gekehrt.

Der Gedanke liegt nahe, in seinem Buche „Österreich wie es ist“ den Racheakt eines abgewiesenen Bewerbers zu erblicken. Dasselbe ward auch zumeist als ein „Pamphlet“, als eine Schmähschrift der ärgsten Sorte angesehen — darüber soll hier nicht gerichtet werden. Übertreibungen und Unrichtigkeiten mögen sich da und dort eingeschlichen haben, aber niemand wird in Abrede stellen können, daß er sein Österreich in den großen Zügen geradezu glänzend gekennzeichnet und auch im einzelnen eine Fülle von treffenden Beobachtungen beigebracht hat: der Haß gegen das franzisceische System, der sein Buch durchglüht, hat seinen Blick geschärft, nicht getrübt.

Kaiser Franz kommt bei Sealsfield nicht gut weg. Er schildert ihn als einen Despoten der schlimmsten Art: „Die Tyrannei Napoleons war ein Kinderspiel im Vergleich mit der im Gewande größter Biederkeit einhergehenden Willkür des franzisceischen Regierungssystems.“ Er kerkere nach Gutdünken heute einen Fürsten oder Grafen, morgen einen Bischof ein, und das alles vollziehe sich in der „väterlichsten“ Weise. „Wirkliche Einfachheit, despotischer Hochmut, wahrhaft jesuitische Verschlagenheit, gespielte Offenherzigkeit, rohester und undankbarster Egoismus und scheinbar gütigste Nachsicht wohnen in dieser Fürstenseele enge nebeneinander.“ Im Volke, das mehr die Maske als den Menschen schätze, habe sich der Kaiser durch seine leutselig-herablassende Art eine Popularität zu verschaffen gewußt, aber beim Adel sei er nicht beliebt. Diesen habe er seit 1811 zur Seite geschoben; er diene ihm nur als eine „schöne Verzierung“ des Hofes, doch die Folge dieser Machtverschiebung mache sich bereits „ausgiebig“ fühlbar. In Ungarn forderten Adel und Volk ihre rechtmäßige Verfassung und — eine An-

spielung auf den letzten Reichstag von 1825 — erkämpften sich dieselbe wieder. In Böhmen aber bemühten sich die Adeligen in Ermangelung gleicher Kampfmittel, den nationalen Geist ihres Landes zu sammeln und zu kräftigen — durch Stiftung von Museen wie von technischen und wirtschaftlichen Schulen. In Böhmen habe der geliebte „Franzl" bereits alles Ansehen verloren.

Von dem Adel wird auch, fährt Sealsfield fort, der Anstoß kommen,. der dem künstlichen Ruhezustand ein Ende bereitet. „Schweigend, still, aber verbittert leben die Völker dahin — Franz hat sie die Kunst der Verstellung und des Verrates gelehrt und s e i n N a c h f o l g e r w i r d d i e F r ü c h t e d i e s e r S c h u l e e r n t e n." Der tief eingewurzelte Gehorsam, ein gewisser Respekt vor seinem Alter und die „bekannte Allwissenheit" des Kaisers und seiner Diener wird das Reich fortbestehen lassen, so lange er lebt und imstande ist, seine Spione und sein Beamtenheer zu bezahlen. „Die Last der Staatsschulden und die Verwirrung des Geldwesens sind aber zu groß, die Mittel der deutschen Erblande zu sehr erschöpft, um dem jetzigen System noch eine lange Dauer zu gewähren. Unverbraucht jedoch ist die Kraft der Ungarn, die dem Kaiser feindlich sind und nur auf den günstigen Moment warten, sich gegen ihn zu erheben. Dann werden die ü b r i g e n Länder folgen. Die Österreicher haben Ehrfurcht und Vertrauen in den Kaiser verloren und sein Tod wird Geschehnisse bringen, von denen wir uns heute nichts träumen lassen."

Niemand wird leugnen können, daß Sealsfield die Ständebewegung der Vierzigerjahre und die Katastrophe des 13. März gut vorausgesehen hat. Man wird ihm auch zustimmen müssen, was er über die sittlichen Schäden des Polizeiregiments, das „alles Ehrgefühl und jede bessere Regung einfach erstickt", und was er über den Mangel an Interesse des Kaisers für die Künste und Wissenschaften sagt. Wenn er dann aber behauptet, daß man die Genußsucht und Gedankenlosigkeit der Wiener künstlich großziehe, um sie zu unpolitischen, willenlosen Untertanen heranzubilden, könnte man darauf hinweisen, daß diese wenig rühmliche Eigenart schon früher vorhanden war — bezeichnete doch bald nach

seiner Thronbesteigung ein kritischer Beobachter die Bewohner der kaiserlichen Residenz als die glücklichen Besitzer der drei von Kant empfohlenen Mittel, welche die Übel der Welt vergessen zu machen geeignet wären: Hoffnung, Schlaf und Lachen.[524] Aber eines läßt sich nicht bestreiten, daß der Kaiser, der alles Geistige verächtlich „diese Sachen“ nannte, seinerseits nichts getan hat, um diesen Hang zu Geistesträgheit und grober Daseinsfreude einzudämmen und dagegen die edleren Regungen, Bildungstrieb und Kunstsinn zu fördern. „Im Belvedere, im Palast des Fürsten von Liechtenstein, wird man vielleicht einen vereinzelten Besucher irgendwo in einer Ecke sitzend finden oder einen kopierenden Maler vor einem Heiligenbild antreffen, sonst aber niemanden.“

Interessant ist auch, wie Sealsfield über die Aussichten einer Konstitution für die „große Anhäufung von Provinzen, die Österreich heißt“ — von einer solchen Verfassung wurde ja damals bereits gesprochen — sich äußerte. Für eine konstitutionelle Regierung, meint er, sind die Völker des Kaiserstaates „noch nicht weit genug fortgeschritten.“ Eine Verfassung bliebe ein nutzloses Blatt Papier, wenn die Grundlagen dazu fehlen. Diese sind eine angemessene Verteilung des Besitzes und entsprechende Volksbildung, sowie dies in England und Frankreich der Fall ist. Österreich kennt nur ansehnlichen Adelsbesitz und Kleinbauern. Zwischen diesen beiden Extremen, Reichtum und Bildung auf der einen, Armut und Unbildung auf der anderen Seite, fehlt als Bindeglied ein eigentlicher Mittelstand. Hätte man einen solchen durch Verteilung der „ungeheuren“ Krongüter, der Güter des Religionsfonds, des Studienfonds und der Klöster an das Volk bei Zeiten geschaffen, so wäre dadurch „dem Staate eine gedeihliche und gefestigte Zukunft, dem Volke entsprechender geistiger Aufstieg“ gesichert worden.

Sealsfields scharfe Beobachtungsgabe zeigt sich auch in der Art, wie er das Verhältnis des Staatskanzlers zu Kaiser Franz zeichnet. Die landläufige Auffassung, der Kaiser sei als ein bloßes Werkzeug in Metternichs Händen zu betrachten, bezeichnet er als unrichtig. „Zwischen dem Monarchen und dem Staatskanzler“, behauptet er, „herrscht vollständige

Übereinstimmung der Gesinnung und Ansichten. Der Kaiser hat in Metternich den Mann nach seinem Herzen gewählt, deshalb findet er an seinen Vorschlägen Wohlgefallen und führt sie aus." Nach dieser Feststellung entwirft Sealsfield von dem Fürsten ein Bild, das nicht gerade schmeichelhaft ist. „Niemals", meint er, „hat es einen mehr gehaßten und gefürchteten Mann gegeben als Metternich — von der Ostsee bis zu den Pyrenäen, von der Grenze der Türkei bis nach Holland ertönt nur eine Stimme über diesen Minister, die des Abscheus." Wie eine ungeheure Spinne hat er sein Netz über Europa gespannt, und seine Spione sitzen in jeder Hauptstadt. „Wie kein anderer bestimmt er die Geschicke Europas oder, richtiger gesagt, widersetzt er sich dem Werdegang unseres Zeitalters." Als Diplomat und politischer Intrigant hat er keinen Rivalen, weiter reicht aber sein Können nicht. Wo mehr als Ränke oder Kunstgriffe erforderlich sind, verläßt ihn sein Genie. Als Staatsmann — wenn man mit diesem Wort einen Mann bezeichnet, der die wahren Interessen seines Fürsten und seines Landes vertritt und großzügig handelt — ist er sehr unbedeutend. Die Fürsten und Hofleute kennt er gut, aber „die Völker hat er nicht richtig eingeschätzt" — und an dieser „furchtbaren Einseitigkeit" des reichbegabten, oberflächlich gebildeten Mannes wird der Kaiserstaat Schiffbruch erleiden.

Sealsfields scharfer Angriff auf Österreichs System machte begreiflicherweise großes Aufsehen. Der Friede von Adrianopel, aus dem die Donaumonarchie gänzlich vereinsamt, moralisch und politisch geschwächt, hervorging, gab ihm ein für Metternich unangenehmes Relief. Der Staatskanzler war sich selbst am besten klar, daß nun eine „neue politische Epoche" herangebrochen sei. Von katzenjämmerlicher Stimmung erfüllt ist der Vortrag, den er wenige Tage nach diesem Frieden dem Kaiser vorlegte, um die Richtlinien der nun für Österreich einzuschlagenden Politik zu zeichnen.

Das Programm, das Fürst Metternich da entwirft, ist interessant: es zeigt, daß der Staatskanzler aus der großen Krise nichts gelernt hatte und er unversöhnlich auf dem alten Standpunkt der Prestigepolitik beharrte, ohne auf die inneren Kraftquellen Rücksicht zu nehmen. Der „schiefe" Geist des

englischen Außenministers Canning, führt er aus, hat die dem Erhaltungssystem ausschließend gewidmete europäische Allianz gesprengt. Europa wird nunmehr „von einer moralischen Pest heimgesucht.“ Mit Bedauern, „aber im vollen Gefühl der Wahrheit müssen wir uns gestehen, daß die gesamte orientalische Sache nie ernstlich zur Sprache gekommen oder wenigstens nicht b i s z u s o l e i d i g e n R e s u l t a t e n verfolgt worden wäre, wenn sich Österreich in einer anderen Verfassung, als die unsrige Zeit der großen Reduktionen der letzten dreizehn Jahre gewesen ist, befunden hätte“. Österreich, „vermöge seiner geographischen Lage der wahre Schwerpunkt im europäischen Staatensystem, kann sich nicht von der ihm angewiesenen Stelle zurückziehen oder auch nur zurückzuziehen s c h e i n e n, ohne das gesamte Gebäude bedeutenden Schwankungen preiszugeben“. Der Glaube an das Versiegen der Kraft Österreichs war nicht ohne den schädlichsten Einfluß auf den Lauf der Begebenheiten in den letzten Jahren.

Österreich muß sich daher — das war des Staatskanzlers letzter Schluß — finanziell und militärisch in eine solche Lage setzen, daß es den Hoffnungen aller „Gutgesinnten“ im übrigen Europa auf Erhaltung des Bestehenden eine sichere Grundlage bietet. Österreich als die „große Zentralmacht“ muß so dastehen, daß es „nötigenfalls Ruhe gebieten kann“. Das in dem Zeitraum von 1817 bis 1828 befolgte „Reduktionssystem“ der Armee ist auf die nächste Zukunft nicht anwendbar. Auch in administrativer Hinsicht müssen bessere Grundlagen geschaffen werden. Die Lage Ungarns erfordert da in erster Linie Rücksicht und — die oberste Regierung. Gedeihlich können sich die finanziellen, militärischen und administrativen Verhältnisse nur entwickeln, wenn sie „in einem und demselben Brennpunkte“ erhoben, beleuchtet und bestimmt werden — ein solcher aber kann nur durch des Monarchen allerhöchsten Willen und unter dessen unmittelbarer Leitung sein Dasein erhalten.[525]

Die Ordnung im Zentrum der Regierung war, wie wir wissen, ein alter, gutabgelagerter Wunsch des Staatskanzlers. Sie war jetzt, da der Kaiser sichtbar alterte, dringender denn je, aber gerade jetzt stellten sich ihr große Hindernisse

entgegen — nicht so sehr weil der Monarch mehr denn je einer entscheidenden Änderung widerstrebte, als vielmehr weil in seinem Kabinett ein neuer Minister saß, der dem dominierenden Einflusse des Staatskanzlers mit zäher Energie entgegenarbeitete. Wir kommen da zu einem der traurigsten, wenn auch interessantesten Kapitel des österreichischen Vormärz: dem Kampf Metternichs mit seinem Rivalen Kolowrat, den der Fürst selbst nicht mit Unrecht als eine der Ursachen der Märzkatastrophe bezeichnet hat.

Graf Kolowrat ist uns bereits aus seiner Tätigkeit als Stadthauptmann von Prag und als Oberstburggraf von Böhmen bekannt. Des Kaisers Vorliebe für die böhmischen Adeligen und insbesondere für die Oberstburggrafen war bekannt.[526] Graf Wallis hatte seinen Weg als Finanzminister gefunden und für Graf Kolowrat, der sich durch seine Verdienste um die Aufspürung der geheimen Gesellschaften nicht wenig empfohlen haben mag, schlug die Stunde, als der Tod des Staats- und Konferenzministers Grafen Zichy in das Kabinett eine Lücke gerissen hatte. Metternich selbst drängte auf die rasche Ausfüllung derselben[527] und es scheint, daß ihn die Wahl Kolowrats ganz angenehm berührte, denn wenige Monate vor dessen Ernennung hatte der Oberstburggraf in der Frage der Steuerregulierung in äußerst scharfer Weise über die „traurigen subversiven Prinzipien" — damit waren natürlich die josephinischen gemeint — sich ausgesprochen.[528]

Sollte der Staatskanzler damals wirklich in Kolowrat einen treuen Gesinnungsgenossen, einen starken Mitarbeiter und Gefolgsmann im Kampfe gegen die revolutionären, josephinischen Tendenzen begrüßt haben, so war er jedenfalls sehr bald auf das schwerste enttäuscht. Nicht, daß der böhmische Aristokrat jemals wirklich ehrlich und überzeugt die Sache des Liberalismus, wie so mancher Freund des Fortschrittes es glaubte, vertreten hätte, aber er bediente sich desselben gern, um dem durch und durch konservativen Staatskanzler Schwierigkeiten zu bereiten. Denn der neue Minister, von einem geradezu „brennenden Ehrgeiz" [529] erfüllt, strebte zusehends der Stellung eines „Oberministers" zu, und da diese Position eines Premierministers auch das Ziel des

Staatskanzlers war, ergab sich aus dieser Eintracht der Wünsche und Ziele eine Kette von Konflikten, die, in ihren tieferen Wurzeln rein persönlicher Natur, auf das sachliche Gebiet gespielt wurden.

Fürst Metternich vertrat, wie wir wissen, einseitig und rücksichtslos den Standpunkt: Österreich muß kraftvoll und imposant auftreten, um die Ruhe in Europa zu erhalten, erforderlichenfalls mit Waffengewalt; es muß dort jede nationale und liberale Bewegung sofort im Keime erstickt werden, damit sie nicht auf den habsburgischen Völkerstaat übergreife, koste es, was es wolle. Wie die Mittel zu dieser über ganz Europa sich erstreckenden Polizeitätigkeit herbeigeschafft werden sollten, darüber scheint er sich nicht viel den Kopf zerbrochen zu haben. Mit schönklingenden Phrasen kam er über die bedenkliche Seite dieser auf die Dauer die Kraft Österreichs völlig zerstörenden Politik hinweg: ein gut gerüstetes Österreich wird die Ruhe aufrechthalten oder erzwingen, und in dieser möglichst langen Ruhe findet es Zeit, seine finanziellen Kräfte zu sammeln.

Dem gegenüber stellte sich Graf Kolowrat, der wenige Monate nach seiner Ernennung[580] zum Minister die Leitung der staatsrätlichen Sektion C. — das war die Abteilung für die Finanzen — übertragen erhalten hatte,[581] auf die Seite jener Partei, welche der nicht unbegründeten Meinung war, daß viel dringender und wichtiger als die Bekämpfung der revolutionären Ideen im In- und Auslande, die mit einer beständigen Rüstung verbunden war, die Gesundung der inneren Kräfte, die Sanierung der Finanzen sei. So konnte denn Kolowrat später dem Staatskanzler, der ihm seine liberalen Anwandlungen vorwarf, sagen, daß er als Aristokrat von Geburt vollständig mit des Fürsten konservativen Zielen einverstanden sei, aber über die Mittel, sie zu erreichen, anders denke. „Ihre Mittel“, setzte er Metternich auseinander, „sind ein Wald von Bajonetten und starres Festhalten an dem, was eben ist. Nach meiner Ansicht arbeiten wir auf *diesem Wege der Revolution in die Hände*. Wir schwächen die Regierung durch Erschöpfung der Kräfte; wir drücken die Massen, verkümmern ihr Wohlsein, machen sie unzufrieden und dadurch lüstern nach Ver-

änderung des Zustandes; wir reizen den Mittelstand zum Hasse gegen unsere Kaste, die er jetzt beneidet, aber fürchtet, wenn sie vernünftig ihre Gewalt gebraucht, die er aber angreift und mit Hilfe der unzufriedenen Massen stürzet, wenn er diese in Bewegung bringen kann. Unsere Aufgabe ist also, alle Maßregeln zu ergreifen und alle Konzessionen zu machen, welche das materielle Wohlsein der Massen, die Behaglichkeit des Volkes als Preis seiner Arbeitsamkeit begründen können... Dieser Weg allein kann uns retten; der Ihrige führt uns — nicht morgen, nicht in einem Jahre — aber immerhin bald genug dem Untergange zu.“ [332]

Kaiser Franz erlebte jetzt in seinen alten Tagen schwere Stunden. Der eine Minister sagte ihm: Wir müssen die revolutionären Ideen bekämpfen, sonst kommt uns die Revolution todsicher ins Land, sonst ist es mit der Ruhe vorbei — und der andere erklärte ihm ebenso kategorisch: Wenn wir nicht auf das Innere, auf die Hebung der volkswirtschaftlichen Kräfte sehen, dann kommt die Revolution erst recht — von innen heraus. Der erstere wußte ihm so unheimlich düster das verderbliche Walten der Geheimbünde, die Gefahr eines Eindringens der moralischen Pest zu schildern, — der andere wieder wies auf den erschütternden Stand der Finanzen, auf die Gefahren des Steuerdruckes hin. Die Unsicherheit, das Schwankende in der Natur des Kaisers, brachte es mit sich, daß er bald dem einen, bald wieder dem anderen recht gab.

Ein erbitterter Kampf zwischen den Rivalen begann, bei dem Graf Kolowrat insoferne günstigere Aussichten hatte, als er gegenüber dem mimosenhaften, schwächlichen, um nicht zu sagen feigen Wesen des Staatskanzlers eine zähe Draufgängernatur darstellte und in der Kunst der Intrige äußerst bewandert war. Auch kam ihm zu gute, daß sich der Monarch innerlich, durch eine gewisse geistige Wahlverwandtschaft, mehr zu ihm hingezogen fühlte. Der geistreiche Fürst Metternich war ja niemals so recht der Günstling des Monarchen gewesen — anders Kolowrat, der nach allem, was wir über ihn wissen, doch im Grunde ziemlich, wenn auch nicht so, wie es manche glauben machen wollten, be-

schränkt war. Mit einer ganz gehörigen Dosis von Routine und Bauernschlauheit ausgestattet, verfügte er auch über kein eigentliches Fachwissen, besaß aber unzweifelhaft die Gabe, die Kenntnisse anderer geschickt zu verwerten, sich rasch in einen ihm fremden Gegenstand derart einzuarbeiten, daß er den Anschein der vollen Vertrautheit erwecken konnte. Der Monarch war jedenfalls bald überzeugt, daß Kolowrat ihm vom Himmel gesandt sei, um die Monarchie vor dem Untergang zu retten, und dieses Gefühl seiner Unentbehrlichkeit gab dem Grafen jenes „Hausmittel" ein, das auf den Kaiser unfehlbar wirkte: die Drohung mit dem Rücktritt — an den er wohl niemals im Ernst dachte.[533]

Es war seit dem Amtsantritte des Grafen Kolowrat noch kein Jahr verstrichen, so gab es zwischen den beiden Ministern bereits einen großen Krach. Im April 1827 bat Kolowrat den Staatskanzler, ihm bei seinem „politischen Tode", nach dem er sich sehne, seine freundschaftliche Hilfe angedeihen zu lassen.[534] In der Umgebung des Fürsten sprach man von der „bekannten Eigentümlichkeit" des Grafen, glaubte man an „eine Art Mondsucht", von der Kolowrat befallen sei, was insofern als bedenklich, als „schlimm" angesehen wurde, „da der Mond doch öfter wiederkehrt".[535] Offenbar war also bereits die Krise ausgebrochen und der Graf amtsmüde geworden. Sie muß aber wieder vorübergezogen sein; denn im Juni desselben Jahres finden wir den Grafen sehr fest in seinem Sattel sitzen. Er entwickelt dem Monarchen seine Ansichten über die Mittel, die schweren Mängel der Finanzverwaltung zu beseitigen, das unheimliche Defizit zu beheben, über die Notwendigkeit, Ersparungen zu erzielen, und redet angemessenen Reformen das Wort. Es darf, erklärt er am Schlusse kategorisch, „keine Zeit mehr durch untätiges Stillestehen verloren werden".[536]

Der dringende Appell an den Kaiser verfolgte ganz offenkundig den Zweck, die gesamte Leitung des gefährdeten Finanzwesens Kolowrat in die Hand zu geben, so daß er also mit den Agenden eines Ministers des Innern auch die eines Ober-Finanzministers vereinigt hätte. In der Tat gelingt ihm dies — aber erst, nachdem er im August 1827 mit der Niederlegung der Leitung der staatsrätlichen Finanzsektion

gedroht hatte[537] und er im Januar des nächsten Jahres 1828 von einem „rheumatischen Augenübel“, das ihm deren Ausübung nicht länger gestattete, befallen worden war.[538] Im Januar 1829 schildert er dem Monarchen in den allerschwärzesten Farben den besorgniserregenden Zustand der Finanzen. „Wenn so fortgegangen wird wie bisher,“ erklärt er drohend, „ist eine Katastrophe nicht mehr fern, sie kann bei irgend einem Anstoße von außen augenblicklich eintreten.“[538] Der Monarch zeigte sich über den „Eifer“ des Grafen sehr erfreut, und das Resultat war das von diesem gewünschte: es wurde eine Finanzkommission unter der unmittelbaren Leitung Kolowrats eingesetzt, der als Mitglieder die Staats- und Konferenzräte Baron Lederer und der uns schon bekannte Baron Kübeck, ferner die beiden Vizepräsidenten der Hofkammer Baron Barbier und Pillersdorf angehörten. Ihnen wurde „unter strenger Verantwortung“ die unbedingte Geheimhaltung dieses ihres außerordentlichen Berufes zur Pflicht gemacht.[539]

Ob von der Existenz dieser Feme, welche alle Staatsbedürfnisse und die Mittel zu ihrer Bedeckung „strenge“ zu untersuchen und natürlich auf die „möglichsten“ Ersparnisse bedacht zu sein hatte, auch der Staatskanzler nichts erfahren durfte, wissen wir nicht; aber eines ist sicher, daß die Armeereduktion einen der ganz besonderen Programmpunkte des Grafen Kolowrat bildete, wie denn auch gleichzeitig eine eigene Kommission, die den Aufwand für das Heer einer „genauen und eindringenden Prüfung“ zu unterziehen hatte, eingesetzt wurde. Da nun gerade die Erhöhung der Militärmacht einer der Grundpfeiler seines Systems war, so werden wir nun die starke Betonung der Notwendigkeit, eines imponierenden Auftretens, wie er sie in dem nach dem Frieden von Adrianopel verfaßten Vortrag entwickelte, verstehen — aber auch die Schwierigkeiten, die sich seinen Vorschlägen entgegenstellten, uns vergegenwärtigen können. Wohl wurde unter dem starken Druck der von Kutschera geführten Militärpartei ein „Defensivsystem“ beschlossen, aber es sollte im Rahmen der finanziellen Lage der Monarchie sich halten.[540]

Es gab indes — in diesem Anfangsstadium — noch einen anderen Standpunkt, der zu Reibungen zwischen dem obersten Leiter des Finanzwesens und dem Außenminister führte: das Verhältnis zu Ungarn. Kolowrat war auf das Land der heiligen Stephanskrone nicht gut zu sprechen. Er beklagt sich wiederholt sehr lebhaft darüber, daß Ungarn, das doch räumlich fast die Hälfte der Gesamtmonarchie umfasse, zu den allgemeinen Staatsbedürfnissen „ganz unverhältnismäßig" beitrage, gar keine direkten Steuern zahle und nur durch indirekte Abgaben getroffen werden könne, und auch die geringe Militärkontribution nur sehr „mühselig" eingehe. Ungarn, erklärt er schroff, „will" nichts zahlen, die anderen Länder aber können nicht mehr und müssen daher trotz ihrer regen Industrie und ihrer Wohlhabenheit fühlbar abnehmen, um schließlich zugrunde zu gehen.[541] Kolowrat war daher bedacht, bei der Regulierung der indirekten Steuern, die er — wir werden noch von ihnen hören — in die Wege geleitet hatte, zum Schutze der deutschen Provinzen, in Ungarn eine Zollerhöhung vorzunehmen, stieß aber dabei auf den „leidenschaftlichen" Widerstand des ungarischen Hofkanzlers Grafen Revicky, der sich vom Staatskanzler unterstützt sah.

Kolowrat fühlte, daß seine Gesundheit den Anstrengungen seines Berufes — nach zweiunddreißigjähriger Dienstzeit — nicht mehr gewachsen sei. Er war, wie er offen gestand, mit dem ganzen Gang, den die politischen Verhältnisse in Ungarn nahmen, nicht einverstanden und bat den Kaiser, ihn von allen auf dieses Land bezüglichen Angelegenheiten gnädig dispensieren zu wollen.[542] Metternich, vom Kaiser zu Hilfe gerufen, benützte die Gelegenheit, um seinem Rivalen einen tüchtigen Hieb zu versetzen und ihn sachte beiseite zu schieben. Der Vortrag des Grafen, bemerkte er milde, „ist in einer kranken Stunde geschrieben, denn er trägt ganz dieses Gepräge. Auch weiß ich, daß derselbe bereits seit mehreren Tagen leidend ist." Ist der Kanzler leidenschaftlich und steht das Reich schlecht, so ist es Pflicht des höchsten Zentrums, helfend einzugreifen, statt sich, als ob einen die ganze Sache nichts anginge, einfach zurückzuziehen. Gewiß ist Ungarn ein verdorbenes Land, aber ist es deshalb als ein fremdes zu betrachten? Es muß anders behandelt werden,

als die deutschen Länder, aber das kann nur zweckmäßig unter einer strengen Regel geschehen, und diese Regel ist nicht erreichbar, wenn ein jedes Departement ohne Rücksicht auf Ungarn nur auf deutschem Felde vorschreitet. „Alles kann geschehen, es kommt nur darauf an, wie man die Dinge stellt." Kolowrat erschien nicht zur Konferenz, worauf der Staatskanzler dem Monarchen neuerdings versicherte, daß sein Amtskollege „wirklich krank" sei.[543]

Kolowrat genas wieder, er interessierte sich weiter für die ungarischen Verhältnisse und sein Einfluß auf den Kaiser macht sich augenscheinlich bemerkbar: er war für die Magyaren keineswegs günstig. Der übertriebene „Magyarismus", die Sucht, Ungarn „als ein von dem österreichischen Staat getrenntes, für sich allein strenge abgeschlossenes Reich aufzustellen", fand, während sich bei Metternich mildere Anschauungen durchgerungen hatten, bei dem Grafen einen unversöhnlichen Gegner.[544] Es scheint aber, daß seine ausgesprochene Abneigung gegen die Magyaren nicht bloß durch seine Stellung als oberster Hüter des Finanzwesens oder als Anhänger der josephinischen Schule, die er in den kirchlichen Fragen verriet, diktiert war, sondern noch von ganz anderen Gefühlen, die in der Folge immer deutlicher zutage treten sollten.

Graf Kolowrat war — darüber kann heute kein Zweifel mehr bestehen — ein ausgesprochener Tschechenfreund, ein unentwegter Förderer der slawischen Interessen.[545] Wir erinnern uns daran, wie Sealsfield-Postl bei Erwähnung der gegen den Absolutismus Kaiser Franzens aufkeimenden Ständebewegung im Zeichen der nationalen Ideen die Bedeutung der Museen hervorhob — nun denn, Kolowrat war einer der Begründer der böhmischen Museumsgesellschaft in Prag, die später tatsächlich der Hort der tschechisch-nationalen Tendenzen werden sollte.

Nicht ohne Interesse ist es zu hören, wie Graf Kolowrat, damals noch Oberstburggraf, der Wiener Regierung, die ja sonst gegen alle gelehrten Bestrebungen und Vereine — man denke an das von Erzherzog Johann für die Steiermark gegründete Johanneum — ein entschiedenes Mißtrauen hegte, die Nützlichkeit der neuen Gesellschaft begreiflich zu machen

wußte. Ihr Zweck sollte, berichtete er dem Polizeiminister, darin bestehen, „den gebildeteren Teil des Publikums, der gegenwärtig nur zu geneigt ist, sich mit zwecklosem, größtenteils unvernünftigem Tadel der politischen und administrativen Verfügungen zu beschäftigen, hiervon abzuziehen und ihm eine gemeinnützigere, wissenschaftlichere Richtung zu geben, wie er sie in früheren Zeiten hatte, ehe er durch die großen politischen Ereignisse aufgeregt worden war, sich durch Räsonnement und Urteile in die öffentlichen Angelegenheiten einzumengen." So etwas ließ sich hören! Graf Sedlnitzky äußerte dem Oberstburggrafen gegenüber seine „lebhafte Freude" über diese „edlen" Bemühungen[546] und der Verein erhielt die kaiserliche Sanktion. Der Polizeiminister, der nicht lange danach auf das Verbot von Grillparzers „Ottokar" antrug, weil er den in dem Drama geschilderten Widerstreit der Nationen vom Standpunkt der Ruhe der Monarchie bedenklich fand, ahnte wohl nicht die Wirksamkeit der böhmischen Museumsgesellschaft, die nicht wenig dazu beitrug, den nationalen Frieden im Lande zu zerstören.

Der „Böhme der Böhmen", wie ihn Kübeck nennt,[547] übte als Minister für alle inneren Angelegenheiten eine ausgesprochene Günstlingswirtschaft. Er wußte es bald so einzurichten, daß an alle wichtigeren Stellen seine Kreaturen kamen, und es waren fast ausschließlich Mitglieder des slawischen Hochadels — so wurde denn der Oberste Kanzler Graf Saurau durch den Grafen Mittrowsky und der Finanzminister Nadasdy durch Klebelsberg verdrängt. Ohne irgendwie ein Freund der ständischen Bestrebungen zu sein, wirkte er eifrigst für die Bestrebungen der tschechischen Aristokratie, mittelbar auch für jene der Stände. Auch sonst wußte er seine Landsleute eifrig zu fördern. Man sagte ihm nach, es genüge schon, wenn der Bewerber um eine Stelle statt anderer Empfehlungen anführte: „Ich bin ein Böhme und heiße Wenzel." [548] Mit Recht ist sein zersetzender Einfluß auf die Beamtenschaft hervorgehoben worden.[548a]

So hatte denn die aristokratisch-tschechische Fronde in das kaiserliche Kabinett selbst ihren Einzug gehalten — nicht zum Vorteil des Gefüges der obersten Leitung, dessen Festigkeit ohnehin so viel zu wünschen übrig ließ. Oft mögen dem

alternden Kaiser selbst Bedenken aufgestiegen sein, mag er in der Widerhaarigkeit des Grafen ein Aufflammen des alten revolutionären Trotzes der böhmischen Stände, ein unheilverkündendes Wetterleuchten einer kommenden Ständebewegung erblickt haben. Einmal zu Beginn des Jahres 1830, als wieder eine heftige Meinungsdifferenz mit Metternich ausgebrochen war und der Graf mit der Rückkehr in sein „Vaterland" — er meinte Böhmen, wo er auch begütert war — drohte, konnte sich der Monarch nicht enthalten, Metternich „zu eröffnen, daß Ich, wenn Ich lauter solche Diener wie Graf Kolowrat gehabt, oder noch hätte, Ich den österreichischen Staat zu erhalten vermuthlich nicht imstande gewesen wäre".[549] Indes, das waren nur vorübergehende Verstimmungen. Graf Kolowrat fand doch immer wieder den Weg zum Herzen seines Monarchen zurück. Schrittweise gelang es dem eitlen Grafen, zu jener Stellung des „Premierministers", die einst der Kabinettsminister Graf Colloredo inne gehabt hatte, sich emporzuarbeiten. Wie wir seine liberalen Ansichten über die Schädlichkeit des „Stillestehens" kennen gelernt haben, hätte er in dieser hervorragenden Position einen heilsamen Einfluß ausüben können, aber da versagte der „überzuckerte", verbindliche[550] Graf, sobald er auf den entschiedenen Widerwillen seines kaiserlichen Herrn stieß, und beschränkte sich darauf, seinem Unmut über die desolaten Verhältnisse im Kreise seiner Bekannten Luft zu machen. Seine ganze Kraft und Energie erschöpfte sich in dem Kampf gegen den Staatskanzler, der, je schwieriger die Situation für die Monarchie sich gestaltete, desto mehr das Bedürfnis fühlte, seinen Einfluß auf das gesamte Gebiet der inneren Staatsverwaltung auszudehnen, um so seine Prestigepolitik mit Erfolg fortsetzen und ausbauen zu können.

Während Kaiser Franz körperlich und geistig verfiel und die beiden führenden Staatsmänner im Kabinett sich leidenschaftlich bekämpften, war im Westen Europas ein Ereignis eingetreten, das den Kaiserstaat in eine schwere Krise stürzte.

2. DIE JULIREVOLUTION. PLAN EINES KRIEGES GEGEN FRANKREICH.

Was sich bisher im Süden und Osten Europas vollzog, war nur das Vorspiel zu jener Bewegung, die im Juli 1830 in dem Ursprungslande der Revolution ausbrach. Die Verjagung der reaktionären Bourbonen von dem Thron der allerchristlichsten Könige war ein Ereignis von wahrhaft epochaler, grundstürzender Bedeutung. Der blitzschnelle Sieg des französischen Bürgertums, die „große Woche", fand in ganz Europa bei allen, die unter dem Druck der „väterlichen" Regierungen seufzten, so wie seinerzeit die Revolution von 1789, ein begeistertes Echo. Man jauchzte und jubelte darüber, daß „hochherzige Bürger einer großen Nation in den Mauern von Paris für Freiheit und Licht, wider Verfinsterung eines meineidigen Königs gekämpft, daß freie Bürger über feile Söldlinge gesiegt" hätten. „Die dankbare Nachwelt", erklärte feierlich der Regierungspräsident in Bologna, „wird die denkwürdigen Tage von Paris den sechs Schöpfungstagen an die Seite stellen." [551] Hinter dem südlichen Überschwang dieser Freudenäußerung verbarg sich das richtige Gefühl für die Größe des Geschehnisses: eine neue Ära war herangekommen; das Zeitalter der Romantik und der Restauration hatte sein Ende gefunden. Schon äußerlich zeigte sich der tiefgehende Wandel des ganzen geistigen und politischen Lebens: in dem Siegeszug des bürgerlichen Frackes, der das goldstrotzende Hofkleid und die glitzernde Soldatenuniform in den Hintergrund drängte, der, alle Klassenunterschiede ausgleichend, Gäste und Diener vollkommen gleichwertig erscheinen ließ.

Weniger erfreut über die Pariser Vorgänge war der Staatskanzler Fürst Metternich, der noch wenige Tage vorher über die unglückseligen Ordonnanzen des Bourbonenkönigs Karl X. seine vollste Befriedigung geäußert hatte. Die Nachricht von dem Wiederaufleben der verfemten Ideen der Revolution wirkte auf den Mann, der sich so sehr in der Rolle des Propheten gefiel, der alles immer vorausgesehen haben wollte, wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Der Staatskanzler brach beim Empfange der Unglücks-

depesche, so wird erzählt, vor seinem Schreibtisch zusammen. Sein Leibarzt, der uns schon bekannte Doktor Jäger, den man in der Meinung, den Fürsten habe der Schlag getroffen, eiligst herbeigeholt hatte, fand ihn regungslos, den Kopf in seinen Händen vergraben, doch — ein Beweis für seinen Gleichmut? — ohne beschleunigten Puls. Als er sich endlich von der Betäubung erholt hatte, brach er in die Klage aus: „Die Arbeit meines ganzen Lebens ist zerstört.“ [552]

Mit der vielgepriesenen Ruhe in Europa war es jetzt vorbei — überall gibt es freiheitliche und nationale Bewegungen. Metternich hat jetzt vollauf damit zu tun, den durch die Julirevolution angefachten Brand zu löschen, und man kann nicht leugnen, daß seine diplomatischen Künste sich auf der alten Höhe zeigen, wie es ihm denn gelingt, unter dem Druck der Sorge vor einem allgemeinen Umsturz den in die Brüche gegangenen Bund der Ostmächte wieder zusammenzuschmieden. Aber die nichts weniger als gefestigten Verhältnisse im Inneren der Monarchie erschweren und lähmen das Auftreten des Staatskanzlers. Am liebsten hätte er das vor zehn Jahren so pomphaft vertretene Prinzip der „Intervention“ auch dem revolutionären Frankreich gegenüber wieder angewandt, aber diese Zeiten waren vorbei. Derselbe Talleyrand, der sich damals für dasselbe so sehr erwärmt hatte, gab jetzt die große Losung der „Nichteinmischung“ aus. Dieses diplomatische Zauberwort bedeutete indes für ihn, wie er einer englischen Dame versichern konnte, ungefähr dasselbe.[553] Denn er war von vornherein bereit, der Regel „Ausnahmen“ zuzugestehen.[553] So durfte Frankreich in die belgischen Wirren, nicht aber Österreich in Italien oder gar in Frankreich eingreifen.

In England aber griff Lord Palmerston, Cannings gelehriger Schüler, das Schlagwort von dem Selbstbestimmungsrecht aller freien Völker begeistert auf — zum Ingrimm und Verdruß des Fürsten Metternich, der gegen diese neue gefährliche Auffassung entschiedenste Verwahrung einlegte. „Die Räuber“, so äußerte er sich entrüstet, „weisen die Polizei zurück, die Brandstifter verwahren sich gegen die Feuerwehr. Niemals werden wir eine solche Anmaßung dulden, welche die ganze soziale Ordnung umstürzt.“ [554] Der

österreichische Staatskanzler hätte sich so gern wieder an die Spitze der Löschaktion gestellt, und wo es ging, da tat er es, aber sichtbar zaghaft, kraftlos und schwankend — schon zeigt sich die Zerfahrenheit, der innere Riß in der obersten Leitung.

Während in Italien alles vorbereitet wird, um sofort zu intervenieren, nimmt die Donaumonarchie gegenüber den Polen, die sich unter dem ersten Eindruck der französischen Julirevolution gegen die zaristische Fremdherrschaft erhoben hatten, eine ganz merkwürdige Haltung ein, die zwischen Intervention, strengster Neutralität und offenen Sympathien für die Aufständischen die längste Zeit unentschieden hin und her pendelte. Die Polen, die auf österreichisches Gebiet sich geflüchtet hatten, wurden mit auffallender „Milde" und Auszeichnung behandelt. Alle Welt wußte, daß sie in Wien ihre Mittelsmänner hatten, die den Kaiser für eine Hilfe zu gewinnen suchten. Das lockende Angebot, einem österreichischen Erzherzog — man nannte Karl — die Krone zu verleihen,[555] wurde zwar nicht angenommen, aber man wies es auch nicht entrüstet ab. Man wußte anscheinend nicht recht, was man eigentlich wollte: einerseits wünschte man, wie uns die redselige, aber gut eingeweihte Gemahlin des Staatskanzlers verrät, den Sieg des legitimen Prinzips über die Rebellion, andrerseits aber gönnte man den Russen von ganzem Herzen einen „Dämpfer".[556]

Zu den hochmögenden Gönnern der aufständischen Polen gehörte vor allem der Minister Graf Kolowrat. Er hatte den Russen nicht vergessen, daß sie sich während des türkischen Krieges „höchst feindselig" und „unfreundschaftlich" benommen hatten, und gab dem Monarchen deutlich zu verstehen, daß der Freundschaft des russischen Kabinetts nicht zu trauen sei.[557] So wie Kolowrat scheint auch sein Landsmann Lobkowitz, der Gouverneur von Galizien, gedacht zu haben. Schon viele Monate vor dem Losbruch der Erhebung hatte er Kaiser Franz im strengsten Vertrauen von den Vorbereitungen dazu in Kenntnis gesetzt und bei dieser Gelegenheit auch den höchst beachtenswerten Inhalt einer Unterredung die er mit einem polnischen Edelmanne hatte, mitgeteilt. Der in die Verschwörung eingeweihte Pole legte dem Gouver-

neur die großen Vorteile dar, die Österreich bei einer Unterstützung ihrer Sache winkten. Er wies unter anderem auf die Wühlarbeit der russischen Agenten im Innern der Monarchie, wie z. B. in Ungarn, hin. Lobkowitz aber verrät in der ganzen Art und Weise, wie er dem Kaiser dieses Projekt der Wiederherstellung des alten Königreiches Polen als einer „festen Schutzmauer gegen den eindringenden Koloß von Norden" als eine Sache von „außerordentlicher Wichtigkeit" vortrug, daß er selber es für erwägenswert hielt.[558] Die Versuchung, dem gefährlichen Nachbar einen wirkungsvollen Schlag zu versetzen, war um so größer, als sich Rußland um diese Zeit nicht in der glänzendsten Verfassung befand. Der vom Zaren in außerordentlicher Mission nach Wien gesandte General Krasinsky wußte dem Staatskanzler die Lage des Zarenreiches als einer „wahren Auflösung sich nähernd" zu schildern, sprach von dem „kläglichen" Zustand der russischen Armee und von der „fürchterlichen Besorgnis, daß von Österreich her eine kriegerische Diversion vorbereitet werde." [558] Der Feldzug mit den Türken hatte zweifellos die Kräfte des Zarenreiches stark in Anspruch genommen.

Metternich aber war nicht der Mann dazu, das in der Tat höchst verlockende Angebot anzunehmen. Im besten Falle mag er sich innerlich gefreut haben, daß die Russen, über deren Gefahr für Österreichs Bestand er sich nicht im unklaren sein konnte, im Kampfe gegen die Polen einen gründlichen Aderlaß erhielten. Nach der Erstürmung Warschaus aber zögerte die österreichische Regierung nicht, dem Zaren über den Sieg ihre Genugtuung zu äußern. Sie fühlte sich auch verpflichtet, diese sonderbare Politik des „Abwartens" zu rechtfertigen, und man tat dies mit einer Begründung, die geradezu Sensation hervorrief. In einem offiziösen Artikel der „Augsburger Zeitung" berief sich das Wiener Kabinett auf die Notwendigkeit, „eine durch die Aufregung der Gemüter weit verbreitete Meinung zu schonen und ihr Zeit zu gönnen, den Kreis der Verirrung vollständig zu durchlaufen". Wie sehr man auch geneigt gewesen, der „schwärmerischen Gesinnung eines neuen Rittergeistes" Nachsicht zu schenken, hätte man dennoch in dem Aufstand der Polen Empörung, Undank-

barkeit und Unbesonnenheit entdecken müssen. „Eine solche Ansicht früher laut auszusprechen, wäre ungroßmütig gewesen so lange die Polen noch kämpften und ihnen die Bekanntmachung dieser Ansicht hätte nachteilig sein können.“ [559] Schonung der öffentlichen Meinung, zarte Rücksichten des Wiener Kabinetts auf die Rebellen — das war in der Tat etwas Neues.[560] Aber sehr ehrlich oder heroisch war die den Polen gegenüber eingeschlagene Politik gewiß nicht. Die Gelegenheit, diese sich zu verpflichten und der unangenehm drohenden Machtstellung des Zarenreiches einen Stoß zu versetzen, wurde versäumt. Die Liberalen der ganzen Welt, und nicht zuletzt jene in Österreich, wo gerade die Polen große Sympathien genossen, waren über Österreichs Haltung schwer verstimmt, ohne daß man sich in Petersburg besonders beliebt gemacht hätte.

Die Rücksichten auf die liberale öffentliche Meinung schwiegen dagegen vollständig, als im Gefolge der französischen Julirevolution auch in Italien Aufstände losbrachen und der Kaiserstaat seine dortige Machtstellung bedroht sah. Wieder rücken österreichische Truppen in das Aufstandsgebiet — Modena, Parma und die päpstlichen Legationen — ein und machen erst Halt, als Frankreich Einspruch erhob und schließlich, um ihm größeren Nachdruck zu geben, Truppen in Ancona landete. Da schreckte das Wiener Kabinett doch vor den Konsequenzen eines ernsten Konflikts zurück. Nicht daß man auf diesen Fall einer Intervention des Julikönigs unvorbereitet gewesen wäre — im Gegenteil. Der Wiener Hof hatte sofort nach dem Umsturz in Paris seine italienische Armee auf Kriegsfuß gesetzt. „Wir rüsten bis zu den Zähnen“, so hatte der Staatskanzler dem österreichischen Botschafter am französischen Königshofe geschrieben.[561] Mit einigen Kabinetten des deutschen Bundes war ein regelrechter Feldzugsplan verabredet worden, um von drei Seiten in Frankreich einzumarschieren.[562] Auch an die Mitwirkung Rußlands war gedacht. Die Erhaltung des Friedens stand lange auf des Messers Schneide, denn der Gedanke, Frankreich, den eigentlichen Hort der Unruhe, niederzuringen, fand gerade am Wiener Hof lebhaften Widerhall. Man war schon so weit, sich mit der Frage des Oberkom-

mandos zu befassen, und die Wahl fiel auf den Sieger von Aspern, der seit dem üblen Ausgang des Feldzuges von 1809 kaltgestellt war.

Allein Erzherzog Karl hatte schwere Bedenken, die er seinem Bruder nicht verhehlte — sie richteten sich zunächst gegen den ganzen Plan eines neuen Kreuzzuges wider die Revolution. Seine Ausführungen verdienen unser besonderes Interesse, denn sie enthalten eine tödliche Kritik der unglücklichen Interventionspolitik Metternichs oder — besser gesagt — des Kaisers Franz, der in seinen alten Tagen, wie ihm sein Bruder nicht undeutlich zu verstehen gibt, sich anschickte, die gleichen schweren Fehler wie einstens als junger, unerfahrener Mann zu begehen.

Seiner Majestät „erleuchteter Einsicht", schreibt Karl dem Bruder, wird es nicht entgangen sein, daß die Stärke der Armee an Zahl und innerem Gehalte sowie die Hilfsquellen des Staates in den letzten vierzig Jahren, da man so traurige Erfahrungen hatte machen müssen, nicht zugenommen, daß im ganzen die öffentliche Meinung im In- und Auslande ihren kriegerischen Absichten nicht günstig sei, daß man also auf ungewöhnliche Anstrengungen und Hilfe wenig, auf begünstigenden Enthusiasmus im großen und ganzen nirgends zählen dürfe. Man müsse also wohl überlegen, warum man eigentlich den Krieg führen wolle. In diesem Falle handle es sich augenscheinlich darum, Meinungen zu bekämpfen, was eine höchst bedenkliche, gefährliche Sache wäre. Ein solcher Krieg würde auch den Sieger in die Tiefe ziehen; man müsse sich daher hüten, „leichtfertig", ohne Not und Vorbedacht in ein Abenteuer sich zu stürzen, dessen Folgen gar nicht abzusehen seien. Indessen — er kenne die näheren Beweggründe zu wenig, um endgültig zu dieser Frage Stellung nehmen zu können.[563]

Der Erzherzog erhielt darauf über Weisung des Kaisers vom Staatskanzler die nötigen Informationen, die jedoch nicht imstande waren, Karl von der wirklichen Notwendigkeit eines Krieges mit Frankreich zu überzeugen. Im Gegenteil, er fand, daß die französische Regierung alles, was in ihren Kräften gestanden, getan habe, um den Frieden zu bewahren und die Bewegungspartei niederzuhalten. Ver-

nunft und Pflicht des Wiener Kabinetts erforderten daher, jene in ihrem Kampf mit der Anarchie zu unterstützen. „Aber es scheint“, bemerkt er weiter, „der stille Plan dahin zu gehen, nicht bloß in Italien, sondern noch mehr in Frankreich den Herd der Revolution von Grund aus zu zerstören und den bösen Geist der Empörung, womit man Europa von dort aus ohne Unterlaß bedroht findet, in seinem Ursprunge zu vertilgen, um dann die Waffen mit Beruhigung aus der Hand zu legen und dem Völkerglücke ohne Sorge zu leben.“ Allein so groß und edel diese Idee an sich sei, so wenig scheine ihm der Krieg das wahre Mittel, sie zu verwirklichen.

Die Begründung seines Bedenkens erinnert an das, was gleich zu Beginn der Franzosenkriege der damalige Staatsratskonzipist Philipp Stahl dem Kaiser vorgehalten hatte. Der Angriff der Verbündeten, so führte Stahl aus, habe nur die untereinander hadernden Parteien geeint und die radikalen Jakobiner ans Ruder gebracht. Würde man sich nicht hineingemischt haben, so wäre die Revolution in sich selber zusammengebrochen. Genau den gleichen Gedanken, nur viel schärfer, vertritt jetzt Erzherzog Karl. „Wo der Geist der Unruhe“, erklärt er, „so sehr wie in Frankreich durch das ganze Volk verbreitet ist, bleibt er am unbedenklichsten für das Ausland, wenn er in sich selbst vertobt — aus seiner Geburtsstätte gelockt, wird er wenigstens im ersten Augenblick verheerend und fast unüberwindlich. In den geordneten Staaten, die ihm entgegentreten, vermindern dagegen die Anstrengungen des Krieges in dem Maße ihrer Spannung und Ausdehnung alle materiellen und moralischen Mittel der Verbesserung; sie entfernen die Völker ebensosehr der Sitte als der Regierung. Torheit und Unsinn, wenn sie eine täuschende, reizende Seite zeigen und zum Volksglauben werden, verbreiten sich nie schneller, als wenn Gewalt sie bekämpft.“ Fällt die französische Regierung im Kriege, so wird der wilde Geist der Revolution wieder obenauf kommen und den Kriegführenden gleiche Gefahr bringen, wie das Deutschland, Preußen und Rußland erfahren haben — und Österreich nicht minder: „Wer möchte nicht Keime in Italien, Galizien

und Ungarn finden, die sich verderblich entwickeln können?"

Der Erzherzog befaßt sich auch eingehend mit den materiellen Grundlagen des geplanten Feldzuges. Weder die Finanzen, erklärt er, noch die Verfassung, in der sich die Armee befindet, lassen einen solchen rätlich erscheinen. In den Staatskassen befinde sich kein zureichender Vorrat. Dem naheliegenden Auskunftsmittel, der Vermehrung des Papiergeldes, stehe das kaiserliche Wort entgegen. Gewiß, der Friede unter dem Drucke der Bewaffnung sei ein großes Übel, doch es könne unter zivilisierten Völkern nicht dauern, wenn keine Übermacht vorherrsche; der Krieg aber fordere ungleich größere Opfer und „von unabsehbarer Dauer". Durch seine zerstörenden Folgen werde gerade das, was man durch den Krieg verhüten wollte, heraufbeschworen: die Entzweiung von Fürst und Volk, die Vernichtung von Ruhe und Ordnung. Was aber die Streitkräfte anbelange, so habe Frankreich dadurch, daß es seit vorigem Herbst in größerem Maßstabe rüste, einen entschiedenen Vorsprung. Auf die Verbündeten aber sich zu verlassen, sei eine faule Sache. So weit er die deutschen Bundesfürsten kenne, werden sie im Ernstfalle ihre Truppen kaum auf den Friedensstand setzen. Eine Bundesarmee werde Deutschland für diesen Krieg nicht stellen, „kaum ein reindeutsches Korps". Von welcher Seite immer er den Krieg betrachte, so erscheine er ihm „überall bedenklich". Unter solchen Verhältnissen, da „seine Rüstigkeit nicht mehr die Dauer verspreche, welche das Kommando einer neuen komponierten Armee im Felde gegen einen rastlosen Feind erfordert", wage er es nicht, dem an ihn ergangenen Rufe Folge zu leisten.[564]

Fürst Metternich fühlte sich durch die Bedenken des Erzherzogs, durch den Vorwurf der „leichtfertigen" Politik der Staatskanzlei schwer getroffen. Eine größere Mäßigung, erklärte er dem Monarchen, der ihm Karls Denkschrift zur Begutachtung zugestellt hatte, als er sie der französischen Regierung gegenüber an den Tag gelegt habe, könne nicht mehr geübt werden. Allein man könne nicht an den Grenzen der italienischen Provinzen der Anarchie ungestört die Tür öffnen. Von dem Plane einer gegen Frankreich gerichteten

Koalition sei ihm nichts bekannt. Man habe gerüstet und mit Preußen über die mögliche Formierung des Bundesheeres gesprochen — und das sei notwendig gewesen. „Sollen wir", fragte er, „bei dem Zustande der Anarchie in Frankreich, Polen und Italien und bei der üblen Stimmung in Deutschland gleichgültig bleiben und unsere Armee in dem Zustand lassen, in dem sie der Verfasser schildert?" Und ist dieser Zustand wirklich so elend? „Gibt es heute einen Staat in Europa, der heute 45.000 wohlberittene Kavalleristen, 23.000 gut unterrichtete Artilleristen und eine Masse von weit über 300.000 Infanteristen an die bedrohten Punkte zu konzentrieren vermag?" Zwar bestehe die Infanterie, wie Metternich zugeben muß, der guten Hälfte nach aus Rekruten, aber in der französischen Armee lägen die Verhältnisse auch nicht besser. Allerdings — wieder muß der Staatskanzler eine Einschränkung machen — sei es möglich, daß das französische Heer sich seit sechs Monaten kräftiger gerüstet habe als das österreichische und daß es seine Massen mehr beisammen habe, als dies hier der Fall sei. „Sind dies aber Gründe, um die Rüstungen unserer Armee einzustellen — und liegt nicht in der langsameren Ausführung derselben ein neuer Beweis unserer friedlichen Gesinnungen?"

Der Staatskanzler sah sein Werk bedroht und griff zu dem Mittel, das, wie er wußte, auf den Kaiser den stärksten Eindruck machen mußte: er zitierte das Gespenst der allgemeinen Revolution. Nicht die französische Regierung, erklärte er mit feierlichem Ernst, sei es, gegen die man sich rüsten müsse. „Es ist der Kampf der Anarchie gegen die bestehende Ordnung der Dinge; ein Kampf auf Leben und Tod aller Staaten von Europa für ihre Existenz, welchen wir zu führen haben, den der Verfasser des Memoire noch nicht schrecklich und gefährlich genug geschildert hat und für den wir uns demnach rüsten oder uns zum nahen Untergange vorbereiten müssen. Nur gewaffnet, so stark wir es vermögen, gibt es noch eine schwache Hoffnung zur Erhaltung des Friedens. Entwaffnet sind wir ein Spiel des Zufalls und haben aufgehört, eine Macht in Europa zu sein."[565]

Wie tief der Hieb, welchen Erzherzog Karl durch seine schonungslose Aufdeckung der geheimen Ziele der Staatskanzlei und durch die Ablehnung des Oberkommandos dem Fürsten versetzte, ersieht man aus der Wut, mit welcher der militärische Gewährsmann und — wie wir später sehen werden — treue Gefolgsmann der politischen Ziele Metternichs die Denkschrift Erzherzog Karls kritisierte. Graf Clam-Martinitz — so hieß des Staatskanzlers Hintermann — hatte sich zu Beginn der zwanziger Jahre als Anführer der Exekutionsmannschaft, die nach Ungarn beordert worden war, um den Widerstand der Komitate gegen die Rekrutenstellung niederzuringen,[566] die militärischen Sporen geholt und war dann rasch emporgestiegen, schon durch seine elegante Erscheinung und sein gewandtes Auftreten das Musterbild eines politischen Generals, der zu allen möglichen diplomatischen Sendungen verwendet wurde.[567] Was nun dieser Sachverständige über die Kritik des Erzherzogs bemerkt, gibt uns einen wertvollen Einblick in die Geheimnisse der Hexenküche, in der Metternich seine Intrigen spann.

Zwei Vorwürfe, erklärte der General, sind es, welche seines Erachtens den Erzherzog unerbittlich treffen, nämlich erstens die willkürliche Herabsetzung der österreichischen, wie die ebenso willkürliche Überschätzung der französischen Armee und zweitens die eigenmächtige Voraussetzung einer neben und gewissermaßen im Widerspruch mit der offenen Politik Seiner Majestät stehenden geheimen politischen Tendenz des Kabinetts. Alles übrige halte er für „wenig beachtenswert", für eine „überflüssige Wiederholung, insoweit es die wirklichen Gefahren des Krieges und die wirklichen Mängel betrifft, die ein schlecht benützter Friede über die Armee und die Finanzverhältnisse gebracht hat". Er zaudere „keinen Augenblick, anzuerkennen, daß dieser Schritt des Erzherzogs in Beziehung auf seine Person den unbedingten Bruch mit ihm vollkommen rechtfertigt und daß dieser Schritt die Meinung, die man von seinem Kopf und seinem Charakter hegen muß, ungemein herabsetzt."

Nichtsdestoweniger könne er, so fährt Graf Clam-Martinitz

fort, mit seiner Überzeugung nicht zurückhalten, daß der „Entschluß, *mit dem Erzherzog wirklich und unwiderruflich zu brechen*“, ein verzweifelter sei. „Ob mit Recht oder Unrecht, die Meinung der Armee oder das Vorurteil, wenn man will, *ist einmal für ihn*, und wenn die Armee, von einem andern geführt, in der öffentlichen Meinung verliert, so wird sie auch als Werkzeug für Euer Durchlaucht Pläne minder entscheidend gelten — eine Rücksicht, die sehr zu bedenken ist.“ Stürbe der Erzherzog jetzt, so könnte man sich über diesen Verlust leichter hinaussetzen; aber ihn in Ungnade wegzuschicken, sei sehr bedenklich und unausführbar. Der Erzherzog bleibe trotzdem da, „mit dem ganzen Vermögen und Willen ausgerüstet, gegen alles zu sprechen und zu wirken, was ohne ihm (!) geschieht: ein sehr gefährlicher Widersacher, sobald *man ihn nicht ganz zu Grunde richten kann* und den man wirklich nur besiegt, indem man *ihn zwingt, gemeinsame Sache zu machen*“. Mag sein, daß die ganze Armee in ihrem Zutrauen zum Erzherzog im Irrtum sei, „allein diese Gesinnung läßt sich einmal nicht ändern, und es bleibt unbedingt ein großer Nachteil, wenn man sie nicht benützen kann“.

Clam-Martinitz schließt seine interessanten Ausführungen mit dem Appell an Metternich, daß „man alles versuchen müsse, um die Irrtümer des Erzherzogs zu widerlegen und ihm den *ganzen Abgrund des Verbrechens* zu zeigen, welches er als Erzherzog von Österreich begeht, wenn er, über diese Irrtümer belehrt, auf seinem Entschlusse beharrt. Tut er das letztere, so bricht *er* mit dem Kaiser und der Sache des Vaterlandes, nicht der Kaiser mit *ihm*. Euer Durchlaucht *gelten für einen Feind des Erzherzogs* — Ursache mehr, daß Sie den äußersten Entschluß nicht früher als nach dem fruchtlosen Versuch der äußersten Mittel ergreifen!“ Dieser letzte Versuch müsse im Interesse der „großen Sache“ unternommen werden.[568]

Also: der Erzherzog soll mit seiner Popularität, die anerkannt wird, eine — was ebenfalls zugegeben wird — unbeliebte Sache decken. Aus den gewundenen Ausführungen

des Staatskanzlers wie des Generals geht zudem nicht undeutlich hervor, daß die Bedenken des Erzherzogs über die Schlagfertigkeit der österreichischen Armee doch nicht ganz aus der Luft gegriffen waren. Wir erfahren auch daraus, daß es dem Staatskanzler doch um einen Prinzipienkrieg — um einen Kampf gegen die Anarchie — zu tun war. Es wird schwer fallen, den Vorwurf der „Leichtfertigkeit", den Erzherzog Karl erhoben hatte, von der Politik des Staatskanzlers abzuwehren, wenn man die trostlose finanzielle Lage des Kaiserstaates in dieser Zeit bedenkt. Trotzdem wurde noch weiter gerüstet. „In Absicht auf unsere auswärtige Politik", schrieb im Dezember 1831 Baron Kübeck, der die Leere der Staatskasse zu wohl kannte, „scheint man einen Krieg mit Frankreich zum Sturze der liberalen Ideen noch immer zu den Chancen zu zählen, auf welche man rechnet und vorbereitet ist. Von einer eigentlichen Entwaffnung ist keine Rede."[569] Der Kaiser hegte noch immer Angst vor einem Angriffskrieg von seiten Frankreichs.[570]

Aus Kübecks vertraulichen Äußerungen ersieht man, daß Erzherzog Karls „verbrecherische" Tat von so einsichtigen Männern, wie es dieser Beamte war, rückhaltlos gebilligt wurde. Aus des Prinzen Denkschrift sprach die eherne Stimme des Zeitgeistes, der einem Kreuzzug gegen die freiheitlichen Ideen durchaus abhold war. Die Welt war in dem seit dem Frieden verstrichenen halben Menschenalter eine andere geworden. Hatte Meister Goethe im Jahre 1816 der Rückkehr zum Alten das Wort gesprochen, als er meinte: „Nun aber Friede tröstend wiederkehret — Kehrt unser Sinn sich treulich nach dem Alten — Zu bauen auf, was Kampf und Zug zerstöret — Zu sichern, wie's ein guter Geist erhalten", so war — nicht zuletzt durch die Fehler der väterlichen Regierungen — aus dem konservativen ein „gemäßigter Liberaler" geworden, „wie es alle vernünftigen Leute sind und sein sollen".[571] Nicht nur in England und Frankreich gewann die liberale Bewegung zusehends an Boden, sondern auch, wie der Erzherzog sehr richtig bemerkt hatte, in Deutschland, namentlich in den süddeutschen Staaten — und schon gärte es ganz gewaltig im Innern des Kaiserstaates

selbst, in dem gelobten, klassischen Lande der Ruhe. Was Sealsfields geschärftes Auge schon einige Jahre vorher bemerkt hatte, war jetzt offenkundig geworden: die Völker waren in Bewegung gekommen.[572]

3. VOLKSBEWEGUNGEN. NEUAUFLAGE DER KARLSBADER BESCHLÜSSE UND DER HEILIGEN ALLIANZ.

Die gebildeten Stände, die unter dem beispiellos schweren Druck der polizeilichen Zensur seufzten, begrüßten in dem Siege der Julirevolution die Morgenröte einer besseren Zeit. Der leicht entzündliche Bauernfeld jubelt auf: „Revolution in Frankreich! Viktoria! Der König fortgejagt... Paris ist groß!" Auch der schwerblütige Grillparzer ruft ganz begeistert aus: „Ich wollte, ich wäre in Frankreich und ein Eingeborner; ich wäre jetzt in der Stimmung, mich für eine interessante Sache totschießen zu lassen." Zwar sieht der stets von Zweifeln angekränkelte, im Innern doch so konservativ denkende Dichter auch die Kehrseite, den „Demokratismus" — „und doch", so tröstet er sich rasch, „immer besser als der Geist unterliegt und die edelsten Bedürfnisse der Menschen werden einem scheußlichen Stabilitätssystem zum Opfer gebracht".

Es waren das Gedanken und Stimmungen, die, dem sorgfältig verschlossenen Tagebuch anvertraut, nicht für die Öffentlichkeit bestimmt waren, aber bald erhebt ein anderer offen und laut seine Stimme zugunsten der Feiheit: Anastasius Grün oder, wie er mit seinem wirklichen Namen hieß, Anton Alexander Graf von Auersperg. In seinen im Jahre 1831 erschienenen „Spaziergängen eines Wiener Poeten", die für die politische Literatur der dreißiger und vierziger Jahre — auch für Deutschland — vorbildlich geworden sind, schildert er die „Salonszene", die sich im Vorzimmer des Staatskanzlers abspielte. Da steht ein „dürftiger Klient", der bescheiden an der Tür des Allgewaltigen klopft und auf die Frage „Wer ist's" schüchtern zur Antwort gibt:[573]

> Österreichs Volk ist's, ehrlich, offen, wohlerzogen auch und fein,
> Sieh, es fleht ganz artig: Dürft' ich wohl so frei sein, frei zu sein?

Der „Rheinische Kurier für das konstitutionelle Deutschland“ vom 11. März 1831 verriet in einem vielbesprochenen Artikel, daß die neuen Verfassungs- und Reformideen auch in Österreich Eingang gefunden und im Mittelstand sehr verbreitet seien. Das mag schon stimmen — wissen wir doch, daß einer der tüchtigsten Offiziere der kaiserlichen Armee, General Radetzky, in seiner Denkschrift aus dem Jahre 1828 das „weise und große“ Prinzip, allen Staaten entsprechende Konstitutionen zu geben, begrüßte, um daran die Hoffnung auf eine tiefgehende Reform des Heerwesens auf der Grundlage von Bürgersoldaten zu knüpfen.[574]

Die stets „aufsichtige“ Polizei mußte die Tatsache, daß in den ersten Tagen nach dem Bekanntwerden der Pariser Vorgänge viel von Preßfreiheit und Volkssouveränität gesprochen wurde, der besorgten Regierung gegenüber zugeben, zeigte sich indessen darüber noch nicht allzu sehr beunruhigt. Diese Ideen, berichtete sie, finden bloß in den Köpfen einiger „neuigkeitslustiger“ Menschen Beachtung, so wie etwa die Expedition nach Algier oder die Pest in Odessa; „vielmehr zeigten sich beinahe überall Symptome jener zufriedenen Behaglichkeit, die der Mensch empfindet, wenn er sich in Sicherheit fühlt und die Stürme um ihn her wüten“.[575]

Der amtliche Stimmungsbericht log — er sagte nicht die ganze Wahrheit. Gewiß, die unteren Schichten des Volkes, besonders die, welche überhaupt nicht lesen konnten, kümmerten sich nicht sehr um die Preßfreiheit, und auch das Wort „Konstitution“ sagte ihnen nicht allzuviel; aber billiger leben, weniger Steuern zahlen wollten sie, und gerade nach dieser Richtung hin war jene „zufriedene Behaglichkeit“, von der die Polizei zu melden wußte, sehr stark in Frage gestellt. Kaum zwei Wochen vorher hatte es an der Lerchenfelderlinie in Wien einen argen nächtlichen Krawall gegeben. Er wurde sorgfältig vertuscht, aber alle Geheimniskrämerei nützte nichts: man sprach dennoch von ihm und übertrieb womöglich die Tatsachen. Der Auflauf war, wie wir heute aus dem amtlichen Bericht wissen, wirklich gar nicht so unbedenklich; denn es nahmen daran etwa 4—5000 Personen teil und es mußte, nachdem auch eine Kavalleriepatrouille nichts hatte ausrichten können, eine ganze Kompagnie Infan-

terie herangezogen werden, um die Ruhe wiederherzustellen.[576] Den unmittelbaren Anlaß gab die Verzehrungssteuer, die kurz vorher, im Jahre 1829, eingeführt worden war[577] und überaus böses Blut machte.

Man kann von dieser neuen Steuer nicht behaupten, daß sie ohne reifliche Erwägung, ohne gründliche Einvernahme der Landes- und Lokalbehörden in die Welt gesetzt wurde. Was der obersten Finanzverwaltung bei ihrer Einführung vorschwebte, war einmal eine Vereinfachung der indirekten Abgaben, wie denn gleichzeitig die alte Tranksteuer ebenso wie die Klassen- und Personalsteuer aufgehoben wurde, und natürlich auch eine Mehreinnahme, die sie bei dem desolaten Zustand der Staatsfinanzen dringend nötig hatte. Allein trotz den jahrelangen Vorbereitungen klebten der Verzehrungssteuer Mängel und Härten an, gegen die sich auch die Regierung später nicht verschließen konnte. Konsumsteuern, welche die allernotwendigsten Nahrungsmittel wie Erdäpfel, Milch und Getreide treffen, sind in der Regel nicht beliebt; aber das „vexatorische" der Eintreibungsart machte das drückende der neuen Abgabe noch fühlbarer. Als dann später — im Mai 1830 — auch die Einschränkungen, welche zugunsten der ärmsten Volksklassen gemacht worden waren, aufgehoben wurden, bemächtigte sich derselben eine starke Erregung.[578] Bittere Äußerungen fielen, wie: „Jetzt will der Staat von den armen Leuten reich werden; die zwei Kreuzer werden ihnen auch was rechtes helfen." Das Ergebnis war, wie die Polizei der Regierung berichtete: „Den Armen drückt die Steuer und der Wohlhabende fühlt Mitleid, folglich sind alle Klassen damit unzufrieden." [579]

Als Symptom verdient hier eine Anregung, die damals der Regierung gegeben wurde, Erwähnung. Es wurde ihr die Einführung einer Luxussteuer, welche die bemittelten Klassen treffen sollte, vorgeschlagen, und zwar sollte auf die Bedienten und Equipagen, die Pferde und Hunde sowie auf die großen Wohnungen eine besondere Abgabe gelegt werden. Wenn Graf Kolowrat für diese, wie er sich ausdrückte, „staatswirtschaftliche Mißgeburt" nur Worte des Hohnes fand und die Eingabe der „verdienten Vergessenheit" überlieferte,[580] so war das vielleicht vom steuertechnischen

Standpunkt — in der Regel sind die auf die große Masse gelegten Steuern ergiebiger — nicht ganz unberechtigt, allein in sozialpolitischer Hinsicht hätte der Gedanke, auch die reicheren Klassen stärker heranzuziehen, einiges für sich gehabt; zum mindesten wäre eine solche Luxussteuer geeignet gewesen, die gehässige Wirkung der Verzehrungssteuer abzuschwächen und dem bösen Verdacht, daß man die Plutokratie — er sollte später sich lauter vernehmlich machen — begünstige, die Spitze abzubrechen.

Die Regierung war durch den Ansturm auf die Verzehrungssteuer in eine unangenehme Klemme geraten. Auf der einen Seite fühlte sie die Notwendigkeit, alles zu vermeiden, was die „Aufregung" des Volkes heraufzubeschwören imstande war, auf der andern Seite aber wollte sie aus Gründen der staatlichen Autorität nicht einem von unten her geübten Drucke nachgeben — und überdies noch auf eine Einnahmsquelle verzichten. Sie beschränkte sich darauf, einige Milderungen in der Durchführung zu veranlassen, um die größten Härten des neuen Gesetzes zu beseitigen,[581] und legte damit das beschämende Zeugnis ab, daß dasselbe nicht sorgfältig genug bis in alle Einzelheiten durchdacht und vorbereitet worden war. Im übrigen blieb ihr die stille Hoffnung, daß sich die Bevölkerung auch an die Verzehrungssteuer langsam gewöhnen werde; besonders wenn sie den guten Willen der Behörden zur Hebung der Volkswirtschaft erkannt hätte — aber gerade in diesem Punkt sah es jetzt traurig aus.

Es war ein unverkennbar tragisches Zusammentreffen von Umständen, daß dem Volke aus dem Füllhorn der auf die Vermehrung der Einnahmsquellen zielenden Regierungsmaßnahmen gerade die unpopulärste Gabe gestreut wurde, während alle anderen Reformvorschläge unausgeführt blieben oder noch gar nicht in Erörterung standen. Im Schoße der Regierung war insofern ein bemerkenswerter Wandel eingetreten, als es jetzt in der unmittelbaren Umgebung des Kaisers eine Anzahl Männer gab, die von der unbedingten Notwendigkeit, daß „etwas geschehen müsse", um die Kraftquellen der Monarchie zu entwickeln, durchdrungen waren. Zu diesen Männern gehörte auch Minister Kolowrat. Der Graf hatte schon vor dem Ausbruch der Julirevolution, wie

dies aus seinem dem Monarchen vorgelegten Finanzprogramm hervorgeht, an volkswirtschaftliche Reformen gedacht und dachte jetzt, als unter dem Eindruck der Julirevolution die öffentliche Meinung solche immer lauter forderte, um so lebhafter daran.

Graf Kolowrat, durch die nicht sehr erfreulichen Berichte des Oberstburggrafen Chotek über die Stimmung in Böhmen, die durch die revolutionären Vorgänge in dem benachbarten Sachsen stark in Mitleidenschaft gezogen worden war, nachdenklich gemacht, hatte die dort geäußerten Wünsche auf Ablösung der Urbarialdienste, besonders der Robot als der „lästigsten" Leistung,[582] als der höchsten Aufmerksamkeit würdig bezeichnet. Allein der Monarch nahm die Anregung des böhmischen Gouverneurs höchst ungnädig auf. „Graf Chotek", bemerkte unwillig Kaiser Franz, „scheint mir auch schon angesteckt von liberalen Ideen — was ist ihm denn geschehen?" Graf Kolowrat soll darauf erwidert haben, daß seine eigenen Beobachtungen und Erfahrungen über die Stimmung bei den Gutsbesitzern ihn dazu drängten, Choteks Antrag beizustimmen. Der Kaiser aber schnitt das Gespräch ab, indem er mit Entschiedenheit bemerkte: „Nein, nein, das lassen wir gut sein." [583]

Noch deutlicher hatte Kaiser Franz seinen Standpunkt zur Reformfrage dem neuen Hofkanzler Pillersdorf gegenüber gekennzeichnet. Franz Xaver Freiherr von Pillersdorf, der schon seit Jahren eine freisinnigere Richtung vertrat, hatte dem Monarchen angedeutet, daß er in seiner neuen Stellung zeitgemäße Änderungen vorzuschlagen gedenke. Allein da kam er nicht gut an. „Ich will keine Neuerungen", entgegnete der Kaiser energisch, „man wende die Gesetze gerecht an; unsere Gesetze sind gut und zureichend." Pillersdorf wagte dann noch die Bemerkung, daß es doch Fälle gebe, wo neue Bedürfnisse neue Bestimmungen notwendig machten, wo Veränderungen nicht vermieden werden könnten, ohne große Nachteile hervorzurufen. Aber der Monarch wollte davon nichts hören — mit größtem Nachdruck erklärte er: „Jetzt ist keine Zeit zu Reformen. Die Völker sind wie schwer verwundet. Man vermeide, durch eine Berührung und Belastung ihrer Wunden sie zu reizen." „Sehen Sie", so

fuhr der Kaiser fort, „das mir vorgeschlagene Taxgesetz[584] mag gut sein; ich habe es auch genehmigt, aber ich lasse es nicht promulgieren, um keine Aufregung hervorzurufen. Wäre die Verzehrungssteuer nicht schon in Ausführung, jetzt würde ich sie nicht mehr durchgelassen haben.“ [585]

Es war in der Tat so: alle dem Kaiser unterbreiteten Vorschläge blieben stecken oder wurden abschlägig beschieden. Seine Minister wagten es nicht mehr, an den Kaiser mit Reformanträgen heranzutreten — auch Kolowrat nicht. Als Graf Chotek unter Hinweis auf die gereizte Stimmung in Böhmen seine Anträge in Erinnerung brachte, beantragte Kolowrat, ganz nach den ihm wohlbekannten Gesinnungen seines kaiserlichen Herrn, es wäre dem böhmischen Gouverneur zu antworten, daß er auf die genaue Handhabung der bestehenden Gesetze und Vorschriften sehe, denn „zu Reformen in der Verfassung und in den bestehenden Grundgesetzen ist der dermalige Zeitpunkt keineswegs geeignet.“ [586]

Am gefügigsten erwies sich wohl Fürst Metternich. Der Staatskanzler beteuerte dem Hofkanzler Pillersdorf, er sei mit Unrecht als Finsterling verschrien; er wisse nur zu gut, daß man vorwärts schreiten müsse, daß der Stillstand so viel wie ein Rückschreiten, folglich eine Reaktion sei. „Allein jetzt“, so schloß er die Unterredung, „ist kein Zeitpunkt zu Neuerungen, die überhaupt nur langsam, sich gleichsam von selbst entwickelnd, stattfinden sollen. Heftige, schnelle Neuerungen, wenn sie auch Verbesserungen wären, sind immer gefährlich“.[587] Der geistvolle Mann hatte da einen sehr hübschen Gedanken ausgesprochen — aber leider erfolgten in diesem kritischen Augenblicke überhaupt keine Neuerungen, auch nicht auf eine langsame, sich von selbst entwickelnde Weise.

So werden wir uns denn nicht wundern, wenn der Staatskanzler auch die Anregung, die von der öffentlichen Meinung als eine ganz entschiedene „Verbesserung“ empfunden wurde, nicht unterstützte: eine zeitgemäße Revision der Zollgesetze. Durch sein starres Verbotsystem hatte der Kaiserstaat nachgerade eine traurige Berühmtheit erlangt — nun stellte der Kreishauptmann von Leitmeritz diesen Antrag, um die Industrie, wie er sagte, zu heben.[588] Diese Angelegenheit war insofern für Österreich eine Schicksalsfrage von eminentester

Bedeutung geworden, als davon auch seine Stellung in Deutschland abhing. Seitdem Professor List sich bemüht hatte, dem Fürsten — es war, wie wir uns zu erinnern wissen, im Jahre 1820 — für die Gründung eines großen, die gesamten Länder des Deutschen Bundes umfassenden Wirtschaftsvereines zu gewinnen,[589] war Preußen bereits eifrigst am Werke, den von ihm ins Leben gerufenen Zollverein auf alle deutschen Staaten auszudehnen. Daß Preußen dabei nicht bloß die wirtschaftliche Einigung Deutschlands anstrebte, sondern darüber hinaus auch eine politische Zusammenfassung unter seiner Führung vorbereitete: diese Möglichkeit der Entwicklung war den Zeitgenossen durchaus nicht unverborgen. Der französische Gesandte in München, Graf Ramigny, sprach dem kaiserlichen Botschafter Baron Spiegel gegenüber seine Verwunderung aus, daß der Staatskanzler „mit solcher Ruhe und Indifferenz“ zusehe, wie Preußen seine Zollinie beständig ausdehne.[590] Dieser Vorwurf der Gleichgültigkeit war aber nicht ganz zutreffend.

Fürst Metternich hatte sehr wohl die Österreich vom Hohenzollernstaate drohende Gefahr erkannt und tat alles, um seinem Vordringen einen Riegel vorzuschieben, aber die Mittel, die er dabei anwendete, waren vollkommen unzulänglich und nur geeignet, den preußischen Rivalen zu verstimmen. Mehrere dem Kaiserstaate in altgewohnter Freundschaft zugetane Regierungen, wie die von Sachsen, verhandelten mit dem Wiener Kabinett über eine Zolleinigung, aber die Verhandlungen scheiterten an seinem geringen Entgegenkommen. Der Kaiser war für ein Fallenlassen des Prohibitivsystems, auf das die von den deutschen Nachbarn gewünschten Erleichterungen des Handelsverkehres hinausgekommen wären, nicht zu haben.[591] Die Vorträge Metternichs blieben im Kabinett liegen. Die große Gelegenheit, die wirtschaftliche und politische Führung, wenigstens in Süddeutschland, an sich zu reißen, wurde abermals versäumt.[592] Dem Industriellen Rudolf von Arthaber, der den Monarchen unter Hinweis auf die von Preußen drohende Gefahr persönlich für eine Änderung des Zollsystems zu gewinnen bemüht war,[593] soll der Kaiser erwidert haben: „Den Einfluß in Deutschland sichern mir meine Bajonette.“[594] Dieser Aus-

spruch des Kaisers ist uns nicht aktenmäßig verbürgt, doch klingt er sehr glaubwürdig — es war nun einmal sein Glaube, alles durch die Mittel der Polizei und der Militärgewalt erreichen zu können.

Kaiser Franz hatte jetzt nur für eines Auge und Ohr: für die Vorgänge in Frankreich und ihre Rückwirkungen auf den Herrschaftsbereich des Kaiserstaates. Die Bekämpfung der „Anarchie" und „Revolution", für die sich Metternich willig zur Verfügung stellte, fand indes im Kabinett selbst lebhaften Widerspruch. Kolowrat trat von seinem Standpunkt als Leiter des Finanzwesens mit aller Entschiedenheit der Mobilisierung gegen Frankreich entgegen. Die Geldverhältnisse, die sich in der Tat in den letzten Jahren derart gebessert hatten, daß man im Voranschlag für das Jahr 1830 zum ersten Male nicht nur mit einem Gleichgewicht im Staatshaushalt, sondern sogar mit einem Überschusse der Einnahmen rechnete,[595] verschlechterten sich wieder rapid. Die Kriegsgerüchte hatten auch die „Geldmenschen", wie Kolowrat klagte, derart erschreckt, daß sie der Staatsverwaltung gegenüber größte Zurückhaltung bekundeten. Kolowrat hatte so keinen leichten Standpunkt: der Kampf gegen seinen Rivalen setzte mit erneuter Heftigkeit ein.

„Unsere Finanzen", schrieb Kolowrat dem Staatskanzler bald nach dem Ausbruch der Julirevolution, „sind schwer krank; ein Schall, ein Hauch kann sie töten! Im Jahre 1816 konnte ihre Wiedergeburt begründet, durch eine Reihe von Friedensjahren konnten sie gepflegt, zur Blüte gebracht werden! Was die Minute vergebens uns geboten, gibt eine Ewigkeit nicht wieder! Nun erübrigt nichts als das sieche Organ des Staatslebens durch Sorgfalt, Klugheit und Schonung möglichst zu fristen."[596] Unter „Klugheit und Schonung" verstand der Minister in erster Linie die Armeereduktion, und für sie kämpft er auch. Dem Monarchen rückt er wieder das Gespenst der Revolution vor Augen: er macht ihn auf die bösen Folgen der den Staat verzehrenden Rüstungen aufmerksam, auf die Gefährdung der „inneren Sicherheit und der Liebe zur Regierung, worin Euer Majestät den zuverlässigsten Stützpunkt Ihrer Macht su-

chen"[597] — eine gelungene Verhöhnung des Staatskanzlers Metternich, der ihn in den Bajonetten zu finden glaubte!

Der Staatskanzler mit der Kriegspartei am Hofe — zu ihr gehörte in erster Linie Graf Clam-Martinitz — bekam jetzt eine Zeitlang das Heft in die Hand. Auch das Schreckmittel des Staatsbankerotts, mit dem Kolowrat drohte, verfing nicht. „Was tut's?", antwortete der Kaiser gleichgültig, „der Bankerott ist eine Steuer wie eine andere. Man muß die Sache nur so einleiten, daß jedermann gleich verhältnismäßig verliert, so wie ein ehrlicher Kaufmann falliert."[598] Kolowrat mußte wiederum zu seinem alten „Hausmittel", der Dienstesresignation, greifen, das einen weitaus größeren Eindruck machte: er wurde wieder krank und reiste ab oder wollte nicht mehr nach Wien zurück.[599]

Noch war die Aufregung über die Verzehrungssteuer und die Kriegsgefahr nicht verraucht, als ein neues Moment der Unruhe auftauchte und die Volksstimmung zusehends verschlechterte. Nicht eine „moralische" Epidemie, wie Leibarzt Stifft und seine Gesinnungsgenossen die Ideen der Aufklärung und Revolution zu nennen pflegten, sondern eine wirkliche Seuche: die Cholera. Sie war aus Rußland, wo sie während des polnischen Aufstandes ausbrach, auf dem Wege über Polen eingeschleppt worden. Ob sie unter den damaligen Verhältnissen menschliche Vorsichtsmaßregeln überhaupt hätten aufhalten können, das ist schwer zu sagen, aber bezeichnend ist es doch, daß sofort die öffentliche Stimme die österreichische Regierung des Mangels an pflichtgemäßer Obsorge zieh und insbesondere Staatsrat Stifft zur Zielscheibe der heftigsten Anklagen machte. Er soll mit einem „fast türkischen Fatalismus" alle Maßregeln gegen das Umsichgreifen der Epidemie verworfen haben — der Volkswitz bezeichnete die Cholera als die „gestiftete Krankheit".[600] Die Volkesstimme hat, wie dies die offiziellen Akten lehren, in der Tat das Richtige getroffen; auf jeden Fall zeigte sich bei dieser Krise eine höchst merkwürdige Ziellosigkeit und Zerfahrenheit in der Staatsverwaltung, die alle die Klagen über die „Anarchie" in der obersten Leitung, wie sie von den verschiedensten Seiten angestimmt wurden, gerechtfertigt erscheinen läßt.

Auf die erste Nachricht von dem verheerenden Auftreten der Cholera im Zarenreich — im Oktober 1830 — war eine aus Vertretern der obersten Behörden zusammengesetzte Hofkommission, der auch Mitglieder der Wiener medizinischen Fakultät beigezogen wurden, aufgestellt worden. Dieselbe vereinigte ihre Stimmen in dem Urteil, daß die Krankheit als mit der indischen Cholera identisch kontagiös sei und daher gegen sie die selben Maßregeln, die seinerzeit gegen die Pest ergriffen wurden, angewendet werden müßten. Der medizinischen Fakultät wurde aufgetragen, zwei Ärzte nach Moskau zu entsenden, um unverzüglich an Ort und Stelle die nötigen Studien vornehmen zu können. Die Beschlüsse der Hofkommission, die sich also in der viel umstrittenen Frage nach dem Charakter der Seuche gleich anfangs auf den richtigen Standpunkt gestellt hatte, bekam Baron Stifft als staatsrätlicher Referent zur Begutachtung und empfahl sie, „da sie nun einmal vorliegen", der Allerhöchsten Sanktion, verhehlte aber nicht seine persönliche Überzeugung, daß man bei den vorgeschlagenen Maßregeln gegen eine Krankheit, „die zu Moskau besteht und über die man nach bloßen Vermutungen, bei einer aufgeregten Einbildungskraft urteilt", das Notwendige ungemein überschreitet, übergroße Auslagen dem Staatsschatze verursache und dem Handel empfindliche Wunden schlage.[601]

Mit dieser Äußerung des obersten Sanitätsorganes, das der Hofkommission in den Rücken fiel, war das Schicksal aller Vorsichtsmaßregeln entschieden. Stifft vertrat in seinen späteren Gutachten — und er fand noch sehr oft Gelegenheit, sich zu äußern — immer schroffer den Standpunkt, daß die Krankheit nicht kontagiös sei, daß alle Absperrungsmaßregeln nichts nützten, dagegen nur geeignet wären, der Bevölkerung Besorgnis einzujagen, und daß „aus der Furcht allein schon häufige und bösartige Erkrankungen hervorgingen". Durch die in Vorschlag gebrachten Absperrungen erreiche man nur, daß Handel und Industrie erlahme und ein allgemeiner Notstand erzeugt werde, der wieder der Nährboden der schlimmsten Krankheiten sei.[602] Als dann die Cholera in Österreich selbst zum Ausbruch kam und einzelne Behörden, wie die ungarische Statthalterei und die Stadt Lemberg,

die Aufstellung von Kordonen verfügten, wurde ihnen diese Eigenmächtigkeit und „Voreiligkeit" strenge verwiesen. Sie hätten, so wurden sie ungnädig belehrt, das Hofdekret, durch welches das ganze bei der Cholera einzuhaltende Verfahren geregelt wurde, „abwarten" sollen.[603] Und doch, als der Gouverneur von Galizien später einmal die Behauptung wagte, daß „von hohen Orten" der Grundsatz ausgesprochen werde, die Cholera sei nicht kontagiös, und auf seine ihm dadurch erwachsenen Schwierigkeiten hinwies — da hatte Staatsrat Stifft die Stirne, diese Anschuldigung als „ganz unwahr" zu bezeichnen.[604]

Kein Wunder, wenn bei diesem passiven Widerstand von oben die Vorsichtsmaßregeln nicht mit der nötigen Schnelligkeit und Energie ausgeführt wurden. Wieder rächte sich das der franzisceischen Regierung einst vom Erzherzog Karl so nachdrücklichst vorgeworfene „Halbe" der Tat: es wurden Militärkordone gebildet, aber meist schon zu spät und in durchaus ungenügendem Ausmaße. Noch im Mai 1831, also über sieben Monate nach der ersten Kunde vom Auftreten der Epidemie, war nur gegen Rußland ein Kordon gezogen, nicht aber gegen Polen, wo sie schon Boden gefaßt hatte.[605] Als der kommandierende General von Galizien Klage führte, daß ihm wegen der für die Absperrung notwendigen Detachierungen fast gar keine Truppen für den eigentlichen Zweck der Beobachtung gegen Polen übrig blieben, wurden die Soldaten durch „unzuverlässige" Zivilpersonen ersetzt.[606]

Als aber dann die Cholera mit Riesenschritten immer tiefer in den Kaiserstaat eindrang und der Haupt- und Residenzstadt sich näherte, da wurde man am Wiener Hofe nachdenklich — und nun wurde von den Behörden, die früher wegen ihrer „Voreiligkeit" getadelt wurden, das Unmöglichste verlangt. Für die innersten Gedanken, wie sie da im Schoße des kaiserlichen Kabinetts herrschten, ist das Schreiben sehr bezeichnend, das der Kaiser seinem Bruder, dem Palatin Joseph, der sich auch durch seinen Übereifer kompromittiert hatte, am 5. Juli 1831 — am selben Tage hatte eine große Konferenz stattgefunden[607] — zukommen ließ. „Die Cholera", so äußerte sich vertraulich der Monarch, „ist eine große Geißel, vorzüglich wegen der Angst, welche

sie verbreitet, und dem Zeitpunkt, in dem sie eingetroffen, wo die Truppen in Bereitschaft gegen allenfällige feindliche Unternehmungen gegen die westlichen Grenzen der Monarchie aufgestellt bleiben müssen." Von diesem „leidigen" Umstande ausgehend, trug der Kaiser dem Palatin auf, „dennoch alles Mögliche zu tun", um die Untertanen zu schützen und zu retten und zu den Geldbedürfnissen den Salzpreisfonds heranzuziehen, um dann, ganz im Geiste Stiffts, fortzufahren: „Ob die Kordone die Cholera abhalten werden, weiß Ich nicht; thun sie es nicht, so sind erstere eine große Plage ohne Not. Das Wichtigste und Notwendigste dürfte sein, da wo Cholera in Orten ausbricht, dort Hilfe leisten, wo Mangel ist, die gehörige Unterstützung zweckmäßig leisten und die Kranken absperren und gleich zu selben sehen, um sie zu heilen." [608]

Des Kaisers Schreiben, das lebhaft an seine während der Franzosenkriege von Wien aus erflossenen Befehle, „den Feind anzugreifen und ihn zu schlagen", erinnert, interessiert uns aus dem Grunde ganz besonders, weil es uns wieder zeigt, wo Kaiser Franz mit seinen sorgenvollen Gedanken weilte — im Westen. Hätte er einen geringen Teil der zur Bekämpfung der „moralischen Epidemie" in Frankreich und Italien bestimmten Truppen zur Abwehr der Choleraseuche verwendet, so wäre vielleicht viel Unglück verhütet worden, zum mindesten aber hätte man sich nicht so leicht dem Vorwurf der Nachlässigkeit ausgesetzt — auch hier, da es sich um die Abwehr eines aus den Steppen Asiens hervorbrechenden gefährlichen Feindes handelte, hätte der Kaiserstaat an der Donau alles aufwenden müssen, um seiner Bestimmung als Ostmark gerecht zu werden. Angesichts der entsetzlichen Gefahr waren die Augen von ganz Europa auf Österreich gerichtet — und dieses versagte.

Während man in Wien eifrig verhandelte, was zu geschehen habe, um dem immer weiter greifenden Übel wirksam zu begegnen, hielt die Epidemie auch hier — im August 1831 — ihren Einzug. Daß sich jetzt der Hof in Schönbrunn durch einen Militärkordon vollständig abschloß, konnte keinen guten Eindruck machen. Es lag nahe, zu sagen, daß in dem Fall, wo

es sich um die Sicherheit des Kaiserhauses handelte, die Frage, ob die Krankheit einen kontagiösen Charakter habe und also die Absperrungsmaßregeln am Platze seien, doch zur Vorsorge — bejaht wurde. Böse Bemerkungen wurden laut, daß der kaiserliche Hof sich in Schönbrunn auch gegen die Revolution verbarrikadiere. Mit Rücksicht auf die Tatsache, daß eine kleine Auslese von Gesandten der auswärtigen Höfe ebenfalls in Schönbrunn — zu den Ausgeschlossenen gehörte auch Bayern — Unterkunft erhielt, wurde spöttisch von einem Versuch gesprochen, „ob die Cholera außer den gemeinen Leuten auch die halbvornehmen (die ganz vornehmen dürfen nach Schönbrunn) anzutasten wage".[609]

Die Erbitterung, die im Volke gegen Stifft herrschte, war also durchaus berechtigt. Selbst in der nächsten Umgebung des Kaisers wurde sein „leidenschaftliches und eigensinniges Eifern gegen alle Kontumaz-Verfügungen" lebhaft bedauert.[610] Nach dem damaligen Stand der Wissenschaft war der nichtkontagiöse Charakter der Cholera durchaus nicht, wie der kaiserliche Leibarzt behauptete, „unumstößlich" bewiesen.[611] Die überwiegende Mehrheit der Ärzte, ja, man kann sagen, die öffentliche Meinung vertrat mit aller Entschiedenheit die gegenteilige Meinung und sprach sich daher für die Absperrungen durch Kordone aus.[612] Es war eine unverantwortliche Gewissenlosigkeit, in einer so unentschiedenen Sache seine persönliche Ansicht zur Geltung zu bringen und dadurch den von der Hofkommission angeordneten Vorkehrungen entgegenzuarbeiten. Mit halben Maßregeln war nichts gewonnen, und es war sehr begreiflich, daß sich in einigen deutschen Staaten wie Preußen und Bayern gegen die sanitätspolizeilichen Anstalten des Kaiserstaates ein starkes Mißtrauen kundgab und sie die Grenze gegen Österreich absperren ließen. Wenn die österreichische Regierung dies als einen unfreundlichen Akt ansah und — mit Bezug auf den im Auslande erhobenen Tadel — von „böswilligen Gerüchten" sprach,[613] so wurde die Sache dadurch nicht besser. Schwer rächten sich die Unterlassungssünden an Österreich: Das wirtschaftliche Leben war durch die Stockung des Verkehrs lahmgelegt, das so notwendige Vertrauen des Volkes auf die so oft verkündete „Weisheit" der Regierung hatte

einen neuerlichen schweren Stoß erlitten; das große Sterben aber wirkte auf die Gemüter verdüsternd.[614]

In der Volksstimmung war seit den Juliereignissen des Jahres 1830 ein offenkundiger Wandel eingetreten. Hatte damals der Polizei-Oberdirektor Baron Waldstätten die Regierung mit dem Hinweise getröstet, daß das berühmte „Phlegma“ der Österreicher, dieser „schätzbarste Charakterzug der Nation“, ihr „kindliches Gemüt“ und ihr „lebhaftes Gefühl für Gehorsam und Subordination“ den Ausbruch einer Revolution nicht befürchten ließen; hatte er versichert, daß die Anhänglichkeit an den Monarchen besonders bei den Wienern infolge ihrer nahen Berührung mit dem Hofe so hoch entwickelt sei:[615] so mußte er jetzt nach kaum einem Jahre dem Kaiser die Stimmung selbst in der Residenz als „sehr gereizt und ungünstig“ bezeichnen. Die Liebe zum Kaiserhause, erklärte Waldstätten offen, habe entschieden nachgelassen. Man sei über Stifft, dem man die Schuld an dem Ausbruch der Cholera zuschiebe, ebenso wie über Metternich, der für die „allgemeine Unbehaglichkeit“ verantwortlich gemacht werde, erbittert und fange an, von der Notwendigkeit einer Verfassung ja von Barrikaden zu reden.[616] Waldstätten wurde darauf seines Dienstpostens enthoben, Stifft und Metternich aber blieben — und mit ihnen auch die schweren Erregungszustände.

Wiederum war das eigentliche Sorgenkind das konstitutionelle Land der Stephanskrone. Der im Jahre 1825 — nach einer Pause von dreizehn Jahren — einberufene Reichstag hatte mit einer unverkennbaren Niederlage der Wiener Regierung geendet. Die Gereiztheit war hier demzufolge groß, und am liebsten hätte man den Reichstag, auf dem sich — wir denken an Kolowrats Worte — der Geist des Magyarismus so unangenehm bemerkbar gemacht hatte, umgangen. Aber man benötigte ihn im Hinblick auf die ins Auge gefaßte Ordnung des Finanzwesens sehr dringend, und als dann die Julirevolution den Gedanken eines bewaffneten Eingreifens im Süden und Westen der Monarchie in den Vordergrund rückte, drängte sich auch wieder die Frage eines erhöhten Rekrutenkontingents heran. Aber noch aus einem anderen Grunde wünschte Kaiser Franz seine „geliebtesten“ Ungarn,

mit welchem Schmeichelwort er sie nach dem Zusammenbruch der Gewaltpolitik, bei der Eröffnung des Reichstages von 1825, begrüßt hatte, wieder versammelt zu sehen. Er wollte noch bei Lebzeiten seinen ältesten Sohn, den Kronprinzen Ferdinand, als König von Ungarn anerkannt sehen.

Verschiedene Umstände scheinen in Kaiser Franz diesen Wunsch gezeitigt zu haben. Der Monarch kannte die üble Verfassung, in der sich der Kronprinz befand, er wußte aber auch, daß in seiner nächsten Umgebung eine Partei bestand, welche die Nachfolge des zweitältesten Sohnes lieber gesehen hätte. Dies war besonders bei der Erzherzogin Sophie der Fall, der Gemahlin des Erzherzogs Franz Karl, die ein Kind unter dem Herzen trug — den am 18. August 1830 zur Welt gekommenen Franz Joseph. Eine Klärung dieser Frage erschien geraten. Vielleicht hängt damit auch das gerade in diesen Tagen zur Schau gelegte Bestreben, die Regierungsfähigkeit Ferdinands dadurch zu erweisen, daß er zu den Regierungsgeschäften herangezogen wurde,[617] zusammen. Baron Prokesch, der Mitarbeiter Metternichs, gibt als Hauptgrund der Krönung an: Reviczky, der ungarische Hofkanzler, habe ein — Großkreuz haben wollen. Dem Kaiser hätte er gesagt: „Bei Euer Majestät Lebzeiten werden die Ungarn nicht wagen, dem Kronprinzen harte Bedingungen vorzulegen, wozu sie sehr verleitet werden könnten, nach Euer Majestät Tode.“ Den Ungarn aber hätte er erklärt: „Eilet jetzt, Euren Pakt mit dem künftigen König zu schließen, denn nach des Kaisers Tode wißt ihr nicht, in welchen Ministers Hände er fällt.“ [618]

Sicher ist, daß der Kaiser mit dem Grafen Reviczky schon etwa im Jahre 1828 — der Hofkanzler sagt in seinem Vortrage „vor zwei Jahren“ — diese Angelegenheit streng vertraulich besprochen hatte und daß sie im Februar 1830 Gegenstand einer Beratung am Hofe war, die das Ergebnis hatte, daß auf dem nächsten Reichstag die Krönung Ferdinands vorgenommen werden sollte.[619] Der Beschluß wurde als ein solches „Staatsgeheimnis“ angesehen, daß nicht einmal der Palatin Erzherzog Joseph, der nach Wien beordert worden war, um mit ihm die Vorbereitungen zum Reichstag zu besprechen, von dem „eigentlichen“ Zweck desselben

etwas erfahren durfte. Auf den Vortrag Metternichs, der dem Monarchen diesen Wunsch Reviczkys vortrug, resolvierte sich der Kaiser: „Ich werde ihm davon nichts sagen, als daß der Landtag heuer stattfinden müsse“ [620] — ein hübsches Zeugnis des kaiserlichen Vertrauens zum Palatin!

Offenbar sollten die ungarischen Stände überrumpelt werden — man dachte wohl an den „schönen“ Reichstag von 1808, auf welchem die mit der Krönung der Kaiserin Maria Ludovica verbundene gehobene Stimmung der Wiener Regierung zu einem namhaften Beitrag verholfen hatte. Allein die Erscheinung des Kronprinzen Ferdinand hatte keine entfernte Ähnlichkeit mit der anmutsvollen Freundin Goethes und auch sonst hatte sich seit dem Reichstag 1811 vieles zuungunsten des Kabinetts gewandelt. In den Komitatsversammlungen war nicht viel von Begeisterung zu sehen und es fielen recht böse Bemerkungen über den vermutlichen Zweck der Krönung. Im Bácser Komitat wurde der Vermutung Ausdruck gegeben, man wolle die an manchen Orten laut gewordene Meinung beschwichtigen, „als wären Seine kaiserliche Hoheit der Kronprinz ihres krankhaften Zustandes wegen zum Throne minder berufen“. Auch der böse Verdacht wurde laut, man beeile sich in Wien, die Krönung Ferdinands zu sichern, „weil die Ungarn für des Reichs Palatin und seine Söhne eine besondere Anhänglichkeit hegen“. Im Arader Komitat glaubten einige, die Krönung sei bloß eine „Polizeimaßregel und insbesondere durch den gesegneten Zustand der Erzherzogin Sophie veranlaßt worden“. Im Szátmarer Komitat aber meinte Graf Wesselényi: „Die Krönung des Kronprinzen bei Lebzeiten des Königs müsse jeden braven Ungar mit Betrübnis erfüllen; denn die Ungarn haben nach dem Tode des regierenden Königs bei der Krönung des Kronerben durch das Inauguraldiplom immer die größten Begünstigungen für sich erzwungen, weil da der alte König den neu zu krönenden nicht mehr mit seiner königlichen Macht unterstützen könnte. Gegenwärtig imponiere der königliche Vater für seinen Sohn und man werde nichts an neuen Begünstigungen oder Beschränkungen der königlichen Macht erzielen können.“ Bei einem für das

Land „so betrübten“ Ereignisse, schloß der Abgeordnete, könne er für keinen Dank stimmen.[621]

Man ersieht aus diesen Äußerungen das tiefe Mißtrauen, das die ungarischen Stände gegen ihren König hegten. Die Krönung des Kronprinzen wurde durchgesetzt, aber die Bewilligung der Rekruten nahm keineswegs den von Reviczky erhofften Verlauf. Im November herrschte in Wien gegen die widerhaarigen Stände eine sehr gereizte Stimmung. „Der ungarische Landtag“, schrieb Kolowrat, „ist eine traurige Episode der Zeit, eine aristokratische Verrücktheit in dem Meere democratischen Unsinns.“ Er fürchtete seine „verderblichen“ Rückwirkungen auf die übrigen Teile der Monarchie — „welchen Eindruck die Preßburger Verhandlungen in anderen Provinzen hervorbringen, kann ich aus dem beurteilen, was hierüber aus meinem Vaterlande — er meinte Böhmen — zukömmt“.[622]

Die Situation wurde immer beunruhigender. Kaiser Franz sieht bereits das Gespenst der Revolution sich erheben. „Kömmt es in dem Lande zur Revolution,“ schreibt er drohend dem Palatin, „so schlage ich zu; denn freiwillig lasse Ich es nicht unglücklich werden und vergebe Ich Meinen Rechten, die zugleich auch Meine Pflichten bezeichnen, nicht eine Handbreit. Wie es dann gehen wird, kann die That allein lehren; daß Ich aber Hungarn keiner Revolution preiß geben werde, hierauf können alle die zählen, die Mich kennen.“ [623] Die Bemerkung, die Kübeck in seinem Tagebuch macht, daß der Kaiser „von nichts anderem als vom Dreinschlagen“ spreche,[624] war also zutreffend. Aber ebenso recht hatte er, wenn er die verbohrte, unfruchtbare Politik, die das kaiserliche Kabinett Ungarn gegenüber befolgte, einer scharfen Kritik unterzog und dabei ganz besonders auf Reviczky hinzielte.

So „leicht“ hätte es die Regierung, meinte Kübeck, die zum übermütigen Trotz herangezogene Opposition des Adels zu brechen, die „in der Minderzahl und von der unermeßlichen Mehrzahl der anderen Stände wenigstens ebenso heftig gehaßt ist, als er selbst die Regierung gering achtet. Sie dürfte nur ernstlich den Untertan erleichtern wollen und Miene machen, dieser interessanten, zahlreichen und

unterdrückten Klasse Schutz und Stütze zu gewähren, so würde der Adel zittern und in seine Schranken, in seine Stellung zurückschrecken." [625] Im Gefolge der Cholera und wohl auch der französischen Julirevolution waren in Ungarn gefährliche Bauernrevolten ausgebrochen, die einer Reformaktion zugunsten der entrechteten Menschenklasse wirksam in die Hände gearbeitet hätten.

Die Wiener Regierung beschränkte sich darauf, die Hilfe der Geistlichkeit anzurufen. Die Bischöfe wurden vom Kaiser aufgefordert, den „wahren" Ursachen der Unruhen auf den Grund zu gehen.[626] Aber vor der Hauptursache — dem traurigen Zustand der Untertansverhältnisse — verschloß man wie der Vogel Strauß die Augen. Sie war den ungarischen Ständen nicht entgangen und die Generalkongregation des Pester Komitats hatte sich unter Mitwirkung des Erzherzog-Palatins mit dem Urbarialproblem eingehend befaßt. Aber bevor noch ihre Anträge auf Einräumung des freien Grundeigentums und Aufhebung der Robotpflicht dem kaiserlichen Kabinett unterbreitet waren, hatte der Hofkanzler Reviczky bereits das Zauberwort gefunden, um der schönen Anregung den Todesstoß zu versetzen. Der Erzherzog hatte die Anträge ausdrücklich als „nicht überspannt" bezeichnet — demgegenüber fand Reviczky in ihnen eine sehr gefährliche, „nach dem Zeitgeist gemodelte demokratische Tendenz". Er wies darauf hin, daß der Antrag auf Robotablösung auch in einer Pester Zeitung auf eine Art besprochen wurde, die geeignet sei, „unter Vorspiegelung philanthropischer Gesinnungen und einer unausweichbaren Notwendigkeit das Altherkömmliche lächerlich und verächtlich zu machen, den Neuerungen aber und gefährlichen Radikalreformen in tunlichster Verbreitung Eingang zu verschaffen". Reviczky erwirkte ein Handschreiben, das dem Palatin die Vorlage der Verhandlungsprotokolle auftrug und ihn auf die auffallende revolutionäre und demagogische Tendenz der Pester Zeitschrift aufmerksam machte, mit der Weisung, diesen „Unfug" abzustellen.[627] Wir sehen: auch für Ungarn gilt das Urbarialproblem, gilt die große Sache der Bauernbefreiung als etwas Revolutionäres.

Auch von anderen volkswirtschaftlichen Reformen will

der Kaiser nichts hören. Gerade damals begann sich in den helleren Köpfen der Nation der Grundsatz geltend zu machen: „Ein reiches Volk, ein freies Volk." Graf Stephan Széchenyi hatte in seinem Buche über den Kredit mit beredten Worten die Notwendigkeit, Handel und Industrie zu heben und den Nationalreichtum zu vermehren, betont. Auch er war hier für die Abschaffung der Fronarbeit und der Zehentabgabe eingetreten. Diese Gedanken, die schon lange in der Luft lagen — wir erinnern an die Denkschrift des Erzherzogs Karl aus dem Jahre 1802 — wurden nun wieder energisch aufgegriffen, um sie einer glücklichen Lösung zuzuführen. Im Jahre 1833 verlangen die Stände, daß eine ungarische Reichsdeputation mit einer österreichisch-erbländischen Kommission zusammentreten solle, um die Zollverhältnisse zu ordnen und einen Handelsvertrag abzuschließen. Kaiser Franz belehrte sie aber, daß die Erbländer in seiner Person vertreten seien. Es war wirklich ein „verhängnisvoller" Beschluß der Regierung;[628] denn durch eine solche Zusammenarbeit wäre der Weg zu einer Interessengemeinschaft der beiden Teile der Monarchie, zu einer wirklichen Realunion, geschaffen worden. Allein in der Angst, die „politisch unschuldigen" deutschen Erbländer könnten bei einer näheren Berührung mit dem konstitutionellen Ungarn verdorben werden, verzichtete sie lieber auf den vom Standpunkt des Einheitsstaates ganz unberechenbaren Vorteil — die große Gelegenheit blieb unbenützt.

Kaiser Franz kam auch jetzt nicht über das Mittel der polizeilichen Überwachung hinaus: statt den Ursachen der Mißstimmung, wie ihm so oft nahegelegt worden war, nachzugehen, bekämpfte er diese selber. Die Verhandlungen der Konferenz aus dieser Zeit geben ein erschreckendes Bild über den Umfang der polizeilichen Erhebungen, die über die Zusammenhänge der ungarischen Opposition mit der Gärung in Galizien und der liberalen Bewegung im Auslande angestellt wurden. Was für Bemühungen wurden allein gemacht, um den Verfasser des „abscheulichen" Artikels „Die Glocke", der in der „Deutschen Tribüne"[629] erschienen war, ausfindig zu machen.[630] Daß hier verlangt wurde, der König bleibe nur dann das Staatsoberhaupt der ungarischen Nation, wenn er

in Ungarn residiere, ohne Zustimmung des Landtages dürfe er weder einen Krieg erklären noch einen Frieden schließen, die Minister, Bischöfe müßten vom Landtag gewählt werden und alle Krongüter wie das Eigentum des Königs, der nur eine jährliche Rente zu erhalten hätte, sollten für die Nation eingezogen werden[631] — das klang allerdings nicht sehr schön; aber es paßte zu dem „Zuschlagen" des Königs. Nicht die geringste nationale Regung duldete Kaiser Franz — noch in der allerletzten Zeit seiner Regierung verwies er in strengem Tone seinem Bruder, daß er, wie er hörte, zur Gründung der ungarischen Akademie der Wissenschaften am Sitze des Reichstags seine Zustimmung erteilt habe. Niemals könne er zu einem solchen „Umtrieb" die Hand bieten.[632]

Mit der gewaltsamen Auflösung des Landtages in Siebenbürgen, der Suspension der Verfassung und Bestellung Erzherzog Ferdinands zum Diktator endete würdig die von allem Anfang den Ländern der heiligen Stephanskrone gegenüber befolgte Politik des Kaisers.

Es war eine ausgesprochene Gewaltpolitik, und man scheute dabei auch vor bedenklichen Mitteln nicht zurück, um den Ansprüchen der Magyaren entgegenzuarbeiten. Offenbar hat auch hier das „blinde Vorurteil" der „slawischen Adelskaste", die den Thron „verstellt" hatte,[633] redlich mitgeholfen, die mißtrauische Haltung Kaiser Franzens stets wachzuhalten. In der großen Liste der ungarischen Desiderien befand sich auch die sogenannte „Reincorporation", die Wiedereinverleibung Dalmatiens, das einstens, wie behauptet wurde, zu den Ländern der Stephanskrone gehörte. Das Verlangen wurde zurückgewiesen. Da fand nun der als Geschichtsforscher bekannte Graf Majláth, der zu den „Vertrauten" des Kaisers gehörte, bei seinen Nachforschungen in Dalmatien im Archivio degli atti antichi ein Diplom König Sigismunds aus dem Jahre 1397, aus welchem diese Zugehörigkeit unbestreitbar hervorging. Was tat nun dieser Ehrenmann? Er machte sich anheischig, das unbequeme Dokument ohne Vorwissen des Archivars verschwinden zu lassen und nach Wien zu senden. „Der Böhme der Böhmen", Graf Kolowrat, unterstützte den Vorschlag und so wurde dasselbe im

Kabinettsarchiv „zurückbehalten".[634] Man kann wirklich nicht behaupten, daß ein solches Vorgehen besonders loyal gewesen wäre.

Nicht anders lagen die Verhältnisse in den italienischen Provinzen. Auch hier hätte eine intensivere Pflege der materiellen Interessen, für welche die ganze Zeitrichtung und im besonderen der Charakter der Italiener sehr empfänglich war, und vor allem eine schonendere Behandlung der nationalen Eitelkeit mit manchen Mängeln der österreichischen Verwaltung, die im ganzen doch, wenn sie auch äußerst schwerfällig arbeitete, eine geordnete war, wohl versöhnen können. Aber gerade die kleinliche Art der polizeilichen und literarischen Bevormundung und der Stellenbesetzung, für die Kübeck jene „slawische Adelskaste" verantwortlich machte, erregte den heftigsten Unmut.[635] Den günstigen Berichten geschäftiger Agenten, die der Wiener Regierung zu melden wußten, wie die Italiener von Jahr zu Jahr mehr die „süße Gewohnheit annähmen, sich der väterlichen Hand, die sie leite, freudig zu fügen", und wie gleichgültig in politischer Hinsicht die Mehrheit der Bevölkerung sich zeige,[636] stehen die weniger rosig gefärbten amtlichen Stimmungsberichte gegenüber. Das so notwendige Vertrauen, berichtete der Gouverneur der Lombardei, und die Bereitwilligkeit zu Opfern seien von den beiden Ländern noch lange nicht zu erwarten.[637] Es rächte sich jetzt die unverdient harte Behandlung der italienischen Hochverräter, denen zu Beginn der zwanziger Jahre der Prozeß gemacht worden war. Die Memoiren Silvio Pellicos, so wahrheitsgetreu und — mit Rücksicht auf die noch auf dem Spielberg schmachtenden Schicksalsgenossen — schonend sie geschrieben waren, verfehlten in den Tagen der allgemeinen Gärung, welche die politischen Ereignisse in Frankreich hervorriefen, nicht ihre verbitternde Wirkung. Auch von französischen Schriftstellern wurde die Erregung geschürt.[638] Die österreichische Regierung antwortete mit neuen Verhaftungen, so daß die Gemüter niemals zur Ruhe kamen.

Die französische Julirevolution hatte auch den deutschen „Sansculotten" wieder neues Leben eingehaucht. Eifrig wurde die deutsche Frage besprochen, Reformen und Ver-

fassungen das Wort geredet. Namentlich in Süddeutschland regte sich gewaltig die öffentliche Meinung, die dank den Karlsbader Beschlüssen niedergehalten worden war. Hatte schon vor den denkwürdigen Julitagen der österreichische Gesandte in München über das sichtbare Bestreben der politischen Schriftstellerei, „Deutschland von Österreich möglichst zu trennen", Klage erhoben,[639] so bekam der Habsburgerstaat jetzt in den wild aufschäumenden Blätterstimmen die Folgen seiner Rolle als Führer der Reaktion noch unangenehmer zu verspüren. Im Frühjahr 1831 erschien aus der Feder des Schwaben Paul Pfizer die aufsehenerregende Schrift „Briefwechsel zweier Deutschen", worin er mit flammenden Worten die Trennung von Österreich fordert. „Österreich ist Deutschland fremd geworden," heißt es da, „hat seinen deutschen Namen gegen einen europäischen vertauscht und steht nun allem, was wir von deutschem Eigentum noch gerettet haben, allem, worauf Deutschland noch einen Stolz setzen darf, seinem geistigen Leben, seiner Literatur, seinen Hochschulen, schroff, man könnte sagen feindselig gegenüber. In Deutschland ist für Österreich und für Deutschland ist von Österreich forthin nichts mehr zu erwarten." In dem „alten und starren" Habsburgerreiche scheine „die Verfinsterung der Geister, die Dumpfheit und Blindheit, worin die ungleichartigen Massen niedergehalten werden, beinahe das einzige Gemeinschaftliche, was sie nicht auseinanderfallen läßt". Nur von dem „jugendlichen" Preußen mit einem „wohlwollenden" Fürstenhaus und einer „aufgeklärten" Regierung sei Deutschlands Wiedergeburt zu erwarten. „Kein Staat leistet mit gleich beschränkten Mitteln so viel, als der preußische bis jetzt geleistet hat. Wenn nicht alle Zeichen trügen, so ist Preußen auf das Protektorat über Deutschland durch dasselbe Verhängnis angewiesen, das ihm einen Friedrich den Großen gab."

Adler Friederichs des Großen!
Gleich der Sonne decke du
Die Verlaßnen, Heimatlosen
Mit der goldnen Schwinge zu!

Metternich zeigte sich nicht beunruhigt. Die Idee eines Bundes deutscher Nation unter preußischer Oberleitung bezeichnete er verächtlich als eine „Utopie".[640]

An der Hetze gegen den Kaiserstaat beteiligten sich auch Österreicher — allen voran Hormayr, der im Jahre 1828, von den beständigen Zensurplackereien angewidert, Österreich verlassen und in München eine neue Heimat gefunden hatte. Nun rächte sich die unwürdige Behandlung, die dem verdienten Gelehrten in den Jahren der Freiheitskriege widerfahren. Es war so, wie der österreichische Gesandte am bayerischen Hofe Metternich meldete, daß Hormayr „jede Gelegenheit" ergriff, um, wenn auch nicht „die böswilligsten Lügen und Verleumdungen zu schmieden,"[641] doch durch seine gehässigen Enthüllungen der Staatskanzlei manche bittere Stunde zu bereiten. Der Staatskanzler nahm im Kampf gegen diese Angriffe wieder zu den unwürdigsten Mitteln seine Zuflucht. Er zog sogar derart bemakelte Schriftsteller wie Saphir, der sich ebenfalls durch seine Wühlarbeit gegen Österreich unangenehm bemerkbar gemacht hatte, in seine Dienste, um die Gegner mit der „Waffe des Lächerlichmachens" zu bekämpfen[642] und für die „Sache der Ordnung und Besonnenheit" zu wirken.[643] Mit Recht verwies Kolowrat auf das Bedenkliche dieser Methode, derart „gebrandmarkte Abenteurer" und „verworfene" Menschen als „Staatspensionäre" anzustellen, die im entscheidenden Moment bereit wären, wieder einer anderen Partei ihre Feder zur Verfügung zu stellen, um von zwei Seiten Geld zu erhalten. Er nannte sie eine „Art Prämie auf das Schreiben und Opponieren gegen die Regierungen".[644]

Um die Verlegenheiten des kaiserlichen Kabinetts zu vermehren, starb gerade jetzt, da die Öffentlichkeit alles ans Licht zog, was nicht für sie bestimmt war, der junge Herzog von Reichstadt — oder war durch seinen Tod der Wiener Hof gerade von einer Sorge befreit?[645] Noch vor kurzem hätte niemand, der den blühenden, schönen Jüngling, den Liebling der Wiener und namentlich der Wienerinnen, gesehen, an die Möglichkeit gedacht, ihn auf der Bahre zu sehen. Der rasche Verlauf der Todeskrankheit gab alsbald zu allerlei bösen Gerüchten Anlaß — es hieß, der Herzog sei

vergiftet worden. König Ludwig von Bayern fragte den österreichischen Geschäftsträger ganz offen: „Sagen Sie mir, ist der Herzog von Reichstadt eines natürlichen Todes gestorben?“ Wir haben keinen Grund, an dem Obduktionsbefund, der auf Lungentuberkulose lautete, irgendwie zu zweifeln. Aber eines läßt sich nicht bestreiten, daß der Sohn Napoleons in gewisser Hinsicht wirklich das Opfer der franzisceischen Politik und Erziehungskunst war. Der Wiener Hof hat sich, wie das Baron Prokesch-Osten, der dem Herzog persönlich nahestand,[646] deutlich durchblicken läßt, insofern an ihm schwer versündigt, daß er den von brennendem Ehrgeiz erfüllten Jüngling, in welchem der Feuergeist seines Vaters lebte, zur Untätigkeit verurteilte und planmäßig, systematisch in einen lammsfrommen österreichischen Erzherzog umzuwandeln bemüht war.

Was für Seelenqualen muß dieser unglückliche Prinz, dessen Leidensgeschichte viel Ähnlichkeit mit jener des Sohnes Philipps II. aufweist, auszustehen gehabt haben, als nach dem Ausbruch der Pariser Julirevolution die Bonapartisten ihn auf den französischen Königsthron erheben wollten, und er strenge von der Außenwelt abgeschlossen und beständig überwacht wurde, damit er nicht entweichen könnte. Und war diese vom rein menschlichen Standpunkt aus zu verwerfende Methode wenigstens politisch klug? Der preußische Marschall Gneisenau erwartete sich von der Erfüllung des Wunsches der Bonapartisten mit Rücksicht auf den zu erwartenden Kampf mit den Orleanisten und Legitimisten eine innere Auflösung und Zerstückelung Frankreichs und dadurch eine Verminderung, um nicht zu sagen eine Beseitigung der von dort drohenden Gefahr.[647] Das einzige, wozu sich die kurzsichtige Staatskunst Metternichs aufraffen konnte, war, daß er dem französischen Königshofe mit dem Herzog von Reichstadt drohte! Dieser Trumpf war nun auch dahin, als der Prinz am 22. Juli 1832 zu Schönbrunn in demselben Gemach, in welchem sein Vater auf dem Höhepunkte der Macht geweilt hatte, seine Seele aushauchte.

Während eine Welle des Hasses gegen Österreich und den Leiter der Staatskanzlei ganz Europa durchflutet, während in Österreich das Volk Metternich für alles Ungemach ver-

antwortlich macht, findet seine Politik auch in der nächsten Umgebung des Kaisers, ja in der Staatskanzlei selbst, scharfen Tadel. Friedrich Gentz, des Staatskanzlers publizistischer Mitarbeiter, der einstige Protokollführer der Kongresse, steht nicht an, den Fürsten als einen „Revolutionär" zu bezeichnen — „weil er die Klugheit nicht hat, die Notwendigkeit der Revolution — schon also sprach man von einer solchen! — ferner hinausgerückt zu halten, weil er nur auf die Wirkungen, nicht auf die Gründe wirkt, nicht die Verpflichtungen der Regierungen beachtet und weil er der Zeit starr entgegensteht."[648] Die wahre Aufgabe der österreichischen Regierung, meinte er ein andermal, sei die „Glücklichmachung und Hebung des Volkes".[649] Aus dem gleichen Gedankengang heraus nennt Kübeck den Staatskanzler „den größten Revolutionär seit dem Jahre 1816".[650] „Er kennt die inneren Bedürfnisse der Monarchie nur aus seinen Salons, er kennt den Mittelstand sehr wenig, das Volk gar nicht. Darum sei er seit fünfzehn Jahren der Schirmherr aller Finsterlinge und Schalköpfe und die Grundursache der steigenden Unzufriedenheit und der sichtbaren Trennung der heterogenen Bestandteile dieser herrlichen Monarchie."[651] Franz Fürst von Dietrichstein aber, der eine besonders scharfe Zunge besaß, hielt Metternicht kurzweg für „blödsinnig".[652]

Allein der Staatskanzler ließ sich nicht aus seiner Bahn bringen. Es wiederholt sich nunmehr das alte Spiel der Kongreßzeit. Was damals das Wartburgfest und die Attentate auf Kotzebue und Ibell waren, das bedeuteten jetzt das Hambacher-Fest vom Mai 1832 und der Frankfurter Wachensturm vom April 1833 — es ist der willkommene Anlaß, die Politik der Karlsbader Beschlüsse zu erneuern, um dem Ungeheuer der Revolution energisch auf den Leib zu rücken. Wiederum wird, so wie damals in Mainz, jetzt in Frankfurt eine Zentraluntersuchungskommission eingesetzt, um eine neuerliche Demagogenverfolgung ins Werk zu richten — wiederum wandern ungezählte Patrioten, Studenten und Handwerksburschen, die für volksmäßige Einrichtungen und Deutschlands Einigung schwärmten, in die Polizeiarreste und Kerker — wiederum krönen Wiener Konferenzen das

Werk der Reaktion: es sollte, so wurde beschlossen, dem „überflutenden Strome“ des gefährlichen Zeitgeistes ein hemmender Damm entgegengesetzt, den Konstitutionen wie dem Unwesen der Zeitungen und der politischen Vereine ein fester Riegel vorgeschoben werden.[653]

Und wiederum fanden mit demonstrativer Geschäftigkeit Monarchenzusammenkünfte statt, um aller Welt das feste Zusammenstehen der einstigen Mitglieder der heiligen Allianz vor Augen zu halten, ihr die absolute Entschlossenheit zu zeigen, die Pest der Anarchie und der Revolution zu bekämpfen. Zuerst kamen der preußische König und Kaiser Franz in Theresienstadt zusammen, dann konferierte Metternich mit dem preußischen Monarchen in Teplitz, wobei sich die „vollkommenste Übereinstimmung ihrer Ansichten“ ergab, und schließlich fand in dem Waldsteinschen Schlosse zu Münchengrätz — im September 1833 — eine Begegnung des Kaisers Franz mit dem Zaren Nikolaus statt, der vorher mit seinem Schwiegervater Friedrich Wilhelm in Schwedt zusammengetroffen war. Es mag ein Triumph für Metternich gewesen sein, als der stolze Zar ihn — wie er erzählt — mit den Worten begrüßte: „Ich komme hierher, um mich unter die Befehle meines Chefs zu stellen; ich zähle auf Sie, damit Sie mir einen Wink geben, wenn ich einen Mißgriff begehe.“ [654] Es mag ferner den alten Kaiser wohltuend berührt haben, wenn der Zar auf die ihm gegenüber geäußerte Sorge wegen des bedenklichen Zustandes des Thronfolgers auf den Knien schwor, dem künftigen Kaiser jederzeit hilfreich zur Seite zu stehen.[655] Allein andere Staatsmänner schätzten diese Erfolge weniger hoch ein.

Das früher erwähnte Wort vom „größten Revolutionär“ ließ Kübeck gerade unter dem Eindruck der Münchengrätzer Entrevue fallen. Er sprach besorgt von dem „Mißtrauen der Völker“ gegen ihre Regierungen, das durch derlei Zusammenkünfte gereizt würde, und er sprach — als Sachverständiger im Finanzfache — von dem „ungemessenen Aufwand für Bajonette“, dessen Druck auf die Stimmung immer ungünstiger einwirken werde.[656] Die innige Allianz Österreichs mit der Vormacht des militärischen Despotismus und des Slawentums wurde in weiten Kreisen wie ein Faustschlag

empfunden, so daß nicht ganz ohne Grund die Münchengrätzer Zusammenkunft als eine der vornehmlichsten Ursachen der Märzrevolution bezeichnet wurde.[657] Ein Jahr vorher hatte der alte Gentz diese Liebe Metternichs zu Rußland ein „Verbrechen“ genannt.[658]

Aber auch der Gedanke eines Bündnisses mit der Papstkirche gewinnt jetzt wieder festere Gestalt — wir kommen zu einem der merkwürdigsten Episoden der Regierung des Kaisers Franz, die zugleich den Ausklang seines Lebens darstellt.

4. TOD DES KAISERS. SEIN POLITISCHES VERMÄCHTNIS.

Die Reise, die der Kaiser im Frühjahr 1819 nach Rom unternahm, gab zu den verschiedensten Gerüchten Anlaß. In Wien wurde allgemein davon gesprochen, daß sie dem Abschluß eines Konkordats gelte.[659] Ein solches kam nicht zustande, ja es hieß sogar, nach einer angeblich gut verbürgten Tradition, daß von vornherein jede politische Diskussion ausgeschlossen war. An diese Abmachung habe man sich auch pünktlich gehalten. Doch als Kaiser Franz, so wollte man wissen, vom Papst Abschied nahm, da begleitete er das Kaiserpaar bis zu dem bereitstehenden Wagen, zog in dem Moment, da sich die Pferde in Bewegung setzten, aus seiner Brusttasche ein Dokument hervor, das er dem Monarchen mit der Bitte übergab, dasselbe seiner besonderen Aufmerksamkeit zu würdigen. Das Schriftstück trug auf ein mit Rom zu schließendes Konkordat an, doch der Kaiser übergab es, in Wien angekommen, dem Staatskanzler mit den kurzen Worten: „ad acta“.[660]

An dieser ganzen schönen Erzählung ist nur so viel wahr, daß der Monarch tatsächlich aus Rom eine dickleibige Denkschrift mitbrachte, die alle die Beschwerden der römischen Kurie über die josephinische Kirchenpolitik und die verderblichen, aus der Aufklärungszeit herrührenden Grundsätze des Kirchenrechtes, wie sie offiziell gelehrt und gehandhabt wurden, in breiter Ausführlichkeit enthielt.[661] „Zu den Akten“ wurde sie nicht gelegt, sondern im Gegenteil: der Kaiser

ließ sie jahrelang von allen möglichen Fachleuten, geistlichen und weltlichen, begutachten — die Sache gab ihm anscheinend keine Ruhe. Aber zu einer bestimmten Erledigung ist es nie gekommen. Die rechtsgelehrten Experten aus dem Laienstande sprachen sich durch die Bank, der eine zarter, der andere schroffer, für die Ablehnung der päpstlichen Beschwerden aus, und selbst die Geistlichen, die zu Rate gezogen wurden, verhielten sich — wenn wir von dem Hofburgpfarrer Frint absehen — ziemlich reserviert, ja sogar direkt ablehnend, wie der Hofrat Jüstel und der Staatsrat Lorenz. Graf Kolowrat, in kirchlicher Hinsicht durchaus Josephiner, machte gewiß auf den Kaiser Eindruck, als er, die Ergebnisse der Begutachtung zusammenfassend, seine persönliche Meinung aussprach: Er begreife nicht, „wie ein Staat selbständig fortbestehen könnte, wenn allen Forderungen der römischen Kurie — nicht der Kirche — Genüge geleistet werden wollte". Der Kaiser, so fügte er hinzu, tue ohnehin für Kirche und Papst mehr als irgendein anderer Monarch in Europa, und es sei „wohl zu hoffen, daß so manche dem römischen Hofe in diesen letzteren Zeiten gemachte Zugestehung ihn zur dankbareren Anerkennung und nicht zu neuen Ansprüchen auffordern werde".[662]

Die Anspielung auf des Kaisers Zugeständnisse an Rom wird uns nach dem, was wir bereits über die Wiederzulassung der Jesuiten und die Begünstigung der Liguorianer erwähnten, verständlich sein. In der Tat war der Monarch dem Orden Jesu schon sehr weit entgegengekommen. Gerade im Jahre 1827 — also bald nach der schweren Krankheit — hatte er in Hinsicht auf die theologischen Studien für die Kleriker der Jesuiten eine Entscheidung getroffen, die sie eigentlich schon von dem Einfluß der Bischöfe und des Staates befreite und die Ordensstatuten als Richtschnur aufstellte.[663]

Graf Kolowrat wußte aber auch wohl, wer die Hintermänner dieser ultramontanen, jesuitenfreundlichen Richtung waren. Einer der Hauptdrahtzieher war sein Rivale: der Staatskanzler Metternich. Er galt im Herbst des Jahres 1826, da Kolowrat ins Kabinett berufen wurde, bereits als ein warmer Anwalt des Jesuitenordens,[664] und wirklich setzte

er sich mit Eifer für die Lehr- und Erziehungsweise der Jesuiten ein, weil sie, wie er behauptete, besser als die bisher in Österreich bestehende sei — denn sie sei monarchisch, was die andere nicht sei. Er stellte sich „ohne Scheu" auf den Grundsatz: „Keine Jesuiten oder die alten." [665]

Es entspricht also nicht ganz den Tatsachen, wenn seine später unverhüllt zutage tretende Jesuiten- und Romfreundlichkeit auf Rechnung der sehr bigotten Gräfin Melanie Zichy, die er im Januar 1831 zum Altar führte, gesetzt und er als ein Held des ehelichen und päpstlichen Pantoffels verspottet wurde.[666] Wohl aber ist anzunehmen, daß ihn die neue Revolutionsgefahr, die freiheitlichen und nationalen Bewegungen, die den Kaiserhof erschreckten, zu einem innigeren Bündnis mit der Kirche drängten.

Aber es mag dabei noch ein anderes Moment mitgespielt haben: das Bestreben, mit Hilfe der „frommen Partei" am Hofe seine durch Kolowrat arg gefährdete Stellung zu festigen. Diese strengkirchliche Fraktion, die in der Kaiserin Karoline Auguste ihren Hauptstützpunkt gefunden hatte, war mittlerweile verstärkt worden durch ihre Schwester Erzherzogin Sophie, die Gemahlin Erzherzog Franz Karls, und durch die Gemahlin des zukünftigen Kaisers, Maria Anna, eine sardinische Prinzessin, die König Ferdinand ebenfalls im Januar 1831 — es war eine bloße Scheinehe[667] — heimgeführt hatte.

Aus was immer für Gründen — sie mögen alle zusammengewirkt haben — Fürst Metternich nun die Bestrebungen Roms zu unterstützen bereit war, er fand einen Helfershelfer in der Person des neuen Burgpfarrers Bischof Wagner. Wenn dieser sein kaiserliches Beichtkind auf die Notwendigkeit einer harmonischen Vereinigung des Staates mit dem apostolischen Stuhle als „das sicherste Gegengift gegen die revolutionäre Bewegung" hinwies,[668] so deckte sich dieser Standpunkt ganz mit der Auffassung Metternichs. Innig vereint bemühten sich Bischof Wagner und der Staatskanzler, die Kluft zwischen den kanonischen und den kirchlichstaatlichen Gesetzen, wie sie in Österreich noch zu Recht bestanden, zu überbrücken.[669] In den nächsten Jahren finden in aller Stille Verhandlungen mit Rom statt, die allerdings

zu keinem Ergebnisse führten.[670] Auch in Bischof Milde, der als Unterhändler waltete, lebte noch zu stark der Geist des Josephinismus — erst Rauscher, dem Schüler Hofbauers, war es vorbehalten, auf völlig neuer Grundlage den Faden wieder aufzunehmen.

Kaiser Franz widerstrebte es doch im Innersten seines Herzens, von den staatlichen Hoheitsrechten etwas Wesentliches preiszugeben — den Despoten konnte er auch da nicht verleugnen. Ihm war auch der kirchliche Zelotismus, wie er sich bereits stark fühlbar machte, im Grunde seines Herzens zuwider. Er fürchtete für die Ruhe des Staates und so wies er die kirchlichen Eiferer, wo sie ihm, wie in dem aufsehenerregenden Zwischenfall bei der Bestattung der protestantischen Gemahlin Erzherzog Karls in der Kapuzinergruft, Schwierigkeiten machten, in die Schranken zurück. Der Ultramontanismus war eben, wie dies treffend bemerkt wurde, auch eine Neuerung,[671] und deshalb setzte er ihr seinen Widerstand entgegen — freilich nicht immer mit Erfolg; denn auch hier zeigte sich das Schwankende, das „Halbe" in seinem ganzen Charakter, und so pendelte er zwischen „absolutistischer Sprödigkeit und ultramontanen Sympathien" hin und her. Auch hier konnten Metternich und Kolowrat als die Exponenten der beiden Richtungen gelten.

Alles war also auf einen Kampf zwischen den beiden Ministern gestellt. Derselbe nahm, je älter der Kaiser wurde, desto erbittertere Formen an. Graf Kolowrat zeigte immer mehr das Bestreben, seine Einflußsphäre zu erweitern, dem Kaiser, wie Kübeck uns unterrichtet, „den Szepter zu entwinden und unter Allerhöchster Firma eine Kamarillaherrschaft zu gründen".[672] An Anlässen fehlte es nicht — der Monarch selbst bot sie ihm, indem dessen Arbeitskraft zusehends nachließ und die Rückstände in beängstigender Weise sich mehrten. Im März 1832 verlangte Kaiser Franz von Kolowrat einen Vorschlag darüber, wie man diesem Übel beikommen könne. Kolowrat ließ sich das nicht zweimal sagen. Es wurde eine Kommission zur Aufarbeitung der unerledigten Geschäftsstücke eingesetzt, die aus den Referenten des Staatsrates bestand und unter seinem Vorsitz tagte.[373]

Bald darauf gelingt es ihm, dieses sogenannte „Komitee" zu „einer Art Afterregierung" umzugestalten. Offiziell führte dabei Erzherzog Franz Karl das Präsidium, in Wirklichkeit aber Graf Kolowrat.[674]

Metternich kannte nur zu gut die Bestrebungen, den Kronprinzen zur Seite zu schieben. Je mehr er seit der Krönung zum König von Ungarn zu den Regierungsgeschäften herangezogen wurde, um so deutlicher trat seine Unfähigkeit hervor. „Welch ein Unterschied zwischen dem Kaiser und dem Kronprinzen," klagte Kolowrat einmal, „der Kaiser ist zu nichts zu bringen und der Kronprinz würde alles, ich sage alles unterschreiben."[675] Das Groteske dieser Situation zeigte sich, als König Ferdinand im Dezember 1832 von einer gefährlichen Krankheit, die sein Leben bedrohte, genas und man in gewissen Kreisen über diese Genesung „nicht sehr erfreut" war — sein Tod hätte, bemerkte Kübeck bezeichnend, „einige Schwierigkeiten der Zukunft gelöst".[676] Metternich galt in den Augen der ehrgeizigen Erzherzogin Sophie als der Haupturheber dieser unglücklichen Lösung der Thronfolge, und er war auch bei ihr nicht besonders beliebt. Daß nun der jüngere Bruder nach der schweren Krankheit des Thronfolgers stärker herangezogen wurde, mußte den Staatskanzler mit Sorge erfüllen.

Als Fürst Metternich am letzten Tag des Jahres 1834 dem Kaiser seine Neujahrswünsche überbrachte, erinnerte sich dieser, wie der Staatskanzler erzählt, an sein ihm einst gegebenes Versprechen, für die „Lücke", die nach seinem Tode eintreten würde, zu sorgen. „Ich stehe abermals", äußerte sich Kaiser Franz, „wie ein reuiger Sünder vor Ihnen: das Jahr 1835 soll aber nicht verlaufen, ohne die Lösung meiner Schuld."[677] Dazu ist es nun nicht mehr gekommen.

Am 25. Februar 1835 erkrankte der Monarch an einer Lungenentzündung. Baron Stifft legte ihr nicht viel Bedeutung bei, so daß Fürst Metternich den Ball, den er für diesen Tag veranstaltet hatte, nicht absagte. Aber am nächsten Tag nahm die Krankheit einen so bedenklichen Charakter an, daß Bischof Wagner dem Kaiser die Sterbesakramente reichte. Am dritten Tag besserte sich der Zustand, allein der letzte Februar brachte wieder eine Verschlimmerung,

so daß Stifft ihn aufgab.[678] An diesem 28. Februar ergingen zwei an den Thronfolger gerichtete Handschreiben, welche das politische Testament des sterbenden Kaisers enthielten.

In dem einen Handschreiben wird Ferdinand eingeschärft, „nichts an den Grundlagen des Staatsgebäudes zu verrücken“. Dann heißt es weiter: „Regiere und verändere nicht, stelle Dich fest und unerschütterlich auf die Grundsätze, mittelst deren steter Beachtung Ich die Monarchie nicht nur durch die Stürme harter Zeiten geführt, sondern derselben den ihr gebührenden hohen Standpunkt gesichert habe, den sie in der Welt einnimmt. Ehre die wohlerworbenen Rechte, dann kannst Du gleich fest auf der Ehrfurcht bestehen, die Deinen Regenten-Rechten gebührt.“ Ferdinand wird dann ermahnt, die Einigkeit in der Familie als eines der höchsten Güter zu bewahren und in wichtigen inneren Angelegenheiten den Erzherzog Ludwig — es war der jüngste der Brüder des Kaisers — zu Rate zu ziehen. Und nun kommt der bedeutungsvolle Schluß: „Übertrage auf den Fürsten Metternich, Meinen treuesten Diener und Freund, das Vertrauen, welches Ich ihm während einer so langen Reihe von Jahren gewidmet habe. Fasse über öffentliche Angelegenheiten wie über Personen keine Entschlüsse, ohne ihn gehört zu haben. Dagegen mache Ich es ihm zur Pflicht, gegen Dich mit derselben Aufrichtigkeit und treuen Anhänglichkeit vorzugehen, die er Mir stets bewiesen hat.“ [679]

Es fällt auf, daß in diesem Handschreiben, das mit so großer Wärme der Verdienste Metternichs gedenkt, des Grafen Kolowrat mit keinem Worte Erwähnung geschieht. König Ferdinand wird in allen wichtigen „inneren“ Fragen, die doch zum ureigensten Ressort des Ministers Kolowrat gehörten, an die Mitarbeit seines Oheims Ludwig gewiesen. Dieser Erzherzog war von allen Brüdern des Kaisers der unfähigste und — vielleicht aus diesem Grunde — der Auszeichnung teilhaftig geworden, ab und zu, wenn Franz verreist war, ihn in der Regierung zu vertreten. Im übrigen galt er als zäher, überzeugter Anhänger des Alten. Da Metternich auch in Personenfragen, die gerade Kolowrats Domäne bildeten und seine bedeutungsvolle Stellung verursacht hatten, gehört werden

sollte, so wäre Kolowrat so gut wie ausgeschaltet gewesen. Merkwürdigerweise ist an der Echtheit dieses kaiserlichen Handschreibens von sonst sehr gut informierter Seite gezweifelt worden[680] — doch mit Unrecht. Das Dokument befindet sich im Original, mit der Unterschrift des Kaisers versehen, im Hausarchiv,[681] mit allen Zeichen der legalen Ausfertigung versehen.

Aber eine andere Frage drängt sich uns auf: hat Metternich vielleicht dieses politische Vermächtnis, das so ganz in seinem Geiste gehalten ist, selber verfaßt und auf irgendeine Weise sich die Zustimmung des Kaisers, dessen Befinden gerade an diesem Tage ein sehr schlechtes war, zu verschaffen gewußt? Dieser Verdacht wird zur Gewißheit, wenn wir dazu den von ihm eigenhändig verfaßten Entwurf eines Handschreibens, das wohl einen anderen Wortlaut, aber den ganz gleichen Gedankengang enthält, ins Auge fassen. Da heißt es unter anderem: „In den Regierungshauptnormen ändere derselbe — nämlich Ferdinand — nichts, ohne daß er Vorschläge, welche auf selbe hinzielen, durch alle Wege hätte beleuchten und prüfen lassen." Die ersten zwei Jahre seiner Regierung lasse er selbst keinen Vorschlag dieser Art aufkommen. Am Schlusse heißt es: „Als den Mann, welchen ich meinem Sohne als treuen, seines vollsten Vertrauens würdigen Ratgeber dringend empfehle, bezeichne ich ..." — hier bricht das Konzept ab, aber offenbar verbot ihm die Bescheidenheit, sich selber zu nennen.

Der Staatskanzler muß sich übrigens schon früher mit dem Gedanken getragen haben, dem sterbenden Kaiser ein solches politisches Testament zu unterlegen. Denn wir besitzen aus der bewährten Feder Friedrich Gentzens ein solches Glaubensbekenntnis, das die Notwendigkeit, das rechtlich Bestehende allenthalben sorgfältig zu erhalten, betont, und worin dem Nachfolger ans Herz gebunden wird, „jeder Neuerung im politischen System, jeder Störung des Besitzstandes, wenn solche auch scheinbar noch so große Vorteile darbieten sollte, zu widerstreben". „In diesem einfachen Grundsatze liegt heute das ganze Geheimnis der österreichischen Politik; der unverwandten Beobachtung desselben habe ich vor allem das Ver-

trauen zu danken, welches mir, mancher feindseligen Gegenwirkung zum Trotze, selbst in den schwierigsten Angelegenheiten, von größten und kleinern Staaten zu Theil geworden ist." Diese „ehrenvolle Stellung" — in dem wirklich erflossenen Handschreiben hieß es „den ihr gebührenden hohen Standpunkt" — zu behaupten, sei die Aufgabe des Nachfolgers.

Der Publizist der Staatskanzlei hatte diesen Testamententwurf nach den „weisen und trefflichen Vorschriften" des Fürsten Metternich verfaßt, und zwar hatte er sich dabei „der größten Einfachheit beflissen, um wenigstens dem Ton, welcher das Ganze beherrscht, nicht untreu zu werden."[682] Das heißt mit anderen Worten: es sollte so gemacht sein, daß man glauben konnte, der Monarch habe es selbst geschrieben. Da Gentz im März 1832 starb, muß also schon seit Jahren alles vorbereitet gewesen sein, um sofort nach dem Tode des Kaisers mit seinem großen politischen Vermächtnis hervorzu treten und den „kranken" Kolowrat, den „Neuerer", glatt beiseite zu schieben. Metternich hatte auch einen ausgezeichneten Weg sich gesichert, dem Monarchen seinen letzten Willen in die Hand zu spielen: es war der Beichtvater des Kaisers, Bischof Wagner, sein treuer Mitarbeiter, — wir kommen zu dem zweiten Handschreiben.

In diesem merkwürdigen Schriftstück wird die Erwartung ausgesprochen, daß der Thronfolger das von dem Kaiser angefangene „Werk der Berichtigung und Modifizierung jener Gesetze, Grundsätze und Behandlung der kirchlichen Angelegenheiten, welche seit dem Jahre 1780 in Meinen Staaten eingeführt worden sind und die freie Wirksamkeit oder andere Rechte der Kirche mehr oder minder verletzen und mit der Lehre, Verfassung oder Disziplin der Kirche und insbesondere mit den Satzungen des heiligen Kirchenrates von Trient nicht im Einklange stehen", von Ferdinand ehemöglichst „auf eine den heiligen Vater befriedigende Art" zu Ende führen möge. Ferdinand solle sich in dieser Angelegenheit des Rates des Fürsten Metternich und des Bischofs Wagner bedienen![683] So hatte denn der Monarch auf

seinem Sterbebett die Bedenken, die er bisher gegen die Preisgabe der landesfürstlichen Hoheitsrechte hegte, glücklich überwunden — er hatte sich entschlossen, die josephinische Kirchenpolitik zu opfern; denn ohne eine solche gänzliche Verleugnung des kirchlichen Josephinismus wäre wohl die gewünschte „Befriedigung“ der römischen Kurie nicht möglich gewesen. Dieses Handschreiben, das mehr den Geist Metternichs und des Beichtvaters verrät, als den des Kaisers, ist von der Hand des — Bischofs Wagner geschrieben. Man kann nicht leugnen, daß die ganze Sache geschickt inszeniert war und Graf Kolowrat, der anerkannter Weise gut zu intrigieren verstand, seinen Meister gefunden hatte — vorderhand wenigstens.

Zwei Tage später, am 2. März, verschied Kaiser Franz. Sein Ableben war ein gewaltiges Ereignis. Der „mystische Bann, mit dem eine durch fast zwei Generationen hart und zähe verfolgte Überzeugung, die Gewohnheit eines so langen Gehorsams, die traditionelle Anhänglichkeit der Welt, die mit ihm jung gewesen, die Persönlichkeit des Verstorbenen umgeben hatte“ [684a] — war gebrochen. Noch am Abend des Todestages, als die halbamtliche Abendpost die Versicherung — sie sollte beruhigend wirken — abgab, der neue Kaiser Ferdinand werde im Sinne und Geiste seines verewigten Vaters „nach den bestehenden Vorschriften“ weiter regieren, gab es in Wien große Aufregung — es mußten sogar Verhaftungen vorgenommen werden. Sollen wir unserem Dichter Franz Grillparzer Glauben schenken, so wäre alles „mit heitern Gesichtern“ zum Begräbnis des „abgöttisch verehrten“ Monarchen wie zu einer Faschingsredoute gegangen.[684 b] Kaiser Franzens Testament, das den Völkern seine „Liebe“ vermachte, wurde, wie es die Polizeiberichte zu melden wußten, mit bösen Bemerkungen — man sprach von fabelhaften Reichtümern, die er hinterlassen — aufgenommen. Die Bauern, denen es in den Amtsstuben der Herrschaften feierlichst verlesen wurde, sollen sich dabei traurig an die Tasche gegriffen haben — die Gestalt des Volkskaisers tauchte auf, der für das Volk ganz anders gesorgt hatte.[685]

Die Unzufriedenheit, die schon lange im Verborgenen herumschlich, trat jetzt offen heraus — und unzufrieden

waren wirklich alle Stände und Klassen von den untersten Volksschichten bis hinauf zu den höchsten Kreisen. Daß die Vertreter der Literatur und der Wissenschaft schwer unter dem eisernen Druck des Sedlnitzkyschen Polizeiregiments litten, das wird uns nach all dem, was wir über Franzens „scheußliches" Stabilitätssystem hörten, nicht weiter wundernehmen: die verdrossene Heimatsliebe eines Grillparzer ebenso wie die Bitterkeit eines Bauernfeld, der sich als den „Vorschimpfer" bezeichnete, wie der verbissene Humor eines Nestroy sind dafür genügende Beispiele. Und bei der heranwachsenden Generation der Studenten war es nicht anders. Sie wurden als die „mutwillige" Jugend [686] scheel und mißtrauisch angesehen und wie Schulbuben behandelt. Gerade im letzten Jahr der Regierung des Kaisers bekamen sie diesen Standpunkt zu fühlen, indem die Abhaltung des Juristen- und des Medizinerballes über Allerhöchste Weisung verboten wurde.[687]

Aber auch jene Stände, die mehr oder weniger als die verhätschelten Schoßkinder des Systems gelten konnten, die privilegierten Klassen, deren „wohlerworbene" Rechte er zu schützen sich bestrebte, waren in Gärung gekommen. Die Geistlichkeit fühlte nicht minder die harte Faust der „Polizeikirche", für welche, wie der Prediger Anton Günther klagte,[688] die Winke des Referenten im Staatsrat maßgebend waren; sie fühlte sich bei einem System, das „den Priester so wie den Beamten und Musketier für den Gamaschendienst abzurichten verstand", nichts weniger als behaglich. Und der Adel? Die einfache, zurückgezogene Lebensweise des Hofes gab ihm — nach Baron Andrians Zeugnisse — wenig Gelegenheit, durch einträgliche oder ehrenvolle Stellen zu glänzen. Im Staatsdienst wie beim Militär gab es keinerlei rechtlich begründete Vorzüge.[689] Die Nobilitierungen von Bürgerlichen, die sich im öffentlichen Dienste hervorgetan, oder von Finanzleuten, die dem Staate Geld geliehen, schufen der Aristokratie reichlichen Nachwuchs, auf den die Angehörigen der alten Geschlechter oft scheel herabsahen. Der Grundbesitz, die einstige Domäne des Adels, war vielfach entwertet; die Last der Steuern und Verwaltungskosten war gestiegen und dazu drohte nun noch der Verlust der

Herrenrechte, gegen welche die erwachte öffentliche Meinung in demselben Maße heftiger ankämpfte, als die Kraft der Regierung, welche ihren Schutz versprochen, erlahmte. Das Unsichere der Zukunft war es wohl, das am meisten drückte. Als Korporation aber hatte er so gut wie ausgespielt, denn den Ständen war unter Kaiser Franz jede Bedeutung für das öffentliche Leben verloren gegangen.

Selbst die Kapitalisten, die unter der langen Regierung des Kaisers goldene Tage erlebten, die in der Ära der Kriegsnöte und der Schuldenwirtschaft immense Reichtümer sich gesammelt hatten, mußten unter der Unsicherheit der politischen Verhältnisse und nicht zuletzt unter der Besorgnis vor sozialen Unruhen leiden. Die Industrie aber bekam die seit dem Wiederausbruch der Revolution in Frankreich gesteigerte Abneigung der Regierung gegen die Herde der „zugewanderten Fremden und dem Trunke leicht ergebenen Arbeiter und Gesellen“ [690] höchst unliebsam zu fühlen. Wie angelegentlich sich Kaiser Franz in den letzten Jahren seiner Regierung für das Gedeihen der Volkswirtschaft interessierte, zeigt das Schicksal, das der Anregung eines Industriellen bereitet wurde. Ignaz Ritter von Schönfeld hatte ihr die Gründung eines Industrievereines für die Gesamtmonarchie, der unter dem Protektorate des Erzherzogs Anton stehen sollte, vorgeschlagen. Sein Zweck sollte die Förderung und Unterstützung der Industrie sein und durch freiwillige Einlagen, durch Veranstaltung von Ausstellungen und Verbreitung von Fachzeitschriften und -Werken wie durch Eröffnung von Absatzwegen erreicht werden. Dieser hübsche Vorschlag eines — in Ermanglung der staatlichen Fürsorgetätigkeit sehr notwendigen — Selbsthilfevereines blieb im kaiserlichen Kabinett liegen — er wurde, nachdem der Gesuchwerber „vorlängst mit Tod abgegangen“, am 10. Juni 1849 ad acta gelegt.[691]

Nicht minder mißvergnügt war der Soldatenstand. Kaiser Franz hatte sehr wenig Sinn und Verständnis für die Armee, wie er denn selbst sehr ungern in Uniform sich zeigte. Nicht einmal die Paraden bereiteten ihm eine Freude, geschweige denn daß er in der langen Kriegszeit länger als einige Tage bei ihr geweilt hätte, um seine Anteilnahme an ihren Erfolgen

und ihren Leiden zu zeigen. Daß ihr in der Zeit nach dem Wiener Friedenskongreß keine großen Aufgaben mehr winkten, außer gegen Revolutionäre und die Cholera zu kämpfen, konnte ihre Geltung nicht heben. Die Bevölkerung sah in der Armee eine „verkappte Strafanstalt", in welcher alle unbrauchbaren und störrigen Individuen festgehalten wurden.[692] Infolge der langen Friedenszeit und der Vorliebe des Monarchen für möglichst alte Generale[692] war die Vorrückungsmöglichkeit sehr gering. Die tüchtigsten Offiziere aber wie Radetzky wurden kaltgestellt.

Und erst das große Heer von schlecht besoldeten Beamten! „Mir ist, als sollte ich gehenkt werden!" schrieb Bauernfeld bei seinem Eintritt in den Staatsdienst ins Tagebuch. Dieser Stoßseufzer ist für die Stimmung der „Staatsdiener" so überaus bezeichnend. Die fähigen und tüchtigen Köpfe, an denen es ihr wahrhaftig nicht fehlte, fühlten sich durch die geringe Einschätzung der geistigen Begabung und die bekannte Bevorzugung des guten „Sitzfleisches" benachteiligt. Alle aber litten unter den trüben Aussichten und nicht zuletzt unter dem wachsenden Widerwillen der Bevölkerung gegen die „Bureaukratie". In den höheren Stellen kam noch das verbitternde Bewußtsein der Machtlosigkeit hinzu. Auf der höchsten Stufe der Beamtenhierarchie aber standen sich der Staatskanzler und der Minister des Innern in tiefem Groll gegenüber und der heftige Zusammenstoß, der sich zwei Tage nach dem Tode des Monarchen ereignete, war nur das Signal für weitere erbitterte Kämpfe, die sich nicht mehr in der Stille des kaiserlichen Kabinetts abspielten, sondern die breite Öffentlichkeit beschäftigen sollten.

Selbst im Kaiserhause herrschte nicht die beste Stimmung. Das bald nach dem Ableben des Kaisers in Ungarn aufgetauchte Gerücht von einer beabsichtigten Vergiftung des neuen Kaisers durch die Erzherzogin Sophie und deren Abschaffung nach Italien[693] darf als Niederschlag dieser gereizten Gemütsverfassung bewertet werden. Die Zurücksetzung der älteren und ungleich befähigteren Brüder vor Erzherzog Ludwig, der dem letzten Willen des Kaisers gemäß das eigentliche Haupt der Regierung darstellte, konnte auch nicht ohne Wirkung bleiben. Zu nahe lag der Gedanke,

daß gerade jetzt eine starke, kräftige Hand ans Ruder gehörte, um die Schwierigkeiten zu meistern, die deutlich genug von allen Seiten her sich auftürmten — denn schon waren auch die Völker in Bewegung geraten.

Ein tiefer Pessimismus lastete über allen Geistern. „Die ganze Welt", so hatte Grillparzer nach den Julitagen des Jahres 1830 geschrieben, „wird durch den neuen Umschwung sich erkräftigen, nur Österreich wird daran zerfallen. Der schändliche Machiavellismus der Leiter, die, damit die Herrscherfamilie das einzige Staatsband ausmacht, die wechselseitige Nationalabneigung der einzelnen Provinzen hegten und nährten, hat indes die Schuld. Der Ungar haßt den Böhmen, dieser den Deutschen und der Italiener sie alle zusammen, und wie widersinnig gekuppelte Pferde werden sie sich in alle Welt zerstreuen, wenn der fortschreitende Zeitgeist die Gewalt des hemmenden Joches schwächt und bricht.[694]

Wie der Dichter dachten auch die Staatsmänner und Diplomaten des alten Kaiserstaates. „Schreiten wir mit dem Zeitgeist vor", bemerkte bitter Baron Marschall, „so zerfällt unser Länderagglomerat; schreiten wir nicht mit, so werden wir erdrückt." [695] In diesen Worten der tiefsten Resignation drückt sich der verhängnisvolle Kreis aus, in den Kaiser Franz die habsburgische Monarchie geführt hat. Wiederholt im Laufe seiner langen Regierung bot sich ihm Gelegenheit dar, die Monarchie auf neue, gesunde Bahnen zu lenken, die Völker in dankbarer Liebe sich zu verpflichten — dies war bei seiner Thronbesteigung und in den Jahren der Freiheitskriege der Fall. Kaiser Franz hat es vorgezogen, sie nach dem verderblichen Grundsatz des „Teilens und Herrschens" durcheinanderzubringen, so daß sie sich fremd, feindselig gegenüberstanden. Er hatte nicht den Ehrgeiz, ein Erneuerer und Erwecker des Kaiserstaates zu sein; vielmehr hat er alles getan, um ihm das Grab zu schaufeln.

Kaiser Franzens berühmtes Stabilitätssystem hat alle fruchtbringenden Triebkräfte gelähmt und erstickt. Bewußt und systematisch wurde die Trägheit und Unbildung großgezogen. Durch das geflissentliche Fernhalten der Völker

von jeder Teilnahme an der Regierung blieben sie — was sich später bitter rächen sollte — politisch unreif, unerfahren und bar jeden Gemeinsinns. Die Schlaffheit und Passivität der ausführenden Organe, die Verworrenheit im ganzen Geschäftsgang war durch Kaiser Franz zu einem — wie es die Folge lehren sollte — unausrottbaren Machtfaktor geworden. Der so notwendige Glaube an die führende Kraft der Behörden war geschwunden. Dagegen hatte das unheimliche Walten der allmächtigen Geheimpolizei und einer ebenso übelgesinnten wie geistlosen Kamarilla die verderbliche Wirkung, daß der nachher so beliebte Standpunkt, in der Regierung den bösen Feind zu erblicken, gerade in Österreich einen kräftigen Nährboden fand — nicht zum Vorteil des Gesamtwohles.

„Die Anarchie ist an den Toren — möge Gott verhüten, daß der Tod des Kaisers sie nicht bald aufschließe", so schrieb im Oktober 1834 Kübeck, von bangen Ahnungen erfüllt. Noch konnte man sich indes mit der Erwartung trösten, daß der Tod des alten Monarchen Wandel schaffen werde; allein der letzte Wille, der das Stabilitätssystem auch dem Thronfolger als großes Vermächtnis aufzwang, vernichtete grausam diesen letzten Hoffnungsstrahl. Es war in der Tat ein trauriges Erbe, das Kaiser Franz seinem Nachfolger hinterließ — so traurig wie die Erscheinung dieses Habsburgers selbst, der nun, in einer bewegten Zeit, den Thron seiner Väter bestieg.



ANMERKUNGEN

[1] A. Springer, Geschichte Österreichs seit dem Wiener Frieden 1809. I, S. 1, 48, 426; O. Lorenz, Staatsmänner und Geschichtschreiber des 19. Jahrhunderts, S. 127.

[2] A. Bettelheim, Neue Gänge mit L. Anzengruber, in der „Neuen Freien Presse" vom 6. Oktober 1919.

[3] O. Redlich, Säkularjahre der Geschichte Österreichs, in der „Österreichischen Rundschau" 63 (1920).

[4] Grenzboten 1870, Nr. 18; auch in den „Politischen Aufsätzen" (Gesammelte Werke, I. Serie, Bd. 7), S. 343 fg.

[5] A. a. O., S. 95 fg.

[6] Theodor Mayer, Die Verwaltungsorganisationen Maximilians I. in: Forschungen zur inneren Geschichte Österreichs, 14, S. 63.

[7] Vgl. A. Nagl, Der Innsbrucker Generallandtag vom Jahre 1518, im Jahrbuch für Landeskunde von Niederösterreich, N. F. 17 und 18 (1918 und 1919), S. 12 fg.

[8] Vgl. z. B. Ernest Denis, La Bohème depuis la Montagne Blanche.

[9] Josef Redlich, Das österreichische Staats- und Reichsproblem, 1/2, S. 7.

[10] A. Fischel, Studien zur österreichischen Reichsgeschichte, S. 170.

[11] Luschin, Österreichische Reichsgeschichte, S. 491.

[12] E. Guglia, Maria Theresia, I, S. 46.

[13] Arneth, Zwei Denkschriften der Kaiserin Maria Theresia, im Archiv für österreichische Geschichte, 47, S. 274.

[14] Guglia, a. a. O., I, S. 58.

[15] Denkschrift Stahls für Kaiser Franz vom 13. August 1794; St.-A. Kaiser-Franz-Akten, 78 d.

[16] Guglia, a. a. O., 2, S. 300 fg.

[17] Ebenda, 2, S. 12.

[18] J. Redlich, a. a. O., 1/1, S. 35.

[19] Für das Folgende vgl. im Allgemeinen Heigel, Deutsche Geschichte vom Tode Friedrichs des Großen bis zur Auflösung des alten Reiches (Bibliothek Deutscher Geschichte), 1, S. 29 fg, 217 fg.

[20] Arneth, Maria Theresia und Joseph II., ihre Korrespondenz, 3, S. 360.

[21] Politisches Journal, Jahrg. 1786, S. 657.

[22] Krones, Ungarn unter Maria Theresia und Joseph II., S. 42.

[23] Vortrag vom 13. Januar 1790; vgl. Fournier, Historische Studien und Skizzen, S. 167.

[24] Beytrag zur Characteristik und Regierungs-Geschichte der Kaiser Joseph II., Leopold II. und Franz II., S. 75.

[25] Beidtel, Geschichte der österreichischen Staatsverwaltung 1740—1848, I, S. 409 fg.

[26] Gräffer, Josephinische Curiosa, 2, S. 66.

[27] Briefe zur Beförderung der Humanität, Zweite Sammlung, S. 48.

[28] Schlichtegroll, Sammlung von Nekrologen, Jahrg. 1790, I, S. 151.

[29] Heigel, a. a. O., I, S. 58.

[30] Leopold an Erzherzogin Christine, 4, Juni 1789; Krones, Handbuch der Geschichte Österreichs, 4, S, 545.

[31] Heigel, a. a. O., S. 237.

[32] Georg Forster, Erinnerungen aus dem Jahr 1790, S. 25.

[33] Nagl-Zeidler, Deutsch-Österreichische Literaturgeschichte, 2, S. 270 f.

[34] Heigel, a. a. O., I, S. 50

[35] Heigel, a. a. O., I, S. 343 fg.

[36] Springer, a. a. O., I, S. 34 fg.

[37] Historische Aktenstücke über das Ständewesen in Österreich, 2, S. 64 fg.

[38] Mit kaiserlicher Entschließung vom 17. März 1790; vgl. Bibl, Die Restauration der niederösterreichischen Landesverfassung unter Kaiser Leopold II., S. 33 fg.

[39] Beytrag etc., S. 77.

[40] Ségur, Memoires ou souvenirs et anecdotes, 2, S. 84.

[41] Verordnung vom 20. Januar 1790; Wiesner, Denkwürdigkeiten der österreichischen Zensur, S. 186.

[42] Hofdekret vom 1. September 1790; Zenker, Geschichte der Wiener Journalistik, I, S. 87.

[43] Beidtel, a. a. O., I, S. 444.

[44] Fournier, Geheimpolizei auf dem Wiener Kongreß, S. 1 fg.

[45] Beytrag etc., S. 138.

[46] Vortrag vom 2. März 1790; Fournier, a. a. O., S. 3.

[47] Kaiserliches Handbillet vom 27. Juli 1791; Wolfsgruber, Franz I. Kaiser von Österreich, 2, S. 180.

[48] Ebenda, S. 181.

[49] Ebenda, S. 177.

[50] Handbillet Kaiser Josephs vom 11. Dezember 1785; Die Freimaurerei Österreich-Ungarns, S. 110.

[51] Schreiben vom 17. August 1790; Heigel, a. a. O., S. 309.

[52] „Von dem Einflusse der Wissenschaften und schönen Künste in Beziehung auf öffentliche Ruhe“ (1793).

[53] Beytrag etc., S. 117.

[54] Beytrag etc., S. 176 f; Memoires de Mme. Campon, S. 317; Wolfsgruber, a. a. O., 2, S. 222; Sartori, Leopoldinische Annalen, 2, S. 196.

[55] Heigel, a. a. O., I, S. 507.

[56] Ebenda, S. 239.

[57] Berichte Jacobis vom Januar 1792; Heigel, a. a. O., S. 509 fg.

[58] Brandes, Über einige bisherige Folgen der französischen Revolution in Rücksicht auf Deutschland (1792); (Joh. Ludw. Ewald) Über Revolutionen, ihre Quellen und die Mittel dagegen (1792). Vgl. Heigel, a. a. O., S. 300 fg.

[59] Bericht Jacobis vom 10. Oktober 1791; Heigel, a. a. O., I, S. 459 f.

[60] Josef Redlich, a. a. O., 1/1, S. 60 fg.

[61] Schreiben an seine Frau vom 8. Oktober 1821; Schneller, Hinterlassene Werke, I, S. 210 f.

[62] Genesis der Revolution in Österreich (3. Aufl.), S. 18.

[63] J. Redlich, a. a. O., I/II, S 87.

[64] Wolfsgruber, a. a. O., I, S. 35 fg; Feil, Joseph II. als Erzieher, in den Sylvesterspenden 1852.

[65] Bericht Colloredos vom 17. April 1781; Wolfsgruber, a. a. O., I, S. 193 fg.

[66] Ebenda, S. 269 fg.

[67] Arneth, Joseph II. und Leopold von Toscana, I, S. XIV f.

[68] Wolfsgruber, a. a. O., 2, S. 12 fg.

[69] Schreiben an Oberst Manfredini vom 17. März 1785; St.-A. Billettenprotokolle.

[70] Wolfsgruber, a. a. O., 2, S. 15 fg.

[71] Ebenda, S. 25; auch Springer, a. a. O., S. 110.

[72] Ebenda, S. 41 fg.

[73] Reumont, Geschichte Toskanas, II, S. 212.

[74] Heigel, a. a. O., I, S. 513.

[75] Relation über die mir in Abwesenheit Sr. Majestät anvertraut gewesenen Geschäfte 1791, im Wiener St.-A.; Wolfsgruber, a. a. O., II, S. 198 fg.

[76] Ebenda, S. 40 fg.

[77] Beytrag etc., S. 194 fg.

[78] Votum vom 10. Januar 1791; Bibl, Die niederösterreichischen Stände und die französische Revolution, im Jahrbuch des Vereines für Landeskunde von Niederösterreich 1903.

[79] Wolfsgruber, a. a. O., II, S. 224.

[80] Wiener St.-A., Vertrauliche Akten, Freimaurer, II.

[81] Oberst de Ligne fiel bei Croix aux Bois am 14. September 1792.

[82] Feldmarschalleutnant Waldeck verlor am 6. September 1792 bei Thionville den linken Arm.

[83] Wiener St.-A., Vertrauliche Akten, Freimaurer, II.

[84] Datiert vom 10. November 1792. Ebenda

[85] Ebenda.

[86] Wolfsgruber, a. a. O., II, S. 173.

[87] Blümml-Gugitz, Altwienerisches, S. 333.

[88] Bibl, Die niederösterreichischen Stände und die französische Revolution, im Jahrbuch des Vereines für Landeskunde von Niederösterreich 1903.

[89] Fäulhammer, Politische Meinungen und Stimmungen in Wien in den Jahren 1793 und 1794, in dem Programm des Staatsgymnasiums in Salzburg 1893, S. 29 fg.

[90] Literae ad Imperatorem et Regem Hungariae Franciscum II. Vgl. Marczali, Die Verschwörung des Martinovics, in der Ungarischen Revue 1881, S. 11 fg; Die Freimaurerei Österreich-Ungarns, S. 225 fg.

[91] Fournier, Die Geheimpolizei auf dem Wiener Kongreß, S. 4 fg.

[92] K. Glossy, Josef Schreyvogel, S. 13.

[93] A. Stern, Geschichte Europas im 19. Jahrhundert (2. Aufl.), I, S. 586.

[94] Heigel, a. a. O., II, S. 124.

[95] Tagebücher, herausgegeben von Max Freih. v. Kübeck, I, S. 439.

[96] Sealsfield, Austria, as it is, deutsche Ausgabe (1919), S. 206. Vgl. dazu Beidtel, a. a. O., II, S. 231.

[97] Beytrag etc., S. 224 f.

[98] Siehe den Aufsatz von Gugitz, Die Jakobinerfurcht in Wien (1791—1793), in Blümml-Gugitz, Altwienerisches, S. 326 fg.

[99] Blümml-Gugitz, a. a. O., S. 335.

[100] Fraknói, Martinovics és társainak összeesküvése. (1880.) Eine zweite Auflage, welche die mittlerweile aufgefundenen Prozeßakten berücksichtigt, befindet sich in Vorbereitung.

[101] Ich verdanke die Kenntnis des bisher unveröffentlichen Eipeldauerliedes der Liebenswürdigkeit des Herrn Gugitz; die Schlußstrophe abgedruckt in: Die Freimaurerei Österreich-Ungarns, S. 229.

[102] Vertrauliche Akten, St.-A.

[103] Votum vom 26. Februar über Vortrag der Obersten Justizstelle vom 4. Februar 1795. St.-A., Staatsratsakt Nr. 604.

[104] Fäulhammer, a. a. O., S. 15 f.

[105] Voten vom 11. und 12. November 1794 über die Note des obersten Justizpräsidenten Grafen Clary vom 7. November 1794. St.-A., Staatsratsakt Nr. 3817.

[106] Ebenda, Nr. 3816. Graf Zinzendorf setzte seinem ablehnenden Votum die vielsagende, die Urheber des Planes verratende Bemerkung bei: „Es ist in der That befremdend, Personen, die sich einer besonderen Gottesfurcht und Religiositaet befleißigen, so wenig häklich in Betref der Gerechtigkeitspflege zu sehen, wo sie doch Gewissenhaftigkeit und ein heiliges Zurückbeben vor jedem Anschein von Leichtsinn, von Übereilung, von Abweichung von den vorgeschriebenen Formen, und von widrigen Eindrücken auf das aufmerksame Publikum zu ihrer unabweislichen Pflicht machen sollten."

[107] Springer, a. a. O., I. S. 50.

[108] Eigenhändiges Schreiben an den Erzherzog-Palatin Joseph vom 7. April 1798. St.-A., Kaiser-Franz-Akten 218.

[109] Treitschke, a. a. O., II, S. 606.

[110] Beidtel, a. a. O., II, S. 99; Schönholz, Traditionen zur Charakteristik Österreichs unter Franz I., II, S. 210; Springer, a. a. O., I, S. 51.

[111] Die Freimaurerei Österreich-Ungarns, S. 250.

[112] Franz Martin Mayer, Jakobiner in Steiermark, in der Zeitschrift für Allgemeine Geschichte (1887).

[113] Prokesch, Tagebücher, S. 68.

[114] Wolfsgruber, a. a. O., II, S. 225.

[115] Daraus ist schon ersichtlich, daß die heute allgemeine, auf Lewis zurückgehende Angabe, die Freimaurerei sei 1794 in allen Provinzen der Monarchie durch ein Regierungsdekret aufgehoben worden (vgl. Die Freimaurerei Österreich-Ungarns, S. 250) auf einem Irrtum beruhen müsse.

[116] Kaiserliche Entschließung über die Note vom 1. Mai 1797; Schreiben Colloredos an den Präsidenten der Polizeihofstelle vom 6. Mai mit dem Schreiben an sämtliche Landeschefs vom 5. Mai 1797. Wien, St.-A. Sammlung der Normalien.

[117] Kaiserliches Handschreiben an Graf Pergen mit Schreiben an die Länderchefs vom 25. April 1801; Archiv des Ministerium des Innern, 693 ex 1801.

[118] Kaiserliches Handschreiben an Graf Pergen vom 23. Dezember 1801; ebenda. Vgl. auch Wertheimer, a. a. O., I, S. 95; Beidtel, a. a. O., II, S. 96.

[119] Wertheimer, a. a. O., I, S. 95.

[120] Eigenhändiges Schreiben des Kaisers an Erzherzog Joseph vom 7. April 1798. St.-A. Kaiser-Franz-Akten 218.

[121] Kaiserliches Handschreiben vom 2. Mai 1808. St.-A. Vertrauliche Akten, Freimaurerei, I.

[122] Note Haagers an Wallis vom 7. August 1808. Ebenda.

[123] Note Kolowrats an Wallis vom 27. Juli 1808. Ebenda.

[124] Noten des Oberstburggrafen an Kolowrat und umgekehrt vom 29. bis 30. August und 15. September 1808. Ebenda.

[125] Berichte an Wallis vom 2. November und 15. Dezember 1808. Ebenda.

[126] Vortrag des Oberstburggrafen an Kaiser Franz vom 12. April 1808. Ebenda.

[127] Kaiserliche Entschließung vom 28. Januar über Vortrag des Polizeipräsidenten vom 17. Januar 1818. Kabinettsakten Nr. 168.

[128] Vortrag Haans an Kaiser Franz vom 23. Juni 1801. St.-A. Vertrauliche Akten. Freimaurerei 64 und 65. Dort auch die mehrere Aktenbündel füllenden Berichte Feldhofers.

[129] Vortrag der Polizeihofstelle vom 13. Juli 1794. St.-A. Sammlung der Normalien.

[130] Votum Schwizens vom 25. Juni 1812 mit kaiserlicher Entschließung vom 15. Juli 1812. St.-A. Staatsratsakten Nr. 1998.

[131] Dieses vom 18. September 1799 datierte Schreiben Colloredos befindet sich mit mehreren anderen ähnlichen Inhaltes, die meist ohne Zeitangaben sind und die Vorlagen zu dem genannten darstellen dürften, im Konzept in den Kaiser-Franz-Akten 78 b.

[132] Kaiser Franzakten, 82. Original. Ebenda.

[133] Fournier, in der Allgemeinen deutschen Biographie 14, S. 547.

[134] Hüffer, Der Rastatter Kongreß und die zweite Koalition, II, S. 113.

[135] Beytrag etc., S. 285.

[136] Wertheimer, Die drei ersten Frauen des Kaisers Franz, S. 34 f; Schönholz, a. a. O., I, S. 62.

[137] Wertheimer, Der Hof Franz I. von Ungarn, in der „Ungarischen Rundschau, I, S. 11.

[138] Aus dem Tagebuch der Gräfin Thürheim. Die Kenntnis dieser Stelle verdanke ich der Liebenswürdigkeit des Herrn Gustav Gugitz.

[139] L. Geiger, Eine diplomatische Beschreibung Wiens 1801 in der „Neuen Freien Presse" vom 11. und 18. September 1904.

[140] Beytrag etc., S. 189; Wertheimer, Der Hof Franz I. von Ungarn etc., S. 11.

[141] Criste, Erzherzog Karl von Österreich, II, S. 286.

[142] Bericht Ifflands vom Jahre 1801; vgl. Geiger, a. a. O.

[143] Die vom Oktober 1802 datierte und dem Monarchen mit Schreiben vom 4. November 1802 vorgelegte Denkschrift führt den Titel: „Ernstliche Betrachtungen über die gegenwärtige Lage der österreichischen Monarchie im Vergleiche mit Frankreich vor dem Ausbruche der Revolution." Wien, St.-A. Kaiser-Franz-Akten, 70. Orig.

[144] Denkschrift vom 16. Mai 1797. Wien, St.-A. Kaiser-Franz-Akten 82. Vgl. Zahn, Österreich um 1791, in den Steiermärkischen Geschichtsblättern, II, (1881), S. 29.

[145] Fournier, Gentz und Cobenzl, S. 104 f.; Hock-Biedermann, Der österreichische Staatsrat, S. 651 f.

[146] Colloredo an Cobenzl, 15. August 1802; Fournier, a. a. O., S. 107.

[147] Im Juni 1808; Hock-Biedermann, S. 661.

[148] Schreiben an Kaiser Franz vom 3. November 1802; abgedruckt bei Criste, a. a. O., II, S. 492 f.

[149] Bericht Ifflands vom 8. September 1801; Geiger, a. a. O.

[150] Bericht Jacobis vom 2. Mai 1792; Heigel, a. a. O., I, S. 534.

[151] Chuquet, Les guerres de la Révolution, I, S. 63.

[152] Schreiben an Arenberg vom 9. Februar 1793. Bacourt, Briefwechsel zwischen dem Grafen von Mirabeau und dem Fürsten von Arenberg, übersetzt von Städtler, III, S. 423.

[153] Heigel, a. a. O., II, S. 93.

[154] „Unvorgreifliche Betrachtungen" etc. vom 19. August 1792; Krones, Handbuch der Geschichte Österreichs, IV, S. 567; Heigel, a. a. O., I, S. 589.

[155] Bacourt, a. a. O., S. 439.

[156] Heigel, a. a. O., II, S. 91.

[157] Vgl. über Thugut, Josef Redlich, a. a. O., I/I, S. 63; Heigel, a. a. O., II, S. 93 fg.; Criste, a. a. O., I, S. 75 f.

[158] Criste, a. a. O., I, S. 68.

[159] Ebenda, S. 125 f.

[160] Papiers de Barthélemy, IV, S. 158; Heigel, a. a. O., II, S. 134, Anm. 3.

[161] Beytrag etc., S. 325.

[162] Criste, a. a. O., I, S. 136 fg.

[163] Ebenda, S. 146.

[164] Datiert vom 13. August 1794. Rollin, der als Freund des Friedens galt und deshalb an die Wiener-Neustädter Akademie übersetzt worden sein soll (vgl. Beytrag etc., S. 298), übermittelte das Schreiben am 5. September dem Kabinettsminister Colloredo. St.-A., Kaiser-Franz-Akten 78 d.

[165] Siehe oben S. 18.

[166] Datiert vom 13. August 1794. St.-A., Kaiser-Franz-Akten 78 d. Orig.

[167] Votum über die Note des obersten Direktorialministers Grafen Kollowrat vom 8. November 1794. St.-A., Staatsratsakt Nr. 3814, ex 1794.

[168] Hormayr, Lebensbilder, I, S. 328.

[169] Ebenda, S. 435.

[170] Vortrag vom 25. Februar 1845. St.-A., Konferenzakten, Nr. 320 ex 1845.

[171] Franz an Erzherzog Joseph, 7. April 1798. St.-A., Kaiser-Franz-Akten, 218.

[172] Heigel, a. a. O., II, S. 140.

[173] Ebenda, S. 131; Springer, a. a. O., S. 57.

[174] Botzheim an Kaiser Franz, 31. Juli 1792, Frankfurt a. M., St.-A. Kaiser-Franz-Akten 78 d.

[175] Criste, a. a. O., I, S. 163.

[176] Ebenda, S. 192 f.

[177] Criste, a. a. O., I, S. 227.

[178] Vivenot, Vertrauliche Briefe Thuguts, II, S. 17.

[179] Criste, a. a. O., I, S. 401; Heigel, a. a. O., II, S. 229 fg.

[180] Criste, a. a. O., I, S. 401.

[181] Heigel, a. a. O., II, S. 232.

[182] Criste, a. a. O., S. 416.

[183] Heigel, a. a. O., II, S. 233; vgl. dazu die ergötzliche Schilderung im „Beytrag etc.", S. 344 fg.

[184] Vivenot, Vertraute Briefe Thuguts, II, S. 63.

[185] Heigel, a. a. O., II, S. 251 f.

[186] Criste, a. a. O., II, S. 4.

[187] Ebenda, II, S. 32 fg.

[188] Bericht Ifflands vom 8. September 1801 in der „Neuen Freien Presse" vom 11. September 1904.

[189] Heigel, a. a O., II, S. 372.

[190] Criste, a. a. O., II, S. 173 f. Es ist für die Natur des Kaisers bezeichnend, wenn Graf Zinzendorf dazu in seinem Tagebuch bemerkt: „Cela doit affecter le souverain."

[191] Heigel, a. a. O., II, S. 376 f.

[192] Charmatz, Geschichte der auswärtigen Politik Österreichs im 19. Jahrhunderts (Aus Natur- und Geisteswelt, 374), I, S. 19.

[193] Zeißberg, Thugut, in der Allgemeinen Deutschen Biographie, 38, S. 157.

[194] Heigel, a. a. O., II, S. 540; Fournier, Gentz und Cobenzl, S. 159.

[195] Heigel, a. a. O., II, S. 473; Fournier, a. a. O., S. 74 f.

[196] Sämtliche Werke. Ausgabe von St. Hock, II, S. 108.

[197] So von Möring, in den Sibyllinischen Büchern (Hamburg 1848).

[198] Heigel, a. a. O., II, S. 619 f.

[199] Wertheimer, Die drei ersten Frauen des Kaisers Franz, S. 70.

[200] Ebenda, S. 69.

[201] Sie geht wohl auf Hartig (Genesis der österreichischen Revolution, S. 30) zurück.

[202] Wolfsgruber, Sig. A. Graf Hohenwart, S. 68 fg. Über die Vorgeschichte der Entlassung Colloredos geben die Akten aus dem Haus- Hof- und Staatsarchiv (Kaiser-Franz-Akten, 78 b) und aus dem Privatarchiv Seiner Exzellenz des Grafen Franz von Colloredo in Sierndorf, mit dessen gütiger Erlaubnis ich sie benützen durfte, einige wertvolle Aufschlüsse.

[203] Schreiben an seinen Sohn Joseph Colloredo, Krakau, den 9. Dezember 1805 (Sierndorf).

[204] Proklamation vom 22. Januar 1806. St.-A., Billettenprotokoll 1806, Nr. 121.

[205] Proklamation vom 6. Februar 1806; (Möring) Sibyllinische Bücher, I, S. 239.

[206] Charmatz, a. a. O., S. 31; Wertheimer, Geschichte Österreichs und Ungarns, II, S. 106 f.

[207] Datiert aus Graz, 16. März 1608. St.-A., Kaiser-Franz-Akten, 70. Original.

[208] „Ideen zu einer zweckmäßigen Organisierung der Geschäftsleitung in der österreichischen Monarchie", Wien, den 17. Dezember 1807. Ebenda. Original.

[209] Vortrag an Kaiser Franz vom 23. März 1808; dazu seine Eingabe an das Kriegsministerium vom 7. August und an Erzherzog Karl vom 30. September 1807. Ebenda. Original.

[210] Denkschrift vom 15. Februar 1807; Krones, Zur Geschichte Österreichs im Zeitalter der französischen Kriege und der Restauration 1798—1816, S. 69 fg.

[211] Denkschrift vom April 1808; Wertheimer, Geschichte Österreichs und Ungarns, II, S. 21 fg.

[212] Handbillet vom 29. April 1808. Ebenda, S. 25 f.

[213] Krones, a. a. O., S. 86.

[214] Beytrag etc., S. 187.

[215] Schreiben Johanns an Karl, vom 9. Juli 1808; Krones, a. a. O., S. 75.

[216] Karl an Kaiser Franz, 28. November 1807. St.-A., Kaiser-Franz-Akten, 70. Orignal.

[217] Beer, Erzherzog Karl als Finanzpolitiker, in der Österreich-Ungarischen Revue, Neue Folge, III, (1887), S. 18.

[218] Schreiben vom 16. Mai 1806; Wertheimer, Geschichte Österreichs und Ungarns, II, S. 8.

[219] Votum Erzherzog Rainers zum Vortrag der Kreditkommission vom 3. Oktober 1808. Ebenda, II, S. 37 f.

[220] Kaiserliche Resolutionen vom 24. April und 16. August 1806. Ebenda, II, S. 47 fg.

[221] Vortrag der vereinigten Hofkanzlei, 16. Februar 1809. Ebenda, S. 48.

[222] Votum zum Vortrag der Kommerzhofkommission, 20. Oktober 1806. Ebenda, S. 49.

[223] Ebenda, S. 49. Anm. 5.

[224] Austria as it is, deutsche Ausgabe (1919), S. 50.

[225] Life of Robert Owen written by himself, I, S. 183, II, S. 205.

[226] Bibl, Das Robot-Provisorium für Niederösterreich vom 20. Juni 1796, im Jahrbuch des Vereines für Landeskunde von Niederösterreich (1908), S. 263.

[227] Siehe oben, S. 131.

[228] Ifflands Bericht vom 8. September 1801, a. a. O.

[229] Springer, a. a. O., I, S. 114.

[230] Siehe oben, S. 37.

[231] Eigenhändige Resolution des Kaisers Franz an Ugarte, 31. Januar 1808; Wertheimer, Geschichte Österreichs und Ungarns, II, S. 44.

[232] H. Meynert, Kaiser Franz I., S. 220.

[233] Siehe oben, S. 146.

[234] Strakosch-Graßmann, Geschichte des österreichischen Unterrichtswesens, S. 143.

[235] Wertheimer, Geschichte Österreichs und Ungarns, II, S. 45.

[236] Vgl. im Allgemeinen neben dem genannten Werke von Strakosch-Graßmann, Heinrich Friedjung, Österreich von 1848 bis 1860, II, S. 439.

[237] Adolf Fischer, Bericht über das österreichische Unterrichtswesen, S. 7.

[238] Arnold Winkler, Beiträge zur Geschichte der österreichischen Volksschule, in der Zeitschrift „Pharus", 12 (1921), S. 91 fg.

[239] Criste, a. a. O., II, S. 391 fg.

[240] Beer, Erzherzog Karl als Finanzpolitiker etc., S. 5.

[241] Denkschrift vom 28. November 1801; Criste, a. a. O., II, S. 494 fg.

[242] Mignet, Etudes et portraits, S. 158 fg.

[243] Gentz an Johannes von Müller, 4. August 1806; Springer, a. a. O., I, S. 75.

[244] Vortrag Josephs vom 31. Juli 1806; Wertheimer, Geschichte Österreichs und Ungarns, II, S. 182.

[245] Vortrag Josephs vom 28. März 1807. Ebenda, S. 186.

[246] Vortrag Zichys vom 25. Juni 1807. Ebenda, S. 197.

[247] Kabinettsschreiben vom 27. Juni 1807. Ebenda.

[248] Eigenhändiges Schreiben an Joseph vom 27. Juni 1807. St.-A., Kaiser-Franz-Akten, 218. Original.

[249] Vortrag Stadions vom 8. August 1807; Wertheimer, Geschichte Österreichs und Ungarns, II, S. 200.

[250] Eigenhändiges Schreiben an Joseph vom 9. September 1807. St.-A., Kaiser-Franz-Akten, 218. Original.

[251] Wertheimer, Geschichte Österreichs und Ungarns, II, S. 202 f.

[252] Eigenhändiges Schreiben an Joseph vom 13. Oktober 1807. St.-A., Kaiser-Franz-Akten, 218. Original.

[253] Votum Erzherzog Karls zum Vortrag vom 2. November 1807; Wertheimer, Geschichte Österreichs und Ungarns, II, S. 204.

[254] Ebenda, S. 286 fg.

[255] Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert (5. Aufl.), S. 341.

[256] Springer, a. a. O., I, S. 88.

[257] Votum Schillings zur Note des Präses der Studienrevisionskommission vom 15. April 1800; Wertheimer, Geschichte Österreichs und Ungarns, II, S. 45.

[258] Arnold Winkler, Landesregierung und Bürgermeister. Ein Beitrag zur Verwaltungsgeschichte des Wiener Vormärz, im Monatsblatt des Vereins für Geschichte der Stadt Wien, I (1919), S. 62 f.

[259] Criste, a. a. O., II, S. 457.

[260] Ebenda, S. 421.

[261] Ebenda, S. 437.

[262] Ebenda, S. 445 fg.

[263] Ebenda, S. 470.

[264] Ebenda, S. 456.

[265] Ebenda, III, S. 201 fg.

[266] Siehe oben S. 105.

[267] Springer, a. a. O., I, S. 100.

[268] Wertheimer, Geschichte Österreichs und Ungarns, II, S. 391.

[269] Kübeck, Tagebücher, herausgegeben von Max Kübeck, I/II, S. 563.

[270] Criste, a. a. O., III, S. 280.

[271] Tagebuch Rosenbaums vom 14. Mai und 14. Oktober 1809; Wertheimer, Geschichte Österreichs und Ungarns, II, S. 429; Arnold, Politische Lyrik des Kriegsjahres 1809 (Schriften des Literarischen Vereines in Wien, II) S. 14.

[272] Wertheimer, Geschichte Österreichs und Ungarns, II, S. 426; Springer, a. a. O., S. 105 f.

[273] Tagebücher (25. Oktober 1809), S. 212.

[274] Voltelini, Forschungen und Beiträge zur Geschichte des Tiroler Aufstandes im Jahre 1809, S. 282.

[275] Hirn, Tirols Erhebung im Jahre 1809, S. 839 f.

[276] Criste, a. a. O., III, S. 275.

[277] Springer, a. a. O., I, S. 91.

[278] Note des Polizeipräsidenten Haager an Kreishauptmann Stieler vom 19. Juli 1806; Archiv des Ministeriums des Innern, Polizeiakten, Nr. 473.

[279] Kübeck, Tagebücher, I, S. 206 f.

[280] Kübeck, Tagebücher, I, S. 253.

[281] Betrachtungen über den Frieden zu Wien (Wien, 1809); Springer, a. a. O., I, S. 65.

[282] Treitschke, a. a. O., I, S. 349.

[283] Wolfsgruber, Sigismund Anton Graf Hohenwart, S. 93 fg; Helfert, Marie Luise, S. 101.

[284] Allgemeine Zeitung vom Februar 1810.

[285] Springer, a. a. O., I, S. 200.

[286] Vgl. die hübsche Charakteristik von Charmatz, a. a. O., S. 44 fg. (Dort auch die Literaturangaben.)

[287] Vgl. Baillou, in der Historischen Zeitschrift, 44, S. 227; Krones, Zur Geschichte Österreichs 1792—1816, S. 207 fg; O. Lorenz, a. a. O., S. 5 fg.

[288] Vgl. über diese Frage A. Fournier, Zur Heirat Napoleons I. mit Marie Louise, in den Historischen Studien und Skizzen. Dritte Reihe, S. 86 fg.

[289] Frankl, Erinnerungen, S. 227.

[290] Kaiserliche Proklamation vom 11. Dezember 1809; Beer, Die Finanzen Österreichs im XIX. Jahrhundert, S. 46.

[291] Vortrag Metternichs vom 11. Januar 1810. Ebenda, S. 55 fg.

[292] Für das Folgende sei im Allgemeinen verwiesen auf Beer, a. a. O., S. 78; Springer, a. a. O., I, S. 143 fg; Beidtel, a. a. O., II, 186 fg; J. Raudnitz, Das österreichische Staatspapiergeld und die privilegierte Nationalbank, 74 fg; P. Stiassny, Der österreichische Staatsbankerott von 1811.

[293] Sealsfield, Austria as it is, S. 81.

[294] Äußerung zu Grafen Bubna, Brünner Appellations-Präsident aus dem Jahre 1833; Beidtel, a. a. O., I, S. XXIX.

[295] Hormayr, Lebensbilder, I, S. 304; Beidtel, a. a. O., S. 2, S. 192; Springer, a. a. O., S. 166; Krones, Aus Österreichs stillen und bewegten Jahren 1810—1812 und 1813—1815, S. 26.

[296] Beer, a. a. O., S. 82 fg.

[297] Handschreiben an Haager vom 11. Juli 1811; A. Winkler im Deutschen Volksblatt vom 19. Dezember 1919.

[298] Krones, Aus dem Tagebuch Erzherzog Johanns von Österreich, S. 86.

[299] Lulu Thürheim, Aus meinem Leben, I, S. 350 fg.

[300] Handschreiben an Erzherzog Joseph vom 14. September 1810; Wertheimer, Palatin- Erzherzog Josephs Gedanken zur Regenerierung Ungarns und Österreichs 1810, in der Ungarischen Revue, 1881, S. 344.

[301] Siehe oben, S. 118, 163.

[302] „Freymütige Gedanken über die Regenerierung des österreichischen Kaiserstaates mit Beziehung auf das Königreich Ungarn", dem Kaiser am 21. Jui 1810 überreicht; Wertheimer, Palatin Erzherzog Josephs Gedanken etc.

[303] Allerhöchste Entschließung auf die Denkschrift Josephs vom 21. Juli 1810. Ebenda.

[304] Vgl. darüber im Allgemeinen Springer, a. a. O., I, S. 178 fg; Wertheimer, Der ungarische Reichstag von 1811/12. Billige Bibliothek (ungarisch).

[305] Die Ausbildung der Verfassung Ungarns. (Wien 1811.)

[306] Vortrag Erzherzog Josephs vom 10. August 1811; Wertheimer, Palatin- Erzherzog Josephs Gedanken etc., S. 344.

[307] Kaiserliches Handschreiben an Metternich, 25. September 1811, Preßburg, St.-A. Ungarische Privatbibliothek, 143.

[308] Die Antwort der beiden Minister, ohne Datum, ist leider unvollendet. Ebenda.

[309] Weisung Metternichs an Schwarzenberg vom 3. Dezember 1811. St.-A. Frankreich, Weisungen.

[310] Krones, a. a. O., S. 133.

[311] Allgemeine Zeitung 1811, S. 1280.

[312] Einige Spottgedichte im St.-A., Ungarische Privatbibliothek, 143.

[313] Pertz, Das Leben des Freiherrn vom Stein, II, S. 357, 557. — Ähnlich äußerte sich zwanzig Jahre später ein Artikel „Mélanges de Politique de la Hongrie" der Gazette de France vom 4. März 1833.

[314] Vortrag Metternichs ohne Datum. St.-A. Kaiser-Franz-Akten 78 d.

[315] Hormayr, Lebensbilder, I, S. 432.

[316] Vortrag des Vizepräsidenten der Polizeihofstelle Baron Haager vom 12. Dezember 1811. M. d. Inn.

[317] Fournier, Die Geheimpolizei auf dem Wiener Kongreß, S. 11.

[318] Wertheimer, Die drei ersten Frauen des Kaisers Franz, S. 96 fg.

[319] Tagebücher, I, S. 249; vgl. auch Hormayr, Franz und Metternich, S. 162.

[320] Eigenhändiger Vortrag Metternichs vom 13. August 1812 (mit den Interzepten als Beilagen); St.-A. Hausarchiv, Familienakten 155.

[321] Vortrag Metternichs vom 16. Juni 1812. Ebenda.

[322] Für das folgende Krones, Tirol 1812—1816 und Erzherzog Johann von Österreich, S. 58 fg; derselbe, Aus dem Tagebuche Erzherzog Johanns von Österreich 1810—1815, S. 16 fg; Wertheimer, Die Revolutionierung Tirols 1813, in der Deutschen Rundschau 120 (1904).

[323] Bericht des Polizeioberkommissärs Schuster vom 26. März 1813; St.-A. Staatskanzlei, Personalia 8.

[324] Vortrag Haagers vom 9. März 1813; St.-A. Kabinettsakt Nr. 48.

[325] Kaiserliches Handbillet an Haager vom 6. April 1814; Wertheimer, a. a. O., S. 233 fg.

[326] Vortrag Haagers vom 26. Mai 1815. Ebenda.

[327] Vortrag Metternichs vom 14. August 1813; St.-A. Hausarchiv, Familienakten 155.

[328] Vgl. Hormayrs im Wiener Staatsarchiv (Staatskanzlei, Personalia 8) erliegende Aufzeichnungen, die durch seinen Sekretär im Wege des Gesandten Kuefstein im Jahre 1837 nach Wien kamen und mit starken Zensurlücken — in den „Lebensbildern" veröffentlicht wurden.

[329] A. Stern, Geschichte Europas 1815 bis 1871, I, S. 221.

[330] Denkwürdigkeiten der Karoline Pichler, II, S. 225.

[331] Springer, a. a. O., I, S. 222.

[332] Josef Redlich, a. a. O., I/I, S. 66.

[333] Zwiedineck-Südenhorst, Deutsche Geschichte von der Auflösung des alten bis zur Errichtung des neuen Kaiserreiches (1806—1871), I, S. 556.

[334] A. Stern, a. a. O., I, S. 37.

[335] Zwiedineck-Südenhorst, a. a. O., S. 604.

[336] A. Stern, a. a. O., I, S. 30.

[337] Ebenda, II, S. 66.

[338] Knesebecks Denkschrift über den Frieden von Paris (undatiert); Treitschke, a. a. O., I, S. 579.

[339] Dietrich Schäfer, Weltgeschichte der Neuzeit, II, S. 115.

[340] Zwiedineck-Südenhorst, a. a. O., S. 605.

[341] D. Schäfer, a. a. O., II, S. 116.

[342] Möring, Sibyllinische Bücher, II, S. 192.

[343] Treitschke, a. a. O., II, S. 129.

[344] Arneth, Johann Freiherr von Wessenberg, I, S. 243 f.; Charmatz, a. a. O., S. 71.

[345] Denkschriften Lists an Metternich vom 15. Februar 1820 und 18. Februar 1821; St.-A. Kabinettsakt Nr. 349, ex 1820.

[346] Beer, Österreich und die deutschen Handelseinigungsbestrebungen, in der Österreichisch-Ungarischen Revue, N. F. 3 (1887), S. 273 fg.

[347] Adolf Schmidt, Zeitgenössische Geschichten, S. 431.

[348] Charmatz, a. a. O., S. 97.

[349] Aus Metternichs nachgelassenen Papieren, III, S. 423.

[350] Über die Hochverratsprozesse und die Schicksale der auf dem Brünner Spielberg gefangen gehaltenen Italiener soll an anderer Stelle ausführlich gehandelt werden. Hier verweise ich im Allgemeinen auf A. Stern, a. a. O., I, S. 22, 246; II, S. 172, 303, 370 fg; Riccarda Huch, Das Risorgimento; dies., Das Leben des Grafen Federico Confalonieri; Alessandro d'Ancona, F. Confalonieri; Gallaversi, Carteggio Confalonieri (Biblioteca scientifica); Confalonieri, Memorie e Lettere.

[351] Wiedemann-Warnhelm, Die Wiederherstellung der österreichischen Vorherrschaft in Italien; Helfert, Kaiser Franz von Österreich und die Stiftung des lombardo-venezianischen Königreiches.

[352] Schreiben Bellegardes an Metternich vom 22. September 1814 und 13. Juli 1815, ferner Vortrag desselben an Kaiser Franz vom 15. März 1816; Wiedemann-Warnhelm, a. a. O.

[353] Vortrag Metternichs vom 3. November 1817; Aus Metternichs nachgelassenen Papieren, III, S. 75 fg.

[354] Strassoldo an Metternich, 29. Juli 1820; A. Stern, I, S. 245.

[355] Präsidialvortrag des Vizepräsidenten Plencicz vom 28. Januar 1824; St.-A. Kabinettsakt Nr. 50.

[356] Bubna an Metternich, 30. April 1822; ebenda, Staatskanzlei, Lomb.-Venetien, 29.

[357] Vortrag Metternichs vom 18. Juli 1822; ebenda, Kabinettsakt Nr. 722.

[358] Vorträge Metternichs an Kaiser Franz vom 7., 17. und 30. September und 7. November 1722. St.-A. Kabinettsakten Nr. 799, 800, 817, 850, 851.

[359] Kaiserliches Handschreiben an Sedlnitzky vom 22. Februar 1822; ebenda Nr. 491.

[360] Vortrag des Obersten Justizpräsidenten vom 12. Juni 1823; ebenda Nr. 27.

[361] „Allgemeine Zeitung“ vom 28. Januar 1824, Beilage Nr. 20.

[362] Votum Münchs vom 4. April 1822 über den Vortrag Metternichs vom 31. März 1822; St.-A. Kabinettsakt Nr. 577.

[363] Schreiben des Erzbischofs Gaisruck vom 30. Dezember 1823 und Vortrag Erzherzog Rainers vom 1. Januar 1824 samt Allerhöchster Entschließung vom 8. Januar; ebenda Nr. 9.

[364] Vortrag des Senatspräsidenten Plencicz vom 22. Juli 1822; ebenda Nr. 732.

[365] Vortrag Metternichs vom 3. Februar mit Allerhöchster Entschließung vom 2. Juli 1824; ebenda Nr. 62.

[366] Vortrag Erzherzog Rainers vom 14. Februar 1824; ebenda Nr. 83.

[367] Vortrag des Gouverneurs Mittrowsky vom 15. März und 21. Dezember 1824; ebenda Nr. 139 und 526.

[368] Vortrag des Gouverneurs Mittrowsky vom 15. März; ebenda Nr. 139.

[369] Kaiserliche Entschließung vom 23. März 1824 über Vortrag des Gouverneurs vom 15. März. Ebenda.

[370] Gutachten Münchs vom 8. Januar 1825 über Vortrag des Gouverneurs vom 21. Dezember 1824; ebenda Nr. 526, ex 1824.

[371] Vortrag des Oberstkanzlers Saurau vom 28. März und Vortrag des Burgpfarrers Frint vom 21. März 1825; ebenda Nr. 221.

[372] Berichte des Hofkaplans Paulovich über seine Besuche vom 24. Oktober 1825 und vom Jahre 1826; ebenda Nr. 256, ex 1825 und Nr. 704, ex 1826.

[373] R. Huch, Confalonieri, S. 265.

[374] Votum Münchs vom 12. Februar 1826 über Vortrag des lombardovenezianischen Obersten Justizsenats vom 24. Januar 1826; ebenda Nr. 20.

[375] Votum Münchs über Vortrag des Gouverneurs Inzaghi vom 9. Mai 1828; ebenda Nr. 152.

[376] Votum Münchs vom 23. Januar 1828 über Vortrag Metternichs vom 3. Dezember 1827; ebenda Nr. 65.

[377] A. Stern, a. a. O., I, S. 247.

[378] Vgl. über ihn. A. Stern, a. a. O., I, S. 247; Beidtel, a. a. O., II, S. 220 fg.

[379] Springer, a. a. O., I, S. 300.

[380] Professor Schneller an seine Frau, 8. Oktober 1821; in seinen Hinterlassenen Werken, I, S. 210.

[381] Prokesch-Osten, Aus den Tagebüchern des Grafen Prokesch-Osten, S. 25.

[382] Frankl, Erinnerungen, S. 145.

[383] Ebenda, S. 229.

[384] Ebenda, S. 247.

[385] Hormayr, Kaiser Franz und Metternich, S. 29.

[386] Frankl, a. a. O., S. 229.

387 Polizeivorträge vom 12. Januar und 12. Februar 1818; St.-A. Kabinettsakt Nr. 263, ex 1822.

388 Votum Stiffts vom 24. November 1819 über Vortrag Sedlnitzkys vom 13. August 1819; ebenda Nr. 616.

389 Weisung Sedlnitzkys vom 17. April 1819; Schindler, Aus dem vormärzlichen Österreich, in der Deutschen Arbeit, X, S. 391.

390 Votum Stiffts vom 13. März 1820 über Vortrag Sedlnitzkys vom 29. Juni 1819, St.-A. Kabinettsakt Nr. 607.

391 Vortrag Sedlnitzkys vom 30. April 1819; ebenda Nr. 61.

392 Vgl. über ihn Schindler, in der Deutschen Arbeit VIII, S. 73 fg.; Friedjung, Österreich von 1848 bis 1860, II, S. 441 fg.; Bolzano, Selbstbiographie (2. Auflage, 1875).

393 Anzeige des Abtes Frint vom 18. Februar 1818; St.-A. Kabinettsakt Nr. 138.

394 Bericht des Erzbischofs vom 12. April 1818. Ebenda.

395 Bericht des Erzbischofs vom 14. August 1818. Ebenda.

396 Vortrag Stiffts vom 9. Oktober und Kabinettschreiben an Bischof Hurdalek vom 10. Oktober 1818. Ebenda.

397 Sealsfield, Österreich wie es ist, S. 74.

398 Erbauungsreden für Akademiker (Prag, 1813), S. 99.

399 Kaiserliche Entschließung vom 3. Februar 1819 über Vortrag Stiffts vom 2. Februar; St.-A. Kabinettsakt Nr. 569.

400 Vortrag Sauraus vom 24. September 1819; ebenda, Staatsratsakt Nr. 6292.

401 Votum vom 13. November 1819 über den Vortrag der Studienhofkommission vom 19. September und den Vortrag Sauraus vom 24. September 1819. Ebenda.

402 Kaiserliche Entschließung vom 24. Dezember 1819. Ebenda.

403 Vortrag des Grafen Lazanzky vom 19. August 1821; ebenda, Kabinettsakt Nr. 396.

404 Vortrag Sauraus vom 10. Februar 1820; ebenda, Staatsratsakt Nr. 900.

405 Votum des Hofrats Lorenz über den Vortrag Sauraus vom 10. Februar 1820. Ebenda.

406 Vortrag Sauraus vom 9. März 1820; ebenda, Kabinettsakt Nr. 370.

407 Über seine Tendenzen Bolzanos Selbstbiographie, S. 101 f.

408 Votum Stiffts vom 2. März über den Bericht des Prager Erzbischofs vom 20. Februar 1820; St.-A. Kabinettsakt Nr. 365.

409 Vortrag Sedlnitzkys vom 6. März 1820; ebenda, Nr. 367.

410 Vortrag Frints vom 30. Oktober 1820; ebenda, Nr. 375.

411 Kaiserliches Kabinettschreiben an Bischof Hurdalek vom 6. Mai 1821; ebenda, Nr. 343.

412 Präsidialvortrag Sedlnitzkys vom 14. April 1822; ebenda, Staatsratsakt Nr. 2715.

413 Votum Stiffts vom 22. Mai 1822. Ebenda.

414 Protokoll über die Sitzung der Sektion A vom 13. Mai und die der Sektion B vom 25. Mai 1822. Ebenda.

[415] Bericht Mildes vom 8. Februar und Vortrag Sauraus vom 27. Juli 1824; ebenda, Nr. 5063.

[416] Votum Stiffts vom 26. April über Vortrag Sedlnitzkys vom 15. April 1829; ebenda, Kabinettsakt Nr. 315.

[417] Bericht Chlumczanskys vom 3. Dezember 1821; ebenda, Nr. 569, ex 1819.

[418] Vortrag der Studienhofkommission vom 21. August 1819; ebenda, Staatsratsakt Nr. 5790.

[419] Bolzano, Selbstbiographie, S. 56.

[420] Kaiserliche Entschließung vom 16. Januar über Gutachten Frints vom 9. April 1823; ebenda, Kabinettsakten Nr. 322.

[421] Votum Stiffts vom 23. Juni über Vortrag Frints vom 9. Juni 1821; ebenda, Nr. 362.

[422] Schindler, a. a. O., S. 70.

[423] Über ihn S. Brunner, Hoffbauer, S. 137; Bauernfeld, Aus Alt- und Neu-Wien; Wurzbach, Biographisches Lexikon, LIV, S. 63 fg.

[424] Vortrag des Polizeipräsidenten Sedlnitzky vom 29. März 1820; St.-A. Kabinettsakt, Nr. 170.

[425] Kaiserliche Entschließung vom 7. Januar 1820 über Vortrag der Studienhofkommission vom 11. September 1819; ebenda, Staatsratsakt Nr. 6312.

[426] Vortrag der Studienhofkommission vom 22. Juli 1820 mit Allerhöchster Entschließung vom 30. Dezember 1820, womit ihm eine Pension von 466 fl. 44 bewilligt wurde; ebenda, Nr. 5009.

[427] Allerhöchste Entschließung vom 11. März 1821, Laibach, über Vortrag des Kanzlers Lazansky vom 18. Februar 1821; ebenda, Kabinettsakt Nr. 332. — Vortrag Sauraus vom 2. Mai 1821; ebenda, Nr. 333.

[428] Vortrag der Studienhofkommission vom 29. Oktober 1825; ebenda, Staatsratsakt, Nr. 7561.

[429] Votum Stiffts vom 3. Dezember 1825. Ebenda.

[430] Allerhöchste Entschließung vom 27. Dezember 1825. Ebenda.

[431] Vortrag der Studienhofkommission vom 6. Mai 1826; ebenda, Nr. 3163, ex 1826.

[432] Wurzbach, a. a. O., 75, S. 273; S. Brunner, a. a. O., S. 151 f.

[433] Eigenhändiges Gutachten Gentzens an Metternich vom 25. Juni 1820; Archiv des Ministeriums des Innern. Polizeiakt, Nr. 364.

[434] Note Sedlnitzkys an Saurau vom 10. Dezember 1820. Ebenda.

[435] Note Lazanskys an Grafen Aicholt vom 23. Dezember 1820. Ebenda.

[436] Schneller, Brief an seine Frau vom 25. Oktober 1821, in den Hinterlassenen Werken, I, S. 228.

[437] Brief Schnellers vom 8. Oktober 1821; ebenda, S. 211 f.

[438] Vortrag der Studienhofkommission vom 22. Oktober 1821; St.-A. Staatsratsakt Nr. 7070.

[439] Schreiben vom 25. Oktober; a. a. O., S. 229.

[440] Votum Stiffts vom 13. November 1821 über den vorhin erwähnten Vortrag der Studienhofkommission vom 22. Oktober; St.-A. Staatsratsakt Nr. 7070.

[441] Brief an seine Frau vom 19. September 1822; a. a. O., S. 235.

[442] Allerhöchste Entschließung vom 1. Mai 1823; St.-A. Staatsratsakt Nr. 7070, ex 1821.

[443] Strakosch-Graßmann, a. a. O., S. 147 f.; Max Neuburger, Entwicklung der Medizin in Österreich (Österr. Bücherei 11), S. 34 fg.; Derselbe, das alte medizinische Wien, S. 259 f.

[444] Allerhöchste Entschließung vom 17. August 1823; St.-A. Kabinettsakt Nr. 362, ex 1822.

[445] „Allgemeine Zeitung" 1821, S. 152.

[446] Auf den Vortrag des Präsidenten der Polizeihofstelle vom 13. August 1819; St.-A. Kabinettsakt Nr. 616.

[447] Votum Stiffts vom 17. September 1827 über Anzeige des Fürstbischofs zu Brixen vom 31. August 1827; ebenda, Nr. 402, ex 1827.

[448] Glossy, Literarische Geheimberichte aus dem Vormärz, im Jahrbuch der Grillparzer-Gesellschaft, XXI, S. 16.

[449] Vortrag Metternichs vom 31. Dezember 1829; St.-A. Konferenzzahl Nr. 40 und 41, ex 1830.

[450] Dekret der Studienhofkommission vom 8. Juli 1821; Springer, a. a. O., I, S. 303.

[451] Dekrete der Studienhofkommission vom 18. August und 18. September 1826. Ebenda.

[452] Vortrag des Polizeipräsidenten Sedlnitzky vom 14. Mai 1820; Archiv des Ministeriums des Innern, Polizeiakt Nr. 806.

[453] Vortrag Sedlnitzkys vom 19. August 1831; St.-A. Kolowratakt Nr. 2008.

[454] Österreich wie es ist, S. 123.

[455] Kaiserliche Entschließung vom 24. Juli 1820 über Vortrag des Polizeipräsidenten vom 22. März 1820; St.-A. Kabinettsakt Nr. 61, ex 1820; auch Archiv des Ministeriums des Innern, Polizeiakt Nr. 71, ex 1820.

[456] Steiger an Regierungsrat Stieler, 12. März 1811; Archiv Ministerium des Innern, Polizeiakt Nr. 6863, ex 1820.

[457] Bericht des Kreisbeamten Schiemann, 14. Juni 1811. Ebenda.

[458] Note des Bücher-Revisionsamtes vom 28. Juli 1818. Ebenda.

[459] Anonyme Berichte eines Konfidenten an Sedlnitzky vom 16. und 22. Juli, 6. August 1818, 19. Oktober 1819, 7. April 1820; ebenda, 6548, ex 1822 und 3776, ex 1823.

[460] Note des Polizeipräsidenten Sedlnitzky an den Grazer Polizeidirektor Göhausen vom 20. März 1819; ebenda, 2087.

[461] Note an Erzherzog Johann vom 1. April 1818; ebenda, 2007.

[462] Berichte an Sedlnitzky vom 1. und 6. April 1820; ebenda, 3776, ex 1823.

[463] Allerhöchste Entschließung vom 14. Juli 1820, Persenbeug, über Vortrag des Polizeiministers Sedlnitzky vom 8. April 1820; St.-A. Kabinettsakt Nr. 63; Archiv des Ministeriums des Innern, Polizeiakt 6548, ex 1822.

[464] Schimmer, Geschichte der Wildensteiner Ritterschaft, S. 62 fg.

[465] Vgl. über ihn im Allgemeinen die ausführliche Monographie von

Innerkofler, Ein österreichischer Reformator; Wolfsgruber, Hohenwart, S. 272; Sebastian Brunner, C. M. Hoffbauer; Friedjung, a. a. O., II, S. 448.

[466] Polizeikommissär Siber an Sedlnitzky, 16. Oktober 1817; Archiv des Ministeriums des Innern, Polizeiakt 3702.

[467] Note Sedlnitzkys an die Hofkanzlei vom 9. Oktober 1817. Ebenda.

[468] Beidtel, a. a. O., II, S. 97.

[469] Bericht Finos an Sedlnitzky vom 18. Juni 1817; Archiv des Ministeriums des Innern, Polizeiakt 3702, ex 1817.

[470] Vortrag des Obersten Kanzlers vom 28. November 1818; St.-A. Staatsratsakt Nr. 8255.

[471] Votum Stiffts vom 22. Mai 1819 (Neapel). Ebenda.

[472] Wolfsgruber, Joseph Otmar Kardinal Rauscher, S. 20.

[473] Allerhöchste Entschließung vom 10. Februar 1810; Wiesner, Denkwürdigkeiten der österreichischen Zensur, S. 213.

[474] A. Kleinberg, Die Zensur im Vormärz, in den Quellenbüchern zur österreichischen Geschichte, Nr. 9.

[475] Für das Folgende vgl. A. Sauer, Proben eines Kommentars zu Grillparzers Gedichten, im Jahrbuch der Grillparzer-Gesellschaft, VII, S. 130 fg.

[476] Grillparzer an Sedlnitzky, 1. Dezember 1819; Grillparzers Briefe und Tagebücher, herausgegeben von Glossy und Sauer, I, S. 45 fg.

[477] Ehrhard, Grillparzer, S. 37; Sealsfield, a. a. O., S. 197.

[478] Frankl, Erinnerungen, S. 297.

[479] Sealsfield, a. a. O., S. 132.

[480] Grillparzer in seiner Selbstbiographie, Gesammelte Werke (Sauer) XIX, S. 89.

[481] Sugenheim, Die Jesuiten in Europa, in der „Gegenwart“ 1849, II, S. 268.

[482] Bauernfeld, Aus Alt- und Neu-Wien.

[483] Eingabe Darnauts vom 17. August 1819 mit Vortrag Frints vom 3. Dezember 1819 und Allerhöchste Entschließung vom 30. April 1820; St.-A. Kabinettsakt Nr. 635, ex 1819.

[484] Votum des Hofrats Lorenz vom 29. Mai 1820 über Vortrag des Obersten Kanzlers Saurau vom 25. Mai mit Allerhöchster Entschließung vom 10. Juni 1820; ebenda, Staatsratsakt Nr. 3280.

[485] Über diese Romfahrt vgl. Glossy, Kaiser Franz' Reise nach Italien im Jahre 1819, im Jahrbuch der Grillparzer-Gesellschaft, XIV.

[486] Tagebuch Kübecks vom 5. Mai 1831; a. a. O., I, S. 414 f.

[487] Kaiser Franz und Metternich, S. 1627.

[488] St.-A. Kolowratakt Nr. 2274, ex 1831.

[489] Kaiserliches Kabinettschreiben vom 8. Januar 1831. Ebenda.

[490] Die Denkschrift Sauraus im St.-A. Kaiser-Franz-Akten 82; vgl. die Metternichs in seinen Nachgelassenen Papieren, III, S. 62 fg.; vgl. Hanns Schlitter, Aus Österreichs Vormärz, IV, (Amaltheaverlag 13), S. 38 fg.

[491] Hartig, Genesis der Revolution in Österreich im Jahre 1848, S. 26 fg.

[492] Schlitter, a. a. O., S. 39; A. Stern, a. a. O., I/II, S. 230 f.; Josef Redlich, a. a. O., I/I, S. 386, I/II, S. 168 fg.; Krones, Zur Geschichte Österreichs etc., S. 188 fg.

[493] Fournier, Die Geheimpolizei auf dem Wiener Kongreß, S. 344.

[494] A. Jäger, Tirols Rückkehr unter Österreich, S. 173.

[495] Bibl, Die niederösterreichischen Stände im Vormärz, S. 33 f.

[496] Archiv des Ministeriums des Innern, IV. H. 3.

[497] Vgl. Raudnitz, a. a. O., S. 126 fg; Beidtel, a. a. O., II, S. 299 fg; Springer, a. a. O., I, S. 304 fg; A. Stern, a. a. O., I, S. 256 fg.

[498] Vgl. darüber im Allgemeinen Bibl, Die niederösterreichischen Stände im Vormärz, S. 73 fg.

[499] Ebenda, S.67.

[500] A. Stern, a. a. O., I, S. 264 fg.

[501] Slokar, Geschichte der österreichischen Industrie, S. 105 fg.

[502] Bermann, Alt- und Neu-Wien, II, S. 489.

[503] Helfert, Marie Luise, S. 17; Wertheimer, Die drei ersten Frauen, S. 57.

[504] Im Hausarchiv des Wiener St.-A.

[505] Fournier, Die Geheimpolizei auf dem Wiener Kongreß, S. 375, 420.

[506] Metternich an Grafen Hartig, 29. Januar 1850; Schlitter, a. a. O., IV, S. 39 f.

[507] A. Stern, a. a. O., II, S. 490 fg.

[508] Vgl. darüber Springer, a. a. O., I, S. 323 fg.

[509] Der Entwurf Metternichs im St.-A. Ungarische Privatbibliothek, 63.

[510] Glossy, Kaiser Franz' Reise nach Italien etc., S. 151 f.

[511] Bericht Zichys an Kaiser Franz vom 27. September 1825; St.-A. Ungarische Privatbibliothek, 63.

[512] Springer, a. a. O., I, S. 382.

[513] Vortrag Metternichs vom 26. November mit Allerhöchster Entschließung vom 27. November 1827; St.-A. Staatskanzlei, Acta secreta Nr. 216 (Index).

[514] A. Stern, a. a. O., III, S. 156.

[515] Radetzky, Denkschriften, S. 423 fg.

[516] Bemerkungen über die Note des Grafen Nadasdy über die Ausrüstung der Armee; St.-A. Staatskanzlei, Acta secreta Nr. 211.

[517] Erzherzog Ferdinand d'Este an Metternich, 2. Januar 1828. Ebenda.

[518] Stern, a. a. O., I, S. 156.

[519] Schreiben des Kabinettsdirektors Martin an Metternich mit eigenhändigen Bemerkungen des Kaisers über seine Besprechung mit Stroganoff und Tatistscheff vom 24. Dezember 1828. Ebenda Nr. 256.

[520] Fürst Alfred Schönburg an Metternich, September 1828. Ebenda Nr. 245.

[521] Springer, a. a. O., I, S. 388.

[522] Siehe oben, S. 74.

[523] Vgl. Nagl-Zeidler, Deutsch-österreichische Literaturgeschichte, II, S. 836; ferner den Aufsatz von August Weiß in der Zeitschrift für die österreichischen Gymnasien, 48 (1897).

[524] Ortner, Kant in Österreich, im Jahrbuch der Grillparzer-Gesellschaft, 14, S. 15.

[525] Vortrag Metternichs vom 9. Oktober 1829 mit dessen eigenhändigen Korrekturen im St.-A. Staatskanzlei, Acta secreta 3, Nr. 300; abgedruckt in den Nachgelassenen Papieren, IV, S. 598 fg.

[526] Julius Schneller, in den Hinterlassenen Werken, X, S. 134.

[527] Vortrag Metternichs vom 27. September 1826; St.-A. Staatskanzlei, Vorträge.

[528] Schreiben Kolowrats an Metternich vom 12. April 1826. Ebenda, Acta secreta Nr. 162 (Index).

[529] Tagebuch Kübecks vom November 1830; a. a. O., I/II, S. 291.

[530] Ernannt durch kaiserliches Handschreiben vom 29. September 1826. Dankschreiben Kolowrats, Prag, 2. Oktober 1826; St.-A. Kaiser-Franz-Akten, 81.

[531] Allerhöchste Entschließung vom 18. Januar 1827. Dank Kolowrats vom 21. Januar; St.-A. Kolowratakt Nr. 29.

[532] Tagebuch Kübecks vom 20. Juni 1833; a. a. O., I, S. 626.

[533] Tagebuch Kübecks vom November 1830 und August 1831. Ebenda, S. 293, 467 fg.

[534] Kolowrat an Metternich, 20. April 1827; St.-A. Staatskanzlei, Acta secreta 3.

[535] Münch-Bellinghausen an Metternich, 5. Juni 1827. Ebenda.

[536] Vorträge Kolowrats vom 4. und 7. Juni 1827. Ebenda.

[537] Kolowrat an Metternich, 12. August 1827. Ebenda.

[538] Kolowrat an Kaiser Franz, 25. Januar 1828. Ebenda, Kaiser-Franz-Akten, 81.

[538] Vortrag Kolowrats vom 22. Januar 1828. Ebenda, Kolowratakt Nr. 117.

[539] Kabinettsschreiben an Kolowrat vom 31. Januar 1829. Ebenda.

[540] Konferenzprotokoll vom 5. Februar 1830. Ebenda, Konferenzakt Nr. 54 I/II und 58 ex 1830.

[541] Votum Kolowrats vom 2. März 1829 über den Vortrag des ungarischen Hofkanzlers vom 22. Februar. Ebenda, Kolowrat-Akt Nr. 319 — Vortrag Kolowrats vom 17. Juli 1829. Ebenda Nr. 1353.

[542] Vortrag Kolowrats vom 29. Oktober 1829. Ebenda, Kaiser-Franz-Akten, 81.

[543] Vorträge Metternichs vom 29. und 30. Oktober 1829. Ebenda. Staatskanzlei, Personalia 12.

[544] Votum Kolowrats vom 2. März 1829 über Vortrag Reviczkys vom 22. Februar. Ebenda Kolowrat-Akt Nr. 319.

[545] Vgl. darüber Beidtel, a. a. O., II, S. 225 fg.; Tebeldi, Die Slawen im Kaisertum Österreich, S. 22 fg.

[546] Note Kolowrats an Sedlnitzky vom 23. Mai und Antwort vom 28. Mai 1818; Archiv des Ministeriums des Innern, Polizeiarchiv, 5047 ex 1818.

[547] Tagebücher, a. a. O., I, S. 334.

[548a] Beidtel, a. a. O., S. 228. — In einer anonymen Denkschrift für den Kaiser wird geklagt, daß bei Metternich nur das gelte, was von Münch-Bellinghausen oder Prokesch vorgeschlagen werde, während bei Kolowrat nur „ein Böhme“ Wert habe. St.-A. Kaiser-Franz-Akten, 182.

[548b] J. Redlich, a. a. O., I/II, S. 31.

[549] Eigenhändige Resolution vom 22. Januar 1830 über Vortrag Metternichs vom gleichen Datum. Ebenda, Staatskanzlei, Acta secreta 3.

[550] Grillparzer, Erinnerungen aus dem Jahr 1848, in den Gesammelten Werken (Hock), XIV, S. 176; vgl. ferner dessen Gedicht aus dem Jahre 1847: „Ich möchte gern, ich wünschte wohl...“. Ebenda, II, S. 274.

[551] Stern, a. a. O., IV, S. 75.

[552] Frankl, a. a. O., S. 232.

[553] Treitschke, a. a. O., IV, S. 53; Stern, a. a. O., IV, S. 120.

[554] Stern, a. a. O., IV, S. 122.

[555] Treitschke, a. a. O., IV, S. 63 f.

[556] Tagebuch der Fürstin Melanie, in den Nachgelassenen Papieren 5, S. 95.

[557] Gutachten Kolowrats vom 25. Oktober über Vortrag Metternichs vom 17. September 1831, ferner vom 18. Oktober über Vortrag des Gouverneurs von Galizien vom 27. September 1831; St.-A. Kolowrat-Akten Nr. 2261 und 2490 ex 1831.

[558] Vortrag des Gouverneurs Lobkowitz vom 16. Februar und Bericht desselben an Metternich vom 7. März 1830. Ebenda, Staatskanzlei, Acta secreta 4.

[558] Vortrag Metternichs vom 8. Juni 1829. Ebenda, Acta secreta 4.

[559] „Augsburger Allgemeine Zeitung“ vom 27. September 1831.

[560] Springer, a. a. O., I, S. 411.

[561] Depesche an Apponyi vom 19. Februar 1831; St.-A., Staatskanzlei. Frankreich, Weisungen.

[562] Konferenzprotokolle vom 17. Januar und 28. Februar 1831. Ebenda, Kabinettsakten Nr. 584, 610 und 634. Vgl. dazu Prokesch, Tagebuch vom 29. Oktober 1831, a. a. O., S. 106 f.

[563] Erzherzog Karl an Kaiser Franz, 7. März 1831. Ebenda, Staatskanzlei, Acta secreta, IV. Original.

[564] Erzherzog Karl an Kaiser Franz, 19. März 1831. Ebenda. Original. Vgl. dazu Wertheimer, Erzherzog Karl und das Juli-Königtum, in der Beilage der „Münchener Allgemeinen Zeitung“ vom 4. Juni 1902, Nr. 126.

[565] Gutachten Metternichs (ohne Datum); St.-A. Staatskanzlei, Acta secreta 4.

[566] Springer, a. a. O., I, S. 332.

[567] Über seinen Lebenslauf; vgl. Wertheimer, in der Allgemeinen Deutschen Biographie 47, S. 490 fg.

[568] Clam-Martinitz an Metternich, 22. März 1831; St.-A. Staatskanzlei, Acta secreta 4.

[569] Tagebücher, a. a. O., I, S. 519.

[570] Tagebuch Kübecks vom Januar 1832. Ebenda, S. 533.

[571] Gespräch mit Eckermann (3. Februar 1830).

[572] Tagebuch Kübecks vom März 1831, a. a. O., S. 386.

[573] Kübeck, Tagebücher, I, S. 439.

[574] Siehe oben, S. 324.

[575] Bericht des Hofrates Baron Waldstätten vom 9. September 1830; Archiv des Ministeriums des Innern. Polizeiakt Nr. 6877. Vgl. Bibl, Die niederösterreichischen Stände im Vormärz, S. 17.

[576] Vortrag des Polizeipräsidenten vom 31. August 1830; St.-A. Kolowrat-Akt Nr. 2054. — Vortrag Kolowrats vom 31. August 1830. Ebenda, Nr. 2048.

[577] Bericht des Hofkammerpräsidenten Grafen Nadasdy vom 20. August 1825. Ebenda, Nr. 609. Vgl. weiter Beidtel, a. a. O., II, S. 308 fg.; Springer, a. a. O., S. 404.

[578] Vortrag Kolowrats vom 10. September 1830. Ebenda, Nr. 2155.

[579] Bericht Baron Waldstättens an die Polizeihofstelle vom 9. September 1830; Archiv des Ministeriums des Innern, Polizeiakten 1232.

[580] Votum Kolowrats vom 14. November 1830 über die Eingabe Ignaz Pleners; St.-A. Kolowrat-Akt Nr. 2597.

[581] Allerhöchste Entschließung vom 11. September 1830; ebenda, Nr. 2155. — Vortrag der Hofkammer vom 27. September 1830; ebenda, Nr. 2340.

[582] Vortrag Choteks vom 6. September 1831; ebenda, Nr. 2184.

[583] Tagebuch Kübecks vom 28. November 1831; a. a. O., S. 508.

[584] Es war mit Allerhöchster Entschließung vom 24. Mai 1830 genehmigt worden, und wurde nun im September sistiert. Note Kolowrats an Nadasdy, 16. September 1830; St.-A. Kolowratakt Nr. 2199.

[585] Tagebuch Kübecks vom 13. Juni 1831; ebenda, S. 438 fg.

[586] Votum Kolowrats vom 9. Dezember 1831 über den Vortrag Choteks über die Volksstimmung im September, mit Allerhöchster Entschließung vom 26. Februar 1832; St.-A. Kolowratakt 2648.

[587] Tagebuch Kübecks vom 13. Juni 1831; a. a. O., S. 438 f.

[588] Vortrag Choteks vom 6. September 1831; St.-A. Kolowratakt Nr. 2184.

[589] Siehe oben, S. 235.

[590] Bericht Spiegels an Metternich vom 14. November 1829; St.-A. Staatskanzlei, Bayern 151.

[591] Vorträge des Staatskanzlers vom 21., 25. und 26. Januar 1830; ebenda, Kolowratakt Nr. 3103.

[592] Vgl. darüber im Allgemeinen A. Stern, a. a. O., III, S. 266 f., V, S. 85 f.; Beer, Österreichs Handelspolitik, S. 66 f.; Prokesch, Tagebücher, S. 122; Adolf Schmidt, Zeitgenössische Geschichten, S. 456 f, 550.

[593] Eingabe Arthabers an Metternich vom 23. Januar 1834 und Vortrag der Hofkammer vom 28. Januar 1834; St.-A. Kolowratakten Nr. 22 und 177.

[594] L. Frankl, Erinnerungen, S. 289.

[595] Vortrag des Finanzministeriums vom 20. September 1830; St.-A. Kolowratakt Nr. 2306.

[596] Kolowrat an Metternich, 4. November 1830; ebenda, Staatskanzlei, Acta secreta 3.

[597] Vortrag des Finanzministers vom 26. September 1830; ebenda, Kolowratakt Nr. 2308.

[598] Tagebuch Kübecks vom November 1832; a. a. O., S. 593.

[599] So im Juli 1831 und im Oktober 1832; St.-A. Staatskanzlei, Acta secreta 4; Kaiser-Franz-Akten 81.

[600] „Das liberale Deutschland" vom 10. August 1831, Nr. 2. Vgl. auch Kübecks Tagebuch vom August 1831; a. a. O., I, S. 471.

[601] Votum Stiffts vom 1. November 1830 über Vortrag des Obersten Kanzlers Mittrowsky über das Beratungsprotokoll vom 27. Oktober 1830; St.-A. Kabinettsakt Nr. 77. — Daß Staatsrat Stifft ursprünglich auch die Anschauung hegte, die neue Krankheit sei wie die Pest kontagiös, erzählt uns Kübeck (a. a. O., I, S. 406).

[602] Votum Stiffts vom 16. Januar 1831 auf den Vortrag des Grafen Mittrowsky vom 9. Januar 1831; ebenda, Nr. 327. — Votum desselben vom 30. August 1831; ebenda, Nr. 344.

[603] Votum Stiffts vom 13. Januar 1831 auf den Präsidialvortrag des Grafen Reviczky vom 10. Januar, und vom 26. Januar 1831 auf den Vortrag der Hofkanzlei vom 16. Januar 1831; ebenda, Nr. 325 und 326.

[604] Votum Stiffts vom 23. Mai 1831 auf den Vortrag der Hofkanzlei vom 13. Mai; ebenda, Nr. 363.

[605] Vortrag des Obersten Kanzlers vom 19. Mai 1831; ebenda, Nr. 365.

[606] Protokoll der Konferenz vom 20. Januar 1831; ebenda, Nr. 575. — Von der Einberufung der galizischen Landwehr, die in Erwägung stand, wurde aus „politischen Rücksichten" Abstand genommen. Konferenzprotokoll vom 29. Dezember 1830; ebenda, Konferenzakt Nr. 416.

[607] Fournier-Winkler, Tagebücher von Friedrich von Gentz (1829 bis 1831), S. 300.

[608] Eigenhändiges Schreiben Kaiser Franzens an Palatin Joseph vom 5. Juli 1831; St.-A., Kaiser-Franz-Akten 218.

[609] „Bayerisches Volksblatt" vom 30. August 1831, Nr. 19.

[610] Kolowrat an Metternich, 19. Juli 1831; St.-A. Staatskanzlei, Acta secreta 4.

[611] Votum Stiffts vom 3. Oktober 1831 über den Vortrag der Hofkanzlei vom 31. September; ebenda, Kabinettsakt Nr. 333.

[612] Siehe den lehrreichen Aufsatz „Ein ernstes Wort an die deutschen Regierungen in Bezug auf die Cholera, in der Zeitschrift „Das liberale Deutschland" vom 18. September 1831, Nr. 5.

[613] Metternich an Trauttmansdorff (Berlin) und Spiegel (München), 19. Juli 1831; St.-A. Staatskanzlei, Bayern 163.

[614] Tagebuch der Fürstin Melanie Metternich vom 4. Juli 1831, in den Nachgelassenen Papieren, V, S. 100.

[615] Bericht Waldstättens an die Polizeihofstelle vom 9. September 1830; Archiv des Ministeriums des Innern, Polizeiakt 1222.

[616] Tagebuch Kübecks vom August 1831; a. a. O., S. 471.

[617] Depesche des schweizerischen Geschäftsträgers Effinger vom

1. April 1829; A. Schmidt, a. a. O., S. 463.

[618] Prokesch, Tagebücher, S. 49.

[619] Protokoll der engen Konferenz vom 15. Februar 1830; St.-A. Konferenzakt Nr. 66.

[620] Allerhöchste Entschließung vom 12. April 1830 über Vortrag Metternichs vom gleichen Tage. Ebenda.

[621] Präsidialvortrag Sedlnitzkys vom 23. und 29. August 1830; ebenda, Nr. 245 und 264.

[622] Kolowrat an Metternich, 4. November 1830; ebenda, Staatskanzlei, Acta secreta 4.

[623] Eigenhändiges Schreiben Kaiser Franzens an Joseph, 4. November 1831; ebenda. Kaiser-Franz-Akten 218.

[624] Tagebuch vom Januar 1832; a. a. O., I, S. 548.

[625] Ebenda.

[626] Vortrag Reviczkys über die kanonische Visitation des Zipser Bischofs Belik; St.-A. Kolowratakt Nr. 1318, ex 1832.

[627] Vortrag Reviczkys vom 31. Januar 1832 mit Handschreiben an den Palatin vom 10. Februar 1832; ebenda, Konferenzakt Nr. 136.

[628] Springer, a. a. O., I, S. 469 f.

[629] Nr. 17 vom 20. Januar 1832.

[630] Konferenzakt Nr. 461, ex 1832.

[631] Kübeck, Tagebuch vom Januar 1832; a. a. O., S. 537 fg.

[632] Eigenhändiges Schreiben Kaiser Franzens an Joseph, 4. Januar 1835; St.-A. Kaiser-Franz-Akten 218.

[633] Tagebuchaufzeichnungen Kübecks vom Februar 1831 und Oktober 1832; a. a. O., S. 333, 590.

[634] Allerhöchste Entschließung vom 6. April 1832; St.-A., Kolowratakt Nr. 667.

[635] Tagebuch Kübecks vom Oktober 1832; a. a. O., I, S. 590.

[636] Stern, a. a. O., V, S. 51; Springer, a. a. O., I, S. 429.

[637] Vortrag des Grafen Hartig vom 13. Februar 1832; St.-A. Kolowratakt Nr. 490.

[638] Zum Beispiel Henry Misley mit seinem 1831 in Paris erschienenen Buche „L'Italie sous la domination Autrichienne." Metternich schlug vor, diese „Schmähschrift" durch einen „talentvollen Italiener" widerlegen zu lassen. Vortrag Metternichs vom 1. Februar 1832; ebenda, Nr. 168.

[639] Bericht des Grafen Spiegel an Metternich, 21. Januar 1830; ebenda, Staatskanzlei, Bayern 152.

[640] Metternich an Grafen Spiegel, 30. November 1831. Ebenda.

[641] Bericht Spiegels an Metternich vom 5. Februar 1830; ebenda, Acta secreta 4.

[642] Bericht Spiegels an Metternich vom 4. Oktober 1831; ebenda, Staatskanzlei, Bayern.

[643] Bericht Spiegels an Metternich vom 14. November 1831; ebenda, Politische Berichte 159.

[644] Gutachten Kolowrats vom 3. Dezember 1831 über Vortrag Metternichs vom 30. November; ebenda, Kolowratakt Nr. 2870.

[645] Vgl. darüber die ausgezeichnete Monographie von Wertheimer, Der Herzog von Reichstadt (zweite Auflage).

[646] Tagebücher, Mein Verhältnis zum Herzog von Reichstadt, S. 60.

[647] Fürst Trauttmansdorff an Metternich, Berlin, 15. März 1831; Wertheimer, a. a. O., S. 384.

[648] Prokesch, Tagebücher, S. 126.

[649] Ebenda, S. 119.

[650] Tagebuch vom 4. Oktober 1833; a. a. O., I, S. 642.

[651] Tagebuch vom März 1831; a. a. O., S. 440.

[652] Prokesch, Tagebücher, S. 161.

[653] Über die Wiener Konferenzen, vgl. Stern, a. a. O., IV, S. 332 fg.

[654] Nachgelassene Papiere, V, S. 433 fg.

[655] Ernst Molden, Die Orientpolitik Metternichs 1829—1833, S. 106.

[656] Tagebuch vom 4. Oktober 1833; a. a. O., I, S. 642.

[657] Doblhoff, in der „Neuen Freien Presse“ vom 20. März 1898.

[658] Prokesch, Tagebücher, S. 103.

[659] Glossy, Kaiser Franzens Reise nach Italien etc., S. 151.

[660] L. Frankl, Erinnerungen, S. 149. Sein Gewährsmann ist der spätere Unterrichtsminister Sommaruga.

[661] Sie befindet sich im Kabinettsarchiv (Nr. 655, ex 1819). Über ihre interessanten Schicksale werde ich an anderer Stelle handeln.

[662] Kolowratakt Nr. 193, ex 1828.

[663] Allerhöchste Entschließung vom 24. August 1827; ebenda, Kabinettsakt Nr. 657, ex 1832.

[664] Fürstbischof Zängerle an Metternich, Graz, 17. November 1826; ebenda, Staatskanzlei, Acta secreta Nr. 2.

[665] Allerhöchstes Kabinettschreiben an Oberstkanzler Saurau, 18. November 1827; ebenda (Index); vgl. auch den Vortrag vom 18. Oktober 1825, in den Nachgelassenen Papieren, IV, S. 228 fg.

[666] S. Treitschke, a. a. O., IV, S. 524. Vgl. dazu A. Schmidt, a. a. O.,

[667] Nach Helfert (Geschichte Österreichs III, Anm. 334) bezogen sich die Spottverse in Lenaus Faust: „Siecher Mann, hast keinen Leib . . .“ auf Ferdinand.

[668] Votum Bischof Wagners vom 10. Oktober 1831; St.-A. Kabinettsakt Nr. 460.

[669] Allerhöchstes Handschreiben an Metternich, 17. August 1830; ebenda, Nr. 139.

[670] Vgl. darüber Beidtel, a. a. O., II, S. 283 fg.

[671] Springer, a. a. O., I, S. 398.

[672] Tagebuch Kübecks vom März 1832; a. a. O., I, S. 560.

[673] Vortrag Kolowrats vom 16. März 1832 mit Allerhöchstem Kabinettschreiben vom gleichen Tage; St.-A. Kolowratakt Nr. 469. Das Datum vom 17. März, das Kübeck (a. a. O., I, S. 560) angibt, ist nicht richtig.

[674] Tagebuch Kübecks vom 4. und 29. Januar 1833; a. a. O., I, S. 160 und 614.

[675] Tagebuch Kübecks vom März 1832; a. a. O., I, S. 561.

[676] Tagebuch Kübecks vom Dezember 1832; a. a. O., I, S. 605 f.

[677] Schlitter, a. a. O., IV, S. 40.

[678] Tagebuch der Fürstin Melanie, in den Nachgelassenen Papieren, V, S. 622 fg.

[679] St.-A., Hausarchiv, K. 102.

[680] Springer, a. a. O., I, S. 443.

[681] Hausarchiv, K. 102. Veröffentlicht ist es in den Nachgelassenen Papieren, V, S. 622 und bei Kübeck, a. a. O., I, S. 676.

[682] St.-A. Staatskanzlei, Acta secreta, V, Nr. 480.

[683] St.-A. Konferenzakt Nr. 489, ex 1841. Das Handschreiben findet sich gedruckt in der Collectio Lacensis, V, S. 1315. — Der Herausgeber hatte es von einem „angesehenen Rechtsgelehrten Österreichs" (a celebri Austriae jurisonsulto) erhalten. Ich verdanke die Kenntnis dieses Abdruckes der Liebenswürdigkeit Seiner Exzellenz Professor Max Hussarek-Heinlein. Vgl. auch die Bemerkungen Metternichs in den Nachgelassenen Papieren, III, S. 8.

[684a] Die Märzkatastrophe in Österreich, in der „Gegenwart", V, S. 678.

[684b] Grillparzers Angabe wird durch ein vertrauliches Schreiben des Dr. Polsterer an Fürst Dietrichstein, datiert aus Wien, den 12. März 1835 bestätigt. In Graz, heißt es da, trauerte man in den ersten Tagen — um die Bälle, die man sich versagen mußte. „Es scheint also in Graz nicht besser als hier gegangen zu sein. Hier war, wie alle Berichte lauten, auch keine Spur von Trauer als bei solchen, die unmittelbar dabei interessiert waren." St.-A. Familienarchiv 179.

[685] Bericht an die Polizeihofstelle vom 12. März 1835; Archiv des Ministeriums des Innern, Polizeiakt Nr. 2361; vgl. auch Springer, a. a. O., I, S. 440.

[686] Bibl, Die niederösterreichischen Stände im Vormärz, S. 19.

[687] St.-A. Kolowratakt Nr. 7 und 8, ex 1834.

[688] Friedjung, a. a. O., II, S. 154.

[689] Bibl, Die niederösterreichischen Stände im Vormärz, S. 42.

[690] Ebenda, S. 19.

[691] Eingabe Schönfelds vom 5. Januar 1834; St.-A. Kolowratakt Nr. 138.

[692a] Springer, a. a. O., I, S. 123 f.

[692b] So klagt der Vizekönig Erzherzog Rainer, daß „bei dem vorgerückten Alter und den gesunkenen Kräften des größten Teiles der in Italien angestellten Generale" die Armee nicht aktionsfähig sei. Vortrag vom 7. August 1830; St.-A. Konferenzakt 195.

[693] Schreiben Metternichs über einen Bericht des Grafen Vay an Revitzky vom 16. Mai 1835; St.-A. Konferenzakt Nr. 1009 (Protokoll).

[694] Tagebücher, in den Gesammelten Werken (Hock), XV, S. 154.

[695] Tagebuch Prokesch' vom 11. Januar 1831; a. a. O., S. 75.

AUS DEM INHALT DES ERSTEN BANDES:

AUS DEM ANHANG DES ERSTEN BANDES:

Studien über Südtirol, über die Dislokation der Truppen des 14. Korps, über Aufmarschkombinationen und über die Lage in Südtirol in den ersten Mobilisierungstagen. Denkschriften für Kaiser Franz Joseph über die Notwendigkeit der Lösung der militärischen und politischen Fragen. Vorträge beim Kaiser. Schreiben des Thronfolgers Erzherzog Franz Ferdinand. Schreiben an den Erzherzog Franz Ferdinand. Besprechungen mit dem Minister des Äußern Baron Aehrenthal. Briefe an Baron Aehrenthal und den Kriegsminister Baron Schönaich. Aufzeichnung über die Ministerkonferenz am 1. Dezember 1907. Grundlagen für die konkreten Kriegsvorbereitungen für das Jahr 1909. Antrag auf Mobilisierung der Flotte im Falle des Krieges gegen Serbien. Schreiben an General der Infanterie v. Moltke, Chef des deutschen Generalstabes. Besprechung mit König Carol von Rumänien in Sinaja. Besprechung mit dem russischen Militärattaché Oberst Martschenko.

